



UDO ULFKOTTE

# Albtraum Zuwanderung

Lügen, Wortbruch,  
Volksverdummung

KOPP

1. Auflage Oktober 2011

Copyright © 2011 bei

Kopp Verlag, Pfeiferstraße 52, 72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Dr. Renate Oettinger und Thomas Mehner

Umschlaggestaltung: Angewandte Grafik/Peter Hofstätter

Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN: 978-3-86445-011-2



*Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis*

Kopp Verlag

Pfeiferstraße 52

D-72108 Rottenburg

E-Mail: [info@kopp-verlag.de](mailto:info@kopp-verlag.de)

Tel.: (0 74 72) 98 06-0

Fax: (0 74 72) 98 06-11

*Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:*

[www.kopp-verlag.de](http://www.kopp-verlag.de)

UDO ULFKOTTE

# Albtraum Zuwanderung

Lügen, Wortbruch,  
Volksverdummung

KOPP VERLAG

*Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.*

Friedrich Schiller

# Inhalt

<b>EINLEITUNG - Der Sog des Niedergangs.....</b>	<b>9</b>
<b>TEIL I - Vom Land der Dichter und Denker zum Land der Hilfsarbeiter .....</b>	<b>31</b>
Intelligenz wird Mangelware .....	31
Warum variiert der IQ zwischen verschiedenen Ländern? .....	38
Frührente als Lebensziel.....	51
Thilo Sarrazin und die Gene.....	57
Solidarität mit Bildungsfernen .....	58
Nigerianischer Scharlatan ruiniert Ruf deutscher Ärzte.....	61
Schuld sind angeblich die Besserverdienenden.....	62
Quoten für Menschen aus rückständigen Ländern .....	66
Jeder zweite Türke ohne Berufsabschluss.....	69
Wir passen uns der Dummheit an .....	70
Mit der Intelligenz schwindet unsere Demokratie.....	73
Die Zukunft wird unfriedlich .....	75
Analphabeten: Wir importieren Sozialhilfeempfänger .....	77
Intelligenztests für Zuwanderer? .....	80
Das große europäische Länder-Domino.....	81
Die Klugen stimmen mit dem Möbelwagen ab.....	83
UN-Diplomat spricht vom »Abschaum Afrikas«.....	88
<b>TEIL II — Die Folgen begrenzter Horizonte.....</b>	<b>94</b>
Die Türken kommen: Rette sich, wer kann!.....	94
Haben Türken Deutschland wieder aufgebaut?.....	97
Mendelsche Gesetze: Missgeschick beim Zeugungsakt.....	101
Kindesvergewaltigungen als »kulturelle Bereicherung«? .....	112
Tabuthema Affenpuff.....	118

Sind mehr als 70 Prozent der Vergewaltiger Türken?	121
Gibt es ein Recht auf Sklavenhaltung?.....	129
Niedere Instinkte: Eine Afrikanerin narrt die Welt .	131

<b>TEIL III - Inländerfeindlichkeit: Hasse deinen Nächsten statt dich selbst! .....</b>	<b>137</b>
---	------------

Menschen zweiter Klasse: »Deutsche sind Hunde«.....	138
»Wir schlitzten deutsche Schweine auf«.....	144
Kampflplatz Klassenzimmer .....	151
Polizeischutz für deutsche Schüler.....	153
Einheimische werden zu Dienern abgerichtet.....	156
Blick ins Ausland: überall das gleiche Bild .....	158
Angriffe auf Rentner, Gehbehinderte und Schwache.....	160
Wir stellen aggressive Minderintelligente mit Geld ruhig .....	164
»Wieder ein Hund weniger!« - Angriffe auf Beerdigungen.....	168
Bremen: Polizei kapituliert vor krimineller Großfamilie .....	170
Migrantenschutzrepublik Deutschland.....	173
Kriminalität: So lügt man mit Statistik.....	176
Schutzmänner ohne Schutz: Wer schützt die Polizisten?.....	181
Unverschämte Forderungen .....	184
Drohung: »Deutsche Innenstädte werden brennen!« .....	186
Warum London im August 2011 brannte.....	189
Unterschiedliche Werte und Normen provozieren Terror und Blutrache .....	191
Europäer dürfen diskriminiert werden .....	194
Migranten als Besatzungsmacht.....	196
Brüssel: Hauptstadt der importierten Kriminalität .....	200
Adel vernichtet: der Albraumprinz von Schlickeried.....	202

<b>TEIL IV — Ganz legal asozial: das ALG-Syndrom der Roma .....</b>	<b>205</b>
---	------------

Rotationseuropäer: offene Grenzen für Minderbegabte.....	205
Dortmund: Roma-Bordelle statt Jugendzentren .....	207
Kein Interesse an Bildung .....	212
Deutsche Türken fordern Roma-Deportation.....	214
Banden »wie Heuschrecken« .....	217

Fragen Sie nicht, woher das Geld stammt .....	219
Die Schlagloch-Mafia .....	220
Zweifelhafte Ehrengäste: Roma-Duell auf der Damentoilette . . .	221
Als Abschreckung hilft Pferdewurst .....	223
Politiker von Bettlerbanden überfordert.....	223
Anal, oral, vaginal: Roma-Vergewaltigung im Sauerland .....	225
Großbritannien: Zigeuner bringen die »Hölle auf Erden« .....	228
Tandarei: Luxus und Wohlstand im Bettlerparadies .....	232
Skrupellose Beutejäger: der »Enkeltrick«.....	233
Schweiz: Fahrende auf Diebestour.....	236
Frankreich, die Niederlande und Italien: ethnische Registrierung. . .	240
Bulgarien: Roma ohne Schulabschluss .....	242
Osterreich: »Zigeuner raus!«.....	243
Schöner leben als Sozialschmarotzer .....	244
Ein kriminell begabtes Roma-Kind verdient monatlich 12 000 Euro .	249
Deportationen als Antwort auf die »Roma-Plage«.....	251
Zigeuner werden eingemauert .....	253
Keiner will sie haben.....	254
Vom Zigeuner zum Rotationseuropäer .....	259
Hilfe für Roma — rausgeworfenes Geld?.....	261
Sozialdemokraten lassen Roma sterilisieren und d e p o r t i e r e n . . . .	265
<b>TEIL V - So werden wir belogen und betrogen.....</b>	<b>271</b>
Wachstumsmarkt Mitleidsindustrie: Geschäfte mit dem schlechten Gewissen .....	271
Beutegreifer: Fördergelder für Kriminelle .....	273
Ran an die Geldtöpfe: So klappt's auch mit der EU-Staatsbürgerschaft .	276
Geheimprogramm: Masseneinwanderung und Menschenzucht . . .	278
Rückkehr der Tierquälerei: Drei von vier Schlachttieren werden ohne Betäubung getötet.....	284
Wie der Islam unsere Werte verdrängt.....	286
<b>AUSBLICK - Warum wir Egoisten werden müssen .....</b>	<b>295</b>

**Wichtiger Hinweis:**

Alle in diesem Buch aufgelisteten  
weiterführenden Quellen und  
Fußnoten finden Sie im  
Internet auf der Website

[www.Albtraum-Zuwanderung.de](http://www.Albtraum-Zuwanderung.de)



# Einleitung - Der Sog des Niedergangs

Dieses Buch ist ein politisches Minenfeld. Es ignoriert die Tabus der politischen Korrektheit. Es erklärt, warum wir die Folgen der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise nicht mehr ohne Zusammenbruch bewältigen können. Wir haben auf dem Weg in die Katastrophe für viele einen Rettungsschirm erarbeitet — nur unseren eigenen haben wir vergessen.

Finanzcrash, Euro-Krise, Wutstau, Angst um den Arbeitsplatz, sinkende Renten, eine immer schlechtere Gesundheitsvorsorge, steigende Lebensmittel- und Energiepreise, Zukunftssorgen, wachsende Kriminalität und Unsicherheit - das ist jetzt die Realität da draußen. Bei allen früheren Krisenlagen hat uns der Zusammenhalt in der Bevölkerung geholfen. Doch dieses Mal ist alles anders. Immer mehr Leistungsträger wandern ins Ausland ab. Und unsere Zuwanderer stammen mehrheitlich aus sozial schwachen, bildungsfernen Gesellschaften mit einem völlig anderen Wertesystem. Manche von ihnen verursachen gar keine Probleme, andere dafür umso mehr. Von ihnen können wir keine große Hilfe bekommen. Im Gegenteil: Sie erwarten unsere Hilfe. Und wo diese nicht mehr erbracht werden kann, da reagieren viele von ihnen mit Gewalt und Inländerfeindlichkeit. Alle Fachleute sprechen inzwischen ganz offen aus, dass der in allen Schichten angesammelte Wutstau der Bevölkerung sich spätestens in Zusammenhang mit den absehbaren Staatsbankrotten in der Europäischen Union entladen wird. So schrieb der Londoner *Guardian* im Sommer 2011: »Wenn die Währungsunion ihre Belastungsgrenze erreicht und sich in einer Orgie der Fremdenfeindlichkeit aufdröseln, wird Großbritannien gegen das Chaos nicht gefeit sein.«<sup>1</sup>

Das gilt ganz sicher nicht nur für Großbritannien. Die schweren Migrantenunruhen, bei denen kriminelle Zuwanderer im August 2011 Teile von London für mehrere Tage in ein brennendes Bürgerkriegsgebiet verwandelten, schockierten die ganze Welt. Alle Migrantengruppen standen sich auf einen Schlag verfeindet gegenüber: Es waren Schwarzafrikaner, die mit den Unruhen, Plünderungen und Brandschatzungen begannen.<sup>2</sup> Sie zwangen ethnische weiße Briten mit roher Gewalt dazu, sich auf den Straßen nackt auszuziehen

und ihnen ihre Kleidung auszuhändigen.<sup>3</sup> Inder von der Religionsgemeinschaft der Sikhs mussten in London, Liverpool, Manchester und anderen Städten ihre Wohnungen, Geschäfte und Tempel mit Schwertern und Macheten vor dem afrikanischen Mob schützen<sup>4</sup>, der auf den Straßen auch blindwütig pakistanische Muslime ermordete.<sup>5</sup> Und während der zugewanderte afrikanische Mob Stadtteile niederbrannte, raubten die Gewalttäter sich auch untereinander aus.<sup>6</sup> Auf den Straßen kämpften Türken gegen Afrikaner<sup>7</sup> — Migranten gegen Migranten.<sup>8</sup> Es war ein multikultureller ethnischer Bürgerkrieg der verschiedenen Migrantengruppen.<sup>9</sup> Auch Polen beteiligten sich an den Plünderungen.<sup>10</sup> In Birmingham versuchte der Mob, die Kinderklinik in Brand zu setzen.<sup>11</sup> Den Briten selbst blieb in den ersten Tagen nur noch, Bürgerwehren zu bilden, weil die Polizei den Befehl hatte, deeskalierend zu handeln und die Gewalttäter nicht noch mehr zu provozieren.<sup>12</sup> Einer der bekanntesten britischen Kommentatoren schrieb in jenen Tagen in der Zeitung *Daily Mail*, seine Hunde seien zivilisierter und kultivierter als jener zugewanderte Mob, der britische Städte plünderte.<sup>13</sup> Andere nannten die Plünderer im *Telegraph* »Ratten«.<sup>14</sup> Vor einem Jahr noch hätte man so etwas nirgendwo in Europa offen ausgesprochen. Wir erleben Vorboten einer Entwicklung, die wir bald auch vor unseren eigenen Haustüren sehen werden. Warum das so ist, erfahren Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Wir alle ahnen nicht erst seit dem Euro-Crash, den drohenden Staatsbankrotten, den Bildern brennender britischer Städte im August 2011 und den Attentaten von Norwegen im Juli 2011, dass unsere Zukunft wohl eine eher düstere sein wird. Wir werden einen fürchterlichen Zusammenprall erleben, den jetzt niemand mehr abwenden kann. Wie aber geht es dann weiter? Was kommt danach? Haben wir überhaupt noch jene Ressourcen für eine leuchtende Zukunft, die wir alle uns wünschen?

Wir analysieren in den folgenden Kapiteln nicht Finanzströme und Geldvermögen, sondern jene Intelligenz und Werte, die erforderlich sind, um nach einer Krise Aufbauleistungen zu vollbringen und Schulden abtragen zu können. Denn es gibt einen direkten Zusammenhang von Lebensstandard, Intelligenzquotient und Wertegefüge. Die Wahrheit lautet: Dank Massenzuwanderung von Menschen aus Kulturkreisen mit niedrigem Länder-IQ und anderen Wertesystemen ist es geradezu illusorisch, auf die dauerhafte Beibehaltung unseres Wohlstands und eine friedliche Zukunft zu hoffen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir müssen uns langfristig auf einen ständig sinkenden Lebensstandard und wachsende Unsicherheit einstellen.

Statt Leistungsträgern haben wir in Massen Leistungsempfänger aus den rückständigsten Regionen der Welt importiert. Ein Beispiel: Wir hatten 2011

nach offiziellen Angaben allein in Deutschland schon 3,1 Millionen (!) Migranten aus fernen Kulturkreisen, die Analphabeten sind. Und mit jedem Tag werden es mehr. Sie dürften wohl in ihrem gesamten Leben nur wenig zum Abbau unserer Schulden beitragen können. Zudem stellen sie - wie wir in London gesehen haben — jene Teile der Unzufriedenen, die skrupellos Gewalt anwenden.

Wir stehen nunmehr im deutschsprachigen Raum vor dem dauerhaften desaströsen wirtschaftlichen Niedergang, einem Kampf um verbleibende Ressourcen und der absehbaren Radikalisierung weiter Teile der Gesellschaft. Dazu gehören auch eine wachsende Kriminalität, der Verlust der Inneren Sicherheit und eine Zunahme der Inländerfeindlichkeit. Die Gründe hierfür liegen nur scheinbar in der Verschlechterung der sozialen Lage. In Wahrheit ist es der Aufprall höchst unterschiedlicher Intelligenzquotienten und Wertesysteme als Folge von Zuwanderung. Es gibt viele Gesellschaften auf der Welt, die in bitterster Armut leben, aber diese mit stoischer Ruhe ertragen. Es sind die dahinterstehenden Weltbilder, Wertesysteme und Intelligenzquotienten, die über den Umgang einer Bevölkerung mit ihrer Lage entscheiden. Bestimmte Migrantengruppen weisen nun einmal nicht veränderbare, gruppenbezogene Verhaltensdefizite auf. Einwanderer müssen den sie aufnehmenden Gesellschaften etwas geben, sie schulden ihnen etwas. Das ist so in Kanada, in Australien, in Neuseeland und in den Vereinigten Staaten. Nur im deutschsprachigen Raum haben wir uns diesen Egoismus abtrainiert. Wir haben mit einer herzlichen Willkommenskultur jene in Massen aufgenommen, die kein anderer haben wollte.

Zum ersten Mal werden in diesem Buch die durch Migration in den deutschsprachigen Raum importierten Wertesysteme verschiedener Kulturkreise mit den in wissenschaftlichen Studien ermittelten Intelligenzquotienten der Zuwanderergruppen in Zusammenhang mit deren Leistungsbereitschaft erfasst. Die Ergebnisse dieser Ausführungen stellen unsere Gesellschaft unabhängig von parteipolitischen Richtungen vor eine generelle Erkenntnis: Der sich abzeichnende Niedergang von Ländern wie Deutschland und Österreich und auch die extreme Radikalisierung auf allen Seiten sind mit den bisherigen Wegen der politischen Korrektheit beim Thema Zuwanderung nicht mehr aufzuhalten.

Wir hinterfragen in den folgenden Kapiteln: Welche Migrantengruppen besitzen welchen Intelligenzquotienten? Es gibt dazu viele seriöse Studien. Im deutschsprachigen Raum werden sie den Bürgern allerdings aus Gründen der politischen Korrektheit verschwiegen. Es gibt nun einmal große Unterschiede in Hinblick auf Intelligenz in den verschiedenen Regionen der Welt. Das

bestreiten auch Gutmenschen nicht länger. Unterschiedliche Auffassungen gibt es nur noch bei der Antwort auf die Frage, warum das so ist. Klar ist: In wärmeren Ländern ist der durchschnittliche IQ deutlich niedriger als in kälteren.<sup>15</sup> Man benennt den durchschnittlichen Intelligenzquotienten (IQ) der Bewohner eines Landes mit dem jeweiligen Länder-IQ. Ein Länder-IQ besagt, dass etwa 50 Prozent der Einwohner den betreffenden IQ haben. Weitere 25 Prozent besitzen einen etwas höheren IQ und die restlichen einen niedrigeren als den durchschnittlichen Länder-IQ. Einige Beispiele: Während die Niederlande einen Länder-IQ von 100 aufweisen, beträgt der durchschnittliche IQ in Kamerun nur 64, in Ägypten 81, und in Japan liegt er bei 105. Die Chance, in Europa auf einen Migranten aus Kamerun oder Ägypten zu treffen, der auch nur den durchschnittlichen IQ eines Niederländers oder Japaners hat, ist demnach verschwindend gering.

Wahr ist: Afrikanische und nahöstliche Staaten haben unbestreitbar einen erheblich niedrigeren Länder-IQ als europäische. Wahr ist aber auch: Manche asiatischen Regionen weisen einen deutlich höheren Länder-IQ auf als wir Europäer. Die Chance, auf asiatische Migranten in Europa zu treffen, die uns mit ihren kognitiven Fähigkeiten weit überlegen sind, ist groß. Das ist nach dem Stand der Wissenschaft zum Teil genetisch (also erblich) und zum Teil durch Umwelteinflüsse bedingt.<sup>16</sup> Bei den Umwelteinflüssen spielen verbreitete Infektionskrankheiten<sup>17</sup>, das Klima und die Nahrung eine wichtige Rolle. Nachfolgend ein weithin unbekanntes Beispiel für den Einfluss der Ernährung auf den IQ eines Kindes: Nach einer 2011 veröffentlichten wissenschaftlichen Forschungsarbeit der amerikanischen Universitäten Berkeley und Columbia sowie des *Mt. Sinai Medical Center* in New York riskieren Frauen, die während der Schwangerschaft mit Pestiziden gespritztes Obst und Gemüse essen, die Intelligenz ihres Kindes. Wenn derartiges Obst oder Gemüse während der Schwangerschaft gegessen wird, sinkt der Intelligenzquotient eines Kindes um etwa fünf bis sieben Punkte. Das ist dann irreparabel. Organische Phosphate schädigen demnach die Gehirne von Föten. Es reicht nicht, wenn Mütter Obst oder Gemüse vor dem Verzehr kurz abwaschen. Übrigens: Nach der Geburt haben über Obst und Gemüse aufgenommene Pestizide keinen Einfluss mehr auf den IQ.<sup>18</sup> Über solche Umwelteinflüsse darf man heute sprechen, ohne Tabus zu verletzen.

Doch wenn Professor Arthur Jensen von der renommierten kalifornischen Berkeley-Universität über den genetisch bedingten Teil der Intelligenz spricht<sup>19</sup>, dann ist der Aufschrei ebenso groß wie bei entsprechenden Äußerungen des Nobelpreisträgers James Watson.<sup>20</sup> Der Biologe Watson hat seinen Nobelpreis immerhin für die Entdeckung der DNA erhalten. Aber man löst mit solchen

Äußerungen, denen zufolge die Intelligenz in einer Bevölkerungsgruppe vererbt wird, schnell einen Sturm der Entrüstung aus. Dabei wissen wir eigentlich im deutschsprachigen Raum seit Jahrhunderten, dass die Aussagen der Wissenschaftler Binsenweisheiten sind, die sich nicht zuletzt in dem bekannten Sprichwort »Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm« manifestiert haben.

Wir werden in diesem Buch zunächst einmal die in vielen Studien ermittelten Intelligenzquotienten jener Herkunftsländer von Zuwanderern aufzeigen, in deren Hände wir - etwa mit verordneten Migrantenquoten - immer größere Teile der Gestaltung unserer Zukunft legen. Zudem erkunden wir die Frage: Welche Migrantengruppen mit welchem Länder-IQ besitzen welche Wertesysteme? Und dann befassen wir uns mit dem daraus resultierenden Potenzial. Wie wir schnell erkennen werden, ist es vor allem ein gewaltiges Konfliktpotenzial.

Schauen wir uns zunächst kurz die unterschiedlichen Wertesysteme an: Es ist unbestritten, dass diese auf der Welt in verschiedenen Kulturen extrem unterschiedlich sind. So ist das die Europäer einst verbindende religiöse Wertesystem (Christentum) im Niedergang begriffen<sup>21</sup>, während beispielsweise bei Migranten aus dem islamischen Kulturkreis genau das Gegenteil der Fall ist<sup>22</sup>. Das hat Folgen, die wir gern verdrängen. Selbst Menschen, denen an der Kirche und christlichen Werten nichts liegt, bedauern es, wenn ihre örtliche Kirche geschlossen wird, ist sie doch außer einem Symbol für das Christentum auch eines für die Beständigkeit von Werten. Nun kommt mit der Zuwanderung auch ein neues Wertesystem zu uns: das des Islam. Und dieses teilt Menschen nun einmal in bestimmte Klassen ein: in Muslime, in Anhänger der zwei großen anderen Buchreligionen (Christen und Juden) und in alle restlichen Menschen. Diese drei Gruppen müssen aus der Sicht eines friedfertigen gläubigen Muslims völlig unterschiedlich behandelt werden. Man muss das wissen, wenn man sich beispielsweise mit Inländerfeindlichkeit befasst oder bestimmte (Arbeits-) Leistungen von muslimischen Zuwanderern erwartet. Sobald wir in Europa Ideologien wie den Islam fördern, die Menschen in Klassen ihrer Wertigkeit einteilen, dann dürfen wir uns über Inländerfeindlichkeit und Leistungsverweigerung gegenüber »Ungläubigen« nicht wundern. Schließlich fordert der *Koran*, dessen Unterricht wir nun an unseren Schulen fördern, an mehr als 200 Stellen ausdrücklich zur Gewalt gegenüber Andersdenkenden und nicht etwa zur Leistungsbereitschaft ihnen gegenüber auf. Sie haben richtig gelesen: An mehr als 200 Stellen des *Koran* und an weiteren 1800 Stellen der *Hadithe* (der Überlieferungen aus dem Leben Mohammeds) werden Muslime zur Gewalt gegenüber den »Ungläubigen« aufgerufen. Die deutsche Feministin Alice Schwarzer behauptet vor diesem Hinter-

grund, dass sie das Wertesystem und die Gewaltaufrufe des *Koran* als genauso schlimm wie Hitlers *Mein Kampf* empfinde. Sie plädiert deshalb dafür, dass der *Koran* verboten werden müsse.<sup>23</sup>

Dieses uns fremde Wertesystem hat Folgen auf den Gebieten Kriminalität und Inländerfeindlichkeit. Es ist unbestritten und wissenschaftlich belegt, dass der islamische Kulturkreis hier vor unseren Haustüren viele gewalttätige Jugendliche hervorbringt.<sup>24</sup> Sie fallen in unserer Gesellschaft immer häufiger nicht als zupackende Leistungsträger, sondern als Kriminelle auf. Da berichtet die österreichische Tageszeitung *Die Presse*: »Gläubige muslimische Jugendliche in Deutschland sind einer Studie zufolge deutlich gewaltbereiter als Migranten anderer Konfessionen. Bei einer Befragung von 45 000 Schülern seien insbesondere gläubige Muslime durch jugendtypische Delikte wie Körperverletzung oder Raub aufgefallen, ermittelten Wissenschaftler „...«<sup>25</sup> Die höchste Gewalttäterquote gibt es demnach unter »sehr religiösen« muslimischen Jugendlichen mit 23,5 Prozent. Diese Gewaltbereitschaft hat Folgen auf vielen Gebieten: Wenn es zum Wertesystem bestimmter Migrantengruppen gehört, unverschleierte Frauen als »Schlampen« zu verachten, dann verwundert es kaum, dass in Ballungsgebieten wie Köln mehr als 70 Prozent der Vergewaltigter Migranten aus solchen Kulturkreisen sind. Und unsere Gerichte akzeptieren inzwischen als Schuld minderungsgrund, dass Kindesvergewaltigungen in bestimmten Kulturkreisen von deren Wertesystem und Normen gedeckt werden — und bestrafen die Täter dann wesentlich weniger hart, als sie das bei ethnischen Europäern tun würden. Das führt unweigerlich zur Ungleichheit von Migranten und Einheimischen vor unseren Gerichten. Unser Wertesystem und unsere Normen lösen sich auf. In einer verheerenden Krisenzeit, in der diese jedoch dringend benötigt werden, gibt es immer öfter keinen Halt mehr. Wir werden in diesem Buch noch ganz andere Details unseres Werteverfalls kennenlernen.

Bestimmte persönliche Werte (Taktgefühl, Verantwortung) verfallen bei ethnischen Europäern. Sie denken auch nicht mehr in den Strukturen von Großfamilien, für die sie Verantwortung tragen. Wir »entsorgen« unsere Alten heute skrupellos in Altenheimen. Wir erwarten nicht nur, dass Kinder von Migranten mit völlig anderen Wertesystemen künftig unsere Renten finanzieren, sondern teilweise auch als Altenpfleger in Pflegeheimen arbeiten. Das kollidiert jedoch häufig mit deren Wertesystem. Ein Beispiel für die Vorurteile gegenüber dieser Art von Einrichtung: Pflegeheime stehen im Verständnis von Türken beispielsweise für Armut. Auch in Süditalien und auf dem Balkan symbolisiert das Altenheim Verrat an der Familie. Und wer will seine Kinder schon zur Ausbildung in eine Einrichtung schicken, wo der »Verrat an Fami-

lien« gefördert und die Großfamilie verachtet wird? Es entspricht bei uns ethnischen Europäern eben nicht mehr der Norm, den Zusammenhalt von Großfamilien mit patriarchalischen Strukturen zu akzeptieren. In Zusammenhang mit Migration sehen wir diesen Zusammenhalt nun plötzlich sogar als Problem. Etwa, wenn Polizisten sich bei einer Kontrolle oder Festnahme von Migranten aus bestimmten Kulturkreisen binnen Minuten durch deren Familienangehörige umringt (und häufig auch subjektiv bedroht) sehen, die dann ein eigenes Familienmitglied unterstützen. In immer mehr Problemvierteln hat die Polizei heute vor allem eines: Angst.<sup>26</sup> Wir erleben auf diesem Gebiet ein archaisches Stammesdenken, bei dem es um den Erhalt der eigenen Großfamilie und um Reviere geht, in denen die eigenen Werte Vorrang genießen. Das Kollektiv hat bei diesem Stammesdenken stets Vorrang vor den Interessen des Einzelnen. In unserer freien westlichen Gesellschaft, in der Individualität einen besonderen Schutz genießt, hat solches Stammesdenken allerdings keinen Platz mehr. Das kann nur zu wachsenden Konflikten führen - denn bestimmte Werte und Normen können in einer Gesellschaft nicht dauerhaft parallel existieren.

Ein weiteres Beispiel: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir mit Afrikanern aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ auch deren Stammesdenken importieren. Ein zentralafrikanischer Hutu wird nun einmal von klein auf dazu erzogen, die Tutsi zu verachten — und umgekehrt. Solches Denken in Ethnien weisen Hunderte afrikanische Völker auf. Es ist einer der Hauptgründe für die Rückständigkeit des Kontinents. Wir Europäer können an diesem Wertegefüge und dem Intelligenzquotienten von Afrikanern auch mit Billionen Euro Entwicklungshilfe nichts Grundlegendes ändern. Wir Europäer loben häufig die Werte der afrikanischen »Solidarität«. Doch ist bei näherer Betrachtung unübersehbar, dass die Einforderung von »Solidarität« oft innerhalb afrikanischer Gemeinschaften durch massive Drohungen bis hin zu einer Gefahr für Leib und Leben, etwa der Androhung von Vergiftung oder Hexerei, betrieben wird. Das ist ein zunehmendes, von der Masse der Afrikaner mit großen Bedrohungsgefühlen und Ängsten gelebtes sozio-kulturelles Phänomen. Und zwar auch in Europa. Doch ein durchschnittlicher Europäer hat von diesen Facetten des afrikanischen Wertesystems keinerlei Kenntnis.

Verschiedene Wertesysteme müssen nicht gut oder schlecht sein. Wir nennen es »interkulturelle Kompetenz«, wenn man die Unterschiede bei Wertesystemen verschiedener Völker herausarbeitet. Wichtig ist jedoch die Feststellung, dass sie häufig nicht miteinander vereinbar sind. Ein Beispiel: In manchen Kulturkreisen werden Ehrenmorde allgemein akzeptiert, während sie bei uns in der breiten Gesellschaft (noch) auf Unverständnis stoßen. Obwohl

Ehrenmorde nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs grundsätzlich als Morde aus niedrigen Beweggründen eingestuft werden müssen, wird das Ehrmotiv nun in Deutschland grundsätzlich als strafmildernd (und nicht strafverschärfend) berücksichtigt.<sup>27</sup> Wir pervertieren mit Rücksicht auf Migranten also unser Wertesystem und dessen Rechtsnormen. Auch die Blutrache gehört nicht zu unserem Kulturkreis, wird aber nun - wie wir später noch sehen werden - als Problem importiert. Denn die Fälle von Ehrenmorden und Blutrache nehmen bei uns von Jahr für Jahr zu.

Ein weiteres Beispiel: Diebstahl ist in unserem Kulturkreis mit Sanktionen belegt. Doch vieles, was wir als »Diebstahl« sehen, ist aus der Sichtweise der Roma nur das »Abschöpfen von Überflüssigem« und innerhalb deren Kultur nicht mit einem Tabu belegt. Wenn Roma-Kinder hier zu Kindergeburtstagen eingeladen werden und ohne schlechtes Gewissen wie selbstverständlich die Geschenke mitnehmen, dann verfolgen sie damit keine »böse Absicht« — sie wurden in einem anderen Wertegefüge erzogen. Und falls erwachsene Roma ohne den geringsten Skrupel die Dortmunder Diakonie plündern und das Mitgenommene auf dem Flohmarkt verkaufen, dann hängt auch das mit ihrem Werteverständnis und ihren Normen zusammen. Wir können Roma deshalb mit noch so viel »interkultureller Kompetenz« begegnen — es ändert bislang offenkundig nichts an deren Verhalten. In orientalischen Teestuben verkaufen Roma nun mitten in Dortmund Kinder für Sex - doch keiner schreit dagegen ein.<sup>28</sup> Türken, Weltmeister bei der Suche nach Kindersex<sup>29</sup>, sind die Hauptkunden. Mit den Wanderungsbewegungen verschiedener Bevölkerungsgruppen bekommen wir vor allem eines: Probleme. In diesem Buch werden wir nicht nur das mit schonungsloser Offenheit belegen, sondern auch der Frage nachgehen, ob das etwa die erwünschte Zukunft in unseren Ballungsgebieten ist.

Aus den unterschiedlichen Werten von Menschengruppen resultieren unterschiedliche Normen in deren Siedlungsgebieten. Normen sind Regeln und Maßstäbe, die von einer Institution oder Gruppe zur Verhaltenssteuerung an ihre Mitglieder herangetragen werden. Die Einhaltung der Normen ist verbindlich, wird sanktioniert oder belohnt. Erst die Einigung einer Gesellschaft auf bestimmte Normen ermöglicht ein geordnetes Zusammenleben. Wo Menschen mit verschiedenen Normen aus unterschiedlichen Wertesystemen zusammenleben, da sind die Regeln nicht mehr für alle verbindlich, wenn die Integration scheitert. Sofern wir beispielsweise als Wert in Europa aus ethischen Gründen den Tierschutz und Normen, nach denen Tiere nicht ohne Betäubung geschlachtet werden dürfen, hochhalten, dann kollidiert das mit dem Anspruch der hier lebenden Muslime und Juden, deren Regeln das betäubungslose Schlachten vorschreiben. Wir erleben jetzt absurde Situatio-



nen: Drei von vier Tieren werden in der Europäischen Union inzwischen unbetäubt geschlachtet. Diese schockierende Zahl hat die EU-Kommission im Mai 2011 offiziell mitgeteilt.<sup>30</sup> Das ist die eine Seite. Wir Europäer setzen unseren Wert Tierschutz nicht länger durch, weil wir uns für die Normen von Muslimen und Juden öffnen wollen. Auf der anderen Seite stehen Länder wie die Türkei: Weil das Land möglichst schnell Vollmitglied in der Europäischen Union werden will, wurde dort das betäubungslose Schlachten von Tieren vom Dezember 2011 an aus Tierschutzgründen verboten.<sup>31</sup> Damit erfüllt die Türkei nach Angaben der türkischen Zeitung *Hürriyet* eine Bedingung der EU-Beitrittsverhandlungen. Ob die Türken sich an die neuen Regeln halten werden, ist eine andere Frage. Während die Türkei also ihre Normen auf diesem Gebiet den Wertevorstellungen der EU anpasst, öffnet sich die EU den bisherigen türkischen Schlachtsitten: Am 18. Mai 2011 veröffentlichte der staatliche schwedische Radiosender *Radio Sweden* einen Bericht, der seither nicht nur in Skandinavien die Tierschützer schockiert. Bislang ging man in der Europäischen Union davon aus, dass höchstens fünf bis zehn Prozent aller Schlachttiere in der EU ohne Betäubung getötet werden. Doch dann teilte die EU-Kommission — wie schon erwähnt — offiziell mit, dass es in Wahrheit jetzt schon bis zu 75 Prozent seien. Das ist eine der typischen absurden Folgen, wenn Menschen ihre eigenen Werte und Normen anderen zuliebe aufgeben. Man könnte die Auflistung über viele Seiten fortsetzen, an dieser Stelle soll aber nur ein weiteres absurdes Beispiel genügen: Wir haben überall in Europa die Helmpflicht für Motorradfahrer. Und wir wissen, dass Angehörige der Religionsgemeinschaft der Sikhs aus religiösen Gründen einen Turban tragen müssen. Bei den in Europa lebenden Sikhs kollidiert also unsere Norm »Helmpflicht« mit der Sikh-Norm »Turbanpflicht«. Nach einem Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses für Straßenverkehr müssen Sikhs in Deutschland keinen Sturzhelm tragen, wenn sie mit einem Motorrad unterwegs sind. Diese Ausnahme wird nach einem entsprechenden Antrag auch in allen anderen EU-Staaten sowie in den USA in den Führerschein eingetragen. Sagen Sie das besser nicht weiter, sonst erleben wir möglicherweise einen sprunghaften Anstieg der Zahl der Sikhs unter Motorradfahrern ...

Je mehr wir unsere Normen zugunsten von Zuwanderern aufweichen, umso größer wird der Wutstau der Einheimischen, denn ihr Gefüge von Werten wird dadurch aufgelöst. Wenn die Vielehe oder die Ehe mit Minderjährigen bei bestimmten Migranten staatlich akzeptiert, aber bei Einheimischen weiterhin verboten ist, dann kann das auf Dauer nicht gut gehen. Und wenn wir akzeptieren, dass Geschlechtsverkehr mit weiblichen Schafen etwa im Libanon von den dortigen Normen gedeckt wird, dann kann auch der Import

dieser kulturellen Norm nach Europa ganz bestimmt nicht dem problemlosen Zusammenleben dienen.

Normen dienen der Stabilität einer Gesellschaft. So wie eine Sportveranstaltung nicht ohne Regeln funktionieren kann, so funktioniert auch eine Gesellschaft nicht mehr, wenn die Normen nicht für alle gelten. Mit der Toleranz gegenüber anderen Wertefüßen und Normen verhalten wir uns seit Langem schon so wie ein Autofahrer, der aus Dummheit immer mehr Benzin in den Tank eines dieselmotorgetriebenen Fahrzeugs schüttet: Der Motor gerät irgendwann ins Stottern und geht dann unweigerlich kaputt. Wir nennen das Vermischen verschiedener Treibstoffe, die in ihren jeweiligen Systemen durchaus ihre Funktion erfüllen, nun »Weltoffenheit«. Wir perfektionieren damit das System der Selbstzerstörung bis zum unabwendbaren Untergang.

Verheerend wird es für eine weltoffene Gesellschaft, wenn (aus unserer Sicht) rückständige Wertesysteme und geringer Intelligenzquotient (IQ) in einem Personenkreis zusammentreffen: Dann ist der GAU unvermeidbar. Weil viele zugewanderte Minderbegabte mit durchschnittlich geringem IQ aus Kulturkreisen mit völlig anderen Wertesystemen in unserem Kulturkreis nicht mithalten können, sind Deutschenfeindlichkeit, Kriminalität und das Abgleiten in die Asozialität ein Preis, den wir dauerhaft für die Zuwanderung solcher Menschengruppen bezahlen müssen. Ihnen mangelt es an den kognitiven Fähigkeiten, ihr Wertesystem ständig zu überdenken, zu hinterfragen und sich an ihre neue Umgebung anzupassen. Wir werden das im Detail belegen. Ein Beispiel vorab: Jüngere wissenschaftliche Studien bescheinigen beispielsweise serbischen Roma einen Intelligenzquotienten von nur 70. Man muss daher nicht lange fragen, weshalb viele serbische Roma-Kinder trotz größter Förderung bei der Integration versagen (müssen) und ihr Leben lieber auf Betteln, Diebstahl und Kriminalität ausrichten, was in ihrem Kulturkreis allgemein akzeptiert wird. Sie haben ein anderes Wertesystem und andere Normen als wir. Und je geringer ihr IQ, umso geringer ihre Anpassungsfähigkeit bei der von uns so erwünschten Integration. Man muss aber auch deutlich darauf hinweisen: Ihre geistigen Fähigkeiten reichen eben häufig nicht dazu aus, anspruchsvolle Berufe auszuüben. Natürlich gibt es auch Roma, die einen höheren Intelligenzquotienten besitzen und studieren. Sie erlernen dann mitunter auch anspruchsvollere Berufe wie den eines Rechtsanwaltes oder eines Arztes. Doch sie bleiben eben häufig dem Wertefüße ihrer Roma-Sippe verhaftet. Und sie fördern dann als Hintermänner in gehobenen Positionen (verdeckt) das, was aus unserer Sicht Kriminalität in ihrer Bevölkerungsgruppe ist. Wir werden typische Beispiele dafür kennenlernen. Wir werden erkunden, warum bisher fast alle Bemühungen, diese Situation zu verändern, gescheitert

sind. Denn Intelligenzquotient und Wertgefüge einer Bevölkerungsgruppe prägen nun einmal gemeinsam ein bestimmtes Verhalten. Solange wir den uns fremden Wertesystemen immer mehr Toleranz entgegenbringen, werden wir daran nie etwas ändern.

Wie wir in den nachfolgenden Kapiteln noch sehen werden, ist es in Bezug auf türkische oder arabischstämmige Jugendlichen kaum besser. Sie zählen ebenfalls zu den Bevölkerungsgruppen aus einem Kulturkreis mit einem anderen Wertesystem und anderen Normen. Auch der durchschnittliche Intelligenzquotient ihrer Herkunftsländer liegt erheblich unter dem Durchschnitt ethnischer Europäer (siehe zum Länder-IQ das Kapitel »Warum variiert der IQ zwischen verschiedenen Ländern?«). Viele dieser Migrantenkinder haben in unseren Schulen und im späteren Leben bei den Anforderungen im Arbeitsleben wegen ihrer geringen kognitiven Fähigkeiten nicht die geringste Chance. Es ist kein Wunder, dass mehr als ein Drittel von ihnen keinen Schulabschluss schaffen. Junge türkische Schüler weisen heute im deutschsprachigen Raum sogar einen durchschnittlich geringeren IQ als ihre Eltern auf. Sie flüchten sich deshalb in unserer Leistungsgesellschaft immer stärker zurück in das Wertesystem ihrer Vorfahren. Wir sehen das etwa bei der Hinwendung zu den Werten und Normen des Islam. Wir werden die Gründe dafür erfahren. Und wir werden sehen, dass die durchschnittliche Intelligenz bestimmter Migrantengruppen (trotz kaum vorstellbarer Förderung) weiter sinkt und nicht etwa steigt. Man kann noch so viel in sie investieren — sie können ihr ganzes Leben lang nicht mit durchschnittlichen ethnischen Europäern mithalten. Als Abwehrhaltung flüchten sie sich in das Weltbild ihrer orientalischen Vorfahren. Das aber ist in vielen Punkten unvereinbar mit unserem Wertesystem. Ein Beispiel: Bildung ist im islamischen Kulturkreis (außerhalb der *Koran-Schule*) kein Wert. Daher verzeichnen wir europaweit nicht etwa immer mehr Ingenieure und Mathematiker aus dem islamischen Kulturkreis, sondern eine Zunahme der Zahl orientalischer Dönerbuden, Änderungsschneidereien und Hilfsarbeiter. Ein weiteres Beispiel: Wir Europäer sind stolz auf die Emanzipation unserer Frauen, und wir anerkennen die Rechte von Homosexuellen. Im orientalischen Kulturkreis ist beides undenkbar. Auch auf dem Gebiet von Lebensplanung und Zukunftsvorsorge sind die Wertesysteme völlig unterschiedlich. Die Realität sieht daher so aus: 55,3 Prozent der krankhaften Spieler in Deutschland sind Migranten — viele von ihnen kommen aus dem orientalischen Kulturkreis.<sup>32</sup> Erstaunlicherweise lauten aber die Schlagzeilen in unseren Medien beispielsweise: »Jeder dritte Türke von Armut bedroht«<sup>33</sup>. Die Ursachen für die schlechte soziale Lage unserer orientalischen Migranten finden wir im Wertesystem und im Gehirn dieser Mitbürger.

Viele minderbegabte Migranten können eben gar nicht anders, als sich in ihre eigenen Wertesysteme (Parallelgesellschaften) zurückzuziehen und dort nach eigenen Normen zu leben. Ihr geringer IQ lässt ihnen keine andere Wahl. Sie sind in geistiger Hinsicht unfähig zur Anpassung. Ihre geringen Leistungen haben auch nichts mit ihrer sozialen Herkunft zu tun. Das belegen - wie wir sehen werden - im deutschsprachigen Raum lebende arabische Großfamilien, deren Kinder nach Polizeiangaben pro Familie Millionen Euro mit Kriminalität erwirtschaften, aber nicht den niedrigsten Schulabschluss schaffen. Wir werden ebenso Roma kennenlernen, die in Rumänien für viele Millionen Euro Villen bauen. Auch deren Kinder schaffen hier bei uns nicht einmal die Förderschule. Große Gruppen von zugewanderten Minderintelligenten erleben Tag für Tag, dass ihre kognitiven Fähigkeiten für unsere hochtechnisierte Welt nicht ausreichend sind. Sie projizieren ihre eigene Unfähigkeit deshalb auf jene, die ihnen überlegen sind, und beschimpfen diese in rassistischer Weise («Christenhund«, «Deutsches Schwein«, «Schweinefleischfresser«, «Kartoffelbauch«), treten ihnen wahllos und völlig grundlos vor den Kopf, berauben und erniedrigen oder vergewaltigen sie. Sie verweigern uns in immer größer werdender Zahl jeglichen Respekt. Wer solch ein Wertegefüge im Kopf hat, der überfällt eben auch unsere Alten, Schwachen und Behinderten und betrachtet sie als leichte Beute. Es sind in der Welt ihrer Normen doch nur »Ungläubige« — und zwar über ihren Tod hinaus. Wie soll ein friedfertiges Zusammenleben funktionieren, solange selbst die ruhigsten Muslime ihre Toten auf Friedhöfen nicht in von Christen »verunreinigter« Erde begraben lassen dürfen? Wir geben auch auf diesem Gebiet unsere Werte auf und tauschen eben heimlich, still und leise dort die Friedhofserde aus, wo Muslime beerdigt werden sollen.

Sagt man solchen Bevölkerungsgruppen die Wahrheit, wie das Thilo Sarrazin getan hat, dann können sie häufig intellektuell nicht mithalten. Als Sarrazin etwa im Juli 2011 in Berlin-Kreuzberg mit Türken diskutieren wollte, da jagte man den Deutschen »wie einen Hund« davon.<sup>34</sup> Die bittere Wahrheit ist: Wer viel Stroh im Kopf hat, der fürchtet eben den Funken der Wahrheit. Man muss die vielen Facetten der Wahrheit aber kennen: Wenn etwa der SPD-Politiker Sigmar Gabriel Türken lobt und für diese sogar allen Ernstes das Wahlrecht in Deutschland fordert, dann sollte einem geläufig sein, dass er mit einer Türkin verheiratet war und mit dieser ein Kind zeugte.<sup>35</sup> Viele jener Politiker, die uns Migration aus rückständigen Ländern wie der Türkei als angebliche Bereicherung verkaufen wollen, haben eben bei näherer Betrachtung offenkundig nicht nur die Interessen der Mehrheitsbevölkerung im Kopf. Dabei ist der Erfolg von Sarrazins Buch, das sich mehr als 1,5 Millionen Mal verkaufte, ein deutliches Misstrauensvotum der Bürger gegenüber der bisherigen Einwanderungspolitik,

die uns vor allem die wachsende Feindschaft von Leistungsverweigerern beschert.

Rassistische Inländerfeindlichkeit finden wir nur bei Migranten aus Kulturkreisen mit einer Kombination von völlig anderen Wertesystemen, Normen und einem niedrigem Länder-IQ. Ein Mensch kann einen niedrigen IQ haben und trotzdem ein anständiger Mensch sein. Das hängt jedoch immer vor allem von den ihn prägenden Werten ab. Es sind eben nicht US-Amerikaner, Kanadier, Italiener, Tschechen oder Chinesen, die hier bei uns durch Inländerfeindlichkeit auffallen, sondern vielmehr Menschen mit uns fremden Wertesystemen und Normen: beispielsweise aus Ägypten (Länder-IQ 81), Afghanistan (Länder-IQ 84), Somalia (Länder-IQ 68), dem Irak (Länder-IQ 87), Tunesien (Länder-IQ 83), Pakistan (Länder-IQ 84), Syrien (Länder-IQ 83), Äthiopien (Länder-IQ 69) oder Elfenbeinküste (Länder-IQ 69). In diesen Ländern existieren nun einmal andere Wertesysteme als im westlichen Kulturkreis. Die Kinder solcher Migranten greifen uns heute immer häufiger an. Das alles hängt eben mit Werten und häufig vor allem mit geringer Intelligenz zusammen. Zur Erinnerung: Der jeweilige Länder-IQ ist jener Wert, der den Intelligenzquotienten von etwa 50 Prozent der Einwohner kennzeichnet. Es gibt - wie überall auf diesem Planeten — Klügere und Dümmerer. Je niedriger der Länder-IQ, desto geringer ist der Prozentsatz der Intelligenzen in dem betreffenden Land. Kommt ein Zuwanderer aus einem typischen afrikanischen Land zu uns nach Europa, dann ist die Chance, dass er eine intelligente Bereicherung für uns ist, minimal. Mit erheblich größerer Wahrscheinlichkeit ist das Gegenteil der Fall: Er wird sein ganzes Leben lang eine schwere Bürde für uns sein. Zum Vergleich: In Deutschland betrug der Länder-IQ vor wenigen Jahren noch 107! Wie wir sehen werden, hat die Migration ihn drastischerweise auf weit unter 100 gedrückt. Ein Afrikaner aus Kamerun, der dort über dem Länder-IQ von 64 liegt und studieren darf, ist nicht einmal auf dem IQ-Niveau eines deutschen Hauptschülers. Wir aber erkennen immer öfter Bildungsabschlüsse aus Ländern mit niedrigem IQ an — und senken damit beständig Qualität und Niveau in diesem Land. Wie wir ebenfalls sehen werden, dürfen Menschen mit einem IQ von weniger als 70 in den USA wegen Schwachsinnigkeit nicht hingerichtet werden. Wir Europäer haben aber in den vergangenen Jahren eine Willkommenskultur für Schwachsinnige entwickelt. In Verbindung mit den importierten Wertesystemen ist das der Weg in eine nicht mehr abzuwendende Katastrophe. Wenn man den Durchschnitts-IQ einer Bevölkerung etwa durch intelligente Zuwanderung um zehn Prozentpunkte steigern kann, dann bedeutet das im Endeffekt eine dauerhafte Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 20 Prozent (und zwar ohne auch nur

einen Cent zu investieren!). Länder wie Deutschland und Österreich gehen den umgekehrten Weg. Sie haben alles unternommen, um den Durchschnitts-IQ und damit auch den Wohlstand der einheimischen Bevölkerung dauerhaft immer weiter abzusenken.

Der durchschnittliche IQ türkischer Schüler liegt, wie wir sehen werden, mit 85 gerade einmal auf dem Niveau des afrikanischen Uganda oder der ostafrikanischen Hungerrepublik Eritrea. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Bei den Pisa-Studien (auch sie sind Intelligenztests) schneiden türkische Schüler in ihrem Heimatland ebenso schlecht ab wie türkische Schüler in Deutschland.<sup>36</sup> Dieses schlechte Abschneiden bei solchen Intelligenztests hat also nichts damit zu tun, dass Türken in Deutschland »benachteiligt« würden - sonst würden sie ja in ihrer eigenen Heimat bei solchen Untersuchungen bessere Ergebnisse erzielen. Nein, auch in ihrer eigenen Heimat liegen Türken hinsichtlich der Pisa-Studien am Ende der Skala: Die Türkei rangiert immerhin 21 Plätze hinter Deutschland<sup>37</sup>, was kaum daran liegen kann, dass die Türken in ihrem Heimatland »diskriminiert« und von Bildung ferngehalten werden. Türkische Schüler sind selbst dann, wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, etwa zwei Jahre hinter ethnischen deutschen Schülern in Bezug auf ihre Kompetenzen zurück.<sup>38</sup> Im Handbuch *Pisa 2009 — Bilanz nach einem Jahrzehnt* heißt es zur Problematik türkischer Schüler in Deutschland ganz eindeutig: »Die größten Kompetenzunterschiede sind für Schülerinnen und Schüler aus Familien zu beobachten, die aus der Türkei zugewandert sind.«<sup>39</sup>

Im Klartext bedeutet das alles: Türken fallen an deutschen Schulen genauso wie auch in der Türkei vor allem durch geringe kognitive Leistungen auf. Das Land und seine Bewohner liegen bei den Pisa-Studien nur auf dem Intelligenzniveau von Rumänien und Bulgarien. Schüler aus der Türkei besitzen nach offiziellen Angaben kaum die Grundkompetenzen beim Lesen, die sie befähigen, effektiv und produktiv am Leben teilzuhaben.<sup>40</sup> Das gleiche Bild wird auch vom niedrigen türkischen Länder-IQ bestätigt, mit dem wir uns später noch beschäftigen werden: Türken, die nun zu Millionen in Deutschland leben, weisen statistisch gesehen eine durchschnittlich erheblich niedrigere Intelligenz auf als durchschnittliche Deutsche. Die Folgen sehen wir überall: Die jungen Migranten fallen schon in frühester Jugend durch asoziales Verhalten auf: Inländerfeindlichkeit, Jugendgewalt und Kriminalität. Viele Studien belegen den direkten Zusammenhang zwischen geringem IQ und asozialem Verhalten in frühester Jugend, zuletzt etwa die Forschungen am *Londoner Kings College* aus dem Jahre 2006.<sup>41</sup> Dieses Buch widmet dem asozialen Verhalten zugewanderter Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Länder-IQ mehrere ausführliche Kapitel.

Ehrlicher Weise müssen wir darauf hinweisen, dass bestimmte zugewanderte Migrantengruppen aus bildungsfernen Ländern auf dieser Welt nicht generell die allerdümmsten Menschen sind. Doch wer nur der Fünft- oder Zehnthässlichste ist, der ist ja deshalb auch nicht gleich zwangsläufig hübsch. Und von solchen Menschen erwarten wir allen Ernstes, dass sie uns bei der Bewältigung der gigantischen Zukunftsaufgaben in einer hoch spezialisierten und hoch technisierten Welt mit immer komplexeren Strukturen helfen?

Man durfte bislang aus Gründen der politischen Korrektheit zwar über verschiedene Wertesysteme, nicht aber über höchst unterschiedliche Intelligenzquotienten von Bevölkerungsgruppen sprechen. Dabei ist das Fähigkeitsniveau der etwa fünf Prozent kognitiv Leistungsfähigsten unserer Gesellschaft für unser aller Zukunft besonders relevant, weil diese Menschen für technische Innovationen und deren Adaptation, für die Steuerung in Betrieben und Verwaltungen sowie für die Funktionalität komplexer Systeme die größte Verantwortung tragen. Wie wir sehen werden, fehlen genau sie uns jetzt. Rasend schnell vermehren sich nun nur noch Bevölkerungsgruppen mit uns fremden Normen und Wertegefügen, die eine niedrige Intelligenz aufweisen. Ein Teil von ihnen zieht sich nicht nur in Parallelgesellschaften zurück, sondern vermehrt sich dort auch noch bevorzugt durch Inzucht (»Verwandteneheiraten«). Die Chance, dass der Nachwuchs dabei einen IQ von weniger als 70 hat, steigt in solchen Familien um 400 Prozent!<sup>42</sup> Und dieser geballte Schwachsinn soll unsere gewaltige Schuldenlast abarbeiten und unsere Renten sichern? Ganz sicher nicht.

Erstaunlicherweise fühlen wir ethnischen Europäer uns heutzutage schuldig, wenn Migranten in unserer Gesellschaft nicht mithalten können. Wir haben jeglichen Egoismus verloren. Wir fühlen uns wie Diebe, wenn es bestimmten Migrantengruppen heute schlechter geht als deren Eltern. Wir haben Mitleid mit jenen, die inmitten unserer Gesellschaft Ausbildung und Leistung verweigern. Wenn jemand besser dasteht, mehr kann und mehr weiß als ein anderer, dann angeblich nur, weil er dem anderen etwas vorenthalten oder weggenommen hat, ihn etwa um sein Bildungsrecht betrogen hat. Wir sprechen nicht etwa über den minderen Intelligenzquotienten vieler Migranten und ihre zu beobachtende Bildungsresistenz, sondern wir reden uns ein, wir enthielten ihnen Bildung vor. Die Bildungsbeflissenen, die Erfolg in unserer Gesellschaft haben und deshalb besser dastehen, sind aus unserer Perspektive Diebe, die anderen etwas weggenommen oder vorenthalten haben. Sie müssen (durch immer höhere Steuern) bestraft und die zugewanderten Bildungsoffer (durch immer neue Felder der sozialen Unterstützung) entschädigt werden. Mit dieser Sichtweise, die Politik und Medien über alle Parteigrenzen hinweg

eint, haben wir eines fundamementiert: den Marsch in eine nicht mehr aufzuhaltende Katastrophe.

Der Autor ist fest davon überzeugt, dass weder er noch andere die in den folgenden Kapiteln aufgezeigte Entwicklung werden ändern können. Das Buch wurde also nicht geschrieben, um Einfluss auf Entwicklungen zu nehmen, die ohnehin nicht mehr abwendbar sind. Es wurde vielmehr in erster Linie für nachfolgende Generationen verfasst. Es soll Historikern einmal dabei behilflich sein, den von der Politik mit aller Macht geförderten rasanten Niedergang des deutschsprachigen Raumes und die sich abzeichnende Gewaltbereitschaft verschiedener Gruppen auf allen Seiten einzuordnen.

Darf man ein Buch wie dieses nach den Massakern von Norwegen noch veröffentlichen? Ende Juli 2011 sprengte ein nationalistischer norwegischer Gemüsebauer in Oslo das Regierungsviertel in die Luft und ermordete (vor allem auf der Insel Utoya) mehr als 70 Menschen, die meisten von ihnen Kinder und Jugendliche.<sup>43</sup> Der Massenmörder wollte damit nach eigenen Angaben das Fanal für einen Bürgerkrieg in Europa setzen, einen Kreuzzug gegen Migranten in Europa, gegen den Islam und die Multikulti-Ideologie.<sup>44</sup> Verheerender noch: Bald war klar, dass viele weitere europäische Extremisten unabhängig von ihm mittelfristig ähnliche Massaker in Europa planen.<sup>45</sup> Wir müssen als Europäer seit den Anschlägen von Madrid und London seither nicht nur Angst vor islamistischem Terror haben. Auch der nationalistische Terror wird offenkundig in Europa zu einer alltäglichen Bedrohung. Fördert man den nationalistischen Terror mit einem Buch wie diesem? Kann man ein Buch wie das hier vorliegende künftig für Handlungen von Extremisten verantwortlich machen? Die Antwort: Wenn morgen ein Irrer ein Atomkraftwerk bombardiert, weil er gegen Kernkraft ist, sind dann die Grünen dafür verantwortlich? Und wollen wir jede Kritik am Kapitalismus und an Banken verbieten, weil linke Randalierer in Städten wie Hamburg und Berlin nachts Autos anzünden? Zudem haben die schweren Migrantenunruhen in Großbritannien 2011 wenige Wochen nach den Attentaten von Norwegen gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns genau anschauen, welche Zuwanderer wir uns da eigentlich ins Land geholt haben.

Nochmals: Darf man nach dem Norwegen-Massaker ein Buch wie dieses schreiben, weil doch seither überall vor »Rechtspopulismus« und angeblich gewaltbereiten europäischen Islam-Kritikern gewarnt wird? Die nüchterne Antwort auf diese Frage zeigt, wie sehr unser geistiges Niveau schon abgesunken ist. Denn Islam-Gründer Mohammed, dessen Ideologie nun alle in Schutz nehmen, hat eigenhändig bei einem Massaker mehr Menschen ermordet als der norwegische Massenmörder Anders Breivik. Nicht einer jener Journalisten, die



seit dem Norwegen-Massaker Muslime in Europa in Schutz nehmen, scheint das zu wissen. Die Wahrheit lautet jedoch: Mohammed hat im Jahre 627 unserer Zeitrechnung (nach allen bekannten islamischen Überlieferungen) unbestritten mehr als 500 Juden, die seiner Ideologie nicht folgen wollten, Gräben ausheben und ihnen dann den Kopf abschneiden lassen. Es handelte sich um das Massaker von Yatrib — heute heißt die Stadt Medina. Die Zeitung *Die Welt* nannte das Vorgehen Mohammeds einen »Genozid«<sup>46</sup>, und *Die Zeit* bezeichnete es als ein »Massaker«<sup>47</sup>. Als Christen oder Atheisten sollen wir heute nach dem Willen von Politik und Medien Verständnis dafür haben, dass Muslime einen solchen Massenmörder als großes Vorbild verehren. Ist es nicht geradezu schizophren, dass wir den einen Massenmörder, Anders Breivik, völlig zu Recht für verrückt erklären und den anderen Massenmörder, Mohammed, dessen *Koran* zudem noch an etwa 200 Stellen zur Gewalt gegen »Ungläubige« aufruft, vor Kritikern in Schutz nehmen? Und wir sollen Menschen tolerieren, die ihm huldigen?

Ein anderes Beispiel: Sechs Wochen nach den Anschlägen in Norwegen rief ein junger sozialdemokratischer Politiker in Österreich ganz offen zu einem Massaker an Menschen auf. Der Vorsitzende der österreichischen jungen Sozialdemokraten im Kreis Mur, Sebastian Seidlitz, forderte die Ermordung von Wohlhabenden.<sup>48</sup> Er verlangte, diese abzuschlachten sowie zu quälen und dann in die Häuser der Ermordeten sozial Schwache einzuquartieren. Er rief ebenso zu einem Massenmord auf wie Anders Breivik — und alle Medien, die angeblich gegen Gewalt kämpften, schauten krampfhaft weg. Besonders bezeichnend: Eine Reihe seiner österreichischen sozialdemokratischen Parteifreunde stimmte ihm sofort zu. — Blicken wir einige Jahre weiter zurück, dann wird die Antwort, ob man ein Buch wie dieses heute noch veröffentlichen darf, noch klarer.

Professor Irenäus Eibl-Eibesfeldt hat uns die Entwicklung schon vor langer Zeit prophezeit. Wir wollten sie nur aus Gründen der politischen Korrektheit nicht hören. Der 1928 geborene Verhaltensforscher war ein Schüler von Konrad Lorenz. Sein ganzes Leben widmete er der Ethnologie (Völkerkunde) und der Verhaltensforschung. Er erhielt das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, den Bayerischen Verdienstorden, österreichische Orden, zahllose Ehrendoktorwürden und andere Auszeichnungen. Man kann sie kaum alle aufzählen. Der Wissenschaftler hat stets die Wahrheit gesagt. Und auf einen Schlag wurde ihm das zum Verhängnis. Der letzte noch lebende wirklich große führende Verhaltensforscher im deutschsprachigen Raum wurde zusammen mit Konrad Lorenz, dem unangefochtenen Altmeister der Verhaltensforschung, von deutschen Medien zu einer Art Unperson degradiert.

Professor Eibl-Eibesfeldt hatte es nämlich vor anderthalb Jahrzehnten gewagt, schier Ungeheuerliches auszusprechen. Als Länder wie Deutschland, Österreich und die Schweiz sich anschickten, die Grenzen für Millionen Zuwanderer aus Kulturkreisen mit anderen Wertesystemen zu öffnen, da erklärte er unmissverständlich: »Man macht mit Menschen nicht solche Experimente.« Der Verhaltensforscher warnte vor den absehbaren Folgen - er sprach in Zusammenhang mit dem Zuzug von immer mehr Türken nach Europa von einem kommenden »Bürgerkrieg«, der von allen Seiten geschürt und geführt werde. Fortan wurde er in deutschsprachigen Medien zu einer Art Unperson. Man stempelte ihn zum »Rassisten«.

Schauen wir einmal genauer hin. Wie lauteten denn eigentlich jene angeblich so ungeheuerlichen Äußerungen des weltweit anerkannten Verhaltensforschers? Professor Eibl-Eibesfeldt sagte 1996 voraus, dass die multikulturelle Zukunft in Europa eine sehr unfriedliche werde: »Es gibt diese schöne Idee, dass Immigranten ihre Kultur behalten und sich als deutsche Türken oder deutsche Nigerianer fühlen sollen, weil das unsere Kultur bereichert. Das ist sehr naiv. In Krisenzeiten hat man dann Solidargemeinschaften, die ihre Eigeninteressen vertreten und um begrenzte Ressourcen wie Sozialleistungen, Wohnungen oder Arbeitsplätze konkurrieren. Das stört natürlich den inneren Frieden. Die Algerier in Frankreich etwa bekennen sich nicht, Franzosen zu sein, die sagen: Wir sind Moslems.«<sup>49</sup> Er fuhr fort: »Wenn jemand den Grenzpfahl in Europa nur um zehn Meter verschieben würde, gäbe es furchtbaren Krach, aber die stille Landnahme über Immigration soll man dulden?« Und an all jene, die behaupten, Zuwanderung sei grundsätzlich eine Bereicherung, richtete Professor Eibl-Eibesfeldt die Worte: »Die Leute, die so demonstrativ ihren Heiligenschein polieren, tun das ja nicht aus Nächstenliebe, sondern weil sie dadurch hohes Ansehen, hohe Rangpositionen, also auch Macht, gewinnen können - früher als Held, heute als Tugendheld. Der Mensch kann alles pervertieren, auch Freundlichkeit oder Gastlichkeit, und wenn die Folgen sich als katastrophal erweisen, schleichen sich die Wohlmeinenden meist davon und sagen: Das haben wir nicht gewollt. (...) Die heute für die Multikultur eintreten, sind eben Kurzzeitdenker. Sie sind sich gar nicht bewusst, was sie ihren eigenen Enkeln antun und welche möglichen Folgen ihr leichtfertiges Handeln haben kann. (...) Zu allen Zeiten haben Gruppen andere verdrängt, und es gibt sicherlich kein Interesse der Natur an uns. Aber es gibt ein Eigeninteresse. Man muss nicht notwendigerweise seine eigene Verdrängung begrüßen.«<sup>50</sup>

Wer so etwas vor anderthalb Jahrzehnten sagte, der galt als Hindernis auf dem Weg zur angeblich glücklichen Zukunft. Ganz langsam erkennen nun

jene, die Menschen wie Professor Eibl-Eibesfeldt vor Jahren einfach abstempelten, dass nicht er, sondern sie geirrt haben. Da berichtet der *Stern*, lange Jahre Vorreiter der multikulturellen Bewegung, unter der Schlagzeile »Die vergrabene Bombe«: »Migranten ohne Berufsabschluss: 44 Prozent; Migranten im Alter zwischen 22 und 24 Jahren ohne Berufsabschluss: 54 Prozent; türkische Migranten ohne Berufsabschluss: 72 Prozent; (...) Es gilt noch immer als politisch inkorrekt und gefährlich, solche Zahlen an die Öffentlichkeit zu geben. Sie werden beschwiegen und weggeschlossen, die übrigen Daten still in Reserve gehalten.«<sup>51</sup> Die Erkenntnis ist zwar immer noch politisch unkorrekt, aber unübersehbar: Statt Bereicherung haben sich Länder wie Deutschland gewaltige Probleme importiert. Migranten konkurrieren jetzt mit Einheimischen um »begrenzte Ressourcen wie Sozialleistungen, Wohnungen oder Arbeitsplätze« — ganz so, wie der Verhaltensforscher Professor Eibl-Eibesfeldt es vor langer Zeit als Wissenschaftler prognostiziert hatte. Und seine Warnungen vor der in diesem Zusammenhang geschürten Gewaltbereitschaft haben sich (leider) inzwischen auf allen Seiten bewahrheitet. Genau deshalb darf man die Überbringer schlechter Botschaften wie Professor Eibl-Eibesfeldt nicht für die Entwicklung verantwortlich machen und mit Verachtung strafen. Man sollte ihnen vielmehr dankbar dafür sein, rechtzeitig auf sie und ihre Folgen hingewiesen zu haben.

Wer nun glaubt, die dargelegte Entwicklung sei nur auf den Gegensatz von Mitteleuropäern und Migranten aus Afrika oder dem Orient gerichtet, der irrt gewaltig. Nein, wir finden sie auch in völlig anderen Kulturen, etwa jenen, die uns Europäern in Hinblick auf ihren IQ weit überlegen sind. Ein Beispiel: Im Juli 2011 (also vier Monate nach dem verheerenden Erdbeben) demonstrierten in Japan (Länder-IQ 105) viele Menschen gegen weiße Europäer. Sie forderten deren Deportation, trugen Hakenkreuz-Fahnen mit sich und bekundeten, keinen Kontakt mit der ihnen fremden Kultur haben zu wollen. Europäische Medien berichteten nicht darüber, die Videos der Demonstration etwa aus Tokio kann man sich aber im Internet anschauen.<sup>52</sup> Man versteht die Botschaft auch ohne Japanisch-Kenntnisse. Vier Monate nach der weltweiten Hilfsaktion für das vom Erdbeben getroffene Japan forderten Demonstranten unter dem Schutz der Polizei den Rauswurf weißer Europäer aus ihrem Land. Der Kampf um Ressourcen, Arbeitsplätze und Wohlstand wird bei Verschlechterung der Wirtschaftslage eben in allen Kulturen genau so ausgefochten, wie ihn Professor Eibl-Eibesfeldt mit seiner angeblich schlechten Botschaft prophezeit hat. Daran können weder gesetzliche Regeln noch Zwang oder multikulturelle Wünsche etwas ändern. Zur Klarstellung: Die meisten in Japan lebenden Europäer können weder Japanisch lesen noch schreiben. Sie suchen die Gesell-

schaftt von anderen Europäern oder Weißen und kapseln sich in Parallelgesellschaften gegenüber der japanischen Kultur ab. Sie integrieren sich nicht. Die Folgen haben wir gerade beschrieben. Das, was in Europa passiert, ist also keineswegs auf diesen Erdteil begrenzt. Innerhalb Europas verdrängen wir allerdings gern die weiter brodelnden Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit ihren völlig unterschiedlichen Werten: Selbst zehn Jahre nach dem Kosovo-Krieg kann auch die KFOR die Spannungen zwischen christlichen Serben und muslimischen Balkan-Bewohnern mit militärischen Mitteln nicht befrieden, immer wieder bricht die Gewalt hervor.<sup>53</sup> Wir müssen uns eingestehen: Sobald wir dort unsere Soldaten abziehen, würde der Krieg sicher abermals ausbrechen. Alle Hilfsprojekte haben daran nichts geändert.

Dieses Buch ist ein Überbringer schlechter Botschaften. Sie sind ebenso wenig politisch korrekt wie ehemals die Botschaften von Professor Eibl-Eibesfeldt. Viele Gutmenschen werden beim Lesen der nachfolgenden Seiten aufschreien: Denn im Sinne der politischen Korrektheit kann nicht sein, was nicht sein darf. Das Lesen dieses Buches setzt allerdings einen gehobenen Intelligenzquotienten (IQ) voraus.

Am Ende werden wir die Wahrheit akzeptieren müssen: Minderintelligente aus rückständigen Kulturkreisen mit anderen Wertesystemen und Normen flüchten sich — als letztem Rettungsanker — im deutschsprachigen Raum vor den Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft in Parallelgesellschaften. An dieser Tatsache werden alle Integrationsbemühungen scheitern. Diese Menschen greifen zudem immer häufiger jene an, mit denen sie nicht mithalten können. Das bedeutet im Klartext: wachsende Inländerfeindlichkeit und mit roher Gewalt verbundener Niedergang. Arm gegen Reich, Links gegen Rechts, Religiöse gegen Nichtreligiöse. Und zwar auf allen Seiten. In meinem Bestseller *Vorsicht Bürgerkrieg!* habe ich 2009 die absehbare Entwicklung für Europa beschrieben, die sich auch durch die Terroranschläge von Norwegen 2011 (leider) bewahrheitet hat. In *Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold*, habe ich 2010 politisch nicht korrekt die Kosten der Migration und den sich verschärfenden Kampf um die knapper werdenden Finanzmittel in Europa thematisiert. Und in dem nun vorliegenden Buch wird dargelegt, warum der Zusammenprall von Menschen aus Kulturkreisen mit niedrigem Länder-IQ und anderen Wertesystemen und Normen hier bei uns zum dauerhaften Niedergang und zu wachsenden Spannungen führen muss: weil der häufig geringe Intelligenzquotient bestimmter Migrantengruppen die von uns erwünschte Integration aufgrund fehlender kognitiver Möglichkeiten schlicht unmöglich macht. Wir werden diese Entwicklung nun nicht mehr verändern können. Wir sollten sie nur kennen und uns auf die absehbaren Folgen vorbereiten. Das alles beschert

nämlich denen, die Steuern zahlen müssen, künftig immer höhere Kosten: Wir werden etwa in Deutschland einen »Migranten-Soli« bekommen, um die zugewanderte Dummheit zu finanzieren. Auch die CDU fordert inzwischen einen Zuschlag für Besserverdienende<sup>54</sup>, um die »Bereicherung« durch leistungsschwache Migranten noch bezahlen zu können.

Wie wir sehen werden, kann Demokratie nur in Staaten mit einem hohen Länder-IQ dauerhaft existieren. Ebenso gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Länder-IQ von Bevölkerungsgruppen und deren Wohlstand. Im deutschsprachigen Raum sinkt dieser allerdings durch Migration dramatisch ab. Sowohl unsere Demokratie als auch unser Wohlstand sind daher nur historische Ausnahmeerscheinungen innerhalb der Geschichte dieses Raumes. Unser Lebensstandard wird vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise und fehlender Leistungsträger, die wir durch leistungsschwache Migranten mit durchschnittlich eher geringem IQ ersetzt haben, Monat für Monat sinken, bis wir uns dem Niveau der Herkunftsländer unserer Zuwanderer angenähert haben. Anschließend können wir wahrheitsgemäß und politisch korrekt sagen: Alle sind gleich. Damit müssen wir uns nun entweder abfinden oder aber handeln. Handeln heißt in diesem Fall, alle Tabus der politischen Korrektheit beständig zu durchbrechen. Denn politische Korrektheit zerstört die Grundlagen jeder Demokratie. Sie betreibt ideologische Intoleranz im verlogenen Deckmantel angeblicher Antidiskriminierung. Politische Korrektheit ist nichts anderes als Gedankenkontrolle. Sie ist ein Werkzeug der Zensur. Und sie ist ein Werkzeug zur Durchsetzung nicht mehrheitsfähiger Themen. Politische Korrektheit diskriminiert unliebsame Gedanken. Sie stößt Andersdenkende aus der sozialen Gemeinschaft aus. Sie sorgt für ein Klima der Angst, der Lüge, des Verrats, der Denunziation. Sie verhindert eine offene und öffentliche Meinungsbildung, die die Grundlage einer jeden wehrhaften Demokratie ist. Politische Korrektheit ist damit ein Werkzeug zur Zerstörung unserer Demokratie. Wer ihr auf den Leim geht, der verrät die Freiheit. In diesem Sinne sind die nachfolgenden Kapitel garantiert politisch nicht korrekt. Jeder Leser ist dazu aufgefordert, sich mithilfe der genannten Quellen von den Fakten zu überzeugen und eine eigene Meinung zu bilden.

Udo Ulfkotte  
San Francisco, im August 2011



## Teil I

# Vom Land der Dichter und Denker zum Land der Hilfsarbeiter

### Intelligenz wird Mangelware

Man muss nicht verrückt sein, um in Deutschland zu leben. Aber es hilft ungemein. Denn im deutschsprachigen Raum sind wir jetzt offenkundig vom Wahnsinn umzingelt.

Trotz der überall sichtbaren Krise behaupten Politiker, wir seien auf dem »richtigen Weg«. Sie verschweigen uns allerdings dessen wahre Bezeichnung: Holzweg. Wir retten mit den Steuergeldern unserer noch nicht einmal gezeugten Kinder ferne Länder. Unsere eigenen Rentner suchen zwischenzeitlich im Müll nach Pfandflaschen, weil nach einem Leben voller Arbeit das Geld nicht mehr zum Überleben reicht. Auch Normalverdiener können sich heute weniger leisten als beispielsweise noch im Jahre 2000.<sup>55</sup> Wir bauen Schulen und Kindergärten in Afghanistan, im Irak und in Afrika. Und wir selbst besitzen Schulen und Kindergärten, in die es jetzt hineinregnet.<sup>56</sup> Wir bilden mit dem Geld der Steuerzahler Polizisten in Afghanistan aus, während unsere eigene Polizei aus Geldmangel das Benzin rationieren muss.<sup>57</sup> Wir sind weltweit führend beim Niedergang: Wir verfügen über die ineffizienteste Armee der gesamten NATO.<sup>58</sup> Keine andere Armee wirft so viele Milliarden zum Fenster hinaus, weil sie Zehntausende Fahrzeuge ungenutzt vor sich hinrostet lässt.<sup>59</sup> Auch unsere Krankenhäuser gelten inzwischen als abschreckendes Beispiel: In der EU nehmen wir einen Spitzenplatz bei der Zahl der tödlichen Krankenhausinfektionen ein.<sup>60</sup> Patienten, die eine offene Wunde haben und aus einem deutschen Krankenhaus in die Schweiz oder nach Holland verlegt werden, müssen dort erst einmal in Quarantäne.

Wir haben die höchsten Steuern, die längste Lebensarbeitszeit, das teuerste Benzin in Europa und den größten Verbrauch an umweltschädlichen »Biotreibstoffen«<sup>61</sup> Mit diesen fahren wir jetzt durch die größten Schlaglöcher auf europäischen Straßen.<sup>62</sup> Deutsche Fahrzeuge, einst Inbegriff für Qualität, fallen inzwischen vor allem durch Rückrufaktionen auf. Das gilt nicht nur für unsere Fahrzeuge. Weil die Qualität vieler unserer Waren immer schlechter wird, gibt es Internetseiten, auf denen ständig die neuesten deutschen Rückrufaktionen vermeldet werden — damit man überhaupt noch den Überblick behält.<sup>63</sup>

Wir befinden uns angeblich auf dem »richtigen Weg«. Und wir ziehen angeblich zusammen mit Zuwanderern aus vielen Kulturkreisen der Welt alle gemeinsam an einem Strang. Die Wahrheit lautet indes: Wir ziehen an verschiedenen Enden! Unser allgemeiner Niedergang ist weithin sichtbar. Auf immer mehr Gebieten nehmen wir Deutschen einen leider unrühmlichen Platz ein.

Wo früher in deutschen Schulen ein Mindestmaß an Bildung unterrichtet wurde, da sitzen heute immer mehr Analphabeten.<sup>64</sup> Wir schenken diesen Analphabeten sogar Haupt- und Realschulabschlüsse. Sie haben sich nicht verlesen: 48 Prozent der Analphabeten in Deutschland haben inzwischen einen Hauptschulabschluss und 19 Prozent gar die Mittlere Reife.<sup>65</sup> Viele unserer Analphabeten -3,1 Millionen (!) — sind Migranten. So viel zum Bildungsstandort Deutschland. Und noch ein Hinweis, der wissenschaftlich belegt ist: Wer einen niedrigen IQ hat und schon in der Schule beim Lesen nicht mithalten kann, der wird — allen Studien zufolge — mit großer Wahrscheinlichkeit sein ganzes Leben lang asozial sein.<sup>66</sup> Wir verfügen jetzt über Millionen von Zuwanderern mit niedrigem IQ, die nicht lesen können. Und wir setzen große Hoffnungen in sie in Hinblick auf unsere Zukunft. Die Wahrheit ist: Je geringer ihr IQ, desto größer die Chance, dass es sich um asoziale Psychopathen handelt, wie es bereits im Jahre 1997 in einer Studie über asoziales Verhalten hieß.<sup>67</sup> Die große Zahl dieser Psychopathen hat unseren Kulturkreis und unseren Leistungswillen grundlegend verändert.

Deutschland ist auf dem Holzweg. Das sieht man vor allem beim Verfall der Intelligenz. Vor wenigen Jahren noch veröffentlichte die Londoner *Times* eine Studie, nach der die Deutschen damals mit einem Intelligenzquotienten (IQ) von 107 angeblich das intelligenteste Volk in Europa waren (»Germans are brainiest«<sup>68</sup>). Doch Jahr für Jahr fallen wir seither bei Intelligenz und Wohlstand zurück. Wir werden jetzt »bereichert« von Menschen aus Nationen mit niedrigerem Länder-IQ: etwa aus der Türkei (Länder-IQ 90), dem Libanon (IQ 86), Ägypten (IQ 82), Kenia (IQ 72), Nigeria (IQ 67) oder Senegal



(IQ 66).<sup>69</sup> Unser Land wird von immer mehr Menschen aus Kulturkreisen mit niedrigem Länder-IQ besiedelt. Und es verändert sich auf vielen Gebieten mit hohem Tempo in eine Richtung, die alles andere als positiv zu bewerten ist. Im Juli 2011 titelte etwa die große Moskauer Tageszeitung *Prawda* »Deutschland wird vom Islam erobert«. <sup>70</sup> Im Ausland nimmt man die vielfältigen Veränderungen im deutschsprachigen Raum wahr. Nur vor unseren Haustüren, wo sie passieren, da werden sie verdrängt. Das hat verheerende Folgen.

Noch träumen wir davon, die katastrophalen Folgen des Finanzcrashs irgendwie verkraften zu können. Schließlich haben auch frühere Generationen schwere Krisen überwunden. Damals hatten wir allerdings noch die Voraussetzungen dafür: ein gewaltiges Reservoir an hochintelligenten Menschen, die leistungsbereit waren. Heute aber »haben Deutschland und Österreich >fertig««. Wir finanzieren immer größere Rettungsschirme für ferne Länder. Unsere Volksvertreter haben dafür skrupellos die Steuergelder der noch nicht einmal gezeugten Kinder verpfändet. Nur für uns selbst haben wir keinen Rettungsschirm mehr. Und das alles findet ein Großteil der Deutschen auch noch normal.

Die Intelligenteren unter uns verlassen ihre Heimat in Scharen. Dafür holen wir dann die zugewanderte »Fachkräfte« aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ und völlig anderen Wertesystemen ins Land. Diese werfen uns jetzt bei der Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben immer weiter zurück. In Massen verfügen wir über Fachkräfte für Messerstechereien und Jugendgewalt, für Rauschgifthandel und Trickdiebstahl, für Ehrenmord und Schutzgeld-erpressung, für Vergewaltigung und Prostitution, für Raubüberfälle und Inländerfeindlichkeit, für islamischen Terror und Beleidigung, für Leistungserschleichung, Sozialhilfe- und Versicherungsbetrug. Unsere Gefängnisse sind voll von diesen zugewanderten Fachkräften — allein in der Jugendarrestanstalt Berlin waren 2011 nach Angaben des dortigen Senats mindestens 43 Prozent der Häftlinge Moslems.<sup>71</sup> Mit dem Länder-IQ ihrer Herkunftsgebiete und ihren Wertesystemen werden wir uns später noch ausführlich befassen. Wir haben zugleich immer weniger intelligente Leistungsträger, die uns jetzt mit zupackender, ehrlicher Arbeit bei der Bewältigung der schweren Wirtschaftskrise helfen könnten. Was wollen wir mit einem Heer von Fachkräften, das zwar Gammelfleisch zu Spießen verarbeiten, aber kaum lesen, schreiben und rechnen kann? Vor wenigen Jahren noch haben wir anderen Ländern bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen und wissenschaftlichen Rat geben können. Inzwischen sind wir es, die auf fremde Hilfe angewiesen sind. Ein typisches Beispiel aus dem Jahre 2011: Im Mai/Juni 2011 hatten die Deutschen ein größeres wissenschaftliches Problem. Sie suchten die Ursache

für die EHEC-Epidemie, bei der ein gefährliches Darmbakterium plötzlich zahlreiche Tote forderte.<sup>72</sup> Die Deutschen mussten bei der Entzifferung und Klassifizierung eines einfachen Bakteriums die Chinesen (die über einen Länder-IQ von 100 verfügen) in Schanghai und Peking um Hilfe bitten.<sup>73</sup> Die Deutschen, einst berühmt für ihre Wissenschaftler, waren völlig überfordert. Das Ergebnis der chinesischen Anstrengungen sorgte dann dafür, dass es schlagartig still um das gefährliche EHEC-Bakterium wurde. Denn die tödliche Gefahr war importiert worden<sup>74</sup>, stammte aus Ägypten (Länder-IQ 82), wo die dortigen »Fachkräfte« völlig andere Hygienevorstellungen haben als wir. Wir importieren aus Ländern mit anderen Werten und Normen bereitwillig alle niederen Probleme der Welt.

Inzwischen haben wir auch ein gewaltiges Problem in Bezug auf unsere Bevölkerungsverteilung. Die Moskauer Zeitung *Prawda* schrieb Mitte 2011 über den diesbezüglichen Niedergang Deutschlands: Nur noch 25 Prozent der ethnischen Deutschen sind Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahre Jahren. Bei den in Deutschland lebenden Türken seien schon 50 Prozent in dieser Altersgruppe - bei Moslems aus anderen Staaten sogar noch mehr.<sup>75</sup> Deutschland werde nun einen Ansturm von jungen Menschen aus Nordafrika erleben und sehr schnell zu einem islamisch geprägten Staat mutieren. Unser Nachwuchs stammt in immer größer werdender Zahl von Eltern aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ.

Dieses Mal ist der GAU perfekt. Dieses Mal ist alles anders. Das Land der Dichter und Denker mutiert zum Land der Hilfsarbeiter. Wir waren einmal weltweit führend bei der Forschung. Und jetzt werden wir ganz legal asozial. Das alles verdanken wir vor allem Migranten aus Gebieten mit einem völlig anderen Wertesystem und niedrigem Länder-IQ. Während einerseits die Anforderungen in vielen Berufen immer anspruchsvoller und komplexer wurden, belasteten wir uns andererseits mit vielen Zuwanderern, deren geistiges Niveau und Verhalten häufig nur schwerlich unterboten werden kann. Sie tragen in ihrer Gesamtheit kaum etwas dazu bei, die Renten jener Deutschen zu sichern, die ihr ganzes Leben lang auch dafür gearbeitet haben, dass sich eben diese Migranten hier wohlfühlen können. In den Zeitungen lesen wir jetzt Überschriften wie »Hamed will nicht arbeiten«<sup>76</sup>. Das ist die neue »Bereicherung«. Nicht nur unseren Rentnern droht jetzt die Altersarmut, weil die arbeitenden Beitragszahler aussterben. Wir haben keinen Mangel an Menschen — wir haben einen Mangel an Arbeitswilligen, die eine Qualifikation vorweisen können, Leistung bringen und unser Wertesystem akzeptieren. Dem sozialen Aufstieg unserer gering qualifizierten und häufig minderbegabten Migranten steht der soziale Abstieg der Deutschen gegenüber.

Vor wenigen Jahren noch durfte man das ganz offen sagen. Wir hatten damals noch Politiker, die im Interesse der Bevölkerung und nicht gegen sie handelten. So sagte der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) im August 1998 in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: »Wir brauchen überhaupt keine Einwanderung — in keinem Berufsfeld. Wir haben etwa eine Million arbeitslose Ausländer im Land. Diejenigen, die dazukommen, besonders die Asylbewerber, haben in der Regel keine für unseren Berufsmarkt erforderliche Ausbildung. Wir haben bei der minderqualifizierten Arbeit Schwierigkeiten, die eigenen Leute unterzubringen.«<sup>78</sup>

Wir verbinden solche Aussagen heute schnell mit den Nazis, mit »Rechtsextremismus« und mit »Rassismus«. Wir dürfen bestimmten Menschengruppen heute angeblich auch keine besondere Intelligenz mehr zuschreiben. Schließlich sind wir doch angeblich alle absolut gleich. Halt: Da gibt es allerdings eine Ausnahme. Wenn es gilt, den politischen Gegner zu diffamieren, dann brennen deutschsprachige Medien sogar darauf, den IQ in Verbindung mit Menschengruppen zu nennen. »Konservative haben geringeren IQ« lautete 2010 eine Überschrift im *Spiegel*.<sup>79</sup> Und »Konservative sind weniger intelligent« behauptete die *Süddeutsche Zeitung*.<sup>80</sup> Bestimmten Menschen darf man also ungeniert eine niedrigere Intelligenz unterstellen, ohne gleich als »Rechtsextremist« oder »Rassist« zu gelten — sofern das Ganze ins politische Kalkül passt. Im Klartext: Man darf eine persönliche Überzeugung in Verbindung bringen mit hoher oder niedriger Intelligenz, sofern man auf der politisch »richtigen« beziehungsweise »korrekten« Seite steht. Der politisch eher linke *Spiegel* darf daher auch ungeniert berichten, dass mindestens die Hälfte der Intelligenz erblich ist — also vererbt wird.<sup>81</sup> Als politisch Linker darf man das alles sagen und schreiben. Nur nicht als Konservativer wie Thilo Sarrazin. Man darf auch darüber berichten, dass mit wachsender Religiosität von Menschen angeblich deren IQ abnimmt<sup>82</sup>, mithin gläubige Christen dümmer sind als Atheisten. Umgekehrt dürfte ein Thilo Sarrazin keinesfalls behaupten, dass der flächendeckende Bau von immer mehr Moscheen ein Zeichen geringer Intelligenz zugewanderter Muslime sein könnte. Dabei lautet die Wahrheit gemäß den oben von unseren Medien gern zitierten Studien: Der Bau von immer mehr Minaretten und Moscheen in Europa ist ein Wahrzeichen der um sich greifenden Dummheit. Was man in Bezug auf Christen wie selbstverständlich behaupten darf, gilt bei Muslimen allerdings sofort als »rassistisch« und »diskriminierend«. Der politisch korrekte Mechanismus ist so schlicht gestrickt, dass vor allem die Dümmersten ihn sofort akzeptieren. Und so kommt es zu interessanten Diskussionen.

Als Thilo Sarrazin über die in vielen Studien belegte vererbte Intelligenz von Juden und anderen Völkern sprach, da wurde er sofort in die rechte Ecke gestellt. Denn Aussagen über Intelligenztests sind heute, wenn sie von Konservativen kommen, politisch nicht korrekt und gelten als »unerwünscht«. Das ist interessant. Denn es belegt die wachsende Dummheit bei jenen, die sich so äußern. Man verhält sich dann nämlich wie Adolf Hitler und Josef Stalin. Sie haben richtig gelesen: Weil Juden bei Intelligenztests häufiger als Nichtjuden Testwerte von mehr als 100 erreichten, galten IQ-Tests in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus als »jüdische Tests« und waren »unerwünscht«. Adolf Hitler mochte keine IQ-Tests. Diese waren zwar anfangs nicht ausdrücklich verboten, wurden aber immer seltener eingesetzt, später ganz untersagt.<sup>83</sup> Einer der Pioniere auf dem Feld der Intelligenzforschung war ein deutsch-jüdischer Wissenschaftler, der Psychologe Wilhelm Peters. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde Peters, der an der Universität Jena lehrte, sofort entlassen. Ähnlich verhielt sich der sowjetische Diktator Josef Stalin: Im Juli des Jahres 1936 wurden IQ-Tests in der Sowjetunion durch einen Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei verboten, in der Folgezeit ebenso in allen anderen Ostblockstaaten. In der DDR waren Intelligenztests bis in die 1970er-Jahre hinein untersagt.<sup>84</sup>

Wir haben nunmehr die Geschichte umgeschrieben. Wir dürfen das alles nicht mehr wissen. Dieses Wissen ist jetzt wieder einmal »unerwünscht«. Wir sollen uns stattdessen politisch korrekten Denkmustern unterwerfen. Wir wollen vom unterschiedlichen IQ der Menschen heute ebenso wenig wissen wie einst Adolf Hitler oder Josef Stalin. Es sei denn, wir können politisch konservativ denkenden Menschen eine niedrigere Intelligenz unterstellen. Wir nennen es absurderweise »rechtsextrem«, wenn wir wie Nazis und Kommunisten argumentieren und die Ergebnisse von Intelligenztests nicht akzeptieren wollen. Wer allerdings Thilo Sarrazin für seine oben erwähnten zutreffenden Aussagen kritisiert, der erntet heute Beifall. Das Verdrängen der Wahrheit - wie damals einst bei den Nazis und den Sowjetkommunisten — ist auch heute wieder ein Zeichen von Angst und Feigheit.

Wir sind ein Volk von Feiglingen geworden. Denn wir wollen nicht wahrhaben, dass bestimmte Zuwanderergruppen unser Wertesystem niemals akzeptieren werden. Überall dort, wo die Probleme sichtbar zutage treten, da haben wir heute nur noch eines: Angst. Kein anderes Wort liest man häufiger in Bezug auf Einheimische, die neben den vielen leistungsschwachen Migranten mit ihren anderen Wertesystemen und Normen wohnen. Betrachten wir nur eine durchschnittliche deutsche Stadt wie Dortmund. Typische Überschriften lauteten 2011 in den Lokalzeitungen: »Roma-Zuzug: Die Angst geht um«<sup>85</sup> oder

»Bürger haben Angst und Fragen zur Sicherheit«<sup>86</sup>. Dortmund gilt jetzt nach Polizeiangaben als der größte NRW-Stützpunkt von Fachkräften für osteuropäische Bankkriminalität. Ein Dortmunder erklärte hinsichtlich der ungewohnten kulturellen Bereicherung: »Die Frauen gehen auf den Strich, die Männer klauen. Ich lebe hier 40 Jahre, so groß war meine Angst nie.«<sup>87</sup> Die *Ruhr-Nachrichten* befragten im Juni 2011 auch die Seniorin Ilseget Bonke, ob sich die Bürger in der Dortmunder Nordstadt inmitten der Migranten noch sicher fühlen würden. Die Antwort: »Die Anwohner schimpfen alle. Aber sie kommen nicht raus, weil sie Angst haben.«<sup>88</sup>

Mit unserer Angst vor Migranten und der fehlenden offenen Aussprache über ihre unakzeptablen Wertesysteme haben wir Stück für Stück die letzte Chance auf unsere Zukunft zerstört. Statt Grenzen zu setzen und mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, gaben wir immer nur nach. Wir haben uns vor der in Massen zugewanderten Dummheit verbeugt. Die Mehrheit der Schulabgänger aus rückständigen Migrantenfamilien kann heute nur noch auf Grundschulniveau lesen, schreiben und rechnen. Viele arabische, türkische oder Roma-Kinder gehören wegen ihres geringen IQ eigentlich in Förderschulen (früher Sonderschulen genannt). Doch stattdessen überfordern wir diese Lernbehinderten in Schulklassen für normal entwickelte Schüler. In diesem Zusammenhang berichtete eine Zeitung im Sommer 2011 aus einer ganz normalen Schule über unseren zugewanderten Potenziale: »In den neuen Klassen sitzen nun lernbehinderte Schüler neben solchen, die das Potenzial für das Abitur haben.«<sup>89</sup> Der Bericht beginnt mit den Worten: »In der zehnten Klasse der 8. Sekundärschule in Berlin-Schöneberg ist die Stimmung gut. Gut heißt, dass die deutschen und die arabischen Mädchen hier nicht aufeinander losgehen, so hatte es die Klassenlehrerin beschrieben.«<sup>90</sup>

Jeder spürt, dass die Stimmung überall im Lande umzukippen droht. Und dann werden Deutsche und Migranten nicht nur in Berlin-Schöneberg aufeinander losgehen. Man erkennt die Entwicklung bei der Umformung unseres Wertesystems nicht nur in Europa, sondern überall in Europa. In Österreich werden die Schulklassen seit 2011 mit Alarmknöpfen ausgerüstet. Die Lehrer können jetzt - wie bei einem Banküberfall - diesen verdeckt an ihren Pulten angebrachten Alarmknopf betätigen, wenn die Schüler aufeinander losgehen.<sup>91</sup> Doch anstelle von gut ausgebildeten und beherrscht auftretenden Lehrern stellen wir an immer mehr Schulen nur noch Sozialarbeiter ein.<sup>92</sup> Die sind jetzt einfach wichtiger als Lehrer. Für diese Absurdität müssen wir in einer multi-kulturellen Welt Verständnis haben.

Was machen Eltern, wenn man einer solchen Entwicklung ohnmächtig zuschauen muss? Die Klugen stimmen mit dem Möbelwagen ab und ziehen

weg. Wie einst zu DDR-Zeiten fliehen die Intelligenten vor dem sich ausbreitenden Elend. Zurück bleiben die Gutmenschen und eine sich rasant vermehrende, zugewanderte geistige Unterschicht, die sich in Parallelgesellschaften, die über andere Wertvorstellungen verfügen, vermehrt. Die renommierte Zeitung *Weltwoche* berichtete 2011 darüber, dass wir solchen Mitbürgern sogar von unseren Steuergeldern das Potenzmittel Viagra bezahlen müssen, damit sie ein erfülltes Sexualleben haben.<sup>93</sup> Gemeinsam sinken wir nun in der Abwärts-spirale immer weiter nach unten. Denn dieses Mal gibt es gegen den Zusammenbruch keine Rosinenbomber, keinen Marshall-Plan und keine Trümmerfrauen, die uns helfen werden. Dieses Mal müssen wir uns im Tal der Tränen dauerhaft häuslich einrichten.

### **Warum variiert der IQ zwischen verschiedenen Ländern?**

Dieses Buch basiert auch auf den Erkenntnissen der Intelligenzforschung.<sup>94</sup> Sie sind allerdings so unterschiedlich wie die Aussagen von Wissenschaftlern zur Erderwärmung: Die einen sehen ihre Forschungsergebnisse als unverrückbare Tatsache, die anderen als Humbug. Die Aussagen auf den nachfolgenden Seiten beruhen aber auf der generellen und nicht länger bestrittenen Erkenntnis, dass es zwischen den Bevölkerungsgruppen der Welt erhebliche Unterschiede beim IQ gibt.<sup>95</sup> In vielen Ländern spricht man heute völlig unverkrampft darüber. Das amerikanische Nachrichtenmagazin *Newsweek* titelte 2010 etwa: »Warum variiert der IQ zwischen verschiedenen Ländern?« (»Why do IQ scores vary by nation?«).<sup>96</sup> Auch die renommierte britische *Times* veröffentlichte einen IQ-Ländervergleich der Nationen.<sup>97</sup> Nur in Deutschland darf man das alles (wie im Falle des Thilo Sarrazin) heute nicht mehr sagen und im Zusammenhang mit den Wertevorstellungen des jeweiligen Kulturkreises betrachten.

Dabei weiß doch jedes Kind: Wenn etwas aussieht wie eine Kuh, muht wie eine Kuh und Gras frisst wie eine Kuh, dann ist es eine Kuh. Wenn es aber um kompliziertere Dinge wie IQ-Tests und Pisa-Studien geht, dann fangen wir an, herumzudeuten und die Tatsachen zu ignorieren. Die Wahrheit ist: Neuntklässler in Korea haben heute gegenüber vergleichbaren deutschen Schülern einen Vorsprung von einem Jahr!<sup>98</sup> China (Länder-IQ 105), Südkorea (Länder-IQ 106), Singapur (Länder-IQ 108) und Kanada (Länder-IQ 99) haben deutsche Schüler bei Pisa-Tests quasi um Lichtjahre abgehängt. Wir sind jetzt nur noch Mittelmaß.

Alle Ergebnisse von IQ-Tests und Pisa-Tests (die wiederum nichts anderes als IQ-Tests sind) kommen inzwischen zu den gleichen Ergebnissen: Es gibt einen Einfluss der Einwanderung auf den mittleren IQ der Industrieländer. Und der ist im deutschsprachigen Raum mit wenigen Ausnahmen garantiert nicht positiv. Die positive Ausnahme lautet: Kinder von Migranten aus asiatischen Staaten überflügeln in den Schulen in vielen Fällen ihre Mitschüler.<sup>99</sup> Man sieht das deutlich an den Vietnamesen in Ostdeutschland: Die Kinder vietnamesischer Eltern sind in der Schule sogar erfolgreicher als die Kinder einheimischer Herkunft. Das hängt mit ihrem Wertesystem zusammen, in dem Fleiß und Bildungswille einen wichtigen Platz einnehmen. Vietnamesen machen allerdings nur einen Bruchteil der ausländischen Schüler im deutschsprachigen Raum aus. Die Masse sind nun einmal Türken, Araber und Nordafrikaner, die einen erheblich geringeren Länder-IQ haben und kaum Bildungswillen und Leistungsbereitschaft mitbringen. Bei ihnen passiert in den Klassen — wie wir sehen werden — genau das Gegenteil.

Es ist heute politisch korrekt, einen Zusammenhang zwischen Intelligenz und einer Bevölkerungsgruppe zu bestreiten. Der Bonner Genetiker Markus Nöthen behauptet dreist, es gebe keinen »Volks-IQ«. <sup>100</sup> Jene Politiker, die tumbe Wählerschichten aus Staaten mit niedrigem Länder-IQ importieren, hören so etwas natürlich gern.

Auch vor Gericht nehmen wir nun Rücksicht auf minderintelligente Mitbürger, ein Beispiel: Der Kölner Türke Erkan S. (35) hat hinter einem Supermarkt in Engelskirchen ein acht Jahre altes Kind vergewaltigt. Weil Türke Erkan S. aber nur einen IQ von 40 (!) hat, ließ ihn das Kölner Landgericht ohne Gefängnisstrafe frei, während das Opfer weiter unter Albträumen leidet. »Die Unterbringung in der JVA würde seine soziale Existenz völlig vernichten«, so der Richter über den türkischen Täter.<sup>101</sup> Erkan S. ist halt schwachsinnig. Auf solche Mitbürger müssen wir jetzt Rücksicht nehmen. Wir geben unsere eigenen Normen und Werte zugunsten von Schwachsinnigen auf. Seltsam nur: Würden wir einen deutschen oder österreichischen Kinderschänder mit einem IQ von 40 auch frei herumlaufen lassen? - Wir werden Ähnliches in diesem Buch immer wieder erleben.

Damit wir gleich eine Vorstellung davon bekommen, wie unterschiedlich sich europäische Richter gegenüber Inländern und Ausländern mit niedrigem IQ verhalten, nachfolgend ein Urteil aus dem Jahre 2011: Ein 41 Jahre alter ethnischer Brite darf auf höchstrichterlichen Beschluss keine homosexuelle Beziehung zu seinem Freund unterhalten, weil er einen IQ von nur 48 hat.<sup>102</sup> Mit einem IQ von 48 darf der in einer Sozialwohnung lebende Brite nicht selbst über seine Sexualität bestimmen, so die Richter.<sup>103</sup> Während der homo-

sexuelle Brite, von dem nur der Vorname Alan veröffentlicht werden darf, nun rund um die Uhr beobachtet wird, darf der oben erwähnte Kindervergewaltiger Erkan S. mit einem IQ von 40 sich völlig frei bewegen. Der Brite Alan hat keinem Leid zugefügt und wird nun wegen seines niedrigen IQ wie ein Verbrecher behandelt. Bei ihm heißt es ausdrücklich, er sei »zu dumm« für Sex.<sup>104</sup> Bei Mitbürger Erkan ist das natürlich völlig anders.

Es gibt in der Wissenschaft keine einheitliche Definition von Intelligenz. Die Wahrheit lautet: Es existieren ebenso viele Theorien über Intelligenz wie Forscher, die sich mit ihr befassen. Alle Theorien sehen jedoch Intelligenz als eine Fähigkeit, sich in neuen Situationen durch Einsicht zurechtzufinden oder Aufgaben durch Nachdenken zu lösen. Es geht dabei vor allem um die schnelle Erfassung von Beziehungen und Zusammenhängen. Im Klartext: Intelligenterer haben schneller den Überblick. In einer modernen, komplexen Welt, wie sie in Deutschland und Österreich unser Leben bestimmt, brauchen wir Menschen, die komplexe Zusammenhänge schnell erfassen können. Anatolische Ziegenhirten oder Pygmäen - das ist nicht abwertend gemeint - brauchen andere Voraussetzungen für ihr Überleben. Ihr Leben basiert vorwiegend auf vorhandenem Wissen. Hohe Intelligenz bedeutet demgegenüber, beständig auf vorhandenem Wissen aufzubauen und dieses zu erweitern. Anatolische Ziegenhirten und Pygmäen besitzen ganz sicher ein bestimmtes und auch durchaus wertvolles Wissen. Sie haben ebenso ein Wertesystem. Aber es fehlt ihnen eben häufig die Fähigkeit, dieses Wissen und Wertesystem Tag für Tag zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. In der muslimischen Welt etwa gilt Bildung weitgehend als »überflüssig«, weil alles Wissen angeblich schon im *Koran* angelegt ist. Wissenschaft ist in islamischen Ländern nach Angaben des *Spiegel* eine Art Teufelszeug.<sup>105</sup> Das ist prägend für das islamische Wertesystem. Man muss das hier nicht weiter kommentieren, denn was wir brauchen, sind hochintelligente Menschen, die bildungshungrig sind. Nur sie haben die entscheidende Fähigkeit, in unserer speziellen Kultur erfolgreich zu sein und sich den ständigen Veränderungen anzupassen. Alle anderen müssen zwangsläufig vor unseren Ansprüchen, denen sie mit ihrer Minderbegabung nicht genügen können, kapitulieren und sich in Parallelgesellschaften zurückziehen.

Die Folgen beobachten wir überall in Europa, natürlich auch innerhalb Deutschlands. Denn auch hierzulande sind eben nicht alle Menschen gleich. Laut Pisa-Studien haben Bayern (statistisch gesehen) einen um etwa zehn Prozentpunkte höheren (Pisa-)IQ als die Einwohner von Bremen.<sup>106</sup> Die Folge dieser ungleichen Verteilung von Intelligenz ist eine ebenso ungleiche Verteilung der Leistungsfähigkeit: Bremen ist das ärmste deutsche Bundesland. Es ist auf die finanzielle Hilfe (Länderfinanzausgleich) von Bundesländern mit statis-



tisch höherem durchschnittlichen IQ der Bevölkerung angewiesen. Was Griechenland (Länder-IQ 92) in der EU ist, das ist Bremen in Deutschland — das Schlusslicht.<sup>107</sup>

Doch in der industrialisierten Welt ist Intelligenz nichts Statisches, sie verändert sich. Seit einiger Zeit steigt in jeder Generation der durchschnittliche Länder-IQ in westlichen Staaten um 20 Punkte (»Flynn-Effekt«, benannt nach dem neuseeländischen Wissenschaftler James Flynn<sup>108</sup>). Das hängt nicht nur mit verbesserter Ernährung, sondern vor allem damit zusammen, dass wir immer mehr abstrakte und visuell-räumliche Fähigkeiten erlernen und beherrschen müssen (Computer, Autofahren etc.). Schon kleine Kinder trainieren heute die räumliche Vorstellung und das Abstraktionsvermögen weitaus mehr als noch vor einer Generation. Kinder von Migranten, die das nicht trainieren, fallen so immer noch weiter zurück. Das erklärt, warum beispielsweise junge türkische Schüler heute einen erheblich geringeren IQ haben als ihre Eltern. Man kann noch so viel in sie investieren — sie können ihr ganzes Leben lang nicht mehr mithalten. Seit 1990 sinken in Europa die Länder-IQ-Werte, während sie in asiatischen Ländern weiter steigen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass wir Menschen aus Ländern mit niedrigem durchschnittlichen IQ zusammen mit unseren eigenen Kindern überall in den Schulen in gemeinsame Klassen setzen. Die Minderbegabten ziehen die Klügeren leistungsmäßig betrachtet hinunter. Und der Abstand zwischen Europa und Asien wird so in kurzer Zeit immer größer. Ein Beispiel: In Südkorea werden vom Schuljahr 2015 an Kinder in der Schule nicht mehr mit Papier in Berührung kommen.<sup>109</sup> Es wird dann keine Schulbücher, keine Schreibhefte und keine Zeichenblöcke mehr geben. Jeder Schüler und jede Schule werden bis dahin mit Pocket-PCs, Laptops und faltbaren Bildschirmen ausgerüstet. Schon im Kindergarten werden die jungen Koreaner dann mit elektronischen Stiften auf Folien malen, Papier wird für sie sozusagen ein »altertümliches Relikt rückständiger Zivilisationen« sein.

Der Nachwuchs von hochbegabten Eltern wird nach den Mendelschen Gesetzen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch wieder intelligente Kinder bekommen. Der Nachwuchs von Minderbegabten reproduziert auch die mindere Intelligenz. Genau diese Gruppe bekommt jedoch die meisten Kinder. Der frühere demokratische US-Präsident Bill Clinton hatte daraus die Konsequenzen gezogen und gemeinsam mit den Republikanern im US-Kongress durchgesetzt, Immigranten in den ersten zehn Jahren nach ihrer Einbürgerung jede Sozialhilfe zu verweigern.<sup>110</sup> Das war ein intelligenter Schachzug, denn ein Teil der potenziellen Zuwanderer aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ ging anschließend nach Europa, wo es solche Restriktionen nicht gibt. Jene Men-

schen, die die USA nicht haben wollten, finden wir nun in Ländern wie Deutschland und Österreich.

Ein hoher IQ bedeutet vor allem eine ausgeprägte Fähigkeit beim logischen Denken - ein niedriger IQ das Gegenteil. Ein Pygmäe mit einem von der Wissenschaft behaupteten IQ von 54 hat nun einmal statistisch gesehen einen erheblich niedrigeren IQ als ein Südkoreaner (Länder-IQ 108).<sup>111</sup> Wir beziehen uns auf den nachfolgenden Seiten bei den IQ-Angaben auf die von der renommierten britischen *Royal Society* 2010 veröffentlichten Daten<sup>112</sup>, im Einzelfall auch auf separate wissenschaftliche Untersuchungen, auf die Studien von Richard Lynn und Tatu Vanhanen (aus den Jahren 2002 und einer 2006 veröffentlichten Nachfolgestudie<sup>113</sup>) sowie auf die 2008 veröffentlichte Zusammenfassung von 620 Studien zur Intelligenz im Fachbuch *The Global Bell Curve*,<sup>114</sup> Die jeweiligen Angaben zum Länder-IQ weichen in den unterschiedlichen Studien zum Teil um bis zu drei Punkte voneinander ab. Das ändert allerdings nichts am einheitlichen Bild: Es gibt erhebliche Unterschiede bei der Intelligenz in den verschiedenen Regionen der Welt. Auch die Meinungen zu den zitierten Studien sind so unterschiedlich wie die Wissenschaftler, die sie erstellt haben. Deshalb sind auch die darauf basierenden folgenden Ausführungen in den nachfolgenden Kapiteln durchaus kritisch zu hinterfragen. Jeder intelligente Leser möge sich dazu seine eigene Meinung bilden. Der Autor will dem Leser nicht seine persönliche Meinung aufdrängen, sondern ihn zum Nachdenken anregen und ihm erklären helfen, warum wir durch den Massenimport von Minderbegabten aus anderen Wertesystemen in eine Falle getappt sind. Professor Philippe Rushton von der *Western University of Ontario* hat 2007 in einer Studie für die Londoner *Royal Society* davor gewarnt, dass Massenzuwanderung aus Ländern mit niedrigem Länder-IQ den durchschnittlichen Intelligenzquotienten in Europa drastisch senken wird.<sup>115</sup>

Man weiß heute, dass der Länder-IQ in heißeren Ländern der Erde niedriger ist als in kälteren.<sup>116</sup> Es gibt keinen ernst zu nehmenden Wissenschaftler, der das aktuell noch bestreitet. Im deutschsprachigen Raum ist es allerdings augenscheinlich noch immer ein Tabu, offen darüber zu sprechen, dass bestimmte Menschengruppen einen höheren Länder-IQ und höhere Fähigkeiten als andere besitzen. Das auszusprechen gilt erstaunlicherweise als »rassistisch« und »menschenfeindlich«. Der Unterschichtenlobbyist Bastian Pütter, Chef eines Straßenmagazins, erklärt dazu schlicht: »Jeder Mensch, der heute einem anderen Absichten, Eigenschaften oder (Un-) Fähigkeiten aufgrund seiner Herkunft unterstellt, ist ein Rassist. Wenn Sarrazin sagt, Türken sind dumm und Juden genetisch schlau, dann ist das außerhalb dessen, was eigentlich sagbar ist.«<sup>117</sup> Wie wir unschwer erkennen können, haben wir also in Deutschland

bestimmte Denkmuster im Kopf in Bezug auf das, was man nicht mehr aussprechen darf.

Wir wissen heute, dass an Pekinger Musikhochschulen viermal so viele Studenten das absolute Gehör haben wie an New Yorker Konservatorien.<sup>118</sup> Darüber darf man ganz offen sprechen. Das ist politisch korrekt. Amerikaner (Länder-IQ 98) fallen nicht in die gegen »Rassismus« oder »Diskriminierung« zu schützende Gruppe. Wir wissen aber auch, dass serbische Roma - wie wir sehen werden - laut neueren wissenschaftlichen Studien nur einen durchschnittlichen IQ von 70 besitzen.<sup>119</sup> Darüber soll man aus unerfindlichen Gründen allerdings nicht sprechen. Denn das ist politisch nicht korrekt. Wir verdrängen das lieber. Doch man muss dazu wissen: Schüler mit einem IQ von 70 haben eine grenzwertige Intelligenz, gelten als minderbegabt und lernbehindert.<sup>120</sup> In den USA dürfen Menschen mit einem IQ von 70 (oder weniger) nicht hingerichtet werden<sup>121</sup>, sie gelten nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts aus dem Jahre 2002 als geistig zurückgeblieben und nicht schulfähig.<sup>122</sup>

Warum aber ist es für die Leser dieses Buches so wichtig zu wissen, welchen Intelligenzquotienten serbische Roma haben? Die Antwort darauf gibt uns das Bundesinnenministerium. Das veröffentlicht alle sechs Monate eine Pressemitteilung zu den Asylbewerberzahlen in Deutschland. Und in der letzten Mitteilung finden sich Asylbewerber aus Serbien zahlenmäßig schon (hinter Afghanistan und dem Irak) an dritter Stelle. Im Kleingedruckten heißt es dann zur Erklärung: »88 Prozent der Asylbewerber aus Serbien waren Roma.«<sup>123</sup> Wenn die drittstärkste Gruppe der Asylbewerber in Deutschland nach Angaben wissenschaftlicher Studien offenkundig aus minderbegabten, geistig zurückgebliebenen Menschen mit einer grenzwertigen Intelligenz besteht, dann haben jene, die sie aufnehmen, zumindest das Recht, darüber informiert zu werden.

Nun sind nicht alle Roma serbische Roma, und es gibt andere Wissenschaftler, die - wie Professor Volkmar Weiss - den IQ von Roma aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien und Ungarn mit durchschnittlich immerhin 85 benennen.<sup>124</sup> Er befände sich dann zumindest auf dem geringen Länder-IQ-Niveau von Marokko (85), aber noch unterhalb dem von Surinam (Länder-IQ 89) oder Samoa (Länder-IQ 87). Doch auch mit einem Intelligenzquotienten von 85 lägen die Roma noch weit unter den durchschnittlichen europäischen Länder-IQs. Wie wir in den nachfolgenden Kapiteln sehen werden, bewegen wir uns im deutschsprachigen Raum jetzt unaufhaltsam auf das Niveau von offenkundig häufig eher Minderbegabten wie serbischen Roma und anderen Gruppen mit einem völlig anderen Wertesystem zu. In den Zeiten des Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg hätten wir sie für die

Verrichtung einfachster Arbeiten gebrauchen können. Doch heute besitzen wir für die Arbeiten, bei denen sie uns helfen könnten, technische Hilfsmittel: Die Straßen werden von Maschinen gereinigt. Und auch das Holz wird von Maschinen gespalten. Dieses Buch enthält ein ausführliches Kapitel über zugewanderte Roma. Darin wird (politisch nicht korrekt) aufgezeigt, wie diese nach wissenschaftlichen Angaben eher minderbegabte Bevölkerungsgruppe bei uns auftritt. Es ist der ungeschminkte Praxisteil, der vor Augen führt, wie eine Kombination von Minderbegabung und anderem Wertesystem (und nicht etwa die angebliche Ausgrenzung) zu bestimmten Verhaltensmustern führt.

Wir sehen das Problem auch an unseren Schulen. Seit der Grenzöffnung zu Osteuropa strömen Scharen von Roma-Kindern nach Deutschland. Man kennt das Problem überall: Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) hebt hervor: »Um überhaupt schulfähig gemacht zu werden, müssen die Roma-Kinder intensiv Deutsch lernen können.«<sup>125</sup> Allein Berlin-Neukölln brauche deshalb etwa 30 bis 40 Vorbereitungsklassen. »Das kostet rund eine Million Euro«, so Buschkowsky. Und zwar pro Schuljahr. Und zwar nur in Berlin-Neukölln. Und nur für Roma-Kinder. Es ist eine wissenschaftlich belegte Tatsache, dass Roma aus Serbien in Studien nicht über einen IQ von 70 hinauskamen. Doch auch solche bei nüchterner Betrachtung eher minderbegabten Menschen werden nun im Falle der Zuwanderung nach Deutschland wie selbstverständlich in reguläre Schulen für geistig durchschnittlich begabte Kinder gesetzt. Die Folgen sind verheerend - für unsere Kinder. In der Tschechischen Republik gehen heute 30 Prozent der Roma-Kinder auf Schulen für geistig Behinderte (von den weißen Tschechen sind es zwei Prozent, was dem Weltdurchschnitt entspricht).<sup>126</sup> Wir finden es im deutschsprachigen Raum allerdings »rassistisch«, Roma-Kinder in Sonderschulen zu schicken. Und das, obwohl der Deutsche Bildungsrat Schüler mit einem IQ von bis zu 85 als Minderbegabte einstufte. Früher kamen Schüler mit einem Intelligenzquotienten von maximal 85 in Hilfsschulen und Sonderschulen. Heute wollen wir sie nicht ausgrenzen und schicken sie automatisch in unser normales Schulsystem. Da sitzen in staatlichen deutschen Schulen jetzt Schweizer Schüler (Länder-IQ 101) neben Polen (Länder-IQ 99), Spaniern (Länder-IQ 98), Russen (Länder-IQ 97), Äthiopiern (Länder-IQ 63) und eben neben Roma-Kindern. Wie wir sehen werden, müssen sich die Klugen jetzt den Minderbegabten aus den verschiedenen Teilen der Welt anpassen. Wer das nicht normal findet, der grenzt die Roma angeblich aus.

Wir wissen seit Jahrzehnten, dass es auf der Welt große Unterschiede bei den Menschen gibt und ganz bestimmt nicht alle »gleich« sind. Das gilt vor allem in Bezug auf die Intelligenz von Bevölkerungsgruppen. Wir wollen diese

Tatsachen heute nicht mehr wahrhaben, obwohl sie immer wieder durch neue Studien belegt werden, etwa mit jener von Richard Lynn und Tatu Vanhanen, die sie in ihrem 2006 erschienenen Fachbuch *IQ and Global Inequality* publiziert haben. Egal, ob man politisch links oder rechts oder gar nicht ideologisch ausgerichtet ist, schwarz oder weiß, religiös oder atheistisch, arm oder reich ist, die Tatsache lautet: Es gibt nun einmal große Unterschiede auf der Welt. Es ist unbestritten, dass Äquatorial-Guinea (Länder-IQ 59) statistisch gesehen kaum mehr als die Hälfte des Länder-IQ von Südkorea (Länder-IQ 106) erreicht, Pygmäen sollen sogar nur einen IQ von 54 haben. Außer Gutmenschen bezweifelt in den Reihen der Wissenschaft heute niemand mehr, dass Länder wie Ägypten, Marokko, der Irak, Syrien, Tunesien und Saudi-Arabien einen erheblich geringeren Länder-IQ aufweisen als die Schweiz, Finnland oder Österreich. Zudem ist es eine Tatsache, dass die Bevölkerung von Staaten mit einem höheren Länder-IQ auch einen höheren Wohlstand ausweist als jene in Staaten mit niedrigerem Länder-IQ.<sup>127</sup> Menschen aus Nationen wie Äquatorial-Guinea (Länder-IQ 69), Mosambik (Länder-IQ 64) und Gabun (Länder-IQ 64) besitzen weltweit den mit Abstand niedrigsten IQ und demzufolge ein geringes Pro-Kopf-Einkommen, während Bürger aus Singapur (Länder-IQ 108) und Südkorea (Länder-IQ 106) den höchsten IQ und ein hohes Einkommen haben. Darüber berichtete beispielsweise die US-Zeitschrift *Newsweek*.<sup>128</sup> Auch die *Basler Zeitung* ließ im Jahre 2010 wissen: »Dass Unterschiede in den kognitiven Fähigkeiten der verschiedenen Völker und Nationen existieren, haben verschiedene Studien unabhängig voneinander immer wieder gezeigt.«<sup>129</sup> Und obwohl das sensible Thema inzwischen über alle politischen Grenzen hinweg durchaus bekannt ist, setzen sich beinahe alle unsere Politiker für ein Bleiberecht von Menschen aus Niedrig-IQ-Ländern mit anderen Wertesystemen ein. Wir sind jetzt das Weltsozialamt. Es sind im Übrigen die gleichen Politiker, die behaupten, wir bräuchten mehr qualifizierte Zuwanderung. Die aber findet sich in jenen Bevölkerungsgruppen, die nun in unsere Länder strömen, kaum. Die Masse jener, die nach Deutschland gelangen, sind Neuankömmlinge aus Niedrig-IQ-Staaten mit einem IQ-Wert von weniger als 85. Über die vielfältigen Gründe dafür mag man streiten, nicht jedoch über die Tatsache an sich.

Wo Menschen mit hohem IQ in großer Zahl abwandern und Gruppen mit niedrigerem IQ zuziehen, da verändert sich nicht nur der Länder-IQ, sondern auch der Wohlstand. Das gilt für beide Richtungen: Deutschland und Österreich werden durch minderbegabte Migranten offenkundig ständig ärmer und durchschnittlich dümmer. Umgekehrt gilt: Wenn etwa Europäer oder Asiaten mit hohem IQ vorübergehend in arabischen Golfstaaten (das Emirat Katar hat beispielsweise einen Länder-IQ von 78) arbeiten, dann erhöht sich dort ebenso

vorübergehend der Wohlstand. Zieht man sie dort wieder ab, dann sinkt dieser mittelfristig wieder.

Das alles sind Tatsachen. Wir wollen nicht ergründen, welche Ursachen das alles hat. Man verzettelt sich dann schnell in endlosen Grabenkämpfen politischer und religiöser Lager. Wir wollen in den folgenden Kapiteln vielmehr aufzeigen, welche nicht mehr abzuwendenden Folgen die politisch geförderte Massenmigration von Menschen aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ für den deutschsprachigen Raum hat. Diese Frage hat aus Gründen der politischen Korrektheit bislang niemand zu stellen gewagt. Allein die Fragestellung galt als »rassistisch«. Wir hätten allerdings lieber früher fragen sollen, denn wie wir sehen werden, ist es für Veränderungen inzwischen zu spät. Wir können jetzt nur noch die Folgen skizzieren. Wir müssen in Ländern wie Deutschland und Österreich immer mehr Einrichtungen für Hochbegabte schließen, weil ihre Zahl laufend sinkt. Stattdessen brauchen wir immer mehr Einrichtungen für Menschen mit geringem IQ, die dauerhaft nichts zu unserem Wohlstand beitragen können. So werden wir beispielsweise in Deutschland aus der »Studienstiftung des deutschen Volkes« wohl bald schon die »Studienstiftung des Volkes« machen müssen.

Deutschland wird in wenigen Jahren bereits im internationalen Vergleich nur noch das »Land der Hilfsarbeiter« sein. Denn in bestimmten, scharenweise zugewanderten Migrantenmilieus mit hohen Geburtenraten ist der Durchschnitts-IQ eben nachweislich erheblich niedriger als bei ethnischen Deutschen. Die Zeitung *Die Welt* schrieb in ihrem Artikel »Der Intelligenzquotient der Türken«, darüber zu berichten sei heikel, weil »... es mittlerweile unstrittig ist, dass Intelligenz sehr stark auch von Erbanlagen bestimmt wird — und deshalb einschlägige Aussagen über ethnische Gruppen allzu schnell mit dem Vorwurf des Rassismus beantwortet werden«<sup>130</sup>.

Wenn wir in diesem Buch Intelligenzquotienten nennen, dann beziehen sie sich auf ganze Bevölkerungsgruppen und stellen einen statistischen Mittelwert dar. Bei den einzelnen Mitgliedern der Bevölkerungsgruppe gibt es natürlich Abweichungen nach oben und nach unten. Die statistische Bandbreite ist demnach groß. Der Intelligenzquotient ist keine absolute Größe, sondern beschreibt die relative Abweichung einer Person vom Mittelwert des Testverfahrens.<sup>131</sup> Falls wir beispielsweise einen Länder-IQ von 100 - wie er vor einigen Jahren noch für Deutschland und Österreich charakteristisch war - als Norm ansehen, dann besitzen natürlich nicht alle Einwohner diesen IQ von 100. Vielmehr weisen etwa 50 Prozent einen IQ von 91 bis 110 auf. Unterhalb dieser Bandbreite der »normalen«, durchschnittlichen Intelligenz von 91 bis 110 haben etwa 16 Prozent eine schwache Intelligenz. Sie sind mit einem IQ

von 80 bis 90 grenzdebil. Weitere neun Prozent fallen durch schwere Intelligenzmängel (IQ 65 bis 79) bis hin zum Schwachsinn (IQ unter 65) auf. Holen wir also Menschen aus Äquatorial-Guinea (Länder-IQ 59), Äthiopien (Länder-IQ 63) oder der Demokratischen Republik Kongo (Länder-IQ 65) nach Deutschland oder Österreich, dann entspricht der durchschnittliche Intelligenzquotient der Menschen in ihrem Heimatland jenem der kleinen Gruppe von Menschen, die bei uns als ethnische Deutsche oder Österreicher in der Rubrik »schwachsinnig« bis (allenfalls) »grenzdebil« eingestuft werden. Als schwachsinnig gelten Menschen, die sich nicht an ihre Umwelt anpassen können, sich nicht an Regeln halten und häufig nicht vernünftig handeln und sich beherrschen können. Es sind demnach Menschen, die keine Flexibilität bei der Akzeptanz eines anderen Wertesystems — also der Integration — entwickeln können. Genau jene Gruppe vergrößern wir ebenso beständig wie jene der Grenzdebilen, und zwar durch Massenmigration aus zahlreichen Regionen mit niedrigem Länder-IQ und den damit verbundenen fremden Wertesystemen und Normen.

Wer bei den vergangenen Sätzen gut aufgepasst hat, dem müsste allerdings aufgefallen sein, dass wir bislang nur die Gruppe der durchschnittlich und Minderbegabten bei den Prozentzahlen angegeben haben. Über dem durchschnittlichen deutschen IQ mit der Bandbreite von 91 bis 110 existieren ja auch noch jene Menschen mit höheren IQ-Werten. In Deutschland und Österreich sind rund 23 Prozent der Bevölkerung mit einem IQ von 111 bis 127 und etwas mehr als zwei Prozent sogar mit einem IQ von mehr als 128 (»überragende Intelligenz«) ausgestattet. Genau jener zuletzt erwähnte 25-prozentige Bevölkerungsanteil mit einem hohen Intelligenzquotienten war es, der früher aus dem deutschsprachigen Raum das Land der Dichter und Denker machte. Und es waren diese intelligenten Menschen, die mit ihren Erfindungen die Voraussetzungen für unseren Wohlstand schufen.

Um diese hohe Intelligenz haben unsere verantwortlichen Politiker in den vergangenen Jahrzehnten allerdings ständig einen großen Bogen gemacht. Hongkong-Chinesen (Länder-IQ 108) oder Einwohner aus Singapur (Länder-IQ ebenfalls 108) haben wir beim Thema Migration über Jahrzehnte stets anderen Ländern überlassen. Stattdessen haben wir bevorzugt Minderintelligente, Grenzdebile und Schwachsinnige ins Land gelassen. So wurden von uns beispielsweise schon mehr als 50000 Afghanen (die mit einem Länder-IQ von 84 aus unserer Sicht durchschnittlich wohl eher grenzdebil sind) ebenso wie Massen von Somaliern (Länder-IQ von nur 68), Nigerianern (Länder-IQ von 69) und Ägyptern (mit einem Länder-IQ von 81) willkommen geheißen.

Man vergisst auch oft, welche Bürde wir den Ländern mit niedrigem IQ auferlegen, weil wir deren Migranten aufnehmen: Aus Afrika kommen seit Jahren »Bildungsmigranten« zu uns, also Menschen, die aus der Sicht ihres jeweiligen Kulturkreises eine große Intelligenz besitzen. Wir rauben Afrika mit der Aufnahme eines jeden »Bildungsmigranten« somit jene Intelligenz, die der Kontinent dringend für den eigenen Aufbau benötigen würde. Das belegen alle Studien.<sup>132</sup> Die Folge: Wir müssen (ohne Aussicht auf ein Ende) Entwicklungshilfe bezahlen. Und weil die nach Europa zuwandernde afrikanische »Bildungselite« mit unseren hiesigen Bildungsstandards nicht mithalten kann, landen Massen afrikanischer Migranten in der Sozialhilfe. Die Migration aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ beschert uns somit vor allem eines ganz sicher: dauerhafte und horrenden Kosten auf vielen Gebieten.

Auch mit dem Import von Millionen Türken haben wir uns beim Thema Intelligenz und Leistungsfähigkeit ganz sicher einen Bärenservice erwiesen. Denn jeder Einzelne von ihnen senkt — statistisch gesehen — nun unseren Länder-IQ (man sieht das auch bei den Pisa-Studien). Eine gezielte Förderung kann den Intelligenzquotienten zwar verbessern, allerdings nur vorübergehend und nicht dauerhaft — wie der *Spiegel* berichtete. Denn die Hälfte der Intelligenz ist nun einmal, so der *Spiegel*, ererbt.<sup>133</sup>

Wir unterstützen diese Vererbung der Minderbegabung bei unseren Migranten nach Kräften. Angesichts dieses Umstandes könnten wir unseren einheimischen Kindern in den Schulen eigentlich gleich Schlaftabletten verabreichen, wenn wir sie neben Kinder aus Kulturkreisen mit niedrigem Länder-IQ und einem anderen Wertesystem setzen. Wie wir später noch im Kapitel über importierte Inzucht sehen werden, freuen wir uns sogar über die kulturelle Bereicherung durch »Verwandtenehen«. Doch das Risiko, einen niedrigeren IQ als 70 zu haben, steigt bei Kindern aus solchen Beziehungen um etwa 400 Prozent. Seit 1978 sind diese wissenschaftlichen Forschungsergebnisse frei zugänglich.<sup>134</sup> Auch arabische Wissenschaftler haben inzwischen bestätigt, dass die geistige Zurückgebliebenheit eine der vielen Folgen von »Verwandtenehen« ist, die im islamischen Kulturkreis verbreitet anzutreffen sind.<sup>135</sup> Wir aber wollen das nicht hören. Wir freuen uns lieber weiter über den Zuzug von Migranten, die schon miteinander verwandt sind, bevor sie heiraten.

Dabei haben viele Studien gezeigt, dass die Kinder aus Verwandtenehen eine niedrigere Intelligenz haben als Kinder von nicht verwandten Eltern. Der IQ liegt bei den Erstgenannten zehn bis 16 Punkte niedriger als bei den Letztgenannten. Auch Fähigkeiten, die mit sozialem Verhalten in Verbindung stehen, entwickeln sich bei Inzestbabys von Muslimen langsamer: »Auswirkungen von elterlicher Verwandtenehe auf das kognitive und soziale Verhalten von



Kindern wurde bei Ansari-Moslems in Bhalgapur, Bihar, untersucht. Es wurde festgestellt, dass der IQ bei Inzuchtkindern (acht bis zwölf Jahre alt) niedriger (69 bei Land- und 79 bei Vorstadtbevölkerung) als bei nicht verwandten Kindern ist (entsprechend 79 und 95).«<sup>136</sup> Eine andere Studie aus dem Jahre 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass »das Auftreten von (...) Abnormalitäten, geistiger Zurückgebliebenheit und körperlicher Behinderung deutlich höher bei Nachkommen aus Verwandtenehen als bei Nachkommen aus Nicht-Verwandtenehen war«<sup>137</sup>.

Wir werden viele weitere wissenschaftliche Aussagen dieser Art kennenlernen. Doch es kann nicht sein, was aus Gründen der politischen Korrektheit nicht sein darf. Und so tun wir alles dafür, um die Studien anderer Länder zu ignorieren oder verächtlich zu machen. Wir fördern jetzt fast nur noch Minderbegabte. Aus dem Land der Dichter und Denker wird jetzt unwiderruflich das Land der Hilfsarbeiter. »Made in Germany«, einst Inbegriff für Qualität auf hohem Niveau, muss unweigerlich — wie wir noch sehen werden — zum weltweit gefürchteten Warnhinweis werden. Aus dem Land der Dichter und Denker wird nun das Land der Döner-Fachverkäufer. Als Thilo Sarrazin 2010 behauptete, die Deutschen würden wegen der Zuwanderer mit geringerer Bildung vor allem aus der Türkei sowie dem Nahen und Mittleren Osten »auf natürlichem Wege durchschnittlich dümmen«, da erstatteten türkische Verbände sofort Strafanzeige wegen »Volksverhetzung«.<sup>138</sup> Die Lobbyisten einer Bevölkerungsgruppe mit statistisch gesehen niedrigem durchschnittlichen IQ hören die Wahrheit nicht gern. Im Juni 2011 wurden alle 47 in diesem Zusammenhang gegen Sarrazin eingeleiteten Strafverfahren wegen angeblicher »Volksverhetzung« eingestellt.<sup>139</sup> Schauen wir uns die Wahrheit in unseren Nachbarländern an: In Dänemark etwa muss der Staat schon ein Drittel der Schulgesamtausgaben nur für die Sonderbeschulung von Minderbegabten ausgeben.<sup>140</sup> Und die dort umsorgten Schüler sind keinesfalls mehrheitlich ethnische Dänen. In Dänemark spricht man ganz offen über das importierte Problem.

Aus den großen Städten im Ruhrgebiet kam früher Qualität, die weltweit gewürdigt wurde. Heute sind Städte wie Essen vom Verfall gezeichnet, Migrantengettos breiten sich aus, und die Schlagzeilen der Lokalpresse lauten etwa: »Eine Stadt braucht Bildung«<sup>141</sup>. Explosionsartig steigt eben auch in Essen der Anteil jener Migranten in den Schulen, die diese ohne Abschluss verlassen. Jedes zweite Essener Migrantenkind, das heute sechs Jahre alt ist, wird, was heute schon absehbar ist, sein ganzes Leben lang als Sozialhilfeempfänger dahinexistieren. Eine Stadt wie Essen, die schon heute finanziell aus dem letzten Loch pfeift und seit Januar 2010 beispielsweise in der Stadtbücherei

nicht ein neues Buch mehr anschaffen konnte<sup>142</sup>, verwaltet bis zum absehbaren Crash nur noch den Zusammenbruch. Überall im Ruhrgebiet bietet sich das gleiche Bild. Unternehmen wie die Mülheimer Sparkasse finden keine geeigneten Auszubildenden mehr. Die Ergebnisse der Einstellungstests fallen im Ruhrgebiet immer schlechter aus, eine Zeitung berichtete 2011 über einen Bankdirektor, der Auszubildende sucht: »Fest macht er dies etwa an dem schriftlichen Test, den Bewerber durchlaufen müssen und dessen >Grundstruktur< seit 30 Jahren identisch ist — und der stetig schlechter ausfällt. Helmut Schiffer: >Wir hätten Pisa nicht gebraucht, um zu wissen, dass etwas im Argen liegt.«<sup>143</sup>

Junge, minderbegabte Hilfsarbeiter mit einem Intelligenzquotienten von weniger als 85 findet man jetzt (nicht nur im Ruhrgebiet) in immer größeren Massen. Sie bringen nach Umfragen unter Ausbildungsbetrieben auch nicht mehr jene Werte mit, die früher als selbstverständlich galten: Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft, Zielstrebigkeit, Höflichkeit, Team- und Konfliktfähigkeit sowie die Bereitschaft zur Weiterbildung. Kurzum: Statt aufstrebender Menschen haben wir da draußen ein Heer von Jugendlichen, die wir nirgendwo brauchen können.

Jahr für Jahr senken deutsche Betriebe das Ausbildungsniveau.<sup>144</sup> 70 Prozent der Ausbildungsbetriebe gaben 2011 an, einen Teil ihrer Ausbildungsplätze mit lernschwachen Jugendlichen besetzen zu müssen.<sup>145</sup> Das Land der Dichter und Denker stellt sich wie selbstverständlich komplett auf ein Heer von zugewanderten Minderbegabten ein. Sie kommen aus der Türkei (Länder-IQ 90), aus Afghanistan (Länder-IQ 84), aus Somalia (Länder-IQ 68), Tunesien (Länder-IQ 83) und Ägypten (Länder-IQ 81), dem Irak (Länder-IQ 87) oder Syrien (Länder-IQ 83), aus dem Jemen (Länder-IQ 85) und dem Kongo (Länder-IQ 78), aus Marokko (Länder-IQ 84) und Mali (Länder-IQ 74), aus Ghana (Länder-IQ 73) und dem Tschad (Länder-IQ 68) - nur nicht aus Staaten mit einem hohen Länder-IQ.

Wir verfügen jetzt in Massen über Menschen wie die 29 Jahre alte Sema Gürbay. Vor zwölf Jahren hatte sie die Sonderschule ohne Abschluss beendet. Die Migrantin gilt als »lernbehindert«. Sie absolvierte ein erstes Praktikum in einer Drogerie, ein zweites in einer Apotheke und schließlich noch ein drittes in einem Supermarkt. Anschließend sortierte sie in einem Altersheim das Essen. Und dann folgten zehn Jahre Hartz IV.<sup>146</sup> Im August 2011 berichtete eine Zeitschrift über Sema Gürbay, da hieß es dann: »Welche Chancen haben Menschen wie Sema? Sie können zu viel für eine Behindertenwerkstatt, aber zu wenig für den echten Arbeitsmarkt, sagt Johannes Mand, Professor für Heilpädagogik an der evangelischen Fachhochschule Rheinland. Um aus dem Kreislauf von Ein-Euro-Jobs, Praktika und Arbeitslosigkeit auszubrechen, gebe

es zwei Möglichkeiten: Entweder sie bekommen einen Arbeitsassistenten, der sie betreut, oder sie finden eine Stelle in einem Integrationsbetrieb.«<sup>147</sup> Im Klartext: Massen von lernbehinderten Migranten (das berichtete Beispiel ist ja kein Einzelfall) stellen eine Behinderung für unsere Zukunft dar. Sie fallen dem Sozialstaat nur zur Last. Die uns von der Politik versprochene Bereicherung sind sie nicht.

### **Frührente als Lebensziel**

Das Fähigkeitsniveau der etwa fünf Prozent kognitiv Leistungsfähigsten unserer Gesellschaft ist für unser aller Zukunft besonders relevant, weil diese Menschen für technische Innovationen und deren Adaptation, für die Steuerung in Betrieben und Verwaltungen sowie für die Funktionalität komplexer Systeme die größte Verantwortung tragen. Und genau sie fehlen uns jetzt. Der Autor bestreitet keineswegs, dass es auch kluge Migranten aus Staaten mit durchschnittlich niedrigem Länder-IQ gibt. Doch sie setzen ihre Fähigkeiten eben häufig anders ein, als wir es erwarten würden: Sie sind oftmals gerissen. Ein Beispiel aus dem Jahre 2011: Mitbürger Akbar Bukhari ist ohne Zweifel klug. Er studiert Wirtschaftswissenschaften. Doch er nutzt seine Intelligenz und seine wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse nicht etwa, um in seinem europäischen Gastland nach westlichen Vorstellungen produktiv zu sein, sondern als Geldwäscher. Er ist der führende Kopf einer Bande, die 420 Kilogramm Heroin in Europa verkauft und das Geld dann gewaschen hat.<sup>148</sup>

Solche Menschen sind ganz sicher keine Bereicherung für Europa. Es gibt auch Migranten aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ, die extrem fleißig sind. Ein Mitbürger aus Guinea (Länder-IQ 67) stand im Sommer 2011 - mal wieder - wegen Rauschgifthandels vor dem Essener Landgericht.<sup>149</sup> Und die Richter lobten den arbeitsamen Migranten. »Er war ein sehr fleißiger Händler«, stellt Richterin Gabriele Jürgensen fest, mit einem Service, den »nicht alle bieten«. 24 Stunden, rund um die Uhr, war das Drogentelefon für Bestellungen offen.<sup>150</sup> Mindestens 738 Mal hatte der Schwarzafrikaner mit Rauschgift in Deutschland gehandelt — und wurde immer wieder dabei ertappt. Muss man solche Mitbürger aus Niedrig-IQ-Regionen aus Gründen der politischen Korrektheit auch noch für ihren »Fleiß« loben? Wo Ansätze für Klugheit vorhanden sind, da nutzen Mitbürger aus bestimmten Regionen diese eben häufig für Kriminalität, deren Ausmaß selbst hartgesottene Fahnder immer wieder erschreckt. So fiel in Essen im Juli 2011 ein Araber auf, der 60 Tonnen (!) Wasserpeifentabak unverzollt ins Land schmuggelte.<sup>151</sup> Welch eine Leistung!

Im einstigen Land der Ingenieure und Forscher wird gehobene Intelligenz zur Mangelware. Immer mehr MigrantInnen beherrschen nicht einmal die einfachsten Kulturregeln. Eine Zeitung berichtete 2011 über einen Lehrer, der über die Besten der Besten einer ganz normalen Schule sprach: »Letzte Woche hatte er seine besten drei Schüler als Belohnung zum Pizza-Essen eingeladen. Zwei von ihnen konnten nicht mit Messer und Gabel umgehen. >Meine Mutter gibt mir das immer schon fertig geschnitten«, sagte Ali. In seiner Familie sei er der >Prinz«, sagt Ali, und werde natürlich von der häuslichen Arbeit freigestellt.«<sup>152</sup> So ist das eben, wenn der anatolische Döner-Fachmann zum kulturellen Vorbild wird. Würdelos werfen wir unsere Werte einfach über Bord. In Frankreich gibt es seit 2011 ein neues Immigrationsgesetz. Diesem zufolge kann Ausländern die Einbürgerung verweigert werden, wenn sie der französischen Staatsbürgerschaft nicht »würdig« sind.<sup>153</sup> Im Land von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gewinnt die Würde der Franzosen also wieder an Bedeutung. Die Deutschen aber wollen davon nichts wissen und nehmen mit ihrer Willkommenskultur weiterhin jeden auf.

Der IQ der türkischen Jugendlichen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind (also der zweiten Generation), liegt statistisch bei maximal 86. Das entspricht in etwa dem Länder-IQ von Eritrea (85). Selbst der dümmste deutsche Gutmensch kann sich wohl kaum vorstellen, dass eine Industrienation wie Deutschland ihre Zukunft auf dem Länder-IQ-Niveau von Eritrea aufbauen kann. Genau das machen wir jedoch. Wir haben die zugewanderte minderbegabte Unterschichtenbevölkerung mit einem völlig anderen Wertesystem, für die es in einem Industrieland immer weniger Arbeit gibt, schon um viele Millionen Personen angereichert.<sup>154</sup> Die Politik förderte und fördert die Eltern solcher Bevölkerungsgruppen, um deren Wählerstimmen zu bekommen. Es ist der sicherste Weg, um die Dummheit weiter zu züchten. Die Folgen: In Deutschland ist der mittlere IQ von Schülern mit türkischem Migrationshintergrund, die etwa die Hälfte aller Einwanderer stellen, um 18 IQ-Punkte niedriger als der IQ der Deutschen und in der zweiten Einwanderergeneration (die in Deutschland geboren und aufgewachsen ist) sogar noch drei weitere IQ-Punkte niedriger als in der ersten.<sup>155</sup> Das kann man wohl kaum übertreffen. Wer seine Kinder mit türkischen Schülern in einer Schulklasse lässt, der sollte das wissen. Wer Wert darauf legt, dass seine Kinder eine möglichst schlechte Zukunft haben, der sollte darauf achten, dass möglichst viele türkische Schüler gemeinsam mit ihnen in die Klasse gehen.

Wer Bildungspotenzial durch einen hohen IQ hat, der kann mehr daraus machen. Wer weniger davon hat, der kann das auf Dauer nicht verstecken. Und Türken verstecken ihre geringen Potenziale in Deutschland eben immer

weniger: Der Anteil jener einreisenden Türken, die auf Sozialhilfe angewiesen waren, lag zu Beginn der Einwanderung bei weniger als einem Prozent. Etwas mehr als eine Generation später lag in Berlin der Anteil an Sozialgeldempfängern unter Türkischstämmigen im Jahre 2008 nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bei rund 50 Prozent.<sup>156</sup> Das ist eine Verfünzigfachung dieser Bevölkerungsgruppe. Die Politik verkauft uns das — wie so vieles — ungeniert als »Bereicherung«.

In Dänemark (Länder-IQ 98) hat der Humangenetiker Professor Helmuth Nyborg seine Landsleute unlängst darauf hingewiesen, dass der durchschnittliche Intelligenzquotient der Einwohner Dänemarks wegen der Migration jetzt sehr schnell auf weniger als 90 fallen werde. Die dänische Armee musste 2004 schon mehr als 28 Prozent aller Rekruten aus nicht westlichen Staaten wegen eines »zu geringen IQ« ablehnen (zum Vergleich: Bei den ethnischen Dänen waren es sieben Prozent). 22 646 Rekruten waren auf ihren IQ hin getestet worden.<sup>157</sup> Die gleiche negative Entwicklung ist auch in Österreich und Deutschland zu beobachten. Man darf das nur nicht aussprechen. Man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass zwischen 1950 und 1985 der IQ von Rekruten in europäischen Ländern immer weiter gestiegen ist, etwa in den Niederlanden von 1952 bis 1984 um 20 Punkte.<sup>158</sup> Und auch in Dänemark stieg der IQ von Rekruten seit 1959 jedes Jahr um etwa zwei Punkte — aber nur bis in die 1990er-Jahre. Seither geht er zurück (wie überall in Europa).<sup>159</sup> Je mehr Migrantenkinder bei den Rekruten untersucht werden, umso schlechter werden die IQ-Gesamtergebnisse.

Das alles hat verheerende Folgen: Die europäischen Sozialstaaten erodieren. In Norwegen (Länder-IQ 100) spricht man ganz offen darüber. Man nennt dort allerdings auch ganz unverblümt die Gründe dafür: Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis, die eine geringe Bildung haben, den Sozialstaat nur als Beute betrachten und skrupellos ausnehmen. In Norwegen ist das alles ein großes Thema in der Politik. Per-Willy Amundsen, ein Politiker der Progressiven Partei, hat die Debatte dortzulande mit den Worten angestoßen, dass in Norwegen von allen Religionen und Weltanschauungen nur eine kaum unter den arbeitenden Menschen des Landes anzutreffen sei: Moslems. Politiker Per-Willy Amundsen streute Salz in die Wunden der europäischen Multikulti-Gutmenschen, indem er ein Beispiel erwähnte, das man nur schwerlich wegdiskutieren kann: Obwohl Indien (Länder-IQ 82) und Pakistan (Länder-IQ 84) bis vor der Teilung 1947 eine Nation waren und demzufolge eine Bevölkerung hatten, sind heute die Inder auf dem Arbeitsmarkt in Norwegen voll integriert und fleißig. Ganz anders die Pakistaner: Sie sind nicht integriert und in Massen arbeitsunwillig. Weil der Länder-IQ annähernd gleich ist, sieht der Politiker als

einzig mögliche Ursache für diese Tatsache das Wertesystem der Islam-Ideologie. Ihm sprang der Investor Jens Ulltveit-Moe bei, der in einem Zeitungsinterview sagte, Migranten aus nicht westlichen Staaten zerstörten die europäischen Sozialstaaten.<sup>160</sup> Die Tatsache, dass bildungsunwillige und minderbegabte Migranten unsere europäischen Sozialstaaten vernichten, wird in Deutschland neben Thilo Sarrazin nur von ifo-Chef Professor Hans-Werner Sinn ausgesprochen.

Vielleicht sollten Politiker wirklich einmal genauer hinschauen, wer da eigentlich unsere Demografie bereichert. Zuwanderung soll ja in Europa demografische Probleme lösen. Die Realität allerdings sieht häufig anders aus. In vielen europäischen Ländern haben Studien, die zumeist auf Anweisung der jeweiligen Regierung unter Verschluss gehalten werden müssen, in den vergangenen Monaten erschreckende Erkenntnisse geliefert: Migranten, die in Europa einmal die Sozialversicherungssysteme mitfinanzieren sollen, gehen immer früher in Rente und bilden zudem die Spitzenreiter in der Gruppe der (angeblich) Behinderten. In Norwegen haben die Forscher Bent Bratsberg und Knut Roed vom *Frisch Centre* nach einer im Auftrag der Regierung erstellten Vergleichsstudie mitgeteilt, dass die Mehrheit von Migranten aus Ländern wie Somalia oder dem Irak sich wenige Jahre nach der Ankunft dauerhaft arbeitsunfähig meldet. Darüber berichtete 2011 die Zeitung *Aftenposten*. Auch von den Pakistanern und Türken, die man als Arbeitskräfte nach Norwegen geholt hat, arbeitet demnach tatsächlich nur ein Drittel. Je nach Herkunftsland melden sich die Migranten im Durchschnitt zehn bis 15 Jahre nach ihrer Ankunft in Norwegen dauerhaft berufsunfähig und beantragen dann eine Früh- oder Behindertenrente.<sup>161</sup> Die Forscher kommen zu dem Schluss, dass vor allem Migranten aus islamischen Staaten nicht wegen der Arbeit, sondern häufig nur wegen der Leistungen des Wohlfahrtsstaates nach Norwegen kommen. Untersucht wurde in der Studie die Arbeitsleistung von Zuwanderern aus Somalia, dem Irak, Bosnien, Sri Lanka, Chile und Vietnam. Während die Asiaten und Lateinamerikaner sich integrierten und arbeiteten, war bei den Mitbürgern aus dem islamischen Kulturkreis häufig das Gegenteil der Fall.

In Dänemark wurden unlängst ähnliche Zahlen veröffentlicht. Diesen zufolge werden auch dort immer mehr Migranten zu Frührentnern. Von 1998 bis 2008 stieg ihre Zahl von jährlich 5470 auf 14 800. Während es bei frühpensionierten Migranten demnach eine Steigerung um 171 Prozent gibt, ist die Zahl der frühpensionierten Dänen nach Angaben der liberalen Abgeordneten Eyvind Vesselbo stark rückläufig. Nachdem der Bezug von Sozialhilfe für Migranten in Ländern wie Dänemark in den vergangenen Jahren zunehmend restriktiv gehandhabt wurde, weichen viele offenkundig auf angebliche Gebre-

chen und Behinderungen aus, um nicht arbeiten zu müssen. Auch in Deutschland und Österreich steigt die Zahl der Frührentner unter den Zuwanderern sprunghaft. Bei den zahlreichen Beratungsstellen bekommt man jetzt Merkblätter in den Sprachen unserer Zuwanderer für die Beantragung von Behinderten- oder Frührenten. 60 Prozent der Antragsteller geben heute - nicht nachprüfbar - psychische Störungen als Grund für die dauerhafte Arbeitsunfähigkeit an. Weil sie von ihrer Umgebung als Zuwanderer nicht akzeptiert würden, seien sie depressiv. Dabei werden die Antragsteller immer jünger.

In Deutschland und Österreich wird der große Knall in den Sozialsystemen wegen der unkontrollierten Zuwanderung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Professor Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner ifo-Instituts, sagte zum Fall der letzten Grenzen in Europa am 1. Mai 2011: »Wir werden in den nächsten zehn Jahren mit Millionen von Migranten rechnen können.«<sup>162</sup> Und er behauptete, dass viele Migranten gar nicht arbeiten wollen: »Ein EU-Bürger, der sich fünf Jahre lang in einem anderen EU-Land aufgehalten hat, besitzt anschließend ein Daueraufenthaltsrecht. Das ist auch ein Grund, warum die Franzosen im vergangenen Sommer so energisch Roma und Sinti abgeschoben haben. Wir werden im Laufe dieses Jahrzehnts immer mehr Sozialmigration nach Deutschland bekommen.« Professor Sinn nennt eine der Folgen: »Ein Einwanderer kann im neuen Land ebenso viele Sozialleistungen beziehen wie die Einheimischen auch. Nach fünf Jahren hat er ganz legal den vollen Anspruch, ohne je Beiträge gezahlt zu haben. Das ist vielen nicht klar. (...) Die neue Regelung gilt seit 1. Januar 2005. Wer damals nach Deutschland einwanderte, kam vergangenes Jahr erstmals in den Genuss staatlicher Sozialleistungen.« Und das alles bedeutet dann bald: »Der Sozialstaat wird erodieren, da er Einheimische und Zuwanderer gleich behandeln muss und das sehr teuer wird. Die Bedürftigen gehen immer dorthin, wo die Leistungen großzügiger sind. Da auch die Steuerzahler sich das Land aussuchen, in dem es ihnen besser geht, werden sie die Sozialstaaten meiden. Beide Effekte zusammen bewirken, dass die Leistungen nicht mehr finanzierbar sind. Die Idee der EU war, eine soziale Wohltat zu verankern. In Wahrheit hat man dem Sozialstaat das Grab geschaufelt.« Im Klartext: Wir haben unsere eigene soziale Absicherung zerstört. Dabei irrt der Professor Hans-Werner Sinn in einem entscheidenden Punkt: Viele Migranten müssen nicht fünf Jahre in Deutschland leben, um Anspruch auf die vollen Sozialhilfebezüge zu haben. Denn im Oktober 2010 hat das Bundessozialgericht entschieden, dass Ausländer, die niemals in Deutschland gearbeitet haben, sofort den vollen Anspruch auf Hartz-IV-Bezüge haben, wenn sie sich legal hier aufhalten und aus Staaten kommen, mit denen Deutschland entsprechende Abkommen geschlossen hat. Dazu gehört bei-

spielsweise die Türkei. Ein Türke, der in Deutschland Verwandte besucht und dann hier bleiben möchte, darf nach diesem Urteil ganz legal bei jedem Sozialamt die Hand aufhalten. Der *Spiegel* berichtete 2010 darüber unter der Überschrift »Ausländer können unbefristet Hartz IV bekommen«.<sup>163</sup> Nicht erwähnt wird dort allerdings, für welche Nationalitäten diese großzügige Hartz-IV-Regelung nun in Deutschland gilt. Neben Türken können auch Mitbürger aus vielen anderen EU-Staaten von sofort an und jederzeit ganz legal Hartz IV in Deutschland beantragen.<sup>164</sup>

Und all jene, mit denen es entsprechende großzügige Abkommen noch nicht gibt, müssen einfach nur fünf Jahre warten. Nach Ablauf dieser Frist haben sie in Deutschland - ohne einen Antrag zu stellen - das Daueraufenthaltsrecht und können dann bis zum Ende ihres Lebens alle steuerfinanzierten Sozialleistungen beanspruchen: Sozialhilfe, eine freie Wohnung, einen freien Krankenversicherungsschutz sowie Hilfe zum Lebensunterhalt. Deutschland erlebt derzeit eine Immigrationswelle von Menschen, die nicht die geringste Absicht haben, hier zu arbeiten, sondern nur darauf warten, nach der Fünf-Jahres-Frist die deutsche Sozialhilfe bis an ihr Lebensende zu erhalten. Millionen Menschen müssen in bankrotten EU-Staaten die extreme Kürzung von Sozialleistungen und Altersbezügen hinnehmen. Da ist es in Ländern wie Rumänien und Bulgarien attraktiv, ältere Staatsbürger nach Deutschland zu schicken, denn diese können sich so legal (ohne je Beiträge oder Steuern gezahlt zu haben) ein hohes Alterseinkommen verschaffen, das weit über dem Arbeitseinkommen ihrer Herkunftsländer liegt.

Die Briten wissen das alles schon seit 2010. In jenem Jahr dankte der rumänische Staatspräsident Traian Basescu allen in Großbritannien lebenden Rumänen dafür, dass sie dort und nicht etwa in Rumänien Sozialhilfe beantragen und auf Kosten der britischen und nicht der rumänischen Steuerzahler leben. Basescu sagte: »Stellen Sie sich nur einmal vor, die zwei Millionen Rumänen, die in Großbritannien, Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland leben, kämen nach Rumänien, um hier Arbeitslosengeld zu beantragen. Wir müssen all diesen Rumänen dankbar dafür sein, was sie für unser Land tun.«<sup>165</sup> In Rumänien gibt es im Falle der Arbeitslosigkeit maximal zwölf Monate lang monatlich 23 Euro Arbeitslosengeld. Dann ist Schluss. In Großbritannien erhielten die Rumänen schon 2010 nach nur zwölf Monaten Arbeit im Land im Falle der Arbeitslosigkeit lebenslang die volle Versorgung des britischen Sozialstaates. Viele Rumänen arbeiteten zwölf Monate - und meldeten sich dann arbeitsunfähig. Nach den Briten machen nun auch die Deutschen diese Erfahrung. Der rumänische Präsident Traian Basescu nennt uns Westeuropäer ganz offen »verrückt«, weil wir das alles auch noch bereitwillig



finanzieren.<sup>166</sup> Später (im Jahre 2011) rief Basescu dann alle rumänischen Staatsbürger dazu auf, vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in anderen EU-Staaten noch mehr Sozialleistungen zu beantragen und diese dann in die Heimat zu überweisen. So könne der rumänische Staatshaushalt entlastet werden. Er dankte in diesem Zusammenhang ausdrücklich den in Großbritannien lebenden Rumänen, die pro Tag (!) durchschnittlich 500000 Britische Pfund (563000 Euro) nach Rumänien überweisen.<sup>167</sup>

## Thilo Sarrazin und die Gene

Als der Ex-Bundesbanker Thilo Sarrazin im August 2010 auf genetisch bedingte Intelligenz hinwies, da kam es zu einem Sturm der Entrüstung.<sup>168</sup> Auch in mündlichen Äußerungen ordnete Sarrazin definierten Menschengruppen gewisse Gene zu, behauptete etwa, dass Basken bestimmte Gene hätten.<sup>169</sup> Und er behauptete, dass Juden sich genetisch von anderen Bevölkerungsgruppen unterscheiden.<sup>170</sup>

Kann man anhand der Gene erkennen, woher Menschen stammen oder wo ihre Bevölkerungsgruppe lebt? Der *Spiegel* hatte schon 2004 unter der Überschrift »Medizin — die neue Rassendebatte« berichtet: »(...) dieser politisch korrekte Konsens wird nun infrage gestellt — wiederum von Genetikern. Die Gruppe um Marcus Feldman von der *Stanford University* in Kalifornien beispielsweise untersuchte das Erbgut von 1056 Menschen aus 52 Populationen, darunter Beduinen, Pygmäen, Sarden, Drusen, Melanesier, Pima-Indianer und Franzosen. Die Forscher stießen auf 400 Abschnitte (Marker); anhand dieser Muster konnten sie das Erbgut der Menschen in fünf Gruppen einteilen. Und die entsprachen genau den großen Erdzonen: Afrika, Europa, Asien, Melanesien und Amerika. >Wenn man nur die richtigen Abschnitte im Genom anschaut, dann kann man schon herausbekommen, zu welcher Ethnie eine Person gehört<, sagt auch Lutz Roewer, 42, vom Institut für Rechtsmedizin der Berliner Charité. Als einer der ganz wenigen deutschen Forscher macht der Genetiker mit bei der heiklen Suche nach ethnischen Erbgutunterschieden — und hat Pionierarbeit geleistet.«<sup>171</sup>

Seit Jahren weiß man also, dass es ethnische Erbgutunterschiede gibt. Doch noch ehe man Jahre später im Falle Sarrazins die Fakten überprüfen konnte, wurde dieser virtuell hingerichtet. Die mediale Empörungsmaschinerie trat an, um den politisch nicht korrekten Sarazzin zum »Rassisten« abzustempeln. Dabei hatte zwei Monate vor den umstrittenen Äußerungen Sarrazins der Berliner *Tagesspiegel* 2010 in der Rubrik Wissenschaft unter der Überschrift

»Genetische Abstammung: Abrahams Kinder« auf wissenschaftlicher Basis berichtet, dass gleich mehrere Studien die gemeinsamen genetischen Wurzeln heute lebender Juden offenbaren. »Unsere Untersuchung stützt die Idee eines jüdischen Volkes, das durch eine gemeinsame genetische Geschichte verbunden ist«, zitierte das Blatt den Wissenschaftler Harry Ostrer, einen der Studienleiter.<sup>172</sup> Der hatte schon 2008 ein wissenschaftliches Standardwerk über die Gene von Juden geschrieben<sup>173</sup> - niemand störte sich damals daran. Im Gegenteil: Im Juni 2010 veröffentlichte die angesehene amerikanische Fachzeitschrift *The American Journal of Human Genetics* eine Studie über den gemeinsamen Genpool von Juden.<sup>174</sup> Auch das störte niemanden. Das renommierte *Science Magazine* druckte Ergebnisse der Studien ab.<sup>175</sup> Und Bundesbanker Thilo Sarrazin berief sich auf eben diese anerkannten Studien. Ausgerechnet der Berliner *Tagesspiegel*, der (siehe oben) gerade erst in der Rubrik Wissenschaft über die gemeinsamen genetischen Wurzeln heute lebender Juden berichtet hatte, schrieb nun unter der Überschrift »Sarrazin löst neue Empörung aus«<sup>176</sup>, der Ex-Bundesbanker sei »weit abgedriftet« und verlasse mit den Thesen zur genetischen Identität eines Volkes den »Konsens unserer Demokratie«. In Deutschland macht man heute eben Jagd auf Menschen, die die Wahrheit sagen — wenn deren Aussagen nicht ins politisch korrekte Bild von Gutmenschen passen.

Sarrazin hatte sich auch in Bezug auf die Intelligenzquotienten bestimmter Bevölkerungsgruppen geäußert. Schon im Jahre 1999 veröffentlichte das renommierte amerikanische *Time Magazine* eine Titelgeschichte über den auch in den Genen eines Menschen begründeten IQ.<sup>177</sup> Das war eigentlich keine große Neuigkeit, denn seit 1981 ist das durch die empirische Studie von Bouchard und McGue<sup>178</sup> unter Wissenschaftlern bekannt. Zwar gibt es kein Master-Gen für Intelligenz, und es ist umstritten, wie viel die Gene tatsächlich zur Intelligenz beitragen (je nach Studie 50 bis 80 Prozent, nach neuesten Erkenntnissen deutlich mehr als 50 Prozent<sup>179</sup>), aber die Grundaussage wird heute nicht mehr angezweifelt. Unbestritten ist ebenso, dass bestimmte Formen der geistigen Behinderung genetisch bedingt sind. Dazu zählen beispielsweise das Down-Syndrom, das Fragiles-X-Syndrom und die Phenylketonurie.

### **Solidarität mit Bildungsfernen**

Ein IQ von 100 galt im deutschsprachigen Raum über Generationen hinweg als Durchschnitt. Wer hier das Abitur schaffen will, der sollte theoretisch einen Intelligenzquotienten von etwa 115 haben. Und für ein erfolgreiches Studium

erwarten wir einen durchschnittlichen IQ von 120. Der Deutsche Hochschulverband fordert aber seit Langem schon, die Anforderungen an das Abitur zu erhöhen<sup>180</sup>, weil die Studierfähigkeit jener, die frisch an die Universitäten kommen, ständig sinkt. Getan haben wir allerdings das Gegenteil: Wir haben die Anforderungen an den Schulen immer weiter abgesenkt. Wir schaffen gerade sogar die Schreibrift an unseren Schulen ab, geben wieder einen Teil unserer Kultur auf, um es Migranten leichter zu machen.<sup>181</sup> Trotzdem sind viele türkische Eltern auch weiterhin fest davon überzeugt, dass wir ihre Kinder aus »rassistischen« Gründen an deutschsprachigen Schulen und Universitäten diskriminieren, weil mehr als 30 Prozent von ihnen hierzulande nicht einmal die einfachsten Schulabschlüsse schaffen - geschweige denn studieren dürfen. In der Türkei (Länder-IQ 90; türkische Zuwanderer stammen meist aus der Unterschicht und haben nach Angaben von Professor Weiss einen deutlich geringeren IQ) reicht eben ein wesentlich niedrigerer IQ aus, um zur Hochschule zugelassen zu werden. Wie sollen wir das hier in Deutschland den zugewanderten Türken erklären?

Auch im Afrika südlich der Sahara (durchschnittlicher Länder-IQ 70) gibt es viele Studenten. Aber die Generation unserer Eltern wäre nie auf die Idee gekommen, deren Studienabschlüsse unseren in Forschung und Lehre gleichzustellen. Heute tun wir das aber wie selbstverständlich. Wir erlassen sogar Gesetze, nach denen Abschlüsse aus anderen Teilen der Welt bei uns als gleichwertig anerkannt werden sollen. Ab 2012 darf ein türkischer Arzt (Länder-IQ 90) auch in Deutschland praktizieren.<sup>182</sup> Und Äthiopier (Länder-IQ 64) oder Ägypter (Länder-IQ 81) können bei uns dann nicht nur als Ärzte, sondern auch als Ingenieure oder Forscher auftreten. Die Bundesregierung erkennt dann automatisch viele Bildungsabschlüsse aus den Heimatstaaten an, um dem heimischen Mangel an Ärzten und Ingenieuren zu begegnen.<sup>183</sup> Bildungsabschlüsse aus Rumänien (Länder-IQ 94), wie das dortige Abitur etwa, werden nun in Deutschland anerkannt. Was man den Firmen allerdings verschweigt, die beispielsweise einen Rumänen mit einem dortzulande abgelegten Abitur der vergangenen Jahre einstellen, ist Folgendes: Seitdem Rumänien 2007 zum EU-Land avancierte und die Prüfungsvoraussetzungen auch beim Abitur verschärft wurden, fallen mindestens 50 Prozent (!) der dortigen Schüler durch die Prüfungen. Sie haben richtig gelesen: Mehr als 100 000 rumänische Schüler fielen 2011 durch die Abiturprüfung.<sup>184</sup> Das aber heißt im Klartext, dass die Hälfte von jenen, die vor der Verschärfung der Prüfungen ihr Abitur bestanden haben, nach europäischen Vorstellungen nicht für ein Studium geeignet waren. Genau jene aber haben inzwischen ihr Studium beendet und werden von uns als Ärzte oder sonstige Akademiker voll anerkannt. In

Rumänien haben die vielen Versager eben 2011 kein Abitur bekommen, da es bei genauer Betrachtung ja eine Auszeichnung darstellt. Ganz anders in Deutschland: In Schleswig-Holstein fielen 2011 mehr als die Hälfte der Schüler an Gymnasien im Abitur durch. Sofort fand man eine Lösung: Das Ministerium hob die Noten einfach an, damit weitere 20 Prozent der Schüler das Abitur bestehen konnten.<sup>185</sup> Nicht anders war es im gleichen Jahr in Bayern. Auch da wurde jetzt das Abitur geschönt, damit man politisch korrekt viele angeblich kluge Abiturienten vorweisen kann.<sup>186</sup> Wir basteln jetzt an einer politisch korrekten Welt mit angeblich vielen intelligenten Menschen ...

Die Folgen dieser Migrantenschutzpolitik konnte man im August 2011 nach den Plünderungen und Brandschätzungen des zugewanderten Mobs in Großbritannien sehen. Dort waren die Gewalttäter durchweg Migranten. Als der Erste dieser Verbrecher vor Gericht stand und abgeurteilt wurde, da waren die Briten schockiert: Der 31 Jahre alte Schwarze Anthony Alexis Bailey aus Battersea war immerhin Lehrer an einer Schule in Stockwell.<sup>187</sup> Der zweite Verurteilte war der nigerianischstämmige Student David Attoh.<sup>188</sup> Der dritte ein gerade einmal elf Jahre (!) alter Junge, der zuletzt eine Woche vor den Unruhen wegen ähnlicher Straftaten vor Gericht gestanden hatte.<sup>189</sup> Und so ging es munter weiter. Die Briten hatten Menschen aus rückständigen Kulturkreisen Arbeitsplätze, Bildung und Einkommen geboten - und diese zündeten ihnen dann ihre Städte an.

Deutsche Ingenieure bauen jetzt Staudämme und Kraftwerke in Ländern wie dem Kongo (Länder-IQ 78), Eritrea (Länder-IQ 85) oder Ägypten (Länder-IQ 81). Und wir holen uns die arbeitslosen Ingenieure, die im Kongo, in Eritrea und Ägypten auf Dritte-Welt-Niveau ausgebildet wurden, als Fachkräfte nach Deutschland. Im Kabarett würde man darüber lachen. In Kanada (Länder-IQ 99) oder in Australien (Länder-IQ 98) schüttelt man tatsächlich über uns den Kopf. Wir aber sind stolz darauf und freuen uns darüber, dass wir uns solidarisch mit Minderintelligenten aus fernen Kulturkreisen erklären und ihnen zuliebe unser Niveau beständig weiter absenken.

In der Schweiz (Länder-IQ 101) kann man die Folgen des Irrsinns, Migranten aus schwach entwickelten Staaten auf gleichem Ausbildungsniveau zu behandeln, jetzt im Fernsehen bestaunen. Denn im Schweizer Fernsehen stellt ein aus Mali (Länder-IQ 74) stammender selbsternannter Heiler live telefonisch auch Medizindiagnosen. Als eine Frau ihm über schwere Schmerzen berichtete und ängstlich bei ihm nachfragte, ob sie — theoretisch — einen Tumor haben könnte, da schickte der afrikanische Mitbürger die Schweizerin nicht etwa zum Arzt, sondern stellte selbst eine Diagnose: »Nein, ich sehe keinen Tumor. Aber du musst positiv denken, weil negativ macht Krebs.«<sup>190</sup>

Einer Frau, die ihm berichtete, sie habe Brustkrebs gehabt und eine Brust sei ihr amputiert worden, empfahl er, möglichst schnell auch die zweite Brust amputieren zu lassen. Eine weitere Schweizer Zuschauerin, die er ebenfalls nicht zu Gesicht bekam, klagte über starke Unterleibsschmerzen. Der afrikanische Heiler fühlte nach eigenen Angaben, dass sie eigentlich gesund sei. Der Afrikaner ist in der Schweiz jetzt offenkundig eine medizinische Fachkraft - zumindest aus seiner subjektiven Sicht. Normale Menschen sehen in Menschen wie ihm wohl eher einen Scharlatan. Aber das zu sagen gilt heute als »diskriminierend«.

### **Nigerianischer Scharlatan ruiniert Ruf deutscher Ärzte**

Bei zugewanderten medizinischen Fachkräften schießt Deutschland den Vogel ab: Der aus Nigeria stammende und in Witten praktizierende Arzt Dr. Daniel Ubani hat mit seiner geballten Inkompetenz den Ruf deutscher Ärzte in Großbritannien ruiniert. Der Schwarzafrikaner injizierte in Großbritannien einem 70 Jahre alten Briten aus Cambridgeshire, der an schmerzhaften Nierensteinen litt, die Zehnfache der empfohlenen Dosis eines Schmerzmittels. Nach einer EU-Verordnung (Council Directive 93/16/EEC) dürfen Ärzte innerhalb der EU ohne weitere Prüfung in jedem anderen EU-Land tätig werden. Daniel Ubani beherrscht die englische Sprache nicht sonderlich gut.<sup>191</sup> Gerade als Arzt muss er bei Medikamenten, deren Dosierungsanleitungen in englischer Sprache verfasst sind, diese Sprache aber auch verstehen. Er verstand sie jedoch nicht, was ihn aber nicht daran hinderte, auch in Großbritannien zu praktizieren.<sup>192</sup> Der nigerianischstämmige Mitbürger arbeitete bis dahin seit mehr als zwei Jahrzehnten in Deutschland als Arzt und Schönheitschirurg. Und wie ein dummer Anfänger tötete er den Briten mit der Injektion. Die Staatsanwaltschaft Cambridgeshire suchte den Schwarzafrikaner daraufhin mit Haftbefehl. In Großbritannien darf der gebürtige Nigerianer als Arzt nun nicht mehr arbeiten.<sup>193</sup>

Ganz anders sah die Sache in Deutschland aus: Der Mitbürger musste gerade einmal 5000 Euro Strafe zahlen. Es gab keinen Entzug seiner ärztlichen Zulassung.<sup>194</sup> Man darf Dr. Daniel Ubani, der die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, nach Angaben der BBC jetzt mit juristischer Rückendeckung einen »Killer« und »Scharlatan« nennen.<sup>195</sup> Dass in Deutschland ein nigerianischstämmiger »Killer« und »Scharlatan« als Arzt praktizieren darf, sorgte in Großbritannien für großes Aufsehen.<sup>196</sup> Der Mitbürger ruinierte mit einem Schlag

das große Ansehen, das deutsche Ärzte bis dahin im Inselkönigreich genossen hatten.<sup>197</sup> Auf einmal gab es viele Zweifel, denn es meldeten sich weitere Opfer des Schwarzafrikaners zu Wort. Die 70 Jahre alte Helga Freitag etwa, der ein deutsches Gericht mehr als 10 000 Euro Schmerzensgeld nach einem verpfuschten Eingriff durch Herrn Ubani zugesprochen hatte. Und die Krankenschwester Christa Böttcher.<sup>198</sup> Auch ihr hatte ein deutsches Gericht nach einem misslungenen Eingriff durch Herrn Ubani ein hohes Schmerzensgeld zugesprochen.<sup>199</sup> Der Schwarzafrikaner hatte es in Deutschland mit seinen medizinischen Eingriffen zum Millionär gebracht.<sup>200</sup> Die 5000 Euro, die der »Killer« für die Tötung des Briten hatte zahlen müssen, waren für ihn wohl ein Witz.

Die ganze Episode fand sich fast ausschließlich in britischen Medien, deutsche Journalisten haben sie weitgehend ignoriert. Man will ja dem Ruf des afrikanischen Migranten Ubani nicht schaden. Menschen wie er sind doch eine »Bereicherung« für unser Land. Versuchen Sie sich jetzt einmal vorzustellen, was passiert wäre, wenn ein ethnischer deutscher Killerarzt als Scharlatan einen Afrikaner ins Jenseits gespritzt hätte. Übrigens: Mitbürger Ubani lebt weiterhin unbehelligt in Witten. Seine Strafe wurde später auf 7000 Euro erhöht. Aber der Afrikaner darf in Deutschland weiter als Arzt praktizieren, obwohl er als »inkompetent« gilt. Das alles erfuhren übrigens auch die Menschen im fernen Schweden im Juli 2011 aus der englischsprachigen Zeitung *The Local*.<sup>201</sup> Auch dortzulande wird man wohl jetzt denken, dass Deutschland inkompetente Ärzte habe - denn auch in diesem Bericht wurde die afrikanische Herkunft des Arztes nicht erwähnt.

## **Schuld sind angeblich die Besserverdienenden**

Kein deutschsprachiger Wissenschaftler oder Politiker kann es sich heute mehr erlauben, die Chance der Zugehörigkeit zu einer sozialen Leistungsgruppe als erblich zu bezeichnen. Die Erforschung der Ursachen und gesellschaftlichen Folgewirkungen von Intelligenz ist bei uns erstaunlicherweise tabuisiert. Nach den Mendelschen Gesetzen der Genetik (siehe dazu das Kapitel in diesem Buch) lässt sich die Begabung der Kinder — und damit auch die Wahrscheinlichkeit, welche Berufsqualifikation sie erreichen werden - in allen möglichen Partnerkombinationen ziemlich genau voraussagen. Das ist eine wissenschaftliche belegbare Tatsache. Im deutschsprachigen Raum erklären wir aber heute Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen mit der inzwischen politisch korrekten Sichtweise, dass die Besserverdienenden daran schuld seien, weil sie nicht scharenweise Partner aus der sozialen Unterschicht heiraten und dieser so

skrupellos den Aufstieg verweigern. Das »Heiraten unter Gleichen« vergrößert jetzt angeblich die soziale Kluft.<sup>202</sup> Die Mendelschen Gesetze sowie Aussagen über die Vererbung von Begabung und Intelligenz sind politisch nicht mehr korrekt.

Der Präsident der Freien Universität Berlin, Dieter Lenzen, bekam nach einer Interviewäußerung, derzufolge der Intelligenzquotient türkischer Migranten möglicherweise geringer als jener der deutschen Bevölkerung sei, sofort Ärger.<sup>203</sup> Dabei hatte er nur die Wahrheit angedeutet. Lenzen berief sich auf eine Studie, die zwei Psychologen der Universität Hannover im Jahre 2004 veröffentlicht hatten. Nach einem Test von etwa 700 Schülern aus Hannover stellten Joachim Tiedemann und Elfriede Billmann-Mahecha bei den meisten untersuchten Grundschulern mit türkischem Migrationshintergrund »Beeinträchtigungen« in den »kognitiven Fähigkeiten« fest, wie es in dem Aufsatz heißt.<sup>204</sup> Logisches Denken und Intelligenz sind eben auch eine Frage der Herkunft. Man kann heute wissenschaftlich belegen, dass der statistisch gesehen von vielen minderintelligenten Menschen bewohnte islamische Kulturkreis viele gewalttätige Jugendliche hervorbringt.<sup>205</sup> Politiker aller Parteien bekunden ja gern, die von immer mehr zugewanderten Muslimen in Europa ausgeübte Gewalt (für deren Folgen wir alle bezahlen müssen) habe nichts mit dem Islam und ihren Herkunftsländern zu tun. Seit Juni 2010 wissen wir nun aber offiziell, dass diese weitverbreitete Auffassung eine Lüge war. Da berichtete die österreichische Tageszeitung *Die Presse*: »Gläubige muslimische Jugendliche in Deutschland sind einer Studie zufolge deutlich gewaltbereiter als Migranten anderer Konfessionen. Bei einer Befragung von 45 000 Schülern seien insbesondere gläubige Muslime durch jugendtypische Delikte wie Körperverletzung oder Raub aufgefallen, ermittelten Wissenschaftler ...«<sup>206</sup> Die höchste Gewalttäterquote gibt es demnach unter »sehr religiösen« muslimischen Jugendlichen mit 23,5 Prozent, die niedrigste dagegen bei den »etwas religiösen« muslimischen Jugendlichen mit 19,6 Prozent. Dabei sei die höhere Gewalttätigkeit unter Muslimen ausschließlich männlichen Jugendlichen zuzurechnen. Bei evangelischen und katholischen Jugendlichen zeigte sich eine gegenläufige Tendenz: Christliche Gläubige begingen der Studie zufolge seltener jugendtypische Gewalttaten. Dies gelte gerade auch für christliche Zuwanderer, die meist aus Polen (Länder-IQ 99) oder Russland (Länder-IQ 97) stammten. So sinke bei jungen christlichen Migranten die Quote der Gewalttäter von 21,8 Prozent bei nicht religiösen Jugendlichen auf 12,4 Prozent bei sehr religiösen Jugendlichen.

Man kann ebenfalls wissenschaftlich abgesichert behaupten, dass Schüler aus dem islamischen Kulturkreis in westlichen Staaten flächendeckend in den

Schulen für ethnische europäische Schüler eine schwere Bürde<sup>207</sup> und diesen geistig häufig nicht gewachsen sind. Migrantenkinder aus Ländern mit niedrigem Länder-IQ mindern die Leistung der Schulklassen und ziehen auch die guten europäischen Schüler immer weiter nach unten. Je mehr solcher Migranten in einer europäischen Schulklasse sind, umso mehr fallen die Leistungen der einheimischen Schüler ab. Das behauptet das staatliche österreichische Bundesinstitut für Bildungsforschung. Zeigt sich bei einem Migrantenanteil von bis zu 30 Prozent in einer Klasse keine negative Auswirkung auf die Leistung der Mitschüler, erbringen bei einem höheren Anteil »augenscheinlich sowohl Migranten als auch Einheimische schlechtere Leistungen«, so die Studienautoren. Darüber berichtete die Wiener Tageszeitung *Die Presse* im Sommer 2010 unter der Überschrift »Migranten scheitern am Schulsystem«.<sup>208</sup>

Weil das nachprüfbar Tatsachen sind, hat man in anderen europäischen Ländern reagiert. In Italien etwa darf der Migrantenanteil in den Schulklassen seit Sommer 2010 30 Prozent nicht übersteigen.<sup>209</sup> Die Italiener haben erkannt, dass noch mehr Migranten in den Klassen dann alle Schüler mit in den Abgrund reißen. Völlig unbeeindruckt von solchen Erkenntnissen hält man in Deutschland jedoch den Kurs in der Politik bei und betrachtet jeden weiteren Migranten in einer Schulklasse als eine »Bereicherung«. Wie an der Bergkamener Pestalozzi-Grundschule. Dort sind in der ersten Schulklasse schon 97 Prozent der Schüler Migranten. Schulleiter Franz-Josef Welte sagt, er bedauere die Entwicklung, und fügt hinzu: »Wir können es ja nicht ändern.«<sup>210</sup> Über die Zustände in Bergkamen schrieb die der SPD gehörende WAZ-Gruppe unter der Überschrift »Wenn Stadtviertel fest in türkischer Hand sind«, viele Deutsche fühlten sich heute fremd in der eigenen Stadt. Da heißt es dann: »Radio Wendel, Schuhe Büscher, Metzger Bittner — alle weg. Der Uhrmacher und die alte Drogerie Martin auch. Und dort, wo das kleine Blumenlädchen Generationen von Bergleutefrauen mit Nelken und Tulpen versorgte, dreht sich heute Putenfleisch im Grill der Dönerschmiede. In bester Nachbarschaft zum türkischen Café, Handyshop und Gemüseladen. Doch das Gefühl, dass sich die Deutschen im Zentrum der ehemaligen Kohlestadt auf dem Rückzug befinden, macht sich am kleinen Eckladen am Ende der Einkaufsstraße fest. Im Schaufenster: Burkas, Schadore, bodenlange Mäntel und Kopftücher in Schwarz und Dunkelblau für die muslimische Frau. >Viele Deutsche empfinden diese Abgrenzung und Überlegenheit als unangenehm. Sie fühlen sich fremd in der eigenen Stadt. Das ist ein Dauerthema. Es gibt viele Beschwerden< berichtet der Sozialdezernent der Stadt, Bernd Wenske. Die Migranten haben in Bergkamen eine Stadt in der Stadt gebildet. Ganze Siedlungen direkt im Stadtzen-



trum sind fest in türkischer Hand. Nimmt man türkische Geschäfte, Arztpraxen, Reisebüros und Fahrschulen dazu, in denen Menschen türkischer Herkunft arbeiten, besteht an manchen Stellen überhaupt keine Notwendigkeit, Deutsch zu sprechen. Geschweige denn, zu lernen.«<sup>211</sup>

In Dortmund gibt es inzwischen Schulklassen, in denen es nicht ein deutsches Kind mehr gibt.<sup>212</sup> Auch an der katholischen St.-Franziskus-Schule in Mörsenbroich stellen Migranten in manchen Klassen schon jetzt die Mehrheit.<sup>213</sup> Seit der Pisa-Studie des Jahres 2003 ist hierzulande bekannt, dass Ausländerkinder in deutschen Schulen das Schulniveau drücken.<sup>214</sup> Und schon seit 1995 (Schwind-Studie) ist in Deutschland geläufig, dass die Gewaltbereitschaft: eines jeden Schülers proportional zu jedem weiteren Ausländer in seiner Klasse steigt: Je mehr Migranten in einer Schulklasse, umso gewaltbereiter werden demnach alle Schüler dieser Schulklasse. Seit 2005 spricht man in Österreich ganz offen über das Thema und ändert etwas, indem man den Migrantenanteil an Schulklassen möglichst gering hält.<sup>215</sup> Ganz anders in Deutschland - man hält weiter Kurs auf die Klippen: An 38 Berliner Schulen lag der Migrantenanteil im Jahre 2005 bei mehr als 80 Prozent, an neun Schulen sogar bei mehr als 90 Prozent.<sup>216</sup> Bremen ist seit Jahren Schlusslicht bei den Pisa-Studien, denn dort beträgt der Ausländeranteil in den Grundschulen bis zu 90 Prozent.<sup>217</sup> Man plant nun mit unseren Steuergeldern neue Förderkonzepte. Nein, nicht für aufgeschlossene ethnische deutsche Kinder, sondern nur für Migrantenkinder aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ.<sup>218</sup>

Da gibt es allerdings eine »positive« Nachricht. Die kommt aus Österreich und bietet die Lösung aller Probleme. Jüngste Studien belegen, dass es an österreichischen Schulen keine Probleme mehr mit Migranten gibt, wenn diese mehr als 80 Prozent in einer Schulklasse stellen. »Migranten beleben Klassen« heißt die Überschrift über einem entsprechenden Bericht aus dem Jahre 2011.<sup>219</sup> Im Klartext: Wenn die Deutschen und Österreicher erst einmal weitgehend ausgestorben sind, dann ist das Niveau in den multikulturellen Migranten-Schulklassen so weit abgesunken, dass alles ganz friedlich, tumb und harmonisch wird.

Man darf das alles nur nicht sagen. Volkmar Weiss, bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2008 Leiter der Deutschen Zentralstelle für Genealogie in Leipzig, forscht auf dem Gebiet des »Verfalls der nationalen Begabung«. Schuld am Sinkflug Deutschlands beim IQ, so Weiss, seien jetzt vor allem türkische Migranten. Denn deren Intelligenzquotient liege statistisch gesehen im Durchschnitt nur bei 85 (also wie bei den klügsten Roma). Schließlich kommen aus der Türkei (Länder-IQ 90) eben nicht die klügsten Köpfe zu uns, sondern jene, die in ihrer Heimat keine Perspektive haben. Und diese minderbegabte Unter-

schicht vermehrt sich dann bei uns. Zwischendurch sei nochmals hervorgehoben: Mit einem IQ von 85 müssen Schüler in Deutschland eigentlich zwingend auf die Förderschule (früher Sonder- oder Hilfsschule). Kinder türkischer Migranten müssten demnach ebenso wie Kinder von Afghanen (Länder-IQ 84), Libanesen (Länder-IQ 82), Saudis (Länder-IQ 84), Ägyptern (Länder-IQ 81), Marokkanern (Länder-IQ 84), Tunesiern (Länder-IQ 83) und Nigerianern (Länder-IQ 67) in Deutschland von vornherein darauf geprüft werden, ob sie nicht auf Schulen für Lernbehinderte müssen. Die Trefferquote wäre dann wohl gigantisch hoch. Aus Gründen der politischen Korrektheit belasten wir jedoch stattdessen durchschnittlich intelligente Schüler in den Klassen mit dieser »Bereicherung«.

### **Quoten für Menschen aus rückständigen Ländern**

Wo andere Länder danach streben, sich weiterzuentwickeln und Fortschritte zu erzielen, da senken wir seit Jahren schon überall unser Niveau. Wir solidarisieren uns mit Menschen aus niedrigeren IQ-Gebieten und befördern sie per Quote zu Führungskräften. Wir nennen das jetzt »Integration«. Die sozialdemokratische deutsche SPD setzte etwa im Mai 2011 eine Migrantenquote durch: In allen Landesverbänden und Führungsgremien sind für zugewanderte Mitbürger künftig (unabhängig von deren Qualifikation) mindestens 15 Prozent der Posten reserviert.<sup>220</sup> Es geht bei dieser Quote nicht um die Aufnahme von Menschen aus Hoch-IQ-Ländern wie Japan (Länder-IQ 105) oder Südkorea (Länder-IQ 106), sondern vor allem um Türken, weil diese nach SPD-Angaben den Großteil der Migranten in der Partei stellen. Im Klartext: Die SPD senkt in der Führungsspitze und in den Landesverbänden ihr Niveau ab. Das Absenken des Niveaus praktizieren wir jetzt auch im öffentlichen Dienst - es gibt Migrantenquoten. 20 Prozent der Beamten-, Lehrer- und Erzieherstellen sollen künftig mit Migranten besetzt werden.<sup>221</sup>

Im Bundesland Berlin müssen Migranten seit Dezember 2010 per Gesetz im öffentlichen Dienst vorrangig eingestellt und auch bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt werden.<sup>222</sup> Damit hat der Berliner Senat 2010 mit einer entsprechenden Verordnung vorsätzlich gegen das Grundgesetz verstoßen.<sup>223</sup> Die von SPD und der Partei Die Linke geführte Regierung betrachtet die Verwaltung nun offenkundig nicht mehr als Rückgrat dieses Staates, sondern als Beschäftigungseinrichtung für Zuwanderer, die nach Quoten aufgefüllt werden. In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat

und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.« Obwohl nach dem Grundgesetz somit die Benachteiligung oder Bevorzugung von Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe verboten ist, hat man 2010 im Berliner Senat ein Gesetz auf den Weg gebracht, nach dem Einwanderer künftig bei der Vergabe von Arbeitsplätzen gegenüber ethnischen Deutschen eindeutig bevorzugt werden sollen. Das neue Berliner Gesetz firmiert unter dem Namen »Integrationsgesetz«. Migranten sollen danach bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst und in alle landeseigenen Unternehmen (BSR, BVG usw.) vorrangig Arbeitsplätze bekommen. Die Bediensteten dieses Staates werden demzufolge künftig nicht mehr nach Leistung und Eignung ausgesucht, sondern nach ethnischer Herkunft. Eine Berliner Zeitung berichtete darüber unter der Überschrift »Der Senat will Einwanderer bevorzugen«.<sup>224</sup>

Doch selbst wenn man sie mit offenen Armen und noch offeneren Geldbeuteln fördert, kommt am Ende nichts Brauchbares dabei heraus. Nachfolgend ein Erfahrungsbericht der Berliner Feuerwehr aus dem Jahre 2010: »Die Berliner Feuerwehr hat gerade mit gewaltigem Aufwand versucht, gemeinsam mit der Handwerkskammer Auszubildende zu rekrutieren. Ausdrücklich waren Migranten aufgefordert, sich dem Aufnahmetest zu stellen. Es lockte außerdem eine garantierte Lehre in einem Handwerk. Natürlich waren unter den 400 Bewerbern viele, die sich überschätzten. Doch fast 60 Prozent scheiterten schon an einem simplen Sprach- und Lesetest. Sie sollten zum Beispiel in einen Satz über die Länge des Halses einer Giraffe die richtige Maßeinheit (Zentimeter, Meter oder Kilometer) einfügen. (...) Elf Bewerber bestanden schließlich alle Tests, fast alle Abiturienten, doch kein einziger Migrant.«<sup>225</sup>

Auch bei der Polizei wurden die Einstellungsvoraussetzungen für Bewerber abgesenkt. Das hat schon jetzt ungeahnte Folgen. Polizisten fallen immer öfter dadurch auf, dass sie Verkehrsschilder nicht kennen, ein Beispiel: In Wernigerode/Harz hat die Polizei im Juli 2011 ein Verkehrsschild beschlagnahmt, weil die Polizisten dessen Bedeutung nicht kannten. Die Polizisten hielten die Hinweistafel mit der offiziellen Kennnummer 357-50 (sie symbolisiert eine für Fußgänger und Radfahrer durchlässige Sackgasse) für erfunden und professionell gefälscht, schraubten sie ab und ermittelten unter Hochdruck gegen unbekannt.<sup>226</sup>

In Baden-Württemberg müssen Polizeibewerber seit August 2011 nicht einmal mehr die deutsche Sprache beherrschen.<sup>227</sup> Die perfekte Beherrschung der türkischen Sprache ist für Türkischstämmige aus Sicht der Polizei jetzt wichtiger.<sup>228</sup> Wenn Sie also in Baden-Württemberg ein Polizist mit den Worten

anspricht »(Cabuk bir ambulans cagirin!«, dann sollten Sie ganz schnell einen Krankenwagen rufen. Und antworten Sie dann auf türkisch »Anladim« (Ich habe verstanden), damit der türkischstämmige Polizist auch weiß, dass Sie begriffen haben, was er von Ihnen wollte.

Im nächsten Schritt ergeht es unseren Kindern, die zur Polizei wollen, dann wie in Großbritannien: Seit 2011 dürfen die Kinder von weißen ethnischen Briten weder bei der *Metropolitan Police* noch bei der britischen Regierung ein bezahltes Praktikum absolvieren. Die Praktikantenstellen sind ausdrücklich nicht mehr für weiße Jugendliche vorgesehen. Damit soll die angebliche »Diskriminierung« von Migranten abgebaut werden. Was ethnische britische Jugendliche darüber denken, das interessiert niemanden.

Vielleicht bekommen wir bei der deutschen Polizei ja bald schon amerikanische Verhältnisse: Bei der US-Polizei können seit der Obama-Regierung Bewerbungen wegen zu hoher Intelligenz abgelehnt werden. Ein Distriktgericht in New Haven bestätigte diesen Grundsatz und hob 2011 gegenüber dem unterlegenen Kläger Robert Jordan hervor, dass es sich nicht um eine Form der Diskriminierung handele, wenn Bewerber mit hohem IQ abgelehnt würden.<sup>229</sup> Die Richter bestätigten nach Angaben der *New York Times*, dass jeder überdurchschnittlich intelligente Bewerber im Polizeiberuf abgelehnt werden könne. Vor diesem Hintergrund werden vor allem weiße Amerikaner in den Vereinigten Staaten nun systematisch bei der Polizei diskriminiert — Richterurteil hin oder her. Diese Diskriminierung soll die »ethnische Vielfalt« fördern. Mit einer anderen Begründung findet man das auch immer häufiger im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Wie selbstverständlich hat die Berliner Polizei erst unlängst wieder hundert Stellen ausgeschrieben, bei denen ethnische Deutsche keine Chancen haben. Und in Berlin müssen Migranten, die zur Polizei wollen, im Gegensatz zu ethnischen Deutschen keine Diktate mehr schreiben. Weil Migranten in Berlin bei der Polizei oftmals an den hohen Hürden bei den Einstellungstests scheiterten, wurden die Hürden für sie einfach gesenkt.<sup>230</sup>

Wie wir noch sehen werden, nutzen solche per Quote beförderten Migranten ihre Potenziale sofort dafür, um ihre Mitbürger — Zuwanderer aus Ländern mit niedrigerem IQ — beispielsweise gegenüber ethnischen Deutschen zu bevorzugen. Wir werden einen türkischstämmigen Regierungsbeamten in Süddeutschland kennenlernen, der in einem Zeitungsinterview ganz offen sagte, er werde künftig dafür sorgen, dass 80 Prozent aller türkischen Kinder in Deutschland automatisch das Abitur bekämen - als Ausgleich dafür, dass ihre Eltern von Deutschen »ausgebeutet« worden seien.

## Jeder zweite Türke ohne Berufsabschluss

Die Absenkung des Niveaus auf allen Ebenen hat gravierende Folgen für uns: Deutschland spürt jetzt den Fahrstuhleffekt der Niedrig-IQ-Migration und rauscht nach unten. Trotz aller Förderungen weisen türkische Familien in Deutschland nun einmal ein rückläufiges Haushaltseinkommen auf.<sup>231</sup> Auch das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland sinkt. Und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* macht uns darauf aufmerksam, dass trotzdem immer noch mehr Migranten ohne Schulabschluss nach Deutschland strömen. Die FAZ schreibt über die einheimische deutsche Bevölkerung: »So beträgt beispielsweise der Anteil von Personen ohne Schulabschluss bei der männlichen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 1,4 Prozent und 1,3 Prozent bei der weiblichen.« Ganz anders sieht es aber bei Türken in Deutschland aus, schreibt die FAZ doch: «... fallen türkische Migranten durch extrem ungünstige Werte auf (...) Von den Männern haben 17,4 Prozent und von den Frauen 25,9 Prozent keinen Schulabschluss.« Noch verheerender ist es bei der Berufsausbildung: Rund 50 Prozent der in Deutschland lebenden türkischen Männer und rund 60 Prozent der Frauen besitzen keinen Berufsabschluss.<sup>232</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtet weiter, dass »die Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern, insbesondere aus der Türkei, das durchschnittliche Bildungsniveau Deutschlands verringert.«<sup>233</sup> Deutschland wird also durch Migration aus Ländern mit niedrigem Länder-IQ wie der Türkei garantiert beständig dümmer. Und wir finden das inzwischen völlig normal und selbstverständlich.

Politiker behaupten gern, diese Migrantengruppen schafften oder sicherten Arbeitsplätze. Doch das ist eine politisch korrekte Lüge, die FAZ schreibt dazu: »Häufig wird argumentiert, dass von Migranten viele Arbeitsplätze geschaffen würden, weil ihre Selbständigenquote (Anteil der Selbständigen an den Erwerbspersonen) überdurchschnittlich hoch sei. Diese Vorstellung ist falsch: Die Selbständigenquote der Migranten ist niedriger. Nur 8,1 Prozent der Migranten sind selbstständig, aber 10,4 Prozent der Nicht-Migranten. Entgegen einer ständig wiederholten Behauptung ist auch die Selbständigenquote der türkischen Migranten nicht größer, sondern niedriger als die der Nicht-Migranten.«<sup>234</sup>

Die Folgen beschreibt das Zentrum für Europäische Politische Studien (*Centre for European Policy Studies* — CEPS). Es ist eine der großen Denkfabriken der Europäischen Union und wird finanziell von der EU-Kommission unterstützt. Eine 2010 in Brüssel veröffentlichte Studie dürfte vor allem den Deutschen kaum gefallen: Polen (Länder-IQ 99) wird danach schon in spätestens 20 Jahren wirtschaftlich deutlich besser dastehen als Deutschland.<sup>235</sup> Die

dann lebenden Deutschen werden ärmer sein als die Polen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik sei »alt, satt und behäbig geworden«<sup>236</sup>. Die Deutschen seien selbst in der schweren Wirtschaftskrise nicht gezwungen gewesen, radikal umzudenken. Wegen der sozialen Versorgungsmentalität der deutschen »Eliten«, die anstelle von Leistung Trägheit und Nichtstun belohnten, sei Deutschland auf dem Wege, ein Land der Hilfsarbeiter zu werden.<sup>237</sup> Die wirtschaftliche und geistige Entwicklung gehe dagegen in Ländern wie Polen deutlich schneller voran.<sup>238</sup> Polen hat keine Massenzuwanderung von Menschen aus Niedrig-IQ-Regionen. Verknüpft man die Akademikerquote mit den Ergebnissen der Pisa-Studie, dann liegt Warschau schon jetzt vor Berlin.

Wer das alles für Panikmache hält, der sei an die noch viel verheerendere Aussage der OECD erinnert. Die OECD ist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sitz in Paris. Sie warnte die Deutschen schon 2007 in deutlichen Worten: Deutschland verblödet.<sup>239</sup> Die Bundesregierung beschloss daraufhin eine »Nationale Qualifizierungsoffensive« — und holte noch mehr minderbegabte Migranten ins Land.

### **Wir passen uns der Dummheit an**

Früher verzeichneten wir in Deutschland und Österreich den Störfall Intelligenz. Wir benötigten immer mehr Einrichtungen für Hochbegabte. Heute existiert dank Migration der Störfall Dummheit. Die Schnell-Lerner-Klassen für Begabte bleiben in Deutschland heutzutage leer.<sup>240</sup> Vor wenigen Jahren noch definierten wir Hochbegabte als Menschen mit einem IQ von mindestens 129. Weil wir jedoch immer weniger davon haben, senkten wir bei den meisten IQ-Tests heimlich, still und leise den Wert für Hochbegabung von 129 auf jetzt 124. Nur zwei bis drei Prozent einer Bevölkerung gelten als hochbegabt. In Österreich und Deutschland erkennt man sie heute leicht: Es sind Menschen, die ganz offen darüber sprechen, auswandern zu wollen. Rund 160 000 Deutsche handeln und ziehen einfach fort. In einem Bericht dazu heißt es: »Je erfolgreicher junge Akademiker ihr Studium absolvieren, desto fester planen sie, die Bundesrepublik zu verlassen.«<sup>241</sup>

Welche Folgen solch eine Auswanderungsbewegung hat, das konnte man im Jahre 2002 nach dem Staatsbankrott in Argentinien sehen: Weil Akademiker - also die Intelligenz des Landes — keine Zukunftsperspektive mehr hatten, wanderten 40 Prozent von ihnen aus.<sup>242</sup> Sie fehlten anschließend beim Wiederaufbau des Landes. Argentinien hat sich bis heute nicht von diesem Verlust an Intelligenz erholt.

Man kann nach dem Lesen der nachfolgenden Kapitel entweder ebenfalls abwandern oder sich mit der neuen Realität abfinden. Nur leugnen kann man diese Entwicklung nicht mehr. Sie spiegelt sich auch in unseren Parlamenten wider. Früher waren jene, denen wir die Zukunft unseres Landes anvertrauten, gebildete Menschen mit einem hohem Intelligenzquotienten. Seit vielen Jahren schon findet sich in der Liste der von der Studienstiftung des Deutschen Volkes geförderten Hochbegabten allerdings kein späterer Politiker mehr. Schlimmer noch: Die Politiker suggerieren uns heute hohe Begabung, indem sie reihenweise mit krimineller Energie fremde Doktorarbeiten kluger Menschen als eigene Arbeiten präsentieren. Es sind Hochstapler, die ihre eigene Unfähigkeit zu kaschieren suchen.

In Deutschland ist der Länder-IQ von 102 im Jahre 2002 auf 99 im Jahre 2006 zurückgefallen.<sup>243</sup> Das alles kann man nur mit der gewaltigen Zuwanderung aus Niedrig-IQ-Regionen erklären. Gegenwärtig dürfte der realistische Länder-IQ von Deutschland nur noch bei 95 oder 96 liegen. Das ist ein Verlust von mindestens sechs Punkten in kaum mehr als zwei Wahlperioden. Wie wir sehen werden, spiegelt sich die Entwicklung auch bei den Pisa-Studien wider: Deutsche Schüler werden dümmer. Besonders drastisch ist das bei jenen zu sehen, die einen türkischen Migrationshintergrund haben. Deutschland verblödet dank Migration. Auch in Österreich, das (derzeit noch) weniger Migrationsdruck als Deutschland hat, ist der Länder-IQ zwischen 2002 und 2006 durch den Zustrom von Mitbürgern aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ um zwei Punkte von 102 auf 100 gefallen. Mit der Aufnahme immer neuer Niedrig-IQ-Gruppen folgt auch Österreich der deutschen Entwicklung.

Und wie reagieren wir? Wir passen die Anforderungen an das gesunkene Niveau der Schüler an. Um die ständig wachsende Zahl minderbegabter Schüler noch bewältigen zu können, fusionierte man etwa in Berlin 2010 alle Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur neuen Schulform »Integrierte Sekundärschule« (ISS). Alle anderen Bundesländer wollen diesem Beispiel nahekommen. Die Folge derartiger Anpassungen nach unten beschrieb eine Zeitung 2011: »Mit der Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen habe man eigentlich Gutes gewollt. De facto führe das unterschiedliche Wissensniveau der Schüler zu einer Senkung des Lerntempos. (...) Die schwierigsten Schüler, so ist die einhellige Meinung im Kollegium, sind die mit türkischem und besonders die mit arabischem Hintergrund. (...) Generell gibt es eine starke Tendenz, auszugrenzen. Die Migranten identifizieren sich eher mit ihren Herkunftsländern. Die Araber kämpfen gegen die Türken. Und beide gegen die Deutschen. (...) Ohne einen Hauptschulabschluss bleibt den Jugendlichen nichts weiter, als auf Sozialleistungen zu vertrauen.«

Mitte der 1950er-Jahre hatte man in Deutschland die Aufnahmeprüfungen für Realschulen und Gymnasien abgeschafft. Begründung: Sie seien »diskriminierend«. 1968 wurden dann auch die Volksschulen abgeschafft, weil es angeblich ebenso »diskriminierend« war, dass es eine Schule für das Volk gab. Volksschulen waren mit der Schulpflicht eingeführt worden und unterrichteten die Mindestbildung, die jeder Bürger im Volk haben sollte. Aus der Oberstufe der Volksschule wurde dann die Hauptschule. Auch sie gilt inzwischen in allen Bundesländern als »diskriminierend«. Die Hauptschulen werden nun bundesweit abgeschafft und mit den Realschulen zusammengelegt.<sup>244</sup> Als Erstes bekommen die Schüler ein neues Schulfach: »Schwul«. Sie haben richtig gelesen. Nichts ist heute so wichtig wie das neue Schulfach »Schwul«, das im Juni 2011 in Berlin vorgestellt wurde.<sup>245</sup> Künftig soll damit sichergestellt werden (so der Unterrichtsinhalt des neuen Fachs), dass jegliche Form von Diskriminierung verhindert wird. Alle sind gleich. Irgendwann werden auch Gymnasien als »diskriminierend« angesehen werden, weil ja alle gleich sind. Auch das ist bei der fortschreitenden Diktatur des Mittelmaßes nur noch eine Frage der Zeit. Man kann diese Entwicklung bereits in einigen Bundesländern erkennen. In Schleswig-Holstein fielen 2011 mehr als die Hälfte der Schüler an Gymnasien im Abitur durch. Sofort fand man eine Lösung: Das Ministerium hob die Noten einfach an, damit weitere 20 Prozent der Schüler das Abitur bestehen konnten.<sup>246</sup> Nicht anders war es im gleichen Jahr in Bayern. Auch da wird jetzt das Abitur geschönt, damit man politisch korrekt viele angeblich kluge Abiturienten vorweisen kann.<sup>247</sup> Irgendwann werden Abitur und Dokortitel in Deutschland nicht mehr nach Leistung vergeben, sondern nach Bedarf zugeteilt — natürlich streng orientiert an den Quoten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Ein Lehrer schrieb 2011 in einem Leserbrief an eine Zeitung, wie weit es schon gekommen sei im einstigen Land der Dichter und Denker: »Man kann in Deutschland ohne Probleme ein Abitur mit rechnerisch gutem Schnitt hinlegen, ohne akademisch relevant lesen und schreiben oder gar rechnen zu können.«<sup>248</sup>

In Nordrhein-Westfalen sollen Schulformen zusammengelegt werden, das Ergebnis heißt dann »Sekundärschule«.<sup>249</sup> Alle Schüler sind schließlich irgendwie gleich, egal ob minder- oder hochbegabt. Und das Gymnasium ist aus der Sicht von linken Gutmenschen angeblich nur noch dazu da, um den vielen hochintelligenten Migrantenkindern den Weg zum Abitur zu verstellen, damit diese den Beamten- und Akademikerkindern nicht die Studienplätze streitig machen.<sup>250</sup> Als Nächstes sind dann die Universitäten an der Reihe. Die mussten die Bevorzugung von Hochbegabten ja bereits 2007 abschaffen.<sup>251</sup> Jedes Land der Welt fördert und bevorzugt Hochbegabte an seinen Universitäten und



kämpft um diese. Nicht mehr so in Deutschland: Im Jahre 2008 entschied das Verwaltungsgericht Freiburg, es sei unzulässig, Hochbegabten mit einem Intelligenzquotienten von mehr als 130 die Studiengebühren zu erlassen. Das sei »diskriminierend« gegenüber Studenten mit geringerem IQ. Auch dürfen seither Hochbegabte, die von Begabtenstiftungen ermittelt und gefördert wurden, an unseren Universitäten nicht mehr bevorzugt werden. Zudem sollen Stipendien auch nicht mehr an Studenten, die überdurchschnittliche Leistungen erbringen, vergeben werden. Wir sind doch schließlich alle gleich (doof)-

Zur Erinnerung: Die Kommunisten in der DDR hatten intelligenten Studentinnen, die ein Kind bekamen, neben Sonderstipendien und dem besten Wohnraum auch 300 Mark Kindergeld gegeben, während Arbeiterkinder nur 20 Mark Kindergeld erhielten.<sup>252</sup> Die DDR anerkannte seit den 1970er-Jahren, dass es ein unterschiedlich hohes Intelligenzniveau der einzelnen Bevölkerungsschichten gab, und förderte daher gezielt die Geburtenrate in den Schichten mit einem hohen IQ. Wir finden das alles heute natürlich »diskriminierend«.

Die Wahrheit lautet: Die deutschen Hauptschulen weisen im Jahre 2011 ein Niveau auf, wie es vor zwei Jahrzehnten die Sonderschulen hatten. Das deutsche Abitur entspricht heute dem Niveau des früheren Realschulabschlusses. So ist es denn kein Wunder, dass wir, wie niemals zuvor in der Geschichte des Landes, eine Abiturientenschwemme haben — und trotz dieser fehlen uns in Massen jene Studienabsolventen, die unabdingbar eine hohe Intelligenz für ihre Ausbildung benötigen: Ingenieure, Mathematiker und Ärzte.

## **Mit der Intelligenz schwindet unsere Demokratie**

Alle Menschen sind gleich. Das steht so in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Das Problem: Nicht alle Menschen sind aber gleich intelligent. Und sie nennen auch nicht die gleichen Wertesysteme ihr Eigen. Es existieren auf dem Gebiet der Intelligenz ebenso große Unterschiede zwischen Menschengruppen wie bei ihren Wertesystemen. Man kann trefflich über die Gründe dafür streiten, aber es gibt diese Unterschiede nun einmal.

Wir können diese Tatsache zunächst auf dem Gebiet der Pisa-Studien erkennen. Länder wie Belgien (Länder-IQ 99), Neuseeland (Länder-IQ 99) und Australien (Länder-IQ 98) erreichen dabei den statistischen Mittelwert von 100. Südkorea (Länder-IQ 106) und Japan (Länder-IQ 105) erzielen den Pisa-Wert 103, und Bulgarien (Länder-IQ 93) sowie die Türkei (Länder-IQ 90) kommen demnach nur auf 85 Punkte des Normalwertes. Man kann zudem an

extrem reichen Ländern wie Saudi-Arabien (Länder-IQ 84) oder Kuwait (Länder-IQ 86), wo das Durchschnittseinkommen der Bürger weit über dem westlicher Nationen liegt, verdeutlichen, dass Intelligenz nichts mit dem Einkommen der Eltern zu tun hat. Die Saudis können noch so viele Milliarden in Universitäten stecken, sie produzieren damit ganz sicher keine Nobelpreisträger. Es gibt eben Länder, in denen relativ wenige Menschen einen hohen Intelligenzquotienten haben und in denen Bildung einen Wert darstellt. Es gibt aber auch Länder, in denen genau das Gegenteil der Fall ist.

Wie wir gesehen haben, gibt es überall dort, wo wir Länder mit hohem Einkommen *und* Bildungshunger vorfinden, auch durchweg einen hohen Länder-IQ. Schaut man sich die Nationen mit einem niedrigen Länder-IQ genauer an, dann findet sich nicht eine Demokratie unter ihnen. Beginnen wir mit unseren Betrachtungen am unteren Ende der Länderliste, dann sind dort Äquatorial-Guinea (Länder-IQ 59), Sierra Leone, Gabun, Kongo und die Zentralafrikanische Republik (alle Länder-IQ 64), Zimbabwe, Gambia und Senegal (alle Länder-IQ 66), Liberia, Lesotho sowie Haiti (alle Länder-IQ 67) ausgewiesen. Man kann diese Auflistung beliebig fortsetzen. Die große Zahl der Demokratien verfügt über einen Länder-IQ von mehr als 90. Alle Staaten zwischen dem Länder-IQ 87 und 92 sind wackelige Demokratien, wie etwa Indonesien (Länder-IQ 87), Albanien (Länder-IQ 90) oder Malaysia (Länder-IQ 92), die bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten schnell wieder Gefahr laufen, sich in eine Diktatur zu verwandeln. Das gilt auch für Griechenland (Länder-IQ 92). Selbst EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso warnt ja seit 2010 öffentlich davor, dass in Griechenland ein Funke genügt, um das Land wieder in eine Militärdiktatur mutieren zu lassen.<sup>253</sup>

Wir erkennen also einen klaren Zusammenhang zwischen Länder-IQ, Wissensdurst und Demokratie: Je höher Länder-IQ und Bildungshunger sind, desto stärker ist offenbar auch der Wille zur Demokratie. Hinzu kommt: Je religiöser Völker sind, umso niedriger ist ihr IQ. Der dänische Wissenschaftler Helmuth Nyborg hat darauf 2008 zuerst hingewiesen.<sup>254</sup> Eine große Zahl von Menschen, die in einem Land nach den Idealen von Naturreligionen lebt, totalitären Religionen wie dem Islam anhängt oder dem Weg von fundamentalistischen Christen oder Juden folgt, bedeutet demnach eine schwere Bürde und ist hinderlich bei der Ausbreitung von Demokratie. Das belegen auch die Studien von John Anderson.<sup>255</sup>

Sie können gern einmal die Probe aufs Exempel machen: Suchen Sie eine Handvoll Demokratien unter jenen Ländern, deren Einwohner einen statistischen IQ von weniger als 90 haben. Sie werden diese nicht finden. Vielleicht werden Sie bei Ihrer Recherche stattdessen auf ein Internetforum des pakistanischen

schen Verteidigungsministeriums stoßen. Dort beklagen sich pakistanische Muslime darüber, dass ihre Nation nur einen durchschnittlichen IQ von 80 aufzuweisen hat. Und Sie fragen sich, wie man mit einem derart geringen Intelligenzquotienten von Muslimen das angestrebte künftige islamische Weltreich («Kalifat») aufbauen solle. Die Lösung, die dort vorgeschlagen wird, sollte uns vielleicht nachdenklich werden lassen: »Einfach« Millionen »Ungläubige« aus Ländern mit hohem IQ zum Islam bekehren — und schon steigt der durchschnittliche Intelligenzquotient von Muslimen.<sup>256</sup> (Aus der Sicht der »Ungläubigen« kann man das Ganze allerdings auch umgekehrt sehen.)

Nach allen vorliegenden Studien verursacht Religion keine Dummheit (obwohl viele Atheisten die Studien gern so deuten). Vielmehr ist es so: Wer in einem sehr religiös geprägten Land lebt, der hat große »Chancen«, sein ganzes Leben dumm zu bleiben, weil ihm die engen Strukturen der von der Religion geprägten Umgebung viele Informationen vorenthalten. Wenn wir die so geprägten Menschen mit ihren unterentwickelten Vorstellungen von Politik und Religion in Massen zu uns importieren, dann schwächen wir damit auch unsere Demokratie. Die Zuwanderung von vielen Muslimen und der Bau von Moscheen sind Gift für unsere westlichen Demokratien. Erstere können nicht mit einem Schnellkurs aus ihrer Umgebung in unser Wertesystem integriert werden — ein solcher Vorgang dauert normalerweise Jahrzehnte (wenn er denn überhaupt gelingt) und scheitert oft selbst noch in der zweiten und dritten Migrantengeneration, wie man beispielsweise an den Türken in Europa gut erkennen kann.

## **Die Zukunft wird unfriedlich**

Nach Angaben von Intelligenzforschern verfügt Österreichs Bevölkerung über einen Anteil von 33 Prozent, der als besonders klug gilt und einen IQ von mehr als 105,6 aufweist. In Deutschland sind es 31 Prozent, in den USA 28 Prozent, in Griechenland 20 Prozent und in der Türkei gerade einmal noch zehn Prozent, die als besonders klug eingestuft werden.<sup>257</sup> Aber Halt: In Finnland sind sogar 41 Prozent der Menschen hochintelligent, und sie verfügen über einen IQ von mindestens 105,6. Auch Deutsche und Österreicher, Briten und Niederländer konnten vor einigen Jahrzehnten noch mehr als 40 Prozent Einwohner ausweisen, die im Weltvergleich als extrem intelligent galten. Doch die Migration aus rückständigen Staaten, die Masseneinwanderung von Menschen aus Regionen mit einem statistisch gesehen eher niedrigen IQ haben den durchschnittlichen Intelligenzquotienten im Laufe der Jahre bestän-

dig gesenkt. Man kann das alles noch weitaus präziser differenzieren: anhand der Pisa-Studien wie auch mit den Ergebnissen der Intelligenzforschung. Es ist kein Geheimnis, dass das Bundesland Bremen in Deutschland bei allen Pisa-Studien das Schlusslicht bildet. Unabhängig von den Pisa-Studien spiegelt sich das Ergebnis auch bei der Intelligenzforschung wider: Bremen trägt die rote Laterne beim durchschnittlichen IQ der Einwohner hierzulande. Sofern man die 16 deutschen Bundesländer in eine Rangtabelle einordnet, zusammen mit den 28 OECD-Staaten, von denen Daten der Pisa-Untersuchungen vorliegen, dann steht Bayern (IQ 102) international gesehen an fünfter Stelle, das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands, Nordrhein-Westfalen (IQ 94), an 35. und der Stadtstaat Bremen (IQ 92) an 39. Stelle unter insgesamt 44 Staaten und Bundesländern.<sup>258</sup> Der IQ-Mittelwert Bayerns liegt um zehn Prozentpunkte über dem des Stadtstaats Bremen.<sup>259</sup> Vergleicht man die Prozentzahlen des Ausländeranteils der vorgenannten Bundesländer mit denen des durchschnittlichen IQs, dann erhält man die gleiche Reihenfolge: Bayern hat den geringsten Migrantenanteil, NRW einen höheren und Bremen mit Abstand den höchsten. Das legt erneut die Vermutung nahe, dass Zuwanderung aus bestimmten Ländern eben auch den durchschnittlichen IQ beeinflusst. Und es würde erklären, warum die Einwohner von Finnland (ein Land mit extrem geringem Migrantenanteil) weiterhin statistisch gesehen einen extrem hohen Intelligenzquotienten vorzuweisen haben.

Der dänische Wissenschaftler Professor Helmuth Nyborg hat 2011 unter dem Titel *Der Niedergang der westlichen Zivilisation* eine Studie veröffentlicht, die diese Fragen genauer analysiert.<sup>260</sup> Der Intelligenzforscher der Universität Aarhus bescheinigt Migranten aus nicht westlichen Staaten nicht nur einen häufig extrem niedrigen IQ (je nach Herkunftsland liegt dieser zwischen 70 und 85, also aus deutscher Sicht auf Sonderschulniveau). Professor Nyborg wirft zusätzlich einen Blick auf die Zukunft Dänemarks und analysiert, welche Folgen die Einwanderung solcher Menschengruppen in den nächsten Jahrzehnten haben werden. Weil ethnische Dänen mit höherem IQ aufgrund der hohen Geburtenrate von Migranten aus rückständigen Ländern (mit extrem niedrigem IQ) in den kommenden Jahrzehnten zu einer ethnischen Minderheit in der eigenen Heimat mutieren dürften, werde der Durchschnitts-IQ in Dänemark so weit sinken, dass die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes ebenso zerstört werde wie die Demokratie.<sup>261</sup> Professor Nyborg prognostiziert diese Entwicklung für alle europäischen Völker und Demokratien, weil die nicht westlichen Migranten nur in autoritären, streng hierarchischen Führerstaaten mit einer dogmatischen Religion zusammengehalten werden könnten. Dänemark (wie auch alle anderen europäischen Staaten) werde sich in wenigen

Jahren oder Jahrzehnten demnach unabwendbar zu einem unfriedlichen Staatsgebilde entwickeln - zu einem Land, das auf allen Ebenen ein Spiegelbild der Herkunftsländer der nicht westlichen Migranten sein werde.

### **Analphabeten: Wir importieren Sozialhilfeempfänger**

Was bedeutet das eben Geschriebene für unsere Zukunft in Ländern wie Deutschland oder Österreich? Nach Angaben des Intelligenzforschers Richard Lynn besitzen beispielsweise Libanesen einen durchschnittlichen IQ von 83 bis 86 (je nach Jahr der Erhebung und statistischer Grundlage).<sup>262</sup> Länder wie Deutschland haben Libanesen mit geringem IQ bereitwillig aufgenommen. Die Folge: Mehr als 90 Prozent der hierzulande lebenden Libanesen bestreiten ihre Existenz heute von Hartz IV.<sup>263</sup> Das sind offizielle Zahlen aus dem Jahre 2010. Iraker weisen einen IQ von nur 87 auf - 65 Prozent von ihnen leben in Deutschland von Hartz IV. Afghanen haben einen IQ von 83 - und sind zu 53 Prozent auf Hartz IV angewiesen. Pakistaner weisen einen IQ von 81 auf— 48 Prozent leben auf Basis von Hartz IV. Man kann die Liste für Syrer, Iraner, Algerier und Marokkaner bis hin zu Nigerianern (Länder-IQ von nur 67)<sup>264</sup> fortsetzen: Die zu uns strömenden Menschen aus Ländern mit anderen Wertesystemen und durchschnittlich niedrigem bis extrem niedrigem IQ sind dauerhaft eine finanzielle Belastung für unsere Sozialversicherungen, weil zwischen einem Drittel und 90 Prozent von ihnen von Sozialhilfe leben.<sup>265</sup> Und viele der vorgenannten Niedrig-IQ-Gruppen, die nicht von staatlichen Transferleistungen leben, finanzieren sich überwiegend durch Schwerstkriminalität. Ein Beispiel: In Bremen ist die aus mehr als 2600 Personen bestehende libanesische Großfamilie Miri ansässig, die unzweifelhaft aus einem Kulturkreis mit statistisch gesehen extrem unterdurchschnittlicher Intelligenz stammt. Diese Großfamilie Miri kassiert rund 6,9 Millionen Euro Sozialleistungen pro Jahr vom Staat (nicht mitgerechnet sind Wohngeld, Heizungszuschuss, Bekleidungs-zuschuss, Kosten für Anwälte, Dolmetscher etc.). Sie erzielt zusätzlich nach Angaben der Polizeibehörden durch Schwerstkriminalität wie Rauschgifthandel einen Jahresumsatz von rund 50 Millionen Euro - den natürlich steuer- und abgabenfrei. Die Aussage einer angeblichen »Bereicherung« durch Migration aus Ländern wie dem Libanon führt sich in Stadtstaaten wie Bremen selbst ad absurdum.

Man kann es auch wissenschaftlich formulieren, wie es zuletzt Richard E. Dickerson an der *University of California* 2005 mit der Studie *Exponential*

*correlation of IQ and the wealth of nations* getan hat.<sup>266</sup> Dickerson untersuchte den Zusammenhang von Wohlstand einer Bevölkerung in einem Land und von deren IQ. Das Ergebnis: Wenn man den Durchschnitts-IQ einer Bevölkerung etwa durch intelligente Zuwanderung um zehn Prozentpunkte steigern kann, dann bedeutet das im Endeffekt eine dauerhafte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 20 Prozent — und zwar ohne auch nur einen Cent zu investieren! Länder wie Deutschland und Österreich gehen den umgekehrten Weg. Sie unternehmen alles, um den Durchschnitts-IQ und damit auch den Wohlstand der einheimischen Bevölkerung dauerhaft immer weiter zu senken. Der eingeschlagene Weg ist allerdings jetzt nicht mehr umkehrbar.

Ergo: Wir haben unseren eigenen Niedergang importiert. Viele Gutmenschen gehen wie selbstverständlich davon aus, dass unsere zugewanderten Mitbürger die grundlegenden Kulturtechniken beherrschen. Weit gefehlt! Denn immer mehr der neu eintreffenden Migranten können auch als Erwachsene nicht lesen und schreiben. Schaut man sich etwa die Herkunftsländer der Asylbewerber an, dann finden wir dort beispielsweise den Irak, Afghanistan und Somalia auf den vorderen Plätzen.<sup>267</sup> Weit mehr als 80 Prozent der Erwachsenen in Somalia sind Analphabeten.<sup>268</sup> Kommen sie nach Deutschland, fallen nicht nur sie, sondern auch ihre Kinder sofort als Analphabeten auf. Allein in der Grundschule in Dachau saßen 2011 in einer Klasse fünf somalische Kinder, die Analphabeten waren und nicht einmal den Bleistift halten konnten, weil sie unsere Kulturtechniken nicht kannten. Ein Alphabetisierungskurs hätte pro Kind 10 000 Euro gekostet, also allein für diese somalischen Kinder an der Dachauer Grundschule 50 000 Euro.<sup>269</sup> In Dachau fand sich niemand, der das bezahlen konnte oder wollte. Die Stadtverwaltung meinte, dafür sei der Staat zuständig. Und Politiker erklärten, wenn man einmal für die Alphabetisierung von fünf somalischen Kindern Geld ausbebe, dann kämen morgen die nächsten 25 — das sei ein Fass ohne Boden.<sup>270</sup> Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass diese ablehnende Haltung von jenen Politikern vertreten wurde, die die Eltern dieser Kinder ins Land ließen.

Es sind nicht nur Massen von Analphabeten aus Somalia, die eine tickende Zeitbombe für uns darstellen. In Afghanistan können 90 Prozent der Frauen und die Hälfte der Männer nicht lesen und schreiben.<sup>271</sup> Selbst die Mehrheit der von Deutschland in Afghanistan ausgebildeten Polizisten sind Analphabeten.<sup>272</sup> Dennoch begrüßen wir solche Somalier und Afghanen im deutschsprachigen Raum mit unserer »Willkommenskultur« als kulturelle »Bereicherung«. Auch in anderen Ländern gilt das eben Gesagte: In Marokko kann jeder zweite Erwachsene nicht lesen und schreiben. Auch im Irak nimmt die Zahl der

Analphabeten seit dem Sturz Saddam Husseins wieder rasant zu: Jeder fünfte Iraker ist Analphabet.<sup>273</sup> 60 Prozent der irakischen Kinder werden heute nicht mehr eingeschult<sup>274</sup> — aus ihnen wird eine neue Generation von Analphabeten entstehen, die schon jetzt mit ihren Eltern an unsere Türen klopft. Und wie haben unsere Medien gejubelt, als 2011 die Ägypter ihren Diktator Mubarak stürzten. Unsere Medien behaupteten innerhalb eines jeden ihrer Berichte, die Ägypter seien ein hochintelligentes Volk, das gut ausgebildet sei. Die Wahrheit: Ägypten weist einen Länder-IQ von 81 aus, 45 Prozent der Einwohner sind Analphabeten.<sup>275</sup> Und wohin zog es die ägyptischen Flüchtlingsmassentrevks nach dem Sturz Mubaraks? Natürlich in Länder wie Deutschland.

Nach einer Studie der Universität Hamburg aus dem Jahre 2011 leben derzeit schon 7,5 Millionen Analphabeten in Deutschland. Das sind neun Prozent der Einwohner dieses Landes! Mehr als 3,1 Millionen dieser 7,5 Millionen Analphabeten sind Migranten.<sup>276</sup> Wenn ein Alphabetisierungskurs - wie wir weiter oben gesehen haben — etwa 10 000 Euro pro Person kostet, dann müssten wir allein für unsere zugewanderten Analphabeten 3,1 Millionen Mal 10000 Euro ausgeben: insgesamt also 31 Milliarden Euro! Würde man alle deutschen Hochschulen ein Jahr lang schließen, dann hätte man das Geld, um die derzeit hier lebenden Migranten zu alphabetisieren.<sup>277</sup> Man würde damit allerdings noch nicht deren Intelligenzquotienten erhöhen. Doch damit nicht genug: Mit jedem zugewanderten Analphabeten steigt nun Tag für Tag dieser Betrag über die ohnehin schon benötigten 31 Milliarden Euro hinaus. Was aber machen wir angesichts leerer Kassen? Wir schenken diesen Analphabeten Haupt- und Realschulabschlüsse. Nein, Sie haben sich nicht verlesen. Eine Tageszeitung berichtete 2011 unter Berufung auf eine wissenschaftliche Studie, dass 48 Prozent der Analphabeten in Deutschland einen in Deutschland erworbenen Hauptschulabschluss haben und 19 Prozent gar die Mittlere Reife.<sup>278</sup> So viel zum Bildungsstandort Deutschland.

Seit mehr als einem Jahrzehnt wissen wir, dass viele türkische Kinder in Deutschland Analphabeten sind.<sup>279</sup> Im Jahre 1969 — als zahlreiche Türken nach Deutschland kamen - waren nach Angaben des *Spiegel* 60 Prozent von ihnen Analphabeten.<sup>280</sup> Heute sind 80 Prozent der Analphabeten in der Türkei Mädchen.<sup>281</sup> Diese holt man nun von dort als »Importbräute« nach Deutschland. Und zwar für »Verwandtenehen«, damit sich die »Potenziale« potenzieren. Selbst in der zweiten Generation sind viele Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland noch nicht angekommen. Das ergab eine Untersuchung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.<sup>282</sup> Auch der Vorsitzende des Deutsch-Türkischen Forums der CDU in Nordrhein-Westfalen, Bülent Arslan, sagte, das Ergebnis der Studie überrasche ihn nicht.

Etliche Zuwanderer hätten in ihrer Heimat keine Schule besucht und ein »niedriges bis niedrigstes Bildungsniveau«.<sup>283</sup>

### Intelligenztest für Zuwanderer?

Seit 2005 wissen wir, dass Türkinkinder in Deutschland unsere Pisa-Ergebnisse immer schlechter werden lassen. Die Zeitung *Die Welt* schrieb damals: »Das Thema wird in der Forschung als heikel angesehen (...). Heikel auch deshalb, weil es mittlerweile unstrittig ist, dass Intelligenz sehr stark auch von Erbanlagen bestimmt wird - und deshalb einschlägige Aussagen über ethnische Gruppen allzu schnell mit dem Vorwurf des Rassismus beantwortet werden. (...) Die mit Abstand höchsten Kinderzahlen verzeichnen Familien mit Migrationshintergrund, während die Intelligenz ohne diesen Hintergrund im Gebärstreik verharrt. (...) Dass diese eben keinen rassistischen Beigeschmack haben, sollte spätestens klar sein, seit auch Familienministerin Renate Schmidt die Zukunft der Intelligenz in Gefahr sieht, es für dramatisch hält, dass die Akademiker immer weniger Kinder bekommen, und nun mit dem — positiv — einkommensabhängigen Familiengeld anfangen will, zu retten, was noch zu retten ist. Förderung von Intelligenzgeburten, 30 Jahre nach dem Osten jetzt auch im Westen angekommen — immerhin schon mal als Idee.«<sup>284</sup>

Im Jahre 2010 forderten konservative Politiker in Deutschland Intelligenztests für neue Zuwanderer.<sup>285</sup> Der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU, Peter Trapp, sagte: »Wir müssen bei der Zuwanderung Kriterien festlegen, die unserem Staat wirklich nützen. Maßstab muss außer einer guten Berufsausbildung und fachlichen Qualifikation auch die Intelligenz sein. Ich bin für Intelligenztests bei Einwanderern.« Diese Frage dürfe nicht länger tabuisiert werden. Man lachte den Politiker aus. Mittlerweile ist klar, dass auch dieser letzte Versuch völlig gescheitert ist. Die Türkenverbände machten Druck, auf keinen Fall Intelligenztests zuzulassen, das sei »diskriminierend«. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) forderte gar die Abwahl von Peter Trapp (CDU), der dem Berliner Innenausschuss vorsah.<sup>286</sup> Und das alles nur, weil der Politiker die Wahrheit ausgesprochen hatte. Auch die türkische Regierung protestierte gegen Forderungen von deutschen Politikern nach Intelligenztests für Zuwanderer. Die entsprechenden Vorschläge seien »rassistisch« und unverantwortlich, teilte Faruk Celik, der für Auslandstürken zuständige türkische Staatssekretär, in Ankara mit. Deutschland solle für den Beitrag der Migranten zum Wirtschaftswunder und zum Wiederaufbau nach dem Krieg dankbar sein.<sup>287</sup>



Man gab den Forderungen der Migranten auf deutscher Seite nach. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), forderte statt Intelligenztests eine »Willkommenskultur« für Migranten in Deutschland.<sup>288</sup> Wir sollen die zuwandernde Dummheit jetzt auch noch bejubeln.

Das türkische Fernsehen macht übrigens aus der Not eine Tugend, sendet Unterhaltungsserien, in denen türkische Frauen mit niedrigem IQ die Hauptrolle spielen. *Güzel ve Dahi* heißt die beliebte Sendung, bei der Türken mit dem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 85 sich wie Einstein fühlen dürfen. Da treten dann türkische Hochschulabsolventinnen auf, die den Staat Libanon allen Ernstes als Hauptstadt des Iraks benennen, den Operntenor Luciano Pavarotti und den *Microsoft*-Gründer Bill Gates nicht kennen, aber in der Sendung gut aussehen und vor allem tanzen können. Das gefällt Türken.<sup>289</sup>

## Das große europäische Länder-Domino

Je niedriger der Länder-IQ, umso geringer der Wohlstand und umso größer das Risiko, Krisen nicht mehr meistern zu können. Man hat das in den vergangenen Monaten gut in Griechenland sowie den anderen bankrotten EU-Staaten beobachten können. Je niedriger der Länder-IQ, je drohender der Staatsbankrott. Die Entwicklung in Griechenland in Hinblick auf IQ, Migration und Staatsbankrott sollte uns theoretisch wachrütteln.

Das bankrotte Griechenland hatte 2006 mit einem Länder-IQ von 92 unbestritten zusammen mit dem ebenfalls bankrotten Irland (das ebenfalls einen Länder-IQ von 92 aufweist) den niedrigsten Länder-IQ in Europa. Griechenland und Irland liegen hier noch hinter Kasachstan (IQ 93) und knapp vor Costa Rica (IQ 91). Athen, das sich in einer hilflosen Lage befindet, hat neben dem finanziellen ein gewaltiges menschliches Problem: Nach politisch korrekten deutschen Angaben leben etwa eine Million Menschen illegal in Griechenland<sup>290</sup> (überwiegend aus Regionen mit niedrigerem Länder-IQ wie Afghanistan, dem Irak und nordafrikanischen Staaten). Das entspricht rund zehn Prozent der Bevölkerung. Nach anderen Angaben sind es sogar schon mehr als 2,5 Millionen Illegale, die das Land unabhängig von allen Hilfsmaßnahmen dauerhaft zu destabilisieren drohen.<sup>291</sup> Das wäre so, als ob in Deutschland zwischen 830000 und rund vier Millionen Menschen illegal leben würden, die ohne Arbeit und soziale Unterstützung sind, betteln oder Passanten überfallen.<sup>292</sup> In Griechenland gibt es kein Hartz IV und maximal für zwölf Monate höchstens 450 Euro Arbeitslosengeld, wenn man zuvor Jahre gearbeitet hat. Danach ist die eigene Großfamilie fürs Überleben zuständig —

oder man geht, wie im Falle der Migranten, auf Raubzug. Der Athener Bürgermeister Giorgos Kaminis warnte im Mai 2011, dass in Athen wegen der großen Zahl illegaler Einwanderer und der nicht mehr zu kontrollierenden Kriminalität bürgerkriegsähnliche Verhältnisse heraufziehen könnten: »Es besteht die Gefahr, dass in kurzer Zeit Athen wie (die libanesische Hauptstadt) Beirut in den 1970er-Jahren aussieht«, erklärte er im Fernsehen.<sup>293</sup>

Der griechische Geheimdienst *Ethniki Ypiresia Pliroforion* (EYP) hat 2011 in einer Studie eindrucksvoll beschrieben, warum Griechenland unter dem Ansturm von Menschen aus Ländern mit niedrigem IQ keine Zukunft mehr haben kann. Wir werden die Einzelheiten dazu noch kennenlernen. Vorab zur Erklärung: Wenn in einem Land wie Griechenland von elf Millionen Einwohnern jetzt zwischen einer und mehreren Millionen illegale Einwanderer mit niedrigem Intelligenzquotienten leben, dann muss man kein Finanzanalyst sein, um auf die Zukunft des Landes keinen Pfifferling mehr zu geben. Wer unter gewaltigen finanziellen Schwierigkeiten leidet und statt Leistungsträgern ausschließlich Leistungsschwache aus Regionen mit einem Länder-IQ zwischen 83 und 85 importiert, der kann dem GAU eben nicht mehr entinnen. Seit Januar 2011 kommen täglich allein am Evros-Grenzfluss 350 weitere Illegale über die Türkei nach Griechenland<sup>294</sup> — das sind nur dort Monat für Monat 10 000 neue Illegale aus Ländern mit einem niedrigen IQ. Rechnet man die Millionen Migranten in den alten griechischen Länder-IQ von 92 jetzt hinzu, dann hat Griechenland diesen binnen kürzester Zeit etwa auf das Niveau von Surinam (IQ 89) abgesenkt. Die Illegalen gelten nun parteiübergreifend als die eigentliche Zeitbombe in Griechenland — mit noch größerer Explosionskraft als die Euro-Krise.<sup>295</sup>

Doch Griechenland war nur der erste Stein im großen europäischen IQ-Länder-Domino, das bald schon auch an unsere Türen klopfen wird. Denn neben den horrenden finanziellen Schwierigkeiten haben wir eben auch im deutschsprachigen Raum kaum vorstellbare Menschenmassen aus Niedrig-IQ-Regionen importiert. Sie werden in ihrer Gesamtheit wohl kaum etwas dazu beitragen, uns aus der gewaltigen Wirtschafts- und Finanzkrise zu retten. Im Gegenteil: Jene, die wir aus solchen rückständigen Staaten mit anderen Wertesystemen und Normen einließen, weil sie einmal unsere Sozial- und Rentensysteme mit Beiträgen füllen sollten, hängen nun dauerhaft an unseren Finanztöpfen.

## Die Klugen stimmen mit dem Möbelwagen ab

Viele Gutmenschen begründen die niedrigen Werte beim Intelligenzquotienten für bestimmte Länder mit absurden Theorien. Sie machen etwa bei Afrikanern auch zwei Generationen nach dem Ende des Kolonialzeitalters noch die früheren Kolonialmächte dafür verantwortlich, dass die dort lebenden, angeblich traumatisierten Menschen gar nicht anders können, als rückständig zu sein. Wenn auch nur ein Funken Wahrheit an dieser Theorie wäre und Verfolgungsdruck Rückständigkeit erzeugt, dann müssten Juden zu den rückständigsten Menschen der Welt gehören. Wir schüren aus Gründen der politischen Korrektheit weiter die Legende, dass wir selbst eine tiefe Schuld an der Zurückgebliebenheit und dem geringen Wohlstand in bestimmten Regionen der Welt haben und importieren munter Menschen aus diesen Gebieten. Doch Juden produzieren nun einmal trotz ihrer erlittenen Traumata Nobelpreisträger, während Afrikaner trotz fünf Jahrzehnten finanzieller Förderung durch Entwicklungshilfe immer wieder nur das Elend reproduzieren. Woran das liegt? Am jeweiligen Wertesystem, dem damit verbundenen Bildungshunger und Leisungswillen — oder am Fehlen der genannten Punkte.

Unterdessen stimmen die intelligenten Europäer mit dem Möbelwagen ab und kehren dem Wahnsinn den Rücken. Aus der Sicht von Gutmenschen ist Deutschland ein Einwanderungsland. In der Realität ist die Bundesrepublik allerdings ein Auswanderungsland. Ein Politiker sagt: »Unsere Zuwanderer haben meist eine geringe Bildung, unsere Auswanderer dagegen sind hoch qualifiziert.« Er nennt ein Beispiel: In Nordrhein-Westfalen seien im ersten Halbjahr 2008 ganze elf hoch qualifizierte Ausländer zugewandert. »Zugleich sind die meisten jungen Türken, die unser Land wieder verlassen, hoch qualifiziert und machen dann in der Türkei eine tolle Karriere.« Dies sei »ein Alarmsignal für den Standort Deutschland und ein echtes Problem für die Wirtschaft«<sup>296</sup>. In Massen wandern die pflichtbewussten Steuerzahler aus. Und es wandern Migranten ein, die häufig bis an ihr Lebensende auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind. Sie holen durch den Familiennachzug noch Vater, Mutter, Onkel, Tante und andere Verwandte nach Deutschland nach, die niemals in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben, aber staatliche Transferleistungen (Sozialhilfe, Rente, Wohngeld, Krankenkassenbeiträge, Kindergeld und so weiter) erhalten. Die Milliarden, die wir in diese Sozialleistungen investieren, fehlen uns nun beim Straßen- und Brückenbau, bei der Errichtung von Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Sportanlagen, Schwimmbädern, Universitäten, Polizeidienststellen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Die Migranten, die wir jetzt per Quote in führende Stellen heben, fördern diese Entwicklung noch, indem sie sich wie in ihren Heimatländern verhalten. Da gibt es in einem süddeutschen Regierungspräsidium etwa einen leitenden türkischstämmigen Beamten, der nach Angaben einer Zeitung dort für die Bildungspolitik zuständig ist. Die Überschrift über dem den Sachverhalt beschreibenden Artikel lautet: »Hasan Y.: Jeder Türke muss Abitur bekommen, dafür Sorge ich als Regierungsbeamter«. Der Türke sagt ganz offen, er werde jetzt als Schuldirektoren in Süddeutschland vorwiegend Moslems anstellen, und hebt in dem Zeitungsinterview hervor: »Das ist nur der Anfang. Wir werden zunehmend die Macht übernehmen in diesem Land, da wir auch die meisten Kinder stellen. Nicht nur an Hauptschulen, auch an Gymnasien und Berufskollegs. An den Grundschulen werden wir dafür sorgen, dass Türken alle den Übertritt in höhere Schulen schaffen.« Er fügt stolz hinzu: »Wir haben in mehreren Donaustädten beispielsweise Schulen, wo Moslems Direktoren sind. Sie achten genau darauf, dass die Lehrer nichts Ausländerfeindliches sagen, und wenn sie es dennoch tun, dann werfen wir sie raus. (...) Wissen Sie, Frau Sacher, das muss jetzt passieren, dass Türken einen Ausgleich bekommen. Wenn nicht jetzt, wann dann? Deutsche haben keine Chance, das zu verhindern, wir sind zu viele. Schauen Sie in Schulen. Meistens mehr Türken als Deutsche. Die Abiturienten werden dann zur Hochschule gehen, BAFöG bekommen, und sie werden auch an den Hochschulen dann in der Mehrheit sein. (...) Solange ich im Regierungspräsidium bin, wird kein türkisches Kind mehr in einer Fabrik ausgebeutet werden von Deutschen. Die sollen ihre Arbeit selber machen.«<sup>297</sup>

Was soll man da als ethnischer Deutscher noch tun, wenn diese Entwicklung auch noch von der Politik gefördert wird? Man geht einfach. Deutschland verliert im Wettbewerb um die besten Köpfe. Das belegen alle Studien. Von Jahr zu Jahr wird es gravierender. 40 000 Führungskräfte (!) kehren Deutschland pro Jahr (!) den Rücken. In einer im November 2010 veröffentlichten Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hieß es dazu: »Die Bundesrepublik war in den vergangenen Jahren nicht in der Lage, die Auswanderung hoch qualifizierter Erwerbstätiger durch die Einwanderung ähnlich qualifizierter Personen aus anderen EU-Staaten zu kompensieren.«<sup>298</sup> Immer mehr Deutsche aus gehobenen, qualifizierten Schichten haben also die Nase voll. Deutschland wird ausgerechnet in den Reihen jener, die den Großteil der Steuern erbringen müssen, zum Auswanderungsland. Zuwanderer kommen nur noch aus bildungsfernen Ländern. Und sie zahlen kaum Steuern — wenn überhaupt. Die Intelligenten sagen »Goodbye Deutschland«. Schon jeder vierte Deutsche spielt mit dem Gedan-

ken, seine Heimat zu verlassen und auszuwandern.<sup>299</sup> Allein im Jahre 2008 kehrten 165 000 bis 175 000 Menschen Deutschland den Rücken.<sup>300</sup> Die meisten von ihnen sind jung und verfügen über eine akademische Ausbildung. Sie sehen keine Zukunft mehr in ihrer Heimat. Das vom deutschen Steuerzahler mit ihrer Ausbildung in die Zukunft investierte Geld verschwindet wie Schwarzgeld über die Landesgrenzen. Nach einer Studie des ifo-Instituts zieht die Auswanderung hoch qualifizierter deutscher Arbeiter und Angestellter eine erhebliche Belastung der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen nach sich. In einem Bericht dazu heißt es: »Über die gesamte Lebenszeit betrachtet fuhr das zu einer negativen Bilanz für die öffentlichen Kassen in Deutschland«, erklärten die Forscher. Da die Auswanderer in den betrachteten Beispielfällen vor dem Schritt ins Ausland nur wenig Steuern und Sozialabgaben gezahlt haben, aber besonders von einer kostenlosen Ausbildung profitieren konnten, belasten sie die Allgemeinheit bis zum Zeitpunkt der Auswanderung mit rund 160 000 Euro im Fall des Facharbeiters und 436 000 Euro im Fall der Ärztin. Blieben sie in Deutschland, würden sie hingegen über ihre gesamte Lebenszeit einen positiven Beitrag von 121000 Euro (Facharbeiter) beziehungsweise 639 000 Euro (Ärztin) für die Allgemeinheit leisten.«<sup>301</sup>

Jene, die neu zuwandern, kommen aus Ländern wie Rumänien (47000), Türkei (26200), Ungarn (25100) und Bulgarien (23600).<sup>302</sup>

Jeden Tag verliert Deutschland ein Dorf an gut ausgebildeten Arbeitskräften, die integriert sind und unsere Sprache sprechen.<sup>303</sup> Alle vier Minuten verlässt ein Deutscher sein Heimatland — das sind Zahlen, wie es sie zuletzt vor 120 Jahren gegeben hat! Während Wirtschaft und Politik den Fachkräftemangel beklagen, planen viele Hochqualifizierte den Wegzug oder sind schon gegangen. Auch die künftigen Fachkräfte wollen vielfach Deutschland den Rücken kehren. Eine Studie des Reemtsma-Begabtenförderungswerkes, die unter 2968 Studenten durchgeführt wurde, zeigt auf, dass gerade die besten Studenten ihre Zukunft oft im Ausland sehen.<sup>304</sup> 64 Prozent aller Studenten ziehen eine Tätigkeit im Ausland in Betracht. Immerhin 17 000 deutsche Ärzte arbeiten nach Auskunft des Kassenärztlichen Bundesverbandes und der Bundesärztekammer schon im Ausland. Und das zu einer Zeit, wo der ländliche Raum bereits erhebliche Lücken in der ärztlichen Versorgung beklagt.<sup>305</sup>

Das Gleiche gilt auch für viele andere europäische »Einwanderungsländer« - die einheimische Bevölkerung packt die Koffer, und Migranten aus Ländern mit niedrigem IQ wandern ein. Beispiel Großbritannien: In den vergangenen zehn Jahren haben fast zwei Millionen ethnische Briten ihre Heimat für immer verlassen und sind ausgewandert. Angaben der renommierten *Yale*-Universität zufolge erlebte Großbritannien eine solche Auswanderungswelle zuletzt in den

Jahren 1911 bis 1914. Britische Politiker führen diesen Verlust an Menschen auch auf permanent steigende Steuern und die ständig zunehmende Kriminalität zurück.<sup>306</sup> Besonders erschreckend aber ist Folgendes: Während allein im Zeitraum von 1997 bis 2006 1,97 Millionen ethnische Briten ihrer Heimat den Rücken kehrten, wanderten in derselben Zeit 3,9 Millionen Migranten aus Kulturkreisen mit niedrigerem IQ zu.

Nun sind jene, die im Massenexodus ihre Heimat verlassen, nicht die unterprivilegierten Armen, sind nicht schlecht ausgebildet — sondern verdienen gut und haben für ihre neue Zukunft über Jahre hin gespart. Sonst hätten sie in Kanada, Australien und den Vereinigten Staaten keine Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis. In Kanada ist der Länder-IQ zwischen 2002 und 2006 von 97 auf 99 gestiegen<sup>307</sup> — dank qualifizierter Einwanderung. Kanada erfährt eine zwischen 97 und 99 Prozent liegende qualifizierte Zuwanderung - Länder wie Deutschland begnügen sich mit maximal sieben Prozent qualifizierten Zuwanderern. Neun von zehn Migranten in Deutschland werden hier nicht gebraucht, sind dauerhaft ohne die geringste Zukunftsperspektive, vermehren sich aber redlich. Wir haben uns zum Weltsozialamt erklärt. Dummerweise packen jene, die das finanzieren sollen, ihre Koffer und verlassen das Land.

Die *Augsburger Allgemeine* berichtete im März 2011: »Deutschlands Ab- und Auswanderer sind im Schnitt qualifizierter als der Rest der Bevölkerung. Das zeigt eine Arbeitskräfteerhebung in 32 europäischen Staaten. Danach hat knapp die Hälfte der deutschen Auswanderer einen Hochschulabschluss, bei der deutschen Bevölkerung sind es nur 29 Prozent. Der Berliner Soziologe Prof. Hans Bertram beklagt, dass Deutschland, ökonomisch gesehen, zum Auswanderungsland geworden sei. Der Migrationsforscher Klaus J. Bade beklagt einen qualitativen Wanderungsverlust >Wir verlieren die Leute, die wir hier am dringendsten brauchen, und jammern dann über den Mangel an Fachkräften.< Durch Zuwanderung von Hochqualifizierten könne dieser Verlust derzeit nicht kompensiert werden. Mit anderen Worten: Deutschland verliert seine klügsten Köpfe. Dieser >Brain Drains wie Experten die Abwanderung hoch qualifizierter Fach- und Führungskräfte bezeichnen, wird auch für den deutschen Staat teuer. Verlässt eine 30-jährige Ärztin das Land, entgehen dem Fiskus unterm Strich mehr als eine Million Euro. Kehrt ein 23 Jahre alter Metallfacharbeiter seiner Heimat den Rücken, verlieren die öffentlichen Kassen 281 000 Euro. Diese Rechnung hat das Münchner ifo-Institut aufgestellt. So profitieren junge Fachkräfte von der kostenlosen Ausbildung in Deutschland. Da sie durch ihre Auswanderung aber keine Steuern und Sozialabgaben zahlen, entstehen dem Staat hohe Ausfälle.«<sup>308</sup>

Das aber alarmiert die Politiker, denn Jahr für Jahr erfährt die Bevölkerung

in sogenannten Armutsberichten die Folgen dieser Wanderungsbewegungen: Die Zahl der Armen nimmt überall in Europa beständig zu. Das beklagt man dann bitterlich und sinnt auf Wege, die Steuern zu erhöhen. Als Folge solcher Maßnahmen haben dann noch mehr Bürger die Nase voll - und wollen für immer weg. Auf die Idee, die gut ausgebildeten — aber ausgewanderten — Deutschen und andere Europäer mit Anreizen wieder in die Heimat zurückzulocken, ist noch niemand gekommen.

Nun beklagt der Deutsche Kinderschutzbund in regelmäßigen Abständen, die Wirtschaftskrise werde zu einem »massiven Anstieg der Kinderarmut« führen. Die Begründung: Die meisten Kinder würden heute »in den armen Stadtteilen« geboren, dagegen sanken die »Geburtenzahlen in bürgerlichen, gut situierten Stadtteilen«. Mit anderen Worten: Während solide Bevölkerungsschichten sich den Kinderwunsch in Krisenzeiten eher versagen, haben Angehörige der Unterschicht keine Bedenken, ihn sich trotzdem zu erfüllen. Der Anstieg der Kinderarmut geht also auf die überdurchschnittliche Reproduktion der Unterschichten zurück. Armut in Niedrig-IQ-Siedlungsgebieten reproduziert und verstärkt sich. Zurück bleiben nur noch Gutmenschen, die das über Jahre so gewollt und gefördert haben. Sie werden für diese Entwicklung bis an ihr Lebensende einen hohen Preis zahlen müssen, beispielsweise mit dem weitgehenden Verlust ihrer Rentenansprüche, die schlicht nicht mehr finanzierbar sind.

Der Bremer Soziologe Professor Gunnar Heinsohn (er ist seit 2009 im Ruhestand) findet die Entwicklung schlicht verrückt. Im Jahre 2010 schrieb er für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf, was dem Durchschnittsbürger bei dieser Thematik kaum bekannt sein dürfte: »Die Bedrohung für die Wirtschaft, den Sozialstaat, das Gemeinwesen insgesamt wird als so groß empfunden, dass es unter den Demografen kaum einen gibt, der dem Land noch Hoffnungen macht. (...) Eine demografische Zukunft haben nur die Bildungsfernen. So besteht im Februar 2010 die Hartz-IV-Bevölkerung von 6,53 Millionen Menschen zu 26 Prozent aus Kindern unter 15 Jahren (1,7 Millionen). (...) So hatte Bremerhaven vergangenes Jahr zwar >nur< 33 Prozent der Kinder von 7 bis 15 Jahren auf Hartz IV. Bei den 0- bis 3-Jährigen aber waren es 45 Prozent. Deshalb steht zu befürchten, dass in einigen Jahrzehnten weit mehr als ein Viertel der Menschen in eine Hightech-Gesellschaft mit ihren hohen Qualifikationsanforderungen nicht passt. (...) Der Königsweg wäre qualifizierte Einwanderung. (...) Seit 1987 hat man über zwölf Millionen Fremde geholt. (...) Zwischen Rhein und Oder hingegen liegen Migrantenkinder - von den begabten Ausnahmen abgesehen - tiefer unter dem einheimischen Leistungsniveau als irgendwo sonst auf der Welt. (...) Deutschland

rekrutiert seine Einwanderer vorrangig nicht aus Eliten, sondern aus den Niedrigleistern des Auslands, weshalb man eben nur etwa flinf Prozent qualifizierte Einwanderer gewinnt. Und deren Nachwuchs schleppt die Bildungsschwäche weiter. Die deutsche politische Führung scheint fest entschlossen, weiter auf dem erfolglosen, immer teurer werdenden Weg der verfehlten Einwanderungs- und Sozialpolitik zu gehen. (...) Solange die Regierung das Recht auf Kinder als Recht auf beliebig viel öffentlich zu finanzierenden Nachwuchs auslegt, werden Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen. Allein eine Reform hin zu einer Sozialnotversicherung mit einer Begrenzung der Auszahlungen auf fünf Jahre statt lebenslanger Alimentierung würde wirken — nicht anders als in Amerika. Eine solche Umwandlung des Sozialstaats würde auch die Einwanderung in die Transfersysteme beenden.«<sup>309</sup>

Doch wir ändern nichts. Wir halten stattdessen die Mythen aufrecht, nach denen Zuwanderer entscheidend für unser künftiges Wohlergehen sind. Das Gegenteil ist allerdings der Fall: Lag die Beschäftigtenquote der im Deutschland der 1960er-Jahre lebenden Türken noch über jener der deutschen, so stellen die Muslime heute in vielen deutschen und europäischen Städten oft 40 Prozent und mehr der Arbeitslosen. Christopher Caldwell schreibt dazu: »Gastarbeiter drücken in allen europäischen Ländern die Produktivität. Da sind sich alle Experten einig.«<sup>310</sup>

Europa hat den Bedarf an Arbeitskraft, die durch Zuwanderer gestellt wird, weit überschätzt. Noch im Januar 2008 behauptete der Grünen-Politiker Joschka Fischer, einer der Vordenker der Zuwanderungswelle, allen Ernstes, Deutschland sei »ökonomisch auf Zuwanderer angewiesen«.<sup>311</sup> Da hatte die Wirtschaftskrise schon längst begonnen. Es war klar, dass jeder weitere Zuwanderer in absehbarer Zeit jedenfalls nicht als Arbeitskraft gebraucht werden würde.

### **UN-Diplomat spricht vom »Abschaum Afrikas«**

Intelligente Menschen machen inzwischen bei der Suche nach Arbeit und Zukunftsperspektiven um Europa einen weiten Bogen: Wir verzeichnen keine Masseneinwanderung von Amerikanern (Länder-IQ 98), Australiern (Länder-IQ 98), von Neuseeländern (Länder-IQ 100), aus Hongkong (Länder-IQ 107), Japan (Länder-IQ 105) oder Südkorea (Länder-IQ 106). Wir entwickeln stattdessen eine »Willkommenskultur« für Menschen aus Somalia (Länder-IQ 68) oder dem Kongo (Länder-IQ 65). Die Europäische Union baute unlängst ein Anwerbezentrums für arbeitslose Afrikaner in Mali (Länder-IQ 68), weil



wir künftig noch mehr afrikanische »Fachkräfte« aufnehmen wollen.<sup>312</sup> Zu Somalia, dessen Mitbürger wir nun im deutschsprachigen Raum so euphorisch begrüßen, sollte man wissen: Es ist das Land mit den meisten Geisteskranken der Welt. Das meldete 2011 die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Ihren Angaben zufolge soll inzwischen jeder dritte Somalier geistig gestört sein. Die Möglichkeiten der medizinischen Behandlung seien derart eingeschränkt, dass sogar viele Patienten in Ketten gelegt werden müssten, so der WHO-Bericht. In Somalia gibt es drei Psychiater, die für rund zwölf Millionen Menschen zuständig sind, von denen nach diesen neuen Angaben rund vier Millionen an Wahnvorstellungen leiden oder gelitten haben.<sup>313</sup> Wir freuen uns in Deutschland auf die ankommenden Somalier und diese »Bereicherung« besonderer Art.

Es gilt inzwischen als »Frage der Solidarität«, Menschen aus Afrika bei uns willkommen zu heißen.<sup>314</sup> Immer neue Flüchtlingswellen stoßen aus Nordafrika zu uns nach Europa vor. Und Grünen-Politiker wie Claudia Roth fordern, dass wir sie »solidarisch in Europa aufnehmen«<sup>315</sup>.

Erinnern Sie sich noch an die Revolutionen vom Frühjahr 2011 in nordafrikanischen Ländern wie Tunesien und Ägypten? Tag für Tag berichteten unsere Medien, welche großen Potenziale an gut ausgebildeten Studenten in ihrer Heimat ohne berufliche Perspektive seien und daher die Revolution unterstützten. Die Revolutionen waren erfolgreich und fegten die Regime hinweg. Anschließend kamen die von unseren Journalisten so umjubelten »Potenziale« nach Europa. Erst nach Italien. Und dann immer näher. Bei genauerer Betrachtung lagen deren »Potenziale« nur auf ganz bestimmten Gebieten. Ein Schweizer Internetportal berichtete im Juni 2011 unter der Überschrift »Nordafrikaner überfordern Behörden« über die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Schweiz: »Asylbewerber aus Nordafrika bereiten in den Asylzentren massive Probleme. Bereits jetzt muss das Sicherheitspersonal aufgestockt werden. Das Bundesamt für Migration ist besorgt.«<sup>316</sup> In dem Bericht heißt es: »Im Empfangszentrum für Asylsuchende in Chiasso tranken, pöbelten und delinquenten Asylbewerber aus dem Maghreb derart massiv, dass die Anwohner eine Verlegung der Empfangsstelle verlangten. Nun zeigt sich dasselbe Bild auch in den kantonalen Asylzentren der Deutschschweiz: Die Asylbewerber aus Nordafrika stellen selbst erfahrene Betreuer vor neue Herausforderungen. Ostschweizer Polizeien machen die Migrantengruppe direkt für wachsende Kriminalität verantwortlich. (...) Heinz Brand, Präsident der Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden, hört aus allen Kantonen ähnliche Berichte.« Auch die Präsidentin der Schweizer Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen, Karin Keller-Sutter, berichtete über massive Probleme mit den Nordafrikanern.

Europa nahm anstelle der erwarteten, angeblich gut ausgebildeten nordafrikanischen »Facharbeiter« in Wirklichkeit viele Menschen auf, die unsere Verfahren wohl eher als »Gesindel« bezeichnet hätten. Sie finden den vorhergehenden Satz ungeheuerlich, »rassistisch« und unerhört? Keine Sorge, Afrikaner sehen das selbst noch weitaus drastischer: Der diplomatische Vertreter des afrikanischen Staates Kongo bei den Vereinten Nationen in Genf nennt die Migranten, die seit Frühjahr 2011 vom Schwarzen Kontinent nach Europa strömen, »den Abschaum Afrikas«. Er bezeichnete die von uns als »Potenziale« willkommen geheißenen Mitbürger sogar ganz offen als »Ratten«. UN-Diplomat Serge Boret Bokwango besitzt diplomatische Immunität und muss in Europa wegen solcher Äußerungen keine Angst vor Strafverfolgung haben. Er sagte im Juni 2011, er empfinde »ein starkes Gefühl von Scham und Wut gegenüber diesen afrikanischen >Immigranten<, die sich wie Ratten aufführen, welche die Städte befallen«. Es sei ein »Massenexodus von Abfall nach Europa«<sup>317</sup>. Man stelle sich einmal vor, ein deutscher oder österreichischer Politiker würde die täglich in größeren Massen bei uns eintreffenden Mitbürger aus Niedrig-IQ-Regionen als »Abschaum«, »Abfall« und »Ratten« bezeichnen. Afrikanische Diplomaten dürfen so etwas über ihre Landsleute sagen. Wir dürfen nicht einmal mit der Wimper zucken, müssen für diese ehrenwerten Mitbürger vielmehr bezahlen und sollen glücklich über die »Bereicherung« lächeln, um nicht als »Rassisten« gebrandmarkt zu werden.

Wir haben auch Menschen wie die Ruander Ignace Murwanashyaka und Straton M. bei uns aufgenommen, die über besondere Bereicherungspotenziale verfügen und dann von Mannheim und Esslingen aus telefonisch Massaker in ihrer Heimat organisierten.<sup>318</sup> Die Zuwanderungsbewegungen aus Regionen wie Afrika haben für Europa eben nicht nur mehr Flüchtlinge zur Folge, sondern offenbar auch mehr Kriminalität. Das teilte 2011 die europäische Polizeibehörde EUROPOL mit.<sup>319</sup> Gleichzeitig ließ die deutsche Bundeszentrale für Politische Bildung politisch korrekt wissen, dass die Behauptung, Ausländer seien »krimineller als Deutsche«, »zum Repertoire rechtsradikaler Propaganda« gehöre.<sup>320</sup> Die europäische Polizeibehörde EUROPOL ist somit aus der Sicht der politisch korrekten Propagandaabteilung der deutschen Regierung offenkundig »rechtsradikal«.

Die »Willkommenskultur« für Menschengruppen aus Niedrig-IQ-Ländern wirft Europa unterdessen schnell auf allen Gebieten zurück. Wir gewöhnen uns an diesen Zustand. Und wir finden es inzwischen schon »normal«, dass wir frisch zugewanderten Menschen aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ von unseren Steuergeldern das Potenzmittel Viagra finanzieren, damit sie hier bei uns ein erfülltes Sexualleben haben und sich möglichst schnell vermehren

können.<sup>321</sup> Wir züchten die zugewanderte Dummheit. Noch vor einer Generation warnten uns die großen Medien vor den Menschenströmen aus jenen rückständigen Ländern, die uns die gleichen Medien heute auf einmal als angebliche »Bereicherung« anpreisen.

Weil viele zugewanderte Minderbegabte in unserem Kulturkreis geistig nicht mithalten können, sind Deutschenfeindlichkeit, Kriminalität und das Abgleiten in die Asozialität ein Preis, den wir dauerhaft für den Import solcher Menschengruppen bezahlen müssen. Im ersten Teil dieses Buches haben wir uns mit den geringen geistigen Fähigkeiten vieler Migranten befasst. In den nächsten Teilen dieses Buches werden wir anhand von Fallstudien die Folgen kennenlernen.



## Teil II

# Die Folgen begrenzter Horizonte

### Die Türken kommen: Rette sich, wer kann!

Vor mehr als einer Generation - im Jahre 1973 - publizierte das damals noch angesehene Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* eine Titelgeschichte, die heute garantiert dem Zensor zum Opfer fallen würde: »Ghettos in Deutschland — Eine Million Türken« stand da auf der Titelseite. 1973 war das Jahr der Ölkrise (das Barrel Rohöl stieg damals im Preis von drei auf fünf Dollar), als die Ölscheichs dem Westen den Ölhahn abdrehten. In jenem Jahr sangen die *Rolling Stones* zum ersten Mal ihren Hit *Angie*, Heino trällerte *Blau blüht der Enzian*, und *Les Humphries* beglückte uns mit dem Hit *Mexico*. Seit 1973 müssen Mönche nicht mehr zwangsweise die seit dem 6. Jahrhundert übliche Tonsur tragen. Es war das Jahr der Watergate-Affare und des Jom-Kippur-Krieges. In jenem Jahr wurde Helmut Kohl CDU-Vorsitzender. Und der Grundwehrdienst wurde in Deutschland von 18 auf 15 Monate verkürzt.

Unter der Überschrift »Die Türken kommen - rette sich, wer kann« veröffentlichte der *Spiegel* in jenem Jahr einen (weiteren) langen Bericht, bei dem es ohne Umschweife zur Sache ging. Da hieß es gleich in den ersten Zeilen: »Fast eine Million Türken leben in der Bundesrepublik, 1,2 Millionen warten zu Hause auf die Einreise. Der Andrang vom Bosphorus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Ghettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.«<sup>322</sup>

Die Türken wurden in dem *Spiegel*-Bericht 1973 als Menschen aus einem anderen Kulturkreis dargestellt: eine Art Besatzungsmacht. Die Autoren sprachen in Zusammenhang mit ihnen von »Kolonie«, von einem »Fremd-

kontingent«, das sich in Städten wie Berlin ungehemmt vermehrt. Da hieß es: »Fast alle bleiben im Lande und mehren sich redlich. Von 1720 Neugeborenen, die 1972 im städtischen Urban-Krankenhaus zur Welt kamen, waren 650 Türkenkinder.« Mit militärischer Präzision setzten sie die Deutschen unter Druck, der *Spiegel* berichtete damals: »Offizieller Zuzug, illegaler Zustrom und natürlicher Zuwachs haben Kreuzbergs Türkenkolonie innerhalb der letzten zwölf Monate um eine ganze Brigade (4000) verstärkt. (...) In immer größeren Schüben schwärmen sie von den Gestaden des Bosphorus und aus dem Hochland von Anatolien ein.«

Der *Spiegel* sprach in Zusammenhang mit dem »Türkenandrang« von »Analphabeten«, schrieb Sätze wie »Ein Türke bleibt nicht lange allein« und von der Vertreibung der Deutschen, vom »Türkenschreck«, über »Diskriminierungen für normale deutsche Mieter« und von »kriminell aktiven Jahrgängen«. Der *Spiegel* traute sich damals noch, die Migrantenkriminalität nicht mit soziologischem Palaver schönzureden, und berichtete: »Eine deutsche Bezugsgruppe von ähnlich kriminogenem Zuschnitt müsste auf eine wesentlich höhere Verbrechensrate kommen. Stattdessen wird das Kriminalitätsbild der Deutschen durch zahlenstarke gesetzesfromme Gruppen — Greise, Säuglinge, Besitzbürger - im Vergleich zu den Fremden geschönt.«

Der *Spiegel* berichtete 1973 auch völlig unbefangen, die Orientalen hätten im Vergleich zu Deutschen andere Hygienevorstellungen: So gab etwa die Hamburger Gesundheitsbehörde 1973 noch »ernsthaft zu überlegen, wie solche Gastarbeiter (Moslems) ganz von Tätigkeiten ferngehalten werden können, bei denen sie unmittelbar Lebensmittel gefährden«<sup>323</sup>.

Eine Generation später hat sich an den Hygienevorstellungen als einem der Verhaltensmuster dieser zugewanderten Mitbürger nichts geändert. Gerade das Thema Hygiene ist ein schillerndes Beispiel für gescheiterte Integration. Man kann das an vielen Beispielen plastisch darlegen. Weil beispielsweise die Österreicher nicht wollen, dass zugewanderte türkische Erdbeerpflückerinnen heute ihre Notdurft auf den Erdbeeren verrichten, existiert auf niederösterreichischen Feldern jetzt ein Hosenzwang für diese.<sup>324</sup> Und weil es unter Muslimen Streit darüber gibt, ob der Islam nun Toilettenpapier erlaubt oder nicht, bauen wir jetzt überall Islam-konforme Toiletten. Die gibt es inzwischen sogar auf Deutschlands höchstem Berg. 2010 berichtete eine Zeitung: »Auf der Zugspitze in 2962 Metern Höhe bietet das Restaurant *Panorama Lounge* eine Toilette für Muslime an (...). Eine Duschbrause ermöglicht es den Gästen, sich nach altem islamischen Brauch zu reinigen.«<sup>325</sup> Die islamischen Toilettenbräuche bringen wir heute selbstverständlich schon den Kleinsten bei, da heißt es in einer Kindergartenbroschüre aus Österreich über junge Muslime: »Geht

ein Kind auf die Toilette, so kann es, um sich vor allem Bösen zu schützen, ein »Dua« sprechen und mit dem linken Fuß eintreten.«<sup>326</sup> Interessant! Wir drucken Informationsbroschüren, um das, was unsere Eltern noch für faulen Zauber gehalten hätten, heute als »kulturelle Bereicherung« zu akzeptieren. Und da Muslime auf der Toilette nicht mit Gesicht oder Rücken in Richtung Mekka sitzen dürfen, um damit nicht Allah zu beleidigen, bauen wir wegen der wachsenden Zahl muslimischer Häftlinge wie selbstverständlich natürlich auch unsere Gefängnistoiletten um.<sup>327</sup> Bei öffentlichen Neubauten achten wir von vornherein darauf, dass die Toilettenschüsseln bloß nicht zufällig in Richtung Mekka stehen.<sup>328</sup>

Wo 1973 laut *Spiegel* deutsche Gesundheitsbehörden noch überlegten, wie man die unhygienischen »Gastarbeiter (Moslems) ganz von Tätigkeiten fernhalten« könnte, bei denen sie »unmittelbar Lebensmittel gefährden«, da haben wir heute mehr als 16000 türkische Dönerbuden stehen, in denen uns genau diese Mitbürger nun mit Lebensmitteln versorgen. Die Tageszeitung *Die Welt* veröffentlichte 2009 in der Rubrik Lebensmittelsicherheit einen Bericht, dessen Überschrift eigentlich alles sagt: »Viele Dönerbuden nehmen Hygiene nicht so ernst.«<sup>329</sup> Jede dritte Dönerbude ist heute ein ekeliger Fäkalienherd. Immer häufiger finden wir in Europa Fäkalkeime in Speisen, die von Orientalen zubereitet wurden. Nicht nur in Deutschland. Eine Schweizer Zeitung berichtet beispielsweise 2010 aus Bern: »(...) Jedenfalls blieb dem bernischen Kantonschemiker Otmar Deflorin nach der Inspektion einer orientalischen Bäckerei, die hauptsächlich Taschenbrot für Kebab und Fladenbrot herstellte, nichts anderes übrig, als diese sofort zu schließen. »Das war das Schlimmste, was ich je gesehen hatte«, betont Deflorin und ergänzt: »Was mich besonders entrüstete, war, dass es im ganzen Betrieb kein Papier hatte - weder WC-Papier noch Papiertücher für die Hände.« Und weil es im WC kein fließendes Wasser hatte, um sich nach dem Stuhlgang die Hände zu waschen, sondern einzig mit Wasser gefüllte PET-Flaschen, dürfte der Teig für das Taschenbrot mit schmutzigen Fingern geknetet worden sein. Solche Erfahrungen machen die Lebensmittelinspektoren des Kantons Bern alle Jahre wieder.«<sup>330</sup>

Überall verkaufen solche orientalischen Mitbürger nun Lebensmittel, die unsere Eltern noch sofort auf den Müll geworfen hätten. Eine typische Polizeimeldung, wie man sie heute Tag für Tag in den Polizeiberichten findet, lautete 2011 etwa: »Eine Streife der Fürther Verkehrspolizei hielt heute Morgen (08.06.2011) einen Kleintransporter an, weil auf dessen Ladefläche eine Person transportiert wurde. Die weitere Überprüfung förderte Unappetitliches ans Tageslicht. (...) Nachdem der Fahrer, ein 34-Jähriger aus Nürnberg, die Türen zum Laderaum geöffnet hatte, trauten die Beamten ihren Augen kaum:

Ein Helfer des 34-Jährigen saß auf einem 20 Kilogramm schweren, unverpackten Dönerspieß. Des Weiteren fanden sich im Laster ungekühlte Lebensmittel, wie zum Beispiel rund 200 Kilogramm Hähnchen, 15 Putenschlegel, mehrere vorgegarte Putenschnitzel sowie zahlreiche Behälter mit Salaten. Die Lebensmittel waren nach Angaben des 34-Jährigen für den Verkauf an seinem Imbissstand vorgesehen. Die Beamten verständigten das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz der Stadt Erlangen. Ein zuständiger Sachverständiger kam wenig später vor Ort und versiegelte das Fahrzeug. Die Ermittlungen ergaben, dass sowohl Fleisch als auch Salate verdorben waren.«<sup>331</sup>

Ein bedauerlicher Einzelfall? Nein, keineswegs. Wenige Tage später - im Juli 2011 — stoppte die Polizei in Köln einen Dönertransporter, der bei 28 Grad Celsius Außentemperatur ohne Kühlung Dönerspieße auslieferte: Das Fleisch war von Maden durchsetzt. Die Polizei sprach daraufhin von »lebenden Dönerspießen«<sup>332</sup>. Unsere häufig minderintelligenten Mitbürger aus dem Orient halten offenkundig nicht viel von Hygiene und Lebensmittelsicherheit.

Die nach dem *Spiegel*-Bericht aus dem Jahre 1973 wohl eher schmutzigen, kriminellen und in Brigadestärke einfallenden Migranten brachten damals Kinder zur Welt, bei denen sechs von zehn den Schulabschluss nicht schafften. Auch daran hat sich bis heute nichts geändert - auch aktuell schaffen viele Türken trotz horrender Investitionen in diese »Bereicherer« und unserer ständig sinkenden Leistungsanforderungen keinen Abschluss.

Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* ließ seine Leser damals auch wissen, wie teuer uns diese neuen Mitbürger zu stehen kommen würden. Es berichtete, 1973 seien »200 000 Mark Einbürgerungskosten« für jeden Türken veranschlagt worden. Beiläufig sei erwähnt, dass die genannten 200 000 Mark im Jahre 1973 den durchschnittlichen Baukosten eines massiven Zweifamilienhauses mitsamt Grundstück entsprachen. Rund eine Million Türken lebten 1973 schon in Deutschland, und weitere 1,2 Millionen saßen auf gepackten Koffern, um hierherzukommen. Die Bundesregierung stand somit 1973 vor der Entscheidung, 2,2 Millionen Deutschen ein Zweifamilienhaus zu schenken oder aber mit dem gleichen Geld der Steuerzahler zu versuchen, 2,2 Millionen Türken zu integrieren. Sie hat sich für Letzteres entschieden. Die gigantischen finanziellen Folgen dieser Politik beschrieb schließlich im Jahre 2010 die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit den Worten: »Eine Billion Euro Sonderschulden aber hatte Deutschland bereits 2007 für Migranten, die mehr aus den Hilfesystemen entnehmen, als sie aufgrund schlechter Schulleistungen und anderer Handicaps in sie einzahlen können.«<sup>333</sup> Mehr Geld kann auch kein noch so skrupelloser Bankier vernichten. Das alles reicht uns aber noch nicht.



Wir wollen solchen Migranten heute auch noch ein Denkmal für die angebliche »Bereicherung« setzen.

## **Haben Türken Deutschland wieder aufgebaut?**

Menschen sind vergesslich. Das ist normal und unabhängig vom Intelligenzquotienten. Je älter wir werden, umso mehr schwinden die Erinnerungen an frühere Jahrzehnte. Wohl deshalb lobt die SPD jetzt regelmäßig die gewaltige Gruppe der zugewanderten Leistungsverweigerer für ihre wertvollen »Aufbauleistungen«. Ein Beispiel: Im Juni 2011 etwa würdigte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bei einem Festakt im Roten Rathaus die wirtschaftliche Aufbau- und die politische Integrationsleistung von Millionen türkischen Zuwanderern in Deutschland mit den Worten: »Sie haben unser Land bereichert, Berlin bedankt sich dafür.«<sup>334</sup> Politiker aller Parteien schüren die Mär, derzufolge Türken und andere Migranten aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut hätten.

Man muss Märchen entzaubern, um die Grundlagen für künftige Lösungen aufzeigen zu können. Und deshalb wollen wir dem dummen türkischen Märchen vom Nachkriegsaufbau Deutschlands ganz schnell den Nimbus nehmen.

Der Zweite Weltkrieg war 1945 beendet. Im nachfolgenden Jahrzehnt gab es nicht einen türkischen Gastarbeiter in Deutschland. Es waren vielmehr deutsche Trümmerfrauen, die Deutschland wieder aufgebaut haben (während ihre Männer, Väter und Brüder noch in Kriegsgefangenschaft saßen). Sie waren ungeheuer fleißig, weshalb bereits 1952 Deutschland nicht mehr als bedürftiger Staat eingestuft wurde (im Gegensatz zur Türkei). Es gab zu jener Zeit auch weiterhin keinen türkischen Gastarbeiter in Deutschland. Nun kam das Wirtschaftswunder in Schwung. Im Jahre 1959 war Deutschland schon wieder die zweitgrößte Wirtschaftsnation der Welt nach den USA<sup>335</sup> - und immer noch ohne türkische Gastarbeiter.

1953 verfügte allein der deutsche Chemiebetrieb Farbwerke Hoechst bereits wieder über mehr als 100 000 deutsche Mitarbeiter. Nochmals: Deutsche und nicht etwa Türken. Diese 100000 Hoechst-Mitarbeiter entsprachen zahlenmäßig in etwa der Summe aller Industrieangestellten in der *ganzen* damaligen Türkei: Nach der offiziellen Statistik arbeiteten in der damaligen Türkei, einem Land der Schaf- und Ziegenhirten, im Jahre 1953 gerade einmal 26000 Menschen in privaten und 86 000 Arbeiter in staatlichen Industrieunternehmen. Ein *einziges* deutsches Industrieunternehmen wie Hoechst hatte also

mehr Mitarbeiter als die gesamte nicht landwirtschaftlich orientierte Privatwirtschaft der Türkei.

Nun ist es zwar richtig, dass in den 1950er-Jahren von Deutschland, das fleißige Arbeitskräfte suchte, Italiener, Griechen, Spanier und Portugiesen aktiv angeworben wurden — nicht jedoch Türken, Marokkaner und Tunesier. Wie also kamen diese überhaupt nach Deutschland? Millionen heute in Deutschland lebende Türken wurden weder jemals von einer Bundesregierung oder deutschen Unternehmen eingeladen noch waren sie je in Deutschland erwünscht. - Sie wussten das nicht?

Türken und ihre Verbände begründen ihre Anwesenheit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland heute gern mit ihrer angeblichen früheren Anwerbung als nach dem Krieg »dringend benötigte Aufbaukräfte«. In Wahrheit wollte nicht eine der Bundesregierungen der 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahre türkische, marokkanische oder tunesische »Gastarbeiter« haben. Nur aufgrund gewaltigen Drucks seitens der Vereinigten Staaten (Deutschland war damals kein souveränes Land) nahm die Adenauer-Regierung Anfang der 1960er-Jahre einige kleine Kontingente türkischer Arbeitnehmer vorübergehend als »Gastarbeiter« auf, um die unter innenpolitischen Druck geratene türkische Militärregierung (die damals ein enger Verbündeter der Amerikaner war) vorübergehend zu entlasten. Die Hereinholung von »Gastarbeitern« wurde stets nur als vorübergehende Maßnahme (Stichwort »Gast«-Arbeiter«) angeordnet und nachweisbar gegen den erklärten Willen des Souveräns, des deutschen Volkes, durchgeführt. Im März 1956 wurde vom Allensbach-Institut bei Umfragen ermittelt, dass 55 Prozent der Bundesdeutschen gegen die Hereinholung dieser »Gastarbeiter« waren. Und das Emnid-Institut ermittelte 1965 eine Mehrheit von 51 Prozent der befragten Deutschen, die ebenfalls gegen die Hereinführung weiterer »Gastarbeiter« waren.

Das oft zitierte deutsch-türkische Anwerbeabkommen vom Oktober 1961, das Türken in Deutschland eine maximale Aufenthaltsdauer von zwei Jahren zubilligte und in dem sich die Türkei verpflichtete, die nach Deutschland reisenden Türken jederzeit formlos wieder zurückzunehmen, sollte ausschließlich die zunehmende Zahl der illegal nach Deutschland strömenden Türken kanalisieren. Im Klartext: Türken kamen in Massen als Gesetzesbrecher (Illegale). Niemand hatte sie gerufen. Niemand wollte sie haben. Daran dürfte sich ja bis in die Gegenwart nichts geändert haben. Die vor Hunger und Arbeitslosigkeit in ihrer Heimat geflohenen Türken kamen 1961 in ein hoch entwickeltes Land - und keinesfalls in eine deutsche Trümmerlandschaft. Politiker verdrängen das heute. Und sie verdrehen nun in unverantwortlicher Weise die Geschichte.

Die Privatdozentin Heike Knortz lehrt an der PH Karlsruhe Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Im Jahre 2008 veröffentlichte sie ein auf den ersten Blick wenig explosives Sachbuch mit dem Titel *Diplomatische Tauschgeschäfte*. Das Buch der Wissenschaftlerin hat es in sich. Zum ersten Mal werden darin inzwischen freigegebene diplomatische Noten und Aufzeichnungen der Bundesregierungen aus den 1950er- und 1960er-Jahren veröffentlicht, die bislang als Geheimsache unter Verschluss waren. Die wissenschaftlich fundierten historischen Forschungen zum Zuzug unserer türkischen, marokkanischen und tunesischen Mitbürger sind von Politik und Medien bisher nicht aufgegriffen worden. Sie wurden aus Gründen der politischen Korrektheit ignoriert. Denn was man da liest, ist oftmals das Gegenteil dessen, was heute über den staatlichen Unterschichtenimport dieser Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis verlautbart wird.

Da heißt es etwa auf Seite 129 des Buches: »Tatsächlich versuchten regierungsamtliche türkische Stellen jedoch auch in anderem Zusammenhang immer wieder, mit orientalischer Behördenmentalität in ihrem Sinne Fakten zu schaffen.« Während das Bundesinnenministerium im Falle türkischer Arbeitskräfte keine Familienzusammenführung wünschte und die Türken nach spätestens zwei Jahren wieder loswerden wollte, brachten türkische Stellen mit krimineller Energie immer mehr Türken nach Deutschland. So berichtet die Autorin über die »in der vom türkischen Generalkonsulat in München geübten Praxis, die Reisepässe türkischer Staatsangehöriger, die im Besitz einer deutschen Aufenthaltserlaubnis waren, durch Eintragung von Ehefrau und Kindern zu erweitern und zugleich die Pässe der ohne Visum in die Bundesrepublik eingereisten Ehefrauen einzuziehen«<sup>336</sup>. Der damalige Bundesinnenminister schrieb zu dieser kriminellen türkischen Praxis in einem Aktenvermerk an den Bundesarbeitsminister 1963: »Offensichtlich bestand der Zweck dieser Änderung darin, deutschen Behörden vorzuspiegeln, dass die in den Pässen eingetragene Aufenthaltserlaubnis des Ehemannes auch für die nachgezogenen Familienangehörigen gelte. (...) Wenn hiernach sogar mit Täuschungsversuchen türkischer Auslandsvertretungen gegenüber deutschen Behörden zur Unterstützung des Nachzugs türkischer Familien in die Bundesrepublik gerechnet werden muss, kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die bloße Nichterwähnung des Familiennachzugs in der Vereinbarung für die erstrebte Klarstellung ausreichen würde.«<sup>337</sup>

Heike Knortz beschreibt dann, wie neben den unerwünschten Türken bis 1962 auch rund 4000 Marokkaner illegal als angebliche »Touristen« nach Deutschland einreisten und dank der Großzügigkeit der damaligen Bundesregierung ebenso wie die Türken vorübergehend und zeitlich befristet aufge-

nommen wurden. In dem lesenswerten Buch findet sich das Faksimile eines Briefes des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes vom Dezember 1965 an Dr. Wilhelm Claussen, Staatssekretär im Arbeitsministerium, das uns heute auch im Falle Tunesiens die Augen öffnet. Die tunesische Regierung erpresste die Bundesregierung nämlich damals nach der Methode: Entweder ihr Deutschen senkt unsere hohe tunesische Arbeitslosenquote, indem ihr Deutschen unsere Arbeitslosen aufnehmt, oder wir Tunesier stehen in der Nahostfrage Israel betreffend nicht mehr hinter der Regierung in Bonn. In dem Schreiben heißt es:

»Die tunesische Seite hat ihren Wunsch zunächst mit dem Hinweis darauf begründet, dass die Regierung zur Verhinderung der in Tunesien an sich indizierten Arbeitslosigkeit umfangreiche staatliche Arbeitsvorhaben durchführe, was sie finanziell sehr belaste. Diese Lasten würden durch die Möglichkeit, Arbeitskräfte außerhalb des Landes unterzubringen, beträchtlich vermindert. (...) In seiner letzten Vorsprache hat der tunesische Botschafter mitgeteilt, dieser Gedankengang entspreche dem Konzept von Präsident Burgiba (...). Bei der Übermittlung dieser Erklärung hat der Tunesische Botschafter angedeutet, dass dies ein Punkt sei, in dem die tunesische Regierung und Burgiba selbst ein Zeichen des Dankes der deutschen Seite dafür erwarten, dass Präsident Burgiba sich wie bekannt in der jüngsten Nahostkrise so vorbehaltlos und sich selbst exponierend zugunsten des deutschen Standpunktes eingesetzt habe (...). Dies muss sich umso nachteiliger auswirken, als uns offiziell mitgeteilt wurde, der tunesische Staatspräsident würde sich persönlich getroffen fühlen, wenn wir bei unserer Haltung verblieben.«<sup>338</sup>

Der Unterschichtenimport aus der Türkei, Marokko und Tunesien war somit keinesfalls ein dringlicher Herzenswunsch der deutschen Politik oder der deutschen Industrie, sondern man gab aufseiten der Bundesregierung Kriminellen und Erpressern — vorübergehend — nach. Doch aus den vorübergehend geduldeten kriminellen Erpressungen der Orientalen wurden Zustände, die schon wenige Jahre später selbst dem damaligen Bundesinnenminister Genscher die Haare zu Kopf stehen ließen. Genscher schrieb am 9. April 1973 an den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt:

»Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

(...) erfüllt mich die auf uns zukommende Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer mit zunehmender Sorge. Nach dem Assoziierungsabkommen der EWG mit der Türkei soll ab 1974 die Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer schrittweise hergestellt werden und 1986 in die volle Freizügigkeit nach dem Gemeinschaftsrecht einmünden. Bereits heute sind 1,1 Mio. türkische Arbeitnehmer für eine Beschäftigung allein in der Bundesrepublik Deutsch-

land vorgemerkt (...). Im Hinblick auf die bereits jetzt bestehenden Probleme der Ausländerbeschäftigung (...) kann indes die unkontrollierte Einreise von Millionen arbeitssuchender Türken nicht verantwortet werden.«<sup>339</sup>

Wie wir gesehen haben, haben die deutschen Regierungen alle Mahnungen und Warnungen ignoriert. Und heute fälschen wir den Nachkommen der in Massen als Kriminelle oder Illegale ins Land Gekommenen zuliebe die Geschichte und wollen sie für ihre »Aufbauleistungen« würdigen.

Selbst die FDP forderte 2011 vom Bundestag einen Vorschlag, wie man die Aufbauleistungen der Türken in Deutschland anlässlich des 50. Jahrestages der Türkenanwerbung, die im Jahre 1961 einsetzte, im Oktober 2011 »würdevoll« im Deutschen Bundestag begehen könnte. Haben Sie als Steuerzahler schon einmal erlebt, dass sich unsere Politiker Gedanken darüber machen, wie man Ihre Leistungen als Steuerzahler »würdevoll« im Bundestag erwähnen könnte?

Der CDU-Abgeordnete Michael Wegner spricht im Parlament inzwischen den Türken zuliebe mitunter Türkisch. Er betonte nach einem Bericht der *Berliner Zeitung*, die CDU sei die eigentliche Integrationspartei. Denn sie habe 1961 die Anwerbeabkommen für Türken abgeschlossen. Er sei daher stolz auf seine Partei. Wegener ist mit der türkischstämmigen Politikerin Emine Demirbükten verheiratet.<sup>340</sup>

Seit 2011 existiert der türkische Vorschlag, die Leugnung der angeblichen türkischen Aufbauleistungen nach dem Krieg in Deutschland zum Tatbestand der Volksverhetzung zu machen und schwer zu bestrafen. Türkische Verbände fordern auch einen bundeseinheitlichen Gedenktag für den (angeblichen) türkischen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg. Und sie fordern ein Mahnmal vor dem Deutschen Reichstag, mit dem an die Errettung Deutschlands aus der Trümmerlandschaft durch Türken erinnert werden soll. Das Ganze ist der pure Wahnsinn, zu dem unsere Politiker fleißig nicken, weil es um die türkischen Wählerstimmen geht. Wir sollten unseren kulturfremden orientalischen Migranten kein Denkmal, sondern ein Mahnmal setzen. Ein Mahnmal für die Opfer der Inzucht.

### **Mendelsche Gesetze: Missgeschick beim Zeugungsakt**

Seit dem Jahre 1866 sind die nach ihrem Entdecker Gregor Johann Mendel (1822 bis 1884) benannten Gesetze bekannt.<sup>341</sup> Seither wurde bis vor wenigen Jahren in den Schulen unterrichtet, dass es bestimmte Regeln bei der Vererbung gibt: die Uniformitätsregel, die Spaltungsregel und die Neukombinations-

regel. Mit diesen drei Regeln konnte Mendel als einer der Ersten erklären, nach welchem Muster Eigenschaften der Eltern an ihre Nachkommen weitergegeben werden. Mendel kannte weder den Begriff der Gene noch den der Chromosomen. Aber er wusste, wie und warum »unerwünschte« Eigenschaften in der Tier- und Pflanzenwelt vererbt werden.

Bei der Vererbung regiert innerhalb des Regelwerkes der Mendelschen Gesetze der Zufall. Man kann das am besten mit dem alten Kalauer beschreiben, bei dem Physikgenie Albert Einstein und Blondes-Dummchen-Mimin Marilyn Monroe eine Rolle spielen: Sagt Marilyn zu Albert: »Wäre es nicht wundervoll, wenn wir ein Kind hätten mit deiner Intelligenz und meiner Schönheit?« Einstein erwidert: »Wäre toll, aber was machen wir, wenn es andersherum kommt?«

Bei der Inzucht kommt es häufig andersherum. Ein Fachmann würde etwa zu einer Erkenntnis von Mendel sagen: Gemäß den Mendelschen Gesetzen erscheinen durch Inzucht insbesondere auch rezessive Gene des Genotyps im Phänotyp. Die Folge der Inzucht ist damit die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit des homozygoten Auftretens von Extremen in beiden Richtungen. Im (verständlichen) Klartext: Es existiert bei der Inzucht die Gefahr einer extremen Häufung von krankhaften Genkombinationen. Jeder Kaninchen- oder Fischzuchtverein klärt seine Mitglieder darüber auf — aber bei Menschen, die aus einem fernen Kulturkreis kommen, finden wir das auf einmal ganz toll. Doch auch hier bedeutet das in der Realität: Paaren sich Menschen, die sehr nah miteinander verwandt sind, dann kann das hinsichtlich Begabung und Intelligenz häufig verheerende Folgen haben. Nach den Mendelschen Gesetzen der Genetik lässt sich die Begabung der Kinder — und damit auch die Wahrscheinlichkeit, welche Berufsqualifikation sie erreichen werden — in allen möglichen Partnerkombinationen ziemlich genau voraussagen. Bei Inzucht sind die Risiken am größten. Die Mendelschen Gesetze sind allerdings offenkundig in Hinblick auf Menschen heute ebenso wie Aussagen über die Vererbung von Begabung und Intelligenz politisch nicht mehr korrekt.

Seit der von Thilo Sarrazin angestoßenen Debatte um Zuwanderer aus rückständigen Kulturkreisen wird über viele Facetten einer angeblichen Bereicherung durch Zuwanderung gesprochen. Nur ein Thema klammert man dabei aus: die verniedlichend »Verwandtenheiraten« genannten Hochzeiten von häufig aus dem islamischen Kulturkreis stammenden Menschen, die schon vor der Heirat eng miteinander verwandt sind. Ebenfalls ausgeklammert wird der geringe Intelligenzquotient vieler »Bereicherer«. Den Zusammenhang können uns die Mendelschen Gesetze gut erklären. Für die Folgen zahlen wir alle einen hohen Preis.

Sicher ist, dass bestimmte Krankheiten durch einen genetischen Defekt ausgelöst werden. Und Krankheiten, die auf solchen Defekten beruhen, werden mit umso größerer Wahrscheinlichkeit vererbt, je näher die Eltern eines Kindes miteinander verwandt sind. Die Vererbung erfolgt bei sehr nahen Verwandten wie bei einer Kopiermaschine: Wenn der Fehler mal drin ist, bleibt er in der Familie, und die Krankheit lässt sich dann auf die familiäre Veranlagung und Vererbung zurückführen. Das heißt, dass Kinder eines mit einem genetischen Defekt vorbelasteten Menschen bei der Heirat eines Cousins ersten Grades mit großer Wahrscheinlichkeit eine Kopie des fehlerhaften Gens vererben werden. Das alles muss man wissen, wenn man über »Verwandtenheiraten« bei Migranten spricht.

Haben Sie auch nur eine ungefähre Vorstellung davon, was wir Steuerzahler für die aus verharmlosend »Verwandtenheiraten« genannten Inzuchtverbindungen und die aus ihnen hervorgehenden Kinder bezahlen müssen? Wie wir auf den nachfolgenden Seiten (die auf zahlreiche wissenschaftliche Quellen Bezug nehmen) sehen werden, sind ein häufig geringer IQ und schwere geistige Störungen eine der vielen Folgen solcher Inzuchtehen.<sup>342</sup>

Es gibt in Deutschland viele Tabuthemen im Zusammenhang mit Zuwanderung aus dem islamischen und anderen rückständigen Kulturkreisen. Das gilt vor allem in Hinblick auf deren Wertesystem und Normen. In der Türkei werden nach einem Bericht vom August 2011 auch weiterhin elf Jahre alte Mädchen verheiratet — man findet das völlig »normal«.<sup>343</sup> Zu keiner Zeit haben deutsche Zeitungen darüber berichtet, als führende europäische Muslime Ende 2010 in den Moslemverbänden zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz für Vergewaltigungen in der Ehe aufriefen.<sup>344</sup> Denn aus islamischer Sicht gibt es keine Vergewaltigung in der Ehe. Die ist in islamischen Ländern nicht sanktioniert. Eine Frau hat ihrem Mann jederzeit zu Willen zu sein und ihm zu gehorchen. Das gebietet der Islam. Das teilte etwa der Präsident des britischen Islam-Rates einer staunenden Öffentlichkeit mit. Die Briten, bei denen Vergewaltigungen in der Ehe seit 1991 verboten sind, müssten es hinnehmen, dass den Muslimen das eben gestattet sei. Muslimische Frauen dürften Vergewaltigungen in der Ehe übrigens auch in Europa nicht anzeigen. Wie absurd die auf dem Islam fußenden Vorstellungen sind, bewies ein Fall aus dem afrikanischen Zimbabwe. Dort lobte ein Richter im Jahre 2011 sogar einen Vergewaltiger, weil dieser bei der Gewalttat ein Kondom getragen hatte.<sup>345</sup> Natürlich hört man hierzulande wenig über derartige Dinge, weil sie tabuisiert werden. Umso dringender ist es, einige der Tabus zu brechen.

In deutschen Städten wie Duisburg wird in den türkischen Gemeinschaften jede fünfte Ehe zwischen Cousin und Cousine geschlossen.<sup>346</sup> Nach Angaben

des Essener Zentrums für Türkeistudien (ZfT) machen sie sogar ein Viertel der Heiraten von Türkischstämmigen in Deutschland aus. Das ist riskant<sup>347</sup>: Zeugen Cousin und Cousine ersten Grades ein Kind, ist die Wahrscheinlichkeit schwerster Anomalien und Krankheiten bei diesem doppelt so hoch wie bei Nachkommen einer gewöhnlichen Ehe. Türken haben diese systematische Inzucht nicht nur in Städten wie Duisburg durch ihre von uns beklatschten »Verwandtenheiraten« inzwischen unter bestimmten Migrantengruppen zum Normalfall gemacht. Und wer zahlt für die daraus resultierenden Folgen? Wir Steuerzahler.

In Nordrhein-Westfalen hat der frühere CDU-Integrationsminister Armin Laschet Projektanträge zum Thema Inzestaufklärung unter Migranten abgelehnt. Man will über das brisante Thema mit seinen dramatischen Folgen in Deutschland nicht sprechen. Man zahlt lieber aus der Steuertasche für die Folgekosten und schaut lächelnd weiter beim Import von Verwandtenbräuten aus Anatolien und anderen Weltgegenden zu. Wir werden jedoch auch in Deutschland über diese »ungenutzten Potenziale« unserer zugewanderten Mitbürger und über das Versagen der Politiker auf diesem Gebiet sprechen müssen. Im Berliner *Tagesspiegel* hieß es hinsichtlich des Wegsehens bei der Inzucht unter zugewanderten Mitbürgern aus dem islamischen Kulturkreis jedenfalls<sup>348</sup>: »Weder die psychischen Folgen der Zwangsehen noch die gesundheitlichen Folgen der Verwandtenehen scheinen bundesdeutsche oder Berliner Institutionen zu interessieren. In der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist das Thema überhaupt nicht bekannt: Man verweist auf das Bundesgesundheitsministerium, das ebenfalls überfragt ist. Ähnliches gilt für das Bundesfamilienministerium. Und bei der früheren Berliner Gesundheitssenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) war die Sprecherin schon über die Frage nach dem türkischen Heiratsverhalten pikiert: »Das ist Angelegenheit der Türken.«<sup>349</sup>

Das ist sie aber ganz sicher nicht. Denn es sind die europäischen Steuerzahler, die den so gezeugten, häufig psychisch gestörten Nachwuchs mit allen Facetten (etwa Schizophrenie) auch der körperlichen Missbildungen aus diesen rückständigen Inzuchtehen alimentieren müssen. Wer schon immer einmal wissen wollte<sup>350</sup>, warum in europäischen Kinderkliniken so viele Kinder türkischen oder arabischen Ursprungs liegen, der kann die Ursachen dafür leicht ermitteln, wenn er für die Wahrheit bereit ist.<sup>351</sup> Sie lautet schlicht und einfach: »Da gerade in der Türkei und arabischen Ländern Ehen zwischen Blutsverwandten verbreitet sind, gibt es unter ihnen auffällig oft geistige Behinderungen und Stoffwechselkrankheiten sowie Erkrankungen des zentralen Nervensystems durch Störung einzelner Gene.«



Wir züchten heute systematisch eine zugewanderte Generation Doof, ein wachsendes aggressives, debiles Heer von Zurückgebliebenen, das nicht nur Deutschland innerhalb Europas zum Land der Hilfsarbeiter machen wird. Wir finanzieren eben lieber Schmuseprojekte der Integrationsindustrie, die politisch korrekt erscheinen. Aber es geht nicht nur um die direkten medizinischen Behandlungskosten. Immer öfter mutiert der bei Verwandtenhochzeiten gezogene Nachwuchs zum Schwerbehinderten oder gleich zum Frührentner.

Etwa jeder zweite Ägypter (Länder-IQ 81), Iraker (Länder-IQ 87), Libyer (Länder-IQ 83), Jordanier (Länder-IQ 84), Omani (Länder-IQ 83), Saudi (Länder-IQ 84), Emirati (Länder-IQ 84) oder Palästinenser (es liegt kein aktueller IQ-Wert vor) entstammt aus einer »Verwandtenehe«.<sup>352</sup> Das Risiko, einen niedrigeren Intelligenzquotienten als 70 zu haben, steigt bei solchen Beziehungen um etwa 400 Prozent. Seit 1978 sind diese wissenschaftlichen Forschungsergebnisse frei zugänglich.<sup>353</sup> Auch arabische Wissenschaftler haben inzwischen bestätigt, dass die geistige Zurückgebliebenheit eine der vielen Folgen von »Verwandtenehen« ist, die im islamischen Kulturkreis verbreitet anzutreffen sind.<sup>354</sup> Überall auf der Welt sind die Untersuchungsergebnisse in Bezug auf junge Muslime aus Inzuchtverbindungen gleich (es existieren dazu auch Studien aus Indien<sup>355</sup>).

Die Folge? Überall in Europa fallen immer mehr Kinder von Migranten aus dem islamischen Kulturkreis dadurch auf, dass sie selbst einfachste Schulabschlüsse nicht schaffen. Sie sind geistig dazu nicht in der Lage. Wir wollen das allerdings nicht wahrhaben. Und deshalb suchen wir die Ursachen in der angeblichen schlechten sozialen Lage der Familien. Wir verdrängen, dass in europäischen Ballungsgebieten mit hoher Zuwanderung aus islamischen Staaten inzwischen - wie etwa in Kopenhagen<sup>356</sup> — bis zu 70 Prozent der Kinder in Einrichtungen für geistig Behinderte aus »Verwandtenhochzeiten« stammen. Die begrenzte Fähigkeit, Wissen zu verstehen, zu wertschätzen und hervorzuheben, ist bei vielen Mitbürgern aus dem islamischen Kulturkreis offenkundig die Folge eines häufig eher begrenzten IQs.<sup>357</sup>

Die Deutschen besaßen in Europa mit 107 einmal den höchsten Intelligenzquotienten. Darüber berichtete etwa die britische Zeitung *Times*.<sup>358</sup> Durch Migration und Zuwanderung geistig schwächerer Mitbürger ging es dann steil bergab mit ihm. Volkmar Weiss, bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2008 Leiter der Deutschen Zentralstelle für Genealogie in Leipzig, forscht auf dem Gebiet des »Verfalls der nationalen Begabung«. Schuld daran, so Weiss, seien in Deutschland jetzt vor allem türkische Migranten, denn deren Intelligenzquotient liege im Durchschnitt nur bei 85. Man verdächtigt ihn wegen solcher Angaben, ein Rechtsextremist zu sein.<sup>359</sup> Man darf hierzulande aus Gründen

der politischen Korrektheit (noch) nicht offen sagen, dass Deutschland beispielsweise durch Zuwanderung aus islamischen und anderen rückständigen Regionen langsam, aber sicher verblödet.

In unserem westlich-abendländischen Kulturkreis existieren aus gutem Grund bestimmte Verhaltensregeln, die uns bei unserer Entwicklung sowie unserem wirtschaftlichen und kulturellen Fortkommen hilfreich gewesen sind. Dazu zählte in der Vergangenheit etwa die Sanktionierung von Heiraten unter Verwandten. Denn die Inzucht im engsten Familienkreis (»Blutschande«) hat schwerwiegende Folgen, die wissenschaftlich belegt sind. Andere Länder, andere Sitten: Gerade in der Türkei und in den arabischen Ländern sind Ehen zwischen Blutsverwandten verbreitet, sodass es nicht verwundern muss, wenn es unter ihnen auffällig oft geistige Behinderungen und Stoffwechselkrankheiten sowie Erkrankungen des zentralen Nervensystems durch Störung einzelner Gene gibt. Eine Berliner Zeitung berichtete: »Immer mehr Kinder im Berliner Stadtteil Neukölln kommen mit angeborenen Behinderungen zur Welt. Als Grund wird Inzest vermutet. Die Ehe zwischen Verwandten unter türkischen und arabischen Migranten ist weit verbreitet und ein Tabuthema.«

In Städten wie Berlin ist es offenkundig: »Da es sich bei den Berliner Türken überwiegend um Migranten aus ländlichen Gebieten und der sozialen Unterschicht handelt, könnte der Anteil an Verwandtenehen hier sogar noch größer sein«, vermutet Ali Ucar vom schulpsychologischen Dienst in Kreuzberg. Als er 1997 mehr als 60 türkische Familien von Vorschulkindern befragte, stellte sich heraus, dass fast alle Ehepartner miteinander verwandt waren. Für ganz Berlin geht Ucar davon aus, dass rund 40 Prozent der Türken zweiter Generation >ihren Ehegatten unter Verwandten ausgesucht haben\*.«<sup>360</sup> Rein »zufälligerweise« schaffen genau die Kinder aus solchen Ehen meistens nicht einmal den einfachsten Schulabschluss. Wer darüber spricht, der ist allerdings ein »Rechtsextremist«.

In anderen europäischen Ländern spricht man ganz offen über das Thema: Die Äußerungen der *Labour*-Abgeordneten Ann Cryers und des ehemaligen *Labour*-Umweltministers Phil Woolas im Jahre 2008 sorgten keineswegs für Unruhe im Land. Beide sind aus deutscher Sicht »Rechtsextremisten« - obwohl sie der sozialistischen *Labour Party* angehören. Beide warnten öffentlich vor der Inzucht unter den Zuwanderern und ihren schlimmen Folgen, die für die Gesellschaft extrem kostspielig sind. Sie bestanden darauf, dass die Inzucht etwa unter pakistanischen Mitbürgern endlich ohne Vorbehalte öffentlich diskutiert werden müsse.<sup>361</sup> Auch unter Indern ist Inzest weit verbreitet, wie die BBC berichtete. Die Briten sprechen, wie man unschwer erkennen kann, also ganz offen darüber. Von deutschen Politikern wie etwa dem indischstämmigen

SPD-Migrationsexperten Sebastian Edathy hört man zu diesem Thema allerdings beinahe nie etwas.

Da solche nahen Verwandtenheiraten zur Stärkung der Familienbande im islamischen Kulturkreis oftmals ausdrücklich erwünscht sind, hatte der damalige britische Umweltminister Phil Woolas (ein Sozialist) 2008 mit ungewohnt offenen Worten die unter Orientalen verbreitete Verwandtenhochzeit angegriffen und auf die daraus resultierenden genetischen Schäden hingewiesen. Während pakistanischstämmige Briten nur drei Prozent der Neugeborenen stellten, seien sie aber für ein Drittel aller genetisch bedingten Missbildungen bei diesen in Großbritannien verantwortlich. Woolas wurde bei seinen Aussagen von der Abgeordneten Ann Cryers unterstützt, die ausdrücklich von »Inzucht« sprach. Woolers erklärte, das Thema dürfe nicht länger tabuisiert werden. Es ist bislang undenkbar, dass man so etwas in Deutschland seitens verantwortlicher Stellen aussprechen würde.

Für die Folgen zahlen wir in Deutschland lieber mit unvorstellbaren Summen: für die körperlichen Missbildungen und die geistigen Störungen ebenso wie für die immer häufigeren brutalen Angriffe der psychisch Gestörten. Zunächst ein typischer »Einzelfall«, der die verheerenden Folgen der psychischen Störungen bestimmter Migranten und unseren Umgang damit dokumentiert. In einem Wahnanfall hatte Mitte Juni 2010 die 25 Jahre alte Palästinenserin Shahad Q. in Düsseldorf-Flingern ihrem drei Jahre alten Kind den Kopf abgeschnitten.<sup>362</sup> Sie ließ ihr Kind nach einem Schnitt in die Halsschlagader ausbluten, schnitt ihm dann den Kopf ab und gab die Tötung auch sofort zu. Sie wählte sich und ihr Kind von Geheimdiensten verfolgt. Eine Lokalzeitung berichtete: »Laut einer psychiatrischen Sachverständigen leidet sie bereits seit Langem unter einer schweren Psychose mit schizophrenen Formen.« Die mit einem Palästinenser verheiratete Frau war im achten Monat schwanger und wurde wegen ihrer psychischen Störung, die zur Kindestötung führte, nicht strafrechtlich verfolgt. Stattdessen erfuhr sie eine Betreuung in einer Klinik — und wir alle zahlen für die Folgekosten.

Die Zeitungen berichten über solche Fälle klein und verschämt als »Familientragödien«. Sie hinterfragen die weitverbreitete Schizophrenie unserer Zuwanderer niemals. Das wäre politisch nicht korrekt. Im Gegenteil. Der zuständige Staatsanwalt Andreas Stüve sagte verständnisvoll über die irre Migrantin, die ihrem Kind den Kopf abgeschnitten hatte: »Aus ihrer Sicht war die Tat erforderlich.«<sup>363</sup> Shahad Q. wird jetzt auf unsere Kosten liebevoll in einer psychiatrischen Fachklinik betreut.

Wenn die Produkte von »Verwandtenheiraten« in Deutschland morden, vergewaltigen, Rentner ausrauben, U-Bahn-Fahrgäste zusammenschlagen, von

Mitschülern Geld erpressen oder ihre eigenen Kinder töten, dann werden sie dafür häufig nicht wie ethnische Europäer bestraft. Da, wo ethnische Europäer mit der vollen Härte des Gesetzes zur Verantwortung gezogen werden, da mildern Richter bei Migranten sofort die Urteile ab, weil diese ja extrem häufig »psychisch gestört« und nicht voll zurechnungsfähig sind.

Egal ob in Stuttgart gegen die zugewanderten türkischen Mörder von Yvan Schneider<sup>364</sup> verhandelt wird oder in Kassel ein Türke einen Priester mit dem Messer zu ermorden versucht<sup>365</sup>, die Täter erhalten stets sofort mildernde Umstände, weil sie ja häufig aus Inzucht-Verwandtenheiraten stammen, schizophoren, depressiv oder mit geringstem IQ geistig so debil sind, dass wir sie für ihre Taten nicht wirklich bestrafen dürfen. Das geht schon seit vielen Jahren so. Als im Jahre 2000 nahe Wiesbaden eine Polizeistreife einen 25 Jahre alten Türken kontrollierte, schoss dieser einem Polizisten in die Leber, dem anderen in den Kopf.<sup>366</sup> Ein 32 Jahre alter Polizist starb, sein junger Kollege war für den Rest seines Lebens berufsunfähig. Der Türke? Der kam natürlich nur in eine psychiatrische Abteilung - wie üblich in solchen Fällen. Seither hat sich nichts geändert. Im Juni 2010 schnitt der 27 Jahre alte Moslem Server I. auf einem Kinderspielplatz im Sandkasten einem fünf Jahre alten Jungen einfach so den Kopf ab. Der Täter kam sofort in die geschlossene Psychiatrie, schließlich hatte er bei der Tat laut »Allahu Akhbar« gerufen und behauptet, innere Stimmen hätten ihn zu dem Verbrechen gezwungen. Das reichte, um den Mitbürger sofort von seiner Schuld zu befreien. Ein weiteres Beispiel: Mehmet O. (46) - er hatte seine 15 Jahre alte Tochter Büsra nahe Schweinfurt erstochen. Bei der Verhandlung vor Gericht ging es im Jahre 2010 beinahe nur noch um den Geisteszustand dieses Mannes, alles andere war nebensächlich. Ein Auszug aus einem Gerichtsreport: »Die Verteidigung will so beweisen, dass der Türke zum Tatzeitpunkt psychisch-depressiv erkrankt war und seine Tochter Büsra (15) steuerungsunfähig im Affekt getötet hat. Der psychiatrische Gutachter der Uni Würzburg blieb demgegenüber dabei, dass Ö. nur mittelschwer depressiv war und der gezielte Griff zum Messer eine tief greifende Bewusstseinsstörung zum Tatzeitpunkt eher ausschließt.«<sup>367</sup>

Sofern ein Türke der »Ehre« halber seine Frau erdrosselt, ihr die Kehle durchschneidet oder sie mit der Axt erschlägt, dann lockt ein Aufenthalt in einer europäischen Nervenklinik mit Betreuern, die viel Verständnis für die psychischen Probleme der zugewanderten Kriminellen aufbringen. Die orientalischen Inzuchthochzeiten (verharmlosend »Verwandtenheiraten« genannt) bieten somit Vorteile in der zugewanderten Halb- und Schattenwelt der Kriminellen, die ethnische Europäer garantiert nicht genießen. Ein Türke, der in Hamburg seiner Frau den Kopf abgeschlagen und diesen an einer Tankstelle

abgelegt hatte<sup>368</sup>, ging nicht etwa ins Gefängnis. Er wird nun psychotherapeutisch betreut — wir zahlen doch gern dafür, oder etwa nicht?

Immer mehr Migranten aus Ländern mit niedrigem IQ fallen mit zunehmender Häufigkeit (negativ) auf. Wir suchen in Deutschland ständig weiter nach den Gründen dafür<sup>369</sup> - nur die Wahrheit, die wollen wir lieber (noch) nicht hören. Die Verhaltensauffälligkeiten und der häufig verminderte IQ haben eben wohl auch mit der Inzucht in bestimmten Kulturkreisen zu tun. Nun müssen wir in Deutschland künftig sparen. Und die Konsequenz aus diesen Erkenntnissen wird irgendwann lauten müssen: Sparen wir uns doch endlich diese importierte Inzucht!

Der dänische Psychologe Nicolai Sennels wird von den renommierten dänischen Tageszeitungen häufig zitiert.<sup>370</sup> Sennels ist ganz sicher kein »Rechtsextremist«. Dank ihm sprechen die Dänen heute ganz offen über die schwerwiegenden Folgen der häufig anzutreffenden Inzucht von bestimmten Migrantengruppen in Dänemark - vor allem über die finanziellen.<sup>371</sup>

In der Türkei gibt es wegen der vielen Inzuchtfälle (»Verwandtenehen«) inzwischen eine staatliche Aufklärungskampagne. Brautpaare werden dort vom Gesundheitsamt vor der Hochzeit über genetische Risiken der Inzucht aufgeklärt und nach geistigen Behinderungen in der Familie befragt. In der Türkei tut sich also etwas in dieser Hinsicht, in Deutschland ist allerdings weiter Wegschauen angesagt.<sup>372</sup> Man will hierzulande nicht, dass über die Inzucht unter Türken gesprochen wird. Das Ganze ist ein Tabuthema. Darüber berichtete im Juni 2011 auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.<sup>373</sup> In Deutschland ist es sogar unerwünscht, dass Wissenschaftler die Folgen der Inzucht von Migranten erforschen. Ganz anders sieht die Situation zeitgleich in Großbritannien aus: Die Londoner Tageszeitung *Daily Mail* berichtete im Juni 2011 in einem ausführlichen Beitrag über den Einsatz der sozialdemokratischen britischen Abgeordneten Anne Cryer gegen die im islamischen Kulturkreis weitverbreitete Inzucht (»Verwandtenehen«). Und wenige Tage zuvor forderte der bekannteste britische Genetiker Professor Steve Jones das sofortige Ende der Inzucht unter Zuwanderern, weil diese durch die Produktion geistig und körperlich missgebildeter und schwer geschädigter Menschen die Zukunft Europas bedrohen.<sup>374</sup>

Im Sommer 2011 schockierte der renommierte Londoner Professor Steve Jones die muslimische Gemeinschaft in Großbritannien, weil er das häufige abartige Verhalten vieler junger Muslime in einem öffentlichen Vortrag auf die unter Muslimen heute noch weit verbreitete Inzucht zurückführte.<sup>375</sup> Jones, der am *University College* in London Vererbungslehre (Genetik) lehrt, erklärte unmissverständlich, die islamischen Verwandtenhochzeiten seien Inzucht, bei

denen viele Erbkrankheiten und geistige Debität gezüchtet würden. Muslimische Wohngebiete wie die britische Stadt Bradford seien Schwerpunkte dieser Inzucht. In Bradford leben 75 Prozent der Pakistaner in solchen erzwungenen Inzuchtehen<sup>376</sup> — statistisch gesehen sind in Großbritannien 55 Prozent aller Pakistanis mit Cousins ersten Grades verheiratet. Zwischen 5000 und 6500 pakistanische Kinder aus solchen Ehen werden pro Jahr (!) allein in Großbritannien mit schweren Erbgutschäden geboren, was eine ungeheure Belastung für die Zukunft Großbritanniens darstellt.<sup>377</sup>

Im Sommer 2011 rief sogar die britische Muslima Yasmin Alibhai-Brown öffentlich dazu auf, das Schweigekartell über die islamische Inzucht zu durchbrechen.<sup>378</sup> Sie beschrieb in einer der größten britischen Tageszeitungen die große Zahl schwerbehinderter Kinder aus islamischen Inzuchtverbindungen. Sie nannte die Zustände in ihrer Verwandtschaft einen »Horrorfilm«, der allerdings Realität sei und in Zeitlupe über Jahre hinweg vor ihren Augen abgespielt werde. Vor einem Jahrzehnt habe sie die Hoffnung gehabt, dass die Verwandtenheiraten unter Muslimen in Großbritannien mit wachsendem Wohlstand bald der Vergangenheit angehören würden. Doch genau das Gegenteil sei der Fall. In ihrer Umgebung gebe es immer mehr solche Inzuchtehen. Das sei einer der typischen Wege, um sich der Integration zu entziehen und von der britischen Gesellschaft abzukapseln. Als das Gesundheitsamt der Stadt Bradford eine Kampagne begonnen habe, mit der junge Muslime über die genetischen Gefahren der Verwandtenehen unterrichtet werden sollten, da musste diese eingestellt werden, weil solche Informationen »rassistisch« und »islamophob« seien. Yasmin Alibhai-Brown wies allerdings darauf hin, dass junge Muslime heute sehr wohl wissen, welche genetischen Gefahren die Verwandtenehen mit sich bringen. Sie hätten allerdings nicht die geringste Chance, sich der Zwangsverheiratung zu entziehen.

Schon im Jahre 2008 hatte der britische Umweltminister Phil Woolas von der *Labour Party* (Sozialdemokraten) ein Ende der islamischen Inzuchtehen in Großbritannien gefordert.<sup>379</sup> Die Betreuung eines einzigen solchen Inzuchtkindes in einer Kinderklinik kostet die britischen Steuerzahler pro Jahr (!) 75 000 Pfund (etwa 91000 Euro). Die staatlichen britischen Krankenkassen müssen immer mehr Geld für die lebenslange Betreuung der beim Geschlechtsverkehr zwischen nahen Blutsverwandten gezeugten Kinder ausgeben. Nochmals zur Klarstellung: Pakistanis stellen in Großbritannien nur drei Prozent der Bevölkerung. Aber ihre Inzuchtkinder stellen ein Drittel aller Neugeborenen mit schweren Behinderungen, die auf Inzuchtehen zurückzuführen sind.<sup>380</sup> In Deutschland ist das bei den Mitbürgern aus dem islamischen Kulturkreis nicht anders, aber man darf aus Gründen der politischen Korrektheit bislang

nicht über die damit verbundenen, horrenden Folgekosten sprechen. Das Ganze gilt als Tabu.

Seit dem Jahre 2008 werden in Großbritannien neben der Inzucht bei Muslimen auch Vielehen staatlich anerkannt und finanziell gefördert, obwohl die Polygamie in Großbritannien gesetzlich verboten ist. Die damalige sozialdemokratische Regierung entschied, diese kulturelle »Bereicherung« ausschließlich bei Muslimen dergestalt zu fördern, dass bis zu vier Ehefrauen eines Moslems Anspruch auf staatliche Zuwendungen (etwa Sozialhilfe und Wohngeld) haben, diese allerdings mit Rücksicht auf die islamischen Sitten monatlich auf das Konto des Ehemannes überwiesen werden. Ein arbeitsloser Moslem, der mit vier Frauen verheiratet ist, bekommt seither 10 000 Pfund (etwa 11 500 Euro) mehr im Jahr als ein arbeitsloser verheirateter nicht muslimischer Brite auf sein Konto überwiesen.<sup>381</sup> Der Muslim kann sich jederzeit durch dreimaliges Ausstoßen der Scheidungsformel (»Ich verstoße dich«) von einer der Frauen trennen, eine neue nehmen und bekommt sofort die staatliche Unterstützung für den Neuzugang. Der ethnische nicht muslimische Brite könnte nicht einmal einen Blumenstrauß für eine Verabredung mit einer neuen Freundin steuerlich absetzen, wenn seine legale Ehe in die Brüche geht. Unter solchen Voraussetzungen findet die Diskriminierung von ethnischen Europäern überall auf dem Kontinent statt.

Zu ihrem Erstaunen erfuhren die Schweizer am 15. Oktober 2010 in der Hauptnachrichtensendung des Fernsehens, dass Paragraph 213 des Schweizer Strafgesetzbuches ersatzlos gestrichen werden sollte.<sup>382</sup> Damals hieß es dort noch: »Wer mit einem Blutsverwandten in gerader Linie oder einem voll- oder halbbürtigen Geschwister den Beischlaf vollzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.« Sex mit den Eltern oder Geschwistern und verniedlichend »Verwandtenheiraten« genannte Hochzeiten von Menschen, die schon vor der Ehe eng miteinander verwandt sind, sollten in der Schweiz legalisiert werden. Der Inzest solle dann straffrei sein, wenn er »einvernehmlich« geschieht und die Beteiligten volljährig sind. Ein Vater soll in der Schweiz mit seiner Tochter ganz legal ein Kind zeugen und damit zugleich Vater und Großvater des Neugeborenen werden dürfen - eine für viele Schweizer (noch) befremdliche Vorstellung. Denn die Mutter der Tochter wird dann zur Halbschwester des vom Vater neu gezeugten Kindes. Die Genetikerin Anita Rauch vom Institut für Medizinische Genetik der Universität Zürich sagte zur Initiative der Schweizer Bundesrates, die Chance, dass ein so gezeugtes Inzuchtkind schwere Erbgutschäden habe, betrage 30 Prozent. Sie hob hervor: »Da gibt es Hunderte von schweren Erkrankungen (...).« Der sozialistische Nationalrat Daniel Jositsch aus Zürich befand stattdessen, das Schweizer Sexual-

strafrecht müsse weiter »entrümpelt« werden von alten europäischen Moralvorstellungen. Vielleicht hat der Herr ja bislang nicht die *Neue Zürcher Zeitung* gelesen. Die ist unverdächtig, rechtsextremistisch oder ausländerfeindlich zu sein. Sie berichtete unter der Überschrift »Über Folgen arabischer Verwandtenehen« in der Einleitung des betreffenden Artikels: »Das Zentrum für arabische Genomstudien in Dubai hat eine starke Verbreitung von Erbkrankheiten in arabischen Gesellschaften nachgewiesen und die häufigen Ehen zwischen Blutsverwandten als eine der maßgeblichen Ursachen dafür angeprangert.«<sup>383</sup> Die Schweizer wollten also genau das fördern, was in den Herkunftsländern der Verwandtenehen inzwischen als schädlich erkannt wurde.

### **Kindesvergewaltigungen als »kulturelle Bereicherung«?**

Urteile von Landgerichten haben in Deutschland Signalwirkung. Sie dienen der Orientierung bei der Fortentwicklung des Rechts. Und das deutsche Recht — also unsere juristischen Normen — entwickelt sich nach einem Urteil des Osnabrücker Landgerichts aus dem Jahre 2011 nun offenkundig in eine Richtung, die man für einen schlechten Aprilscherz halten könnte: Muslimische Kindesvergewaltiger können sich künftig auf ein Urteil des LG Osnabrück berufen. Sie müssen nicht einmal Sozialstunden ableisten, wenn sie sich bei ihrem Verbrechen auf eine »muslimische Tradition« berufen. Die Richter des Osnabrücker Landgerichts mussten über eine muslimische Familie urteilen, die es vollkommen in Ordnung fand, dass eine Elfjährige vergewaltigt wurde. Im islamischen Kulturkreis sei das eben so Tradition, bekundete die Familie vor Gericht. Sie wusste, dass es in Deutschland andere als die islamischen Werte und Gesetze gegen Kindesvergewaltigungen gibt. Aber das störte die muslimische Familie nicht.

Die Mutter des Täters forderte aus Gründen der islamischen Tradition sogar ausdrücklich eine Kindesvergewaltigung. Was macht man da als Richter — Verständnis für die kulturelle Bereicherung zeigen oder den Täter wegsperren? Einen ethnischen Deutschen hätte man garantiert für viele Jahre ins Gefängnis gesteckt. Nun, die Richter hatten vollstes Verständnis für die islamische Tradition der Kindesvergewaltigung. Alle beteiligten Muslime wurden nur zu einer milden Bewährungsstrafe verurteilt.<sup>384</sup> Kein beteiligter muslimischer Vergewaltiger oder Anstifter muss ins Gefängnis.

Stellen Sie sich bitte bei dem nachfolgend näher beschriebenen Fall, der sich tatsächlich genauso abgespielt hat, einfach nur vor, die Täter wären ethnische



Deutsche oder Österreicher gewesen. Alle Medien hätten groß darüber berichtet. Und die Täter säßen jetzt garantiert lange Zeit hinter Gittern.

Die Einzelheiten: Einer 1995 nach Deutschland eingewanderten asozialen muslimischen Familie war bekannt, dass Vergewaltigung in Deutschland ebenso strafbar ist wie der Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen. Doch die Familie wollte an der islamischen Tradition festhalten, einigte sich mit Verwandten darauf, dass ein 21 Jahre alter Moslem aus der Familie eine Elfjährige aus der Verwandtschaft entführen, mit ihr — unabhängig von ihrem Willen — Geschlechtsverkehr haben und sie dann heiraten sollte. Die Elfjährige aus Lübeck wollte aber keinen Geschlechtsverkehr mit dem asozialen Analphabeten, der nach Angaben des Osnabrücker Landgerichts nicht die deutsche Sprache lernen und sich hier auch nicht integrieren will. Es fand nach der ersten Entführung des Kindes aus Lübeck ins Osnabrücker Land kein Geschlechtsverkehr statt. Der 21-Jährige traute sich da noch nicht, einfach so ein Kind zu vergewaltigen. Die Eltern des muslimischen Analphabeten drohten ihrem Sohn in den folgenden Tagen und forderten ihn auf, dies zu tun. Der Sohn gehorchte. Später wurde das Jugendamt auf das vergewaltigte Kind aufmerksam — alles wurde publik. Die ganze muslimische Familie hat die Vergewaltigung und die Anstiftung zum Geschlechtsverkehr mit der Elfjährigen gestanden. Das sei halt alles so »muslimische Tradition«.<sup>385</sup>

Die *Neue Osnabrücker Zeitung* schrieb zu dem Prozess: »Eine Tat, die auch nach Feststellungen der Verteidiger der drei Angeklagten durch nichts zu entschuldigen ist. Das betonte auch der Vorsitzende Richter in seiner Urteilsbegründung.«<sup>386</sup> Doch dann passierte das, was Migranten aus dem islamischen Kulturkreis in Deutschland ständig passiert: Sie wurden von den Richtern sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Nur Bewährungsstrafen! Der zusätzliche Hammer: Die Kriminellen müssen weder Sozialstunden abarbeiten noch eine Geldentschädigung zahlen, die *Neue Osnabrücker Zeitung* dazu: »Eine von der Anklagevertreterin zusätzlich geforderte Verurteilung zu einer Geldstrafe von jeweils 500 Euro lehnte das Gericht ab. Alle drei sollten jeweils das Geld in monatlichen Raten von 25 Euro zugunsten einer sozialen Einrichtung abstottern. Das ergebe nicht viel Sinn, meinte der Vorsitzende Richter, weil die Hartz-IV-Empfänger dafür keinen finanziellen Spielraum haben. Auch zu sozialen Diensten sind sie nicht verpflichtet worden, weil die drei dann für mögliche Jobangebote nicht zur Verfügung stehen.«

Hätte man einem ethnischen Deutschen nach einer Kindesvergewaltigung neben dem Gefängnis auch Geldstrafe und Sozialarbeit erspart, damit er mehr »finanziellen Spielraum« hat und theoretisch als Arbeitsloser für »mögliche Jobangebote zur Verfügung« steht? Es gibt eben inzwischen offenkundig zwei-

erlei Recht in Deutschland. Und ethnische Deutsche sind vor Gericht Menschen zweiter Klasse.

Wahrscheinlich haben sich die Richter vor dem Urteilspruch über die kulturellen Besonderheiten im islamischen Kulturkreis informiert. Dann wissen sie, dass in Ländern wie Jemen (Länder-IQ 85) oder Afghanistan (Länder-IQ 84) schon vier bis fünf Jahre alte Mädchen von 18 bis 25 Jahre alten heiratswilligen Männern vergewaltigt werden. Mit solch einer Vergewaltigung haben sie Anspruch darauf, dass der Kindesvater der Ehe zustimmt. Das amerikanische *National Geographic Magazine* hat im Sommer 2011 über die geheime Welt der Kinderbräute berichtet und fünf Jahre alte Mädchen fotografiert, die erst vergewaltigt und dann verheiratet wurden.<sup>387</sup> Diese kulturelle Besonderheit ist also aus der Sicht bestimmter Migranten völlig normal und legal und wird seit Jahrhunderten so praktiziert. Auch dafür müssen wir angeblich Verständnis haben.

Vielleicht hat einer der Osnabrücker Richter ja eine minderjährige Tochter oder Enkelin. Wenn die demnächst von einem zugewanderten Muslim wie im oben geschilderten Fall entführt und vergewaltigt wird, dann kann man den Richtern nur einen Rat geben: Bringen Sie den Fall erst gar nicht zur Anzeige. Denn bei muslimischen Kindervergewaltigern entscheiden die deutschen Gerichte heute zwar im Namen, aber ohne Rückendeckung des Volkes. Den Tätern wird nichts passieren, wenn sie die Kinder oder Enkel der Richter vergewaltigen, es sei denn, die Täter sind ethnische Europäer nicht muslimischen Glaubens. So ist das heute in der Unrechtsrepublik Deutschland. Falls Sie das nicht glauben, dann lesen Sie im Kapitel über kriminelle Zigeuner auch die Passage über den muslimischen Roma Muslija B., den Arnsberger Richter wegen seiner angeblichen »Haftempfindlichkeit« nach einer der brutalsten Kindesvergewaltigungen in der Geschichte dieses Landes einfach so laufen lassen.

Als wäre der geschilderte Fall, der vor dem Osnabrücker Landgericht verhandelt wurde, nicht schon starker Tobak genug, gab es im August 2011 eine ähnliche Entscheidung in Österreich. Im niederösterreichischen Bruck waren einer Supermarktverkäuferin beim Eintüten zufällig Fotos aus dem Umschlag gefallen, die eindeutig zeigten, wie ein Türke ein Kind missbrauchte. Sofort ging sie zur Polizei. Und die Staatsanwaltschaft ermittelte. Doch der Türke wurde nicht — wie in solchen Fällen üblich — verhaftet. Begründung: Das vergewaltigte Kind sei der eigene Sohn des Türken. Zudem handele es sich bei der Kindesvergewaltigung um eine »jahrelange Familientradition«.<sup>387a</sup>

Wir hatten ja weiter oben schon dargestellt, dass auch das Kölner Landgericht einen 35 Jahre alten Türken mit einem IQ von 40, der hinter einem

Supermarkt »einfach so« ein acht Jahre altes Kind vergewaltigt hatte, ohne Gefängnisstrafe laufen ließ. »Die Unterbringung in der JVA würde seine soziale Existenz völlig vernichten«, so der Richter.<sup>388</sup> Was aber hätten die Richter im vergleichbaren Fall mit einem ethnischen Deutschen gemacht? Hätten sie auch Rücksicht auf seine »soziale Existenz« genommen? Wohl kaum.

Sie glauben nicht, dass ethnische Deutsche vor deutschen Gerichten Menschen zweiter Klasse sind und die Richter ethnische Deutsche völlig anders behandeln als muslimische Migranten, für die sie sofort stets vollstes Verständnis haben? Dann sollten Sie jetzt erst einmal sicherstellen, dass Sie wirklich gut sitzen. Bleiben wir also beim oben ausführlich erwähnten Landgericht Osnabrück, das muslimische Vergewaltiger frei herumlaufen lässt, die ihre Tat eingestanden haben. Genau dieses Landgericht Osnabrück hat den Deutschen Adolf S. nach dreitägigem Prozess wegen Vergewaltigung einer Minderjährigen zu sieben Jahren Haft verurteilt. Zehn Mal habe er ein Mädchen zwischen deren zwölften und 17. Lebensjahr vergewaltigt. Adolf S. kam ins Gefängnis. Die Osnabrücker Richter sahen in ihm einen Verbrecher. Doch diese Richter beugten das Recht - denn sie wussten, dass das angebliche Vergewaltigungsopfer, das nach eigenen Angaben auch noch von einem weiteren Deutschen vier Mal missbraucht worden war, trotz dieser insgesamt 14 (!) angeblichen Vergewaltigungen zum Prozesszeitpunkt noch Jungfrau war!!! Die Rechtsmediziner erklärten, es sei unmöglich, ein Mädchen 14 (!) Mal zu vergewaltigen, das danach noch Jungfrau sei. Das interessierte die Richter nicht. Der zweite angebliche Vergewaltiger des Mädchens, Bernhard Michels, wurde ebenfalls verurteilt - und zwar vom Landgericht Oldenburg zu viereinhalb Jahren Haft. Sabine Rückert, die den Osnabrücker Justizskandal veröffentlichte, schrieb über die Richter: »Am schlimmsten aber trieb es das Landgericht Osnabrück selbst: Dort wurde in beiden Prozessen das Problem der Jungfernschaft gar nicht ernsthaft angepackt, obwohl das Gericht davon wusste. Auch eine psychiatrische Begutachtung der hochgradig verhaltensauffälligen Zeugin schenkten sich die Richter.«<sup>389</sup> Adolf S. und Bernhard Michels haben ihre Haftstrafen bis zum allerletzten Tag absitzen müssen. Alle Briefe, in denen sie um Wiederaufnahme ihres Verfahrens baten und ihre Unschuld beteuerten, wurden nicht beantwortet. Der in Papenburg lebende Adolf S. war früher Lastwagenfahrer, er ist heute ein psychisches Wrack. Bernhard Michels, früher ein gut verdienender Arbeiter auf einer Ölbohrinsel, hat sich in die Obhut der Psychiatrie geflüchtet. Es sind zwei Leben ethnischer Deutscher, die von Richtern skrupellos zerstört wurden.

Eben jene Osnabrücker Richter, die bis heute ihr Opfer Adolf S. nicht um Vergebung ihrer schweren Schuld gebeten haben, ließen 2011 die oben be-

schriebene muslimische Vergewaltigungsfamilie frei, obwohl es in jenem Fall nicht den geringsten Zweifel an ihrer Schuld gab. Das ist die Realität in der Migrantenschutzrepublik Deutschland.

Wieder nur ein bedauerlicher »Einzelfall«? Mitnichten! Fünf Jahre hat Biologielehrer Horst Arnold unschuldig im Gefängnis gesessen. Das Darmstädter Landgericht hatte den braven Deutschen verurteilt, obwohl es nicht den geringsten Beweis für die angebliche Tat gab. Im Gegenteil: Die Frau, die er angeblich vergewaltigt hatte, war überall als Lügnerin bekannt. Doch das interessierte die Richter nicht. Der deutsche Lehrer wurde als Verbrecher weggesperrt. Im Jahre 2011 wurde der Prozess neu aufgerollt - und Horst Arnold bekam einen Freispruch erster Klasse. Es gab bei nüchterner Betrachtung keinen Zweifel daran, dass er nie eine Frau vergewaltigt hatte. Für die fünf Jahre Haft erhält er nun pro Tag im Gefängnis eine Haftentschädigung von 20 Euro. Das war's.<sup>390</sup>

Noch ein weiterer, so bezeichneter »Einzelfall«: Gehen wir in ein anderes Bundesland. Schauen wir einmal nach Baden-Württemberg. 26 Jahre lang hatte der 59 Jahre alte Jost Mayer im Norden Stuttgarts einen kleinen Laden. 26 Jahre lang war der lustige Schwabe ein angesehener Bürger. Bis eine zehn Jahre alte Mitbürgerin mit einem Intelligenzquotienten von 51 behauptete, Herr Mayer habe versucht, sie in seinem Laden zu vergewaltigen.<sup>391</sup> Er habe einen Riegel vor die Tür geschoben, einen Vorhang zugezogen und sie auf einen Stuhl gezwungen. Jeder Polizist, jeder Richter, einfach jeder konnte sich schnell davon überzeugen, dass es im Laden des Jost Mayer keinen Vorhang, keinen Riegel und keinen Stuhl gab. Es interessierte aber niemanden. Wichtig war die Aussage der kleinen schwachsinnigen Idiotin. Jost Mayer sagte dem Haftrichter, er würde gern bei der Aufklärung helfen. Der Haftrichter würdigte ihn keines Blickes, ließ ihn wie ein Tier in Ketten legen, die einen Ochsen gehalten hätten. Der Richter wies Jost Mayer sofort ins Hochsicherheitsgefängnis Stuttgart-Stammheim ein. Und dann begann das, was Jost Mayer heute den »psychischen Holocaust« nennt. 77 Tage lang saß der Schwabe dort unschuldig mit drei Kriminellen in einer Gemeinschaftszelle, bis allen Beteiligten klar war, dass die kleine schwachsinnige Mitbürgerin ihre Aussage aus einer Gerichtsshow im Fernsehen entlehnt und bei der Polizei gelogen hatte. Jost Mayer erhielt pro Gefängnistag 25 Euro Haftentschädigung, abzüglich Verpflegungskosten und Betreuungsaufwand. Und er bekam 1100 Euro für seine Anwaltskosten. Die waren allerdings mehr als doppelt so hoch. Der Schwabe ist heute ruiniert. Finanziell und seelisch. In seinem Laden, den er drei Monate lang hatte schließen müssen, kauft keiner mehr ein. Schließlich galt er ja als »Kinderschänder«, der »gesessen« hatte. Alle kümmern sich jetzt um die kleine

Idiotin mit dem IQ von 51. Ein Team von Psychologen und Betreuern sucht nach Wegen, ihr aus einer möglichen Krise zu helfen. Vielleicht braucht sie ja im Kreise ihrer Familie eine Karibik-Kreuzfahrt auf Kosten der deutschen Steuerzahler? Die Kleine ist schließlich nicht irgendwer, sondern eine künftige »Bereicherung« für Deutschland. Und wen interessiert da schon das Schicksal von Jost Mayer?

Zu alledem, was hier beschrieben wurde, gehört etwa auch, dass deutsche Frauen, die sich mit Türken einlassen, beim ersten Geschlechtsverkehr noch Jungfrau sein müssen. Deutsche Richter geben deutschen Frauen eine Mitschuld, wenn sie einem die Beherrschung verlierenden Orientalien verschweigen, dass sie vor ihm schon einen anderen Freund hatten. Türke Yüksel K. (34) hatte in einem derartigen Fall in Köln-Kalk ein Küchenmesser genommen und versucht, seine 25 Jahre alte deutsche Freundin damit zu ermorden.<sup>392</sup> Immer wieder stach er auf die deutsche »Schlampe« ein. Die Frau überlebte schwer verletzt, die Milz musste ihr entfernt werden. Und dann im Juni 2011 das unfassbare Urteil: Die Kölner Richter gaben der Frau eine Mitschuld, sie habe die Beziehung zu dem Türken »emotional aufgeladen«, weil sie diesem verschwiegen habe, dass sie vor ihm schon einen Freund hatte. Yüksel K. zeigte vor Gericht keine Reue. Warum auch? Die deutschen Richter hatten doch Verständnis für ihn ...

Auch viele Polizisten sind über solche »bereichernden« Fälle wütend. Im Sommer 2011 erreichte den Autor beispielsweise folgende Zuschrift: »Ich arbeite bei der Polizei in einem Kommissariat, in dem Sexualdelikte bearbeitet werden. Diese Fälle hatte ich bereits mehrmals zur Bearbeitung. Geschehen ist seitens der Gerichte nie etwas, verurteilt wurde meistens niemand. Auch hat es kein Amt etc. gestört, wenn ich in meinen Berichten darauf hingewiesen habe, wie es den Roma möglich war, obwohl sie doch Hartz IV beziehen, für diese Kinderverheiratungen Beträge von 25 000 bis 40 000 Euro an die Familien zu bezahlen. Ach ja, letzten Monat hatten wir in unserer Behörde eine Vergewaltigung. Vier serbische Kinder im Alter von elf bis 13 Jahren vergewaltigten ein 13 Jahre altes deutsches Mädchen auf das Brutalste. Geschehen ist nichts. Das Jugendamt beziehungsweise die Jugendgerichtshilfe hat sofort für Therapieplätze der Täter gesorgt, sie müssen versorgt werden. An das Mädchen hat niemand gedacht, sie kann sich selber therapieren.«

## Tabuthema Affenpuff

Wir importieren mit neuen Mitbürgern auch Verhaltensweisen bei Sexualpraktiken, die mit unserem zivilisierten Kulturkreis nicht vereinbar sind. Kennen Sie den Schauspieler Hannes Jaenicke? Der hatte im Jahre 2008 Orang-Utan-Weibchen aus einem Affenpuff in Indonesien (Länder-IQ 87) gerettet. Eingezwängt in aufreizende rosafarbene Unterwäsche und am ganzen Körper rasiert, mussten die Tiere perversen Indonesiern in einem der vielen Affenbordelle zu Diensten sein.<sup>393</sup> Im streng islamischen Indonesien ist Sex mit Tieren nichts Ungewöhnliches. Mitunter berichtet die Zeitung *Jakarta Post* darüber, wenn Männer eines Dorfes eine Kuh missbrauchen. Denn die Kuh wird dann anschließend feierlich getötet.<sup>394</sup>

Die Islamkritikerin Neda Kelek erklärt, Sex mit Tieren habe im Islam Tradition.<sup>395</sup> Und sie erläutert: »Der muslimische Mann muss ständig der Sexualität nachgehen. Er muss sich entleeren, heißt es, und wenn er keine Frau findet, dann eben ein Tier (...). Das hat sich im Volk durchgesetzt, das ist Konsens.« In vielen islamischen Ländern ist Sex mit Schafen ausdrücklich erlaubt. Das ist im Libanon nicht anders. Dort ist Männern allerdings der Geschlechtsverkehr mit männlichen Schafen per Gesetz verboten. Dafür kann im Libanon die Todesstrafe verhängt werden.<sup>396</sup> Diese kulturellen Vorstellungen importieren wir mit den Migranten auch nach Europa.

Es vergeht heute keine Woche, in der nicht Migranten ertappt (und deshalb gesucht) werden, die auf europäischen Weiden Geschlechtsverkehr mit Vieh haben. In Großbritannien werden Fotos von Migranten, die sich auf Weiden an Tieren vergehen, heute zur Abschreckung veröffentlicht. Da findet sich nun etwa der kurdische Asylbewerber Hidyat Amin (34), wohnhaft in Alum Rock bei Birmingham, ins öffentliche Rampenlicht gestellt, weil er auf einer Weide ein Schaf missbrauchte. Sein Sperma und die DNA überführten ihn.<sup>397</sup> In Deutschland würde man anders handeln — nämlich schamvoll wegschauen. Zumindest aber keine weiteren Details veröffentlichen.

Im Juli 2011 erwischte Pferdezüchter Norbert B. bei Bothfeld (Niedersachsen) einen Mann, der eines seiner Ponys auf der Weide festgebunden hatte und dieses von hinten missbrauchte. Der Mann (»schwarze Haare, brauner Teint«<sup>398</sup>) rannte nackt weg. In der Kriminalstatistik werden diese Fälle in Deutschland seit dem Jahre 1969 nicht mehr erfasst. Kommt es zu Verletzungen beim Tier, dann wird allenfalls wegen Sachbeschädigung ermittelt. Tierschützer fordern wegen der zunehmenden Zahl der Fälle wieder ein Verbot von Sodomie — bisher allerdings vergeblich.<sup>399</sup> Wir stellen uns taub und blind, die Verantwortlichen in diesem Land tun so, als gebe es diese widerlichen Fälle nicht.

Überall finden sich im Internet Filmaufnahmen von Mitbürgern aus fernen Kulturkreisen, die von erstaunten Beobachtern zufällig bei der Sodomie gefilmt wurden. Legendär sind die Aufnahmen, die amerikanische Drohnen mit Wärmebildkameras nachts in Afghanistan gemacht haben. Man sieht dort, wie brünftige *Taliban-Ksieger* Esel besteigen.<sup>400</sup> Das ist im islamischen Kulturkreis nicht ungewöhnlich. Islam-Erfinder Mohammed selbst hat es seinen Anhängern im 7. Jahrhundert ja so vorgelebt. In der Überlieferung heißt es über Mohammed: »Ibn Sharib erzählt, Ib Abdul Talib habe gesagt: >Immer wenn seine Frauen sich in ihrer monatliche Reinigung (das heißt Menstruation) befanden, sah ich den Gesandten Allahs des Öfteren in der Nähe seiner Kamelherde. Dort pflegte er liebevollen Umgang mit den weiblichen Tieren, wandte sich aber mitunter auch den Jungtieren beiderlei Geschlechts zu.«<sup>401</sup>

Sex mit Tieren oder Kindern wurde Muslimen allerdings nicht nur von Mohammed erlaubt. Der iranische Ajatollah Chomeini, der Persien nach der Revolution von 1979 regierte, schrieb etwa in seinem Buch *Tahrir al Wasilah — Freigabe des Mittels - Buch der Ehe* im Band 2 auf Seite 241 unter Punkt 12: »Es ist nicht erlaubt, Geschlechtsverkehr mit der Ehefrau vor der Vollendung ihres neunten Lebensjahres zu haben, sei es in einer dauerhaften Ehe oder einer befristeten. Was die anderen Freuden angeht, wie das Berühren mit Lust, das Umarmen oder den Schenkelverkehr, so ist dies kein Problem, selbst wenn sie noch ein Säugling ist.« Und unter Punkt 23 lässt Chomeini die Muslime wissen: »Ein Tier, mit dem man Geschlechtsverkehr hatte, sollte geschlachtet und verbrannt werden, wenn es von der Sorte ist, welche man für gewöhnlich isst, so wie das Schaf, die Kuh oder das Kamel. Darüber hinaus muss jener, welcher Verkehr mit dem Tier hatte, den Wert des Tieres ersetzen, wenn er nicht selbst der Besitzer ist. Wenn das Tier von der Sorte war, die man zum Transportieren von Lasten oder zum Reiten benutzt und deren Fleisch man nicht begehrt, so wie der Esel, das Maultier oder das Pferd, dann soll es von dem Ort, an dem mit ihm verkehrt wurde, in eine andere Region gebracht werden und dort verkauft werden. Den Erlös erhält jener, der mit dem Tier Geschlechtsverkehr hatte, oder er muss den Wert ersetzen, wenn er nicht der Besitzer war.« Im Klartext: Wenn der oben genannte Mitbürger, der ein Pony des Pferdezüchters Norbert B. bei Bothfeld missbrauchte, das Tier an einem anderen Ort auch noch verkauft hätte, dann wäre die Angelegenheit — zumindest für den Muslim — erledigt gewesen, sobald er Norbert B. das Geld übergeben hätte. So will es die islamische Weisheit.

Wie reagieren wir, wenn Mitbürger aus diesem Kulturkreis auf unseren Weiden und in den Ställen über unser Nutzvieh herfallen? Wir haben Mitleid. Nein, nicht etwa mit den Säugetieren, sondern mit dem zugewanderten Täter.

Da hatte beispielsweise in der Nähe des spanischen Ortes Almeria ein illegaler Migrant im Juni 2011 versucht, ein Pferd sexuell zu missbrauchen. Er kannte das schließlich so aus seinem Kulturkreis. Dummerweise sah das Pferd das Vorhaben anders und trat dem Migranten mit den Hufen vor den Kopf.<sup>402</sup> Der Mitbürger musste stationär im Krankenhaus von Almeria behandelt werden. Der Mann wurde dann von der *Guardia Civil* in seine Heimat deportiert. Müssen wir nun Mitleid mit dem Mitbürger haben? Oder doch besser mit dem Pferd?

Auch dies ein Einzelfall? Nein, keineswegs. Bis zu drei Jahre Haft drohten einem Türken, der in der südhessischen Stadt Groß-Gerau mehrfach auf einer Weide Sodomie mit einem Schaf getrieben hatte. Der Eigentümer der Schafherde schöpfte Verdacht und installierte eine Überwachungskamera, die dann den Türken aufnahm. Der 44 Jahre alte Türke gestand ein, sich an dem Tier vergangen zu haben. In der Originalmeldung des Polizeipräsidiums Südhessen über diesen Fall war die Herkunft des Tierschänders nicht ersichtlich. Nur australische Zeitungen berichten darüber, dass es sich um einen Türken handelte. Wir nehmen ja in Deutschland auf alles Rücksicht, nicht wahr? Manchmal allerdings geht es böse für die zugewanderten Tierschänder aus: Prominentenarzt Dr. Baricevic hatte drei Hunde vergewaltigt. Es waren allerdings Kampfhunde der Rasse Bullmastiff. Die verstanden seine Triebe nicht und zerfleischten ihn.<sup>403</sup> Übrigens: In den USA geht man hart gegen solche Tierschänder vor: Der schwarze Mitbürger Rodeil Vereen, der mehrfach Analverkehr mit einem Pferd in einem Stall hatte, wurde zu drei Jahren Haft verurteilt.<sup>404</sup>

In fernen Kulturkreisen passieren seltsame Dinge auf den Weiden: Schock für einen Hirten in der Türkei. In seiner Herde wurde ein Schaf mit dem Gesicht eines Menschen geboren.<sup>405</sup> Darüber berichteten türkische Medien, unter anderem *CNN Türkei*. Zunächst konnte sich keiner die seltsame Deformation erklären. Selbst Veterinärmediziner waren ratlos. Bauern hatten den Tierarzt Erhan Elibol (29) in ein kleines Dorf bei Izmir gerufen<sup>406</sup>, weil ein trächtiges Schaf sichtliche Probleme hatte, ein Lamm auf die Welt zu bringen. Der Tierarzt öffnete schließlich den Bauch des Tieres, um das Lamm auf die Welt zu holen. Doch beim Anblick der Missbildung sollte allen Zuschauern ein Schreck in die Glieder gefahren sein. Das Tier hatte den Körper eines Schafes. Doch Augen, Nase und Mund sahen aus wie bei einem Menschen. Der Tierarzt: »Ich habe Mutationen bei Kühen und Schafen schon zuvor gesehen. Doch bei diesem Jungtier konnte ich meinen Augen nicht glauben.« Die örtlichen Behörden vermuteten, dass das Schaf von einem Menschen missbraucht worden sei. Sex mit Tieren wird als Sodomie bezeichnet und ist in



westlichen Ländern ein Tabu. Woher aber sollen Mitbürger aus bestimmten Kulturkreisen das wissen?

Die Türkei ist auf diesem Gebiet führend. Und zwar weltweit. Das sagt kein Rechtsextremist. Nein, das belegt die Suchmaschine *Google*. Die meisten Suchanfragen nach Sodomie und Kinderpornografie kommen aus der Türkei — auch die meisten Suchanfragen nach Sex mit einem Schaf oder Esel. Säuglinge, Kinder, Schafe, Kamele und Esel - das ist es, was die meisten Türken in Zusammenhang mit Sex im Internet laut *Google* suchen.<sup>407</sup> Ehrenmorde, Inzucht, niedriger Intelligenzquotient und Sodomie - Europa entwickelt sich jetzt unter dem Ansturm dieser Mitbürger unaufhaltsam in eine ganz bestimmte Richtung.

### **Sind mehr als 70 Prozent der Vergewaltiger Türken?**

In einer Stadt wie Köln sind laut Angaben der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer mehr als 70 Prozent der Vergewaltiger Türken. Viele weitere sind »Südländer« und andere Migranten. Das ist eine der vielen Folgen der Kombination von niedrigem IQ und einem Wertesystem, in dem unverschleierte europäische Frauen als »Schlampen« gelten.

Überall bietet sich jetzt das gleiche abscheuliche Bild. Da standen im Sommer 2011 in Berlin Mitbürger Tarkan R. (16) und Reda M. (17) vor Gericht. Sie hatten zusammen mit zwei weiteren Kumpanen ein junges Pärchen überfallen, prügeln den 24 Jahre alten Max. S. bewusstlos.<sup>408</sup> Und dann vergewaltigen sie seine Freundin Kenny K. (21), die ein einjähriges Kind hat. Nachdem sie auf dem Kopf von Max S. eine Wodkaflasche zertrümmert hatten und ihn so lange zusammentraten, bis er regungs- und bewusstlos liegen blieb, zerzten sie Jenny auf einen Parkplatz und vergewaltigen sie dort das erste Mal. Mitbürger Tarkan filmte alles mit seinem Mobiltelefon. Dann schleppten sie die junge Mutter auf einen Sportplatz. Dort folgte die nächste Vergewaltigung. Unter Drohungen zerzten sie die Frau schließlich in den Flur eines Hochhauses. Dort fand nochmals eine Gruppenvergewaltigung statt. Jenny K. ist heute ein seelisches Wrack. Und die Täter lachen noch immer über ihr Opfer.

Unsere Frauen, Mütter und Töchter sind für viele Migranten Freiwild. Auf Alter und Gebrechen nehmen sie keine Rücksicht. Da wurde im Juni 2011 eine 60 Jahre alte Nürnbergerin auf der Straße von einem freundlichen Migranten angesprochen. Der machte auf den ersten Blick einen ordentlichen Eindruck und wollte hilfsbereit sein. Der dunkelhäutige Migrant war 19 Jahre

alt. Er ging ein Stück neben der rüstigen Frau. Als diese an ihrem Wohnhaus angekommen war, war der Migrant dann nicht mehr so freundlich, drängte die Frau in das Haus, stieß sie in den Keller und vergewaltigte sie dort. Bei dem Täter handelt es sich um einen nordafrikanischer Schüler — der angeblich bestens integriert ist.<sup>409</sup>

Ein anderer skrupelloser Migrant hatte im Juni 2011 die Hilfsbedürftigkeit einer 87 Jahre alten Kölner Rentnerin ausgenutzt und sich Zugang zu ihrer Wohnung verschafft. Dort belästigte er sie sexuell.<sup>410</sup> Die Rentnerin befand sich gegen 18 Uhr mit ihren Einkäufen zu Fuß auf dem Heimweg, als sie von einem Südländer angesprochen wurde. Der zunächst noch freundlich auftretende Mann bot seine Hilfe an und trug die Einkaufstaschen der Dame in deren Wohnung. Er ließ sich dort zunächst ein Glas Wasser geben und kam dann zur Sache. Glücklicherweise klingelte das Telefon. Die Anrufende, eine Verwandte der Rentnerin, konnte den Mann am Telefon überreden, die Wohnung zu verlassen.

Europäische Frauen müssen mit brutalen Reaktionen rechnen, wenn sie sexuelle Angriffe von Migranten zurückweisen. Zum Beispiel berichtete die Frankfurter Polizei im Sommer 2011 über einen Nordafrikaner, der eine Frau auf die Bahngleise stieß: Die 41 Jahre alte Frau aus Fulda wurde in Frankfurt von einem Migranten auf die Gleise an der S-Bahnhaltestelle »Ostendstraße« gestoßen. Vorausgegangen war der unsittliche Versuch des Mannes, der die Frau auf dem Bahnsteig ansprach, dass sie ihren Schlüssel verloren habe. Für die Rückgabe verlangte er von ihr sexuelle Handlungen, die die empörte Frau mit deutlichen Worten zurückwies. Davon scheinbar wenig begeistert, stieß er die Frau nun auf das Gleisbett.<sup>411</sup>

Wenn ein Deutscher einen Nordafrikaner auf die Bahngleise stößt, dann berichten alle Medien darüber. Aber umgekehrt? Da stand 2011 in Pforzheim ein Nordafrikaner vor Gericht wegen 1000 Fällen (!) von sexueller Belästigung.<sup>412</sup> In Kiel hatte ein 69 Jahre alter Türke seine 18 Jahre alte geistig behinderte Tochter vergewaltigt und mit einer Rohrzange erschlagen. Der Türke lebt seit 1967 in Deutschland und besitzt seit 2001 die deutsche Staatsbürgerschaft, spricht aber kein Wort Deutsch. Seine Aussage musste vor Gericht übersetzt werden. Er hatte das Mädchen nach dem Mord in seiner Garage verscharrt.<sup>413</sup>

Tag für Tag vergewaltigen zugewanderte Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis skrupellos ethnische Europäerinnen. In Deutschland ist das alles schon seit fast einem Jahrzehnt bekannt. Die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer machte 2003 als eine der Ersten auf das Thema aufmerksam - geändert hat sich seither nichts. Alice Schwarzer sagte über Orientalen 2003 in einem Interview:

»Reden wir ernsthaft: Ein Kölner Polizist hat mir kürzlich erzählt, 70 oder 80 Prozent der Vergewaltigungen in Köln würden von Türken verübt. Ich habe ihn gefragt: Warum sagen Sie das nicht, damit wir an die Wurzeln des Problems gehen können? Er antwortete: Das dürfen wir ja nicht, Frau Schwarzer, das gilt als Rassismus.«<sup>414</sup>

Ein weiteres Beispiel: In Augsburg lockte der Türke Coskun K. die 18 Jahre alte Marta F. unter einem Vorwand auf einen unbeleuchteten Parkplatz bei einer Diskothek und zwang sie dort zum Sex. Sie schrie »Lass mich« — dennoch musste sie auch seine Kumpels der Reihe nach »bedienen«. Marta trug Verletzungen im Genitalbereich davon, zudem wurde ihr ein Ohring ausgerissen. Die Migranten schwärmten später noch vom »geilen Gang-Bang«. Drei Wochen nach der Tatnacht wurden die vier aus der Türkei und Afghanistan stammenden Männer festgenommen — einer trug in seiner Clique den Spitznamen »der Vergewaltiger«.<sup>415</sup>

Nicht anders im fränkischen Kulmbach: Eine 16 Jahre alte Schülerin wollte nur einen Döner essen, vertraute türkischen Migranten und ging in deren Laden. Drinnen wartete das Grauen: Der 49 Jahre alte zugewanderte Dönerfachverkäufer zerrte das Mädchen aus der orientalischen Essstube in den Flur, von dort nach oben und vergewaltigte sie. Sie wurde von dem Türken wie ein Gegenstand behandelt. Als das Opfer vor Gericht aussagte, ließ der Täter über einen seiner Anwälte erklären: »Der Tatvorwurf wird in vollem Umfang eingeräumt.« Der Türke hatte seinem Opfer nach der Tat eine Zigarettenschachtel hinterhergeworfen. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass sie »nicht nur käuflich, sondern auch billig« sei, aus seiner Sicht eben nur eine deutsche Schlampe.<sup>416</sup>

Das gleiche Bild in Hilden: Da jagte die Polizei im Juni 2011 zwei türkische Vergewaltiger: Die Männer hatten ein 14-jähriges Mädchen in einem Gebüsch oral missbraucht. Zeugen alarmierten die Polizei, weil sie ein verängstigtes Mädchen in einem Buschgelände nahe der Gerresheimer Straße/Augustastraße bemerkt hatten. Die Geschichte der 14-Jährigen: kurz und furchtbar. Zwei unbekannte Männer hätten sie im Gebüsch unter Androhung von Gewalt zum Oralverkehr gezwungen. Danach hätten die beiden Sexgangster vom Opfer abgelassen und sich mit den Worten »... lass nach Düsseldorf fahren« entfernt. Die Schülerin hatte sich aus Scham längere Zeit versteckt.<sup>417</sup>

Man kennt solche Fälle auch in München: Im Mai 2011 hatte ein Südländer eine 21-Jährige in einem dortigen Kaufhaus angesprochen und behauptet, er sei vom Sicherheitsdienst und müsse die junge Frau durchsuchen.<sup>418</sup> Der Migrant drängte sie in eine Umkleidekabine und sagte, dass er sie abtasten werde. Den Rest kennt man. Europäerinnen sind nur noch Beute.

Selbst auf Friedhöfen machen Migranten Jagd auf Frauen: So wollte in Düren auf dem Gelände des Friedhofs an der Matthias-Claudius-Straße im Stadtteil Birkesdorf ein Zuwanderer über ein 16 Jahre altes Mädchen herfallen. Mit Händen und Füßen wehrte sich das Mädchen, konnte ihren Peiniger so in die Flucht schlagen. Anschließend suchte die Polizei per Phantomfoto nach dem Migranten.<sup>419</sup>

Der Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch hob in einem Vortrag hervor: »Mädchen und junge Frauen, die diesen Tätern im wahrsten Sinne des Wortes in die Hände fallen, müssen immer auch damit rechnen, Opfer sexueller Übergriffe zu werden, meist einhergehend mit wüsten Beschimpfungen wie >deutsche Schlampe, deutsche Hure< etc. Gerade solche Taten sind häufig von einer Anmaßung und Menschenverachtung seitens der Täter geprägt, die ihre Wurzeln meist im national-religiösen Überlegenheitswahn muslimischer Jungkrimineller haben, welcher sich gerade gegenüber >ungläubigen< Frauen und Mädchen in besonders abstoßender Weise äußert. Die diesen Taten zugrunde liegende Einstellung kommt auch darin besonders deutlich zum Ausdruck, dass der größte Vorwurf, der einem muslimischen Mädchen gemacht werden kann, der ist, sie benehme sich wie eine Deutsche. Generell ist zu konstatieren, dass in jüngerer Zeit ausgesprochen deutschfeindliche - wie übrigens auch antijüdische — Übergriffe zunehmen.«<sup>420</sup>

Man muss allerdings wissen, dass es in Teilen der islamischen Welt Sitte ist, dass ein Mann durch Vergewaltigung eine Ehefrau bekommt. In Ländern wie Pakistan ist es sozial und religiös akzeptiert, dass ein muslimischer Mann eine unverheiratete Christin vergewaltigt. Diese muss dann zum Islam konvertieren und ihren Vergewaltiger heiraten. Polizei, muslimische Führer und Richter schützen in dem islamischen Land die (muslimischen) Vergewaltiger. Das ist fester Bestandteil des pakistanischen Wertesystems. Im August 2011 gingen pakistanische Christen mit Unterstützung der Kirchen an die Öffentlichkeit - vergeblich. Eine vergewaltigte pakistanische Christin muss ihren Vergewaltiger heiraten, wenn dieser es will.<sup>421</sup> Mit den nach Europa zuwandernden Migranten aus fernen Kulturkreisen importieren wir eben auch deren Sitten, Werte und Normen. Das ist vielen Europäern einfach nicht klar - aber verheerend für unsere Kultur und Wertesysteme.

Häufig stammen die überall in Europa herumlungernenden Sexbestien aus Inzuchtehen und gehören eigentlich in die geschlossene psychiatrische Abteilung wie Tahir F.: 13 Mal — zwischen Juni 2009 und Januar 2010 — hatte der 21-Jährige Frauen seinen Penis gezeigt und sie dann überfallen. Das war seine Art der Verständigung. Tahir F. war seinen Opfern jeweils nachgeschlichen. Als die Frauen im Begriff waren, die Haustüre zu öffnen, fiel er über sie her. Ein

konkretes Beispiel: Er fuhr morgens mit der S-Bahn. Im selben Zug befand sich auch eine 17-jährige Schülerin. Als die junge Frau ausstieg, folgte ihr der bereits vorbestrafte Sexgangster. Anschließend riss der Migrant der Schülerin die Leggings herunter und vergewaltigte sie. Bei weiteren ähnlichen Überfällen griff Tahir F. den Frauen in die Hosen oder produzierte sich mit entblößtem Glied. Immer wieder beraubte er seine Opfer auch und setzte dabei ein Messer ein.<sup>422</sup>

Mit zunehmender Häufigkeit aber sind die Opfer ältere Frauen. Mitunter ist selbst die Polizei fassungslos. Da hieß es im Mai 2011 in einem Frankfurter Polizeibericht: »Respektloser kann man wohl nicht mit betagten Menschen umgehen. So geschehen am Montagabend gegen 19.30 Uhr, als eine 88-jährige Rentnerin von einem bislang Unbekannten in der Buchrainstraße begrapscht wurde. Die betagte Frankfurterin ging gerade mit einem Rollator in ihr Wohnhaus, als der etwa 20-jährige Täter in den Hausflur folgte. Plötzlich habe der mutmaßliche Sittenstrolch die alte Dame an den Armen gepackt und ihr unter den Pulli gegriffen. Die Rentnerin begann laut um Hilfe zu schreien, woraufhin der Unbekannte flüchtete. Im Zuge des Geschehens fiel die alte Dame auch noch zu Boden und verletzte sich am Bein. Ein durch die Hilferufe aufmerksam gewordener Nachbar half ihr in ihre Wohnung. Der Täter konnte unerkant entkommen. Er wird als etwa 1,75 Meter groß beschrieben und soll ein kindliches Gesicht haben. Ferner hatte er kurze glatte schwarze Haare, wird als Südländer beschrieben und trug eine hellbraune Jacke.«<sup>423</sup>

Ist das alles wirklich eine kulturelle Bereicherung? Ein weiteres Beispiel: »Die Terrassentür der Wohnung von Emmy F. (87) in Hamburg-Farmsen stand offen. Kamil E. (30) war auf dem Nachhauseweg, als er die offene Tür entdeckte. Der Mitbürger steht nun vor dem Hamburger Landgericht. Dort muss er sich seit gestern wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung verantworten. Er verging sich an der Rentnerin in Farmsen ebenso wie später an zwei jungen Frauen in Hamburg-Meiendorf und in Borgfelde. >Ich suchte jemanden zum Reden. Ich wollte über meine sozialen Probleme sprechen. Deswegen bin ich in die Wohnung der alten Frau eingedrungen\*, berichtete er.«<sup>424</sup> Ist das wieder nur ein »Einzelfall«?

Wenn zum Beispiel in Augsburg Angst und Schrecken herrschen, weil ein 15 Jahre alter Algerier Joggerinnen vergewaltigt<sup>425</sup>, dann schauen wir politisch korrekt weg. Schließlich handelt es sich dabei doch — politisch korrekt betrachtet — nur um »Einzelfälle«. Wenn ein iranischer Küchenhelfer eine Österreicherin vergewaltigt<sup>426</sup> — wieder mal ein »Einzelfall«. Wenn ein Migrant aus Frust über sein Leben in einem Berliner Park eine Frau vergewaltigt<sup>427</sup>, dann lassen ihn die Richter laufen und verhängen eine milde Bewährungsstrafe, denn das

ist ja natürlich nur ein »Einzelfall«. Hauptsache, unsere Mitbürger fühlen sich bei uns im toleranten westlichen Kulturkreis richtig wohl. Wenn in Köln ein Türke eine geistig Behinderte vergewaltigt<sup>428</sup> — dann ist das wieder ein »Einzelfall«. Wenn Mitbürger Migrant Yaser El-Waly eine 20 Jahre alte Blinde vergewaltigt<sup>429</sup> — dann ist auch das ein »Einzelfall«. Wenn in Mainz ein Marokkaner eine 60-Jährige vergewaltigt<sup>430</sup> — ein »Einzelfall«. Wenn ein Türke in Augsburg über eine Elfjährige herfällt - auch dann ist es ein »Einzelfall«. Mitunter nennen Türken deutsche Frauen auf den Straßen inzwischen ganz offen »Schlampen« und »Nutten«. Wenn ein Migrant am Rüsselsheimer Bahnhof auf ein 16 Jahre altes deutsches Mädchen uriniert<sup>431</sup> - dann verzeichnen wir erneut einen »Einzelfall«. Wenn in Bremen sechs Türken eine 17-Jährige vergewaltigen<sup>432</sup> — ist es ein »Einzelfall«. Wenn Sextäter Sönmez B. (31) frei da draußen herumläuft<sup>433</sup> — ein »Einzelfall«. Und was sagt uns das eigentlich, wenn ein Türke mitten in Mainz stolz brüllt: »Ich fick die Kanzlerin!«<sup>434</sup> ... Ist dann Kanzlerin Angela Merkel irgendwann auch nur ein »Einzelfall«?

Diese ganzen »Einzelfälle« haben ihre Ursache wahrscheinlich darin, dass wir unsere Migranten ständig provozieren. Wir müssen nämlich endlich lernen, was unsere Mitbürger so reizt: Unterwäsche auf der Wäscheleine etwa. Die sollten wir aus der Sicht unserer Mitbürger allen Ernstes nicht mehr draußen sichtbar aufhängen.<sup>435</sup>

In einer politisch korrekten Welt, in der wir unsere Werte über Bord werfen, muss man heute für alles Verständnis haben. Oder aber man schaut tapfer weg. Wie bei den Vergewaltigungen in Europa, die durch einen hohen Anteil von Migranten ausgeführt werden. Die Angaben schwanken je nach Land zwischen 30 und 73 Prozent. Wir wollen das nicht wahrhaben. Bloß nicht darüber sprechen. Das freut die Vergewaltiger.

Überall in der Welt gibt es seit einigen Jahren schon islamische Vordenker, Muftis oder Imame, die bei Vergewaltigungen unverschleierter Frauen den Frauen die Schuld geben.<sup>436</sup> In der Islamischen Republik Iran werden vergewaltigte Frauen in den offiziellen Freitagspredigten öffentlich bezichtigt, an diesen Vorkommnissen selbst schuld zu sein, weil sie sich »unzüchtig« gekleidet hätten. Das wird dort im Jahre 2011 allen Ernstes ganz offiziell verbreitet.<sup>437</sup> Unverschleiert und vergewaltigt? Selbst schuld!<sup>438</sup> Das sehen auch europäische Imame so. Nachdem selbst der frühere Mufti von Kopenhagen zur Vergewaltigung unverschleierter Europäerinnen aufrief<sup>439</sup>, stieg die Zahl dieser Verbrechen in Skandinavien sprunghaft an.

Nach Angaben der norwegischen Zeitung *Dagbladet* waren schon im Jahre 2001 immerhin 65 Prozent der Vergewaltiger im Land »nicht westliche« Immigranten — eine Kategorie, die in Norwegen größtenteils aus Zuwanderern

aus dem islamischen Kulturkreis besteht. Ein Professor von der Universität Oslo sagte der Zeitung damals dazu, ein Grund für den unverhältnismäßig hohen Anteil dieser speziellen Sorte Straftäter sei, dass in deren Heimatländern »Vergewaltigung selten bestraft wird«, weil dort eben die Auffassung vertreten werde, dass »die Frauen für die Vergewaltigung verantwortlich sind«.

Auch in Schweden ist jeder zweite Vergewaltiger heute ein (nicht westlicher) Einwanderer.<sup>440</sup> Kein Scherz: Junge schwedische Frauen tragen inzwischen wieder einen Keuschheitsgürtel, der sie vor Vergewaltigungen schützen soll!<sup>441</sup>

Schauen wir zwischendurch einmal nach Großbritannien. Im Frühjahr 2011 sorgte dort eine bis dahin tabuisierte Abart sexuellen Missbrauchs mit rassistischen Untertönen für Aufsehen. Nach offiziellen britischen Angaben häufen sich in nordenglischen Städten die Fälle, bei denen orientalische Migranten-Gangs weißen britischen Mädchen im Alter von zwölf und 16 Jahren den Kopf verdrehen und sie dann monatelang missbrauchen, vergewaltigen und auf den Strich schicken.

Auch in den Niederlanden kennt man das Thema. Dort sind es meist Marokkaner, die als »Loverboys« zwölf bis 15 Jahre alte weiße niederländische Mädchen auf den Strich schicken.<sup>442</sup> Sie lassen den jungen Mädchen Tattoos auf ihre Brüste tätowieren, damit sie ihre »Ware« jederzeit wiedererkennen können. 1500 solche Fälle gibt es pro Jahr in den Niederlanden — alles natürlich nur »Einzelfälle«. Hierbei existiert dann sogar eine spezielle Art von Grenz»verkehr«: Junge niederländische Mädchen müssen für ihre Peiniger in Nordrhein-Westfalen anschaffen und junge deutsche Mädchen in den Niederlanden.<sup>443</sup>

Zurück nach Großbritannien. Dort wurden 2010 immerhin 56 Migranten wegen des sogenannten »grooming for sex« verurteilt. Von diesen 56 stammen 50 von pakistanischen Vorfahren ab.<sup>444</sup> Die Opfer, insgesamt mehrere hundert, waren überwiegend blutjunge weiße Mädchen. »Um solche Verbrechen zu stoppen, müssen wir darüber sprechen«, erklärte Kriminaloberinspektor Alan Edwards von der Polizei in West Mercia. »Aber alle sind zu ängstlich, um über den ethnischen Faktor zu reden.« Es war bis dahin ein absolutes Tabuthema in Großbritannien: Muslimische Sex-Gangs missbrauchen minderjährige weiße Mädchen. Und es handelt sich ganz bestimmt nicht um einige wenige »Einzelfälle« - man sprach nur nicht darüber. Der verurteilte 28-jährige Pakistaner Abid S., der zusammen mit acht anderen Pakistanern seiner Sex-Gang über 100 britische Mädchen im Alter zwischen zwölf und 16 Jahren vergewaltigte, sagte über die weißen Opfer: »Ich habe keinen Respekt für diese Mädchen.«<sup>445</sup> Nach Angaben der renommierten Londoner Tageszeitung *Daily Mail* aus dem Jahre 2011 waren 89 Prozent der verurteilten Vergewaltiger, die britische

Schülerinnen missbrauchten, in den vergangenen Jahren Muslime.<sup>446</sup> Doch die meisten britischen Medien veröffentlichen nur die von den Behörden geschönten Zahlen, um bloß keine Ausländerfeindlichkeit aufkommen zu lassen. Der Missbrauch von Minderjährigen wird in Großbritannien danach *offiziell* überwiegend von Weißen verübt, 82 Prozent aller Sexualverbrecher, die Haftstrafen absitzen, gehören dieser Bevölkerungsgruppe an, weniger als sechs Prozent sind asiatisch-pakistanischer Abstammung.<sup>447</sup> Die zugewanderten pakistanischen Kindervergewaltiger behandeln ihre minderjährigen Opfer mit tiefster Verachtung, sprechen von ihnen als »Gori«, was auf Urdu so viel bedeutet wie »weißhäutige Frau« und ein Schimpfwort ist. Als der britische Fernsehsender *Channel 4* im Jahre 2004 eine Dokumentation über pakistanische Männer ausstrahlen wollte, die kaum elf Jahre alte britische Mädchen vergewaltigten, da warnte die Polizei, die Sendung könne in ganz Großbritannien zum Rassenhass aufstacheln. Im Mai 2004 durfte der Film nicht gesendet werden, erst im August nach einer Überarbeitung.<sup>448</sup> Drei Jahre später wagte es die Londoner *Times*, über weitere Fälle zu berichten, bei denen die Täter Pakistanis waren.<sup>449</sup> Erst seit Januar 2011 ist das Tabu durchbrochen, die britische Polizei darf nunmehr gegen die rassistischen Kindesvergewaltiger ermitteln.<sup>450</sup>

In Großbritannien spricht man inzwischen ganz offen über das Problem. Richter nennen Vergewaltiger aus dem islamischen Kulturkreis mitunter »pack of animals« (»eine Herde Tiere«), wenn sie beschreiben müssen, wie brutal die Vergewaltiger ihre Opfer missbraucht haben. Bei einem britischen Gerichtsprozess gegen eine Gruppe von Vergewaltiger waren von den 56 Tätern immerhin 53 Pakistaner (und 50 der 56 Vergewaltiger Muslime<sup>451</sup>).

Die Richter müssen viel Verständnis für den Druck der Migranten haben, ein weiteres Beispiel: Der 38 Jahre alte *Koran-Lehrer* Ashraf Miah, der ein ihm für den Aoraw-Unterricht anvertrautes vier Jahre altes Mädchen vergewaltigt hatte<sup>452</sup>, wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Unfassbar: Der Moslem hatte insgesamt 13 junge Mädchen im Unterricht sexuell missbraucht - und die Strafe gilt für alle seine Vergewaltigungen. Man stelle sich einmal vor, wie hoch die Strafe wäre, wenn ein ethnischer Europäer 13 Kinder vergewaltigt hätte. Niemals würden deutsche Medien über Fälle wie jenen des *Koran-Lehrers* berichten. Dabei sind das eben keine »Einzelfälle«. Auch der 67 Jahre alte Imam von Portsmouth, Hafiz Rahman, hat ein Kind im *Koran*-Unterricht vergewaltigt.<sup>453</sup>

»Tournantes« werden in Frankreich junge Frauen genannt, die kollektiv von Migranten vergewaltigt werden. Man kennt das Problem auch in den USA, wo blutjunge Amerikanerinnen (bevorzugt unter 14 Jahren<sup>454</sup>) von jungen Muslimen vergewaltigt werden, die sie anschließend zur Prostitution zwingen. Es



gibt sie überall: Moslem-Gangs, die kaum zwölf Jahre alte Mädchen gemeinschaftlich missbrauchen.<sup>455</sup> Und das ist ganz sicher jeweils kein Einzelfall.<sup>456</sup>

Wo also liegen die Ursachen? Betrachten wir ein typisches islamisches Land wie Pakistan (Länder-IQ 84), wo mehr als 90 Prozent der Einwohner Muslime sind. Nach Angaben pakistanischer Zeitungen sind in Punjab 68 Prozent aller minderjährigen Vergewaltigungsoffer Mädchen und 32 Prozent kleine Jungen, sechs Prozent werden nach der Tat ermordet.<sup>457</sup> 62 Prozent der im Land berichteten Kindervergewaltigungen geschehen demnach in der Provinz Punjab. Und 95 Prozent der pakistanischen Lastwagenfahrer halten sich einen »Lustknaben« - ein Kind, das sie ganz nach Lust und Laune sexuell befriedigen muss.

In Afghanistan gibt es ein »Kinderspiel« besonderer Art. Es heißt »Bacha-Bazi«. Es beinhaltet die Serienvergewaltigung kleiner Kinder, vor allem von Jungen.<sup>458</sup> Die in Afghanistan stationierten westlichen Soldaten sollen die Landeskultur respektieren und dürfen bei dieser (aus unserer westlichen Sicht) barbarischen Sitte nicht eingreifen. Man könnte ähnliche Dinge Land für Land in der islamischen Welt auflisten - sie sind alle schrecklich. Man spricht eben nur nicht darüber und schaut politisch korrekt weg, denn Vergewaltigungen sind in bestimmten Kulturkreisen die ganz normale Regel und nicht etwa die Ausnahme.

Warum das so ist, erklärt uns einer, der garantiert unverdächtig ist, ein Rechtsextremist zu sein: der britische Abgeordnete und Moslemführer Lord Ahmed. Er sagt, weil im islamischen Kulturkreis Heiraten unter engsten Verwandten üblich sind und erzwungen werden, bleibe den jungen Migranten häufig in Europa nichts anderes übrig als die Vergewaltigung ethnischer europäischer Mädchen, wenn sie einfach einmal ihre Sexualität ausleben wollen.<sup>459</sup> Die erschreckende Zahl der Vergewaltigungen, bei denen die Täter junge Moslems sind, liege an den vielen »Verwandtenheiraten«. Wenn Sie sich jetzt anschauen, wie viele Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis in Deutschland schon miteinander verwandt sind, bevor sie heiraten, dann wird Ihnen einiges klar werden.<sup>460</sup> Aber sprechen Sie besser nicht darüber, das wäre politisch nicht korrekt. Zumal es sich ja nur um »Einzelfälle« handelt.

## **Gibt es ein Recht auf Sklavenhaltung?**

Die unterschiedlichen kulturellen Sitten der Welt führen in Europa bisweilen zu bizarr anmutenden Diskussionen. Ein Beispiel aus dem Jahre 2011: Überall auf dem Planeten gibt es neben männlichen auch weibliche Häftlinge. Ihre Unterbringung in Haftanstalten kostet die Steuerzahler Geld. Das ist unbestrit-

ten. Und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten oder in Krisengebieten ist die Versorgung von Häftlingen bisweilen problematisch. Aber es gibt eine Lösung, die uns aus dem islamischen Kulturkreis angeboten wurde: Eine bekannte muslimische kuwaitische Frauenrechtlerin fordert das Recht, nicht muslimische weibliche Häftlinge als »Sexsklaven« für kuwaitische Männer aufkaufen zu dürfen.<sup>461</sup>

Salwa al Mutairi zählt zu den bekanntesten Frauen Kuwaits (Länder-IQ 86). Sie kandidierte für das Parlament, tritt häufig im Fernsehen auf und mischt sich jeden Tag in die Politik ein. Ihr Vorschlag, weibliche Häftlinge aufzukaufen, ist aus der Sicht der islamischen Welt vom *Koran* gedeckt. Er stieß allerdings in der nicht islamischen Welt auf eher ungläubiges Staunen. Dabei will die Frau doch nur nicht muslimischen inhaftierten Frauen in bankrotten westlichen Staaten helfen. Wenn beispielsweise die griechische Regierung künftig kein Geld mehr hätte, um weibliche Häftlinge in den Gefängnissen ausreichend zu versorgen, dann könnten islamische Länder die inhaftierten Frauen aufkaufen und als Sexsklavinnen unter muslimischen Männern verteilen. Salwa al Mutairi findet das völlig normal, denn schon der muslimische Führer Kalif Harun al-Raschid habe ja mehr als 2000 Sexsklavinnen besessen.

Falls man heutzutage ein Au-pair-Mädchen oder eine Haushaltshilfe benötigen, dann wende man sich an eine Agentur, sagt Salwa al Mutairi. Das könne man künftig bei Bedarf in Bezug auf eine Sexsklavin doch ebenso tun. Als Erstes empfiehlt sie eine Einkaufstour in Tschetschenien. Dort gebe es genügend weibliche russische Häftlinge in den Gefängnissen, die dort unter erbärmlichen Zuständen vor sich hinvegetierten. Bevor kuwaitische Männer sich mit russischen Prostituierten einließen, sei es doch besser, man kaufe ihnen eine solche russische Gefangene als Sklavin. Die Sexsklavinnen müssten beim Einkauf allerdings mindestens 15 Jahre alt sein. Die kuwaitische Frauenrechtlerin hat saudische Islam-Gelehrte gefragt, ob ihr Vorhaben aus islamischer Sicht in Ordnung sei. Die saudischen Religionsführer haben es abgesegnet, solange die zu verkaufenden Sklavinnen nicht muslimischen Glaubens sind. Sie müssen nur Jawari (das arabische Wort ist der Plural von jariya, arabisch: Konkubine, Sexsklavin) sein. Jawari müssen nach islamischem Recht nicht muslimische Häftlinge oder Kriegsgefangene sein, um als Sexsklavinnen ge- und verkauft werden zu können. Das hat nichts mit einer bestimmten Auslegung des *Korans* zu tun, diese Regelung ist vielmehr seit Jahrhunderten fester Bestandteil des Islams, der so auch wie selbstverständlich in europäischen *Koran*-Schulen gelehrt wird. Im *Koran* wird die Sklavenhaltung in vielen Suren sakral legitimiert und gilt als von Allah abgesegnet. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Viele Europäer werden das alles für einen Scherz halten. Es ist immer wieder interessant, wie wenig Kenntnis jene vom Islam haben, die Gespräche über den Islam und/oder mit Muslimen führen (wollen).

### **Niedere Instinkte: Eine Afrikanerin narrt die Welt**

Viele Politiker und Journalisten fallen immer wieder auf die Gerissenheit bestimmter Zuwanderer herein. Sie behandeln solche Menschen so, als ob wir nur das Beste von ihnen zu erwarten hätten. Das hat mitunter verheerende Folgen. Es gibt viele Beispiele dafür, man verschweigt sie allerdings gern. Wie den Fall des belgischen Politikers Steve Stevaert (Länder-IQ Belgien 99). Der 1954 geborene Mann ist Politiker der belgischen Sozialisten. Er saß im Parlament von Flandern und war auch Provinzgouverneur der Provinz Limburg. Zweifelsohne ein mächtiger Mann. Mitunter ist auch bei einflussreichen Männern der Geist willig und das Fleisch schwach. Im Frühjahr 2011 lernte er eine junge Marokkanerin (Länder-IQ 84) kennen. In deren Brüsseler Appartement kam es dann zu mehreren intimen Begegnungen. Politiker Steve Stevaert glaubte an die große Liebe, die Marokkanerin an das große Geld. Denn sie ging kühl und berechnend vor, filmte die intimen Zusammentreffen mit einer versteckten Kamera und erpresste dann Geld von ihrem Lover.<sup>462</sup> Steve Stevaert zahlte, weil die Marokkanerin damit drohte, die Aufnahmen zu veröffentlichen. Doch die Frau wollte immer mehr: 10000 Euro.<sup>463</sup> Der Politiker ging anschließend zur Polizei. Die Sexfalle war ein schwerer Schlag für Steve Stevaert, denn er hatte sich zuvor stets für die vielen Marokkaner in Belgien eingesetzt wie kaum ein anderer. Er wollte weltoffen sein, wollte ein Kopftuchverbot an den Schulen verhindern<sup>464</sup>, glaubte an eine Bereicherung durch den Islam. Die ihm gestellte Sexfalle der marokkanischen Muslima, die offenbar mit einer Migranten-Gang zusammenarbeitete, ließ ihn dann doch etwas nachdenklicher werden.

Ein wesentlich verhängnisvolleres Erlebnis hatte ein anderer bekannter Mann, dessen Fall 2011 um die Welt ging. Für ihn waren die Folgen deshalb so gravierend, weil alle Journalisten auf solche Mitbürger hereinfließen und das Opfer zum Täter machten. Erinnern Sie sich noch an den 14. Mai 2011? An jenem Tag tappte der mächtige Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, im New Yorker Hotel *Sofitel* in Zimmer 2906 in eine Sexfalle. Der wohlhabende Mann wurde nach der angeblichen Vergewaltigung eines Zimmermädchens aus Guinea (Länder-IQ 66) am New Yorker Flughafen an Bord einer *Air-France-Maschine* in der Ersten Klasse

verhaftet.<sup>465</sup> An jenem 14. Mai 2011 schien der Fall noch eindeutig: Der damals amtierende 62 Jahre alte IWF-Chef hatte angeblich das Zimmermädchen Nafissatou D. vergewaltigt. Die Wahrheit allerdings war eine völlig andere. Nafissatou D. stammt aus dem westafrikanischen Guinea und gehört zum Stamm der Fulbe (Fulani). Die der 32 Jahre alten Afrikanerin inzwischen nachgewiesenen Lügen sind zahlreich. Man muss einige Hintergründe kennen, um die Geschichte der Nafissatou D. und ihre folgenreichen Lügen zu verstehen. Die Fulbe waren das erste westafrikanische Volk, das komplett zum Islam konvertierte. Sie zogen im 18. Jahrhundert in das Gebiet des heutigen Guinea. 85 Prozent der Einwohner des Landes sind heute Muslime. Die Fulbe stellen mit 40 Prozent die größte und angebliche strenggläubigste muslimische Bevölkerungsgruppe im Land. Diese angebliche Strenggläubigkeit war laut New Yorker Staatsanwaltschaft einer der Hauptgründe dafür, warum amerikanische Ermittler Nafissatou D. sofort jede ihrer Anschuldigungen gegen den für sein ausschweifendes Leben bekannten IWF-Chef glaubten: Er habe sie in seiner Suite gegen ihren Willen zum Oral- und Analverkehr gezwungen. Eine schüchtern wirkende afrikanische Muslima, die vorgab, sich nach einer Vergewaltigung zu schämen — das weckte alle Beschützerinstinkte. Dominique Strauss-Kahn wurde nach den ersten Hinweisen von Nafissatou D. sofort wie ein Schwerverbrecher behandelt. Heute allerdings weiß man, dass das »Opfer« gelogen hat, sobald es den Mund aufmachte.

Die Lügengeschichte begann am 30. Dezember 2004 bei der Einreise Nafissatou D.s in die Vereinigten Staaten. Als sie an jenem Tag ihren Asylantrag stellte, gab sie an, das Opfer von Gruppenvergewaltigungen afrikanischer Soldaten geworden und schwer traumatisiert zu sein. Die amerikanischen Behörden glaubten ihr und ließen sie ins Land. Seit Ende Juni 2011 weiß man allerdings, dass Nafissatou D. in Guinea nicht vergewaltigt wurde. Denn bei einer Durchsichtung ihres Zimmers (in Zusammenhang mit dem Vergewaltigungsprozess gegen Strauss-Kahn) fand man eine Tonkassette mit einer mündlichen Anleitung in einem Fulbe-Dialekt. Sie beinhaltete Satz für Satz jene Aussagen, die Frau Nafissatou D. bei ihrer Einreise in die USA als Grund für ihr Asylbegehren angegeben hatte. Da wurden von einer Stimme die angeblichen »Gruppenvergewaltigungen« und die schwere Traumatisierung vorgeprochen. Frau Nafissatou D. hatte den Text offenkundig auswendig gelernt. Sie hat inzwischen bei neuen Verhören eingestanden, diese Vergewaltigungen in ihrer Heimat nur erfunden zu haben.<sup>466</sup> Zudem hatte sie behauptet, ihr Ehemann sei von Soldaten in Guinea ins Gefängnis verschleppt und ermordet worden, weil die Familie die Regierung kritisiert habe. Auch das hatte Nafissatou D. komplett erfunden. Ihr Mann Abdoul verstarb an Aids.

Man weiß heute, dass Nafissatou D. früher als Gelegenheitsprostituierte vor einem Militärlager in Conakry arbeitete und eine 15 Jahre alte Tochter hat, die sie im Alter von 17 Jahren bekam. Und man weiß, dass sie in den Vereinigten Staaten die Steuerbehörden betrogen hat. Denn um für ihre Tätigkeit als Zimmermädchen weniger Steuern zahlen zu müssen, ließ sich Nafissatou D. bei den Steuerbehörden ein weiteres - in Wahrheit nicht existierendes — Kind eintragen.<sup>467</sup> Sie hat inzwischen bei den Verhören eingestanden, das zweite Kind erfunden zu haben. Die Tricks lernte sie von Hassanatou D., ihrer Schwester, die ebenfalls in New York in der Bronx lebt.

Wie viele Fulbe-Männer in Guinea ist auch der Vater von Nafissatou D. mit vier Frauen verheiratet und hatte Mühe, seine vielen Kinder zu ernähren. Der Vater war islamischer Vorbeter im Dorf Tchiakoullé und verheiratete seine Tochter, als diese 14 Jahre alt war. Nafissatou D. hatte keine andere Bildung außer der *Koran*-Schule, die von ihrem Vater geleitet wurde. In der Lehmhütte ihrer Familie lernte sie nichts als den Inhalt des *Koran*. Zusammen mit mehreren Freunden beschloss Nafissatou D., durch Prostitution unter dem Fantasienamen »Ophelia« das Geld für die Reise in die USA zu verdienen, um der Armut in Guinea, wo das Pro-Kopf-Einkommen weniger als einen Euro am Tag beträgt, zu entfliehen. Die USA ließen sie ebenso wie zwei weitere Verwandte, die als Rauschgiftkurierinnen arbeiteten, einreisen. Nafissatou D. ging bald auch dort der Prostitution nach. Im Jahre 2008 bekam sie eine Stelle als Zimmermädchen. Sie hatte sich um den Job im *Sofitel* beworben, weil sie doppelt verdienen wollte: als Zimmermädchen und als Gelegenheitsprostituierte für wohlhabende Männer. Inzwischen ist unbestritten, dass Nafissatou D. einen Kreis reicher Stammkunden hatte, die ihr unter anderem gelegentlich Geld auf ein Konto überwiesen. Auch ihre Miete, ihre Strom- und Telefonrechnung wurden von Männern bezahlt, mit denen sie laut eigenen Aussagen vorwiegend sexuell verkehrte. Nafissatou D. hatte bei den ersten Verhören angegeben, sie lebe von dem Geld, das sie im *Sofitel* verdiene, und habe keine weiteren Einkünfte. Die Dame besaß allerdings in den US-Bundesstaaten Arizona, Georgia, New York und Pennsylvania Bankkonten, auf denen hohe Dollar-Beträge deponiert worden waren.<sup>468</sup> Das Geld stammte nach Auffassung der Ermittler entweder von Erpressungen vermöglicher Kunden, mit denen sie als Prostituierte verkehrte, oder von der Organisierten Kriminalität. Das angeblich bettelarme afrikanische Zimmermädchen Nafissatou D. hat inzwischen eingestanden, die vorgenannten Konten in mehreren US-Bundesstaaten eröffnet zu haben. Ihr Zimmer im *Harlem United Community Aids-Center*, wo sie mit ihrer 15 Jahre alten Tochter wohnt, ist im Grunde für Aidskranke reserviert. Offenbar hatte sie dort behauptet, sie sei an Aids er-

krankt. Auch das war, wie sich herausstellte, nicht mit der Wahrheit vereinbar. Doch so kam sie an eine günstige Unterkunft.

Den größten Fehler beging Nafissatou D. 24 Stunden nach der angeblichen »Vergewaltigung« durch Dominique Strauss-Kahn. Am 15. Mai 2011 telefonierte sie mit einem aus Guinea stammenden Bekannten, der in Arizona wegen des Besitzes von 180 Kilogramm Marihuana in einem Gefängnis sitzt.<sup>469</sup> In diesem Telefonat sagte sie: »Mach Dir keine Gedanken. Dieser Mann hat eine Menge Geld. Und ich weiß genau, was ich tue.« Sie gestand in dem Telefonat ein, Strauss-Kahn in eine Sexfalle gelockt, mit ihm Geschlechtsverkehr gehabt zu haben, um sich dann als Vergewaltigungsopfer darstellen und eine Entschädigung in Millionenhöhe zugesprochen zu bekommen. Das am 15. Mai 2011 in einem Fulbe-Dialekt geführte Telefonat wurde von den Ermittlungsbehörden abgehört und aufgezeichnet. Es dauerte allerdings sechs Wochen, bis das Gespräch ins Englische übersetzt und ausgewertet werden konnte.<sup>470</sup> Wenige Stunden danach kam Strauss-Kahn wieder frei.

Deutschsprachige Medien enthielten den Bürgern die meisten Lügengeschichten der Nafissatou D. vor. Man könnte nunmehr ein ganzes Buch mit ihren inzwischen widerlegten Märchen füllen. So hatte sie bei der Einreise in die USA auch behauptet, sie könne ihre Tochter in Guinea nicht vor dem afrikanischen Beschneidungsritual schützen und sei auch aus diesem Grund aus Guinea geflohen. Inzwischen weiß man, dass die muslimische Fulbe-Frau, die selbst beschnitten ist, auch ihre Tochter schon vor Jahren beschneiden ließ. Und noch eine Lüge ist mittlerweile widerlegt: Nafissatou D. behauptete beim ersten Verhör, sie sei am 14. Mai unmittelbar nach der angeblichen Vergewaltigung aus der Suite 2806 des *Sofitel* geflohen, habe sich in der Lobby des Hotels versteckt, bis Strauss-Kahn das Hotel verlassen habe, und dann sofort die Hotelleitung über die Vergewaltigung unterrichtet. In Wahrheit hat Nafissatou D. nach der angeblichen Vergewaltigung noch die Suite 2806 und dann in aller Ruhe zwei weitere benachbarte Hotelzimmer gereinigt und erst dann der Hotelleitung über eine »Vergewaltigung« berichtet. Sie hat auch das inzwischen eingestanden.<sup>471</sup>

Sechs Wochen nach der angeblichen Vergewaltigung war die Migrantin bei den Ermittlern nicht mehr sehr gesprächig. Mehr als zehn Tage lang weigerte sie sich, überhaupt noch mit ihnen zu reden. Angeblich musste sie eine Schulterverletzung medizinisch behandeln lassen, die sie sich bei der vermeintlichen Vergewaltigung zugezogen hatte. Auch das war wohl eine Lüge, denn die Schulterverletzung fiel der Frau erst einen Monat nach der »Vergewaltigung« auf. Ein angeblicher Bruder der Frau gab zwischenzeitlich in New York gegen Bezahlung fleißig Interviews. Auch diese waren allerdings mit Vorsicht zu

genießen, denn der angebliche Bruder aus Guinea war in Wahrheit der aktuelle Lebensgefährte von Nafissatou D. Wohin man auch schaute: überall nur Lügen. Doch der angeblich strenggläubigen Muslima, dem schönen Dorf-mädchen mit dem treuherzigen Blick, hatte man über Wochen hin jede einzelne neue Lüge geglaubt. Und für den IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn hatte das massive Folgen: Er verlor seinen Posten beim IWF und büßte bei vielen seither an Glaubwürdigkeit und Ansehen ein. Das Mitleid deutschsprachiger Medien gilt seither nicht etwa dem Opfer Strauss-Kahn, sondern der Afrikanerin Nafissatou D. Viele Journalisten reisten in das afrikanische Dorf ihrer Eltern und berichteten über die dortige schlimme soziale Lage der Familie. Eine der wichtigsten Fragen, die viele Menschen bewegt, klammerten sie allerdings aus: Wurde Nafissatou D. instrumentalisiert und gezielt gegen Dominique Strauss-Kahn eingesetzt, um den mächtigen IWF-Chef aus dem Verkehr zu ziehen? Die Antwort fällt nicht schwer, denn Nafissatou D. arbeitete schon seit drei Jahren im *Sofitel* und hatte möglicherweise nicht das erste Mal einvernehmlich Geschlechtsverkehr mit Strauss-Kahn. Jene Ermittler, die sie seit dem 14. Mai 2011 rund um die Uhr überwachten und ihre Gespräche abhörten, um Licht in die pikante Affäre zu bringen, hatten viele Hinweise auf ein kriminelles Umfeld der Frau und auf ihre unglaubliche Lügengeschichten gefunden. Aber sie fanden nicht einen Verdachtsmoment, der einen anderen Schluss zulassen könnte als jenen, demzufolge Strauss-Kahn einfach ein weiteres Opfer der *Gumea-Mafia* in New York war, das finanziell ausgenommen werden sollte.

Über die Skrupellosigkeit von Nafissatou D. waren auch hartgesottene New Yorker Ermittler entsetzt: Noch am Tag, als sie die angebliche Vergewaltigung anzeigte, wurde sie in ein Schutzprogramm der Staatsanwaltschaft aufgenommen und vor neugierigen Journalisten in einem teuren Hotel in Brooklyn versteckt. Natürlich auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler. Keine 24 Stunden nach dem Bezug ihres Hotelzimmers ging Nafissatou D. auch dort der Prostitution nach<sup>472</sup> - bewacht von New Yorker Polizisten, die vor dem Hotelzimmer postiert waren, um die angeblich traumatisierte Frau zu schützen. Eine Frau aus einem Land, in dem der durchschnittliche Intelligenzquotient dem entspricht, was wir in Deutschland unter der Rubrik schwachsinnig abheften, hatte zunächst einen der mächtigsten Männer der Welt und dann auch noch eine Armada von Ermittlern zum Narren gehalten.





### Teil III

## **Inländerfeindlichkeit: Hasse deinen Nächsten statt dich selbst!**

Immer mehr junge Migranten fallen im deutschsprachigen Raum schon in frühester Jugend durch asoziales Verhalten auf. Viele Studien belegen den direkten Zusammenhang zwischen geringem IQ und diesem asozialen Verhalten bereits in frühester Jugend, zuletzt etwa die Forschungen am *Londoner's College* und der *Boston University* aus dem Jahre 2006.<sup>473</sup> Danach wird asoziales Verhalten zu 61 Prozent (genetisch) vererbt, zu 27 Prozent von der Umwelt beeinflusst und zu zwölf Prozent vom Intelligenzquotienten bestimmt.<sup>474</sup> Die nachfolgenden Kapitel zeigen alltägliche Ausschnitte aus dieser Realität, dem Verhalten zugewanderter asozialer Bevölkerungsgruppen mit durchschnittlich niedrigem Länder-IQ: Deutschenfeindlichkeit, Jugendgewalt und Kriminalität. Das System von Werten und Normen, das diese jungen Mitbürger erlernt haben, werden sie ihr ganzes Leben nicht verändern können. Ihre kognitiven Fähigkeiten reichen dazu nicht aus. Bei vielen von ihnen ersetzt Instinkt die Intelligenz. Sie schlagen instinktiv zu, stehlen instinktiv oder fallen instinktiv über uns her. Vor Gericht können sie dann auch nicht mehr erklären, warum sie so gehandelt haben: Es war ihr Instinkt. Wir können die Intensivstraftäter unter ihnen noch so oft einsperren - es verändert sich nichts. Sie lachen nur über uns, über Richter und Staatsanwälte. Ihr Verstand, ihr Wertgefüge, ihre Normen und ihre kulturelle Umgebung lassen ihnen häufig keine andere Wahl.

Gutmenschen werden nun sagen, das alles liege nur daran, dass viele dieser Mitbürger sozial schwach seien. Das ist eine dumme Ausrede von Dummen. Sie ist zwar politisch korrekt, aber politische Korrektheit hat nichts mit Wissenschaft zu tun. Auch hier lautet die Wahrheit: Das Einkommen eines Menschen

wird durch nichts so sehr geprägt wie durch den IQ, die Erziehung und die jeweilige Persönlichkeit eines Menschen. Wer bettelarm in eine sozial schwache Familie geboren wird, der kann mit einem hohen Intelligenzquotienten bei entsprechender Erziehung (also Wertevermittlung) einen steilen Aufstieg schaffen. Wer einen niedrigen IQ besitzt, dem wird das auch bei entsprechender Wertevermittlung durch das Elternhaus kaum gelingen. James Heckman hat zum Verhältnis von Intelligenzquotient und sozialem Aufstieg 2011 eine große Studie vorgelegt.<sup>475</sup> Wer nicht über einen entsprechend hohen IQ verfügt und schon als Kind ein für unsere Gesellschaft untaugliches Wertesystem vermittelt bekommt, der wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein asozialer Versager.

Wir verfügen inzwischen über ein Heer solcher Mitbürger, denn der IQ ist eben zum größten Teil vererbt.<sup>476</sup> Spätestens wenn ein Kind fünf Jahre alt ist, kann man sagen, ob es sich zu einem asozialen Versager entwickelt wird oder ob aus ihm ein erfolgreicher Mensch wird.<sup>477</sup> Besonders Deutschland ist ein Magnet für solche Versager. Und nun bekommen wir die Folgen zu spüren: Inländerfeindlichkeit, Jugendgewalt und Kriminalität.

### **Menschen zweiter Klasse: »Deutsche sind Hunde«**

»Tötet die Deutschen« — dieser Graffiti-Spruch stand im Juli 2011 auf der Außenmauer der Bochumer Christuskirche.<sup>478</sup> Gleich nebenan befindet sich das Rathaus. Thomas Wessel ist Pfarrer der Christuskirche. Wen interessiert es heute noch, wenn öffentlich dazu aufgerufen wird, Deutsche zu ermorden? Über so etwas würde die *Tagesschau* niemals berichten. Pfarrer Thomas Wessel jedoch sagte: »Das darf nicht totgeschwiegen werden. So was an eine Moschee oder Synagoge gesprüht gäbe einen riesigen Aufschrei.«<sup>479</sup> Pfarrer Wessel ging daher an die Öffentlichkeit. Was dann passierte, ist typisch für das Gutmenschen-Deutschland. Da Pfarrer Wessel nicht schweigen wollte, wurde er von selbst ernannten Antirassisten als »Rassist« abgestempelt. Es hieß, mit seinen öffentlichen Hinweisen auf den an seine Kirche gesprühten Tötungsauftrag habe er den »Boden für rassistische Ressentiments« bereitet.<sup>480</sup> Wer es heute als ethnischer Deutscher also nicht hinnehmen will, von Migranten bedroht zu werden, sondern sich stattdessen zur Wehr setzt, der ist aus dieser Gutmenschen-Perspektive ein »Rassist«. Und die Antifa-Gruppen, die sonst sofort auf die Straßen gehen, wenn Menschen bedroht werden, blieben daheim. Der Staatsschutz ermittelte ein wenig.<sup>481</sup> Das war's.

Stellen Sie sich nun einmal vor, ein Deutscher würde auf dem Göttinger Marktplatz ein Schild mit diesen Worten aufstellen: »Türken sind Hunde!«

Anschließend würde er alle orientalisch aussehenden Passanten rassistisch beleidigen, mit einem Messer auf sie einstechen und ein Blutbad anrichten. Die Folge? Es gäbe ganz sicher sofort einen Aufschrei der Empörung im Land. Fernsehsender würden Übertragungswagen zum Göttinger Marktplatz schicken, Kommentatoren und Politiker den Vorfall sofort als Beleg für die angebliche grassierende Ausländerfeindlichkeit der Deutschen werten. Den Fall hat es tatsächlich 2011 gegeben. Allerdings lasen die Göttinger auf dem Plakat: »Deutsche sind Hunde!« Der Täter war Iraner (Länder-IQ 84). Es gab keinen Fernsehbericht, keinen Übertragungswagen, keinen öffentlichen Aufschrei - nur eine Lokalzeitung erwähnte den Fall. Das *Göttinger Tagblatt* berichtete 2011 unter der Überschrift »Blutige Messerstecherei in der Innenstadt« über den Iraner und seine Messerattacken auf Passanten: »Er hatte mit einem Schild (>Deutsche sind Hunde<) und Sprüchen Passanten provoziert. (...) Die Verletzten wurden vom Rettungsdienst ins Krankenhaus gebracht, Lebensgefahr bestand gestern nicht. >Wir haben den mutmaßlichen Täter noch vor Ort festgenommene, sagt Polizeisprecherin Jasmin Kaatz. Der arbeitslose Täter sei bereits polizeibekannt.«<sup>482</sup>

Wahrscheinlich haben Sie noch nie von dem eben erwähnten Fall gehört. Kein Wunder, schließlich ist es politisch nicht korrekt, im deutschsprachigen Raum über Inländerfeindlichkeit zu sprechen. Dabei dürfte es kaum noch einen ethnischen Mitteleuropäer geben, der nicht schon Erfahrungen damit gemacht hat. Gehen wir einmal kurz nach Irland (Länder-IQ 92). Dort würde man alles erwarten, nur keine Inländerfeindlichkeit zugewanderter Asylbewerber gegen Iren, die ihnen Wohnungen, Bildung, Kleidung und soziale Absicherung bieten. Doch selbst in Irland kennt man das Phänomen inzwischen, ein Beispiel: Erst im Juli 2011 wurde aus Gründen der politischen Korrektheit bekannt gegeben, dass seit Oktober 2010 in Dublin afrikanische Banden vorsätzlich junge Iren überfallen und diese »einfach so« auf der Straße zu erschlagen versuchen.<sup>483</sup> Afrikanerhorden fallen dort also über einzelne Iren her, und zwar - wie die Polizei bestätigte - aus rein rassistischen Gründen. Sie hassen Weiße. Sie hassen Europäer. Diesen Hass der Migranten, die wir mit unseren Steuergeldern ernähren und auch sonst alimentieren, finden wir inzwischen überall in Europa.

Vermutlich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat eine Staatsanwaltschaft 2011 junge Migranten angeklagt, aus reinem Rassenhass gegen Deutsche einen Mord verübt zu haben.<sup>484</sup> Im Juli 2011 wurde Anklage wegen Deutschenfeindlichkeit mit Todesfolge erhoben. Das war ein Novum — und beinahe niemand nahm davon Notiz. Rassistische Gewalt gegen Deutsche in Deutschland war bis dahin kaum ein Thema, weder

in der Politik noch in den Medien oder in der Gesellschaft. Dabei gab und gibt es sie jeden Tag. Und überall.

Zur Inländerfeindlichkeit gehört es etwa, als Moslem in Deutschland sein eigenes Haus anzuzünden und sich dann empört als Opfer eines »rassistischen« Brandanschlags darzustellen. Wenn ein Mitteleuropäer das Haus eines Moslems anzündet, dann berichten sofort alle Medien darüber. Legt ein Moslem in einem Haus Feuer, um das den Deutschen in die Schuhe zu schieben - dann schauen wir verkrampt weg. Wie im Sommer 2011. Da zündeten Moslems in Mönchengladbach ihr eigenes Haus an<sup>485</sup>, um sich anschließend als Opfer von »Rassismus« darstellen zu können. Der eine zieht als Iraner mit einem Schild (»Deutsche sind Hunde«) durch die Straßen, die anderen zünden Häuser an. Und wir überlegen ständig, was wir nur wieder falsch gemacht haben könnten.

Wenige Tage, bevor sich der oben beschriebene Fall des Iraners ereignete, hatten in Heilbronn zwei Türken eine 22 Jahre Deutsche, die sie zuvor als »Schlampe« und »Nutte« beleidigt hatten, ohne Grund bewusstlos geschlagen.<sup>486</sup> Solche Vorfälle gibt es jeden Tag. Wir verdrängen sie lieber — aus Gründen der politischen Korrektheit. Wieder nur ein bedauerlicher Einzelfall? Nein, keineswegs. Schauen wir nach Saarbrücken. Von dort berichtete eine Lokalzeitung über einen Türken, der ausschließlich Deutsche angriff: »Ein 27 Jahre alter Mann hat am Samstagabend in Saarbrücken wahllos auf Passanten eingeschlagen und insgesamt acht Menschen verletzt. Wie die Polizei am Sonntag mitteilte, hatte der Mann türkischer Abstammung jedem Opfer zunächst die Frage »Bist du Deutscher?« gestellt und dann mit den Fäusten zugeschlagen. Ein 40-jähriger Mann erlitt eine Platzwunde im Gesicht, eine 22 Jahre alte Frau verletzte er mit einem Kopfstoß und Schlägen. Als Polizeibeamte den Täter stellen wollten, griff er diese ebenfalls an und prügelte mit Fäusten auf sie ein. Zwei Beamte wurden verletzt.«<sup>487</sup>

Diese Fälle ereignen sich überall — und jeden Tag. Am Münchner Ostbahnhof hatten Südländer einem jungen Deutschen den Schädel zertrümmert, weil dieser eine Bundeswehruniform trug und sich nicht beleidigen lassen wollte.<sup>488</sup> Das deutsche Opfer überlebte den inländerfeindlichen Überfall schwer verletzt. In der Bad Homburger U-Bahn verprügelten zwei junge Migranten deutsche Schüler. Der 19 Jahre alte Türke Ersin brach einem der beiden das Nasenbein, und auch sein Kumpel schlug »einfach so« brutal zu. »Die ganze Bahn war voller Blut«, erklärte einer der verprügelten Schüler später vor Gericht. Die Opfer erstatteten keine Strafanzeige. »So was kommt doch immer wieder vor«, meinte einer von ihnen.<sup>489</sup> Die polizeibekanntes Täter bekamen (mal wieder) nur eine Bewährungsstrafe und mussten einen »Anti-Gewalt-Kurs« absolvieren.

Der Münchner Türke Serkan A. hat einen solchen »Anti-Gewalt-Kurs« absolviert. Er ist 21 Jahre alt, sein Freund Spyridon L. gerade einmal 18. Serkan hat schon 39 Einträge im Polizeiregister, von gefährlicher Körperverletzung bis hin zum Raub; Spyridon bringt es immerhin auf 23. Im Münchner U-Bahnhof Arabellapark haben sie den 76 Jahre alten ehemaligen Schulrektor Hubert N. fast totgetreten. Hubert N. hatte sich zuvor »ausländerfeindlich« verhalten und die beiden jungen Mitbürger in der U-Bahn darauf hingewiesen, dass es dort ein Rauchverbot gibt. Diese benutzen daraufhin seinen Kopf als Fußball und traten unvorstellbar brutal auf ihn ein. Hubert N. erlitt einen dreifachen Schädelbruch und eine lebensgefährliche Hirnblutung.<sup>490</sup> Die jungen Migranten verhöhnten ihr Opfer, spuckten Hubert N. ins Gesicht, nannten ihn »Scheiß Deutscher« und »deutsches Arschloch«.<sup>491</sup> Ein Kommentator der Berliner Tageszeitung *taz* ergriff politisch korrekt Partei für die Täter und schrieb über die Beleidigung des Opfers als »Scheiß Deutscher«: »Ich kann mir eigentlich keine treffendere Bezeichnung für so eine bayrische Respektsperson denken.«<sup>492</sup> Man hat in Deutschland eben politisch korrekt stets Mitleid mit Migranten zu haben, da können sie noch so brutal auftreten. Die zugewanderten Täter wissen das. Einer der Münchner Täter forderte beim Polizeiverhör Mitleid von den Beamten, weil ihm doch sein Fuß vom kräftigen Zutreten auf den am Boden liegenden deutschen Rentner wehgetan habe.<sup>493</sup>

Die beiden Türken Resul Ü. (19) und Ersun Y. (18) haben in Horn-Bad Meinberg einfach so den 35 Jahre alten Deutschen Jörg Haas (35) erschlagen. Die Täter riefen, »so muss man allen Deutschen den Schädel spalten«. Ihr Opfer Jörg Haas hinterließ einen 16 Jahre alten Sohn.<sup>494</sup> Es gab keinen Aufschrei. Dieser unterblieb auch, als der *Bonner Generalanzeiger* darüber berichtete, dass es in den Migrantenvierteln von Meckenheim inzwischen an vielen Stellen Schilder gibt, auf denen es heißt »Kein Durchgang für Deutsche!«<sup>495</sup> Und in Bad Sooden-Allendorf brüllten Ausländer, die wahllos Besucher eines Volksfestes mit Stahlruten in Tötungsabsicht zusammenschlugen, immer wieder »Scheiß Deutsche«.<sup>496</sup> Wollen wir das alles nicht wahrhaben?

In Gelsenkirchen nannte ein 18 Jahre alter Zuwanderer einen 38-Jährigen »Scheiß Deutscher« und stach ihm in die Hand. Seine Gesinnungsgenossen traten dem Mann gegen den Kopf. Der Grund: Der Deutsche habe eine ihrer Frauen zu lange angeschaut. In Berlin stürmten drei 16-Jährige und ein 15-Jähriger mit dem Ruf »Alles nur Scheiß-Deutsche überall!« in einen Bus, schlugen dem Fahrer ins Gesicht, um danach zu flüchten.<sup>497</sup>

Die Polizei Mettmann veröffentlichte in einem anderen Fall folgende Fahndungsmeldung: »Mit den Worten »Scheiß Deutsche« wurde am 11. Januar, gegen 8.20 Uhr, eine 16-jährige Monheimerin auf dem Schulweg ge-

schlagen. Sie war auf dem Radweg unterwegs, der die Frohn- mit der Friedhofstraße verbindet, als ihr vier unbekannte Jugendliche begegneten und ihr mehrfach mit der Faust ins Gesicht schlugen. Die Monheimerin trug dabei Nasenbluten und sichtbare Prellungen im Gesicht davon. Nach der Tat flüchteten die Jugendlichen in Richtung Frohnstraße. Sie werden als ca. 16-jährig und etwa 175 cm groß beschrieben. Alle hatten ein südländisches Aussehen.«<sup>498</sup>

Andreas Wolter, Leiter des Intensivtäter-Kommissariats innerhalb der Berliner Kripo, hebt hervor: »In der arabisch-türkischen Community existiert das Feindbild des Deutschen in Deutschland. Dass Jugendliche, die hier aufgewachsen sind, das so sehen, ist für mich eine erschreckende Erkenntnis. Ich frage mich, wie wir dahin gekommen sind.«<sup>499</sup>

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* skizzierte das Bild schon 2008 mit folgenden Worten: »Die Berliner Illustrierte *Zitty* schildert in ihrer jüngsten Ausgabe in beeindruckenden Täter-Opfer-Protokollen unter anderem den Fall des Neuköllners Derrick, ein Achtzehnjähriger ohne Migrationshintergrund. In einer U-Bahn-Station wurde Derrick von drei Jugendlichen >mit MH< mit dem Satz angemacht: >Ey Opfer, was rennst du so? Hast du Schiss vor uns, oder was?< Dass Derrick verneinte, half ihm nichts: »Wie, du hast keine Angst vor uns? Was denkst du, wer du bist, Scheiß-Kartoffel?< Kurz darauf war Derrick seinen MP3-Player, sein Geld und sein Handy los. Immerhin fing er sich nur eine >Schelle< (Ohrfeige) ein. Ortskundige Polizisten bieten für derartige Fälle eine lapidare demografische Erklärung: Deutsche seien deshalb beliebte Tatziele, weil für die Angreifer das Risiko gering sei, dass kurz nach der Tat eine große Zahl von Brüdern und Verwandten des Opfers per Faustrecht Entschädigung verlange. Die *Zitty* zitiert den Neuköllner »Täter« Serkan mit den Worten: >Wenn irgend so ein Zehlendorfer Opfer vorbeiläuft und auch noch dumm guckt — Jackpot. Was interessiert es mich, wenn so eine Kartoffel was aufs Maul bekommt? Hat er wenigstens gelernt, dass er hier nicht mehr rumlaufen soll.«<sup>500</sup>

Sind das alles wirklich nur Einzelfälle? Überall und jeden Tag? Etwa an der Tankstelle, wenn Migranten sich dort wie selbstverständlich vordrängeln und dann, wenn Deutsche dagegen protestieren, mit dem Messer auf sie losgehen? »Vordrängeln finde ich scheiße«, sagte in Regensburg ein 24 Jahre alter *Golf*-Fahrer zu einem Migranten, der an der Zapfsäule einer Tankstelle nicht warten wollte. Der Ausländer sagte daraufhin »Blöder Deutscher« zu ihm und schlitzte dem *Golf*-Fahrer mit einem Teppichmesser den Hals auf. »Ein Instrument von maximaler Gefährlichkeit«, nannte der Regensburger Staatsanwalt Dirk Schulz das Tatwerkzeug. Doch der Richter verurteilte den Migranten politisch korrekt nur zu einer Bewährungsstrafe.<sup>501</sup>

Wir Europäer verachten uns inzwischen offenkundig so sehr, dass wir es heute selbstverständlich finden, wenn die Polizei nach Migranten, die uns aus rein rassistischen Gründen ins Koma treten, nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fahndet. Da hatten ein Iraker (Länder-IQ 87), ein Albaner (Länder-IQ 90), ein Kosovare und ein Nigerianer (Länder-IQ von nur 67<sup>502</sup>) im Februar 2011 am Berliner U-Bahnhof Lichtenberg einen jungen deutschen Malergesellen einfach angegriffen und ins Koma getreten. Eine Überwachungskamera zeichnete die brutale Attacke auf. Doch die Polizei veröffentlichte die Aufnahmen nicht, obwohl das Opfer um sein Leben kämpfte. Die *Berliner Zeitung* vermerkte dazu: »Die Polizei (...) meldete den Fall auch nicht öffentlich - weil für sie Überfälle nachts in der Berliner U-Bahn nichts Besonderes mehr sind.«<sup>503</sup> Einer der Täter, ein junger Nigerianer, hatte zuvor an einem Kurs der Berliner Polizei zur Gewaltprävention teilgenommen. Der hatte dann offenbar den gegenteiligen »Erfolg«. Als die Täter gefasst wurden, behaupteten sie dreist, ihr Opfer habe sie möglicherweise provoziert und »Heil Hitler!« gerufen. Das aber war eine erfundene Schutzbehauptung. Der Malergeselle liegt seither im künstlichen Koma, ob er überlebt, ist ungewiss.<sup>504</sup>

Selbst wenn der Malergeselle sterben sollte, werden die Täter schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Man kann das Fall für Fall belegen, ein typisches Beispiel: Im Juli 2005 hatte der 17 Jahre Kosovo-Albaner Arton G. Lust dazu, einen Deutschen zu töten. Im baden-württembergischen Heidenheim traf er zufällig auf eine Gruppe junger Deutscher, die nach einer Musikveranstaltung des lokalen Radiosenders *Radio-7* auf dem Heimweg waren. »He, bleibt stehen!«, rief der Kosovo-Albaner und griff die völlig überraschten Deutschen brutal an. Mit Faustschlägen und Tritten vor den Kopf traktierte oder misshandelte er dann den 16 Jahre alten Tobias M., der wenige Stunden später um 7 Uhr früh an seinen schweren Kopfverletzungen verstarb. Der polizeibekannteste Intensivstraftäter, der sein Opfer völlig willkürlich ausgewählt hatte, wusste, dass ihm vor deutschen Gerichten nicht viel passieren würde. Er sollte recht behalten. Im November 2005 wurde er vom Landgericht Ellwangen zu vier Jahren Jugendhaft verurteilt. Nach 27 Monaten kam der Mörder im Februar 2008 wegen seiner Teilnahme an einem Antiaggressionstraining wieder frei, weil ihm sein Sozialarbeiter eine »gute Sozialprognose« bescheinigte. Bis zum Mai 2011 hat er bei insgesamt elf verschiedenen Vorfällen erneut grundlos Deutsche angegriffen. Hart vorgegangen wurde gegen ihn bisher nicht.

Wir müssen solche Vorfälle als ethnische Deutsche hinnehmen. So wie die Rentnerin Anne Kähler, die im Bremer Stadtteil Steintor im Alter von 76 Jahren von afrikanischen Rauschgifthändlern angegriffen und als »Nazi-Schwein« und »alte Hure« beschimpft wurde. Dem Polizisten, der die Anzeige aufnahm,

sagte sie: »Niemand schützt uns. Wir sind diesen schlimmen Menschen hilflos ausgeliefert.« Der Beamte zuckte mit den Schultern: »Wenn wir einen Schwarzafrikaner festnehmen, lässt ihn die Justizbehörde schon nach kurzer Zeit wieder laufen. Dann steht er wieder da, verkauft weiter seinen Stoff und zeigt uns den Stinkefinger. Wir sind da genauso hilflos wie sie.«<sup>505</sup>

Es gibt einige wenige Richter, die das alles nicht mehr länger hinnehmen wollen. Ein Vorsitzender Richter am Bochumer Landgericht hatte im Juni 2011 ein Strafurteil gegen einen Straßenräuber (38) aus Rumänien zu einem Appell an die Politik genutzt, die hiesige Bevölkerung »vor diesen Banden aus Osteuropa zu schützen«. Richter Peter Löffler schilderte zehn Fälle, bei denen die Rumänen wehrlose und gebrechliche ältere Menschen beim Geldabheben mit brutalster Gewalt überfallen und ausgeraubt hatten. Er sagte dann, nicht ein Politiker habe sich jemals nach dem Schicksal der Opfer erkundigt. Der Schutz der älteren Menschen stehe hier »offenbar nicht auf der politischen Agenda«. Andernfalls hätte man die Bande aus Rumänien nicht fast ohne Kontrolle hier einreisen lassen. »Es wundert mich, dass es hier kaum jemanden gibt, der die Interessen der hier Lebenden vertritt.«<sup>506</sup>

Zu keiner Zeit kümmern wir uns um die Opfer der gegen Inländer gerichteten Gewalt - viel wichtiger ist stattdessen das Wohlbefinden der Täter. Die Polizeibeamtin Kirsten Späinghaus-Flick wurde im Alter von 26 Jahren von Mitbürger Samet T. (28) erstochen.<sup>507</sup> Das interessierte keinen Politiker. Die Schüler des Remscheider Röntgen-Gymnasiums pflegen heute ein Gedenkreuz an jener Stelle, wo die Polizistin im Dienst von einem Migranten ermordet wurde.<sup>508</sup> Der 25 Jahre alte Türke Ecevit Özcelik hatte in Walluf bei Wiesbaden den Polizeibeamten Ingo Grebert (32) erschossen<sup>509</sup>, als dieser dessen Fahrzeug kontrollieren wollte. Wir nehmen auch diesen Fall wie selbstverständlich hin, als sei der Mord an einem Polizisten die normalste Sache der Welt.

### **»Wir schlitzen deutsche Schweine auf«**

Jeder dritte Türke hat bei einer repräsentativen Umfrage eingestanden, schon einmal einen Deutschen beleidigt zu haben.<sup>510</sup> Deutschenfeindlichkeit ist unter jungen Türken weit verbreitet.<sup>511</sup> Türkische Jugendliche treten immer gewalttätiger gegenüber Deutschen auf.<sup>512</sup> Da rufen Dutzende junge Türken mitten in Berlin in Gegenwart der Polizei ungeniert: »Ihr lebt nicht mehr lange, wir schlitzen euch deutsche Schweine auf!«<sup>513</sup> Darüber hinaus werden schon deutsche Grundschüler von Zuwandererkindern an den Schulen als »dreckiger Christ« und »Schweinefleischfresser« beleidigt.<sup>514</sup>



Je »multikultureller« ein Ballungsgebiet ist, umso besorgniserregender wird es. Türken, die früher als »kinderfreundlich« galten, fallen heute auch über deutsche Kinder her. Man konnte das 2011 gut in Berlin-Kreuzberg sehen. Der öffentliche Kinderspielplatz in der Admiralstraße heißt seit 2011 »Spielplatz der Angst«. Dort hatte Erzieher Rüben W. (32) mit zwölf von ihm betreuten Kita-Kindern (zwei bis fünf Jahre alt) gespielt. Das ging so lange gut, bis Türke Yusuf O. (32), der selbst Vater von drei Kindern ist, vorbeikam. Yusuf O. wollte nicht, dass die Kita-Kinder vor seinem Balkon spielen. Er holte türkische Verstärkung und griff brutal an. Rüben W. weiß seither, was kulturelle Bereicherung in einem multikulturellen Wohngebiet bedeutet. Er wurde brutal von den Türken zusammengeschlagen, sein linkes Auge war blutunterlaufen, dazu wies er Prellungen am ganzen Körper auf.<sup>515</sup> Die zwölf Kinder vom Berliner NKK-Kinderladen sind seither traumatisiert. Solche Angriffe häufen sich.<sup>516</sup> Und das allgemeine Niveau sinkt mit immer mehr Migranten nicht nur in Kreuzberg.

Im westfälischen Bielefeld standen im Juli 2011 die in Bünde wohnenden Migranten Masie S. (21), Nabil O. (23), Raschad A. (23) und Fady S. (23) vor Gericht. Sie sind Mitglieder der Kanaken-Gesangsgruppe *First Class Kanackz* (FCK) und haben in ihren Rap-Videos, die man sich im Internet bei *YouTube* anschauen kann, zum Hass gegen Deutsche aufgerufen. Das störte allerdings niemanden. So etwas gilt heute ja als multikulturelle Bereicherung. Die jungen Kanaken haben zudem in sechs Fällen wahllos Deutsche angegriffen, Passanten auf der Straße Zähne ausgeschlagen, Füße gebrochen, Prellungen und Gehirnerschütterungen zugefügt.<sup>517</sup> Ein Opfer erlitt einen Netzhautabriss, einem anderen traten sie immer wieder vor den Kopf. Die Kanaken fanden es irgendwie völlig normal, Deutsche anzugreifen. Und natürlich haben sie ihre wahllos ausgewählten Opfer auf der Straße bei der Prügelorgie auch noch mit Worten wie »Scheiß Deutsche« und »Kartoffelfresser« beleidigt.<sup>518</sup> So ist das eben, wenn zugewanderte Dönerfresser auf Kartoffelfresser treffen.

In Aachen hatte Migrant Levent A. (24) gar mit einer Machete Menschen angefallen. Einem 18 Jahre alten Jungen durchtrennte er mit seinen Hieben die Kopfhaut. Es grenzte an ein Wunder, dass das Opfer überlebte. Das Gericht verurteilte den Migrant zu vier Jahren Haft, doch der Bundesgerichtshof (BGH) hielt das Urteil für zu milde. Die Richter stritten sich darüber, wie lange Säbelmann Levent A. ins Gefängnis sollte. Sie entließen ihn zwischenzeitlich erst einmal aus der U-Haft und gaben ihm seinen Reisepass zurück. Er sollte sich dann wieder einfinden, wenn es eine Einigung über das Strafmaß für den versuchten Totschlag mit der Machete gab. Levent A. nutzte die Haftentlassung - und setzte sich ins Ausland ab. Ende Juni 2011 sollte er vor dem Aachener

Landgericht erscheinen.<sup>519</sup> Dawar der Türke aber längst verschwunden. Fluchtgefahr gilt überall im deutschsprachigen Raum als Haftgrund, ganz sicher bei Totschlag, wenn bei einer Verurteilung viele Jahre Haft drohen. In diesem Falle sah man das seitens der deutschen Justiz offenbar jedoch anders. Ein 15 Jahre alter Deutscher, der einem 23-Jährigen am Himmelfahrtstag in Salzgitter vor den Kopf getreten hatte, kam allerdings sofort in U-Haft.<sup>520</sup> Wir finden diese Ungleichbehandlung selbstverständlich, schließlich entspricht sie unserem (angeblichen) Rechtsgefühl.

Darf es vielleicht noch ein weiteres eindrucksvolles Beispiel sein? Im norddeutschen Sittensen hatte der 16 Jahre alte schwerstkriminelle Kosovo-Albaner Labinot S. zusammen mit seinen kriminellen Freunden Hakan Y., Burhan K. und Smian K. den 77 Jahre alten Rentner Ernst B. nachts in dessen Haus überfallen. Der Rentner hatte zwei Wochen zuvor ein neues Kniegelenk bekommen, konnte also nur ganz langsam an Krücken gehen, war völlig wehrlos. Die maskierten Täter (ein Türke, ein Iraker, ein Kongolese und ein Kosovo-Albaner) wussten das, da sie den Mann und seine Situation zuvor lange ausgekundschaftet hatten. Die Migranten traten ihm an jenem 10. Dezember 2010 die Krücken weg, drehten ihm einen Arm auf den Rücken und schlugen auf den alten Mann ein. Doch damit nicht genug: Sie hielten dem Rentner eine Schusswaffe an den Kopf, schlugen ihn immer weiter und forderten nun die Herausgabe seiner Tresorschlüssel, wollten mit den Ersparnissen des Rentners flüchten. Bei ihrer Flucht gaben sie aus dem Dunkeln noch einen Schuss ab. Der Rentner, der schon einmal überfallen worden war und legal eine scharfe Schusswaffe besaß, glaubte, dass die brutalen Gangster ihn nun auch noch erschießen wollten. Er nahm deshalb seine Pistole und schoss zurück. Dabei tötete er Labinot S.

Erbeutet hatten die Täter Bargeld und Schmuck. Das Portemonnaie des Rentners mit genau 2143 Euro fand die Polizei neben dem toten Labinot im Schnee, das Mobiltelefon des Orientalen lag gleich daneben. Die Lage war klar: Der Rentner hatte sich nach einem brutalen Raubüberfall, bei dem ihm eine Schusswaffe an die Schläfe gehalten wurde, verteidigt. Was niemand ahnen konnte (oder doch?): Mit einem Schlag wurde aus dem Täter mit Migrationshintergrund ein Held — und aus dessen Kriminalitätsoffer ein deutscher Bösewicht. Der vom Rentner getötete, arbeitsscheue, kriminelle, zugewanderte Straftäter Labinot S., der ein beachtliches Vorstrafenregister aufzuweisen hatte, wurde etwa im *Spiegel* als Spross einer angeblich gut integrierten Migrantenfamilie dargestellt, als liebenswerter und hilfsbereiter Mensch.<sup>521</sup> Staatsanwaltschaft und Kripo ermitteln nun gegen den Überfallenen deutschen Rentner, der - es ist kaum zu glauben - als mutmaßlicher Täter

abgestempelt wird. Vielleicht hätte der Mann mit dem neuen künstlichen Kniegelenk den Raubüberfall in seinem Haus einfach ruhig über sich ergehen lassen sollen. Die Großfamilie des getöteten kriminellen Kosovo-Albaners Labonot S. übt Druck aus, Anklage gegen den Rentner wegen Totschlags zu erheben. Direkt vor dem Haus des Rentners in Sittensen versammeln sich regelmäßig die Kosovo-Albaner, bezichtigen dort den alten Mann, ein Mörder zu sein, und drohen, so lange wiederzukommen, bis der Deutsche hinter Gittern sitzt.<sup>522</sup> Die Polizei lässt die Migranten vor dem Haus des deutschen Rentners gewähren. Einer der Kosovo-Albaner drohte ganz offen: »Der Mann soll nicht zur Ruhe kommen.« Und die Polizei schützt die Kosovo-Albaner in Sittensen, während der deutsche Rentner immer wieder von ihnen bedroht wird. Das gilt heute als politisch korrekt. In diesem Zusammenhang muss man wissen, dass die vor dem Haus des Rentners demonstrierende albanische Großfamilie aus einem Kulturkreis kommt, in dem Ehrenmord und Blutrache bei Verletzung der Familienehre so selbstverständlich sind wie bei vielen Deutschen das Frühstücksei am Wochenende. Im Internet drohen junge Migranten dem Todesschützen mit Vergeltung: »Der Scheiß-Opa, er soll verrecken.« Sollte der Rentner also der »Ehre halber« ermordet werden, dann werden deutsche Richter aller Voraussicht nach dafür wohl viel Verständnis haben. Schließlich gilt das heute als politisch korrekt, auch die abartigsten fremden kulturellen Sitten in unser Leben zu integrieren.

Nichts ist eben wichtiger als die »kulturelle Bereicherung« durch fremde Werte - die möglichst noch von Menschen aus einem Kulturkreis mit durchschnittlich niedrigem Intelligenzquotienten stammen müssen. Auch das Amtsgericht Meschede hatte im Jahre 2010 eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig uns solche Migranten sind. Die Richterin Meinecke hatte über ein besonders brutales Migrantenrudel zu urteilen. Die zugewanderten Mitbürger Erdem K., Okan C., Emre Cihan Y., Sahin T. und Yavuz B. hatten am Bahnhof von Meschede einen Menschen zusammengeschlagen und ihn auf die Gleise geworfen. Im Urteil (Az. 5 Ds-292 Js 368/09-105/09) hieß es: »Es ist nur dem Zufall zu verdanken, dass die Freunde des Geschädigten diesen rechtzeitig von den Gleisen wieder hochziehen konnten, bevor der Zug am Bahnsteig einfuhr.« Das »knallharte« Urteil der »gnadenlosen« Richterin: eine Woche Arrest für die türkischstämmigen Hauptangeklagten. Die zwischen 1993 und 1994 geborenen Migranten kennen nur verweichlichte Richter. Über den Angeklagten Erdem K. hieß es im Urteil: »In einem Verfahren wegen vorsätzlichen Fahrens ohne Fahrerlaubnis sah die Staatsanwaltschaft Arnsberg am 05.11.2008 von der Verfolgung ab.« Nicht anders beim 17-jährigen Angeklagten Okan C., da hieß es: »In einem Verfahren wegen Sachbeschädigung sah die Staatsanwalt-

schaft Arnsberg am 11.07.2008 von der Verfolgung ab.« Dasselbe war in Bezug auf Angeklagten Sahin T. zu vernehmen, der früher auch schon Polizisten angegriffen hatte. Im Urteil fand sich zu ihm der Hinweis: »Am 26.03.2009 ist er vom Amtsgericht Meschede wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt worden, es wurde eine richterliche Weisung erteilt.« Eine richterliche Weisung soll die Lebensführung eines Jugendlichen positiv beeinflussen. Die Weichheit deutscher Richter muss Sahin T. offenbar tief beeindruckt haben, denn anschließend griff er mit seinen Kumpanen einen Menschen am Bahnhof an, trat ihn immer wieder und warf ihn schließlich auf die Gleise. Dafür gab es dann mal eben eine Woche Arrest. Kein Journalist berichtete über das Urteil. Die Hauptverhandlung war nicht öffentlich. Das Urteil erging so im Namen, aber wohl ohne Rückendeckung des Volkes - wie so viele Migrantenschutzurteile.

Auch die verstorbene Berliner Richterin Kirsten Heisig machte immer wieder solche Erfahrungen in Bezug auf Migranten, die durch unglaubliche Brutalität, Geringschätzung und Deutschenfeindlichkeit auffielen. Sie sagte 2009: »Ein Zwölfjähriger beschimpfte eine Mitschülerin als Schlampe, weil sie kein Kopftuch trägt. Ein anderer Angeklagter erklärte gegenüber einem Polizeibeamten: >Du bist Dreck unter meinen Schuhen. Ich schieß' auf Deutschlands Jugendliche äußerten gegenüber deutschen Frauen: >Deutsche kann man nur vergasen.< Wenn Deutsche sich so gegenüber Ausländern verhalten, dann nennen wir das Rassismus.«<sup>523</sup>

Da wurde eine 15 Jahre alte Schülerin von jungen Ausländern nur deshalb angegriffen und getreten, weil sie Deutsche ist.<sup>524</sup> Da wurde ein 18 Jahre alter Deutscher auf dem Geislinger Bahnhof von drei Türken nur deshalb angegriffen, weil sie sich durch sein Aussehen provoziert fühlten.<sup>525</sup>

Inländerfeindlichkeit ist im deutschsprachigen Raum heute völlig normal. Im Jahre 2003 war die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* noch erstaunt, als ein Reporter an einer Wand in der vorwiegend von Türken besuchten Hauptschule in Stadthagen den Spruch fand: »Ich fickte alle Deutschen.«<sup>526</sup> Drei Jahre später bat zum ersten Mal eine Schuldirektorin, an der deutsche Schüler von Ausländern als »Schweinefleischfresser« titulierte wurden, um die Auflösung der gesamten Bildungseinrichtung, weil die Zustände einfach nicht mehr zu ertragen waren.<sup>527</sup> »Deutsche Schlampe«, »Schieß Christen« und »Schweinefleischfresser« sind allerdings inzwischen ganz »normale« Bezeichnungen, mit denen uns orientalische Zuwanderer ihre tiefste Verachtung bekunden.<sup>528</sup>

Woher kommt nur diese tiefe Verachtung uns Europäern gegenüber vor allem bei Muslimen? Es ist immer wieder interessant zu beobachten, wie wenig Kenntnisse jene vom Islam haben, die über ihn und/oder mit Muslimen

sprechen. Einer der interessantesten (weitverbreiteten) Auffassungen lautet, der Islam sei »nur« eine Religion wie jede andere. Und letztlich seien wir doch alle »gleich«. Dummerweise wird diese Auffassung nicht vom *Koran* geteilt - dieser gibt Muslimen eine völlig andere Auffassung vor. Um die Grundzüge des Islam zu begreifen, muss man seine unveränderlichen — nicht reformierbaren — Grundaussagen kennen, die da zum Beispiel lauten: Die Menschen sind nicht gleich. Für gläubige Muslime ist es völlig normal, dass sie gemäß dem *Koran* alle Menschen in drei Klassen einteilen. Die oberste Klasse bilden gemäß Sure 3, Vers 110 die Muslime selbst, die zweite Klasse (mit eingeschränkten Rechten) jene der Anhänger der zwei anderen Buchreligionen (Juden und Christen). Und alle anderen - die dritte Klasse von Menschen - stehen aus der Sichtweise eines friedfertigen Muslims als Heiden auf der niedrigsten Stufe des menschlichen Seins. Sie haben keinerlei Rechte. Für sie gibt es nur die Wahl zwischen Vertreibung aus dem Umfeld des Lebensraumes von Muslimen, den Tod oder aber die Annahme des Islam. Wir sind nun einmal aus der Sicht eines friedfertigen gläubigen Moslems »Scheiß Christen«, »ungläubige Hunde« oder »Scheiß Atheisten«. Der Islam, den wir so herzlich auf politischer Seite umwerben, gebietet Muslimen diese Denkweise. Und dann wundern wir uns über Inländerfeindlichkeit. Schlimmer noch: Wir gehen ja auch nicht hart gegen das Wertesystem von Muslimen vor, bestärken Migranten also noch in ihrer Haltung. Warum also sollten sie sich ändern?

Sofern ein türkischer Staatsangehöriger zu einem Deutschen, Österreicher oder Schweizer sagt, man müsse alle Deutschen, Österreicher oder Schweizer vergasen, dann ist das eine Beleidigung. Wenn jedoch ein Deutscher, Österreicher oder Schweizer so über Türken redet, dann ist das Volksverhetzung. Das gilt dann als ausländerfeindlich, rassistisch und endet möglicherweise gar im Gefängnis. Drei Türken hatten in Berlin-Kreuzberg in einem Bus zu mehreren deutschen Frauen gesagt, man müsse deutsche Männer vergasen und deutsche Frauen »ficken«. Völlig grundlos griffen die Türken anschließend die deutschen Frauen an und verletzten sie. Eine Berliner Zeitung berichtete, wie milde man die Türken vor Gericht behandelte: »In der Hauptverhandlung zeigte sich, dass dies die geschädigten Frauen erheblich in Mitleidenschaft gezogen hat. Dafür bekam der Haupttäter vier Wochen Dauerarrest. Ein Mittäter muss für zwei Wochen in Arrest, ein Dritter muss einen Arbeitseinsatz verrichten.«<sup>529</sup>

Türke U. kam grinsend zum Prozess. Er und seine Freunde Fatih (17) und Mesut (16) hatten in einem Bus der Linie M-29 den oben beschriebenen Hetz-Auftritt hingelegt. Fatih grölte laut Anklage: »Die Deutschen müssen vergast werden.« Seine Freunde lachten, leisteten dann Beihilfe. Die milden Urteile

hatten einen Grund: Die Täter profitierten von ihrer türkischen Abstammung, betonte die Richterin bei der Urteilsverkündung. Denn Deutsche, die sich derartig gegenüber Türken geäußert hätten, hätten mit sehr viel härterer Bestrafung rechnen müssen. Sie wären nicht nur wegen Beleidigung, sondern wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Wie man unschwer erkennen kann, gibt es also zweierlei Recht in Deutschland. Und Inländerfeindlichkeit wird im Gegensatz zu Ausländerfeindlichkeit — wenn überhaupt — nur milde bestraft. Ein Vorstoß von Bundestagsabgeordneten, Äußerungen wie »Scheiß Deutsche« künftig ebenfalls als Volksverhetzung zu bestrafen, lehnte die Bundesregierung ausdrücklich ab.<sup>530</sup>

Wir müssen eben Verständnis haben, wenn Mitbürger aus anderen Ländern uns »einfach so« beschimpfen oder angreifen. Hier ein weiteres Beispiel, das aus einem Polizeibericht im nordrhein-westfälischen Viersen aus dem Jahre 2010 stammt: »Am Donnerstag, gegen 20:25 Uhr, tauchte im Verkaufsraum einer Tankstelle auf der Straße ein Mann auf, der Bier kaufte. Plötzlich beleidigte der Käufer den Angestellten sowie anwesende Kunden und beschimpfte sie als »Nazis«. Da das Verhalten des Kunden immer unkontrollierter wurde, er das Bier im Verkaufsraum ausschüttete und trotz mehrfacher Aufforderung die Tankstelle nicht verließ, wurde die Polizei alarmiert. Auch den Beamten erschien der Mann sehr verwirrt. Er redete fortlaufend in englischer, niederländischer und deutscher Sprache und machte keine Angaben zu seinen Personalien. Ausweispapiere fanden die Beamten ebenfalls nicht. Da der Mann auch auf der Wache und im Polizeigewahrsam weiter randalierte, veranlassten die Beamten eine Zwangseinweisung in die Rheinischen Kliniken. Dort ist der Mann derzeit in Behandlung, seine Personalien stehen nach wie vor nicht fest. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass es sich um einen Staatsbürger aus Somalia handeln könnte, der aus den Niederlanden eingereist ist und sich unter Umständen illegal in der Bundesrepublik aufhält. Bei dem Mann wurde ein Handy sichergestellt. Mittlerweile steht fest, dass dieses Handy vor einiger Zeit in Den Haag/Niederlande bei einem Raub auf eine junge Frau erbeutet wurde. Die diesbezüglichen Ermittlungen dauern genauso an wie die Maßnahmen zur Feststellung seiner Identität.«<sup>531</sup>

Man muss zur vorliegenden Polizeimeldung Folgendes wissen: Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Somalia das Land mit den meisten Geisteskranken der Welt, jeder dritte Somalier ist nach WHO-Angaben geistig gestört.<sup>532</sup> Wie schon weiter vorn beschrieben, gibt es in Somalia gerade einmal drei Psychiater, die für rund zwölf Millionen Menschen zuständig sind, von denen nach WHO-Angaben rund vier Millionen an einer Geisteskrankheit leiden oder gelitten haben. Wir nehmen solche Migranten in

Europa doch gerne auf. Unsere Politiker sehen in ihnen jedenfalls eine angebliche »kulturelle Bereicherung«. Und wir lassen uns von einem somalischen Moslem auch noch als »Nazis« beleidigen.

### **Kampfplatz Klassenzimmer**

Über viele Jahre hin hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen Ausländerfeindlichkeit in Deutschland gekämpft. Nun beklagt sie die wachsende Feindlichkeit der Ausländer den Deutschen gegenüber.

Der aus dem Libanon stammende Essener Lehrer Rafik Succari hat eine ungewöhnliche Botschaft an die Deutschen: »Man sagt immer, dass die Ausländer diskriminiert werden, aber hier läuft es genau andersherum.«<sup>533</sup> Rafik Succari arbeitet an einer Essener Schule, an der die meisten Schüler einen »Migrationshintergrund« haben. Werden Deutsche in Deutschland wirklich diskriminiert? An immer mehr deutschen Schulen sind deutsche Schüler in der Minderheit. Wie an der Essener Karnap-Schule beispielsweise. Man muss die wenigen deutschen Schüler dort nicht lange fragen, ob sie die Auffassung des libanesischen Lehrers Rafik Succari teilen. Sebastian, ein Schüler der 10b an der Karnap-Schule, ist einer von nur noch wenigen Deutschen in seiner Klasse. Er sagt: »Wir haben immer wieder erlebt, dass wir als Nazis beschimpft werden, wenn wir Kritik äußern, deshalb ziehen wir uns immer mehr zurück, das ist für uns die einzige Möglichkeit, hier zu überleben.« Wenn sie Glück haben, werden die deutschen Schüler in dieser Schulklasse von den ausländischen Schülern nur verhöhnt, wenn sie Pech haben, auch geschlagen. Mit den Deutschen wird in der Klasse kaum geredet, sie ziehen sich zurück, sagen kaum noch ihre Meinung — sie sind nicht integriert in der Schule. Die Rede ist, wohlgemerkt, nicht von Migrantenkindern an einer deutschen Schule, sondern von deutschen Schülern an einer Hauptschule in Essen. Es ist »normal«, dass deutsche Schülerinnen von den Zuwanderern als »deutsche Schlampe« beschimpft werden. Und wenn der islamische Fastenmonat Ramadan durch die Muslime begangen wird, dann herrscht Ausnahmezustand an der Schule. »Beim letzten Mal ging es so weit, dass sie uns ins Essen gespuckt haben«, berichtet die Hauswirtschaftslehrerin der Karnap-Schule. Wir importieren eben auch ein neues Wertesystem.

In Essen gibt es nach Berlin und Bremen die drittgrößte Konzentration von Migranten aus dem Libanon (Länder-IQ 82) oder von orientalischen »Staatenlosen« mit unklarer Herkunft. Nach offiziellen Angaben des Essener Rathauses (*Umsetzungsbericht über die interkulturelle Arbeit*) sichern ganze 7,7 Prozent

dieser Bevölkerungsgruppe der Stadt ihren Lebensunterhalt durch eigene legale Erwerbstätigkeit. Und immerhin 88 Prozent der Libanesen und angeblich staatenlosen Orientalen in Essen leben von Sozialhilfe.

Brigitta H. arbeitete 27 Jahre als Lehrerin an der Karnaper Hauptschule. Als sie damals an dieser Schule anfang, da träumte sie von einer großen Gemeinschaft: Türkische und deutsche Kinder waren Freunde, und sie unterrichtete gern. Das ist lange her. Seit die Religion den Schulhof erobert hat, ist alles anders. Die deutschen Schüler ziehen sich zurück, die muslimischen Jugendlichen bleiben unter sich. Eine Zeitung berichtete im Juli 2010 über die Zustände unter der Überschrift »Der tägliche Wahnsinn in Essens Horror-schule«. <sup>534</sup> 40 Prozent der Libanesen an Essener Schulen verlassen diese ohne einen Abschluss.

Der aus dem Libanon stammende Lehrer Rafik Succari sagt, er frage die ausländischen Schüler manchmal, was sie über die Deutschen denken. Rafik Succari spricht aus, was die Schüler dann antworten: »>Herr Soukari, die Deutschen sind Scheiße.< Dann habe ich gesagt, nein, dieses Wort kannst du nicht benutzen, du bist hier in Deutschland und du bekommst alles von Deutschland, deine Klamotten von Deutschland, dein Essen von Deutschland.<«

Man kann die hier vorgestellten Beispiele für Einzelfälle halten. Man kann aber auch die große Zahl solcher Einzelfälle geballt zur Kenntnis nehmen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat genau das getan. Die GEW Berlin schreibt zu dieser erschreckenden Lage: »Viele deutsche Schülerinnen empfinden sich als eine abgelehnte, provozierte, diskriminierte Minderheit, meist ohne nicht deutsche Freunde.« <sup>535</sup> In den Klassen komme es, äußern deutsche Schüler, immer wieder zu Beschimpfungen und Konflikten: Namen würden verballhornt, Schüler bedroht und gemobbt. Bei Konflikten erhielten die nicht deutschen Schüler meist rasch Hilfe von Verwandten oder Freunden. Bei der Gruppe der deutschen Schüler sei das oft nicht der Fall. Vor allem der Aufenthalt auf dem Schulhof werde zuweilen als ein Spießrutenlaufen mit diversen Beschimpfungen erlebt. Vielfach würden deutsche Schüler auch provozierend gefragt, was sie »hier« wollten, das sei doch nicht ihre Schule. Auch hätten die deutschen Schüler zuweilen das Gefühl, dass sie aus der Schule gedrängt werden sollten. Sehr oft gingen sie mit Wut im Bauch nach Hause und fühlten sich unterwegs bedroht. Auch Richter und Polizisten berichten über eine deutlich zunehmende Deutschenfeindlichkeit vor allem unter türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen.

Die GEW hat nach den Ursachen für dieses verbreitete Verhalten vor allem unter türkisch- und arabischstämmigen Schülern gesucht und berichtet: »Der



heutige Mehrheitsislam hat eine rückwärtsgewandte Grundhaltung, denn sein gesellschaftliches Ideal ist die Zeit in Medina vor 1400 Jahren. Die Veränderungsfeindlichkeit bezieht sich zwar auf die gesamte Gesellschaft, vor allem aber auf das Geschlechterverhältnis und die väterliche Autorität. Die Fähigkeit, Angst zu erzeugen, verschafft Achtung und Respekt und gilt als Tugend von Autorität.«<sup>536</sup> Mit anderen Worten: Diese Menschen haben ein völlig anderes Wertesystem - sie entwickeln sich zurück und können uns aus diesem Grund nicht vorwärts bringen.

Die GEW hat auch nach den Gründen gesucht - und wurde fündig: Nach der Analyse der Pädagogen stammen viele junge Muslime aus Familien, in denen es oft ein problematisches Deutschenbild gebe: »Vielfach werden Deutsche verachtet und das Land nur als Beutegesellschaft betrachtet, eine Integration abgelehnt.«<sup>537</sup> Wir ernähren, kleiden, umsorgen und bemühen uns also um eine wachsende Zahl von Migrantenkindern, die in uns nichts anderes als eine Beute sehen, die es skrupellos zu ergreifen gilt. So fördern wir das krude Wertgefüge dieser Migranten.

Die GEW hat im Jahre 2010 erkannt, dass es unter zugewanderten rückwärtsgerichteten Muslimen einen gegen Deutsche gerichteten Rassismus gibt. Sie fordert, dass dagegen eingeschritten wird. Doch es ist nichts passiert. Alles ist seither nur noch übler geworden.

### **Polizeischutz für deutsche Schüler**

Eine Berliner Zeitung berichtete 2011: »Vor 20 Jahren noch gab es an den Schulen Berliner Stadtteile wie Kreuzberg oder Schöneberg eine Quote von rund 30 Prozent Kindern nicht deutscher Herkunft. Das klappte. Auch die Kinder auf der Hauptschule sprachen gut Deutsch. Jetzt, sagt die Deutschlehrerin Sabine Espe, sei das Niveau total abgesackt. Sogenannte Bio-Deutsche, also Kinder zweier deutscher Eltern, gibt es in der 8. ISS kaum. Dabei liegt die Schule in Friedenau, einem gutbürgerlichen Stadtteil Berlins mit stattlichen Mieten - nicht etwa in den ausgewiesenen >Problemkiezen< wie Neukölln oder Wedding. Rund 85 Prozent der Kinder sind NDH - nicht deutscher Herkunft. Wenn im Ethikunterricht 25 Kinder sitzen, sind vielleicht drei von ihnen keine Muslime. >Christen gibt es hier nur ganz wenige< sagt eine Ethiklehrerin. Deutschenfeindlichkeit ist ein Problem, ganz einfach weil die Deutschen in der Minderheit sind.«<sup>538</sup>

Deutsche als ethnische Minderheit in deutschen Schulen — ist das vielleicht ein »Einzelfall«? Schauen wir zwischendurch einfach einmal nach Frankfurt am

Main. Nachfolgend die Prozentzahlen der Ausländer an Frankfurter Schulen im Schuljahr 2009/2010: Ackermann-Schule 73 Prozent, Adolf-Reichwein-Schule 71 Prozent, Albert-Schweitzer-Schule 65 Prozent, Albrecht-Dürer-Schule 81 Prozent, Anne-Frank-Schule 62 Prozent, Astrid-Lindgren-Schule 74 Prozent, Berthold-Otto-Schule 87 Prozent, Bonifatiussschule 70 Prozent, Bürgermeister-Grimm-Schule 64 Prozent, Carlo-Mierendorff-Schule 70 Prozent, Deutscherherrensule 66 Prozent, Eduard-Spranger-Schule 77 Prozent, Eichendorffschule 73 Prozent, Erich-Kästner-Schule 73 Prozent, Falkschule 88 Prozent, Frauenhofschule 70 Prozent, Freiligrathschule 71 Prozent, Fridtjof-Nansen-Schule 79 Prozent, Fürstenbergschule 63 Prozent, Georg-August-Zinn-Schule 63 Prozent, Georg-Büchner-Schule 72 Prozent, Geschwister-Scholl-Schule 70 Prozent, Glauburgschule 82 Prozent, Günderrode-Schule 90 Prozent, Haupt- und Realschule Innenstadt 81 Prozent, Heinrich-Kraft-Schule 73 Prozent, Hellerhofschule 73 Prozent, Hostatoschule 80 Prozent, Johann-Hinrich-Wichern-Schule 65 Prozent, Karl-Oppermann-Schule 68 Prozent, Karmeliterschule 91 Prozent, Kasinoschule 69 Prozent, Konrad-Haenisch-Schule 74 Prozent, Liebfrauenschule 72 Prozent, Schule Lycee Victor Hugo 82 Prozent, Meisterschule 63 Prozent, Michael-Ende-Schule 65 Prozent, Mosaikschule 62 Prozent, Münzenbergschule 61 Prozent, Paul-Hindemith-Schule 70 Prozent, Pestalozzischule 62 Prozent, Riedhofschule 63 Prozent, Robert-Blum-Schule 64 Prozent, Robert-Koch-Schule 78 Prozent, Salzmannschule 73 Prozent, Schwanthalerschule 77 Prozent, Sophienschule 68 Prozent, Theobald-Ziegler-Schule 69 Prozent und Uhlandschule 83 Prozent.<sup>539</sup>

Das ist übrigens keine rein deutsche Entwicklung. Am Rande sei darauf hingewiesen, dass etwa das von Napoleon in der belgischen Stadt Antwerpen gegründete *Royal Athenum* im Jahre 2001 noch 46 Prozent Muslime als Schüler hatte. Im Jahre 2008 waren es aber schon 80 Prozent.<sup>540</sup> Die Entwicklung ist überall in Europa die gleiche. Und das hat auch Folgen für die Lehrer: Überall dort, wo in den Schulen Muslime die Mehrheit stellen, werden nicht muslimische Lehrer nicht mehr als gleichberechtigte Menschen behandelt - auch nicht von den muslimischen Lehrern. Sie müssen dann (wie etwa in den Niederlanden) ihre Mahlzeiten in separaten Räumen einnehmen. Sie werden wie Menschen zweiter Klasse behandelt.<sup>541</sup> Über die Einteilung von Menschen in Klassen im islamischen Kulturkreis als Hauptgrund für ihr Verhalten uns gegenüber wurde ja bereits geschrieben.

Schule für Schule und Stadt für Stadt das gleiche Bild: Da können deutsche Schüler wie der 15 Jahre alte Hauptschüler Florian B. nur noch unter Polizeischutz zur Schule gehen, weil junge Araber sich ihnen in den Weg stellen und sagen: »Platz da, hier ist nur für Araber!«<sup>542</sup> Wer das für einen »Einzelfall« hält,

dem sei in Erinnerung gerufen, was Peter Glaser, Polizeidirektor in Berlin-Schöneberg, dazu dem *Spiegel* sagte: »Es sei schon öfters vorgekommen, dass deutsche Schüler Polizeischutz benötigen.«<sup>543</sup> Und: »Natürlich ist es so, dass wir an Schulen, an denen es überwiegend Schüler mit nicht deutscher Herkunft gibt, die meisten Probleme haben.« In Berlin-Schöneberg patrouilliert die Polizei vor der Riesengebirgs-Oberschule. Dort griffen arabische und türkische Schüler auch deutsche Mädchen an, eine Schülerin erklärte dem *Spiegel*: »>Deutsche Mädchens sagt sie, seien in den Augen ihrer arabischen und türkischen Mitschüler grundsätzlich >immer Schlampern.«<sup>544</sup>

Polizeischutz für deutsche Schüler an deutschen Schulen? Gibt es so etwas nur in Berlin? Keineswegs! Nordwestlich von Hannover liegt in Niedersachsen die 60 000 Einwohner zählende Stadt Garbsen. Aus dem einst mittelalterlichen Dorf wurde im vergangenen Jahrhundert mit dem Continental-Reifenwerk und einer Varta-Batteriefabrik eine ansehnliche Stadt. Als Arbeiter für die Fabriken zogen Türken zu. Garbsen ist seither nicht mehr Garbsen. Der Baumlehrpfad im Stadtpark des Stadtzentrums ist heute nicht nur bei Einheimischen für multikulturelle Vergewaltigungen bekannt, viele Einheimische leben in ständiger Angst vor den fremdartigen Migranten. Man kann das gut an den Schulen erkennen. Etwa an der Nikolaus-Kopernikus-Hauptschule. Türken und Kurden fallen dort über deutsche Schüler, aber auch über die Lehrer her. Im Juni 2011 verlangte der Schuldirektor Polizeischutz für seine Schule.<sup>545</sup> Es ging nicht mehr anders: Eine ganz normale deutsche Hauptschule brauchte auf einmal Polizeischutz, Ausweisungspflicht, Umzäunung, Videokameras und rund um die Uhr eine Ausleuchtung des Geländes. Warum nur? Es hängt mit den Migrantenkindern zusammen: Garbsen ist jetzt wegen der vielen Türken und Kurden ein »sozialer Brennpunkt«, hat einen Türkenslum. Und man muss jetzt Verständnis dafür haben, wenn noch nicht strafmündige, minderbegabte kurdische Kinder ihren Frust über ihre eigene Unfähigkeit damit abreagieren, indem sie Lehrer verprügeln oder diese mit einem Stuhl im Unterricht werfen.<sup>546</sup> Schlägereien und Erpressung deutscher Schüler - das ist heute Alltag in Garbsen. Schon an der Grundschule fallen die Migrantenkinder dadurch auf, dass sie nicht die deutsche Sprache sprechen.<sup>547</sup>

In den vergangenen Monaten gab es 17 Strafanzeigen von Lehrern gegen Schüler an der Nikolaus-Kopernikus-Hauptschule. Und dann den Brandbrief des Direktors mit der Bitte um Polizeischutz - eine Lokalzeitung berichtete über die Probleme: »In der Hauptschule treffen nach Kenntnis der Polizei türkische und kurdische Einwanderer zusammen, deren Familienverbände verfeindet sind. Doch das ist nur ein Detail, das die tägliche Arbeit der Lehrer belastet. Sie unterrichten traumatisierte Flüchtlingskinder aus dem Irak, die

kein Wort Deutsch sprechen, neben Russlanddeutschen, Serben, Albanern und Schülern aus zahlreichen weiteren Ländern. Einige Kinder sind schon allein mit üblichen Hygienevorstellungen nicht vertraut. Die meisten brauchen mehr Aufmerksamkeit, als sie in einer Klasse mit mehr als 20 Schülern bekommen können. Manche Schüler halten sich nicht an Regeln oder nur an die, die sie auf der Straße selbst aufgestellt haben.«<sup>548</sup> Und dazu gehört es eben auch, die deutschen Schüler und Lehrer zu bedrohen und zu verprügeln. Daher gehen die Schüler und Lehrer nunmehr unter Polizeischutz zum Unterricht.<sup>549</sup> Vielleicht sind die Schüler seither etwas sicherer. Ganz sicher aber nicht die Frauen und Mädchen. In Garbsen berichten sie von verstärkten sexuellen Übergriffen. So etwas ist typisch für »soziale Brennpunkte«, innerhalb derer minderbegabte Migranten aus ihrem Wertgefüge heraus deutsche Frauen als Freiwild betrachten.

### **Einheimische werden zu Dienern abgerichtet**

Was würden Sie als Mutter oder Vater sagen, wenn Sie beim Elternabend in der Schule über Ihre Kinder erfahren würden, dass diese die Schultaschen ihrer zugewanderten Mitschüler tragen müssen? Ihre Kinder erledigen Botengänge für junge Migranten, besorgen Pausenbrote, Getränke und Zigaretten. Und wenn sie die Hausaufgaben ihrer Mitschüler nicht richtig erledigen, gibt es Prügel.<sup>550</sup> In der Bundeshauptstadt Berlin war man Ende 2010 schockiert, nachdem bekannt wurde, dass in den dortigen Migrantenvierteln (wie etwa Neukölln) Schüler mit Migrationshintergrund deutsche Schüler wie ihre Sklaven behandeln. Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) bestätigte bald, dass es ein »mit Repressionsandrohung erzwungenes Dienerverhalten von Minderheiten« an Neuköllner Schulen gebe.<sup>551</sup> Deutschenfeindlichkeit schon in der Schule? Das war bis dahin ein absolutes Tabuthema.

Doch am 3. November 2010 gab es im Kanzleramt einen Integrationsgipfel. Und was der Bundeskanzlerin Angela Merkel dort hinter verschlossenen Türen von der Berliner Polizei mitgeteilt wurde, das sollte nach dem Willen der Politiker in deutschen Medien besser nicht veröffentlicht werden. Denn da hatte der Neuköllner Polizeihauptkommissar Christian Horn über seine Arbeit in der Berliner Polizeidirektion 5 berichtet. Der Mann ist zuständig für die Migrantenbezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. Wer seinen Vortrag hörte, der vernahm schier Unglaubliches: Nach Angaben von Zuhörern der Kanzleramtsrunde werden deutsche Schüler von Migranten demnach - wie schon beschrieben - an manchen mehrheitlich von Ausländerkindern besuch-

ten Schulen inzwischen immer öfter zu Dienern abgerichtet. Die deutschen Schüler müssen für Migrantenkinder die Schultaschen tragen, erledigen Bontengänge, besorgen Mahlzeiten, Getränke und Zigaretten. Und wenn sie die Hausaufgaben ihrer zugewanderten Mitschüler nicht richtig machen, dann gibt es zur Strafe Schläge. Der Berliner Polizist Horn ist mit 15 weiteren Mitarbeitern in der Arbeitsgruppe Integration und Migration (AGIM) beschäftigt. Er sagte im Kanzleramt laut Redeprotokoll: »Körperliche Gewalt, bis hin zur schweren und gefährlichen Körperverletzung, ganz zu schweigen von verbaler oder psychischer Gewalt, ist keine Seltenheit.« Mehr als 120 Teilnehmer des Integrationsgipfels, die seine Ausführungen hörten, waren erschüttert und schwiegen in der Öffentlichkeit zu den Aussagen. »Auch Erpressungen und Nötigungen sind an Schulen nahezu an der Tagesordnung; selbst Fälle regelrechter Versklavung von Mitschülern sind uns bekannt geworden«, berichtete Horn. Diese Gewalt richte sich gegen Mitschüler ebenso wie gegen Lehrer.

In deutschen Medien soll allerdings nicht über die eklatanten Zustände in Berliner Migrantenvierteln berichtet werden - das wäre aus der Sicht des Kanzleramtes »integrationsfeindlich«. Die Polizei gab Horns Rede erst nach mehrmaligen Nachfragen heraus. Der Polizeibeamte darf jetzt auch nicht mehr mit Journalisten sprechen. Und Lehrer, die ebenfalls an der Kanzleramtsrunde teilnahmen, dürfen nicht über ihre massive Unterdrückung durch Migranten in den Schulen berichten. Man darf in der Öffentlichkeit nicht einmal sagen, um welche Schulen es sich handelt.

Wer dennoch den Mund aufmacht, der wird sofort entlassen. Einer, der das zu spüren bekam, war der Berliner Sozialarbeiter Thomas Knorr (48). Er hatte bei einem Elternabend über die Deutschenfeindlichkeit an den Schulen gesprochen. Er wurde im November 2010 gefeuert, weil er die Wahrheit sagte: Thomas Knorr hatte darüber berichtet, wie türkisch- und arabischstämmige Schüler ihre deutschen Klassenkameraden einschüchterten. Eine Woche später wurde er entlassen.<sup>552</sup> Knorr besaß 20 Jahre Erfahrung als Erzieher und Sozialarbeiter. Er arbeitete mit Behinderten, betreute eine Jugendwohngemeinschaft, kümmerte sich um Grund- und Realschüler als Koordinator für den Ganztagsbetrieb an der Gustav-Langenscheidt-Schule in Berlin-Schöneberg. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund beträgt dort 70 Prozent. Die türkisch- und arabischstämmigen Eltern forderten seine Entlassung, weil er offen über die Probleme gesprochen hatte. Das sei »integrationsfeindlich«. Die Migranten drehten den Spieß also einfach um, indem sie den Deutschen »Rassismus« und »Fremdenfeindlichkeit« vorwarfen. Sie taten das mit voller Rückendeckung der türkischen Regierung, die Deutschland zu einem »stärkeren Vorgehen gegen

Angriffe auf ihre Staatsbürger« aufforderte.<sup>553</sup> Vermehrte Angriffe auf Türken in verschiedenen deutschen Städten seien offenbar auf Rassismus, Fremdenhass und Islamophobie zurückzuführen, hieß es in einer Erklärung des türkischen Außenministeriums. Deutschland müsse die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um solche Übergriffe künftig zu verhindern.

Dabei beklagte selbst die Familienministerin Kristina Schröder (CDU) die Diskriminierung der Deutschen im eigenen Land. Sie sagte: »Da werden deutsche Kinder und Jugendliche dafür angegriffen, weil sie Deutsche sind.« Sie würden etwa als »deutsche Kartoffel« oder »deutsche Schlampe« beschimpft.<sup>554</sup> Und sie fügte hinzu: »Es gibt in unseren Schulhöfen und es gibt in unseren U-Bahnen und S-Bahnen ein Problem mit Deutschenfeindlichkeit.«

### **Blick ins Ausland: überall das gleiche Bild**

In Großbritannien trifft die Migrantengewalt keinesfalls nur Schüler. Auch Lehrer werden entsprechend behandelt. Und zwar auch jene, die für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben eintreten. Einer dieser britischen Lehrer ist der 28 Jahre alte Gary Smith, der im Osten der Hauptstadt London an einer Mädchenschule Religionsunterricht erteilte. Der Lehrer unterrichtete die Mädchen über folgende Religionen: Christentum, Islam, Sikhismus, Buddhismus, Hinduismus und Judentum. Bis zum 12. Juli 2010. An jenem Tag lauerten ihm die jungen Mitbürger Akmoi Hussain, Azad Hussein, Sheikh Rashid und Herr Alam nach dem Unterricht auf, um ihn gemeinsam zu töten. Sie zerschmetterten ihm mit Eisenstangen den Schädel und traten ihm immer wieder vor Kopf und Oberkörper. Wie durch ein Wunder überlebte der Lehrer. Er wird aber bis an sein Lebensende schwerbehindert sein, denn er hat beispielsweise sein Kurz- und Langzeitgedächtnis sowie auch sein Geruchsvermögen verloren. Im Mai 2011 standen die Täter dann vor Gericht.<sup>555</sup> Sie waren sich keiner Schuld bewusst. Die Täter waren alle junge zugewanderte Muslime. Und der Lehrer hatte aus ihrer Sicht die »Unverschämtheit« besessen, auch andere Religionen als den Islam zu unterrichten. Das war aus ihrer Sicht Blasphemie — ein todeswürdiges Verbrechen.

Schauen wir nach Norwegen: Der aus Pakistan dorthin zugewanderte Imam Fayed Sarased Ali Bukhari wollte in seiner neuen Wahlheimat bei Ammerud nahe Oslo im Jahre 2011 mit Spendengeldern eine islamische *Koran*-Schule für 200 junge norwegische Muslime bauen. Der Mann hatte staatliche Subventionen beantragt. Im norwegischen Fernsehen fiel er durch radikale Aussagen auf, forderte er doch die Enthauptung aller Muslime, die

während des islamischen Fastenmonats Ramadan tagsüber essen würden. Und er forderte Gefängnisstrafen für all jene, die nicht fünf Mal am Tag zu Allah beten wollten.<sup>556</sup> Die Ausstrahlung des Beitrages in einer Nachrichtensendung war für die Norweger eigentlich schon schockierend genug. Doch dann erklärte eine Religionsexpertin den Zuschauern, dass die Auffassung des Imams weit verbreitet und eben kein Einzelfall sei. Es sind solche Vorbeter, die junge Muslime überall in Europa gegen die ethnischen Europäer aufhetzen. Sie verbreiten ein Wertesystem, das niemals mit unserem vereinbart werden kann.

Schauen wir nach Frankreich und Schweden: Im Herbst 2010 wurde in Toulouse eine französische Gymnastin auf offener Straße angegriffen und gequält, die Täter drückten Zigaretten auf ihrem Körper aus. Grund für den Überfall auf die 16 Jahre alte Französin: Sie hatte blondes Haar und damit die »falsche« Haarfarbe.<sup>557</sup> Ein Einzelfall? Nein, keineswegs. Auch im Département Nord im Ort Marcq-en-Baroeul ereignete sich zuvor ein ähnlicher Fall. In Schweden färben sich schon seit einigen Jahren immer mehr blonde junge Mädchen die Haare schwarz, weil sie sonst von Migranten übel beschimpft und als sexuelles Freiwild betrachtet werden.<sup>558</sup> Viele europäische Zeitungen berichten darüber, nur die deutschen Medien ignorieren das Thema. Eine belgische Zeitung titelte etwa im Mai 2010: »Schwedische Blondinen färben Haare dunkler - aus Angst vor Vergewaltigung« (»Zweedse blondines verven haar donker uit angst voor verkrachting«<sup>559</sup>).

Szenenwechsel: Eine Österreicherin, die aus Kärnten in den 16. Wiener Bezirk gezogen ist, hat sich im Internet von der Seele geschrieben, was sie im Wiener Ausländerbezirk nun täglich erlebt: »Ich wohne heute im 16. Wiener Gemeindebezirk und höre tagein, tagaus kein einziges deutsches Wort. Als junge Frau hier in diesem Bezirk zu leben ist kein Leben. Vor allem im Winter wird es sogar gefährlich, da man als arbeitender Mensch noch vor die Türe muss, bevor es hell wird, und nach Hause kommt, wenn es schon wieder dunkel ist. Hier auf die Straße zu gehen gleicht einem Spießbrutenlauf. Man wird, egal ob dick, ob dünn, ob hässlich oder hübsch, alle paar Meter aufs Übelste angegraben. Ignoriert man Sätze wie Aide, dich will ich ficken< oder einfach nur das schlecht gesprochene und fast gespuckte >alooo Süße<, wird man sofort auf die schlimmste Art und Weise beschimpft. Man bekommt Wörter wie >Hu\*e, Nutt\*, Schl\*\*pe, ...< etc. an den Kopf geworfen, obwohl man ein rechtschaffener Mensch ist, der eigentlich nur kurz Milch holen wollte. Aber jeder Schritt hier wird begleitet von solchen Ansagen, wenn man kein Ausländer ist. Ein Österreicher darf nicht zurückreden und sich gekränkt fühlen, denn dann wird gerne handgreiflich vorgegangen. Gott sei Dank besitze ich einen !!kleinen!! Hund (kein Kampfhund), denn seit ich diesen

besitze, haben solche Übergriffe aufgehört, da sich Ausländer meist vor Hunden, egal wie groß, fürchten (Gott sei's gedankt). Des öfteren wurde ich früher einfach mal grob am Arm gepackt, wenn ich nicht auf eine Anmache eingestiegen bin. Ebenfalls stehen hier die Schwarzen an jeder Ecke bei den Wettbüros, die es ebenfalls an jeder Ecke gibt (ich dachte, Muslime dürfen nicht spielen und saufen, dabei sind die Lokale jeden Tag voll) und tauschen unbehelligt, trotz naheliegender Polizei, ihre Drogenpäckchen aus. Wenn man dies sieht, heißt es Vorsicht walten lassen, denn nur zu gern wird mal ein Messer gezückt, um zu zeigen, wer der Stärkere ist, damit man ja den Mund hält. Auf den Boden sehen und weitergehen, heißt es dann, sonst hat man das Ding auch schon in den Rippen.

Vielleicht erinnern sich einige noch: Vor ein paar Monaten wurde hier bei mir in der Straße ein Österreicher von drei Migranten erstochen, und vor ein paar Wochen wurde wieder ein Österreicher wegen 20 Euro halb tot geschlagen. Ich als Österreicherin darf mir aber NICHT erlauben zurückzuschlagen, wenn mir ein Migrant die Tasche aus den Händen reißen und damit abhauen will. Dann bin ich ein Nazi.

Auch wenn ich mich beschwere, dass es in allen Geschäften hier bei mir nur mehr türkisches Essen gibt und kein leckerer Schweinslungenbraten mehr zu finden ist, ... bin ich ein Nazi.

Wenn ich sage, ich möchte hier nicht mehr wohnen, ich habe Angst, die Straße zu betreten, weil ich hier schon zweimal überfallen wurde, jeden Tag Beschimpfungen ausgesetzt bin und weil schon einmal eingebrochen wurde, ... bin ich ein Nazi.

Beschwere ich mich darüber, dass hier so viele ungeschulte und ungute Ausländer leben, die doch bitte einfach mal Deutsch lernen sollen, damit ich sie auch verstehe, ... bin ich ein Nazi.

Halten wir fest: Statt Österreicher, der seine Rechte wahren will, ist man schlicht und einfach nur mehr ein böser, böser Nazi, egal, was man tut oder wie man es sagt.«<sup>560</sup>

Wir Europäer kämpfen nicht etwa gegen solche Zustände an. Im Gegenteil: Wir fördern diese noch nach Kräften.

## **Angriffe auf Rentner, Gehbehinderte und Schwache**

Die 83 Jahre alte Hamburgerin Gisela T. wird den schlimmsten Tag ihres Lebens sicherlich niemals vergessen. Zwei Migrantinnen hatten sie fast tot geprügelt, einfach so. Naska A. (29) und eine weitere Frau einer berüchtigten



zugewanderten Großsippe schlugen die gehbehinderte Rentnerin mit einem schweren Kerzenständer zusammen, raubten sie aus. Rund 200 Euro Beute, dazu der goldene Ehering und eine EC-Karte. Gisela T. lag nach dem schweren Überfall 15 Stunden bewusstlos mit einer schweren Gehirnerschütterung in einer Blutlache, die Nase zertrümmert. Sie wird sich bis an ihr Lebensende nicht von den Folgen erholen. Im Mai 2011 stand sie ihren Peinigern vor Gericht gegenüber.<sup>561</sup> Mit wackeligen Schritten schob sie den Rollator in den Gerichtssaal und berichtete, was ihr widerfahren war. Die Richter konnten nicht herausfinden, wer von den beiden angeklagten Frauen die Rentnerin so übel zugerichtet hatte — deshalb gab es keine Verurteilung wegen versuchten Mordes. Nur wegen Raubes - und auf diesem Gebiet hatten die beiden Frauen schon viele Vorstrafen. Sie zeigten nicht die geringste Reue, äußerten kein Bedauern.<sup>562</sup> Im Wertesystem der Migrantinnen war ihr Opfer doch nur eine ohnehin altersschwache Deutsche.

Alte und Schwache gehen inzwischen ein täglich wachsendes Risiko ein, von bestimmten Migranten als Beute betrachtet und ausgeraubt zu werden. Während Gisela T. in Hamburg vor Gericht ihren grauenvollsten Tag schilderte, suchte die Polizei im nordrhein-westfälischen Düren eine türkische Bande, die in Jülich einen 73 Jahre alten Pfarrer um zwei Uhr morgens im Schlaf überfallen, mit einem Dolch bedroht und ausgeraubt hatte.<sup>563</sup> Wieder nur ein »Einzelfall« in jenen Tagen? Diese »Einzelfälle« gibt es bei genauerem Hinsehen allerdings überall, einige Beispiele: In Bremen fesselten Südländer eine 83 Jahre alte Frau in ihrem Haus an einen Stuhl und raubten sie aus.<sup>564</sup> In Köln suchte die Polizei einen jungen Südländer, der einen gehbehinderten 69 Jahre alten Rentner in dessen Hausflur überfallen hatte: Der Zuwanderer stieß ihn auf die Treppe und raubte das Portemonnaie. Vorher hatte er ihn beim Geldabheben an einem Automaten beobachtet.<sup>565</sup> Die Kölner Polizei fahndete zugleich nach einem weiteren Südländer, der einer 77 Jahre alten Rentnerin auf der Straße eine goldene Kette vom Hals gerissen und sie dabei skrupellos verletzt hatte.<sup>566</sup> In München musste sich die Polizei mit einer 43 Jahre alten bosnischen Pflegerin befassen, die einer ihr anvertrauten 85 Jahre alten deutschen Patientin über mehrere Monate hinweg insgesamt 100 000 Euro gestohlen hatte.<sup>567</sup> In Frankfurt suchte die Polizei in jenen Tagen im Mai 2011 unter Hochdruck nach einem etwa 20 Jahre alten Südländer, der einer 88 Jahre alten gehbehinderten Rentnerin, die mit ihrem Rollator unterwegs war, in einer Passage unter den Pullover gegriffen und sie als Sexualobjekt missbraucht hatte.<sup>568</sup> Selbst auf Behinderte nehmen Migranten immer seltener Rücksicht, schlimmer noch: Sie greifen sie an. *Radio Bremen* berichtete beispielsweise am 29. Juli 2011: »Vier Wochen nach einem brutalen Übergriff auf einen Autofahrer in

der Bremer Innenstadt hat die Polizei den mutmaßlichen Täter ermittelt. Der 22 Jahre alte Türke soll einen 59-Jährigen niedergeschlagen haben, weil der ihn um die Freigabe eines Behindertenparkplatzes gebeten hatte. Zeugen hatten den Vorfall beobachtet. Deren Angaben führten nun zur Festnahme des Türken. Dieser ist laut Polizei ein sogenannter Intensivtäter, gegen den bereits wegen fast zweihundert Einbrüchen ermittelt wird. Bei dem Angriff vor vier Wochen wollte das Opfer seine schwerbehinderte Mutter zum Arzt in der Bremer Innenstadt begleiten. Weil ein zugeordneter Behindertenparkplatz von einer Autofahrerin blockiert war, bat er diese um Freigabe. Daraufhin soll der 22-jährige Mann vom Beifahrersitz aufgestanden sein und den 59-Jährigen bewusstlos geschlagen haben. Anschließend flüchteten der Täter und die junge Frau.«<sup>569</sup>

Zugegeben, für sich genommen scheinen das alles nur »Einzelfälle«. Aber je genauer man dabei hinschaut und je exakter man das, was in Deutschland diesbezüglich geschieht, analysiert, umso gravierender stellen sich die unhaltbaren Zustände dar. Ein weiteres Beispiel, bei dem selbst Düsseldorfer Ermittler ziemlich fassungslos waren: Vor allem Türken spezialisieren sich zunehmend darauf, deutsche Rentner abzuzocken. Ein Düsseldorfer Türkenpaar hat Senioren in ganz Deutschland betrogen. Der Schaden beläuft sich auf mindestens 50 000 Euro. Eine 22 Jahre alte Türkin und ihr 24-jähriger Ehemann gaukelten betagten deutschen Rentnern vor, sie hätten ein Auto im Wert von 28 000 Euro gewonnen. Damit der Gewinn auch in bar ausgezahlt werden könne, müssten sie wegen hoher Notarkosten in Vorleistung gehen. Ahnungslos überwiesen die Rentner durchschnittlich 1700 Euro in die Türkei. Bei dem Türken stellten die Ermittler später einen Ordner mit Daten von 600 Senioren sicher.<sup>570</sup> Da wurden aus einem sogenannten »Einzelfall« also auf einen Schlag Hunderte Fälle.

Egal, welchen deutschen Ort man heutzutage genauer anschaut, überall kann man erkennen, dass räuberische Migranten inzwischen zu unserem Alltag gehören. Sie benehmen sich heute wie einst die alten Karawanenräuber, einige Beispiele aus Kölner Polizeiberichten. Da hieß es etwa Mitte 2011: »Eine Gruppe von sechs Räufern hat am Dienstagabend (21. Juni) auf der Richmodstraße in der Kölner Innenstadt einen jungen Mann (17) bedroht und ausgeraubt. Der 17-Jährige befand sich gegen 20.30 Uhr fußläufig auf der Richmodstraße und ging in Richtung Breite Straße. Als er in Höhe des Olivandenhofes war, sprach ihn ein Mann von hinten an: >Geh da rein, ich habe ein Messen und dirigierte ihn in einen abgelegenen Bereich. Als sich der Jugendliche daraufhin umdrehte, umzingelten ihn sechs südländisch aussehende Täter im Alter von 18 bis 20 Jahren. Zwei der Räuber bedrohten ihn mit

einem Messer, ein weiterer mit einem Schlagring. Einer der Messerträger forderte ihn auf, seine Wertsachen rauszugeben. Als das Opfer dies nicht sofort tat, schlug der mit einem schwarz-gelb gestreiften Adidas-Trainingsanzug Bekleidete den 17-Jährigen mit einem Schlagring in die Magengrube und durchsuchte ihn. Die Täter erbeuteten ein weißes *iPhone* und Bargeld aus der Geldbörse des jungen Mannes. Dann forderten sie ihr Opfer unter Drohungen auf, ihnen nicht zu folgen und sie nicht anzuschauen.«<sup>571</sup>

War das wieder nur ein »Einzelfall«? Nein. Zwei Tage später hieß es im Kölner Polizeibericht: »Eine Gruppe von vier Tätern hat in der Nacht auf Donnerstag (23. Juni) einen 22-Jährigen in der Kölner Altstadt zusammengeschlagen und beraubt. Die jungen Männer hatten zuvor der Freundin des Kölners (ebenfalls 22) die Handtasche gestohlen. Gegen 2.30 Uhr saß der junge Mann mit seiner Freundin und einer Bekannten (22) in Höhe des Rheinpegels an der Frankenwerft auf einer Mauer. Die junge Frau stellte ihre Handtasche neben sich ab. Nach eigenen Angaben ließ sie ihre Tasche nur kurz aus den Augen. Als sie das Fehlen ihrer Handtasche bemerkte, sah sie eine Gruppe von vier etwa 20 Jahre alten, südländisch wirkenden Männern, die sich über eine Wiese entfernten. Der 22-Jährige lief der Gruppe hinterher und wählte dabei die Handynummer seiner Freundin, da sich ihr Mobiltelefon in der Handtasche befand. Als er das Handy klingeln hörte, sah er die Handtasche bei einem aus der Vierergruppe. Der Kölner konnte die Tasche an sich bringen und den Täter zur Rede stellen. Alle vier schlugen und traten sofort auf den 22-Jährigen ein und entrissen ihm die Handtasche. Sie flüchteten dann mit der Beute in unbekannte Richtung. Durch die alarmierte Polizei wurde sofort eine Fahndung nach den Flüchtigen durchgeführt. Einer der Räuber wurde hierbei von den Ermittlern in Tatortnähe angetroffen und festgenommen. Der mutige junge Mann wurde bei der Tat leicht verletzt und durch einen herbeigerufenen Rettungswagen in ein Krankenhaus gefahren.«<sup>572</sup>

Wir erleben derzeit im deutschsprachigen Raum die Rückkehr der absoluten Skrupellosigkeit. Im Wertesystem vieler Migranten stehen wir Europäer eben ganz weit unten. - Noch ein Beispiel aus einer anderen Stadt, Gelsenkirchen, vom Juli 2011, bei dem sogar ätzende Säure eingesetzt wurde: »Am Montagabend gegen 22:45 Uhr wurde ein 16-jähriges Mädchen Opfer eines brutalen Raubes. Die Tat ereignete sich auf der Walpurgisstraße im Ortsteil Hüllen. Zwei bislang unbekannte Männer klingelten bei der Jugendlichen an. Als diese die Wohnungstür öffnete, standen die Männer bereits vor ihrer Tür. Wortlos besprühte sie einer mit einer unbekanntem ätzenden Flüssigkeit auf den Oberkörper. Als sie sich daraufhin wendete, versetzte ihr der zweite Täter mit einem schlagstockähnlichen Gegenstand einen Schlag gegen den Hinter-

kopf. Anschließend stießen sie die Täter in die Wohnung, durchsuchten diese und stahlen ein Netbook, einen Laptop sowie drei Handys. Nachdem sie die Beute erlangt hatten, flüchteten sie mit zwei Fahrzeugen in Richtung Bismarckstraße. Die Gelsenkirchenerin erlitt durch die unbekannte Flüssigkeit Hautverletzungen und leichte Verätzungen im Bereich des Gesichtes, des Dekolletes und des Nackens. Sie verbleibt zur Behandlung stationär im Krankenhaus. Lebensgefahr besteht nicht. Beschreibung der Männer: Täter mit Schlagstock; ca. 180 cm groß, schlanke, sportliche Figur, dunkelbraune, mittellange Haare, schmaler Bart (>Strich< von Wange unter dem Kinn durch zur anderen Wange), bekleidet mit weißem Hemd, grauem Sakko und hellblauer fast weißer Jeans. Täter wurde >Mohamed< genannt. Täter mit Sprühflasche; ca. 175—180 cm groß, sportliche Figur, bekleidet mit gestreifter Sweatjacke und Jeans.«<sup>573</sup>

Überall werden ethnische Europäer nun Opfer dieser neuen Wegelagerer. Übrigens: Es gibt derweilen Helden unter unseren Senioren, die das Bundesverdienstkreuz verdient hätten. Doch statt sie mit Ehren zu überhäufen, strafen wir sie mit tiefster Verachtung. Wie die 85 Jahre alte Gerda S. aus Duisburg. Sie liegt noch immer schwer verletzt in einem Duisburger Krankenhaus: Das Gesicht ist stark angeschwollen, sie weist Platzwunden am ganzen Körper auf. Kein Politiker hat sie am Krankenbett besucht. Seniorin Gerda S. ist eben nicht multikulturell eingestellt. Sie hatte im Sommer 2011 von ihrem Balkon aus gesehen, wie ein 27 Jahre alter Migrant aus dem schwarzafrikanischen Somalia (Länder-IQ 68) ein sieben Jahre altes Mädchen mit Gewalt in ein Gebüsch zog und dort vergewaltigen wollte. Die schwer herzkrankte Frau eilte auf die Straße und riss den Afrikaner vom Kind weg. Der schlug ihr sofort mit der Faust ins Gesicht und verprügelte sie. Weil Passanten der Seniorin zu Hilfe kamen, konnte der Somalier festgenommen werden. Er ist polizeibekannt und hat ein langes Vorstrafenregister.<sup>574</sup>

### **Wir stellen aggressive Minderintelligente mit Geld ruhig**

Überall in Europa haben Politiker, Behörden und Bürger zunehmend Angst vor allem vor jugendlichen Zuwanderern. Als besonders niederträchtig und aggressiv gelten Migranten aus dem islamischen Kulturkreis. Weil sie gern pöbeln, schlagen und prügeln, gehen wir überall in Europa still und leise dazu über, ihnen Geld zu geben, damit sie uns nicht angreifen. Nachfolgend einige Beispiele: In den Niederlanden bekommen marokkanische Jugendliche zu Festtagen Bargeld in die Hand gedrückt, damit diese Zeit ruhig verläuft und sie

an jenen Tagen keine ethnischen Niederländer angreifen. Ein Scherz? Nein, keineswegs. In der niederländischen Stadt Gouda gibt es große Probleme mit zugewanderten marokkanischen Jugendbanden, die die einheimische Bevölkerung terrorisieren. Die Behörden gehen seit Ende 2009 einen völlig neuen Weg, um der zugewanderten Inländerfeindlichkeit Herr zu werden. Man gibt den Migranten Bargeld dafür, damit sie die Einheimischen in Ruhe lassen — man zahlt also Schutzgeld! So erhielten marokkanische Kriminelle etwa an Silvester 2009/2010 stolze 2250 Euro in bar ausbezahlt, damit sie an diesem Tag nicht pöbelnd und grölend durch den Ort zogen.<sup>575</sup> Zusätzlich werden von den Steuerzahlern finanzierte Arabischkurse absolviert, damit die Migranten den *Koran* in der Originalversion studieren können. Eine Stadträtin ist entsetzt: »Ein Skandal. Sie werden für ihr kriminelles Verhalten belohnt.« Aber dieser kostspielige Wahnsinn ist immerhin politisch korrekt.

Bleiben wir in den Niederlanden: 22 Gemeinden haben in den Jahren 2008 bis 2011 32 Millionen Euro Steuergelder ausgegeben, um junge kriminelle zugewanderte Marokkaner (Länder-IQ 84) im Alter von bis zu 24 Jahren ruhig zu halten. Im Frühjahr 2011 zog man eine verheerende Bilanz: Überall dort, wo man zugewanderten Straftätern viel Verständnis und möglichst auch noch Bargeld in die Hand gedrückt hatte, nahmen die Probleme und die Kriminalität nicht — wie erhofft — ab, sondern sogar noch zu. Die niederländische Tageszeitung *De Telegraaf* berichtete darüber am 30. März 2011 unter der Schlagzeile »Marokkanensubsidie weggegooid geld«<sup>576</sup> (übersetzt etwa: »Hilfen für Marokkaner sind rausgeschmissenes Geld«).

Wer das alles für isolierte »Einzelfälle« hält, der möge einmal nach Großbritannien schauen. Dort stellt sich die Lage nicht anders dar, ein Beispiel: Damit die polizeibekanntesten, zugewanderten jungen und gewaltbereiten Muslime in den West Midlands am 17. Juli 2010 nicht auf die Idee kamen, eine genehmigte Demonstration der rechtsgerichteten Bewegung EDL im Örtchen Dudley zu stören, hatte die Gemeinde 19 von ihnen an jenem Tag auf Kosten der Steuerzahler zu einem Ausflug in die Stadt Blackpool eingeladen. Allein die Reisekosten beliefen sich auf 2113 Pfund (rund 2400 Euro).<sup>577</sup> Doch der Ausflug wurde dann erst richtig teuer: Die jungen Mitbürger Riad Hussein, Wasim Telhat, Raja Rashid und ihre Freunde tobten sich nun in Blackpool nämlich an Briten aus, die sie nie zuvor in ihrem Leben gesehen hatten. Ein Polizist, der sie im Auftrag der Gemeinde Dudley auf dem Ausflug begleitete, und einige Sozialarbeiter sahen fassungslos zu, wie die Muslime Menschen angriffen. Den Briten Derek Brownhill, der gerade in einer Parkbucht aus dem Auto stieg, schlugen die Migranten grundlos bewusstlos. Wie auf einen Fußball kickten sie auf den Kopf des wehrlosen Mannes ein, dessen hochschwangere

Frau das alles mit ansehen musste. Die zugewanderten jungen Kriminellen, denen man den Tag mit diesem Ausflug versüßte, waren übrigens zur Bewährung auf freiem Fuß, hatten zuvor in der Stadt Tipton zum Spaß brutal mit einem Hammer auf Menschen eingeschlagen. Trotz des Schwerverletzten in Blackpool bewertete die Stadt Dudley den aus Steuergeldern finanzierten Ausflug der Jugendlichen als »vollen Erfolg«, weil die Demonstration im Ort so ohne Zwischenfälle verlief. Der Bericht über diese Vorfälle stand in britischen Zeitungen ausgerechnet in jenen Märztagen 2011, als auch niederländische Zeitungen über die unglaubliche Verschwendung von Steuermitteln berichteten, um junge Zuwanderer ruhigzustellen.

Sofern es um die kulturelle Bereicherung durch die Wertvorstellungen minderbegabter Völker geht, lassen wir uns einfach alles bieten. In der europäischen Hauptstadt Brüssel, in der mehr als 36 Prozent der Bewohner Muslime sind, sollten sich die Polizisten 2011 angeblich an die islamischen Fastenregeln halten: Sie sollten zumindest im islamischen Vorort Molenbeek tagsüber nicht essen und trinken. Die Polizeigewerkschaft bestätigte die Angaben offiziell, die städtischen Behörden verneinten allerdings eine entsprechende schriftliche Anordnung. Dennoch war klar: In Brüssel-Molenbeek beschwerten sich Polizisten darüber, dass sie mit Rücksicht auf fastende Muslime im Ramadan tagsüber nicht essen und trinken sollen. Bart Velle, Chef der Polizeigewerkschaft NSPV, bestätigte jedenfalls die große Zahl der Beschwerden von Polizisten in dieser Angelegenheit.<sup>578</sup> Die Polizisten behaupteten allerdings noch weitaus mehr: Nach ihren Angaben sollten sie in islamischen Wohngebieten während des Ramadans möglichst keine Straftaten verfolgen und sich bei Ordnungswidrigkeiten »toleranter« als sonst zeigen. Und sprechen sollten sie darüber öffentlich besser nicht.

Dabei ist Toleranz das, was in Brüssel derzeit wohl wie Schnee in der Sonne schmilzt. Die EU-Hauptstadt, in der jetzt mehr als eine Million Muslime leben, macht eine Entwicklung durch, die von deutschen Medien nicht beachtet wird. Dabei gäbe es aus dem multikulturellen Brüssel reichlich Stoff für Berichte, die einem die Haare zu Berge stehen lassen. Nach allen vorliegenden Studien ist ein großer Teil der belgischen Muslime antisemitisch eingestellt. Man darf das heute aber in Belgien nicht mehr sagen. Nachdem der Soziologe Mark Elchardus 2011 in der Tageszeitung *De Morgen* entsprechende Studien veröffentlichte<sup>579</sup>, wurde er vor Kurzem sofort von muslimischen Gruppen wegen Rassismus und Diskriminierung verklagt.<sup>580</sup>

Interessant: Die einen dürfen politisch nicht korrekte Studienergebnisse heute in der europäischen Hauptstadt Brüssel nicht mehr ohne Folgen veröffentlichen. Bei den anderen lässt man selbst die großen Schweinereien tolerant

durchgehen, sofern sie nur auf der »richtigen Seite« der politischen Korrektheit stehen. Dazu ein Beispiel: Da ist etwa Francois Houtard, die größte Ikone der europäischen Multikulti-Bewegung, als Kinderschänder enttarnt worden. Francois Houtard, nominiert für den Stockholmer Friedensnobelpreis 2011 und seit 2009 Träger des UNESCO-Preises für Toleranz und Friedfertigkeit, ist zweifelsohne der größte Fürsprecher für die Migration in der europäischen Hauptstadt. Der Mann hat öffentlich eingestanden, ein mehrfacher Kindesvergewaltiger zu sein.<sup>581</sup> Es ist ein Tabu, in Europa darüber zu berichten. Der Mann wird weiterhin öffentlich als einer der größten Europäer hofiert. Weshalb nur?

Die europäische Hauptstadt Brüssel ist das Zentrum des hier geschilderten Wahnsinns. Im Juni 2011 hatte die Brüsseler Werbeagentur *Mortierbrigade* mitgeteilt, dass sie ihren Sitz aus dem multikulturellen Stadtviertel Molenbeek verlegen werde.<sup>582</sup> Der Grund: zu viel Migrantenkriminalität. Warum das erwähnenswert ist? Nun, die Werbeagentur *Mortierbrigade* hatte bis dahin Werbekampagnen für den Zuzug von Migranten realisiert. Sie wandte sich öffentlich gegen »rassistische Vorurteile«. Ihre letzte Kampagne aus Molenbeek hieß »Straßen ohne Hass«. Die Realität sah allerdings anders aus: Den Mitarbeitern der Agentur schlug der Hass überall entgegen.

Auch die Werbeagentur BBDO schließt nun aus den gleichen Gründen in Molenbeek ihre Räume und zieht weg. Der sozialistische Bürgermeister Philippe Moureaux, ein Verfechter des Zuzuges von noch mehr Muslimen, bezeichnete die Werbeagenturen daraufhin als »rassistisch« und behauptete, es gebe keine Kriminalität in seiner Stadt. Zehn Mitarbeiter der Werbeagenturen veröffentlichten daraufhin eine Auflistung der Überfälle, die sie am eigenen Körper miterlebt hatten. Der Bürgermeister hatte verloren. Und man brauchte aufsehen der Sozialisten einen politischen Achtungserfolg und eine Versöhnungsgeste gegenüber Arabern. Sie werden staunen, wie tief man sich nun vor den Arabern verbeugte: Man schändete ein historisches Denkmal. Es existierte in Brüssel bis dahin ein Denkmal in Erinnerung daran, dass unter dem belgischen König Leopold II. die belgische Armee den Sklavenhandel der Araber in Schwarzafrika beendet hatte. Das stand auch so in der Inschrift am Denkmal, und zwar in französischer und flämischer Sprache. Mitte 2011 ließ die Stadtverwaltung von Brüssel in der zweisprachigen Inschrift das Wort »Araber« wegmeißeln, damit diese in Brüssel künftig nicht mehr durch die Erinnerung an ihre unruhmlichen Vorfahren beleidigt werden.<sup>583</sup>

Angesichts derartiger Ereignisse bleibt nur festzustellen: Wir sind schlichtweg verrückt. Denn das alles sind nicht etwa »Einzelfälle«, sondern das Ganze hat Methode und ist System, denn es lässt sich nicht nur in Belgien und

Großbritannien beobachten. Nein, überall in Europa werden kriminelle Migranten mit Samthandschuhen angefasst und Gegner dieser Entwicklung wie Kriminelle behandelt. Angst vor Abschiebung oder Rückführung in ihre Heimat müssen Erstere kaum haben. Eine deutsche Arbeitsgruppe von Bund und Ländern zum Thema Abschiebung von kriminellen Ausländern fasste 2011 auf 16 Seiten zusammen, dass weder Politiker noch Behörden hart durchgreifen. So wurden in Deutschland nur ganze 5,7 Prozent (!) der Menschen, die in allen Instanzen vor Gericht gescheitert waren und hätten abgeschoben werden müssen, denn auch tatsächlich wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt. Der geringste Druck von Migrantenlobbygruppen reicht aus, und verweichlichte deutsche Bürgermeister und Landräte knicken ein und wählen den Weg des geringsten Widerstandes, lassen die erforderlichen Abschiebungen nicht durchführen.<sup>584</sup> Der Wahnsinn geht in Europa inzwischen so weit, dass wir sogar bekennende Terrorunterstützer nicht abschieben dürfen — und zwar aus Gründen der »Humanität«. Im Jahre 2011 entschied das höchste britische Gericht, dass ein 53 Jahre alter Tunesier, der nachweislich Muslime für Terroranschläge rekrutierte, nach seiner Verurteilung nicht in sein Heimatland abgeschoben werden durfte, weil er behauptet hatte, sich dort »unsicher« zu fühlen, da er dort wegen seiner politischen und religiösen Überzeugungen möglicherweise verfolgt werde. Sie ahnen es: Die Richter folgten seiner Auffassung. Der tunesische Terrorist darf künftig ganz legal in Großbritannien bleiben.<sup>585</sup>

### **»Wieder ein Hund weniger!« - Angriffe auf Beerdigungen**

Der Hass, mit dem uns immer mehr junge Migranten überall in Europa begegnen, wird offenkundig von Jahr zu Jahr größer. Und immer öfter gehört es dort, wo viele junge Moslems wohnen, jetzt zur neuen Freizeitbeschäftigung, christliche Beerdigungen anzugreifen. In Deutschland ist es noch immer ein Tabuthema, darüber zu berichten. Man schweigt es tot. Nicht so in den Niederlanden. Niederländische Fernsehsender haben 2011 mehrfach über Angriffe junger Marokkaner auf christliche Beerdigungen berichtet. Beispiel Amersfoort: Die Stadt ist heute eine Migrantenhochburg und mit 140000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt in der Provinz Utrecht. In den Neubauvierteln leben viele Türken und Marokkaner. Viele junge Marokkaner besuchen die Bilal-Koran-Schule. Die jungen Muslime haben ein Hobby - sie stören gern christliche Beerdigungen. Sie halten Beerdigungszüge an und fragen, ob



der Verstorbene Muslim gewesen sei. Wird das verneint, dann brüllen sie: »Wieder ein Hund weniger!«<sup>586</sup> Haben die Trauergäste Pech, dann werden sie auch angegriffen. Die Bestattungsunternehmerin Grete Braak berichtete im niederländischen Fernsehen, dass sie in Amersfoort regelmäßig solche Übergriffe junger Muslime auf christliche Beerdigungen erlebe. In Gegenwart der Hinterbliebenen fangen die Moslems dann an zu jubeln, machen obszöne Gesten, stecken ihnen den erhobenen Mittelfinger entgegen. Der zuständige Rektor der islamischen Bilal-Schule von Amersfoort machte anschließend die niederländischen Medien dafür verantwortlich, dass überhaupt darüber berichtet wurde. Er schrieb in einer Pressemeldung: »Wir bedauern die übertriebenen Reaktionen in den Medien.«<sup>587</sup>

In den Niederlanden wohnten im Jahre 2010 nach offiziellen Angaben 349005 Marokkaner. Nicht einer von ihnen hat nach den geschilderten Fernsehberichten über Angriffe auf christliche Beerdigungen zu einer Demonstration gegen solches Verhalten aufgerufen. Es gab keine landesweiten Reaktionen und Distanzierungen der Moslemverbände. Man stelle sich einmal vor, Christen oder Atheisten würden eine islamische Beerdigung angreifen und rufen »Wieder ein Hund weniger!« — sofort würden alle deutschsprachigen Sender groß über wachsende Islamophobie und »Rassismus« berichten. Wenn wir selbst angegriffen werden, dann schweigen wir. Wir dulden unsere eigene Diskriminierung. Wir freuen uns ja auch, wenn Muslime uns darüber aufklären, dass sie nicht zusammen mit Christen Seite an Seite auf einem gemeinsamen Friedhof beerdigt werden dürfen.<sup>588</sup> Selbst über den Tod hinaus verweigern sie uns also die Integration.

Sind die soeben geschilderten Ereignisse alles wieder nur »Einzelfälle«? Natürlich nicht. Denn ähnlich respektlose Erfahrungen machte man im Frühjahr 2011 auch im britischen Seebad Brighton. Dort waren es Landfahrer-kinder, die am Friedhof *Woodingdean Lawn Memorial Cemetery* bei Beerdigungen grölten und nicht das geringste Verständnis für die Trauer über den Tod eines Menschen zeigten. Die Landfahrer-kinder nutzten auch noch jene Geräte, mit denen die Gräber ausgehoben wurden, als willkommenes Spielzeug. Die Briten waren schockiert über das ihrer Kultur fremde Verhalten.<sup>589</sup>

Und wie sieht es diesbezüglich in Deutschland aus? Nach dem Vorbild der Stadt Essen wird hierzulande auf immer mehr Friedhöfen die Videoüberwachung eingeführt.<sup>590</sup> Da nicht nur die Zahl der Raubüberfälle und Vergewaltigungen auf Friedhöfen sprunghaft steigt, sondern jetzt vor allem auch osteuropäische Buntmetalldiebe Jagd auf Grableuchten und Vasen machen, bleibt den Kommunen keine andere Wahl. In Ballungsgebieten werden von den Gräbern zudem immer öfter frische Blumen gestohlen und dann von Bettlern in

Fußgängerzonen gegen Bargeld »getauscht«. Fakt ist: Es sind die Vorboten einer verheerenden Entwicklung, wenn man selbst auf einem Friedhof nicht mehr sicher ist. Nach den internationalen Erfahrungen »kippen« Gebiete bei einem Zuwandereranteil von ungefähr 15 Prozent. Bei diesem Prozentsatz beginnt die einheimische Bevölkerung, das Gebiet zu räumen. Diesen Prozentsatz haben inzwischen zahlreiche deutsche Großstadtviertel überschritten. Wir haben eben durchschnittlich schon 30 bis 40 Prozent Migrantenkinder in den Schulklassen. Bei derartigen Zahlen ist die Grenze der Integrationsfähigkeit längst überschritten. Zuerst kippen einzelne Wohngebiete, dann Stadtviertel oder ganze Regionen und schließlich ein Land. Das alles geht in den letzten Phasen nicht kampfflos vor sich.

### **Bremen: Polizei kapituliert vor krimineller Großfamilie**

So wie andernorts ist auch in Bremen der Rechtsstaat am Ende. Dort zahlen inzwischen sogar Polizisten und Journalisten Schutzgeld an Kriminelle. Sie alle haben ebenso wie viele Bürger Angst vor der kriminellen Großfamilie Miri. Denn die bestimmt inzwischen in Bremen über Leben und Tod.

Tag für Tag raubt und prügelt sich die Großfamilie Miri durch Bremen und seine Umgebung. Jeder kann ein Mordopfer der Miris werden. Der Staat ist machtlos gegen den mächtigen Clan, der im Großraum Bremen wie eine Besatzungsmacht herrscht. Die Floristin Claudia K. wollte vor den Toren von Bremen in Schwanewede gerade ihren kleinen Sohn bei den Großeltern abholen, als die Miris das Feuer eröffneten. Ihr Verlobter warf sich schützend vor sie und verblutete auf der Straße, nachdem er von elf Kugeln getroffen worden war.<sup>591</sup> Der Mann stand den Miris im Weg. Das war's. Acht Meter lang ist die Papierrolle, auf der die Bremer Polizei die Verwandtschaftsverhältnisse der mehr als 2600 in Bremen lebenden Miris entschlüsselt und einander zugeordnet hat. Diese Familien haben durchschnittlich zehn Kinder. Und es ist die Ausnahme, dass eines nicht in die schwerstkriminellen Fußstapfen der Eltern tritt. Jeder hat Angst vor den Miris.

Auch Diana B. (38) hat Todesangst. In Gegenwart zweier Polizisten hat ihr in Bremen ein Mitglied der libanesischen Großfamilie Miri mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Mehr noch: Herr Miri bedrohte die Frau lautstark mit dem Tod. Und er kündigte an, ihre Boutique in Brand zu setzen. Die Polizisten taten so, als sei das alles völlig normal. Sie schauten lieber weg.<sup>592</sup> Denn vor den Miris hat man in Bremen als Deutscher untertänigst auf den Boden zu schauen. In

immer mehr Bremer Stadtteilen bestimmen Mitglieder der Großfamilie Miri — und nicht länger die Polizei -, was in Ordnung ist und was nicht. Im vorliegenden Fall hatten die Miris entschieden, dass die Polizei wegzuschauen habe. So einfach ist das. Die Polizisten waren von Diana B. und ihrem Mann Peter zu Hilfe gerufen worden, weil etwa 20 Frauen einer Hochzeitsgesellschaft in einem türkischen Bremer Kulturverein Designer-Ballkleider und Diademe trugen, die wenige Tage zuvor in der Boutique von Diana und Peter B. bei einem Einbruch gestohlen worden waren. Das ist unstrittig. Doch die herbeigerufene Polizei half nicht etwa den rechtmäßigen Eigentümern der wertvollen Kleidungsstücke - sie half der türkisch-libanesischen Großfamilie. Sie fragte sogar in Gegenwart der Miris die Personalien der Boutiquenbesitzer ab — und die Miris bedankten sich und kündigten lautstark an, die beiden Deutschen dort demnächst zu ermorden. Skandalös das Verhalten der Polizisten: Sie zwangen die Boutiquenbesitzer noch am Tatort, jene Beweisaufnahmen von der Kamera zu löschen, mit denen diese ihre geraubten Kleider auf dem Türkenfest dokumentiert hatten.

Im Oktober 2010 wurde zwei Mitgliedern aus der Miri-Sippe, Ibrahim M. und seiner Lebensgefährtin Hiyam O., wegen Hehlerei und wegen Körperverletzung bei dem Gerangel mit der Boutiquenbesitzerin der Prozess gemacht. Hiyam O. hatte immerhin auf einer Hochzeit eines der gestohlenen Kleider getragen. Die Staatsanwaltschaft forderte wegen erheblicher Vorstrafen der Angeklagten jeweils Freiheitsstrafen ohne Bewährung. Und bei der Bremer Polizei wird Ibrahim M. als Intensivstraftäter und Verdächtiger von 150 Straftaten als »Toptäter« geführt. Er ist bekannt wegen Gewalttaten und Rauschgiftdelikten. Doch vor der Miri-Sippe haben auch feige Bremer Richter offenkundig Angst. Sie verhängten allen Ernstes nur Geldstrafen. Ibrahim M. wurde zur Zahlung von 1200 Euro verurteilt, Hiyam O. sollte 320 Euro zahlen.<sup>593</sup>

Sie können sich wahrscheinlich kaum vorstellen, wie die Miris über das Urteil und die Geldstrafe gelacht haben. Im November 2010 wurde in Bremen nämlich bekannt, dass die kriminelle Großfamilie Miri jährlich einen Umsatz im Rauschgifthandel von rund 50 Millionen Euro erzielt — und zudem noch Jahr für Jahr rund 9,6 Millionen Euro an Sozialhilfe von deutschen Steuerzahlern abkassiert.<sup>594</sup> Sie haben richtig gelesen: Rund 60 Millionen Euro pro Jahr für eine kriminelle Großfamilie. Und diese Leute sollten einmal 1200 und im anderen Fall 320 Euro Strafe zahlen ...

Am Rande sei erwähnt, dass am Wohnort der Großfamilie Miri in Bremen viele Bürger über den maroden Zustand der Straßen, über verfallende Schulen und Kindergärten klagen. Mit den 9,6 Millionen Sozialhilfe, die die kriminelle Familie pro Jahr bezieht, könnte man in Bremen jedes Jahr vier bis fünf neue

Kindergärten bauen oder mehr als 75 Kilometer maroden Straßenbelag sanieren.<sup>595</sup> Statt jedoch durchzugreifen und das kriminelle Treiben der Miri-Sippe zu beenden, fahren die Bremer lieber weiter über Schlaglochpisten und lassen Kindergärten und Schulen weiter verfallen. Man möchte ja nicht ausländerfeindlich sein oder zugewanderte Minderintelligente gegen sich aufbringen. Die Deutschen wurden früher einmal weltweit um ihre guten Straßen beneidet. Heute besitzen wir die größten Schlaglöcher und ein marodes Straßennetz<sup>596</sup> — das sieht man auch in Städten wie Bremen. Schleichend haben wir uns daran gewöhnt. Bremen ist inzwischen das ärmste deutsche Bundesland, macht pro Kopf die meisten Schulden, hat laut Pisa-Studien die dümmsten Schüler und die höchste Kriminalitätsrate in Deutschland. Das ist merkwürdig, weil Bremen doch nach Aussagen der Bremer Politiker durch immer mehr Migranten »bereichert« wird.

In Bremen stellt sich heute niemand mehr Großfamilien wie den Miris entgegen. Denn in Bremen ist der Rechtsstaat am Ende. Der Bremer Innen senator Ulrich Mäurer steht nun unter erheblichem Druck. Immerhin haben die Miris in Bremen-Weyhe in einem anderen Fall bei einer brutalen Auseinandersetzung mit einem Iraner sogar in Gegenwart von Polizisten angekündigt, sich »nicht einmal von der Bundeswehr« von ihren Straftaten abhalten zu lassen. Das hat die Polizei offenkundig tief beeindruckt.

Es ist bekannt, dass in ganz Norddeutschland immer mehr Polizisten und auch Journalisten Schutzgeld an Mitglieder krimineller Großfamilien zahlen. Diese Großfamilien beeindrucken jeweils durch ihre schiere Größe: So besteht allein die Miri-Sippe unter anderen aus 1400 Mitgliedern, die eigentlich aus dem Libanon stammen, aber türkische Pässe haben. Sie wird behördlich nachweislich pauschal als »Hochrisikofamilie« eingestuft. Die Miris, über die im Bremer Senat und in den Unterlagen aus purer Angst als die »M.« gesprochen wird, sind im Raum Bremen und Bremerhaven tief in die Organisierte Kriminalität verstrickt. Nach offiziellen Angaben des Bremer Senats auf eine Anfrage in der Bürgerschaft sind mindestens 440 »M.« schon als Tatverdächtige in Erscheinung getreten. Das ist allerdings einige Monate her — inzwischen heißt es, schon mehr als 500 Miri seien polizeibekannt. Viele von ihnen sind Intensivstraftäter. Zieht man die Kinder und die Alten ab, dann bleiben nur noch wenige »M.« übrig, die noch nicht als Intensivstraftäter registriert sind. Fast die gesamte Familie bekommt Hartz IV. Im Jahre 2008 versuchte sich die Sippe sogar an einer Gefangenenbefreiung. Die Behörden haben seither eine Nachrichtensperre über die kriminellen Aktivitäten dieser Großfamilie verhängt, weil Berichte über deren Machenschaften und die weitgehende Untätigkeit der Sicherheitsbehörden, die vor der Macht dieser Familie inzwischen

weitgehend kapitulieren muss, zu Unmut in der Bevölkerung führen könnten. Das nutzt die Familie nun aus und erpresst »Schutzgeld« von norddeutschen Journalisten und Polizisten. Stolz verkündeten einige »M.« inzwischen, als Nächstes müssten in mehreren Bremer Stadtteilen die Einwohner Schutzgeld zahlen, so etwa in Gröpelingen. Den Behörden soll das alles schon länger bekannt sein. Es gibt jedenfalls viele Aktenvermerke über die Aktivitäten der »M.«. Allerdings ist es politisch nicht korrekt, in der Öffentlichkeit darüber zu sprechen. Und wenn Journalisten über die »M.« berichten müssen, weil es einfach nicht anders geht, dann schreibt man keinesfalls den Namen Miri, denn das könnte die Großfamilie in Wallung bringen. Man nennt sie lieber Müller oder Meyer. Das ist dann auch politisch korrekt. Und die »M.« können in aller Ruhe weitermachen.

Die Miris sind angeblich eine sehr religiöse Familie. Einer von ihnen, Ali Miri, hat es gar zum Vorbeter der Bremer Abu-Bakr-Moschee gebracht. Der mehrfach vorbestrafte Ali Miri hat für den Islam viel geleistet: Er hat sogar den Deutschen Murat K. zum militanten Islam bekehrt. Murat K. ist heute besser bekannt als der »Bremer Taliban«. Die Familie Miri fühlt sich im multi-kulturellen Deutschland sichtlich wohl. Und sie würde es sich wünschen, künftig weniger von den Deutschen diskriminiert zu werden.

## **Migrantenschutzrepublik Deutschland**

In beinahe allen EU-Staaten wird derzeit ein härteres Vorgehen gegen kriminelle Ausländer vorbereitet — nur nicht in Deutschland. Dabei wünscht sich auch eine überwältigende Mehrheit der Deutschen mehr Härte gegen kriminelle Migranten. Seitdem Ende 2010 in der Schweiz mit einem Volksentscheid die Verschärfung des Ausländerrechts beschlossen wurde<sup>597</sup>, wächst auch in Deutschland die Zahl der Befürworter solcher Maßnahmen: Nach einer Emnid-Umfrage sprechen sich 68 Prozent der Deutschen für eine schnellere Abschiebung straffälliger Ausländer aus.<sup>598</sup> Unter den Sympathisanten der Linken fand diese Forderung mit 85 Prozent (erstaunlicherweise) die höchste Unterstützung. Bei der CDU/CSU unterstützen sie 75 Prozent, bei der SPD 67 Prozent und bei den Grünen 47 Prozent. Doch in der Realität ist Deutschland bald das einzige EU-Land, in dem Kriminelle die Abschiebung nur in wirklich seltenen Fällen zu befürchten haben. So hatte das Hamburger Landgericht einen türkischen Mörder zu nur 35 Monaten Haft verurteilt — mit der ausdrücklichen Begründung, dass ihm ja bei einer Haftdauer von 36 Monaten nach dem Gefängnis möglicherweise die zwangsweise Abschiebung in die Türkei dro-

he.<sup>599</sup> Und dies könne ihm nicht zugemutet werden. Der Mörder brach bei der Urteilsverkündung in Freudentränen aus. Es gibt viele solche Beispiele, bei denen Mörder und andere Schwerstkriminelle in Deutschland mit der ganzen Milde des Staates rechnen können.

Eine kroatische Kindesmörderin, die in Deutschland zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und nach der Haftentlassung nach geltendem deutschen Recht zwingend in ihre Heimat hätte abgeschoben werden müssen, konnte sich im August 2011 ebenfalls freuen: Das Verwaltungsgericht Stuttgart entschied, das Verfahren ruhen zu lassen, weil Kroatien doch 2013 EU-Staat werde. Im Januar 2010 hatte das Land Baden-Württemberg die Ausweisung gegen die kroatische Mörderin verfügt. Die 36-Jährige klagte dagegen. Sie habe doch ihr Kind nur im Neckar ertränkt, weil ihr Ehemann sich von ihr trennen wollte und der Begriff der Familie in Kroatien einen viel höheren Stellenwert als in Deutschland habe. Sie fürchte, bei einer Ausweisung nach der Ermordung ihres Kindes in ihrer Heimat Kroatien nie mehr Fuß fassen zu können. Deshalb dürfe sie nicht als Mörderin abgeschoben werden. Wie gesagt, das Verwaltungsgericht entschied, die Abschiebung nicht in Kraft zu setzen. Die zugewanderte Kindesmörderin darf nun ihr ganzes Leben lang in Deutschland bleiben.<sup>600</sup> Übrigens: Der Vorsitzende Richter sieht laut Urteil nach der Haftentlassung bei der Mörderin ausdrücklich eine Wiederholungsgefahr. Sie reagiert halt mit ihrem fremdländischen Wertgefüge in Konfliktsituationen so. Und dennoch darf sie hier bleiben.

Ganz anders sieht es inzwischen in den meisten anderen EU-Staaten aus. In Frankreich wurden 2010 die Gesetze so geändert, dass selbst aggressives Betteln oder das »Stören der öffentlichen Ordnung« ein sofortiger Deportationsgrund für Ausländer ist. In Dänemark können Migranten schon seit 2010 auch bei minder schweren Straftaten sofort abgeschoben werden. In jedem Fall aber werden sie bei versuchtem Sozialhilfebetrug und körperlichen Angriffen auf Dänen sofort ausgewiesen. In Italien können nach einer entsprechenden Gesetzesänderung sogar EU-Ausländer ausgewiesen werden, wenn sie straffällig werden. Auch werden Ausländer ausgewiesen, die einen illegalen Migranten bei sich beherbergen. Das gilt inzwischen als schwere Straftat, die mit Haft geahndet werden kann. Selbst in Schweden wurden die Gesetze gegen kriminelle Ausländer seit 2010 verschärft: Die Regierung in Stockholm hält Delikte wie »anstößiges Betteln in der Öffentlichkeit« inzwischen für so gravierend, dass dies künftig ein zwingender Ausweisungstatbestand werden soll. Und in Österreich soll es bis zu den Nationalratswahlen, die im Herbst 2013 stattfinden, nach Schweizer Vorbild eine Volksabstimmung über die Abschiebung krimineller Ausländer geben. In Österreich können Ausländer bislang (ebenso

wie in Deutschland) nur dann abgeschoben werden, wenn sie zu mindestens drei Jahren Gefängnis verurteilt werden. Eine große Mehrheit der Österreicher ist jedoch nach jüngsten Umfragen dafür, Ausländer auch schon beim ersten kleineren Delikt (wie etwa Ladendiebstahl) sofort bedingungslos abzuschieben. Die Österreicher wollen mit diesem Schritt vor allem auch Steuergelder einsparen. Immerhin sitzen in den Gefängnissen des Landes derzeit mehr als 8800 Ausländer ein. 46 Prozent der Inhaftierten sind Ausländer (2001 waren es »nur« 40 Prozent) - die größten Gruppen unter ihnen sind Rumänen, Nigerianer und Serben. Auch in den Niederlanden, in Spanien, Griechenland, Portugal, Rumänien und den baltischen Republiken wird das Ausländerrecht verschärft.

Nur zwei europäische Staaten gehen einen völlig anderen Weg: Deutschland und Norwegen. Wer in Norwegen als Ausländer ein Jahr im Gefängnis verbringen muss, der hat sofort Anspruch auf Sozialhilfe. Und wer als Migrant in Norwegen zu mindestens drei Jahren Haft verurteilt wurde, der erwirbt während der Zeit seines Gefängnisaufenthaltes sogar die vollen Rentenansprüche. Darüber hinaus zahlen ihm die Norweger alle Sozialversicherungsabgaben. Nach drei Jahren im Gefängnis erhalten Ausländer in Norwegen ein Recht auf staatliche Rente und Krankenversicherung.<sup>601</sup> Dies ist selbst dann der Fall, wenn sie illegal nach Norwegen eingereist sind. Mit anderen Worten: Es lohnt sich für Ausländer, nach Norwegen zu kommen und dort schwere Verbrechen zu begehen — und je schwerer das Verbrechen, desto größer ist die Belohnung. Nach Angaben der renommierten Zeitung *Aftenposten* bekommt ein zugewandter Krimineller, der drei Jahre im Gefängnis verbracht hat, eine sogenannte 3/40-Grundrente, die 455 Kronen pro Monat beträgt. Wer sieben Jahre gesessen hat, der erhält eine 7/40-Grundrente. Es ist nur schwer möglich, sich eine Politik vorzustellen, die Kriminelle noch mehr dafür belohnt, Gesetze zu brechen. Das aber ist noch nicht alles. Denn wenn die kriminellen Ausländer abgeschoben werden, dann behalten sie ihre norwegischen Rentenansprüche. Das norwegische Sozialsystem überweist nun von Jahr zu Jahr mehr Geld aus den Gesundheits- und Rentenfonds der Steuerzahler an Straftäter, die im Ausland leben. Das ist weltweit einmalig - und bei Kriminellen aller Nationalitäten sehr beliebt, lässt sich doch damit die Familie in der Heimat dauerhaft versorgen.

Auch in Deutschland soll die soziale Lage inhaftierter Ausländer nach dem Willen der Bundesregierung deutlich verbessert werden. Im Jahre 2010 haben deutsche Richter entschieden, dass ausländische Eltern inhaftierter jugendlicher Intensivstraftäter einen Anspruch darauf haben, dass ihnen die Sozialbezüge für ihre inhaftierten Kinder bar ausbezahlt werden müssen, obwohl der

Staat während der Haftzeit für die Inhaftierten aufkommt. Es lohnt sich also als Zuwanderer in finanzieller Hinsicht, in Deutschland Kinder zu haben, die im Gefängnis einsitzen. Die Bundesregierung lässt sich derzeit Vorschläge unterbreiten, wie man das alles noch ausbauen könnte. Zeitgleich werden allerdings die Leistungen für einheimische deutsche Bezieher von sozialen Unterstützungen zusammengestrichen. Zudem soll künftig verschärft darauf geachtet werden, dass bei Berichten über Kriminalität in deutschen Medien die Herkunft von Tätern oder Tatverdächtigen nicht genannt werde. Denn das schadet angeblich den Integrationsbemühungen der Bundesregierung.

### **Kriminalität: So lügt man mit Statistik**

Der eine ringt auf der Intensivstation mit dem Tod — und der andere geht unbehelligt nach Hause, damit die Kriminalstatistik stimmt: Das ist jetzt Realität in Deutschland. Der türkische Mitbürger Hassan tritt Menschen gern mit voller Wucht gegen den Kopf. Im Mai 2011 trat er einem 14 Jahre alten Schüler an der Kölner Gustav-Heinemann-Hauptschule so schwer vor den Kopf, dass dieser im Krankenhaus auf der Intensivstation mit dem Tode rang. Sein Herz schlug noch einige Tage, aber das Gehirn wurde schwer in Mitleidenschaft gezogen. Gesetzt den Fall, der Junge wäre jemals wieder aus dem künstlichen Koma erwacht, dann wäre er wohl sein ganzes Leben lang ein Pflegefall geblieben. Eine Nacht lang blieb Täter Hassan nach den wahnsinnigen Tritten gegen den Kopf des 14-Jährigen in Untersuchungshaft. Dann schickte ihn der zuständige Richter ohne Strafe sofort wieder nach Hause.<sup>602</sup> Hassan hatte dem Richter gesagt, »er habe den 14-Jährigen halt nicht leiden« können, ihn aber mit seinen Tritten auch nicht gleich töten wollen. Hassan wird deshalb nicht als Mörder in die Kriminalstatistik eingehen. Man wird ihn allenfalls wegen Körperverletzung anklagen. Hassan weiß, wie man es machen muss. Und die Kriminalstatistik hat einen schweren Fall von Gewaltkriminalität weniger. Die wütenden Schüler demonstrierten unterdessen in Köln-Chorweiler gegen die Freilassung des Täters, trugen Plakate, auf denen gefragt wurde: »Warum ist der Täter frei, während sein Opfer mit dem Tod ringt?«<sup>603</sup> Es interessierte niemanden. Im Juni 2011 erlag das Opfer Hassans seinen schweren Kopfverletzungen.<sup>604</sup> Obwohl es viele Zeugen dafür gab, dass Hassan der Täter war, ließ man ihn weiterhin frei herumlaufen. Für die 300 Schüler der Hauptschule gibt es von der fünften bis zur zehnten Klasse eine Vielzahl von Programmen, die für gewaltfreies Verhalten sorgen sollen, etwa Sozial- und Gewaltpräventionstrainings sowie ein Streitschlichterprojekt. Wie kann man



da Hassan verhaften und offen eingestehen, dass man das Geld für die Anti-Gewalt-Programme unserer jungen Mitbürger zum Fenster rausgeworfen hatte?

Betrachten wir einen anderen Fall: Da darf ein türkischer Schwerverbrecher, der wegen 20 Cent einen wehrlosen Menschen getötet hat, nicht zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt werden. Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat im September 2011 entschieden, dass dieses Strafmaß für den Türken Onur K. (19) nach der Tötung des Dachdeckers Thomas M. (44) unzumutbar hoch sei. Mitbürger Onur K. hatte von dem ihm nicht bekannten Deutschen auf der Straße 20 Cent gefordert, diesen Betrag aber nicht erhalten. Daraufhin erschlugen Onur K. und sein Freund Berhan I. (18) den Deutschen. Das Hamburger Landgericht verurteilte die beiden zu einem Gefängnisarrest. Doch der BGH befand, eine Gefängnisstrafe sei unzumutbar, schließlich hätten die Türken vor Gericht ja ausgesagt, nicht in Tötungsabsicht gehandelt zu haben. Tatsächlich aber traten die beiden aus reiner Habgier so lange vor den Kopf des Dachdeckers, bis dessen Schädel brach. Sie seien sich - so der BGH weiter — nicht darüber im Klaren gewesen, dass Faustschläge und Tritte vor den Kopf eines Menschen tödlich enden könnten. Nach dem Urteilsspruch des BGH (AZ 5StR 202/11) muss die Strafe für die Mörder nun verringert werden. Der Dachdecker ist jetzt laut offizieller Statistik nur »unglücklich gestürzt«, wurde nicht etwa von Türken ermordet. Onur K. kann auf eine milde Bewährungsstrafe — ohne Gefängnisarrest - hoffen. Die Kriminalstatistik stimmt so wieder. Der Fall des Dachdecker Thomas M. ist ein Beleg dafür, dass die Kriminalität in Deutschland »rückläufig« ist. Er war eben nur zur falschen Zeit am falschen Ort und fiel nach Faustschlägen und Tritten unglücklich.<sup>604a</sup>

In Ländern wie Deutschland und Österreich geht die Kriminalität angeblich ständig stark zurück. Das behaupten zumindest unsere Politiker. Sie bedienen sich dabei statistischer Tricks. In Deutschland suggeriert die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik der Bundesregierung immer weniger Kriminalität, doch die Wahrheit sieht völlig anders aus: Die Bürger werden aus Gründen der politischen Korrektheit belogen.

Die Zahl der Straftaten in Deutschland hat im Jahre 2010 nach offiziellen Angaben erstmals seit der Wiedervereinigung die Sechs-Millionen-Marke unterschritten.<sup>605</sup> Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sprach 2011 rückblickend von einer »durchweg positiven Entwicklung«. Für die Bürger klingt das auf den ersten Blick beruhigend. Dummerweise widersprach die Polizei der Politik. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) teilte Ende Mai 2011 mit, in Wahrheit sei die Zahl der Verbrechen im Jahre 2010 *erheblich* gestiegen und nicht - wie die Statistik vorgebe - gesunken.<sup>606</sup> Der DPoIG-

Vorsitzende Rainer Wendt sprach von rund zehn Millionen (!) Straftaten. Mehr als vier Millionen Straftaten, also 40 Prozent (!), werden demnach in der offiziellen Statistik verschwiegen. Wie kann das sein? Und wie stellt man es an, dass Straftaten wie von Geisterhand aus der Statistik verschwinden?

Die Grundzüge dieses Vorgehens sind in allen EU-Staaten bekannt. In Griechenland etwa müssen Opfer von Straftaten seit Mai 2011 100 Euro Bearbeitungsgebühr dafür zahlen, dass ein Polizist eine Strafanzeige überhaupt aufnimmt.<sup>607</sup> Das gilt für alle Formen von Straftaten - mit Ausnahme von Tötungsdelikten. Wer als Tourist in Athen überfallen und komplett ausgeraubt wird, der geht in Griechenland jetzt nicht mehr in die Kriminalstatistik ein, wenn er nicht irgendwo noch 100 Euro Bargeld für die Polizei auftreiben kann. Es ist klar, dass Griechenland bei der Präsentation der nächsten Kriminalitätsstatistik kaum zu gläubende Erfolge bei der Bekämpfung von Straftaten aufweisen wird — ohne auch nur eine einzige weitere Straftat aufgeklärt zu haben.<sup>608</sup>

In Deutschland gibt es (noch) keine Bearbeitungsgebühr für Straftaten, doch werden immer mehr schwere Delikte aus Gründen der politischen Korrektheit aus der Statistik genommen. Wie man die Fälle aus der offiziellen deutschen Polizeilichen Kriminalstatistik bekommt? Die Antwort liefert die Doktorarbeit des Bremer Juristen Daniel Heinke. Der Titel seiner Dissertation lautet: *Tot-Treten — eine kriminalwissenschaftliche Untersuchung von Angriffen durch Fußstritte gegen Kopf und Thorax.*<sup>m</sup> Der Wissenschaftler wollte sich eigentlich auf die Fälle des »Tot-Tretens« in seiner Untersuchung konzentrieren. Dafür musste er vor allem die Statistiken bei den Gewalttaten sorgfältig auswerten. Dabei machte er gleich zu Beginn seiner Studien eine erstaunliche Entdeckung: Obwohl Straftaten gegen das Leben quantitativ das bedeutendste Delikt in Hinblick auf gegen Menschen gerichtete Gewalt sind, tauchen viele Fälle in der Polizeilichen Kriminalstatistik schlicht nicht auf. Dabei gibt es immer mehr Fälle, in denen Jugendliche (aus welchen Gründen auch immer) andere Menschen töten wollen, ihnen beispielsweise »einfach so« immer wieder vor den Kopf treten. Obwohl die Täter töten wollen, also juristisch gesehen wegen versuchten Mords oder Totschlags verurteilt werden müssten, erscheinen sie in der Statistik allenfalls in Zusammenhang mit Körperverletzung.<sup>610</sup> Der Grund: Sie werden entweder bei der ersten Vernehmung (also schon vor der Aufnahme in die Kriminalstatistik) oder aber durch ihre Anwälte darauf hingewiesen, dass Tritte vor Kopf oder Oberkörper eines Menschen nur als Körperverletzung und nicht als Mordversuch gewertet werden, wenn die Täter angeben, sie hätten doch nicht geahnt, was passiert, wenn man auf einem Menschen herumtrampelt. Obwohl es in Deutschland den Rechtsgrundsatz »Unwissenheit schützt vor Strafe nicht« gibt, werden Tot-Treter also von

vornherein aus den Statistiken für versuchten Mord oder Totschlag herausgenommen, indem man ihnen die Behauptung nahelegt, das Opfer allenfalls leicht körperlich in seinem Wohlbefinden schädigen, aber keinesfalls töten zu wollen. Der Jurist Heinke schreibt, Tritte gegen den Kopf und auch gegen den Oberkörper seien, wenn sie mit einiger Wucht ausgeführt würden, potenziell lebensgefährlich. Doch die Täter bekommen eben häufig die Schutzbehauptung in den Mund gelegt, dass sie keinen Tötungsvorsatz hatten, sodass es in der ersten Folge nur zu einer Anklage wegen Körperverletzung kommt. Folge Nummer zwei: Die Täter können dann vom Richter sogar nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt werden.

Ähnliche Tricksereien existieren auf allen Gebieten der Gewaltkriminalität. Der Bremer Jurist Daniel Heinke fasst die Zahlen zu dieser (etwa Mord, Vergewaltigung, Erpressung, gefährliche Körperverletzung) und die vorsätzlichen Körperverletzungen zusammen: Innerhalb von zehn Jahren nahmen sie um 40 Prozent zu; gesondert für sich, stieg die Zahl der Körperverletzungen sogar um mehr als 60 Prozent.<sup>611</sup> Insofern man die Ausführungen von Dr. Heinke kennt, dann versteht man, warum die Jugendkriminalität angeblich von Jahr zu Jahr deutlich zurückgegangen ist. Tot-Treter gelten jetzt eben nicht mehr als Gewalttäter.

Man muss zudem wissen, dass die Leiter deutscher Polizeipräsidien in den Bundesländern politische Beamte sind, die nicht wegen ihrer beruflichen Eignung, sondern wegen ihres Parteibuches auf ihre Posten gekommen sind. Sie sind eine Art Hilfstruppe ihrer jeweiligen Parteien. Und weil alle Parteien das Ziel eint, die Kriminalität zu bekämpfen, weisen Polizeipräsidien in beinahe allen Bundesländern Polizisten immer häufiger an, bei der Aufnahme von Strafanzeigen Opfer von Kriminalität möglichst darauf hinzuweisen, dass die Chance auf Ermittlung des Täters ohnehin nicht groß sei und das Opfer noch einmal über die Strafanzeige nachdenken solle. Wahre Wunder bei der Abschreckung von Opfern bewirkt auch der (zutreffende) Hinweis, dass der oder die Täter während des Strafverfahrens durch Akteneinsicht Name und Adresse ihres Opfers erfahren, dem sie die strafrechtlichen Ermittlungen zu verdanken haben. Man muss kein Psychologe sein, um zu ahnen, dass dieser Hinweis vor allem auf Opfer, die durch kriminelle Handlungen zugewanderter Großfamilien Schaden kamen und Strafanzeigen stellen wollen, eine abschreckende Wirkung hat. Die Opfer verzichten aus Angst auf die Anzeige. Auch so zaubert man viele Straftaten bestimmter Personengruppen wie von Geisterhand zumindest teilweise aus der Statistik. Hilft auch der abschreckende Hinweis nicht, dann gibt es eine weitere Einflussmöglichkeit: In Deutschland sind Staatsanwälte (im Gegensatz zu Richtern) weisungsgebunden. Sowohl der

Justizminister eines Bundeslandes als auch der einem Staatsanwalt vorgesetzte Leitende Oberstaatsanwalt können ganz nach Belieben die Weisung erteilen, bestimmte Ermittlungen einzustellen. Weil Justizminister ebenso wie Leitende Oberstaatsanwälte nach ihren Parteibüchern ausgewählt werden, kann die Politik auch so Einfluss auf Verfahren nehmen. Seit Langem schon wird von Juristenverbänden kritisiert, dass Deutschland auf diesem Gebiet einer diktatorischen Bananenrepublik ähnelt. Geändert hat sich nichts, weil die Parteien dazu ja Macht abgeben müssten und auch auf diesem Wege die Kriminalstatistik nicht mehr beeinflussen könnten.

Erstaunlicherweise werden angeblich auch immer mehr Straftaten aufgeklärt. Dabei bedient man sich, wie sich denken lässt, ebenfalls eines Taschenspielertricks. Ein Beispiel: Bei Antragsdelikten wie Leistungserschleichungen («Schwarzfahren») stellten die Verkehrsgesellschaften keine Strafanträge, sondern fordern vom Täter stets umgehend zwischen 30 und 50 Euro als Schadensersatz. Das weiß auch die Polizei, die zur Feststellung der Personalien gerufen werden muss. Steht die Polizei unter großem Druck, ihrem Polizeipräsidenten mehr aufgeklärte Straftaten zu präsentieren, dann nimmt sie nicht nur die Personalien auf, sondern zugleich auch das Einverständnis der Verkehrsgesellschaft, für eine »virtuelle Sekunde« eine Straftat verfolgen zu dürfen. Mit jedem von den Verkehrsbetrieben aufgegriffenen Straftäter wird so eine weitere Straftat aufgeklärt, die in Wahrheit nie vor einem Richter landet. Nicht anders verhält es sich häufig bei Ladendiebstählen, wenn geringwertige Güter mitgenommen werden und die Geschäftsinhaber kein Interesse an einer Strafverfolgung haben, weil die Staatsanwaltschaften solche Verfahren in der Regel ohnehin schnell einstellen. Überall dort, wo im Vergleich zum Vorjahr erheblich mehr Antragsdelikte von der Polizei aufgenommen werden, liegt die Vermutung nahe, dass damit letztlich nur die Statistik in Hinblick auf die Zahl der aufgeklärten Straftaten manipuliert wurde. Doch auch hier können wir noch von den Pleite-Griechen lernen: Im bankrotten Griechenland hat die sozialdemokratische Regierung im August 2011 einen Gesetzentwurf eingebracht, demzufolge der private Anbau und Besitz von Haschisch straffrei werden sollen.<sup>612</sup> Das griechische Justizministerium will so einer Forderung der EU nachkommen, die Jugendkriminalität stärker zu bekämpfen. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird es dann schlagartig in Griechenland keine Rauschgiftdelikte mehr geben — dafür allerdings den geforderten Rückgang bei der Jugendkriminalität.

## **Schutzmänner ohne Schutz: Wer schützt die Polizisten?**

»Solchen Hass habe ich noch nicht erlebt«, sagte ein 40 Jahre alter Polizeioberkommissar nach einem Einsatz auf der Friedrich-Ebert-Straße in Kassel Mitte 2011. Nachdem er zusammen mit einem 34 Jahre alten Kollegen zwei Räuber verfolgte, trat man ihm vor den Kopf. Passanten mussten helfen, sonst wären die Polizisten wohl erschlagen worden. Eine Lokalzeitung berichtete, wie sich die beiden zugewanderten räuberischen Mitbürger anschließend auf dem Polizeirevier verhielten: »Die beiden jungen Männer, beide sind deutsche Staatsbürger und Muslime, seien ihm bei einer Personenkontrolle an der Weserspitze aufgefallen. Einer der beiden habe zu den Polizisten gesagt, sie seien Dreck. Dann habe er auf den Boden gespuckt, in den Speichel getreten und gesagt, das sei die Polizei. Der andere, ebenfalls deutscher Staatsbürger, soll zu den Polizisten gesagt haben: >Wir werden Deutschland übernehmen. Alle Deutschen sind Hunde.< Für junge Muslime sei der Ausdruck >Hunde< eine Beleidigung, da Hunde im Islam mitunter als unrein gelten.«<sup>613</sup> Wenn Migranten versuchen, Polizisten zu töten, dann berichtet die *Tagesschau* ganz sicher nicht darüber. Und wenn sie uns auf dem Polizeirevier als »Hunde« beleidigen und Deutschland »übernehmen« wollen, dann interessiert auch das niemanden.

Was aber passiert eigentlich, wenn ein zugewanderter Verbrecher einem europäischen Polizisten in den Kopf schießt? Sorgt der Staat dann für das Opfer oder für den Täter? Polizisten wie Mario Krichbaum kennen die Antwort. Der 42 Jahre alte Berliner Polizist versteht die Welt nicht mehr. Nachdem im Sommer 2009 ein Russlanddeutscher in einem Dresdner Gerichtssaal eine Ägypterin tötete, bekundete auch Bundeskanzlerin Angela Merkel den Angehörigen des Opfers ihr Beileid. Politiker aller Parteien traten für die Angehörigen des ägyptischen Opfers ein, die Bürger bildeten mehrere Tage lang Lichterketten. Das ist die eine Seite. Sie sehen wir dort, wo viele Kameras und Journalisten auftauchen. Ganz anders erging es dem Polizisten Mario Krichbaum. Bis heute hat sich nicht ein Politiker nach seinem Befinden erkundigt, es gab keine Lichterketten. »Ich bin schon etwas fassungslos«, sagt Krichbaum heute. Am 31. Dezember 2004 hatte ihm um 23.37 Uhr ein Mitbürger aus Bosnien-Herzegowina mitten in Berlin »einfach so« zwei Mal in den Kopf geschossen.<sup>614</sup> Der vorbestrafte Bosnier feuerte »zum Spaß« 19 Mal aus einer Handfeuerwaffe des Kalibers 7,65 mm. Neun Mal zielte er in der Eisenacher Straße »zum Spaß« auf ein zufällig vorbeifahrendes Polizeifahrzeug. Zwei Kugeln trafen den Polizisten Krichbaum im Kopf. Nervenstränge wurden von den Projektilen getrennt, die Halswirbel wie eine Ziehharmonika auseinander-

gebogen. Türkisch- und arabischstämmige Jugendliche warfen dann noch Feuerwerkskörper in das Fahrzeug auf den um sein Leben kämpfenden Polizisten. Schließlich war Silvester.

Zwei Jahre lang war Polizist Krichbaum in der Reha, ehe klar wurde, dass er nie wieder als Polizist würde arbeiten können. In den sechs Jahren nach dem versuchten Polizistenmord hat sich weder ein Politiker noch der Polizeipräsident für sein Schicksal interessiert. Schlimmer noch: Über einen Zeitraum von sechs Jahren musste Krichbaum das Land Berlin verklagen, damit die auf ihn abgefeuerten Schüsse von diesem überhaupt als »qualifizierter Dienstunfall« anerkannt wurden. 39 000 Euro hat das verlorene Gerichtsverfahren das Land Berlin gekostet, dessen Ausgang von vornherein absehbar war. »Ich habe mir mein Leben auch anders vorgestellt, als mit zwei Kugeln im Kopf auch noch mein Gehalt einklagen zu müssen«, erklärt Krichbaum heute, der sein früheres Taekwondo-Kampfsporttraining gegen ein Leben mit Reha-Maßnahmen tauschen musste.

Mario Krichbaum ist einer von Hunderten Polizeibeamten, die jedes Jahr vom Staat nach einem Dienstunfall im Stich gelassen werden. Sie mutieren zu reinen Kostenfaktoren und werden lästig. Man spricht nicht über sie. Staatlicherseits konzentriert man sich lieber auf die Resozialisierung der häufig zugewanderten Täter. Im Falle von Mario Krichbaum war das der aus Bosnien-Herzegowina stammende Mürsat S. Einen Tag nach dem versuchten Polizistenmord wurde er vom LKA gefasst. In der Verhandlung vor dem Landgericht Berlin wurde Mürsat S. nicht etwa wegen versuchten Polizistenmordes, sondern nur wegen gefährlicher Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt. Noch während der Verhandlung wurde der Täter von der Haft verschont und freigelassen, damit er dann im offenen Vollzug (von 7.00 Uhr bis 24.00 Uhr durfte er die Haftanstalt verlassen) die restliche Strafe >abschlafen< konnte. Mürsat S. fuhr im offenen Vollzug einen *Mercedes* (der ihm offiziell nicht gehört), arbeitete weiterhin tagsüber als polizeibekannter Waffen- und Rauschgift Händler und zahlte seit dem Prozess weder die dem Opfer zugesprochenen 60 000 Euro Schmerzensgeld noch die Kosten des Gerichtsverfahrens. Für Letztere kamen die deutschen Steuerzahler auf. Ein privater Fernsehsender suchte den Täter Mürsat S. auf und filmte ihn dabei, wie er den versuchten Polizistenmord in einem Restaurant mit seinen Freunden nachträglich feierte. Der Privatsender strahlte die entsprechende Aufzeichnung allerdings nicht aus. Die Begründung lautete: Man wolle keinen Ausländerhass schüren. Es besteht kein Zweifel: Der Täter wird mit Samthandschuhen angefasst, für ihn standen jederzeit ein vom Steuerzahler finanzierter Psychologe, ein Sozialarbeiter und ein ganzes Team von Menschen zur Verfügung, die

an seiner Resozialisierung arbeiten sollten. — Ganz anders ist es dem Opfer ergangen: Der Polizist hat keine Unterstützung bekommen, leidet weiter unter schwersten psychischen Schäden (Ehe kaputt und Haus zwangsversteigert, weil die anteilige Pension von 1200 Euro nicht ausreichte), und die Gerichtsverfahren gegen den Dienstherrn sind auch nach sechs Jahren heute immer noch nicht abgeschlossen. Doch es sollte für den Polizisten noch übler kommen: Die Debeka-Berufshaftpflichtversicherung hat Krichbaum 2010 gekündigt, weil dessen Anwaltskosten zu hoch seien. Krichbaums Anwalt Horst-Holger Winzer ist fassungslos, kennt aber ebenso wie auch der Berliner Anwalt Johann Schmidt-Drachmann viele ähnliche Fälle. Allein Schmidt-Drachmann vertritt derzeit mehr als 100 Polizisten, denen der Staat die kalte Schulter zeigt.

Sie glauben, das alles seien bedauerliche »Einzelfälle«? Nein, es dürfte sich wohl eher um die Regel handeln. Dem Berliner Polizisten Jürgen Röhr hat ein Amokläufer in den Bauch geschossen. 85 Tage lag Röhr im Koma. 21 Mal musste er operiert werden. Jürgen Röhr ist für den Rest seines Lebens gezeichnet. Er ist ebenso schwerbehindert wie Mario Krichbaum. Auch Röhr musste vor Gericht um jede Unterstützung seines Dienstherrn kämpfen. Selbst die Anerkennung des Anschlags auf den Polizisten als Dienstunfall dauerte Jahre. Es waren Jahre, in denen Jürgen Röhr und seine Frau das Gefühl bekamen, für diesen Staat nur noch Ballast zu sein, von dem sich eine Behörde rasch und möglichst billig trennen will.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mehr als zwei Billionen Euro Schulden, und niemand weiß, wie man diese jemals zurückzahlen soll. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der im Dienst schwer verletzten Polizisten. Die Folgekosten sind gewaltig. Also schaut man seitens der verantwortlichen Behörden lieber weg und ignoriert die entsprechenden Fälle.

Übrigens: Im Gerichtsverfahren gegen den Bosnier Mürsat S. hat die Richterin zu Mario Krichbaum gesagt: »Stehen Sie auf, Herr Krichbaum. Mürsat S. möchte sich jetzt bei Ihnen entschuldigen. Er hat das mit den Schüssen auf Sie nämlich alles nicht so gemeint.« Krichbaum erklärt heute dazu: »Da bin ich aufgestanden. Und ich bin aus dem Gerichtssaal gegangen. Denn in dem Augenblick habe ich jeden Glauben an den deutschen Rechtsstaat verloren.« Später musste er dann erfahren, dass Mürsat S. von diesem Augenblick an wieder frei herumlaufen durfte. Rechtsanwalt Horst-Holger Winzer sagt dazu: »Ein amerikanischer Kollege, dem ich diesen Fall geschildert habe, wollte mir das nicht glauben und teilte mir mit, dass dieser Täter in den USA in die Todeszelle gekommen wäre.«

Überall in Deutschland sind in den vergangenen Jahren Selbsthilfegruppen entstanden, in denen Polizisten mit Pfarrern über Schusswaffenerlebnisse und

ihre anschließenden Erfahrungen mit dem Staat sprechen können. Ein Teilnehmer berichtete darüber: »Da treffen sich Kollegen von Polizei, Zoll, Bundespolizei und Schweizer Kantonspolizei, die eines eint: Sie haben erleben und erfahren müssen, dass sie vom Täter angeschossen wurden, vom Mob beim Demoeinsatz schwer verprügelt und misshandelt wurden und nicht zuletzt mit Amoklagen mit Toten und Schwerverletzten konfrontiert waren.« Ende Januar 2011 hat ein 55 Jahre alter Mann im rheinischen Höhenberg eine Polizistin, die Nachbarn bei einem Familienstreit zu Hilfe gerufen haben, ohne Vorwarnung durch die Wohnungstür angeschossen. Ein weiterer Fall für die polizeiliche Selbsthilfegruppe. Und wahrscheinlich werden auch die Anwälte wieder Arbeit bekommen, denn die Erfahrung zeigt bundesweit, dass angeschossene oder im Dienst schwer verletzte Polizisten für den Staat offenkundig nicht systemrelevant sind. Das Geld braucht man jetzt für die Rettung von irischen, portugiesischen, spanischen und griechischen Banken. Sollen die Polizisten doch klagen. Das dauert Jahre. Und bis zum letztinstanzlichen Urteil ist man die Kosten erst einmal los. Später sieht man dann weiter. Dann aber sind die heute dafür Verantwortlichen wahrscheinlich längst befördert worden und »nicht mehr zuständig«.

### **Unverschämte Forderungen**

In New York wurde 2011 darüber diskutiert, alle Preisschilder auf Spanisch, Chinesisch und Russisch zu verbieten. Dem Stadtrat waren diese fremdländischen Schilder ein Dorn im Auge.<sup>615</sup> Die Schilder stellten nicht nur für die Einwohner ein Problem dar, sondern auch für die Stadtbeamten, weil sie diese nicht lesen konnten. Demzufolge sollten sie entfernt werden. Wir gehen den umgekehrten Weg. Wir Europäer denken zeitgleich darüber nach, in deutschsprachigen Ländern zweisprachige Ortsschilder aufzustellen — weil immer weniger Türken unsere Sprache sprechen. Nach der Sarrazin-Debatte haben Migranten in Deutschland ihre »Integrationsbemühungen« auf eine merkwürdige Art verstärkt: Sie verlangen seither etwa türkische Preisschilder in deutschsprachigen Supermärkten und zweisprachige Ortsschilder. Zuvor hatte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, ein neues Einwanderungsministerium gefordert.<sup>616</sup> Er warf der Berliner Bundesregierung Versäumnisse bei der Integration junger Türken in Deutschland vor. Kolat ist nicht der Einzige, der sich nach der Sarrazin-Debatte mit interessanten Vorschlägen meldet. Weit über Frankfurt hinaus bekannt ist inzwischen beispielsweise die türkische Gruppe »Generation Zukunft e.V.«. Sie repräsentiert junge



türkische Intellektuelle. Diese Gruppe ruft seit 2011 dazu auf, sich von den »Ketten« der Deutschen »zu befreien«. Über die Deutschen heißt in dem Aufruf: »Sie haben uns als Gastarbeiter engagiert, wir haben ihre Straßen gebaut, ihre Firmen errichtet, ihre Häuser repariert, wir haben Tag und Nacht am deutschen Wohlstand gearbeitet, unsere Gesundheit aufs Spiel gesetzt, ihnen gedient, und heute machen sie uns eine Rechnung dafür, rechnen uns entgegen, dass es billiger gewesen wäre, wenn wir niemals als Gastarbeiter nach Deutschland immigriert wären.« Deshalb müsse nun von allen Türken aktiv der Kampf »gegen diese deutsche Unterdrückung« unterstützt werden.

Weiter heißt es in dem Aufruf zu den Forderungen an die Deutschen: »Autonomie für die Türken in Deutschland mit dem Ziel einer unabhängigen Verwaltung? Wir wollen Ortsschilder in Deutschland auf Türkisch, in den Supermärkten müssen die Informationen auf türkischer Schrift geschrieben werden, im Sinne der Fairness und Gleichberechtigung, im Namen der heiligen Demokratie. (...) Die Türken dürfen nicht mehr missachtet werden. Jahrelange Unterdrückung, jahrelange Missstände und Fehlintegration und soziale Ungerechtigkeit.«<sup>617</sup>

Der Migrantsprecher fordert also Schilder in türkischer Sprache für Türken in Deutschland. Interessant. An dieser Stelle muss dann zwischen- durch aber doch einmal darauf hingewiesen werden, dass es in Nordrhein-Westfalen — beispielsweise in Düsseldorf und Duisburg — im öffentlichen Nahverkehr in Straßenbahnen in neun Sprachen einen Hinweis auf die Folgen des Schwarzfahrens gibt. Auch in türkischer Sprache. Noch interessanter: Die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Grünen, Monika Düker, nannte genau das »diskriminierend«.<sup>618</sup> Man stemple damit Ausländer als Schwarzfahrer ab. Dabei existieren die Hinweise auf Deutsch, Niederländisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Griechisch, Türkisch und Russisch. Und es heißt dort nur, dass fürs Fahren ohne Fahrschein ein »erhöhtes Beförderungsentgelt von 40 Euro« erhoben wird. Unterstrichen wird die Information mit den Worten: »Bitte ersparen Sie uns und Ihnen den damit verbundenen Ärger.« Den Ärger bekamen allerdings die Verantwortlichen des öffentlichen Nahverkehrs - wie kann man nur Türken mit einem solchen Hinweis in ihrer Sprache belästigen?

Zurück zum Forderungskatalog unserer Mitbürger: Aus dem türkischen Verein »Generation Zukunft e.V.« (eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main - VR 13708) kommt auch der Vorschlag, allen Türken in Deutschland das Wahlrecht zu geben und dann als Erstes das von vielen Türken bewohnte Bundesland Nordrhein-Westfalen zu einer autonomen türkischen Republik (»Kuzey-Ren-Vestfalya«) zu machen. In einem weite-

ren Schritt sollten dann Berlin türkisch-autonom werden und die Bundesregierung wieder in die alte Bundeshauptstadt Bonn umziehen.

Der türkische Aufruf fordert »Nieder mit der Unterdrückung!« und gibt interessante Einblicke in das Denken angeblich vorbildlich integrierter Türken in Deutschland, heißt es da doch etwa über die Deutschen auch: »Es wird uns eingehämmert, dass wir nicht türkisch reden dürfen, wenn wir gemeinsam mit unseren Brüdern und Schwestern in der Spielecke sitzen. Es wird uns verboten, den türkischen Geist zu leben und unsere Hunderte Jahre alte Kultur zu praktizieren. Sie nehmen uns unsere Identität und zwingen uns, das verabscheuungswürdige Schweinefleisch zu essen. Stets kriegen die deutschen Kinder immer die besseren Spielzeuge und genießen mehr Freiheiten als unsere türkischstämmigen Kinder. Eine Tortur, die ihresgleichen sucht, eine Unterdrückungsmaschinerie und Assim, um die Türken von Jahr zu Jahr über Jahrzehnte zu zermahlen und ihren Willen und ihre Individualität zu brechen. Wir sind ihre Sklaven und Gefangenen, ihre Beutetiere.« Die Verfasser des Aufrufes strotzen vor Selbstbewusstsein, schreiben über sich selbst, sie seien »unter demografischen Gesichtspunkten diejenigen«, die »die neue Generation der Bevölkerung Deutschlands zu einem beachtlichen Anteil stellen. Wir sind so gesehen die Zukunft Deutschlands.« Der türkische Aufruf endet mit einer deutlichen Warnung und den Worten: »Die deutsche Regierung sollte langsam aber sicher anfangen, tiefgründig darüber nachzudenken, wen sie auf ihrem Schoß sitzen lässt ...«<sup>619</sup>

### **Drohung: »Deutsche Innenstädte werden brennen!«**

Im August 2011 steckten Migranten während einer sinnlosen Gewaltorgie mehrere Londoner Stadtteile in Brand. Sie töteten auf den Straßen Menschen, plünderten und brandschatzten. Danach griffen die Migrantenunruhen auch auf andere britische Städte über. Wie ein Flächenbrand verbreitete sich der hasserfüllte Migrantenterror. Seither beobachtet man ein Comeback der Bürgerwehren auf der Insel.<sup>620</sup> Und hierzulande bekundeten Politiker, so etwas sei im deutschsprachigen Raum nicht möglich. Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sagte: »Ich sehe nicht, dass wir eine explosive Mischung in der Bundesrepublik Deutschland haben.«<sup>621</sup> Doch Politiker wie Körting ziehen vor Zuwanderern und Extremisten kleinlaut und feige den Schwanz ein, wenn es wirklich ernst wird. Die Erfahrung machte auch der für den Axel-Springer-Verlag arbeitende renommierte Journalist Gunnar Schupelius. Er erlebte 2009

am eigenen Leib, wie der ministerielle Feigling Körting (SPD) kleinlaut samt seinen bewaffneten Personenschützern vor dem extremistischen Mob aus einem Berliner Restaurant floh und den unbewaffneten Schupelius einfach sitzen ließ. Anschließend flehte das Ministerbüro Schupelius an, bloß nichts darüber zu schreiben.<sup>622</sup> Wie also sieht die Realität in Deutschland aus, wenn unsere Minister solche Hasenfüße sind? Sind die hasserfüllten Migranten-aufstände in London, Liverpool, Birmingham, Manchester und anderen britischen Städten bei uns wirklich nicht möglich?

Faruk Sen, der frühere Leiter des Essener Zentrums für Türkeistudien, warnte im Sommer 2011 vor ethnischen Unruhen in Deutschland. »Die Arbeitslosenquote unter den Türken hat die 30-Prozent-Marke erreicht. Ein Funke könnte ausreichen«, warnte Sen.<sup>623</sup> Zudem lebten die Jugendlichen ihre türkische Identität heute wesentlich stärker aus als noch ihre Eltern. Die deutsche Elite habe Angst davor, dass sie ihre Arbeitsplätze an gut ausgebildete Türken verliere. Aus der Sicht unseres Mitbürgers Faruk Sen sind Türken also angeblich gut ausgebildet, zu 30 Prozent arbeitslos und in der Lage, ethnische Unruhen in Deutschland zu entfachen. Kein Politiker hat ihm widersprochen.

Auch ein ehemaliger deutsch-türkischer Berufsverbrecher, auf den wir noch zu sprechen kommen werden, warnte vor blutigen Kämpfen in deutschen Großstädten. Nachdem der türkische Botschafter in Deutschland, Ahmet Acet, alle Türken dazu aufgerufen hatte, sich lautstark gegen die Deutschen zu »wehren«<sup>624</sup> und gegen sie auf die Straßen zu gehen<sup>625</sup>, prophezeite der Autor Cem Gülay blutige Straßenkämpfe in deutschen Ballungsgebieten. Der türkische Botschafter hatte in der Zeitung *Sabah* gegen Deutschland gehetzt und erklärt, er habe hier Türken getroffen, die kein Wort Türkisch sprächen. Um das zu ändern, müssten die Türken flächendeckenden Türkisch-Unterricht an deutschen Schulen einführen. Auch müsse es dort überall islamische Gebetsräume geben. Das könne man nur durch lautstarke Forderungen erreichen: »Wenn das Kind nicht weint, wird es auch nicht gestillt. Und unsere Türken hier weinen nicht genug.« Erst im April 2009 war bekannt geworden, dass der ebenfalls in Berlin lebende türkische Generalkonsul Hakan Kivanc allen Deutschen unterstellt, in ihren Adern fließe »braunes Blut«. Der zugewanderte Rassist sagte wörtlich: »Wenn man den Deutschen die Pulsadern aufschneidet, fließt braunes Blut.«<sup>626</sup> Die Türken müssten demzufolge allesamt Vorbereitungen treffen, um sich gegen die »rassistischen« Deutschen zu wehren ... Falls ein Deutscher die Folgen solcher Hetzreden in brutalen Schreckensszenarien skizziert, dann wird er schnell als unglaublich, rechtsradikal oder ausländerfeindlich diskriminiert. Sagt das aber ein deutsch-türkischer Vertreter, dann herrscht Stille oder tiefe Betroffenheit.

Zurück zu dem 39 Jahre alten Deutsch-Türken Cem Gülay, der im Laufe der Zeit etwa 100 Menschen zusammengeschlagen hat. Er war zum Töten bereit. Über sich selbst sagt er: »Ich war eine Bestie.« In seiner Biografie malt er ein erschreckendes Szenario in Bezug auf drohende Unruhen in deutschen Großstädten. Weil es in Deutschland nicht gelinge, jugendliche Zuwanderer zu integrieren, würden sich junge Leute ohne Zukunftsaussichten bald zusammenrotten. So prophezeit Gülay: »Es kann jederzeit passieren. Es werden keine Vorstädte brennen wie in Paris. Nein, die Innenstädte werden brennen. Sie werden diesen Kampf in die Städte tragen, weil es euch dort am meisten schmerzt.« Für den Deutsch-Türken steht fest: Sollte es noch einmal zu Taten wie in Mölln oder Solingen kommen, würde dies eine »Explosion in uns hervorzurufen«, denn in den vergangenen 30 Jahren hätten der Deutschenhass und der Fremdenhass Zigtausende Verletzte und Hunderte Tote gefordert. »Wenn wir nicht aufpassen, können wir uns auf etwas gefasst machen. In 20 Jahren werden Bürger mit Migrationshintergrund in den Großstädten bereits die Mehrheit bilden.« Zudem würde (unter anderem) für die Migrantenkinder, die in den »Hamburger Gettos« lebten, eine »totale Perspektivlosigkeit herrschen«, und wenn sie dann Menschen sehen, die alles haben, »muss man sich nicht wundern, dass sie davon etwas abhaben wollen. Es kann jeden treffen, und es kann jederzeit losgehen.« Gülay erhält dabei volle Rückendeckung von den türkischen Medien, die die Stimmung noch weiter anheizen. So schreibt die *Hürriyet* etwa, dass »Misshandlungen« und »Diskriminierungen« von Türken in Deutschland an der »Tagesordnung« seien.

Die Zeitung *Hamburger Morgenpost* schrieb nach dieser Darstellung: »Marodierende Horden perspektivloser Migranten machen die reichen Viertel unsicher - das prophezeit Ex-Gangster Cem Gülay (...), der gestern mit *Tatort*-Kommissar Mehmet Kurtulus seine Biografie im voll besetzten St.-Pauli-Theater vorstellte. Spektakuläre Taten, etwa der tödliche Überfall im Harburger Zentrum im September, scheinen ihm Recht zu geben. Eskaliert die Gewalt bald in >ruhigen< Gegenden?«<sup>627</sup>

Dass bereits zu gewalttätigen Protesten aufgerufen wurde, ist eine Tatsache. Türkische Gruppen in Nordrhein-Westfalen taten genau das, weil der zur ARD gehörende Westdeutsche Rundfunk (WDR) im Rahmen von Sparmaßnahmen einige türkischsprachige Radiosendungen kürzen wollte. So sollten etwa das türkische Sonntagsmagazin *CaféAlaturka* gestrichen und die türkische WDR-Sendung *Qlgın* künftig nur noch in deutscher Sprache ausgestrahlt werden. Türkische Gruppen riefen zu gewalttätigen Protesten auf, weil die Ausstrahlung solcher Sendungen in deutscher Sprache eine »rassistische Diskriminierung« sei.

Inzwischen metzeln sich unsere türkischen Freunde in ihren Gettos allerdings mitunter auch gegenseitig nieder. Man erlebt das beispielsweise immer häufiger im multikulturellen Duisburg-Marxloh. Lokalzeitungen sprechen von »Rudelbildungen«, wenn Türken dort in Scharen aufeinander losgehen. So berichtete die zur SPD gehörende WAZ-Gruppe beispielsweise im Sommer 2011 das Folgende: »Eine Fehde zwischen zwei türkischen Familien in Marxloh ist eskaliert: Die Familien verabredeten sich zur Schlägerei auf der Straße. Die Rudelbildung artete in eine Messerstecherei aus. Hintergrund soll ein nicht eingelöstes Eheversprechen sein.«<sup>628</sup> Gleich drei Mal taucht in dem Bericht das Wort »Rudelbildung« in Zusammenhang mit den gewaltbereiten türkischen Mitbürgern aus Duisburg auf.

### **Warum London im August 2011 brannte**

Angeblich waren die schweren Unruhen in London und anderen britischen Städten im August 2011 soziale Proteste gegen Armut und Ausgrenzung ethnischer Minderheiten. In Wahrheit war alles ganz anders.

Viele Soziologen, Psychologen, Politologen und Kommentatoren hatten in den ersten Tagen nach den Plünderungen und Brandschatzungen zu erklären versucht, warum britische Bürger Städte wie London, Birmingham, Manchester und Liverpool für mehrere Tage in Bürgerkriegsgebiete verwandelten. Sie behaupteten, friedliche Bürger hätten am 6. August 2011 vor der Polizeistation in London-Tottenham Aufklärung über den Tod des zwei Tage zuvor durch »Polizeigewalt« ums Leben gekommenen Mark Duggan gefordert. Aus diesem ersten friedlichen »Protestzug« sei dann eine soziale Protestbewegung geworden, die auf Polizeigewalt, Abbau von Sozialleistungen, Jugendarbeitslosigkeit und mangelnde Perspektiven habe aufmerksam machen wollen. Randalierer hätten die »Demonstrationen« für Gewalt und Plünderungen missbraucht. Noch schlimmer, als es diese Soziologen und Psychologen in den Medien mit solchen Behauptungen getan haben, kann man die Öffentlichkeit wohl kaum belügen.

Der am 4. August 2011 im Londoner Stadtteil Tottenham von der Polizei erschossene 29 Jahre alte Schwarze Mark Duggan war ein polizeibekannter bewaffneter Rauschgifthändler und gehörte zu einer Gruppe der Organisierten Kriminalität, die immer wieder ohne Vorwarnung und grundlos auf Polizisten schoss. Britische Polizisten haben das Recht, auf Menschen zu schießen, wenn diese eine Schusswaffe besitzen. In Großbritannien gilt eines der strengsten Waffengesetze in Europa, Bürger dürfen dort keine Schusswaffen haben. Wäh-

rend der Fahndung nach dem Rauschgifthändler Mark Duggan stellte sich heraus, dass dieser — wie viele Schwarze — illegal bewaffnet war. Er wurde schließlich von einer Polizeikugel tödlich getroffen.

Wer die nachfolgende Entwicklung verstehen will, der muss die Verwandtschaftsverhältnisse des von der Polizei getöteten Schwarzen kennen. Mark Duggan war der Neffe des britischen Unterweltkönigs Desmond »Dessie« Noonan. Der Gangster rühmte sich etwa im Jahre 2005 vor laufenden Kameras, seine *Mafia*-ähnliche Bande habe mehr Schusswaffen als die gesamte britische Polizei.<sup>629</sup> Und: »Meine Armee ist größer als die britische Polizei. Wir haben auch mehr großkalibrige Waffen. Und wer glaubt, einen von uns verhaften zu können, der muss reichlich dumm sein.«<sup>630</sup> Im gleichen Fernsehinterview rühmte sich Noonan, eigenhändig bereits 27 Menschen ermordet zu haben. Seine elf Kinder erzog er zu Gangstern, die in vielen britischen Großstädten Jugend-Gangs anführen und vom Rauschgifthandel und von Schwerstkriminalität leben. Der am 4. August 2011 in London-Tottenham von der Polizei erschossene Mark Duggan gehörte seit seinem dritten Lebensjahr zu einer Gang, die von den Kindern seines Onkels Desmond »Dessie« Noonan geleitet wurde. Schon in der Schule fiel er als Messerstecher auf. Als im Juli 2011 Kelvin Easton (23), ein Mitglied seiner Gang, bei einem Rauschgiftgeschäft getötet wurde, kündigte Mark Duggan öffentlich »blutige Rache« an.<sup>631</sup> Seither wurde er observiert. Wenige Minuten, bevor die Polizei ihn am 4. August 2011 erschoss, schickte er von seinem *BlackBerry* die Nachricht an seine Freundin: »Die Feds (Polizei) folgen mir.« Eine Viertelstunde später war er tot.

Zwei Tage später riefen seine Angehörigen und die Noonan-Familie, also die Bosse der britischen Unterwelt, zu einer Versammlung vor der Polizeistation von Tottenham auf. Sie sollte eine Demonstration der Macht werden, so wie Gangsterboss Desmond »Dessie« Noonan es Jahre zuvor im Fernsehen angekündigt hatte. Die britische Polizei hatte es »gewagt«, einen aus der kriminellen Noonan-Gang anzugreifen. Das sollte gerächt werden.

Während sich die ersten Mitglieder der Noonan-Gangs in Tottenham vor dem Polizeirevier versammelten, verschickten die verschiedenen Gang-Führer über ihre *BlackBerrys* Nachrichten an Hunderte Gang-Mitglieder und riefen diese dazu auf, die Polizeistation und umliegende Gebäude zu stürmen und die benachbarten Straßenzüge zu plündern und zu brandschatzen. Der technische britische Geheimdienst hat das inzwischen zusammen mit *Scotland Yard* bestätigt.<sup>632</sup> In der ersten Nacht der Gewalt waren es demnach ausschließlich Kriminelle aus den Reihen der Noonan-Gangs, die London-Tottenham zum Bürgerkriegsgebiet machten. Die Medien kannten weder die Hintergründe des

erschossenen Rauschgifthändlers und Gang-Mitglieds Mark Duggan<sup>633</sup>, noch wussten sie von den Aufrufen, Tottenham zu brandschatzen und zu plündern. Sie hatten keine andere Erklärung für den plötzlichen Ausbruch der Gewalt als Jugendarbeitslosigkeit, die von der Regierung angekündigte Kürzung sozialer Leistungen und die angebliche Perspektivlosigkeit der britischen Jugend. Mit dieser Berichterstattung gaben die Medien den Kriminellen Rückendeckung und erhoben sie zu einer Art Sozialrevolutionäre. Die Noonan-Gangs erhielten mediale Rückendeckung, zogen dann in den kommenden Nächten auch plündernd und brandschatzend durch Städte wie Manchester und Liverpool und erhielten dort tatsächlich Zulauf von nicht zu ihren Gangs gehörenden Jugendlichen, die einfach die Gunst der Stunde nutzten und in dem rechtlosen Zustand ebenfalls mit Plünderungen begannen. Die Wahrheit lautet also: Die Organisierte Kriminalität hatte den britischen Rechtsstaat herausgefordert. Und die Medien schlugen sich aus Unkenntnis über die wahren Hintergründe auf die Seite der in der Mehrheit zugewanderten Kriminellen und verklärten sie als Anführer einer sozialen Protestbewegung.

### **Unterschiedliche Werte und Normen provozieren Terror und Blutrache**

Kennen Sie den 21 Jahre alten Haroon Jahan? Der Name sagt Ihnen nichts? Und was ist mit dem 31 Jahre alten Shazad Ali und dem 30-jährigen Abdul Musavir — kennen Sie deren Namen? Sie sollten sich diese Namen gut merken. Denn es waren im August 2011 die ersten Opfer des neuen Rassenkampfes zwischen Schwarzen und Muslimen in Großbritannien. In Birmingham wurden die drei Muslime vom schwarzen Mob ermordet, als sie nach dem Abendgebet aus der Moschee kamen. Seither bewaffnen sich die Muslime von Birmingham. Ihr Wertesystem gebietet es ihnen, Blutrache zu üben. Sie sprechen seither ganz offen von einem uralten Rassenkampf zwischen Muslimen und Schwarzen, der jetzt wieder aufgebrochen sei.<sup>634</sup> Wir Europäer wollen das nicht hören. Es widerspricht unserem Streben nach Harmonie und Integration.

Doch wir Europäer denken nur in den engen Bahnen unserer eigenen Kultur. Selbst jene unter uns, die als Weltenbummler viele fremde Kulturen kennengelernt haben, können sich häufig kaum in das Denken anderer Völker hineinversetzen. Aus unserer westlichen, aufgeklärten Sicht sind alle Menschen gleich, haben die gleichen Rechte und Pflichten. Wir alle lehnen Blutrache, Terroranschläge, blutige Unruhen und das Massenabschlachten von Menschen

ab. Dummerweise existiert in keinem Kulturkreis der Welt ein Terrorist, der sich selbst als Terroristen sieht. Und es gibt keinen Massenmörder, der sich selbst als Massenmörder sieht. Selbst ein Osama bin Laden ist ebenso wie jeder seiner Anhänger fest davon überzeugt, ein guter Mensch zu sein und nur das Beste für die Welt und für alle Menschen zu wollen.

Wir Europäer nehmen die Welt und die Ereignisse sehr selektiv wahr. Man kann das sehr gut am Beispiel der Vereinten Nationen erklären. Alle in der UN-Vollversammlung vertretenen Nationen lehnen Terroranschläge ab und unterzeichnen Konventionen, nach denen Terror zu verurteilen ist. Bei näherer Betrachtung wird allerdings schnell klar, dass sie völlig unterschiedliche Auffassungen darüber haben, was Terror eigentlich ist. Diese unterschiedlichen Auffassungen importieren wir auch mit jedem Migranten, der nach Europa kommt. Ein Beispiel: Ein Selbstmordattentäter, der sich in einem Bus inmitten argloser Mitreisender in die Luft sprengt, ist nach unserer Auffassung ein Terrorist. Für islamische Staaten und ihre Bürger ist die Sichtweise eine völlig andere, denn im Werte- und Normengefüge der islamischen Welt gibt es Situationen, in denen es sogar als ehrenwert gilt, sich in einem Bus in die Luft zu sprengen. Falls sich etwa ein Palästinenser in der israelischen Stadt Tel Aviv in die Luft jagt und viele (jüdische) Menschen mit in den Tod reißt, dann ist er nach dieser Sichtweise keineswegs ein Terrorist, sondern ein »Freiheitskämpfer«. Die palästinensische *Hamas* etwa bezahlt den Familien der bei Selbstmordattentaten getöteten Palästinenser sogar Prämien und Hinterbliebenenrenten (die mit EU-Hilfsgeldern finanziert werden). Palästinensische Selbstmordattentäter werden als »Märtyrer« verehrt.

Nicht anders ist es mit Terrororganisationen. Die Vereinigten Staaten verfügen ebenso wie die Europäische Union über eine Liste mit verbotenen Terrororganisationen. Dummerweise existieren im Werte- und Normengefüge der Welt völlig unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Gruppe eine Terrororganisation ist. Nach unserer westlichen Auffassung sind Gruppen, die etwa vom Irak aus (auch mit militärischen Mitteln) gegen die Mullahs in der Iranischen Republik Iran kämpfen, »Freiheitskämpfer«, die den Menschen in Teheran Demokratie bringen wollen. Nach Auffassung der iranischen Regierung sind es allerdings Terrorgruppen. Die westlichen Demokratien unterstützen aus dieser Teheraner Sichtweise den Terror. Man kann diese Beispiele für viele Völker und Kulturen auf vielen Gebieten fortsetzen. Wichtig ist hier allein, dass wir mit der massenweisen Zuwanderung aus vielen fernen Kulturen eben auch deren Werte und Normen importieren. Diese legen die Migranten hier bei uns keineswegs ab. Ein Kurde wird auch im deutschsprachigen Raum einen innerlichen Hass auf Türken haben, ein nigerianischer Christ wird



Muslime hassen und umgekehrt (in Nigeria verbrennen sich Anhänger von Christentum und Islam nach Gewaltausbrüchen immer wieder gegenseitig in Moscheen oder Kirchen), und Palästinenser werden kein Verständnis für Israelis haben. Man muss das alles nicht weiter ausführen.

Die Migrantenumruhen in London vom August 2011 belegen sehr anschaulich, welche Folgen das Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen in einem europäischen Ballungsgebiet haben wird: Die Islamische Republik Iran und Libyen nutzten die Unruhen in Großbritannien, um sich an London zu rächen. Sie stellten sich auf die Seite der »Demonstranten« und forderten von den Vereinten Nationen ein militärisches Eingreifen gegen die britische Polizei. Viele europäische Journalisten hatten die Welle der Migrantengewalt in Großbritannien verständnisvoll als »soziale Unruhen« bezeichnet, was dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad und den Anhängern des libyschen Diktators Gaddafi eine Steilvorlage lieferte. Der stellvertretende libysche Außenminister Chaled Kaaim teilte Mitte August 2011 nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur *Jana* mit, Großbritanniens Premierminister David Cameron habe »jegliche Legitimität verloren«<sup>635</sup>. Man rieb sich als Europäer erstaunt die Augen. Da plünderten Zuwanderer britische Städte, setzten ganze Stadtviertel in Brand und töteten Menschen auf den Straßen. Und Libyen forderte den Rücktritt der gesamten britischen Regierung nach der »gewaltsamen Niederschlagung friedlicher Demonstranten durch die Polizei«. Libyen forderte zudem den UN-Sicherheitsrat auf, das Vorgehen der britischen Polizei zu verurteilen. Nach dem Willen der Libyer sollten UN-Blauhelme in Großbritannien einmarschieren und die »friedlichen Demonstranten« vor der brutalen britischen Staatsgewalt beschützen. Libyen wurde bei diesem Ansinnen dann auch noch, wie schon erwähnt, von der iranischen Regierung unterstützt.<sup>636</sup> »Diese grausame Behandlung von Menschen ist absolut inakzeptabel, die britischen Staatsmänner müssen die Stimme des Volkes hören und ihm Freiheiten einräumen«, erklärte der iranische Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad nach Angaben des Teheraner Staatsfernsehens. »Die britischen Politiker sollten sich um ihre eigenen Leute kümmern, anstatt nach Afghanistan, in den Irak und Libyen einzumarschieren, um ihr Öl zu rauben.« Das Ansinnen Libyens und Irans nach Einschaltung der Vereinten Nationen wurde dann schnell auch von vielen Muslimen in Großbritannien geteilt, weil die Ermordung von drei britischen Muslimen durch einen Schwarzen in Birmingham zu starken Rassenspannungen führte, die jederzeit in eine neue Gewaltwelle münden könnten.<sup>637</sup> Auch innerhalb Großbritanniens rufen Muslime seither zum Sturz der britischen Regierung auf.<sup>638</sup>

Sofern man weiß, dass Libyen den Europäern schon im Juli 2011 (also vor

den Londoner Migrantenunruhen) mit Terroranschlägen gedroht hatte<sup>639</sup>, ist es eine reine Frage der Zeit, bis Länder wie Iran oder Libyen nun tatsächlich Terroranschläge inmitten europäischer Ballungsgebiete verüben lassen. Viele Muslime werden das, was aus unserer Sicht Terroranschläge sind, als notwendige Märtyreroperationen sehen und sich keiner Schuld bewusst sein. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie wir mit dem Import von Menschen aus aller Welt auch deren Konflikte, Kriege, Werte, Normen und eben auch die Sichtweise vom Terror importieren. In unseren Ballungsgebieten finden wir nunmehr alle Konflikte der Welt und alle unterschiedlichen Auffassungen vor. Je mehr Zuwanderung aus fremden Kulturen wir haben, umso mehr Terror werden wir erleben. Das ist unvermeidlich, weil die Konflikte der Welt bei uns auf engstem Raum aufeinanderprallen. Verheerender noch: Für viele Zuwanderer sind wir nichts anderes als Feinde, weil wir uns ihrer Sichtweise in den Weg stellen und eben auch die Sichtweise ihrer Gegner respektieren. Und was tun wir? Wir haben dafür vollstes Verständnis ...

### **Europäer dürfen diskriminiert werden**

Werden Europäer angegriffen und diskriminiert, dann sollen wir das als selbstverständlich hinnehmen. Im Juli 2011 ereignete sich ein Zwischenfall in der Wallfahrtskirche von Agrigent/Sizilien, bei dem der aus Ghana (Länder-IQ 73) stammende muslimische Nordafrikaner Ales Halid (31) die gläubigen Italiener während der Messe bespuckte und als »Ungläubige« beschimpfte. Kurz darauf schrie er »Allah ist größer«, nahm das Heiligtum der Kirche - die Statue des San Calogero - vom Sockel und zertrümmerte es vor den Augen der fassungslosen Kirchgänger an der Wand.<sup>640</sup> Und was taten Politiker aus den Reihen der Gutmenschen? Sie forderten die Kirchgänger zur »Toleranz« auf. Die Angegriffenen sollten Verständnis für den Migranten haben — wegen seiner »schlechten sozialen Lage«. Die Statue wurde bislang jedes Jahr in einer großen Prozession durch die Stadt getragen — das ist nun Vergangenheit.<sup>641</sup> Die Italiener sollen dafür Verständnis haben. Dasselbe Verständnis sollen sie zeigen, wenn neu eintreffende Nordafrikaner in den italienischen Kirchen die Opferstöcke aufbrechen, wie es etwa ein Marokkaner (Länder-IQ 84) getan hat.<sup>642</sup> Wer gegen so etwas protestiert, der ist ein »Rassist«.

Seit vielen Jahren schon ist es für uns Europäer selbstverständlich, dass Menschen nicht diskriminiert werden dürfen. Immer öfter werden in Europa nun Ausnahmen gemacht - wobei sich die Diskriminierung gegen jene wendet, die zuvor für andere eingetreten waren. Der 64 Jahre alte Brite Colin

Atkinson versteht die Welt nicht mehr. Seit vielen Jahren schon kämpft er als gläubiger Christ für Nächstenliebe, religiöse Toleranz und die Gleichberechtigung aller Menschen. Dafür ist er in seiner Heimatgemeinde Wakefield nicht nur in der *Pentecostal Destiny Church* bekannt. Colin Atkinson ist Elektriker von Beruf, er arbeitet für ein großes britisches Immobilienunternehmen, die *Wakefield and District Housing* (West Yorkshire). Auch dort tritt man für religiöse Toleranz und Gleichberechtigung ein - zumindest dann, wenn es sich um Zuwanderer handelt. Das Unternehmen finanzierte in der Vergangenheit islamische Werbeveranstaltungen für den Imam von Wakefield, unterstützt buddhistische und hinduistische Gemeinden, wirbt um Verständnis für die Lebensweise von Sinti und Roma und hat die Toleranz zur Firmenphilosophie erkoren. Bei *Wakefield and District Housing* dürfen Frauen beispielsweise vollverschleiert in der islamischen Burka arbeiten. Natürlich finanziert man auch Festveranstaltungen für Schwule und Lesben. Es gibt nur eine einzige Ausnahme bei der Toleranz: Christen. Während Muslime, Hindus und Buddhisten selbstverständlich auch während der Arbeit religiöse Symbole zeigen und am Körper tragen dürfen, drohte dem Christen Colin Atkinson 2011 die Entlassung, weil er ein kleines christliches Kreuz in sein Dienstfahrzeug gelegt hatte.<sup>643</sup> Es war dort nicht befestigt, und nach der Arbeit bei *Wakefield and District Housing* nahm er es wieder mit nach Hause. Mehrfach wurde er abgemahnt, das Kreuz nicht mehr im Dienst zu zeigen. Schließlich könne es andere Menschen »beleidigen«. Daraufhin ging Colin Atkinson an die Öffentlichkeit, sprach mit Zeitungen über seine Diskriminierung.<sup>644</sup> Die Reaktion des Unternehmens? Er wurde am 19. April 2011 fristlos entlassen.

Der Fall beschäftigt seither die britischen Gerichte - wie so viele andere. Colin Atkinson ist schließlich kein Einzelbeispiel. Seit dem Jahre 2008 gehört das Unternehmen *Wakefield and District Housing* der Bankengruppe *Lloyds*. Die *Lloyds*-Bank ist jenes Finanzinstitut, bei dem Muslime im Gegensatz zu Christen keinerlei Überziehungszinsen zahlen müssen, weil es aus der Sicht der Bank im Islam schließlich ein Zinsverbot gibt. Die einfache Lösung: Die Christen zahlen seither die Zinsen für die Muslime mit. So einfach ist das. Es existieren viele britische Unternehmen, die ethnische Briten heute wie selbstverständlich diskriminieren. Beispielsweise wurde Nadia E., eine ehemalige Mitarbeiterin von *British Airways*, gekündigt, weil sie am Arbeitsplatz ein kleines Kreuz an der Halskette trug.<sup>645</sup> Auch bei *British Airways* ist man gegenüber allen zugewanderten Religionen offen, nur nicht gegenüber jenen, die in Europa traditionell beheimatet sind. Wir Europäer sehen in Zuwanderern eben generell immer nur Potenziale, die unseren eigenen angeblich überlegen sind. Und deshalb bevorzugen wir Migranten nun vor Einheimischen und diskriminieren

jene, die das alles bezahlen müssen. Auch in Deutschland stellen wir jetzt bevorzugt Migranten ein und ziehen diese gegenüber ethnischen Deutschen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen vor.

Welche Folgen die Diskriminierung durch eine Quote hat, bekommen 17 Jahre nach dem Ende der Apartheid in Südafrika (Länder-IQ 77) heute vor allem dort lebende Weiße zu spüren. Weil Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst unabhängig von der Qualifikation nur nach Hautfarbe vergeben werden müssen, sind heute ein Drittel aller Staatsbediensteten, Polizisten und Würdenträger Analphabeten. Ein weißes Kind muss in Südafrika heutzutage 97 Prozent aller Abituraufgaben korrekt lösen, um studieren zu dürfen, ein schwarzes Kind hingegen nur 75 Prozent. Bei der Vergabe von Jobs trifft es jene Farbigen am härtesten, die als Mischlinge gelten. Früher waren sie nicht weiß genug, heute sind sie der Regierung nicht schwarz genug. Der neue Rassismus in Südafrika, die Apartheid gegen Weiße, ist politisch korrekt und auch so gewollt. Als einzige deutschsprachige Zeitung berichtete 2011 das *Hamburger Abendblatt* über die unheilvolle Entwicklung am Kap der Guten Hoffnung.<sup>646</sup> Unter der Überschrift »Neuer Rassismus: Schwarz gegen Weiß« erfuhren die erstaunten Leser, welcher einzige boomende Geschäftszweig für Weiße in Südafrika noch übrig geblieben ist: Auswanderervorbereitungsseminare.

## **Migranten als Besatzungsmacht**

Bedenken Sie bitte beim Lesen dieses Kapitels, dass die deutschsprachige Welt (wegen der offenen Grenzen) nur wenige Fahrtstunden von den Außengrenzen der EU entfernt ist. Was dort gerade passiert, wird bald auch schon vor unseren Haustüren geschehen.

Im Februar 2010 erhielt der griechische Geheimdienst EYP den Regierungsauftrag, jene Hedgefondsmanager aufzufinden, die Griechenland systematisch in den Bankrott trieben beziehungsweise treiben. Der Inhalt des entsprechenden Abschlussberichts ist allerdings nie öffentlich geworden. Stattdessen wurde 2011 durch eine Indiskretion ein anderer EYP-Geheimbericht in Athener Zeitungen abgedruckt.<sup>647</sup>

In Griechenland nutzten *Mafia*-Organisationen und Migrantenverbände diesem zufolge den sich abzeichnenden Staatsbankrott im Jahre 2011, um die Hauptstadt Athen mittelfristig kampfflos in weiten Teilen zu übernehmen. Das Konzept ist so genial und einfach, dass sich selbst der griechische Geheimdienst *Ethniki Ypiresia Pliroforion* (EYP) erstaunt zeigte. Der 1986 mithilfe der amerikanischen CIA gegründete EYP untersteht der politischen Führung des Minis-

teriums für Bürgerschutz (früher Ministerium für öffentliche Ordnung). Seine Aufgabe ist die Sammlung von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Informationen für die nationale Sicherheit. In den vergangenen 25 Jahren ist er international nur vier Mal aufgefallen: Während des Jugoslawien-Krieges verriet er NATO-Informationen an die bosnischen Serben. Von 2002 bis 2005 war er an den Entführungen von radikalen Muslimen in Griechenland beteiligt, die dann unter amerikanischer Aufsicht an geheimen Orten zumeist im Nahen Osten gefoltert und verhört wurden. Im Jahre 2005 wurde bekannt, dass die CIA in Griechenland fast alle Politiker, die Führer der Gewerkschaften und alle, die den USA kritisch gegenüberstehen, abgehört hatte. Der EYP, der auch für die Sicherheit der nationalen Kommunikation zuständig ist, hatte das weder mitbekommen noch verhindern können. Seit 2010 soll er der Regierung nun jene Hintermänner von Banken und Hedgefonds benennen, die mit dem Staatsbankrott Griechenlands Milliarden verdien(t)en. 2011 hat er über die linksgerichtete Tageszeitung *Ethnos* und andere renommierte Publikationen in Auszügen eigene Berichte veröffentlichen lassen, die hellhörig werden lassen. Diesen zufolge könnte die verheerende griechische Wirtschaftskrise schon bald noch ganz andere Folgen haben als jene, über die man derzeit in Brüssel spricht.

In dem bis dahin geheim gehaltenen und nur der Regierung zugänglichen Bericht werden Zusammenhänge zwischen *Mafia*-Organisationen und illegalen Ausländern dargestellt, die in der Öffentlichkeit bislang völlig unbekannt waren. Demnach sind immer mehr Teile der griechischen Hauptstadt schon jetzt fest in der Hand von Kriminellen, die Athen unaufhaltsam Schritt für Schritt kampflos erobern. Ein Beispiel: Im 6. Athener Stadtbezirk (dazu gehören etwa die Stadtteile Kypseli, Patisia, Agios und Panteleimonas) herrscht nach Einbruch der Dunkelheit für ethnische Griechen der Ausnahmezustand, weil viele der Einwohner illegale Migranten aus muslimischen Staaten sind, die vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise keine Arbeit finden und von Raubüberfällen leben. Das alles ist kein Geheimnis. Der Geheimdienst EYP berichtet nun, in solchen Stadtvierteln würden von Schiebern systematisch viele in Zusammenhang mit den revolutionären Unruhen in Nordafrika aus Gefängnissen entflozene Straftäter versteckt, die von den Menschenhändlern »wie Sklaven« gehalten würden und diesen bedingungslos gehorchten. Man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass derzeit bis zu 1,5 Millionen (vorwiegend muslimische) Illegale in Griechenland leben, die fast alle von Schleusern ins Land gebracht wurden. Sie müssen für diese Schleusung durchschnittlich 5000 Euro abarbeiten, die sie auf legalem Wege nicht verdienen können. Weil die Schlepper zudem Wucherzinsen verlangen, haben die Illegalen keine Chan-

ce, in den nächsten Jahren ihre Schulden zu begleichen. Sie werden in Gruppen auf Raubzüge oder zum Betteln geschickt. Damit die Schieber jeden Einzelnen jederzeit orten können, müssen die Räuber und Bettler stets ein GPS-Mobiltelefon mit sich führen. Wer seine Zielvorgaben bei Raub und anderen kriminellen Geschäften nicht erfüllt, der wird von den Schleppern mit Nahrungsentzug und Schlägen bestraft.

Ein willkürliches Beispiel mag die für Griechenland doch eher neue Migrantenkriminalität illustrieren: Im Sommer 2011 wurden die Mitglieder einer organisierten Bande ausländischer Entführer afghanischer und pakistanischer Nationalität festgenommen. Polizeibeamte des Ausländerdezernats Attika nahmen 14 Afghanen und Pakistaner im Alter von 16 bis 31 Jahren fest, die Menschen entführt und von deren Verwandten Lösegelder erpresst hatten.<sup>648</sup> In diesem Zusammenhang wurde einem Gerichtsmediziner ein nunmehr befreiter Mann vorgeführt, da er an beiden Unterarmen Brandwunden aufwies, die ihm mit brennenden Zigaretten zugefügt worden waren. Die Entführer hielten ihre Opfer in einer Wohnung eines Mehrfamilienhauses an der Straße Zinonos im Zentrum von Athen gefangen. Viele Zeitungen berichteten darüber. Interessant war der Hinweis, wonach solche Entführungen und alle möglichen Formen der Erpressung durch Migranten in Griechenland inzwischen »zur Tagesordnung zählen, aber nur selten an das Licht der Öffentlichkeit gelangen«. Im Klartext: Die Migrantenkriminalität hat kaum vorstellbare Ausmaße angenommen — man sprach nur besser in der Öffentlichkeit nicht darüber.

Zurück zu den kriminellen Organisationen und ihren Hintermännern: Nach Angaben des griechischen Geheimdienstes sind die Schlepper zugleich die führenden Köpfe in den legalen griechischen Migrantenverbänden, wo sie sich als augenscheinlich angesehene Bürger gegenüber den Medien zu präsentieren und sich so der Beobachtung und Verfolgung durch die Sicherheitsbehörden zu entziehen versuchen. Der EYP behauptet in diesem Zusammenhang, dass die Migrantenverbände (gemeint sind offenkundig vor allem Nordafrikaner) zunehmend auch die politischen Parteien unterwandern, um Einfluss auf die politische Entwicklung Griechenlands nehmen zu können.<sup>649</sup> Parallel dazu gründeten sie immer mehr Wirtschaftsunternehmen, die mithilfe billiger illegaler Arbeitskräfte betrieben würden und »keinerlei substanzielle Vorteile für die Volkswirtschaft des Landes« bringen, »da die Gewinne ins Ausland abfließen«, so der Geheimdienst EYP.

Durch die »Gettoisierung« ganzer Wohnbezirke mit einem für die christlich-orthodoxen Griechen befremdlichen streng religiösen islamischen und »ethnologischen Charakter« würden in der einheimischen griechischen Athe-

ner Bevölkerung ganz gezielt ein »Gefühl der Angst« sowie wachsende Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschürt. Damit würden mehrere Ziele verfolgt: Es solle eine Bewegung formiert werden, die politischen Druck zur Legalisierung der Illegalen ausübe und zugleich »jegliche Aussicht auf Integration in die griechische Gesellschaft« ausschließe. Parallel dazu werde das Stadtzentrum der griechischen Hauptstadt durch die Einschleusung von immer mehr Illegalen und die Förderung ihrer kriminellen Aktivitäten »erobert«. In dem Bericht heißt es: »Sie praktizieren mit der Gettoisierung die vorsätzliche Abwertung ganzer Bezirke mit erhöhter Kriminalität, was wiederum Furcht verursacht und die einheimischen Bewohner dazu führt, ihre Häuser und Wohnungen aufzugeben. Dies hat zum Resultat, dass die Immobilien zu besonders niedrigen Preisen verkauft oder an neu eingetroffene Ausländer als Unterkünfte vermietet werden (...).« Die Griechen würden so immer stärker dazu gezwungen, »diese Gebiete zu verlassen und ihre Wohnungen zu niedrigen Preisen zu verkaufen«. Der Geheimdienst weist darauf hin, dass griechische und ausländische Banken in immer mehr Athener Stadtbezirken »die Vergabe von Krediten zum Wohnungskauf in diesen Bezirken ausgeschlossen haben (Praxis des >redlinings<), was zum Ergebnis hat, dass der Kauf dieser Wohnungen durch Inländer und Ausländer mit festen Einkünften unmöglich wird und somit die einzigen Käufer nunmehr entweder Maklergesellschaften oder Großunternehmer sind, die über Barkapital verfügen« — gemeint sind islamistische und *Mafia*-Organisationen. Die griechische Hauptstadt werde so Stadtviertel für Stadtviertel an die Organisierte Kriminalität abgegeben.

Allerdings sei das Vorgehen dieser kampflosen Eroberung europäischer Hauptstädte keineswegs nur auf Athen beschränkt: Der EYP weist darauf hin, dass in der europäischen Hauptstadt Brüssel schon mehr als 40 Prozent der Einwohner (zumeist nordafrikanische) Muslime sind und die Brüsseler EU-Bauten inzwischen von rein islamischen Stadtvierteln »eingekreist« seien. Auch in deutschen, niederländischen, französischen, britischen und österreichischen Ballungsgebieten sei diese Entwicklung gut zu beobachten. Völlig unabhängig vom wirtschaftlichen Crash sei deshalb der nächste große Unruheherd in der EU längst vorgezeichnet. Der aber könne mit keinem Rettungsfonds beruhigt werden. Denn das Ziel der Migration sei überall die beherrschende Einflussnahme.

Zurück nach Griechenland: In Athen geriet die innenpolitische Lage parallel dazu außer Kontrolle. Nach immer häufigeren brutalen Zusammenstößen bereitete die Regierung nach Angaben aus der Umgebung des Ministerpräsidenten Papandreou den Einsatz der Armee in Athen vor. Im Mai 2011 berichtete die griechische Wochenzeitung *Proto Thema* unter Berufung auf

Berater des sozialistischen griechischen Ministerpräsidenten Papandreou (*Pasok-Partei*), der zugleich Vorsitzender der Sozialistischen Internationale ist, dass dieser mittelfristig den Militäreinsatz in der Hauptstadt erwäge. Hintergrund waren die zunehmenden Straßenschlachten (vor allem in Athen und Thessaloniki) sowie die grassierende Migrantenkriminalität. Es ging also beim Thema Griechenland inzwischen um weitaus mehr als »nur« um viele Milliarden Euro. Es ging auch um die Übernahme ganzer Stadtteile durch Illegale und um die vorsätzliche Vertreibung von Griechen. Darüber aber erfuhr man in den deutschen Qualitätsmedien aus Gründen der politischen Korrektheit in jenen Tagen kein Wort.

### **Brüssel: Hauptstadt der importierten Kriminalität**

Nicht anders sieht es in der europäischen Hauptstadt Brüssel aus. Man spricht auch darüber nicht in der Öffentlichkeit. Europa-Abgeordnete, EU-Mitarbeiter und Diplomaten fühlen sich in Brüssel wegen der Migrantenkriminalität zunehmend unsicher. Nun gibt es mehrere Möglichkeiten, dieses Sicherheitsproblem zu lösen: eine Hochsicherheitszone für die EU-Komplexe, eine Mauer oder aber den Umzug in eine sicherere EU-Hauptstadt. Seit mehreren Jahren schon führt die Stadt Brüssel in Europa die Kriminalitätsstatistiken an. Ein Beispiel: Nach Angaben des Statistischen EU-Amtes *Eurostat* kommen auf 1000 Einwohner pro Jahr 11,2 Einbrüche. In Berlin ist die Gefahr mit statistisch 1,8 Einbrüchen sechsmal geringer. In London sind es 8,5, in Paris 5,5 Einbrüche. Weitaus dramatischer ist die Lage bei Raubüberfällen. Tag für Tag werden EU-Beamte und -Parlamentarier in Brüssel überfallen, beraubt und zusammengeschlagen. Schlimmer noch: Von der Polizei ist keine Hilfe zu erwarten.

Die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebier ist eine von vielen, die nach einem der üblichen brutalen Raubüberfälle vergeblich auf das Eintreffen der gerufenen Polizei wartete.<sup>650</sup> Der Täter trat beim Straßenraub immer wieder auf die Frau ein, als sie schon lange am Boden lag. Nach 40 Minuten kam endlich der Rettungswagen, die Polizei meldete sich bis heute nicht. Ein Einzelfall? Keineswegs. Einen Tag nach dem Überfall auf die CSU-Abgeordnete Niebier erwischte es eine Mitarbeiterin der Bremer Landesvertretung bei der Europäischen Union, einen Tag danach einen Mitarbeiter des Deutschen Bundestages, der durch mehrere Messerstiche auf der Straße lebensgefährlich verletzt wurde. Zeitgleich wurde die Mitarbeiterin eines großen deutschen Energiekonzerns mitten in der Brüsseler Innenstadt überfallen, ausgeraubt und



zusammengeschlagen, ihre linke Gesichtshälfte ist seither gelähmt. Die Polizei wollte den »Vorfall« nicht einmal aufnehmen.

Es gibt kaum noch EU-Büros, in denen die Mitarbeiter heute nicht Angst vor Einbrüchen oder Raubüberfällen haben.<sup>651</sup> In der Vergangenheit musste die belgische Polizei tatenlos zuschauen, wie die Hauptstadt nach und nach in der Kriminalität versinkt. Demonstrationen der Einwohner gegen diese grasierende Kriminalität wurden - so etwa im Sommer 2007 - kurzerhand verboten.

Inzwischen werden EU-Mitarbeiter bei der Entsendung auf ihren neuen Posten intern mit Faltblättern vor der drohenden Lage gewarnt.<sup>652</sup> So schreibt etwa die österreichische Botschaft in Belgien an ihre Dienststellen: »Generell gilt die Sicherheitslage in Brüssel als schlecht. (...) Dabei scheint das Aggressionspotenzial im Vergleich zu anderen Städten außergewöhnlich hoch.« Das ist noch höflich ausgedrückt. Die Brüsseler Staatsanwaltschaft spricht ganz offen über die »drohende Todesgefahr bei Gegenwehr in der Innenstadt«. Auch die Bremer Landesvertretung bei der EU warnt ihre neuen Mitarbeiter inzwischen vor einer »neuen Qualität der Straßenkriminalität« in der europäischen Hauptstadt.

Der sozialistische Brüsseler Bürgermeister Freddy Thielemans wurde aufgefordert, die Polizeipräsenz im EU-Viertel endlich zugunsten der Eurokraten zu verstärken. Die Polizei, die in der Vergangenheit bei Verbrechen wegschauen musste, soll in einem ersten Schritt eine eigene Polizeidienststelle im EU-Parlament einrichten. Eine eigene Polizeidienststelle für ausgeraubte Parlamentarier mitten im Parlament - das gibt es in keiner anderen Hauptstadt der Welt.

Der Druck auf die Brüsseler Behörden war zuletzt stetig größer geworden.<sup>653</sup> Immerhin forderten Mitarbeiter auf den Fluren schon lautstark die Errichtung hoher Mauern oder Sicherheitszäune um die EU-Gebäude herum - oder gleich den kompletten EU-Umzug in eine sicherere Stadt.<sup>654</sup>

Die grassierende Kriminalität ist ein Ergebnis der Parallelwelten, die in Brüssel auf engstem Raum aufeinandertreffen: auf der einen Seite das wohlhabende Brüssel der EU-Technokraten, auf der anderen Seite die große Zahl der Zuwanderer vor allem aus arabischen Ländern, die nicht selten ums Überleben kämpfen müssen. Da erscheint die mit teuren Laptops, *BlackBerrys* und *iPhones* ausgestattete EU-Diplomatenwelt vielen Zuwanderern als eine Art Selbstbedienungsladen.<sup>655</sup> Mehr als 40 Prozent der Brüsseler Einwohner sind Zuwanderer der ersten, zweiten oder dritten Generation. Jeder zweite ausländische Jugendliche ist in der Stadt arbeitslos. Die Wirtschaftskrise hat die Lage noch verschlimmert - überall fehlt das Geld. Etwa ein Drittel der Brüsseler Einwohner

sind junge Muslime<sup>656</sup>, Mohammed ist seit Jahren schon der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Die belgische Universität Leuven prognostiziert, dass die EU-Hauptstadt Brüssel in wenigen Jahren eine islamische Stadt sein wird - mit abzusehenden Folgen.<sup>657</sup> Etwa um das Jahr 2023 wird die EU-Hauptstadt Brüssel demnach mehrheitlich muslimisch sein.

Da es Arbeit für die schlecht ausgebildeten Zuwanderer in Brüssel schon jetzt nicht mehr gibt, verlegen sich immer mehr von ihnen auf Raubüberfälle.<sup>658</sup> Mehr als 35 000 EU-Beamte leben in Brüssel, 2500 Diplomaten, Zehntausende Vertreter von Lobbyverbänden, Instituten und Unternehmen, zudem 1400 Journalisten und Hunderte ranghoher Militärs. Es ist die wohl größte internationale Gemeinschaft in Europa, bestens ausgerüstet mit dicken Brieftaschen. An den Taxisständen, U-Bahn-Stationen und Busbahnhöfen müssen Kriminelle nicht lange Ausschau halten, um einen EU-Bürokraten als Opfer zu finden. In der Vergangenheit hatten sie auch keine Angst vor der Polizei. Weil die islamischen Stadtviertel gleich unmittelbar neben den EU-Komplexen liegen, fürchtete die Polizeiführung den Ausbruch von sozialen Unruhen, wenn man zu hart gegen die arbeitslosen, räuberischen Jugendlichen vorging. In der Regel sollte die Polizei deshalb einfach wegschauen — der politischen Korrektheit und des inneren Friedens in der Hauptstadt zuliebe. Brüssel wurde so zur einzigen europäischen Hauptstadt, in der Monat für Monat sogar Frauen auf den Straßen gefahrlos vergewaltigt werden konnten — die Polizei griff in der Vergangenheit garantiert nicht ein. Das reiche EU-Viertel um die Metro-Station Schuman zog so immer mehr Kriminelle an.

Doch seitdem die Polizei aus Angst vor »sozialen Unruhen« sogar drei Zuwanderer auf freien Fuß setzen musste, die mit scharfer Munition in Tötungsabsicht auf Polizisten geschossen hatten, findet ganz langsam ein Umdenken statt. So kann es jedenfalls nicht weitergehen. Darin sind sich alle politischen Parteien inzwischen einig. Und man wartet nun gespannt darauf, ob die neue polizeiliche Meldestelle für Raubüberfälle auf EU-Bürokraten an der Lage etwas ändern wird. Ansonsten wird man wohl doch eine Mauer oder einen hohen Sicherheitszaun errichten müssen. Oder aber den Sitz der EU-Kommission in eine andere Stadt verlegen müssen.

### **Adel vernichtet: der Albtraumprinz von Schlickerried**

Nun sind selbstverständlich nicht alle Migranten aus dem islamischen Kulturkreis sozial schwache asoziale Schläger. Es gibt auch wohlhabende Zuwanderer, die sich auf ihre eigene Art zu »integrieren« versuchen. Einer von ihnen heißt

Scheich Issa und ist in Bayern als »Prinz von Schlickenried« bekannt. Sein aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (Länder-IQ 84) stammendes Gefolge zieht seit 2009 in der Alpenregion immer mehr Wut auf sich. Inzwischen fühlen sich die wohlhabenden und einst so willkommenen Araber in Bayern nämlich sogar schon von den christlichen Kirchenglocken gestört.

Leni Gröbmaier, Bürgermeisterin im bayerischen Dietramszell, ist entsetzt. Sie hat im Internet ein Video gesehen, das Scheich Issa bin Zayed Sultan al Nahyan beim Foltern an einem Wehrlosen zeigt.<sup>659</sup> Der arabische Folterscheich, der in seinem orientalischen Heimatland vor laufender Kamera einen Getreidehändler misshandelte, hat auf dem Gemeindegebiet von Dietramszell ein altes Hofgut - Gut Schlickenried - gekauft. Zunächst freute man sich im Dorf über den kapitalkräftigen arabischen Märchenprinzen, die Handwerker hofften auf Aufträge. Doch aus dem Traum wurde ein Albtraum.<sup>660</sup> Bei örtlichen Wirts- und Geschäftsleuten wie auch den Handwerkern hielt die Vorfreude jedenfalls nicht lange: Märchenprinz Scheich Issa ließ die hundert Mitglieder des 1974 gegründeten Reitervereins, die ihre Pferde auf Gut Schlickenried eingestellt hatten, auf die Straße setzen, baute den Gutshof mit billigen polnischen Gastarbeitern zum hochgesicherten Luxusanwesen mit eigenem Tennisplatz, Hallenbad und islamischem Gebetsraum aus.

Bürgermeisterin Gröbmaier sieht Dietramszell und das auf eine lange Geschichte zurückblickende Gut Schlickenried nun dank des Foltervideos durch den Prinzen in den Negativschlagzeilen und sagt über den angeblichen Märchenprinzen: »Da fehlen mir die Worte.« Das schockierende Video sei »natürlich sehr unerfreulich für unsere Gemeinde«. Auch Dietramszells Pfarrer Hans Michael Koller fühlt sich inzwischen durch den Prinzen und sein Gefolge ans »finsterste Mittelalter« erinnert. Viele Dietramszeller Nachbarn haben Scheich Issa, den Sohn des Staatsgründers, Bruder des Präsidenten und des Kronprinzen der Vereinigten Arabischen Emirate, im Internet auf dem Foltervideo erkannt.<sup>661</sup> Sie haben mit eigenen Augen gesehen, wie er dem Wehrlosen Salz in dessen Wunden streut, ihm die Knochen bricht, auf ihn schießt und ihn dann mit seinem Geländewagen überfährt.

Ein Gericht in den Vereinigten Arabischen Emiraten hat 2010 über den Fall des Folterscheichs beraten und kam zum Schluss, dass der Prinz nicht verurteilt werden könne, da er schuldunfähig sei. Er habe zum Tatzeitpunkt mehrere Medikamente eingenommen<sup>662</sup>, und daher sei er ausnahmsweise sehr aggressiv gewesen.<sup>663</sup>

Um Gut Schlickenried ist es unterdessen nicht gut bestellt. Das einst offen zugängliche Gelände wurde auf Anweisung des Prinzen aus »Sicherheitsgründen« weiträumig eingezäunt, wird rund um die Uhr von einer Sicherheitsfirma

überwacht. Vom Bürgermeisteramt bis zum Bauausschuss sind alle örtlichen Stellen nur noch genervt, weil der Prinz ständig neue Sonderwünsche hat. Mal fordert er im Außenbereich (Landschaftsschutzgebiet) eine Umgehungsstraße, mal einen Sichtschutzzaun.<sup>664</sup> Geld spielte dabei bislang keine Rolle. Und die Wünsche werden immer dreister. In seiner Heimat haben Mitarbeiter des Prinzen nun verkünden lassen, demnächst auch das Glockengeläut der umliegenden Gemeinden verbieten lassen zu wollen. Noch hat man in den christlichen Dörfern um Dietramszell-Lochen diese Botschaft des islamischen Blaublütlers nicht wirklich vernommen. Die Münchner Zeitung TZ hat übrigens ein Foto des bayerischen Luxusanwesens des Folterprinzen veröffentlicht. Im Kommentarbereich findet sich kein Satz öfter als: »Die Forderung ist: keine Einreise dieses Mannes mehr nach Deutschland!« Das allerdings dürfte schwierig werden, denn solche Menschen genießen in Deutschland einen besonderen Schutz — ihre Familien verfügen über unendlich viel Geld und demzufolge auch über einen gewissen Einfluss. Zudem hofft man weiterhin auf gute Aufträge, auch wenn diese wie im Falle des Guts Schlickerried dann vor allem an polnische Firmen gehen.

Egal, ob man nun asoziale oder wohlhabende Migranten aus diesem Kulturkreis näher betrachtet — das verheerende Ergebnis ist häufig das gleiche.

## Teil IV

# Ganz legal asozial: das ALG-Syndrom der Roma

### Rotationseuropäer: offene Grenzen für Minderbegabte

»Die Zigeuner kommen!« - Über viele Jahrhunderte war das ein Schreckensruf. Man nahm die Wäsche von der Leine und holte schnell die Kinder ins Haus, wenn das fahrende Volk gesichtet wurde. Dieser Schreckensruf nährte sich aus Urteilen, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden. Immerhin sind die Sinti eine schon seit dem 15. Jahrhundert in Mitteleuropa anzutreffende Teilethnie der Roma. Seit mehreren hundert Jahren hat sich an der Wahrnehmung der aus dem indischen Subkontinent zugewanderten Sinti und Roma im deutschsprachigen Raum kaum etwas geändert. Nicht erst die Nationalsozialisten gingen gegen diese Bevölkerungsgruppe brutal vor. So wurde schon vorher, im Jahre 1926, beispielsweise im Freistaat Bayern das »Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen« verabschiedet.<sup>665</sup> Wie aber sieht die Realität heute aus? Sind Warnungen vor den Rotationseuropäern noch angebracht, oder waren schon unsere Vorfahren bössartige Rassisten, die anständigen Landfahrern das Leben schwermachten? Tauchen wir ein in die Realität.

Der Intelligenzforscher Volkmar Weiss attestiert Roma aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien und Ungarn einen Intelligenzquotienten von etwa 85<sup>606</sup> - sie liegen damit angeblich statistisch gesehen durchschnittlich auf dem gleichen niedrigen IQ-Niveau wie die nach Deutschland eingewanderten Türken. Man hat Volkmar Weiss vor dem Hintergrund dieser Aussage »Rassismus« vorgeworfen - vielleicht zu Recht. Denn Wissenschaftler der kanadischen Universität Ontario kamen 2006 bei Studien an Roma zu weitaus niedrigeren IQ-Ergebnissen für Roma: Diesen zufolge hatten 323 über

zwei Jahre untersuchte serbische Roma (im Alter von 16 bis 66 Jahren) nur einen durchschnittlichen IQ von 70<sup>667</sup> — das entspricht nach Angaben der Autoren dem Intelligenzquotienten eines zehn Jahre alten serbischen Kindes. Die von Wissenschaftlern untersuchten Roma liegen damit unter dem IQ von Ländern wie Kenia (Länder-IQ 72), Lesotho (IQ 72), Uganda (IQ 73) und Malawi (IQ 71). Aus der Sicht von Kenianern und Ugändern war die Aussage von Volkmar Weiss, der Roma einen Intelligenzquotienten von nur 85 attestierte, also wirklich »rassistisch«, denn die 2006 untersuchten serbischen Roma haben mit 70 nur einen Intelligenzquotienten, der dem niedrigen Länder-IQ von Ruanda und Botswana entspricht. Das alles mag für viele Leser völlig überraschend klingen. Doch Wissenschaftler kennen die Fakten, nach denen Roma im Vergleich zu ethnischen Europäern im Durchschnitt einen extrem niedrigen IQ besitzen, seit Langem. Es gab keinen Aufschrei, als Petr Bakalar im Jahre 2004 in der Fachzeitschrift *Mankind Quarterly* über den geringen IQ der Roma berichtete (»The IQ of Gypsies in Central Europe«<sup>668</sup>). Nach seinen Studien ist der durchschnittliche IQ von Roma aus Serbien und der Tschechischen Republik niedriger als 80.<sup>669</sup> Demzufolge haben Kenianer (Länder-IQ 80) und Einwohner von Zimbabwe (Länder-IQ 82) durchschnittlich einen höheren Intelligenzquotienten als serbische oder tschechische Roma.

Im Jahre 2008 veröffentlichten drei Wissenschaftler eine Studie über den Zusammenhang von hoher Kindersterblichkeit bei Roma-Familien und dem IQ ihrer Mütter. Auch in dieser Studie heißt es ausdrücklich, dass Roma durchschnittlich einen niedrigeren IQ als andere Europäer haben (»They also have a lower mean IQ than other Europeans«).<sup>670</sup> Man weiß demnach als Wissenschaftler um die Fakten, auch wenn sie politisch nicht korrekt sind. Die Deutsche Susanne Milcher hat eine Doktorarbeit unter dem Titel *Verletzlichkeit und Arbeitsmarktdiskriminierung der Roma in Südosteuropa* geschrieben, über die im August 2011 sogar die österreichische Zeitung *Die Presse* berichtete. Die Zeitung zitierte sie mit den Worten: »Man kann nicht einfach sagen, dass Roma generell benachteiligt sind, sondern es können gewisse Faktoren entscheidend sein wie geringere Bildung oder Berufserfahrung etc.«<sup>671</sup> Den Intelligenzquotienten hat sie nicht erwähnt. Das ist typisch für den deutschsprachigen Raum.

Gutmenschen haben inzwischen einen Schutzschild um das fahrende Volk errichtet. Politisch korrekt berichten sie beständig, Roma würden diskriminiert und von Bildung ausgeschlossen. Dieser medial-juristisch-politische Schutzschild ist bei näherer Betrachtung nichts anderes als eine Nachrichtensperre. Wir benehmen uns gegenüber den Roma wie kleine Kinder, die sich mit ihren Händen die Augen zuhalten und glauben, sie würden dann nicht gesehen. Das

verschlimmert die Situation immer weiter. Denn so werden die Roma in ihren Auffassungen bestärkt. Dieses Wegschauen der Gutmenschen hat Folgen: Die Roma kennen nicht nur beim Reisen keine Grenzen mehr. In den Vereinigten Staaten gab es auf den Polizeirevieren in den 1950er-Jahren noch Beauftragte für die von »gypsies« (»Zigeunern«) verübte Kriminalität. Irgendwann war das politisch nicht mehr korrekt. Die Fachbeamten wurden also abgeschafft.<sup>672</sup> Seither ist das Problem größer geworden. Überall in der Welt hat man heute vor allem eines für alle Aktivitäten der Landfahrer: vollstes Verständnis. Das hat Auswirkungen. Und zwar für uns — nicht etwa für die Roma. Schauen wir uns deren vielfältige Aktivitäten doch einmal genauer an. Sie leiden offenkundig an dem in Menschengruppen mit durchschnittlich eher niedrigen IQ weit verbreiteten ALG-Syndrom: anderer Leute Geld (abschöpfen). Wie also erleben wir den Zustrom der häufig zurückgebliebenen Rotationseuropäer?

### **Dortmund: Roma-Bordelle statt Jugendzentren**

So haben sich die Dortmunder den Zuzug von ausländischen Fachkräften ganz sicher nicht vorgestellt: Hunderte bulgarische Roma-Frauen arbeiten in der Stadt als Prostituierte. Für sie will die Stadt ein Großbordell bauen. Und Jugendzentren müssen weichen.

Die Stadt Dortmund zählt zu den bankrottesten Kommunen in Nordrhein-Westfalen, muss ihre Angestellten immer wieder in den Zwangsurlaub schicken, hat weit mehr als zwei Milliarden Euro Schulden, kann Schlaglöcher nicht ausbessern und schimmelige Wände in Schulen und Kindergärten wegen der leeren Kassen nicht sanieren. Kulturzentren, Hallenbäder, Büchereien und Jugendzentren müssen geschlossen werden, weil die Kassen gähnend leer sind. Die Stadt geriet in die Schlagzeilen, weil dort die Interessen von Bordellbetreibern höher wiegen als die Interessen der Jugendlichen. In der Wittbräucker Straße wurde der Jugendtreff *Youngster Point* geschlossen, weil sich die Bordellgäste eines im Stockwerk über dem Jugendtreff gelegenen Etablissements gestört und beim Gang zu den Prostituierten »peinlich beobachtet« fühlten. Das Bordell zahlt schließlich Steuern und Sozialabgaben, während der Jugendtreff nur Geld kostet. Also wurde er einfach geschlossen. 15 weiteren Jugendzentren werden im Übrigen die Zuschüsse ebenfalls gestrichen, oder sie werden auch geschlossen. In Dortmund setzt man Prioritäten, die nun ungeahnte Folgen haben.

Mit solchen Entscheidungen hat man bestimmte Menschen magisch angezogen: Dortmund und Umgebung erleben einen kaum glaublichen Ansturm

südosteuropäischer Prostituiertes und Krimineller, den vor wenigen Monaten noch niemand für möglich gehalten hätte. Die »Fachkräfte« vom Balkan werden auf einen Schlag im Ruhrgebiet parteiübergreifend als Problem angesehen. Vor wenigen Monaten noch galten sie in den großen politischen Parteien pauschal als »Bereicherung«. Doch heute sagen selbst SPD-Politiker wie die sozialdemokratische Dortmunder Ratsfrau Dr. Marita Hetmeier, man müsse in der Dortmunder Nordstadt endlich etwas unternehmen, »sonst haben wir hier in zwei Jahren 15 000 bis 20000 bulgarische Kriminelle«. <sup>673</sup> Mit diesen Worten wurde sie 2011 auch von der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* zitiert. Allein in Dortmund sollen mittlerweile 5000 Bulgaren zugezogen sein, von denen selbst die liberalsten Politiker heute einen wachsenden Teil der Organisierten Kriminalität zuordnen. Warum das so ist, erkundeten Dortmunder Politiker dann in der bulgarischen Stadt Plovdiv direkt vor Ort. <sup>674</sup> Dort lebten im Stadtteil Stolipinovo bislang 55 000 Sinti und Roma sowie Türken. Von den 55 000 Menschen haben gerade einmal zwei (!) einen Hochschulabschluss, die meisten können weder lesen noch schreiben. Sie sind Analphabeten. Arbeit gibt es für sie in Bulgarien nicht. Also zogen sie nach der Grenzöffnung zunächst in Länder wie Großbritannien und Frankreich. Doch aus diesen Staaten werden sie seit einigen Monaten in umstrittenen Aktionen wieder abgeschoben.

Viele von ihnen gingen daraufhin nach Dortmund, wo sie von Politikern aller Parteien mit offenen Armen aufgenommen wurden. Die Stadt wollte ein Zeichen setzen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Inzwischen ist man ernüchtert, denn nachdem die ersten Roma Sozialwohnungen und finanzielle Hilfen erhielten, was sich wie ein Lauffeuer unter ihresgleichen herumsprach, folgen nun ganze Heerscharen. In der bulgarischen Heimat verdient ein Roma als Straßenfeger umgerechnet maximal 150 Euro im Monat — in Dortmund bekommt eine fünfköpfige Familie ohne Arbeit weit mehr als das Zehnfache, dazu Kleidung, eine beheizte Wohnung mit fließendem Wasser und Strom. Bis zu 2000 Sinti und Roma ziehen derzeit pro Monat allein aus dem Großraum Plovdiv in das Ruhrgebiet um. In Plovdiv-Stolipinovo gilt Dortmund heute unter Sinti, Roma und Türken als Eldorado. Sie ziehen in immer größeren Gruppen in die Dortmunder Nordstadt zu ihren Verwandten, leben dort zum Entsetzen der Dortmunder Politiker häufig von Rauschgifthandel und Prostitution. In der Ravensberger Straße bauten sie den ersten Roma-Straßenstrich auf. <sup>675</sup> Allein dort arbeiteten auf einmal 150 bulgarische Prostituierte. Inzwischen ist die Prostitution auch in den Nachbarstädten weitgehend in der Hand der Roma. <sup>676</sup> Aus einigen Dutzend Roma-Prostituierten wurden allein in Dortmund viele hundert. Jede von ihnen verdient nach Angaben von



Lokalzeitungen pro Tag durchschnittlich 300 Euro. Und Abtreibungen bezahlen die deutschen Steuerzahler. Im Jahre 2010 finanzierte die bankrotte Stadt Dortmund den bulgarischen Frauen 110 Abtreibungen.

Mit Schrecken sehen Politiker aller Parteien, dass die Dortmunder Nordstadt nun innerhalb kürzester Zeit zu einem No-Go-Viertel mutiert, in dem bulgarische Bandenkriminelle das Sagen haben. Viele Politiker sind fassungslos angesichts dieser Entwicklung, denn die Stadt Plovdiv erhält gigantische Fördergelder aus dem Strukturfonds der Europäischen Union, damit die Lage der Roma dort verbessert wird. Vor Ort mussten die Politiker allerdings erkennen, dass die bisher überwiesenen Fördergelder überall gelandet sind, nur nicht bei den Roma im Stadtteil Stolipinovo. Dort gibt es weder eine medizinische Versorgung noch fließendes Wasser oder eine Müllabfuhr. Die Menschen werfen ihren Abfall einfach aus dem Fenster. Und dort bleibt er liegen. Dortmund ist für die bulgarischen Roma demgegenüber das Paradies. Wilhelm Steitz, Dezernent für Recht und Ordnung bei der Stadt Dortmund, hebt hervor: »Dortmund gilt bei den Roma als reiche Stadt voller Perspektiven.«<sup>677</sup> Allerdings übertragen die bulgarischen Roma ihre Normen und Vorstellungen vom Wohnen auch auf Dortmund. Lokale Medien wie der Westdeutsche Rundfunk nennen die Gebäude, in denen die bulgarischen Zuwanderer jetzt in Dortmund wohnen, in ihren Berichten immer häufiger »Ekelhäuser«.<sup>678</sup> Die Stadt Dortmund hat die ersten dieser Behausungen mit den kulturellen bulgarischen Besonderheiten schon geräumt, weil die Zustände einfach unbeschreiblich waren.

Unterdessen wollen weitere 40 000 der 55 000 Roma aus dem bulgarischen Plovdiv-Stolipinovo in absehbarer Zeit zu ihren Verwandten ins Ruhrgebiet. Die Stadt Dortmund weiß sich nicht mehr zu helfen und hat nicht etwa die Düsseldorfer Landesregierung, sondern die Europäische Union in Brüssel um Hilfe gebeten. Schließlich hatte Brüssel mehr als zwei Milliarden Euro zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma nach Bulgarien überwiesen. Geholfen hat das offensichtlich nichts, denn am Ende müssen bankrotte Städte wie Dortmund die Roma-Hilfe übernehmen.

Die Dortmunder CDU hatte bei einem Kreisparteitag am 21. März 2011 beschlossen, den ausufernden Dortmunder Roma-Straßenstrich zu schließen und für die Roma-Prostituierten ein städtisches Großbordell zu bauen. Die SPD unterstützte das Vorhaben. Die Stadt suchte nunmehr parteiübergreifend nach einem städtischen Grundstück und wollte den Bordellbau, für den sie auch nach lokalen Fachkräften aus dem Rotlichtmilieu suchte, anschließend öffentlich ausschreiben. Der Sozialdienst Katholischer Frauen solle sich künftig um die Roma-Prostituierten kümmern.

Elke Rehpöhler von Kober (Beratungsstelle für Prostituierte) sieht das Hauptproblem in der Zuwanderung: »Es ist Sache der EU, die Situation in Bulgarien zu verbessern, damit den Menschen nicht als einziger Ausweg die Flucht ins Ausland bleibt.«<sup>679</sup> Allerdings sind die zugezogenen Sinti und Roma völlig legal in Deutschland. Sie besitzen das Reiserecht und die Niederlassungsfreiheit, seitdem ihre Heimatländer der EU beigetreten sind. Die Menschen haben ihre Heimat verlassen, weil ihnen dort keine Perspektiven bleiben. Die sehen sie vielmehr in Städten wie Dortmund. Seit dem 1. Mai 2011 dürfen bulgarische und rumänische Prostituierte auch ganz legal in Deutschland arbeiten, weil an diesem Tag alle bisherigen Arbeitsbeschränkungen wegfielen. Also braucht das bankrotte Dortmund jetzt ein Großbordell zur Präsentation der Dienstleistungen der bulgarischen Facharbeiterinnen. Wunderbare Multikulti-Welt!

Mitte Mai 2011 wurde der Roma-Straßenstrich in Dortmund dann tatsächlich geschlossen.<sup>680</sup> Die »Bereicherung« durch die zugewanderten Mitbürger nahm dann jedoch in mehreren Etappen eine völlig unerwartete Wendung. Als Erstes protestierten Linksextremisten gegen die Schließung des Straßenstrichs. Aus der Sicht politisch linker Gruppen war es angeblich »rassistisch«, die Roma-Prostituierten von der Straße zu holen. Und so gab es erst einmal einen Anschlag auf die Dortmunder SPD-Ratsfrau Marita Hetmeier, die sich für die Schließung des Roma-Strichs eingesetzt hatte.<sup>681</sup> Hierzu muss man wissen, dass es in Dortmund Initiativen linker Deutscher gibt, die Deutschland als das Weltsozialamt sehen und jeden Migranten der Welt aufnehmen und bei uns sozial versorgt sehen wollen. Wer sich ihnen in den Weg stellt, möglicherweise kein Flüchtlingswohnheim vor seiner Haustür haben möchte, der wird öffentlich als »Rassist« und »Fremdenfeind« angegriffen.<sup>682</sup>

Danach machte eine weitere Nachricht die Runde, die große Teile der Dortmunder Bevölkerung schockierte. Doch der Reihe nach: Die angeblich so armen, sozial schwachen und hilfsbedürftigen Roma trafen in Dortmund auf viel Verständnis von Gutmenschen, wenn sie nach der Einweisung in eine Wohnung diese sofort zu Sammelquartieren für Großfamilien umfunktionierten, Kot und Urin in den Hausfluren absetzten und binnen 48 Stunden den Innenhof eines Hauses nach ihren Wertvorstellungen zumüllten. Die *Ruhr-Nachrichten* schrieben über die Eigentümerin eines Mehrfamilienhauses, die in der Dortmunder Nordstadt an solche Mitbürger vermietete: »Es habe keine 24 Stunden gedauert, erzählt die Vermieterin, und die Parterrewohnung war mit bis zu 40 Roma-Männern belegt, die sich dort drei bis vier Mal am Tag versammelten, innerhalb von 48 Stunden war der gesamte Innenhof zugefüllt.« Schon wegen der anderen 14 Mietparteien mache sie jeden Tag sauber,

so die Vermieterin, die woanders wohnt, >und auch das Treppenhaus wird täglich von uns gereinigt Auch von Kot und Urin. Die anderen Mieter im Haus haben Angst, wurden schon von Kindern, die nicht zur Schule gehen, mit Messern bedroht. In dieser Woche wurde im Keller und auf dem Dachboden eingebrochen.«<sup>683</sup>

Aus der gleichen Zeitung erfuhren die Dortmunder, dass die Probleme ganz sicher kein »Einzelfall« waren: »Die Promas GmbH hat am Dienstagmittag zwei Häuser in der Nordstadt geräumt, die von 45 Roma >besetzt< und zugemüllt worden sind. Arbeiter wühlten sich in den Häusern Mallinckrodtstraße 317 und Evertstraße 1 durch Berge von Unrat, vorbei an verdorbenen Lebensmitteln.«<sup>684</sup> Bei Schlägereien mit aggressiven Roma, die sich asozial verhielten und alles verschmutzten, gab es dann die ersten Verletzten.<sup>685</sup> Die Stadt Dortmund konnte nicht länger wegschauen, denn in der einheimischen Bevölkerung entwickelte sich ein Wutstau. Also übte die Stadt Druck auf die Wohnungseigentümer aus, beispielsweise die Vermüllung durch die Roma nicht weiter zuzulassen. Und was passierte dann? Eine Schockwelle erfasste Dortmund. Die angeblich so bettelarmen Roma kauften mit Taschen voller Bargeld einfach die Häuser auf! Die *Ruhr-Nachrichten* berichteten etwa im Mai 2011: »Der Druck der Ordnungsbehörden auf Nordstadt-Hausbesitzer zeigt Wirkung, lässt sie genauer auf ihre Mietklientel gucken. Für bulgarische Roma wird es deshalb schwerer, eine Wohnung zu bekommen. Jetzt drehen sie den Spieß um, werden zu Vermietern. (...) Sie sprachen kein Wort Deutsch, legten das Geld beim Notartermin bar auf den Tisch.«<sup>686</sup>

Die angeblich so sozial schwachen Roma verfügten über kofferweise Bargeld. Es störte sie nicht, dass der Dortmunder Roma-Straßenstrich geschlossen wurde. Sie kauften einfach Privathäuser auf und machten Roma-Bordelle daraus. Erstaunt sahen die bankrotten Dortmunder auch Fotos von wunderschönen Villen in den Wohngebieten der wohlhabenden Dortmunder — Häuser, die nun auf einmal den angeblich so armen Roma-Sippen gehören. Und in diese Villengegenden zogen mit den Roma-Clans völlig neue Sitten ein, beispielsweise Feueregefechte und Mordanschläge im kriminellen Roma-Milieu.<sup>687</sup> Das Geld für die Häuser erwirtschafteten die »armen« Roma durch Prostitution, Raubüberfälle und immer wieder auch durch gezielte Überfälle auf Senioren oder als Trickdiebe.<sup>688</sup> Vor allem ältere Mieter wurden von den Roma-Sippen gezielt ausgespäht. Eine Dortmunder Lokalzeitung berichtete: »Roma-Zuzug: Die Angst geht um.«<sup>689</sup> Politik, Polizei und Behörden forderten die Dortmunder auf, Roma zu denunzieren, um den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten. In diesem Zusammenhang berichtete eine Zeitung: »Den Aufruf von Polizei und Politik, sie im Kampf gegen Kriminalität, Dreck und

Hausbesetzungen von Roma zu unterstützen, nimmt Volker L. ernst. Er hat 25 Autokennzeichen von Bulgaren notiert und an die Polizei weitergeleitet. (...) Volker L. wird bald eine Einladung auf die Polizeiwache an der Deutschen Straße bekommen. »Wir sind sehr an Gesprächen interessiert«, untermauert Wachleiter Peter Hennes seine Aussagen aus der Sitzung der Bezirksvertretung.«<sup>690</sup>

Die Roma bescheren der Stadt Dortmund nur Kosten. Für die Kinder muss man eigens neue Schulklassen einrichten. Schulrätin Waltraud Frische sagt, man brauche eigentlich sogar neben weiteren Lehrern auch noch Dolmetscher für diese Kinder.<sup>691</sup> Die *Ruhr-Nachrichten* kennen noch ein weiteres Problem, denn die Roma-Kinder — so liest sich nachfolgend zitierte Passage - halten offenkundig nichts von Hygiene, heißt es doch in einem Bericht über sie in Dortmunder Schulen: »Sprachdefizite und Analphabetismus sind nicht die einzigen Hürden, die einer Eingliederung der Roma im Wege stehen. Die Schulsozialarbeiter schalten sich auch ein, wenn es an der Ernährung und Körperpflege mangelt.«<sup>692</sup>

Wer alle Berichte dieser garantiert nicht rechtsextremen deutschen Lokalzeitung liest, der bekommt alle gängigen Vorurteile über Roma-Kinder bestätigt. Die Zeitung selbst fasst einen Besuch bei ihnen mit den Worten zusammen, dass diese »betteln, vagabundieren, die Schule schwänzen und stehlen«, und sie schreibt von der »Kriminalität, die von Roma-Clans ausgeht.«<sup>693</sup> In Dortmund muss man sich wahrlich nicht wundern, wenn immer mehr Bürger künftig extremistische Parteien wählen werden.

### **Kein Interesse an Bildung**

Im benachbarten Duisburg sieht es heute beim Thema Roma nicht viel besser aus.<sup>694</sup> Im Sommer 2011 berichtete ein Magazin aus der Stadt: »Der Zuwachs von bulgarischen und rumänischen Romas im Duisburger Stadtteil Hochfeld wird immer mehr zum Problem. Dass der Duisburger Stadtteil Hochfeld als sozialer Brennpunkt gilt, ist schon seit Längerem bekannt. Der Stadtteil wirkt ungepflegt, auf den Straßen türmt sich der Müll. Schätzungsweise knapp 16 500 Menschen leben in Quartier südwestlich der Duisburger Stadtmitte. Der Ausländeranteil beträgt knapp 44 Prozent, zumindest was die öffentliche Statistik angeht. Denn die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. In Hochfeld leben schätzungsweise 2500 »Sinti und Romas im Volksmund auch beleidigend als »Zigeuner« bekannt. Duisburg-weit leben Schätzungen zufolge 4000 Roma.«<sup>695</sup>

Wie auch in Dortmund gehen viele Kinder der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien in Duisburg nicht zur Schule. Die Eltern halten Bildung schlicht für überflüssig. So die politisch nicht korrekte Wahrheit. Die Zigeuner selbst begründen ihre Abwesenheit an europäischen Schulen völlig anders: Sie lassen uns immer wieder wissen, sie würden in Schulen »diskriminiert«. Noch interessanter aber ist eine 2011 veröffentlichte deutsche *Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma*. Diese weisen der Studie zufolge ein erheblich niedrigeres Bildungsniveau als der Schnitt der Bevölkerung auf. Der Grund nach Angaben der Studie: die »nie aufgearbeiteten Traumata der NS-Verfolgung«. <sup>696</sup> Noch in der dritten Generation gebe es tiefes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Im Klartext: Mehr als 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schicken in Deutschland lebende Zigeuner ihre Kinder heute wegen des einstmals in diesem Land existierenden Nationalsozialismus nicht in die Schulen. Rund zehn Prozent der unter 25-jährigen Sinti und Roma haben in Deutschland nicht einmal eine Grundschule besucht, bei den über 50-Jährigen sind es 40 Prozent! Und nur ganze 2,3 Prozent haben in Deutschland ein Gymnasium von innen gesehen. Die Zahlen sind aus dem Jahre 2011. Eine Berliner Zeitung berichtete darüber unter der Überschrift »Roma misstrauen den Schulen - Studie: Viele Eltern lassen ihre Kinder zu Hause«. Damit die Zigeuner aber nun endlich ihr »kollektives Trauma« verarbeiten können und nicht mehr ständig an den Nationalsozialismus denken müssen, fordern die Autoren der Studie einen »nationalen Aktionsplan«. <sup>697</sup> Nach einigen Generationen werden Sinti und Roma dann vielleicht wieder langsam Vertrauen in das deutsche Bildungssystem gewinnen. Merkwürdig ist nur Folgendes: Die Nachkommen der Juden, die unbestritten ebenfalls grausam in der NS-Zeit verfolgt wurden, weisen das für die Roma typische niedrige Bildungsniveau in Deutschland nicht auf — im Gegenteil, sie sind bildungsbeflissen. Die oben genannten politisch korrekten Schutzbehauptungen für die Bildungsfaulheit der Roma sind also leicht zu durchschauen.

Kommen minderbegabte Roma-Kinder mit niedrigem Intelligenzquotienten auf Förderschulen (früher Hilfs- oder Sonderschulen genannt), dann droht den Lehrern häufig Arger. Lehrerin Marianne M. (62) unterrichtet an einer solchen Förderschule. Sie wurde von einer 34 Jahre alten Zigeunerin zu Boden geschlagen, weil sie es nicht hinnehmen wollte, dass deren elf Jahre altes Kind ihr in der Klasse einfach aus tiefster Verachtung vor die Füße spuckte. Die Zigeunermutter fand eine entsprechende Rüge für ihren Sohn nicht angemessen, riss der Lehrerin gleich auch noch ein Büschel Haare aus und drohte dieser bei ihrer Prügelorgie zudem noch mit der »Sinti- und Roma-Union«, mit der sie es dann auch noch »zu tun bekommen« werde. <sup>698</sup> Die Zigeunermutter ist

wegen Betrug vorbestraft und natürlich Hartz-IV-Empfängerin.<sup>699</sup> Allein dieser eine Fall hat die deutschen Steuerzahler schnell viel Geld gekostet: Die Klasse der angegriffenen Studienrätin musste aufgelöst werden, die Lehrerin war nach der Prügelorgie zehn Monate (!) dienstunfähig, zudem in psychologischer Behandlung, und auch die ganzen Ermittlungs- und Prozesskosten zahlt der Steuerzahler.<sup>700</sup> Über ihre Verurteilung und die Strafzahlung in Höhe von 900 Euro konnte die gerichtserfahrene Migrantin schlichtweg nur lachen.

Zurück nach Duisburg. In den Duisburger Ortsteilen Hochfeld, Laar und Bruckhausen sind südosteuropäische Gettos entstanden, die mit dem türkischen Duisburg-Marxloh um den zweifelhaften Ruf streiten, welche Region diejenige ist, innerhalb der die Integration am stärksten gescheitert ist.<sup>701</sup>

Man kennt das Problem auch in der Bundeshauptstadt Berlin. Dort soll am ehemaligen Grenzübergang Dreilinden ein komfortables Quartier für Sinti und Roma gebaut werden<sup>702</sup> - die Anwohner laufen Sturm gegen das Projekt. Darüber hinaus mussten die Berliner in der Zeitung *Morgenpost* 2011 unter der Überschrift »Roma-Kinder überfordern Berlins Lehrer« lesen, dass die meisten neu eintreffenden Roma-Kinder noch nie in einer Schule waren.<sup>703</sup> Doch damit nicht genug: Sie sprechen auch kein Wort Deutsch. Wie auch im Ruhrgebiet müssen die ohnehin von Finanzknappheit geplagten Berliner Schulen nun überall neben der Sprachförderung für türkisch- und arabischstämmige Kinder auch noch zusätzliches Personal einstellen, um bulgarische und rumänische Kinder zu fördern. Rita Schlegel, Schulleiterin der Berliner Hermann-Sander-Grundschule, sagt: »Wenn wir jetzt auch noch Deutschförderung für die Roma-Kinder anbieten sollen, geht das zulasten aller anderen Schüler.« Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) hebt hervor: »Um überhaupt schulfähig gemacht zu werden, müssen die Roma-Kinder intensiv Deutsch lernen können.«<sup>704</sup> Allein Berlin-Neukölln brauche deshalb etwa 30 bis 40 Vorbereitungsklassen. »Das kostet rund eine Million Euro«, so Buschkowsky. Und zwar pro Schuljahr. Und nur in Berlin Neukölln.

## Deutsche Türken fordern Roma-Deportation

In der deutschen Bundeshauptstadt Berlin sind in den vergangenen Jahren bis zu 20 000 (!) Roma untergetaucht. Es gibt mit vielen von ihnen dort die gleichen Probleme wie überall - eine Berliner Zeitung berichtete über das Verhalten der Neuankömmlinge: »Die Roma waren laut, benutzten Treppenhäuser und Grünanlagen als Toiletten, tranken viel Alkohol.«<sup>705</sup> In Berlin fällt auf, dass viele Roma von klein auf kriminell sind, kulturell bedingt. Die

Zeitung *Die Welt* schreibt: »Viele Kinder aus den Großfamilien etwa können >meins< und >deins< nicht unterscheiden. Werden sie auf Kindergeburtstage eingeladen, stecken sie die Geschenke ein.«<sup>706</sup> Zur großen Zahl der Roma-Kinder an einer Berliner Schule heißt es: »80 Prozent der Familien ihrer Schüler werden vom Jugendamt betreut. Auf die Schule an der Neuköllner Sonnenallee gehen die Kinder der stadtbekanntesten kriminellen Clans. Mit den Roma-Kindern ist der Unterricht am härtesten. Sie kommen in die vierte, fünfte Klasse und können oft nicht ein Wort lesen und schreiben.«<sup>707</sup> Zwischenfrage: Wie kommt man in Deutschland in die fünfte Klasse, ohne ein Wort lesen und schreiben zu können?

Interessanterweise wünschen Berliner Türken die Deportation der Roma aus der Stadt. Die Zeitung *Die Welt* berichtet dazu: »Vor allem die türkischen Mittelschichtsfamilien in der Siedlung würden eine rasche Abschiebung der Roma nach französischem Vorbild befürworten. Viele Roma betteln, die Mädchen tragen legerere Kleidung, die Männer trinken Alkohol — all das ist den Muslimen ein Dorn im Auge. Die Türken müssen Sprachtests machen, Integrationskurse absolvieren - und die Roma können einfach kommen, sagen sie, wie ungerecht.«<sup>708</sup> In Duisburg drohen türkische Eltern damit, ihre Kinder bei den Schulen abzumelden, wenn dort bulgarische oder rumänische Roma-Kinder in die Schulklassen aufgenommen werden.<sup>709</sup> Das ist die eine Seite unserer türkischen Mitbürger. Die andere sieht so aus: Türken vermieten Wohnungen an die Roma, wo sie dann bis zu 15 Roma in einem kleinen Zimmer übernachten lassen. Und: Die Roma-Frauen »arbeiten« in den Hinterzimmern türkischer Teestuben als Billigprostituierte. Selbst Roma-Kinder werden inzwischen in solchen Teestuben für Sex verkauft, berichtet eine Lokalzeitung.<sup>710</sup>

Deutsche Medien haben in herzerweichenden Geschichten die massenweise Ankunft von Roma begleitet. Dabei lasen die Journalisten ihre eigenen Publikationen nicht. Das führte dann zu absurden Darstellungen. Im *Focus* erschien beispielsweise im Mai 2011 eine tränenrührige Geschichte, in der die Roma als arme Flüchtlinge dargestellt wurden: »Berlins Schulen müssen derzeit Hunderte Roma-Kinder integrieren. Deren Familien sind Hals über Kopf nach Deutschland geflohen. (...) Sie gehören zu einigen hundert neu zugezogenen Roma-Kindern aus Bulgarien, Ungarn und anderen südosteuropäischen Staaten. Etliche Großfamilien flüchteten zuletzt von dort nach Berlin und in andere deutsche Großstädte.«<sup>711</sup> Die Roma-Männer sind nach Angaben des Berichts fast durchweg arbeitslos, die Frauen mit ihren vielen Kindern und dem Haushalt »völlig überfordert«, und die Berliner Schulen haben Dutzende neue Lehrer nur für diese Kinder angestellt. Und weil man die armen überfor-

derten arbeitslosen Flüchtlingsfamilien nicht einfach nur mit staatlichen Unterstützungen allein lassen will, hat man auch noch Integrationslotsen für sie bereitgestellt. Deren Aufgabe: Sie sollen als Mediatoren insbesondere das »große Misstrauen« der Flüchtlinge gegenüber staatlichen Institutionen überwinden helfen. Im Klartext: Sie sollen den Roma erklären, welche finanziellen Ansprüche sie an die deutschen Steuerzahler haben, und dabei helfen, ihnen die Anträge auszufüllen. Die schöne *Focus*-Geschichte über die Massen von armen Roma, die aus den EU-Staaten Rumänien, Bulgarien und Ungarn in deutsche Städte wie Berlin »flüchten«, hat allerdings einen üblen Beigeschmack: Drei Wochen zuvor berichtete die *Focus*-Redaktion über die wahren Hintergründe der Roma-Schwemme in Deutschland, zitierte den Münchner Professor Hans-Werner Sinn mit den Worten: »Ein EU-Bürger, der sich fünf Jahre lang in einem anderen EU-Land aufgehalten hat, besitzt anschließend ein Daueraufenthaltsrecht. Das ist auch ein Grund, warum die Franzosen im vergangenen Sommer so energisch Roma und Sinti abgeschoben haben. Wir werden im Laufe dieses Jahrzehnts immer mehr Sozialmigration nach Deutschland bekommen. Ein Einwanderer kann im neuen Land ebenso viele Sozialleistungen beziehen wie die Einheimischen auch. Nach fünf Jahren hat er ganz legal den vollen Anspruch, ohne je Beiträge gezahlt zu haben. (...) Die neue Regelung gilt seit 1. Januar 2005. Wer damals nach Deutschland einwanderte, kam vergangenes Jahr erstmals in den Genuss staatlicher Sozialleistungen.«<sup>712</sup> Die angeblichen Flüchtlinge sind bei näherer Betrachtung Sozialschmarotzer. Sie können in Deutschland mehr an Sozialleistungen abkassieren, als sie in ihren Heimatländern mit legaler Arbeit verdienen könnten. Und wir helfen ihnen auch noch mit »Integrationslotsen« dabei. Selbst unsere türkischen Mitbürger halten uns in Hinsicht auf die Roma schlichtweg für verrückt.

Wo die Roma-Familien auftauchen, da wächst häufig sofort eins: ein Müllberg. Berliner Polizei, Ordnungsamt und Gesundheitsamt besuchten im Mai 2011 die Roma-Wohnungen zwischen Harzer und Treptower Straße. Sie sprachen von »unhaltbaren hygienischen Zuständen«, die Roma-Kinder spielten in den Hinterhöfen zwischen weggeworfenen Essensresten, alten Mülltüten und Ratten. Das waren aber nicht etwa Mülltüten und Essensreste, die ethnische Deutsche dort abgelegt hatten, um die armen Roma zu ärgern. Nein, die Roma hatten sich vielmehr häuslich so eingerichtet, wie sie es aus ihren Herkunftsgebieten gewohnt waren. Die abgebrühten Beamten mussten beim Anblick der Roma-Müllkinder schlucken.<sup>713</sup> So etwas hatten sie in Berlin noch nicht gesehen, das kannten sie bislang nur aus Fernsehberichten über die Slums der Dritten Welt. Mit den Roma kamen die Slums auch nach Berlin.

In Deutschland kümmert man sich mit viel Geld und viel Aufwand um die



Roma, bei denen Bildung offenkundig häufig ebenso verachtet wird wie fremdes Eigentum. Die tschechische Stadt Brünn fährt im Bezirk Brünn-Mitte, wo vor allem Roma wohnen, da ganz andere Geschütze auf: Bezirksbürgermeister Libor St'astka von der Demokratischen Bürgerpartei ODS ordnete schon im September 2010 an, all jenen, die ihre Kinder nicht zur Schule schicken, die Sozialhilfe zu kürzen. Und zwar immer weiter. Der Bürgermeister sagte in einem Gespräch mit *Radio Prag*: »Uns ist jetzt der Geduldsfaden gerissen. Wir sind der Meinung, dass man sozial unangepasste Eltern nicht finanziell unterstützen kann, wenn sie ihre Kinder anstatt in die Schule auf die Straße schicken, wo diese stehlen und Alkohol und Drogen konsumieren. Das geht nicht!«<sup>714</sup>

Im Frühjahr 2011 hatte Andrej Sabol, Bürgermeister der slowakischen Stadt Družstevnej pri Hornade, den dort ansässigen Roma die Erlaubnis gegeben, streunende Hunde einzufangen und diese zu essen.<sup>715</sup> Das führte nicht etwa zu wütenden Reaktionen der Roma-Verbände, sondern zu empörten Stellungnahmen von Tierschutzorganisationen. Die Sprecherin der slowakischen Tierschutzgruppen, Romana Serfelova, forderte öffentlich die Entlassung des Bürgermeisters. Schließlich müsse man die Hunde vor den Roma schützen, so Serfelova.

Unterdessen war man in Dortmund weiter offen für die zugewanderten Roma. Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Diakonie von diesen geplündert wurde. Mehr als 50 Roma hatten die Einrichtungen der Diakonie in der Dortmunder Rolandstraße als Selbstbedienungsladen verstanden, nachdem man sie dorthin zur Obdachlosenberatung eingeladen hatte. Die bulgarischen Roma, die keine mitteleuropäische Sprache beherrschten, nahmen die Räume sofort in Beschlag, plünderten die Kleiderkammer und verkauften die gestohlenen Gegenstände an einem Parkplatz in der Nordstadt.<sup>716</sup> Die Mitarbeiter der Diakonie wurden von den zwischenzeitlich dort widerrechtlich eingezogenen Roma mit Messern bedroht, ließen sie jedoch gewähren, weil sie nicht als ausländerfeindlich gelten wollten. Erst als die Diakonie 2011 nach einigen Wochen einen privaten Sicherheitsdienst zum Schutz engagierte, zogen die bulgarischen Roma wieder ab. Diakonie und Stadt sind nun nach eigenen Angaben »erstaunt« darüber, dass die Roma keinerlei Beratung wollten, sondern nur gestohlen haben.

### **Banden »wie Heuschrecken«**

Die südosteuropäischen Verbrecherbanden schwappten unterdessen von Dortmund auch ins Hagener Stadtgebiet. Der dortige Polizeidirektor Bernd Liedtke

wehrt sich vehement dagegen, die skrupellosen Täter als Sinti oder Roma zu bezeichnen. Er sagte 2011: »Für uns sind das schlichtweg Südosteuropäer.«<sup>717</sup> Hagens ranghöchster Uniformierter weiß anhand der Lagebilder, dass diese EU-Bürger für einen Großteil der aktuellen Wohnungseinbrüche und Taschendiebstähle (80 Prozent) verantwortlich sind. »Neulich erst hatten wir den Fall von zwei Frauen, die im Hauseingang einer Arztpraxis von uns angesprochen werden sollten. Das Duo ergriff die Flucht, warf während der Verfolgung bereits einen Schraubendreher weg und konnte schließlich gestellt werden.« Die WAZ-Mediengruppe berichtete im Mai 2011, die Täterinnen seien polizeilich bekannt gewesen. Sie »trugen sogenannte Diebstahlschürzen zum Verstaen der Beute. Sie wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. Was bedeuten kann, dass sie in der nächsten Wochen der gleichen Streife wieder in die Arme laufen.«<sup>718</sup>

Straßenraub und Handtaschendiebstahl sind offenbar die bevorzugten Arbeitseinsätze dieser Zuwanderer, die Zeitung berichtete weiter: »In Haspe rief jüngst ein Opfer, das von zwei Südosteuropäern auf offener Straße beraubt wurde, um Hilfe — die Passanten schüttelten angesichts der Geschreis nur den Kopf und solidarisierten sich letztlich mit den Tätern.«

In Hagen ist man schockiert über die Skrupellosigkeit der südosteuropäischen Banden. Der Hager Kriminalhauptkommissar Peter Carl sagt: »Diese Banden sind wie Heuschrecken.« Ein Fahrer und drei bis vier in ihrem kriminellen Handwerk bestens ausgebildete Männer stellen eine Organisationseinheit dar. Carl hebt hervor: »Die machen eine Bude in weniger als 20 Sekunden auf, wenn nicht abgeschlossen ist.« Wenn sich solch eine Zuwanderergruppe ein Beutegebiet ausgeguckt hat, dann geht alles rasend schnell. Der Wagen hält an, die Verbrecher steigen aus und brechen dann auf einen Schlag vier oder fünf Wohnungen in der Umgebung auf. Unterdessen dreht der Fahrer seine Runden und hält Ausschau, ob die Polizei in Sicht ist. »Das ist minutiös geplant«, erklärt Kriminalhauptkommissar Carl.<sup>719</sup>

Fahren wir aus dem Ruhrgebiet in den ostdeutschen Spreewald. Und zwar nach Waltersdorf an der Autobahn A17. Im August 2011 zogen dort Landfahrer mit ihren Wohnwagen vorbei. Die Zeitung *Märkische Allgemeine* berichtete über die Erfahrungen, die die dort ansässige Bevölkerung mit den Sinti und Roma sammeln durfte: »>Manchmal haben Roma-Frauen bei uns eingekauft<, berichtet Tankstellenmitarbeiter Mario Wunderlich. >Unter ihren weiten Gewändern kamen dann Kinder hervor, die flink ins Regal griffen, sobald wir uns umdrehten<. Nachts hielten die Angestellten die Tür nun lieber verschlossen. >Dann kommt es vor, dass die Leute an die Scheibe spucken oder uns drohen.«<sup>720</sup>

## Fragen Sie nicht, woher das Geld stammt ...

Wir sollten Verständnis für die vielfältigen Erwerbszweige der Roma haben, denn schließlich kostet allein eine einzige Zigeunerhochzeit, bei der die ganze Roma-Großfamilie teilnimmt, mitunter sechs Mal mehr als eine durchschnittliche europäische Hochzeit: nach seriösen Medienberichten statistisch gesehen 160 000 Euro.<sup>721</sup> Darin enthalten ist mit durchschnittlich 28 000 Euro allerdings auch der erste Wohnwagen für das frisch nach Zigeunersitte vermählte Paar. Aber halten Sie sich fest: Allein das Hochzeitskleid für eine Roma-Braut kostet (statistisch gesehen) zwischen 15 000 und 60 000 Euro. Das kann sich ein durchschnittlicher Mitteleuropäer nicht einmal ansatzweise vorstellen. Die Herstellung eines solchen Kleides ist aufwendig, es besteht im Durchschnitt aus 20 Stoffschichten, die alle mit zahlreichen Strasssteinchen besetzt sind und möglichst auch noch mit Krönchen verziert werden. Bei einer solchen Hochzeit kommen schnell einmal 300 Familienangehörige zusammen. Und natürlich wird alles von der Hochzeitstorte über das durchschnittlich 34 000 Euro teure Büffet, das Brautkleid bis hin zur Hochzeitsreise sofort in bar bezahlt. Auch davon träumen die meisten Europäer nur. Arme Zigeuner aber können sich das offenkundig leisten.<sup>722</sup> In Großbritannien gab es von einem Campingplatz für Rotationseuropäer im Jahre 2011 beim Sender *Channel-4* sogar eine Fernsehserie, die über die verschwenderischen Hochzeiten der »armen« Roma berichtete. Ihr Titel: *My bigfatgypsy wedding* {zu Deutsch: *Meine super-protzige Zigeunerhochzeit*). Eine Zeitung, die über diese Serie und die Kosten solcher Hochzeiten berichtete, schrieb schon in der Überschrift: »Fragen Sie lieber nicht, woher das Geld dafür stammt«. <sup>723</sup> Übrigens: Im Jahre 2008 noch zahlten die Rotationseuropäer »nur« 114000 Euro für eine normale Roma-Hochzeit (bei der häufig nicht volljährige Kinderfrauen verheiratet werden<sup>724</sup>) — heute sind es schon 160 000 Euro.<sup>725</sup> Angesichts derartiger Zahlen kann man unzweifelhaft feststellen, wie schnell sich die angebliche »Armut« bei den vagabundierenden Sippen ausbreitet.

Ähnliches beobachtet man mitunter auch bei den Beerdigungen der mobilen ethnischen Minderheit. Die Briten staunten im Juli 2011 nicht schlecht: Da wurde die Autobahn A127 nahe Crays Hill gesperrt, weil ein Landfahrer beerdigt wurde. Mit 30 Kilometern pro Stunde schlich der Trauerkonvoi über die Autobahn in Richtung Friedhof. Die Leiche des armen Mitbürgers wurde natürlich standesgemäß in einem *Rolls Royce* befördert, weitere zehn schwarze *Mercedes-Karossen* geleiteten den Trauerzug.<sup>726</sup> Da der riesige Konvoi auch von der Polizei begleitet wurde, glaubten viele Briten, ein Mitglied der königlichen Familie sei überraschend verstorben.

Überall dort, wo Landfahrerbeerdigungen oder -hochzeiten stattfinden, herrscht mitunter Fassungslosigkeit - wie etwa im österreichischen Wels. Der sozialdemokratische Bürgermeister Peter Koits hatte gutmütigerweise einigen Roma das Welser Messengelände für eine Hochzeit zur Verfügung gestellt. Das tat er allerdings seither nie wieder. Zudem entschuldigte er sich bei der Bevölkerung für seinen Fehler. Es passierte nämlich Folgendes: Vom 2. bis 6. Juni 2010 kampierten Roma mit fast hundert Wohnwagen auf dem Gelände der Welser Messe, der Alkohol floss in Strömen. Die Polizei musste schließlich einschreiten, weil die extreme Lärmbelästigung Bürgerproteste hervorrief. Zudem zweigten die Landfahrer illegal aus einem Hydranten Wasser für die Großveranstaltung ab, und der nahe gelegene Volksgarten musste aus hygienischen Gründen gesperrt werden.<sup>727</sup> Er wurde von den Roma zweckentfremdet — als riesige Toilette. Und das, obwohl die teuren Wohnwagen der Roma über WCs verfügen. Ein Journalist der *Oberösterreichischen Nachrichten*, der die Szenerie fotografieren wollte, wurde sofort »zur Rede gestellt«. Weshalb die Roma-Hochzeit überhaupt in Wels stattfand, obwohl die daran teilnehmenden Mitbürger allesamt aus Straßburg kamen, konnte nicht recherchiert werden.

### Die Schlagloch-Mafia

Diebe, Räuber, Einbrecher, Betrüger - die verschiedenen und einträglichen »Berufszweige« dieser vagabundierenden Migrantengruppe sind wahrlich vielfältig. Über Missionsschwester Gertrud, die sich in Hamburg-Wilhelmsburg mehr als 50 Jahre lang Tag für Tag um Zigeuner kümmerte und deren Sprache Romanes lernte, schrieb eine Lokalzeitung am Ende ihres Lebens: »Schwester Gertrud macht sich keine Illusionen über ihre Schützlinge. >Manche klauen, stehlen oder hehlen.< Andere wollten schnell Geld verdienen, ohne lange Schulbildung.«<sup>728</sup>

Roma-Banden erfinden immer neue skrupellose Methoden, um ohne Arbeit viel Geld abzukassieren. Eine interessante Variante hat die überall im deutschsprachigen Raum aktive »Schlagloch-Mafia« entwickelt. Eine Sonderkommission mit der Bezeichnung »Teerkolonnen« fahndet in Deutschland bundesweit nach Sinti oder Roma. Die bieten Grundstückseigentümern an, schnell und günstig ihre Grundstücksauffahrten zu sanieren. Wer mit den Migranten auch nur spricht, begibt sich schon in Gefahr. Wer ihnen gar einen Auftrag erteilt, dem ist anschließend nicht mehr zu helfen. Die ethnische Minderheit arbeitet entweder gar nicht (fordert aber trotzdem unter Gewaltdrohung Geld), oder sie pfuscht in wenigen Minuten etwas zusammen, sodass

das »bearbeitete« Areal anschließend schlimmer aussieht als zuvor. Vereinbart man mit den Migranten schriftlich einen Preis, so fügen sie anschließend einfach eine Null an die vereinbarte Summe. Danach begleiten kräftige junge Männer die Auftraggeber bis an einen Geldautomaten, und wehe, sie bekommen ihr Geld nicht sofort. Die Polizei rät jetzt ganz offen: Jagen Sie die betrügerischen Bauarbeiter am besten sofort vom Hof!<sup>729</sup> Ein Polizeisprecher in Ostdeutschland sagte zu den dort bekannt gewordenen Fällen, die Täter scheinen »einer ethnischen Minderheit anzugehören, also Sinti oder Roma zu sein«.<sup>730</sup>

### **Zweifelhafte Ehrengäste: Roma-Duell auf der Damentoilette**

In Deutschland gehen überall Menschen auf die Straße, um dieser »armen« und »benachteiligten« Bevölkerungsgruppe ihre Solidarität zu bekunden, etwa im Mai 2011 in Reutlingen. Die Lokalzeitung *Schwäbisches Tagblatt* berichtete darüber: »Um 18 Uhr versammelten sich rund 150 junge und ältere Demonstrant/innen, um durch die Reutlinger Innenstadt zu ziehen. Von der Nikolai-kirche ging es über den Reutlinger ZOB auf den Marktplatz, wo zwei Kurzvorträge über die Asylpolitik Deutschlands und die Diskriminierung von Sinti und Roma zu hören waren. Anschließend zog der Demonstrationzug über Wilhelm- und Albstraße zum Kulturzentrum Zelle.«<sup>731</sup> Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Die Demonstranten forderten nicht etwa mehr Hilfe für die ständig wachsende Zahl der Opfer von kriminellen Roma, sondern ein Ende der »Diskriminierung« der Roma.

Die Lokalzeitung *Schwäbisches Tagblatt* kämpft im Übrigen unentwegt gegen die »Diskriminierung« von Roma. Besonders abgebrühter Natur war ein am 18. Juli 2011 von Gabi Schweizer verfasster Bericht mit dem Titel »Die ganz alltägliche Diskriminierung«. In ihm wurde über den serbischen Roma Danijel Beric berichtet, der aus Deutschland in seine Heimat abgeschoben worden war. Der Roma kam nach Deutschland zurück, hatte hier keinen gesicherten Aufenthaltsstatus. Zu Hause in Serbien zeugte der Roma Kinder wie den kleinen Ahmet und wunderte sich, dass er ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland als geduldeter Nicht-EU-Ausländer mit seiner »Qualifikation« (einer abgebrochenen Fliesenlegerlehre) keine Arbeit bekam. Das *Schwäbische Tagblatt* berichtete mitleidvoll: »Einen Job hat er immer noch nicht. Im August kommt sein zweites Kind zur Welt. Gern würde er dem Baby und dem einjährigen Ahmet eine sichere Zukunft bieten. Aber wie? Das

weiß er nicht. So läuft das in unserer ach so toleranten Gesellschaft.« Merkwürdig ist das Ganze schon, haben wir doch unzweifelhaft Millionen Arbeitslose in Deutschland, von denen viele gern arbeiten würden. Nun sind wir laut dem *Schwäbischen Tagblatt* »intolerant« und »diskriminieren« einen serbischen Roma, weil wir unsere eigenen Fliesenleger (noch) gegenüber Nicht-EU-Bürgern bevorzugen. Kein Wunder, dass Deutschland bei solchen medialen »Vordenkern« in die Knie geht und diese Nation von Gutmenschen als Weltsozialamt betrachtet wird.

Auch im Bundestag und im Bundesrat finden immer wieder einmal Veranstaltungen gegen die angebliche Diskriminierung von Sinti und Roma statt, bei denen an die folgenreiche Schuld der Deutschen gegenüber diesen erinnert wird. Was tun unsere lieben Mitbürger bei solchen Gelegenheiten? Sie greifen zur Waffe. Nachdem der Politiker Peter Müller im Jahre 2009 im Bundesrat eine Gedenkansprache für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma gehalten hatte, gingen Roma-Ehrengäste auf der Toilette aufeinander los. In einem Protokoll des Bundeskriminalamtes heißt es, zwei Repräsentantinnen rivalisierender Sinti-Interessenvertretungen, die Vertreterin des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma, Ilona R., und Kontrahentin Natascha W., Vorsitzende der Sinti Allianz Deutschland e. V., seien dabei verletzt worden.<sup>732</sup> Da die Roma als Ehrengäste eingeladen worden waren, wurden sie vor dem Betreten des Bundesrats nicht auf Waffen kontrolliert. Das war gewiss ein Fehler, denn einige brachten offenkundig Messer mit. Aber wir wollen eben keine Vorurteile schüren. Der *Focus* berichtete über den Kampf der Rotationseuropäer im Bundesrat unter der Überschrift »Eklat: Duell auf dem Damenklo«.<sup>733</sup> Und obwohl mindestens eine Waffe im Spiel war und Menschen bei der Auseinandersetzung verletzt wurden, schauten alle weg — es wurden keine Ermittlungen aufgenommen.<sup>734</sup> Im *Focus* hieß es dazu: »Trotz des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ist keine Strafanzeige von Amts wegen erstattet worden. Bundesrat, BKA, die Berliner Polizei und die Bundespolizei hätten die Zuständigkeit bislang hin und her geschoben. Die Sprecherin des Bundesrates erklärte *Focus*, dass die Ehrengäste, darunter Überlebende des Holocausts und deren Angehörige, am Eingang nicht kontrolliert worden seien.«<sup>735</sup> Stellen Sie sich einfach einmal vor, Sie seien im Bundesrat an einer Messerstecherei beteiligt gewesen. Sie hätten danach die Hölle auf Erden erlebt. Bei Sinti und Roma ist das — wie immer — alles ganz anders: Wir verschließen vor ihren kriminellen Aktivitäten die Augen. Wir wollen sie ja schließlich nicht »diskriminieren«.

## Als Abschreckung hilft Pferdewurst

Es gibt Sinti und Roma, die wollen das Ansehen ihrer Bevölkerungsgruppe in der Öffentlichkeit verbessern und möchten gern »Zigeuner« genannt werden. Die ARD sendete einen Dokumentarfilm über die größte deutsche Zigeunerfamilie und interviewte 2008 deren Familienoberhaupt, den damals 81 Jahre alten Emil Weiß. In der Wilhelmsburger Siedlung in Hamburg-Georgswerder hören 500 Familienmitglieder in 44 Reihenhäusern auf sein Wort. »Fremde sind eigentlich ungern gesehen«, heißt es in einem Bericht über die Familie Weiß.<sup>736</sup> Obwohl die Großfamilie seit rund 500 Jahren in Deutschland siedelt, hat sie sich eigene Zigeunersitten und -gebräuche bewahrt: »Geheiratet wird nicht auf dem Standesamt. Es reicht, wenn Mann und Frau über Nacht fortbleiben. Und dann gibt es da noch das Gesetz, dass eine Frau niemals über einen Topf hinweglaufen sollte, der auf dem Boden steht. Das Essen müsste vernichtet werden.«<sup>737</sup>

Wer die Sitten und Gebräuche der Zigeuner nicht kennt, der erntet schnell den Vorwurf des »Rassismus«. So wie viele Gaststättenbetreiber in der norddeutschen Stadt Stade. Seit Jahrhunderten werden im Umfeld von Stade auch Pferde gezüchtet. Seit ebenso langer Zeit wird in den Gaststätten um Stade auch traditionell Pferdewurst angeboten. Zehn Gaststätten, die Pferdewurst auf der Speisekarte haben, gerieten nun ins Visier einer großen, gierigen Medienmeute, weil Roma keine Lokale betreten, in denen Pferdewurst auf der Speisekarte steht. Im Stadtrat von Stade gab es erregte Diskussionen über möglichen Rassismus gegen die 200 in Stade lebenden Sinti, weil einer der Räte Miteigentümer einer Gaststätte ist, in der Rosswurst verkauft wurde. Eine Lokalzeitung berichtete: »Das Ordnungsamt zu Stade hat sofort eine Erhebung gemacht. Wie viele Wurstschilder in welchen Lokalen. Das Ergebnis: zehn Schilder in zehn Gaststätten, die aber auch alle Fleisch vom Pferd servierten.«<sup>738</sup> Fast hätte Stade seine Pferdewursttradition aufgeben müssen, nur um nicht als »rassistisch« zu gelten und einige Sinti zu beleidigen, die wegen der Rosswurst nicht in die Gaststätten gehen.

## Politiker von Bettlerbanden überfordert

Früher waren Bettler anständige Menschen. Auf Gemälden des 19. Jahrhunderts wurden Bettlerinnen meist mit einer Blume dargestellt, die sie den Menschen entgegenhielten. Statt Blumen besitzen Bettler heute Waffen. Sie sind in straff geführten Banden organisiert und skrupellos.

Erstaunlicherweise waren alle deutschen Politiker nach eigenen Angaben völlig überrascht, als mit der EU-Grenzöffnung zu Bulgarien und Rumänien 2007 auf einen Schlag Massen rumänischer Roma zum Betteln und Stehlen in deutsche Innenstädte kamen. Zwar hatten alle Fachleute genau davor gewarnt, aber man tat solche Warnungen hierzulande seitens der politisch Verantwortlichen immer nur als »Panikmache« ab. Liest man rückblickend die Lokalzeitungen, dann kann man sich nur wundern, wie naiv deutsche Politiker waren. Im *Kölner Anzeiger* hieß es etwa 2007 unter der Überschrift »Ordnungsam von Bettler-Problem überrascht«: »Rund 200 Menschen aus Rumänien hausen in heruntergekommenen Pensionen oder campieren in Zelten im Wald. Überwiegend überrascht und planlos reagieren Politiker und Stadtverwaltung auf die verstärkte Einreise rumänischer Bettler nach Köln. >Das ist ein neues Phänomen, für dessen Lösung es bislang kein geeignetes Instrumentarium gibt«, sagte Jörg Frank, Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Rat der Stadt. Die migrationspolitische Sprecherin der SPD, Susana dos Santos Herrmann, betonte, »mit dieser Form des Problems« habe niemand wirklich rechnen können. Während CDU-Fraktionschef Winrich Granitzka von der Situation erst kurz vor Ostern erfahren habe und seine Partei nun »gemeinsam mit der Stadtverwaltung« nach Lösungen suchen wolle, gesteht FDP-Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite offen: >Ein bisschen Ratlosigkeit ist schon dabei.«<sup>739</sup> Die Grünen, die sich zuvor so sehr über jede kulturelle Bereicherung gefreut hatten, agierten auf einmal beim Thema Roma-Schwemme ziemlich ratlos, wie eine Zeitung berichtete: »Ossi Helling vom Bündnis 90/Die Grünen beklagte, dass der Bund >die Folgeprobleme der EU-Erweiterung auf die Kommunen abschiebt«. Man habe sich zwar Gedanken gemacht, wie man den Zustrom offiziell Arbeitssuchender aus den neuen Beitrittsländern bewältigen könne. Nicht bedacht habe man allerdings, wie man mit den Menschen umgehe, >die hierherkommen und nicht öffentlich und offiziell Arbeit suchen«.«<sup>740</sup>

In jenen Tagen im Jahre 2007 war es selten, dass deutschsprachige Zeitungen über das kriminelle Vorgehen der Roma-Banden informierten. Eine rühmliche Ausnahme machte die *Amberger Zeitung*. Sie klärte ihre Leser wahrheitsgemäß über die neu eintreffenden Bettel-Roma auf: »Sie kommen aus der Slowakei, aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Längst ist von Behörden herausgefunden worden, dass die Männer und Frauen in den Heimatländern professionell auf ihre Touren vorbereitet werden. Die »Ausbildung« umfasst Informationen über die Rechte und Pflichten von Bettlern in Deutschland, sie widmet sich dem Üben von Strategien und der Frage, wie alle eingesetzten Almosenakteure die Trumpfkarte »Mitleid erregen« wirkungsvoll ausspielen. Zu



diesem Mideidseffekt gehören zum Beispiel eine gebeugte Haltung, die Ausstattung mit künstlich erzeugten körperlichen Behinderungen, das Röcheln und Stammeln von bittenden Worten. Formulierungen wie »Guten Tag« und »für das arme Kind« sollten dabei schon beherrscht werden. Relativ neu ist der Einsatz von Tieren. Hunde kommen den meistens abseits der Fußgängerzonen wartenden Gruppenführern dabei gerade recht. Am vergangenen Wochenende wurden Uniformierte unweit des Amberger Marktplatzes tätig, als ein Slowake den vorübergehenden Bürgern zwei Vierbeiner präsentierte. Einer davon winselte kläglich. Er war erst wenige Tage alt.«<sup>741</sup>

### **Anal, oral, vaginal: Roma-Vergewaltigung im Sauerland**

Das Bild, das vagabundierende Roma bei durchschnittlichen Europäern hinterlassen, wird in erster Linie von ihnen selbst geprägt. In der Tschechischen Republik sendete der staatliche Rundfunk beispielsweise Ende 2010 folgende Meldung: »Ein 16-jähriger Angehöriger der Roma-Minderheit ist wegen schwerer Misshandlung eines damals zwölfjährigen Jungen aus einem Kinderheim zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Das Kreisgericht in Ústí nad Labem/Aussig wertete die Tat als rassistisch und gab in fast allen Anklagepunkten dem Antrag der Staatsanwaltschaft statt. Danach wurde der Roma der Vergewaltigung, des Raubes, der Erpressung und - in Tatgemeinschaft — des versuchten Mordes für schuldig gesprochen. Der Mittäter war zum Tatzeitpunkt erst 15 Jahre alt und bleibt straffrei. Der Vorfall ereignete sich im April dieses Jahres. Die Verurteilten wollten den Zwölfjährigen ausrauben, und da er keine Wertsachen bei sich hatte, schlugen sie ihn brutal zusammen und missbrauchten ihn. Der Junge musste auf der Intensivstation behandelt werden.«<sup>742</sup> In Deutschland würden politisch korrekte öffentlich-rechtliche Sender die Fakten nie so klar beim Namen nennen — noch nicht.

Hierzulande werden der Bevölkerung die Aktivitäten zugewanderter Roma systematisch vorenthalten. In Massen importieren wir Ballast und Probleme. Doch viele von uns wollen die Folgen nicht zur Kenntnis nehmen. Wenn die Probleme unübersehbar werden, dann sprechen wir von »Einzelfällen«. Tauchen wir deshalb ein in die Realität solcher »Einzelfälle« — eine Realität, die ein erster Vorgeschmack auf das ist, was unseren Kindern noch bevorstehen wird.

Die Eltern von Manuela H. sahen die Zukunft bis zum 3. Juli 2009 wahrlich positiv.<sup>743</sup> Doch an jenem Tag wurde ihre junge Tochter im saarländischen Schmallenberg auf der Straße von Zigeunern angesprochen. Es waren

Menschen aus dem islamischen Kulturkreis - Roma aus dem Kosovo. Im Elternhaus hatte man Manuela von klein auf beigebracht, dass man solche Roma nicht »Zigeuner« nennen sollte. (Man darf über Jahrhunderte entstandene Beurteilungen ja heute nicht länger offen aussprechen.) Und so hatte sich die kleine Manuela völlig unbefangen mit den Roma unterhalten. Die deutschsprachigen Medien wollen nicht, dass man über Schicksale von Menschen wie Manuela H. berichtet, denn die Legende von der »kulturellen Bereicherung« würde dann wohl schnell wie ein Kartenhaus zusammenstürzen. Im Falle der Manuela H. hatten die Roma eine der brutalsten jemals bekannt gewordenen Vergewaltigungen verübt. Dennoch setzte das Landgericht Arnsberg den Haftbefehl »außer Vollzug«. Täter Muslija B. nutzte das zur Flucht und läuft seither frei herum, kann seine »Potenziale« also auch weiterhin entfalten. Sein Opfer Manuela H. befindet sich zwischenzeitlich in einer geschlossenen psychiatrischen Abteilung. Die Medien verschweigen Fälle wie den der Manuela H. — wie ist das möglich?

Am Landgericht Arnsberg hatten der Vorsitzende Richter Erdmann, Richter Teipel, Richterin Werthmann und die Schöffen wenige Tage vor Weihnachten 2009 über einige besonders abartige Vergewaltiger zu urteilen.<sup>744</sup> Da war der 1976 im Kosovo geborene Haljilj B., ein Mitbürger der Volksgruppe der Roma, der nicht lesen und schreiben kann, seit 1990 in Deutschland lebt, wegen ständigen Schulschwänzens von der Schule verwiesen wurde, 1995 eine Deutsche heiratete und mit ihr zwei Kinder zeugte, dann mit einer Serbin in Düsseldorf zwei Kinder in die Welt setzte und danach ein weiteres Kind in Wuppertal. Der Analphabet ist in Deutschland wegen Diebstahls und Betruges vorbestraft. Und da war ein weiterer Täter, ein Verwandter, der 1982 im Kosovo geborene gläubige Muslim Muslija B., der ebenfalls keine Schulbildung, keine Berufsausbildung, aber viele Kinder vorzuweisen hat. In der Nähe des nordrhein-westfälischen Ortes Schmallenberg hatten die beiden gemeinsam mit ihrem Verwandten Seljman B. die kleine Manuela unvorstellbar brutal vergewaltigt: vaginal, anal und oral.

Das Mädchen wimmerte an jenem 3. Juli 2009 vor Todesangst. Und weil Manuela bei der analen Vergewaltigung die Zähne vor Schmerzen zusammenbiss, schlug ihr einer der Roma so lange auf den Kopf, bis sie den Mund für den Oralverkehr öffnete. Ich erspare Ihnen hier weitere Einzelheiten. Die Roma raubten dem Mädchen danach nicht nur das Mobiltelefon, mit dem es nach dem Martyrium hätte Hilfe rufen können, sondern auch noch ihre schwarze Leggings. Das Kind kam nach der bestialischen Vergewaltigung mit schwersten Verletzungen stationär in eine Siegener Kinderklinik. Es unternahm einen Selbstmordversuch. Sein Leben ist wohl für immer ruiniert.

Manuela H. befindet sich mittlerweile in einer geschlossenen kinderpsychiatrischen Klinik. Die Kosten dieser »Bereicherung« durch die »Potenziale« unserer lieben Roma-Mitbürger wollen wir hier erst gar nicht ansprechen.

Was aber sollen die Eltern und Verwandten über den Umgang des Landgerichts Arnsberg mit den zugewanderten Vergewaltigern aus den Reihen der Rotationseuropäer, gegen die wir keine Vorurteile haben sollen, sagen? Die deutschen Eltern mussten sich beim Prozess gegen die Vergewaltiger wenige Tage vor Weihnachten 2009 von den Richtern anhören, dass die Roma — Zitat - »Untersuchungshaft erlitten haben und aufgrund des Anklagevorwurfs und ihrer familiären Situation als haftempfindlich anzusehen« sind.<sup>745</sup> Der Vorsitzende Richter Erdmann, Richter Teipel und Richterin Werthmann haben nicht nur diesen Satz am Ende des Urteils eigenhändig unterschrieben. Die Verwandten von Manuela mussten sich von den Richtern auch noch anhören, dass »beide Angeklagte unter ungünstigen Umständen aufgewachsen sind und migrationsbedingte Schwierigkeiten und Probleme zu überwinden hatten beziehungsweise haben«. Durch Beschluss der Kammer wurde der Haftbefehl gegen eine Meldeauflage außer Vollzug gesetzt.

Roma-Mitbürger Muslija B. wurde zwar wegen gemeinschaftlicher Vergewaltigung zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Doch er freute sich über die Großzügigkeit der netten deutschen Richter, die ihm zunächst einmal »Haftempfindlichkeit« bescheinigt hatten — und nutzte die Befreiung aus der Untersuchungshaft zur Flucht. Seine Ehefrau erhielt bald darauf vom deutschen Steuerzahler rund 10 000 Euro als »Rückkehrprämie« und konnte sich mitsamt den fünf Kindern des Vergewaltigers Muslija B. in das Kosovo absetzen. Dort wurde mit dem deutschen Geld nach dem Autor vorliegenden Informationen erst einmal eine große Party gefeiert. Vielleicht hat man dabei ja lachend das Lied *Lustig ist das Zigeunerleben* gesungen. Das abartig vergewaltigte Mädchen wird hingegen vielleicht nie wieder lachen können. Es hat, so weitere vorliegende Informationen, inzwischen einen zweiten Selbstmordversuch hinter sich.

Im Namen des Volkes ließ die Richterkammer Muslija B. wegen »Haftempfindlichkeit« laufen. Aber geschah das auch mit Rückendeckung der Bevölkerung? Wer schützt eigentlich die Deutschen vor solchen Richtern? Haben sie etwa keine Kinder? Und was denken solche Richter eigentlich, wenn sie morgens in den Spiegel schauen? Freuen sie sich vielleicht auf die multikulturell »bereicherte« Zukunft? Sofern diese Richter Werte vertreten würden, dann müssten sie sich öffentlich bei der Familie des Opfers entschuldigen, ihr Amt aufgeben und auf ihre Gehälter und späteren Pensionen verzichten. Im wunderschönen Kosovo würden Gutmenschen wie die Arnsberger Richter im

Kreise der Roma dann sicherlich auch schnell eine neue multikulturelle Zukunft finden.

Wir werden auf den folgenden Seiten sehen, dass es sich keineswegs um einen Einzelfall vor deutschen Gerichten handelt. Wir alle sind umgeben von Gutmenschen, die es verlernt haben, bei Zuwanderern mit Rückendeckung der Bevölkerung — und nicht nur in deren Namen — unsere Werteordnung hochzuhalten und gegen Verstöße hart durchzugreifen. Oder haben Sie schon einmal gehört, dass deutsche Vergewaltiger wegen ihrer »Haftempfindlichkeit« auf freien Fuß gesetzt werden?

Richter lassen unsere liebebreizenden Roma selbst dann wieder laufen, wenn die ganze Sippe im Polizeicomputer ellenlange Vorstrafenregister aufweist. Ein Beispiel vom Amtsgericht Groß-Gerau, wo 2010 ein 20 Jahre alter Roma angeklagt war, der wiederholt als Dieb aufgefallen war: Die Anwältin des Absolventen einer Sonderschule für Lernbehinderte sagte vor Gericht über dessen kriminelle Großfamilie: »Wenn Sie den Nachnamen in den Computer eingeben, rattert es erst mal.«<sup>746</sup> Nun hatte der Zigeuner einer Frau an einer Tankstelle die Geldbörse geraubt und an einer anderen Tankstelle 45 Liter Motoröl mitgehen lassen. Und bei einer Polizeikontrolle, wo er mitsamt seinen Kindern nicht angeschnallt angehalten wurde, hatte er zu den Polizisten gesagt: »Beim nächsten Mal fahre ich einen von euch Drecksbullen um!«<sup>747</sup> Richter Sigmund Rudolf sagte dem Mitbürger, er trage mit seinen ständigen Straftaten doch selbst dazu bei, die Volksgruppe der Sinti und Roma, der seine Familie angehöre, zu verunglimpfen. Doch nach diesem kurzen Lichtblick ließ der Richter sofort wieder Milde walten: Obwohl sogar der Vertreter der Jugendgerichtshilfe eine Verurteilung nach Erwachsenenstrafrecht empfahl, ließ ihn Sigmund Rudolf mit einer Jugendstrafe von einem Jahr auf Bewährung und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit wieder laufen. Dabei wies der Roma ein langes Vorstrafenregister auf. Ein typisches feiges Urteil, das zwar im Namen, aber wohl eher ohne Rückendeckung des Volkes gesprochen wurde. Und wenn der Rotationseuropäer schon wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, dann hätte er wenigstens eine elektronische Fußfessel verdient.

### **Großbritannien: Zigeuner bringen die »Hölle auf Erden«**

Aus der Sicht deutscher Gutmenschen sind die bislang geschilderten Beispiele natürlich nur »Einzelfälle«. Deshalb schauen wir doch einmal, wie es in einem anderen EU-Land auf dem Gebiet der nomadisierenden Landfahrer aussieht.

Ziemlich unschöne Erfahrungen mit Roma machte im Frühjahr 2011 die an Brustkrebs leidende 50 Jahre alte Britin Tracy St. Clair Pearce. Sie hatte in Colchester/Essex eine kaum zu glaubende Erfahrung mit den Roma und der Polizei gemacht. Nachdem eine Roma-Großfamilie mit 14 Wohnwagen ungefragt auf ihrem Land Quartier bezog und damit drohte, ihr die Kehle durchzuschneiden, ihr Vieh zu schlachten und zu verspeisen, rief sie über den Notruf die Polizei.<sup>748</sup> Die Roma belästigten die Frau unterdessen sexuell und bewarfen sie mit Steinen. Die Polizei erklärte daraufhin, sie habe den Auftrag, deeskalierend einzuschreiten. Sie forderte die Britin - also das Opfer der Roma - auf, ihre legale und in einem Waffenschrank zu Hause eingeschlossene Schusswaffe »aus Sicherheitsgründen« auszuhändigen, bis die Roma wieder abgezogen seien. Die Roma durften demgegenüber ihre Waffen behalten und wurden von der Polizei nicht belästigt. Nachdem der Fall der krebskranken hilflosen Frau in Essex bekannt wurde, teilte die Polizei mit, sie habe den offiziellen Auftrag, vor allem die Roma zu schützen, damit man der britischen Polizei keine »Ausländerfeindlichkeit« vorwerfen könne.

Sie halten das auch wieder nur für einen »Einzelfall«? Dann sollten Sie jetzt schnell weiterblättern, damit Ihr Weltbild nicht zerstört wird. Im Mai 2011 erhielt der 68 Jahre alte Brite Gerald Cleave einen Strafbefehl, in dem er aufgefordert wurde, 20 000 Pfund an die Staatskasse zahlen, weil seit dem Jahre 2008 Landfahrer auf seinem Grundstück im Naturschutzpark *Dartmoor National Park* campieren. Gerald Cleave hatte die Mitbürger nicht eingeladen. Sie kamen einfach, ließen sich auf seinem Grund und Boden nieder, gaben sein Farmhaus als ihre künftige Postadresse an und lebten seit 2008 ohne Strom, Wasser und Müllabfuhr im Naturschutzgebiet. Gerald Cleave rief die Polizei. Doch die warnte ihn davor, die Roma von seinem Eigentum zu verjagen. Es handele sich um eine schützenswerte Bevölkerungsgruppe, die er zu respektieren habe. Sie wies ihn außerdem vorsorglich darauf hin, sie könne ihn sogar inhaftieren, wenn er die Landfahrer gewaltsam von seinem Grundstück vertreibe. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass für die angerichteten Schäden ausschließlich die Grundstückseigentümer zuständig und verantwortlich zeichnen. In diesem Falle traf es Gerald Cleave. Drei Jahre hatte er also ungebetene Gäste auf seinem Land, eine Großfamilie mit mehr als 50 Personen. Schließlich bekam er eines Tages den Brief von der Nationalparkbehörde, in dem erklärt wurde, dass das Naturschutzgebiet unter Strafandrohung von 20 000 Pfund bis Anfang Mai 2011 von den Campern verlassen werden müsse. Die Mitbürger dachten nicht daran, das Land freiwillig zu räumen. Gerald Cleave sollte nun die Strafe zahlen. Er aber erklärte, dann lieber ins Gefängnis gehen zu wollen. Der Londoner Tageszeitung *Daily*

beschrieb er sein Leben seit der Ankunft der Landfahrer als »Hölle auf Erden«. <sup>749</sup> Die Campingwagenfreunde verwandelten sein Land in eine Müllkippe. Die Nationalparkbehörde bestätigte der *Daily*, sie habe das Recht, den Eigentümer des Grundstücks wegen dieser Vermüllung zu bestrafen. Die Landfahrer wurden aufgefordert, das Grundstück zu verlassen. Sie errichteten aus Metallgittern einen Schutzzaun um ihre Wohnwagen und teilten mit, sie dächten gar nicht daran, das besetzte Land zu räumen. Schließlich wolle die Regierung doch, dass sie sesshaft würden ...

Dass die Vorurteile, mit denen Europäer der fahrenden ethnischen Minderheit oft begegnen, nicht ganz unbegründet sind, erfuhren die Besucher der größten irischen Pferdeauktion im März 2011. Dort schossen einige Roma vormittags um 11.30 Uhr auf der *Smithfield Horse Fair* in Dublin (einem Pferdemarkt) »einfach so« scharf um sich. Hunderte Besucher standen völlig unvorbereitet inmitten eines Kugelhagels, der von den Roma abgefeuert wurde. Die Verletzten wurden in den umliegenden Krankenhäusern behandelt. <sup>750</sup> Im deutschsprachigen Raum wurde natürlich nicht darüber berichtet.

Nun könnte man glauben, dass Zigeuner tierliebe Menschen seien. Der gerade beschriebene Pferdemarkt, der von den Roma besucht wurde, könnte jedenfalls diese Illusion erwecken. Doch nahe Farnborough in Hampshire ertränkten Roma im Sommer 2011 zum Spaß ein (ihnen nicht gehörendes) Pony in einem See. <sup>751</sup> Zwölf Zigeuner wollten »Spaß« haben, stahlen drei Ponys und führten sie an das Ufer des Hawley-Sees. Zwei Ponys entkamen ihnen dort. Das dritte trieben sie ins Wasser, drückten es immer wieder mit Gewalt unter dessen Oberfläche und freuten sich an seinem Todeskampf, bis es ertrunken war. Das bereitete den Zigeunern großen Spaß. Natürlich lesen wir so etwas nicht in den deutschsprachigen Zeitungen.

Ebenso verschwiegen haben deutschsprachige Medien die Drohung von rund 500 Rotationseuropäern, die in Crays Hill nahe Billericay in Essex seit zehn Jahren das größte illegale Landfahrercamp Großbritanniens errichtet hatten, die Einwohner der Umgebung mit Bombenanschlägen zu tyrannisieren und abzuschlachten, wenn sie es wagen würden, das illegale Lager räumen zu lassen. <sup>752</sup> Der Stadtrat hatte zuvor mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Bulldozer anrücken zu lassen, um das Lager aufzulösen. Die Landfahrer empfanden das als »ethnische Säuberung« und drohten mit Mord und Totschlag. Man muss wissen, dass die bankrotte Stadt Basildon, auf deren Gebiet das Lager liegt, umgerechnet 20 Millionen Euro zurücklegen musste, damit das Gelände nach der Räumung wieder vom Landfahrermüll gesäubert konnte. Allein die Polizeieinsätze um das Lager kosteten die Steuerzahler 13 Millionen Euro. Rund um das Camp der Landfahrer verfielen zudem die Immobilien-

preise. Wer verkaufen wollte oder musste, bekam seit der Ankunft der ethnischen Minderheit nur noch ein Drittel des tatsächlichen Grundstücks- beziehungsweise Gebäudewertes.<sup>753</sup>

Zugegeben: Man muss in solchen Fällen starke Nerven haben und darf nicht wie der Brite Christopher Bayfield reagieren. Der hatte im August 2010 in Cambridgeshire aus einer scharfen Waffe über die Köpfe einer Landfahrerguppe hinweg einen Warnschuss abgegeben, nachdem rund 1000 Angehörige einer ethnischen Minderheit mit ihren Wohnwagen auf seinem Nachbargrundstück campierten und wie selbstverständlich in der Umgebung auf Diebestour gingen. Als immer mehr von diesen Mitbürgern auch noch ungefragt über sein Grundstück liefen, da verlor er die Beherrschung und feuerte den Warnschuss ab.<sup>754</sup> Der 40 Jahre alte Brite wurde selbstverständlich sofort verhaftet, während die diebischen Landfahrer von der Polizei natürlich nicht belästigt wurden.

Man macht als ethnischer Brite in jeder Lebenslage und in jedem Alter interessante Erfahrungen mit dieser Bevölkerungsgruppe. Im Juni 2011 fand im britischen Appleby-in-Westmorland - so wie in jedem Jahr - ein großer überregionaler Zigeunermarkt statt, bei dem sich mehr als 10 000 Roma versammelten. Um 8 Uhr wurde der Markt offiziell eröffnet, um 8.30 Uhr wurde die erste Vergewaltigung eines britischen Mädchens gemeldet.<sup>755</sup>

Immer dann, wenn britische Behörden gegen die »gypsies« (Zigeuner) vorgingen, nannten deren Verbände das »rassistisch«. Einer Ministerin der Regierung, Caroline Spelman, wurde das aber offensichtlich zu viel, denn sie stand im Januar 2011 auf und richtete an die Adresse der »gypsies« die Ansage, dass sich auch diese an Recht und Ordnung halten müssten. Es sei zudem keinesfalls »rassistisch«, wenn die Regierung beispielsweise gegen illegale Zigeunercamps vorgehe.

In Großbritannien kann man seit 2011 rund um die Uhr im Internet erkunden, wo Rotationseuropäer campieren. Die Regierung hat 15 274 ihrer Wohnwagen erfasst und vermeldet nun regelmäßig auf Websites, wo diese gerade stehen.<sup>756</sup> Die Bevölkerung kann dann künftig die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergreifen.

Im September 2010 erfuhren die Briten, dass sich eine Bande aus den Reihen der ethnischen Minderheit darauf spezialisiert hatte, ältere und gebrechliche britische Alzheimer-Patienten zu betrügen. Die Mitglieder einer Großfamilie hatten elf an Alzheimer leidenden Briten (der älteste war 94 Jahre alt) suggeriert, sie würden ihnen die Häuser reparieren. Sie verrichteten aber nur Arbeiten im Gegenwert von allenfalls wenigen hundert Pfund, ließen sich jedoch mehr als 200 000 (!) Pfund bezahlen - das sind umgerechnet mehr als

226000 Euro.<sup>757</sup> Man kennt ähnliche Fälle im Übrigen auch von Roma aus Deutschland.

Ebenso interessant war auch der im November 2010 bekannt gewordene Fall der in Großbritannien bekannten Roma-Aktivistin Lavinia Olmazu (31), die britische Steuerzahler um mehr als zehn Millionen Pfund (über 11,3 Millionen Euro) betrogen hatte.<sup>758</sup> Die Mitbürgerin erschlich sich das Vertrauen von zwei Londoner Stadtverwaltungen und sollte dabei helfen, Roma in die britische Gesellschaft zu integrieren. Sie verstand darunter offenkundig etwas völlig anderes, schleuste Roma nach Großbritannien ein und versorgte sie dann mit gefälschten Sozialversicherungsausweisen, damit die Migranten bei den britischen Sozialbehörden abkassieren konnten. Die Roma-Frau hat nun in einem britischen Gefängnis viel Zeit, in aller Ruhe über ihre Integrationsbemühungen nachzudenken.

### **Tandarei: Luxus und Wohlstand im Bettlerparadies**

Die renommierte britische Tageszeitung *Times* behauptet, dass in osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und Rumänien ganze Roma-Dörfer vom Sozialhilfebetrug in westeuropäischen Ländern leben. Eines dieser rumänischen Dörfer ist Tandarei.<sup>759</sup> Dort fahren die sozial »schwachen Roma« große Limousinen (bevorzugt BMW), während ihre Verwandten etwa in Großbritannien in den Fluren der Sozialämter und bei anderen »Geschäften« tätig sind. In Tandarei gibt es weltweit die größte »Akademie der Bettler«, eine Schule, auf der Roma-Kinder nichts anderes lernen als Betteln und Stehlen.<sup>760</sup>

Nun wollten die EU-Staaten theoretisch den Sozialtourismus unmöglich machen, indem man Rumänen, die nie in einem anderen EU-Land gearbeitet und dort Sozialbeiträge in die Staatskassen einbezahlt haben, die Sozialleistungen verwehrt. Doch die rumänischen Roma haben schnell eine Gesetzeslücke gefunden, mit der sie die Regelung aushebeln konnten. Sie gilt nämlich nicht für Selbstständige. Überall in Europa trifft man also nun auf Roma-Bettler, die Obdachlosenmagazine verkaufen. Es reicht, wenn sie monatlich einige wenige dieser Zeitungen auf den Straßen verkaufen und die Einnahmen im jeweiligen EU-Land deklarieren, denn dann gelten sie als »selbstständig« und haben Anspruch auf Wohngeld, Sozialhilfe, Kindergeld, Kleidergeld, die Übernahme der Krankenversicherung und die ganze Palette der staatlichen Fürsorge.

Eine Milliarde Pfund (das sind 1,13 Milliarden Euro) werden den Briten bei dem organisierten Sozialhilfebetrug nach Angaben der *Times* pro Jahr von zugewanderten Banden gestohlen.<sup>761</sup> Die Londoner Zeitung *Daily Mail* foto-



grafierte in Rumänien die Villen, die sich die Roma-Familien von dem betrügerisch ergaunerten Geld gebaut hatten.<sup>762</sup> So wuchs der Druck auf britische Behörden, sich die aus Tandarei stammenden und in Großbritannien abkassierenden Zigeuner einmal näher anzuschauen. Man wurde sofort fündig. Allein die Familie des Roma Telus Dumitru betrog den britischen Sozialstaat binnen kurzer Zeit um 800000 Pfund (906000 Euro). Die Roma reisten aus Rumänien mit dem Flugzeug nach London ein, kassierten dort für alle Mitglieder der Großfamilie Sozialhilfe, Kindergeld, Wohngeld, Heizkostenzuschüsse, Möbelhilfen und viele andere Sozialleistungen, betätigten sich nebenher noch als Menschenschleuser für Asylanten und lebten im rumänischen Tandarei unvorstellbar fürstlich. Dumitrus' Frau Ramona wurde wegen gewerbsmäßigen Sozialhilfebetrugs 2011 in Großbritannien zu zwei Jahren Haft verurteilt, ihre Schwester Claudia Radu zu sechs Monaten, Familienmitglied Adria Radu bekam zwölf Monate und Dorina Dumitru ebenfalls ein Jahr — man könnte die Auflistung der schwerstkriminellen Zigeuner-Sippenmitglieder noch lange fortführen.<sup>763</sup>

*Scotland Yard* schätzt, dass allein im rumänischen Tandarei etwa 100 Villen ausschließlich mit Geldern gebaut wurden, die nur in Großbritannien beim gewerbsmäßigen Sozialhilfebetrug erwirtschaftet wurden.<sup>764</sup> Die Villen könnten zum großen Teil ebenso im mondänen kalifornischen Beverly Hills stehen. Jede Roma-Familie bekommt in Großbritannien statistisch gesehen pro Jahr 21000 Pfund (24000 Euro) an staatlichen Zuwendungen. Das ist mehr, als ein britischer Arbeiter im Jahr durchschnittlich an Lohn nach Hause bringt. Die Roma, die diese staatlichen Unterstützungen häufig nur als Zugabe zu kriminellen Aktivitäten sehen, kommen auf diese hohen Summen, weil sie gefälschte Geburtsurkunden vorlegen und noch weitaus mehr Kinder bei den Behörden angeben, als sie tatsächlich haben.<sup>765</sup> Allein die Familie Radu aus Tandarei baut derzeit in ihrer Heimatstadt vier Villen zum Preis von jeweils mehr als 575 000 Euro.<sup>766</sup> Und jeder einzelne Cent davon ist nach offiziellen britischen Angaben betrügerisch ergaunert worden. Zum Sozialhilfebetrug kommt dann noch der »Enkeltrick« - auch da kann man ohne Arbeit skrupellos leicht viel Geld verdienen.

### **Skrupellose Beutejäger: der »Enkeltrick«**

Auf ALG (anderer Leute Geld) haben es jene Roma abgesehen, die seit Jahren schon im deutschsprachigen Raum mit dem »Enkeltrick« auf Raubzug gehen. Sie kennen den Enkeltrick noch nicht? Nun, dann geben Sie doch einfach

einmal im Internet in die Suchmaschine der Polizeimeldungen das Wort »Enkeltrick« ein.<sup>767</sup> Dann werden Sie allein zwischen Mai 2010 und Juli 2011 fast 600 Fälle finden. Die Täter beim Enkeltrick sind nach Polizeiangaben fast ausschließlich Roma.<sup>768</sup>

Dieser spezielle Trick funktioniert nach Angaben der Polizei wie folgt: Die Roma suchen zum Beispiel in Telefonbüchern oder mittels Internet gezielt nach Vornamen von älteren Bürgern wie Wilhelmine, Herta, Josefine und ähnlichen. Anschließend rufen sie die betreffenden Person an in der Hoffnung, dass eine betagte ältere Dame am Telefon ist, die vor allem eines hat — ein Sparsbuch. »Hallo Oma, ich bin's. Hallo, wie geht es dir? Rate mal, wer am Telefon ist.« »Weiß ich nicht. Ich erkenne die Stimme nicht. Bist du es, Hans?« »Genau. Ich ruf dich vom Autotelefon an, die Verbindung ist schlecht.« Der Anrufer macht eine bedeutungsvolle Pause und fährt sehr eindringlich fort: »Du, ich habe ein Problem. Aber ich möchte, dass keiner davon etwas erfährt. Verstehst du: keiner! Nur du sollst es wissen. Ich brauche deine Hilfe. Nur du kannst mir helfen ...« Die angerufene ältere Dame wird unruhig. Ist ihr Enkel Hans, der sich als Einziger um sie kümmert, krank? Er klingt so anders, nicht so gefasst wie sonst. — So können Telefonate beginnen, bei denen der Anrufer sich als Verwandter in Geldnot ausgibt. In dem geschilderten Beispiel endete das Gespräch zwischen der sehr erschrocken wirkenden alten Dame damit, dass der falsche »Hans« die Rentnerin dazu brachte, mit ihren Ersparnissen und dem einzigen zu Hause aufbewahrten Sparsbuch im Taxi zur Bank zu fahren. Dort sollte sie dem von »Hans« geschickten Freund 10000 Euro »leihweise« übergeben. Den Betrug zu durchschauen ist deshalb schwer, weil die Täter äußerst glaubwürdig und professionell vorgehen. Oftmals kennen die Täter Details aus dem Familienleben ihrer Opfer. Sie geben eine Notlage vor, und nicht selten gelingt es ihnen, die älteren Menschen unter Druck zu setzen. Wer möchte nicht seinem Enkel helfen, wenn dieser eine Arztrechnung nicht bezahlen kann oder im Ausland in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist? Die Senioren, auf die der Anrufer erheblichen Druck ausübt, verlieren dabei nicht nur ihre Ersparnisse! Sie stürzen auch in eine tiefe Krise, weil sie das Vertrauen in die Familie verlieren und sich künftig bei jedem Anruf ängstigen. Häufig schämen sich ältere Menschen hinterher, weil sie auf einen solchen Täter hereingefallen sind. In einigen Fällen hat dieses Geschehen sogar zum Selbstmord geführt. Die potenziellen Opfer waren bisher überwiegend im Alter ab 75 Jahren. Es handelte sich in den meisten Fällen um alleinstehende Witwen. Entweder holten die Täter das Geld durch einen Geldboten ab oder sie ließen es sich per telegrafischer Überweisung (*Western Union* oder Postbank) schicken.<sup>769</sup>

Eine typische Polizeimeldung dazu lautete etwa im Sommer 2011: »Eine Frau aus Bad Camberg erhielt am Montagnachmittag einen Anruf von einer angeblichen Bekannten. Ihren Namen sagte sie nicht, sondern lenkte das Gespräch geschickt so, dass die Angerufene den Namen der Frau erwähnte, um die es sich hätte handeln können. Darauf ging die Anruferin natürlich sofort ein, gab sich jetzt als diese aus und schaffte es mit vielen Worten, die gutgläubige Dame am anderen Ende der Leitung zur dringenden Rettung aus einer kurzfristigen finanziellen Notlage zu überreden. Tatsächlich hob die ältere Frau etwa 20 000 Euro vom Konto ab und übergab die große Summe Bargeld nach weiteren Anrufen der >Bekanntem< an einen Boten, den sie speziell zur Abholung des Geldes geschickt hatte. Natürlich konnte sie nicht selbst kommen, denn dann wäre der Rentnerin vielleicht aufgefallen, dass es sich nicht um die ihr bekannte Frau handelt, für die sich die Unbekannte ausgab. Diese Betrugsmasche, häufig auch als >Enkeltrick< beschrieben, kommt leider immer wieder bei älteren Menschen zum Einsatz. Die Täter zeigen bei ihrer Vorgehensweise keinerlei Skrupel und betrügen ihre Opfer nicht selten um die letzten Ersparnisse. Aus diesem Grund rät die Polizei immer wieder, dass Seniorinnen oder Senioren sich nicht zu finanziellen Hilfen für angebliche Verwandte oder Bekannte hinreißen lassen sollen, ohne sich vorher mit einer Person ihres tatsächlichen Vertrauens beraten zu haben. Spricht man mit seinen Kindern, jüngeren Verwandten, vertrauenswürdigen Nachbarn oder auch Bankangestellten über die angebliche Notlage, aus der geholfen werden soll, kann häufig schon mit einfachen Mitteln der beabsichtigte Betrug enttarnt werden.«<sup>770</sup>

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete im Jahre 2011 über den Enkeltrick der Roma-Banden das Folgende: »Anrufe wie diese ereignen sich in Deutschland vielleicht hundertmal am Tag, meistens in größeren Städten. Die Opfer sind alt und hilflos, die Täter jung und gierig. Was unter dem Namen >Enkeltrick< seit Jahren firmiert und nach Klingeltürchenstreich von Lausbuben mit alten Omas klingt, ist ein bandenmäßig organisiertes Verbrechen. Mehr als 1,6 Millionen Euro haben Telefontäter auf diese Weise allein zwischen Januar 2010 und Februar 2011 in ganz Deutschland erbeutet — und zwar nur mit denjenigen Fällen, die in der Landespolizeidirektion Karlsruhe bearbeitet wurden. In Karlsruhe hat sich die vierzehnköpfige Ermittlungsgruppe >Cashdown< wegen steigender Fallzahlen in Baden-Württemberg ein Jahr lang mit dem >Enkeltrick< befasst, der als gewerbsmäßiger Bandenbetrug eingestuft wird. Angesiedelt ist die EG >Cashdown< dort, wo sie vom Delikt her hingehört, im Dezernat für Organisierte Kriminalität (OK). 302 Fälle aus ganz Deutschland konnte die EG klären, gegen 33 Tatverdächtige wurden Haftbefehle erlassen. Denn allein in Baden-Württemberg gingen 2010 knapp 40 Pro-

zent aller Trickbetrugsfälle auf das Konto der Telefongänger, die sich nur alte Opfer suchen.«<sup>771</sup>

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* verschwieg ihren Lesern auch nicht, wer die Täter sind: Der »Enkeltrick« wird nach Polizeiangaben fast ausschließlich von einer kleinen Gruppe polnischstämmiger Roma verübt.<sup>772</sup> In den meisten Fällen ist das gesamte Vermögen ihrer Opfer, angespart in Jahrzehnten, anschließend in Händen der Zigeuner. Die Täter kaufen sich Brillanten und *Bentleys* von dem schwer erarbeiteten und leicht erbeuteten Geld, wie die Ermittler berichten. »Die alten Leute werden so um ihr gesamtes Hab und Gut gebracht, das sie vielleicht für ein Pflegeheim oder auch für ihre Kinder angespart hatten«, sagt Bernd Hagen von der EG »Cashdown«.<sup>773</sup>

Über einen weiteren typischen Fall schrieb eine Zeitung 2011: »Sie fuhr mit dem Taxi zur Bank und hob das Geld ab. >Martin< schickte per Handy zwei Abholer, >Freunde<, zu ihrer Wohnung. Insgesamt erbeuteten die Täter knapp 20 000 Euro. Ihr gesamtes Vermögen — innerhalb von drei Stunden verloren. Einen Tag später nahm sie sich das Leben. In ihrem Abschiedsbrief entschuldigte sie sich bei ihrer Familie dafür, dass sie einem Fremden ihr gesamtes Geld ausgehändigt hatte. Sie sei sehr betrübt, dass nicht einmal mehr das Geld für ihr Begräbnis übrig sei.«<sup>774</sup>

Auch in der Schweiz kennt man dieses skrupellose Verhalten von Zigeunern: »Die Vorgehensweise war immer dieselbe: Ein Mitglied der Roma-Bande, zu der Karol Novak gehörte, rief eine betagte Person an und gab sich als Verwandter oder Bekannter aus. Im Laufe des Gesprächs gab er an, für ein großes Geschäft dringend ein kurzzeitiges Darlehen in fünf- bis sechsstelliger Höhe zu benötigen. (...) Zur Geldübergabe erschien dann jeweils eine Vertrauensperson, in den drei gestern verhandelten Fällen der 21-jährige Angeklagte Novak. Der Pole reiste eigens für die Aufträge nach Basel beziehungsweise Zürich. Im Juli und September 2010 nahm er so Rentnerinnen Geld und Schmuck im Wert von rund 280 000 Franken ab. Am 22. September 2010 wurde er in Zürich vom Fahndungsdienst in flagranti erwischt.«<sup>775</sup>

### Schweiz: Fahrende auf Diebestour

Wie das eben zitierte Beispiel dokumentiert, werden auch in der Schweiz die vagabundierenden Mitbürger häufig in Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten genannt. Die *Neue Luzerner Zeitung* widmete den Aktivitäten der Migranten im Januar 2011 einen großen Bericht unter der Überschrift »Fahrende auf Diebestour«.<sup>776</sup> Die Bevölkerung wurde darin vor kriminellen Roma

gewarnt, die nur zum Stehlen in die Schweiz kommen würden. Eine Handhabe gegen die Kriminellen gebe es nicht, so der Bericht, denn die Täter seien minderjährig. Stecke man sie in ein Heim, dann würden sie einfach weglaufen. Also könne man ihnen nur die Einreise verbieten. Aber auch das schrecke sie nicht ab, weil es ja keine Grenzkontrollen mehr gebe. Das vagabundierende Leben schütze die Verbrecher. Die Zeitung berichtete: »Zwar arbeite die Luzerner Polizei mit Polizeikorps aus Frankreich zusammen, >aber weil die Fahrenden oft nicht gemeldet und ständig unterwegs sind, ist es schwer, Maßnahmen zu ergreifen.«<sup>777</sup>

Olaf Günther, Experte für Ethnologie an der Universität Leipzig, erklärte den Schweizern in dem Bericht, dass die Roma ihre Beutezüge gar nicht als Diebstahl verstehen würden. Er sagte: »Dabei sehen die Fahrenden ihr Verhalten gar nicht als Diebstahl, sondern als Ernte von Überflüssigem.«<sup>778</sup> Überall in der Schweiz verschwindet seit der Grenzöffnung nun rasend schnell das »Überflüssige«. Diese Erfahrung macht man in allen Kantonen. Und es müssen keinesfalls immer nur Wohnungseinbrüche sein. Im Mai 2011 berichtete die *Berner Zeitung* etwa nach einem neuen schweren Fall von Kupferdiebstahl: »Letztes Jahr kamen Kupferdiebstähle in der Region häufig vor. Kriminelle Altstoffhändler, im Fachjargon >Zigeuner<, transportierten Rollen mit Kupferdraht ab. Sie scheuten keine Mühe, demontierten Dachrinnen von Gartenhäuschen (wir berichteten), stahlen Blumenkübel und antike Auswinden aus Kupfer.«<sup>779</sup>

Rund 50 000 Roma leben in der Schweiz.<sup>780</sup> Man nennt sie dort die »Fahrenden«. Seitdem Ende 2009 die Visumspflicht für Fahrende aus Serbien, Mazedonien und Montenegro in den Schengen-Staaten der EU aufgehoben wurde, kommen immer mehr Roma in die Schweiz, die dort Asylanträge stellen. Die werden zwar garantiert abgelehnt, weil die Herkunftsländer sichere Staaten sind, aber es gibt ja immerhin 400 Franken Rückkehrprämie<sup>781</sup>, die unsere Mitbürger gern einstecken. Das sind zwar umgerechnet nur 318 Euro, aber niemand hindert die Roma daran, auch in EU-Staaten Asylanträge zu stellen und dort ebenfalls Rückkehrprämien mitzunehmen.

Die Personenfreizügigkeit für die Roma brachte den Schweizern als Erstes eine Schwemme von Roma-Prostituierten.<sup>782</sup> Wir kennen das ja schon aus der deutschen Stadt Dortmund. Nicht jeder Schweizer empfand das als wirklich große Bereicherung. Zu ihrem Erstaunen erfuhren die Schweizer zugleich, welch luxuriöse Villen die Sippenchefs der Roma in ihren Heimatländern bewohnten. Da der Luxus dort wirklich auch für reiche Schweizer einzigartig war, wurde sogar ein Bildband mit atemberaubenden Fotos der Roma-Villen publiziert. Die *Neue Zürcher Zeitung* vermerkte dazu unter der Überschrift

»Schillernde Paläste - Bauzeugen einer Roma-Identität in Rumänien«: »Für diese Gebäude, gelegentlich (politisch unkorrekt) als Zigeunerpaläste bezeichnet, hat die rumänische Fachwelt den Sammelbegriff *Kastello* geprägt. Hinreichend begründet wird der Terminus in einem aufsehenerregenden und schön gestalteten Bildband, der — von Bruno Andresoiu und Adrian Ciocazanu herausgegeben — dem bisher wenig beachteten Phänomen gerecht wird und in kurzen Begleittexten die regional unterschiedlich gearteten Palastbauten architektonisch und kulturanthropologisch zu erfassen versucht.«<sup>783</sup>

Während die Schweizer über die Prunkbauten der Roma staunten, versuchten die dortigen Sicherheitsbehörden, die Roma-Bettlerkolonnen mit Geld- und Freiheitsstrafen abzuschrecken. Allerdings ohne Erfolg. Am Ende triumphierten vielmehr die Fahrenden: So wurden in Genf Tausende Geldstrafen für bettelnde Roma verhängt, deren Namen sogar im Amtsblatt veröffentlicht wurden. Zudem wurden die Strafen auch auf deren rumänischen Identitätskarten vermerkt. Einzelne wurden zur Abschreckung verhaftet, klagten - und mussten freigelassen werden. Am Ende bekamen die Bettler nicht nur ihre Geldstrafen zurück, sondern auch noch pro Veröffentlichung im Amtsblatt eine Geldentschädigung in Höhe von 90 Franken.<sup>784</sup>

Tag für Tag erfuhren die Schweizer aus den Zeitungen, welche Freizeitbeschäftigungen den vagabundierenden Roma Bereicherung verschafften und wie sich ihre Sippenführer das Geld für den Villenbau besorgten. Ein Beispiel aus dem Schweizer Tessin: »Roma-Mädchen mit Tresor im Gepäck« titelte eine große Zeitung. Da hieß es: »Schweizer Grenzwächter haben bei einer Kontrolle im Bahnhof Chiasso zwei minderjährigen Mädchen das Handwerk gelegt, die in einem Koffer einen geklauten Tresor über die Grenze schmuggeln wollten. Die beiden vorbestraften Roma-Mädchen wurden verhaftet. Der Vorfall ereignete sich am Donnerstagabend bei einer Kontrolle an Bord eines Zuges Richtung Como, wie die Grenzwahe am Freitag mitteilte. Den Schweizer Grenzwächtern kamen die beiden Mädchen, die angaben, nichts zu verzollen zu haben, verdächtig vor. Im Waggon entdeckten sie schließlich einen Koffer, der unter den Sitzbänken versteckt war. Darin befand sich ein rund 30 Kilogramm schwerer, verschlossener Tresor. Die Mädchen gaben zu, den Tresor bei einem Einbruch gestohlen zu haben. Sie wurden anschließend der Tessiner Jugendanwaltschaft vorgeführt, die eine Verhaftung des Duos anordnete. Die beiden in einem Fahrendenlager in der Agglomeration Mailand lebenden Mädchen sind wegen diverser Delikte vorbestraft; sie waren mit einem Einreiseverbot in die Schweiz belegt. Im Zentrum von Lugano waren am Donnerstagnachmittag zwei weitere minderjährige Fahrende in flagranti ertappt worden, als sie in einem Wohnhaus Einbrüche verübten. Die von einer Zeugin

alarmierte Polizeipatrouille stellte nicht nur das Einbruchsmaterial, sondern auch gestohlene Juwelen sicher, wie die Tessiner Kantonspolizei am Freitag mitteilte. Die beiden Mädchen im Alter von 14 und 16 Jahren wurden verhaftet.«<sup>785</sup>

Schockierend ist auch der Bericht über eine 14 Jahre alte Roma-Diebin, die auf der Flucht vor der Polizei stürzte und seither gelähmt ist. Ein Schweizer Portal berichtete 2011: »Das Roma-Mädchen war zusammen mit einer 22-jährigen Kollegin in Horw/Luzern auf Tour, als ein Anwohner sie stellte und die Polizei rief. Das Mädchen floh und stürzte dabei einen zwölf Meter hohen Felsvorsprung hinunter. Seit diesem Vorfall im letzten September liegt die junge Diebin (...) querschnittgelähmt im Paraplegikerzentrum (SPZ) Nottwil. Der Vater, der sie mutmaßlich auf die verheerende Tour schickte, hat seine Tochter einmal im Spital besucht. Die Zukunft des nun behinderten Mädchens ist ungewiss: »Es hat keinen Wohnsitz in der Schweiz«, sagt Oskar Mathis, Sozialvorsteher in Horw. »Es ist aus einem Roma-Camp im Elsass angereist und kroatische Staatsbürgerin^«<sup>786</sup>

Kinder werden von den Roma gezielt für die Kriminalität instrumentalisiert. In Aargau ertappten mehrere Schweizer drei Erwachsene dabei, wie sie einer Zehnjährigen gestohlene Zigaretten in eine eigens dafür präparierte Jacke schoben. Die Täter waren rumänische Landfahrer.<sup>787</sup> In Basel schnappte die Polizei an Weihnachten 2010 mehrere zum Einbruchdiebstahl abgerichtete Roma-Kinder. Sie waren nach Auffassung der Jugendstaatsanwaltschaft für mindestens fünf Einbruchversuche an nur einem Tag verantwortlich.<sup>788</sup> Wie häufig in solchen Fällen bestand Unklarheit über das Alter der kleinen Roma-Einbrecher. Sie behaupteten immer, noch nicht strafmündig zu sein. In einer Schweizer Stadt wie Basel stammen die jugendlichen Kriminellen heute nicht mehrheitlich aus der Schweiz. Ein Großteil der Jugendkriminalität in Basel-Stadt ist »importiert«. Eine Schweizer Zeitung schrieb 2010 über die Lage in Basel: »Besonders oft erwischt die Polizei minderjährige Zigeuner beim Einbrechen.«<sup>789</sup>

Der in Kehl ansässige deutsche Strafrechtler Joachim Lederle ist Vermittler zwischen Zigeunern und den Schweizer Justizbehörden. Er gab der *Basler Zeitung* Ende 2009 ein Interview, als die Schweiz eine große Welle von Einbrüchen erlebte, für die dortigen Behörden vorwiegend Roma-Kinder aus den Camps nahe Straßburg verantwortlich machten. Die Zeitung fragte ihn: »Haben die Kinder denn keine Angst vor Strafen?« Der Strafrechtler antwortete: »Nein, denn sie wissen ja kaum, was sie erwartet. Und es wird ihnen weisgemacht, sie hätten beim ersten Mal nichts zu befürchten, falls sie erwischt würden. Die Schweiz ist nicht ganz unschuldig daran, dass es zu dieser Haltung

kam.«<sup>790</sup> Er fuhr fort: »Man sollte in der Schweiz konsequenter und im ganzen Land einheitlich vorgehen. Ich habe in Basel von Fällen gehört, da haben die Behörden die Kinder einfach laufen lassen. Und selbst 15-Jährige kommen teilweise nicht in U-Haft. Das verstehen die Kinder dann als Freibrief.« In einem anderen Artikel der *Basler Zeitung* heißt es zu von der Schweizer Polizei erwischten kriminellen Roma-Kindern: »Problem Nummer eins für die Betreuer ist die Kommunikation mit den Zigeunerkindern. Viele sind Analphabeten, sprechen außer Roma kaum eine andere Sprache.«<sup>791</sup>

### **Frankreich, die Niederlande und Italien: ethnische Registrierung**

In Frankreich gerieten die Rotationseuropäer (Roma-Landfahrer) 2010 ins Visier der Politik. Immer wieder wurden komplette Roma-Sippen wegen krimineller Delikte verhaftet. Ende Mai 2010 nahm die französische Polizei im Eisass eine Großfamilie fest, die mit ihren Familienangehörigen von England über Belgien, Frankreich, Deutschland und die Schweiz bis nach Spanien für unglaublich viele Wohnungseinbrüche verantwortlich war.<sup>792</sup> Die Roma fuhren Luxuslimousinen und teilten sich die Arbeit: Meistens gingen die Frauen auf Einbruchtour, während die Männer die Einbruchobjekte aussuchten, die Frauen zu den Häusern fuhren und halfen, die gestohlenen Gegenstände fortzuschaffen. Allein bei einem einzigen Roma fanden die Ermittler mehr als 500000 Euro Bargeld. Die Bevölkerung wurde ab diesem Zeitpunkt immer öfter vor den Roma-Diebesbanden gewarnt.

Die Roma hatten aber nicht nur mit Kriminalität, sondern vor allem auch mit gewalttätigen Unruhen unter ethnischen Franzosen für Wut gesorgt: In Saint-Aignan in der Bretagne hatten Rotationseuropäer die Polizeistation des Ortes angegriffen, nachdem der Roma-Landfahrer Luigi Duquet auf der Flucht von der Polizei erschossen worden war.<sup>793</sup> Duquet (22) hatte eine Polizeikontrolle durchbrochen. Da schossen die Polizisten scharf. Daraufhin randalierten die Roma in Saint-Aignan, plünderten Geschäfte und griffen Polizisten an, wollten sogar die Polizeistation stürmen. Danach griffen die Franzosen durch und deportierten die Roma-Sippen in deren Heimatländer.

Alles nur »Einzelfälle« - aber zusammen ergeben sie ein unschönes Bild. Man kennt das Ganze auch in den Niederlanden, ein Beispiel: Jeder fünfte Roma in der Stadt Enschede wurde schon wegen Diebstahls oder Einbrüchen registriert.<sup>794</sup> Die Stadtverwaltung spricht darüber heute ganz offen. Und in Nieuwegein, einer niederländischen Stadt in der Provinz Utrecht, werden die



Roma seit Ende 2010 in einer Sonderkartei erfasst. »Ethnische Registrierung für Roma«, titelte die Zeitung *De Volkskrant* in diesem Zusammenhang. Es war der sozialdemokratische Bürgermeister von Nieuwegein, Cor de Vos, der anordnete, dass die Stadt und die zu ihr gehörenden Gemeinden ethnische Register über die Roma führen sollten. »Wir haben es hier mit einer Gruppe von Menschen zu tun, die nicht in die niederländische Gesellschaft integriert ist«, sagte er. Parallel dazu wurde bekannt, dass der Stadtrat der niederländischen Stadt Ede schon seit 1978 Polizei-, Kinderfürsorge- und Justizakten über die Roma führt. Im November 2010 feierte der sozialdemokratische Bürgermeister von Nieuwegein, Cor de Vos, sein Roma-Register im Übrigen als großen Erfolg.<sup>795</sup> Seitdem die Roma ethnisch registriert würden, schickten zumindest einige Kinder ihre Roma in die Schule. Nur der Vollständigkeit halber sollte erwähnt werden, dass es solche Roma-Dateien bei den Polizeibehörden aller EU-Staaten gibt, auch wenn das offiziell verneint wird.

Ein weiteres Beispiel: »Die Gendarmerie benutzt eine illegale Datei von Roma und fahrendem Volk« enthüllte die französische Tageszeitung *Le Monde* im Jahre 2010.<sup>796</sup> Zwischen 2000 und 2004 wurde bei Personenkontrollen eine Roma-Datei angelegt, die Roma je nach Nationalität einordnete.<sup>797</sup> Die unter dem Kürzel »MENS« (für »ethnische, nicht sesshafte Minderheiten«) geführte Kartei widerlegt die offizielle Behauptung, dass es in Frankreich keine auf rassischer oder ethnischer Herkunft beruhenden Statistiken gibt.<sup>798</sup>

Es nutzt demnach nichts, das Problem zu verleugnen. Nicht anders ist es in Italien. Allein in der Hauptstadt Rom leben rund 7000 Roma, die es vor allem im Winter aus dem kühlen Rumänien ans wärmere Mittelmeer zieht. Eine Zeitung berichtete im Frühjahr 2011 aus Rom: »Die römischen Stadtbehörden stehen dem Problem nach eigenem Bekunden machtlos gegenüber. >Ein ständiger Strom von Roma zieht nach Italien, weil vor allem im Winter die klimatischen Bedingungen besser als in anderen europäischen Ländern sind. Die meisten sind rumänische Staatsbürger, die nicht abgeschoben werden können. Wir haben nicht die Strukturen, um alle Roma unterzubringen«, sagte das für die Roma-Integration zuständige römische Stadtratmitglied Giorgio Ciardi. Da die Roma kaum Arbeit finden, schlagen sich viele mit Betteln und Diebstahl durchs Leben. Roma-Kinder werden oftmals von kriminellen Banden an den Touristenorten der Stadt als Taschendiebe eingesetzt. Laut Schätzungen der Stadtverwaltung betteln Hunderte Minderjährige auf den Straßen Roms. Zugleich breiten sich in den Außenbezirken der Großstädte vielerorts wilde >Zigeunerlager« aus, oft ohne sanitäre Einrichtungen.«<sup>799</sup>

## Bulgarien: Roma ohne Schulabschluss

In den Herkunftsländern spricht man nicht so höflich über die Roma. Betrachten wir nur einen typischen Bericht, wie ihn *Radio Bulgarien* im Februar 2011 über die Roma des Landes und ihre »Arbeitseinsätze« sendete: »Der Ankauf von Bunt- und Eisenmetallabfällen hat sich sowohl für die Verkäufer als auch für die Käufer als ein recht lukratives Geschäft erwiesen. Das Durchwühlen der Müllcontainer nach Schrott ist für viele Roma des Landes zu einem einträglichen Lebensunterhalt geworden. Allerdings haben die vielversprechenden Gewinne auch dazu geführt, dass es die Roma nicht mehr nur bei den Müllcontainern belassen, sondern ihr Geschäft um Diebstahl erweitert haben. Geklaut werden Eisenteile von Baustellen, Teile von Bahn- und Stromanlagen, unter Denkmalschutz stehende Skulpturen und anderes. Ihre Dreistigkeit macht selbst vor Straßenbahn- und Bahnschienen keinen Halt, auch wenn ihr verbrecherisches Vorgehen Unfälle nach sich ziehen kann. Immer öfter sind Nachrichten über Diebe zu hören, die beim Klauen von Hochspannungsleitungen von Stromschlägen erwischt wurden, darunter auch Kinder. Das Problem ist nicht neu, sondern besteht seit Jahrzehnten.«<sup>800</sup>

In einem anderen Bericht von *Radio Bulgarien* hieß es Ende 2010: »In Jambol, Südostbulgarien, haben die Roma einen Plattenbauwohnblock eigenhändig zum Zusammenfallen gebracht, weil sie die Stahlarmaturen gezogen und als Alteisen verkauft haben. Spätestens seit der Wende in Bulgarien ist die Integration der Roma-Minderheit ein akutes Problem. Spätestens seit dem jüngsten EU-Gipfel, als die umstrittenen Roma-Abschiebungen aus Frankreich das ungeplante Hauptgesprächsthema wurden, wird über dieses Problem in seinem vollen Umfang gesprochen. Denn die Roma bilden die größte Minderheit Europas. Unzählige Nichtregierungsorganisationen haben in den vergangenen 20 Jahren versucht, die Sozialisierung der Roma voranzubringen. Ihre Bemühungen blieben ohne nennenswerten Erfolg.«<sup>801</sup>

Zuvor hatte *Radio Bulgarien* schon Ähnliches berichtet: »Offiziellen statistischen Angaben zufolge leben rund 370 000 Roma in Bulgarien. Nur wenige von ihnen haben einen Schulabschluss. Die meisten Roma sind verarmt, ungebildet und leben deshalb ausgegrenzt. In der kriminellen Statistik tauchen überwiegend Roma auf, insbesondere bei Bagatelldelikten. Davon nicht ausgeschlossen sind selbst Kinder. Viele Roma-Frauen verdienen ihr Geld als Prostituierte. Trotz allerlei Programmen und Projekten sowohl seitens des Staates als auch vonseiten der Nichtregierungsorganisationen ist keine allzu große Bereitschaft unter den Roma festzustellen, sich diesen Integrations- und Ausbildungsprogrammen anzuschließen.«<sup>802</sup>

## Österreich: »Zigeuner raus!«

Irgendwie hat sich in ganz Europa ein bestimmtes Bild hinsichtlich des Verhaltens der ethnischen Minderheit verfestigt. Und so werden Roma an immer mehr Orten, wo sie ihre Wohnwagen abstellen, von den Bürgern angegriffen und wieder vertrieben. Selbst dann, wenn Roma nicht durch Kriminalität auffallen, bescheren sie uns zumindest eines überall: Berge von Müll, die sie wie selbstverständlich achtlos liegen lassen. Ein willkürlich gewähltes Beispiel vom Mai 2011: Vilshofen ist die größte Stadt im Landkreis Passau an der Donau. Von dort sind es nur wenige Kilometer bis in die Tschechische Republik oder nach Österreich. Vilshofen liegt damit in einem Dreiländereck mit idealen Fluchtmöglichkeiten. Im Frühjahr 2011 kamen junge Rumänen, die die strategisch günstige Lage von Vilshofen erkannten. Sie campierten dort nachts. Tagsüber schwärmten sie aus, arbeiteten als »Straßenmusikanten« oder gingen anderen »Geschäften« nach. Bürgermeister und Landratsamt mussten sich unmittelbar nach dem Auftauchen dieser europäischen Mitbürger mit einem Problem beschäftigen, das zum Himmel stank, wie eine Lokalzeitung berichtete: »Vilshofens Ordnungsamtsleiter Günther Röckl hat schon selbst vor Ort vorbeigeschaut. >Es handelt sich um mehrere Erwachsene mit Kleinkindern rumänischer Herkunft.« Er bestätigt, dass die Zustände vor Ort »erschreckend« seien: Die Camper verrichten dort überall ihre Notdurft — Toilettenpapier, Altkleider, Müll und Unrat liegen herum.«<sup>803</sup>

Angesichts solcher Zustände ist es nicht verwunderlich, wenn sich die Einwohner der von der Müllbelagerung betroffenen Gebiete zu wehren beginnen - das ist in Frankreich nicht anders als in Ungarn oder in Österreich.<sup>804</sup> Dort hatten etwa in der Osttiroler Gemeinde Ainet Jugendliche die Roma in deren Wohnwagen mit Stangen angegriffen und »Zigeuner raus!« gerufen.<sup>805</sup> Überall in Österreich ergreift man seit geraumer Zeit Maßnahmen gegen Rotationseuropäer, eine österreichische Zeitung berichtete beispielsweise aus Vöcklabruck: »Alle Monate ist es dasselbe Theater!«, schildert Roland M. entnervt. Er ist unmittelbarer Nachbar des Parkplatzes in der Schubertstraße, wo sich dieses Jahr durchreisende Roma und Sinti mittlerweile drei Mal für je eine Woche niedergelassen haben. Er hat begonnen, seinen Garten neu zu gestalten und zu bepflanzen. >Es war alles umsonst«, erzählt M., >sie haben alles niedergerissen und überall Kothaufen hinterlassen.« Bei der Hitze der Vorwoche kam zu den Geruchsproblemen eine Fliegenplage. Beim gestrigen OÖN-Lokalausganschein wurden die Schilderungen des Nachbarn bestätigt: Der Parkplatz war über und über mit Kothaufen übersät. >Das ist wirklich kein Zustand«, wettet auch Bürgermeister Herbert Brunsteiner. >Wir werden dort

einen Höhenbegrenzungsbalken aufstellen, damit ein Zufahren mit Wohnwagen unmöglich wird.«<sup>806</sup>

In Österreich werden Roma und Sinti jetzt verstärkt als typische Kriminelle dargestellt. Früher hätte man auch dortzulande zurückhaltender über das Thema berichtet. Doch diese Zeiten scheinen endgültig vorbei. Eine typische, Klartext sprechende Meldung in den Medien lautete etwa 2010: »Zwei Frauen und ein Mann, vermutlich Roma und Sinti und um die 40 Jahre alt, passten den Pensionisten vor seiner Haustüre ab, redeten auf ihn ein und drängten ihn zur Seite. Während eine Person ihn festhielt und weiter auf den 90-Jährigen einredete, durchsuchten die anderen zwei sein Haus. Daraus stahlen sie 1000 Euro, die sie im Schlafzimmer fanden, und machten sich mit einem dunklen Pkw aus dem Staub.«<sup>807</sup> In anderen österreichischen Pressemitteilungen wurden die Landfahrer als »kriegerisch« dargestellt, die sofort Streit anfangen. In Wien sprach man 2011 vom »Grill-Krieg«, weil Migranten wie etwa Rumänen dort beim Grillen in öffentlichen Parks Massenschlägereien provozierten.<sup>808</sup> Aufgefallen waren unsere Rotationseuropäer beispielsweise im österreichischen Linz 2011 auch als Einbrecherbanden. Dort hatte allein eine rumänische Bande mit Einbrüchen einen Schaden von 240 000 Euro angerichtet.<sup>809</sup> Ist das für die Österreicher die ihnen von der Politik versprochene kulturelle »Bereicherung«?

### **Schöner leben als Sozialschmarotzer**

Zurück nach Deutschland, wo überall die gleichen Probleme zu verzeichnen sind. Da betonte der Dortmunder Dezentrat Wilhelm Steitz im Mai 2011 bei einer Bürgerversammlung in Zusammenhang mit den Roma, die von der einheimischen Bevölkerung zunehmend als Plage gesehen werden: »Wir werden durchsetzen, dass sie ihre Kinder in die Schule bringen und ihren Müll nicht aus dem Fenster werfen.« Im Übrigen werde das Ordnungsamt »das Personal bald deutlich verstärken« und für mehr Uniformierte auch in den Abendstunden sorgen.<sup>810</sup> Geholfen hat das Ganze nichts. Die Mitbürger schickten ihre Kinder weiterhin nicht zur Schule, sondern einfach in die Nachbarstädte auf Einbruchstour. Ein Beispiel aus der Stadt Essen vom Sommer 2011, da berichtete eine Lokalzeitung: »Mit brachialer Gewalt sind zwei Schwestern (neun und zwölf Jahre) am Mittwochmittag in ein Mehrfamilienhaus auf der Drogandstraße eingebrochen. Die Duisburger Polizei hatte die obdachlosen Mädchen aus Bosnien bereits am 11. Juni zur Ingewahrsamnahme ausgeschrieben. Die Mädchen hatten gegen 13.45 Uhr zunächst versucht, die Terrassentür

an der Rückseite des Hauses mit einem Schraubendreher aufzuheben. Als das nicht gelang, schlug die Zwölfjährige mit einem Stein die Doppelglasscheibe ein und öffnete die Tür. Anschließend durchsuchten die beiden die Räume und flüchteten mit der Beute in Richtung Flurstraße. Die Polizei war bereits alarmiert worden und nahm die Kinder in Gewahrsam. Mithilfe eines Dolmetschers wurden die beiden angehört und in ein Heim gebracht.«<sup>811</sup>

In Deutschland darf man solche Mitbürger natürlich nicht als Problem sehen. Hierzulande stellen sie ja eine »Bereicherung« dar, für die wir gern tief in die Tasche greifen. Der Stadtbezirk Berlin-Spandau hat an alle Roma in der Welt das Signal gesendet, wie »wertvoll« sie für uns sind. Mit einer im Sprachgebrauch der Berliner Bevölkerung »Wash&Go«-Programm genannten Aktionswoche hat man dort mehr als 100 in der Bevölkerung eher nicht willkommenen rumänischen Roma insgesamt rund 30 000 Euro in die Hand gedrückt und sie wieder in ihr Heimatland geschickt - verbunden mit der schriftlichen Verpflichtung, nie wieder nach Deutschland zurückzukommen.<sup>812</sup> Die Kosten dafür trug der Berliner Senat - also der Steuerzahler.

Vor der Berliner »Wash&Go«-Aktion waren mehrere hundert Roma mit einem Touristenvisum aus Rumänien nach Berlin gekommen, wo sie dann in der Bundeshauptstadt in Scharen vor roten Ampeln die Scheiben der Autofahrer vorsätzlich verschmutzten und gegen Zahlung einer »Reinigungsgebühr« zumindest teilweise wieder sauber wischten. Die integrationsunwilligen rumänischen Roma-»Touristen« sollten nach dem Willen der damaligen Berliner Integrations- und Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Die Linke) allen Ernstes einen Gewerbeschein für das Reinigen von Autoscheiben beantragen und dann sofort eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland erhalten. In Zeiten von Massenentlassungen kam diese Art gutmenschlicher Fürsorge für die zuwandernden Abkassierer bei den Berlinern allerdings nicht gut an. Immer mehr Autofahrer hatten für diese Integrationsbemühungen kein Verständnis, riefen vielmehr sofort die Polizei, wenn ihnen von den liebevollen Roma an einer Berliner Ampel die Sicht durch die Scheiben vorsätzlich verschmiert wurde. Nun hatte die Sozial- und Integrationsministerin Heidi Knake-Werner zudem angekündigt, für die immer größer werdende Zahl der rumänischen Scheibenwischer-»Touristen« in Berlin sogar eine Beratungsstelle einzurichten. In dieser sollten die Zugewanderten in ihrer Sprache über die vielfältigen Beihilfemöglichkeiten in Deutschland unterrichtet werden. Das war dann vielen Berlinern offenkundig doch zu viel. Bevor die aufgebrauchten Hauptstädter auf die dreist abkassierenden Roma losgehen konnten, drückte man den rumänischen Scheibenwischer-Fachgehilfen im Juni 2009 doch lieber schnell Zehntausende Euro in die Hand, um sie in ihre Heimat zurückzuloben.

Das Problem war nur: Sie gingen dennoch nicht. Sie nahmen das Geld und blieben ...

Beim Abkassieren scheinen unsere lieben Rotationseuropäer kein schlechtes Gewissen zu haben. Ein Beispiel aus Offenbach: Die Lokalzeitung *Offenbach-Post* berichtete über eine Roma-Familie: »Irgendjemand musste Josef G. verpfeifen haben. Ohne dass er etwas Böses getan hätte, sollte er plötzlich selbst für den Unterhalt der Familie zahlen. Dabei hatte es so gut geklappt: Der Patriarch mit Immobilien und Limousine machte sich ein schönes Leben. Und für das der Angehörigen kam die Allgemeinheit auf. Für jene, denen das nicht passte, hatte Josef G. eine Ladung Speichel übrig, die er jedem vor die Füße rotzte, der sich über den Lebenswandel auf Kosten des Sozialsystems ärgerte. So klischeehaft, als stamme sie aus einer hetzerischen Karikatur, klingt die Geschichte des Offenbacher Roma-Paares, das sich im Lauf der Jahre 111 000 Euro an Sozialhilfe und Wohngeld erschlichen hat. Die Pressemitteilung von Stadt und Polizei deutet die ethnische Herkunft Josef G.s und Maria K.s nur dezent an. Schließlich wollen die Behörden keinen Ärger mit dem Zentralverband der Sinti und Roma, der jeden Bericht zum Anlass für Rügen und Proteste nimmt, der Verfehlungen Angehörigen dieser Volksgruppen zuordnet. Darum ist bei den Behörden nur hinter vorgehaltener Hand zu erfahren, dass ein großer Teil des in Offenbach aufgedeckten Sozialhilfebetrugs auf das Konto dieser Gruppe geht. Als typische Masche gilt unter den Ermittlern etwa, dass leibliche Mütter Neugeborene anderen Frauen überlassen, um sie gegenüber Behörden als eigene Kinder zu deklarieren. Auch unter Sozialhilfebetrü gern anderer Herkunft sei es verbreitet, leistungsfähige und unterhaltspflichtige Personen oder eigenes Einkommen und Vermögen zu verschweigen, um Ansprüche zu erschleichen. Falsche Angaben über die Staatsangehörigkeit, um einer Abschiebung zu entgehen, zählen ebenfalls zum Repertoire. Häufig werden zudem Leistungen für nicht existente Personen beantragt. Seltener sind die Behörden mit Fällen konfrontiert, in denen Ansprüche auf Sozialhilfe länderübergreifend doppelt geltend gemacht werden. Gelegentlich kommen die Ermittler Hilfeempfängern auf die Schliche, die sich durch falsche Angaben eine zweite Identität verschaffen, um doppelt zu kassieren.«<sup>813</sup>

Zu Fällen wie dem vorgenannten Roma-Sozialhilfebetrug gab es im Jahre 2008 sogar eine gemeinsame Presseerklärung der Stadt Offenbach und des Polizeipräsidiums Südosthessen, in der es unter anderem hieß<sup>814</sup>: »Das sind über 100 000 Euro, die all denen zugute kommen, die wirklich unsere Hilfe brauchen.« Offenbachs Oberbürgermeister Horst Schneider und Polizeipräsident Heinrich Bernhardt zeigten sich gleichermaßen zufrieden, nachdem Bedienstete ihrer Behörden in enger Zusammenarbeit jüngst einen Sozialleistungs-

betrug in sechsstelliger Höhe aufgedeckt hatten. Über Jahre hinweg bezog eine Frau aus Offenbach für sich und ihre drei Kinder Sozialleistungen und Mietzuwendungen, die sie nur erhielt, weil sie den Ehemann und Vater der Kinder den Behörden verschwieg. Die intensive und gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt, der Polizei und der Justiz brachten nun ans Licht, dass sie nach traditioneller Art mit ihrem Vermieter verheiratet ist und tatsächlich mit ihm zusammenlebt. Ein DNA-Abgleich erbrachte zudem, dass er der leibliche Vater der Kinder ist. Der inzwischen 50 Jahre alte Mann war im Besitz von zwei Mietshäusern, die ihm stattliche Einnahmen bescherten. Durch die Vertuschung, ja sogar das Bestreiten der familiären Verhältnisse, bezogen Frau und Kinder staatliche Hilfen in Höhe von 111 000 Euro, die das Sozialamt nun zurückfordert. (...) Aufgrund der Kontrollen ergaben sich immer wieder Verdachtsmomente, die den Schluss zuließen, dass bei der Beantragung von Sozialleistungen bestimmte Angaben nicht ganz der Wahrheit entsprochen haben, sodass ein Betrugsverdacht abgeleitet werden konnte. (...) Als erkannte Tathandlungen zeigten sich immer wieder - das Verschweigen von leistungsfähigen unterhaltspflichtigen Personen - das Verschweigen von Erwerbstätigkeit oder Einkommen - falsche Angaben über die Staatsangehörigkeit, um ein Abschiebehemmnis zu erzeugen - Verschweigen von Vermögenswerten (die oft aus Straftaten gewonnen wurden) - Beantragung von Leistungen für nicht existente Personen (...) - Ansprüche auf Sozialhilfe wurden länderübergreifend doppelt geltend gemacht - sogenannte »Klone« (wurden) geschaffen, um Leistungen doppelt zu kassieren (Person verschafft sich unter falschen Angaben gegenüber den Behörden eine zweite Identität und erhält auf diese Weise echte Personalpapiere) - neugeborene Kinder (wurden) von der leiblichen Mutter anderen Frauen »überlassen«, die sie gegenüber den Behörden als ihre leiblichen Kinder deklarierten (...).«

Es existieren noch ganz andere Einkommensmöglichkeiten dieser südosteuropäischen Mitbürger, um die Hartz-IV-Bezüge aufzubessern. Am 2. Juni 2010 gab das Polizeipräsidium München nach einer Razzia in einem Mitbürgerwohnheim folgende Presseerklärung heraus: »Seit Monaten treten vornehmlich ungarische, rumänische und bulgarische Staatsangehörige in München als Kontoeröffnungsbetrüger auf. Durch organisierte Zwischenmänner werden ganze Gruppen mit gestohlenen Ausweisen ausgerüstet und nach München gebracht. Hier werden zum Schein Wohnsitze angemeldet, um mit gefälschten Gehaltsbescheinigungen bei Banken Konten zu eröffnen. Ziel der Kontoeröffnungen ist die Erlangung von EC- und Kreditkarten, um betrügerisch ohne Kontodeckung einkaufen zu können. Des Weiteren werden Barkredite erlangt und mittels der EC-Karte Mobilfunkverträge abgeschlossen, um in den Besitz

hochwertiger Handys zu gelangen. Auch werden mit den gestohlenen Pässen und den EC- beziehungsweise Kreditkarten Finanzierungsgeschäfte jeglicher Art abgewickelt. In allen Fällen fehlt es letztlich an der Kontodeckung, sodass eine Vielzahl betrögener Geschäfte und Unternehmen übrig bleibt. Um diesem Phänomen Einhalt zu gebieten, wurde Ende März 2010 bei der Kriminalpolizei eine Ermittlungsgruppe eingesetzt. Die seitdem geführten Ermittlungen ergaben bislang Hinweise auf über 300 tatverdächtige Kontoeröffner, die über 70 Scheinadressen nutzten. In mehr als 50 Fällen gaben tatverdächtige Kontoeröffner ein Arbeiterwohnheim in Riem als Wohnsitz an. Aus diesem Grund führte die Ermittlungsgruppe der Münchner Kriminalpolizei mit Unterstützungskräften am Dienstag, 01.06.2010, beginnend in den frühen Morgenstunden, eine Razzia in diesem Wohnheim durch. Angetroffen und kontrolliert wurden nahezu 80 Bewohner bulgarischer Herkunft, von denen 16 vorläufig festgenommen wurden. 13 bulgarische Staatsangehörige im Alter zwischen 22 und 59 Jahren sind des gewerbs- und bandenmäßigen Kontoeröffnungsbetrugs verdächtig. Entsprechende Beweismittel konnten sichergestellt werden.«<sup>815</sup> Für die angerichteten Schäden zahlen natürlich die dummen Europäer. So etwas finanzieren Sie doch sicher gerne mit, oder?

Kommen wir zu einem weiteren Fall: Da stand im schönen Lampertheim im Jahre 2010 ein 38 Jahre alter Roma vor Gericht, der es auf 15 Vorstrafen brachte: Betrügereien, Beleidigungen, Körperverletzungen, Straftaten im Straßenverkehr - die Liste war ziemlich lang. Der Hartz-IV-Empfänger lachte offenkundig nur über die deutsche Justiz, kaufte mit ungedeckten Kreditkarten ein, ließ die betroffenen Geschäftsinhaber auf unbezahlten Rechnungen sitzen. Er wurde verdächtigt, in einer Bürstadter Garage Autokennzeichen gestohlen, einen Einbruch vorgetäuscht und sich seine Hartz-IV-Bezüge durch kriminelle Machenschaften aufgebessert zu haben. Ganze sechs Monate Haft bekam der Kriminelle, die Richter hatten natürlich viel Verständnis für die schwere Lage des Roma.<sup>816</sup> Dabei kam auch heraus, wie der Roma-Mitbürger offenkundig den Staat betrog, hieß es doch aus dem Gerichtsprozess: »Ende August 2009 rief B. nachts die Polizei, weil bei ihm in der ebenerdigen Wohnung im Bürstadter Zentrum eingebrochen worden sei. Die Beamten stellten jedoch keine Einbruchsspuren fest, auch fehlte zunächst nichts. Einige Tage später zeigte B. den Diebstahl von 1700 Euro Bargeld an. Diese Summe befand sich im Besitz des Angeklagten, weil er kurz zuvor eine Sonderzahlung des Jobcenters für Möbel- und Elektrogeräteanschaffungen in Höhe von 1180 Euro sowie seiner monatlichen staatlichen Unterstützung inklusive Miete von 673 Euro erhalten hatte. Die Bürstadter Spielhallenangestellte K. sagte im Zeugenstand aus, dass der Beschuldigte vor dem fraglichen Diebstahl nachmittags zum



Automatenspielen gekommen sei und sich am nächsten Morgen noch oder schon wieder in der Spielhalle aufhielt.«<sup>817</sup> Der kriminelle Zigeuner hatte also genug Geld zum Zocken. Aber die Richter behelligten ihn deshalb natürlich nicht. Im Zweifel für den Angeklagten, hieß es da allen Ernstes. Man beantragt also beim Sozialamt hohe Sonderzahlungen für Elektrogeräte und Möbel, meldet das Geld dann trotz fehlender Einbruchsspuren als gestohlen, verzockt es — und kann gleich darauf wieder Geld beim Sozialamt beantragen. Die dummen Deutschen arbeiten ja gern dafür und zahlen Steuern.

Wie wehrt man sich gegen diese Mitbürger? Die Antwort lautet: Mehr als 20 Jahre nach dem Fall der Mauer werden in Europa nun neue Mauern errichtet und zunehmend die politische Korrektheit gegenüber den Roma durchbrochen. Einzig in Deutschland verdrängt man noch einige unschöne Fakten.

### **Ein kriminell begabtes Roma-Kind verdient monatlich 12 000 Euro**

Das Schweizer Fernsehen sendete im September 2010 einen aus deutscher Sicht politisch unkorrekten Dokumentarfilm über Roma in Europa. Der Dokumentarfilmer Liviu Tipurita ist selbst Roma und hat sein Wurzeln in Rumänien. Mit seinem Film *Im Auftrag der Sippe - Wie Roma-Kinder zu Dieben werden* erfuhren die verblüfften Schweizer, dass in europäischen Städten wie etwa Madrid 85 Prozent der aufgegriffenen Diebe rumänische Roma sind.<sup>818</sup> Wie wir weiter oben schon am Beispiel der Stadt Hagen gesehen haben, ist das in deutschen Großstädten nicht anders — man darf in Deutschland die Täter nur nicht als Landfahrer und ethnische Minderheit beim Namen nennen.

Ein durchschnittlich kriminell begabtes Roma-Kind verdient mit Diebstählen in Europa nach Angaben von Liviu Tipurita monatlich etwa 12 000 Euro. In immer mehr europäischen Städten lungern strafunmündige Roma-Kinder in der Nähe von Bankautomaten herum und entreißen Kunden oder Passanten mit brutalster Gewalt Geld oder Taschen. Werden sie von der Polizei geschnappt, ist das Schlimmste, was ihnen passieren kann, eine Übernachtung in einem sauberen Bett, eine Waschgelegenheit und eine warme Mahlzeit. Denn spätestens am nächsten Tag werden sie nach Angaben des Dokumentarfilmers überall in Europa wieder freigelassen.

Der Filmemacher folgte den rumänischen Roma-Kindern von ihren Lagern in die europäischen Städte, filmte sie versteckt, während sie Menschen bestahlen und bettelten. Und er dokumentierte, wie noch nicht einmal 14 Jahre alte

Mädchen für 7000 Euro innerhalb der Sippen verkauft und zwangsverheiratet wurden. Offen sprachen die Roma-Kinder im Film über ihre Straftaten und darüber, was passierte, wenn sie von der Polizei geschnappt wurden. Ein Roma-Mädchen sagte, sie sei zum Betteln und Stehlen nach Spanien gereist: »Wenn uns die Polizei erwischt, nehmen sie uns das Geld weg, stecken uns in ein Tageszentrum und lassen uns dann wieder gehen.« Das Geld kassieren anschließend die Sippenchefs, die sich in Rumänien kaum vorstellbare Villen davon bauen, die zum Teil mehr als 20 Millionen Euro pro Stück kosten.

Auch in Deutschland leben mehr als 10 000 Roma, die längst schon wieder in ihre Heimat hätten zurückgeführt werden müssen. Sie stammen aus dem Gebiet des früheren Jugoslawien. Viele in Deutschland lebende Roma sind nicht Bürger der Europäischen Union, haben zur Zeit des Jugoslawienkrieges in Deutschland vorläufiges Asyl erhalten und müssten nun im Grunde nach Serbien, Bosnien oder in das Kosovo abgeschoben werden. Doch wenn eine Behörde auch nur eine Roma-Familie abschieben will, bilden sich sofort örtliche deutsche Unterstützerguppen, die aus »humanitären Gründen« für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht der Roma kämpfen. In Zeitungsartikeln heißt es dann etwa: »Sie sind in Deutschland geboren, aufgewachsen und wurden jetzt in den Kosovo abgeschoben - doch dort haben die jungen Roma kaum eine Perspektive.« Und in der *Tagesschau* hieß es: »Es bestehen viele Vorurteile über Sinti und Roma in Europa.«<sup>819</sup>

Sind unsere Gefühle den Roma gegenüber wirklich nur Vorurteile? Wir begeben uns nach Berlin-Rudow in den Seigenauer Weg, wo in den im Jahre 1975 erbauten Häusern mit den Hausnummern 8 bis 18 heute überwiegend Roma wohnen. In der Umgebung hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Der zuständige Berliner Migrationsbeauftragte ist ratlos. Denn die Vorwürfe der deutschen Anwohner sind bei näherem Augenschein nicht aus der Luft gegriffen. Es stimmt, dass der Müll von vielen Roma in Berlin-Rudow nicht in dafür vorgesehenen Müllcontainer, sondern einfach aus den Wohnungsfenstern geworfen wird. Es stimmt, dass Sinti und Roma regelmäßig die Mülltonnen in den Straßen der Umgebung auskippen und durchwühlen. Man kann zudem leicht beobachten, wie die Mitbürger die Deutschen anbetteln und anspucken, wenn sie bei den aggressiven Betteleien nicht schnell genug bezahlen. In der nahe gelegenen Kleingartenkolonie »Rudower Schweiz« haben Roma - und nicht etwa die Pächter der Kleingärten - in dieser Saison die Obstbäume und Gemüsebeete abgeerntet. Und auf dem örtlichen Friedhof werden trauernde Friedhofsgänger so lange belästigt, bis sie den Zuwanderern »freiwillig« eine Geldspende geben. Bleibt die Geldspende aus oder ist sie nicht üppig genug, zerstören die Bettler Grabgestecke, springen auf die Gräber oder entwenden

Grablampen. Im Seniorenheim »Haus Hamburg« im Seigenauer Weg 2 bis 4 drangen die zugewanderten Mitbürger in die Seniorenwohnungen ein und nahmen mit, was ihnen gefiel. Im Seniorenwohnblock befinden sich 197 Ein-Zimmer-Apartments mit jeweils 36 bis 46 Quadratmetern Wohnfläche, die mit rund 300 Euro auch für arme Rentner erschwinglich sind. Und gerade die ärmsten der armen Rentner werden nun in der Umgebung dieses Wohnblocks immer öfter Opfer zugewanderter Roma. Im Seigenauer Weg 8 wird der Keller eines Wohnhauses von vielen Roma-Familien als öffentliche Toilette missbraucht. Eine Berliner Regionalzeitung hat die Angaben nachgeprüft und schreibt über die zugewanderte mobile ethnische Minderheit und ihr Verhalten im Seigenauer Weg: »Die Gäste verrichteten ihre Notdurft teilweise in Treppenhaus und Aufzug.«

Die ethnischen deutschen Anwohner in der Umgebung des Seigenauer Weges haben inzwischen eine Bürgerwehr gegründet, die in den dunklen Wintermonaten vor allem nachts die Lauben vor den Beutezügen der Roma schützen soll. Die deutschen Anwohner sind mit offenen Armen auf die Roma zugegangen, als diese im Seigenauer Weg ankamen. Heute wissen sie: Viele Roma sind Ladendiebe, Einbrecher, Schläger und Bettler. Das sind keine Vorurteile. Das ist im Seigenauer Weg in Berlin die Realität. Und nicht nur dort.

Dem oben schon erwähnten rumänischstämmigen Dokumentarfilmer Liviu Tipurita ist es gelungen, mehrere Bosse von Roma-Clans vor die Kamera zu bekommen und von ihnen zu erfahren, weshalb sie so stolz darauf sind, dass ihre Familien seit mehreren Generationen als Diebe in Europa unterwegs sind. Nach diesem Film dürfte es schwer sein, in Zusammenhang mit Roma von »Vorurteilen« zu sprechen. Und deshalb darf der Dokumentarfilm *Im Auftrag der Sippe — Wie Roma-Kinder zu Dieben werden* im gebührenfinanzierten deutschen Fernsehen auch nicht gezeigt werden.<sup>820</sup>

## Deportationen als Antwort auf die »Roma-Plage«

Im liberalen Schweden deportiert die Regierung seit 2010 Roma-Sippen. Minister Tobias Billström ist unverdächtig, ein Rechtsextremist zu sein. Er begründet die Deportationen mit den Worten, zwar gebe es in Europa Freizügigkeit, doch die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der EU beinhalte nicht das »Betteln und Stehlen«. Billström, der immerhin Arbeits- und Migrationsminister ist und den Moderaten angehört (*Moderata samlingspartiet*), nennt die Roma eine »Gefahr für die Gesellschaft«. Solche Worte hat

man niemals zuvor aus Schweden vernommen. Tobias Billström sagt auch, Betteln sei eine unehrliche Weise, Geld zu verdienen. Er rechtfertigt so die Abschiebungen von Roma aus Schweden.<sup>821</sup>

Noch drastischere Worte fanden italienische Politiker: Riccardo De Corato, der stellvertretende Bürgermeister Mailands, sprach von einer »Roma-Plage«. Er hob in einem Fernsehinterview hervor: »Es wäre ein gutes Zeichen, Rumänien wieder aus der EU rauszuschmeißen.« Aus der Sicht der Mailänder Regierung würde das zumindest die dringendsten Probleme lösen. Riccardo De Corato erklärt weiter, die zugewanderten Roma wüssten nicht, was Arbeit bedeute: »Sie schicken die Frauen arbeiten, auch als Prostituierte, und die Kinder schicken sie zum Stehlen auf die Straße.« Die Männer würden hingegen den ganzen Tag Karten spielen, so De Corato, der sich fragt: »Wie soll ich ihnen unser Lebenskonzept von Arbeit erklären, wenn Arbeit bei ihnen nicht vorkommt?«<sup>822</sup>

Während der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy im Herbst 2010 unter dem Protest von Bürgerrechtsbewegungen Dutzende Roma-Siedlungen abreißen und die Bewohner in ihre Heimatländer deportieren ließ (Erwachsene bekamen zum Abschied noch 300 Euro, Kinder 100 Euro<sup>823</sup>), fanden die Deportationen in Italien unter dem Jubel der Bevölkerung statt: In Mailand wurde Anfang September 2010 eine große Roma-Siedlung geschliffen, in der bisher 250 Menschen illegal lebten. Über 100 Baracken und Zelte wurden unter Aufsicht der Behörden abgerissen. Die hygienische Lage in der Siedlung sei prekär gewesen und die Räumung reibungslos abgelaufen, berichtete die Polizei. Auch der römische Bürgermeister Gianni Alemanno ließ im September 2010 mehr als 200 illegale Roma-Hütten in und um die italienische Hauptstadt abreißen und mehr als 7300 Roma vertreiben.

In Ungarn fordert die Regierung die Roma des Landes seit 2011 dazu auf, in Kanada, den Vereinigten Staaten oder sonstwo Asyl zu beantragen und das Land für immer zu verlassen.<sup>824</sup> Die Roma sind eben auch in Ungarn die mit Abstand unbeliebteste Minderheit. Immerhin: Den Roma werden in Ungarn Arbeitsplätze angeboten, die unabhängig von deren Qualifikation vergeben werden. Von den 700 000 ungarischen Roma sind 80 Prozent arbeitslos. Und 100 000 dieser arbeitslosen Roma übernimmt der ungarische Staat nun in den Staatsdienst.<sup>825</sup> Das trägt nicht unbedingt zum friedlichen Zusammenleben bei und verstärkt die wegen der Roma-Kriminalität ohnehin große Wut der Bevölkerung auf die leistungsfeindliche, asoziale Bevölkerungsgruppe. Im ganzen Land haben sich deshalb Bürgerwehren gebildet, die Roma auffordern, Ungarn zu verlassen. Der Regierung entgleitet die Kontrolle. Gewählt werden von der Bevölkerung jetzt eben immer öfter nur noch jene, die ihnen das Ende der

»Zigeunerkriminalität« versprechen. Bei den Parlamentswahlen im April 2010 verzeichnete die gegen diese Kriminalität angetretene *Jobbik*-Partei große Erfolge, die sie auch bei den Kommunalwahlen im Herbst 2010 wiederholen konnte. In Ostungarn kam die Partei in den »Zigeunergebieten« flächendeckend auf bis zu 30 Prozent. Den größten Rekord erzielte *Jobbik* in der Kleinstadt Tiszavasvári (13 000 Einwohner). Dort erhielt der Bürgermeisterkandidat Erik Fülöp auf Anhieb 53 Prozent der Stimmen.<sup>826</sup>

### **Zigeuner werden eingemauert**

Unterdessen wurden die Roma in der Slowakei eingemauert. Das 1800 Einwohner zählende Dorf Ostrovany in der Nordostslowakei (bei Sarisske Michal'any) war die erste Gemeinde, die eine Betonmauer zum Schutz vor den Roma errichtete.<sup>827</sup> Andere folgten dem Beispiel, denn mit den Roma kamen nach Angaben der Slowaken Einbrüche, Belästigungen, Verschmutzung und immer brutālere Gewalt. Nunmehr ist man stolz auf die »antiziganistischen Schutzwälle«. In Vrutky im Norden der Slowakei sollte Mitte 2011 aus den gleichen Gründen eine hohe Betonmauer um eine Roma-Siedlung gebaut werden.<sup>828</sup> Bürgermeister Miroslav Mazur begründete das Vorhaben in den Fernsehnachrichtensendungen mit den Beschwerden von Anwohnern, die sich seit fünf Jahren immer stärker von den Roma belästigt und bedroht fühlten. Auch die Polizei könne nicht helfen, da sie sofort von den Roma angegriffen werde.

Eine weitere Mauer gegen Roma wurde im Ort Michalovce in der östlichen Slowakei gebaut. Sollten die Mauern allein nicht abschrecken, dann ist vorgesehen, als Nächstes Wachtürme zu errichten. Nach dem Willen der neuen Mitte-Rechts-Koalition in der Slowakei sollen sich »Selbstverwaltungen und in der Roma-Frage betroffene Gemeinden« deutlich stärker als bisher engagieren, um die Angehörigen der zweitgrößten Minderheit im Lande unter Druck zu setzen, sich entweder anzupassen oder abzuwandern. »Anti-Roma-Schutzwälle« gelten dabei als salonfähig.

Auch in der Tschechischen Republik wird nun ganz offen über den Bau von Mauern gegen Roma diskutiert. Vor einem Jahrzehnt noch hatte der Versuch der Stadtverwaltung von Usti nad Labem (früher Aussig), eine Mauer um Roma-Behausungen zu ziehen, für internationales Aufsehen gesorgt.

Während die Roma-Politik der französischen Regierung im Ausland auf Kritik stieß, waren die Franzosen selbst offenbar mit Sarkozys harter Linie einverstanden. Mehr als zwei Drittel von ihnen befürworteten in repräsentati-

ven Umfragen diese Deportationen. Dies ist in anderen EU-Staaten nicht anders.

Die österreichische Zeitung *Die Presse* warnte gar schon vor einem Bürgerkrieg in Teilen Europas in Zusammenhang mit den Roma. Sie schrieb: »Die explosive Situation zwischen radikalen Teilen der Mehrheitsgesellschaft und der Minderheit der Roma vergleicht der Historiker Szilveszter Póczik mit einem brennenden Haus<, das bereits halb abgefackelt wurde. Póczik betont, dass in der >Zigeunerfrage< endlich Klartext geredet werden müsse. Eine Politik, die der Lösung des Roma-Problems mit Glacéhandschuhen zu Leibe rücken wolle, sei nicht zielführend. Póczik meint, dass klar und deutlich gesagt werden müsse, dass drei Viertel der Jugendlichen und mindestens die Hälfte der Erwachsenen, die derzeit in Ungarn Freiheitsstrafen abbüßen müssen, Roma seien. Der Roma-Bürgerrechtler Aladár Horváth betont, dass der einzige Weg aus der Misere über die Minderheit selbst führen müsse: >Die Roma müssen endlich daran glauben, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können.< Horváth räumt ein, dass sich viele Roma heute >asozial< verhielten.«<sup>829</sup>

### Keiner will sie haben

Nun existieren in Europa gutmütige Unterstützer der Sinti und Roma, die ständig auf die angebliche schlechte soziale Lage dieses Personenkreises hinweisen. Dabei verdient ein durchschnittlich kriminell begabtes Roma-Kind — wie wir weiter oben schon gesehen haben - mit Diebstählen in Europa monatlich etwa 12 000 Euro. Und zwar steuerfrei. Welchen Antrieb sollte so ein »Zigeunerkind« haben, etwas Vernünftiges zu lernen und einen anständigen Beruf zu ergreifen?

Bekannt sind die »Zigeuner« in westeuropäischen Städten vor allem als Bettler. Das österreichische Wirtschaftsmagazin *Format* berichtete 2011, dass Roma und Sinti allein in Österreich pro Jahr rund 50 Millionen Euro erbeteln, und schrieb: »Ein Geschäftsmodell, das sich - rein wirtschaftlich betrachtet - lohnt: Betteln ist ein Millionen-Business. Wobei die in Österreich erschnorrten Millionen nicht bei den Bedürftigen landen, sondern überwiegend in Dörfern in Rumänien und Bulgarien, wo sich >Zigeunerbarone< davon noble Villen errichten lassen.«<sup>830</sup> Wer also einer bettelnden »Zigeunerfrau« auch nur einen einzigen Cent gibt, der finanziert einem *Mafia*-Boss der Roma oder Sinti somit ein schönes faules Leben. Jeder Roma-Bettler kassiert pro Tag bis zu 80 Euro. Sie arbeiten in Gruppen von etwa 20 Personen, die monatlich bis zu

30000 Euro einnehmen<sup>831</sup>, wenn sie nebenher nicht zusätzlich stehlen. Die Bettler werden von den »Zigeunerbaronen« zu bei Europäern Mitleid erweckenden Teams zusammengestellt: Roma-Bettler mit amputierten Beinen oder Blinde bringen mehr als junge, kräftige Menschen. Die Bettler arbeiten freiwillig für die »Zigeunerbarone« und dürfen meist etwa 100 Euro im Monat behalten.<sup>832</sup> In ganz Europa sind die Roma-Bettler zur Plage geworden. In der Schweiz wird Roma deshalb das erbettelte Geld von der Polizei wieder abgenommen. Und werden die Roma ein zweites Mal beim Betteln von der Schweizer Polizei erwischt, dann kommen sie sofort in Haft.<sup>833</sup> Im schwedischen Göteborg sammelt die Polizei Roma-Bettler seit September 2010 mit Kleinbussen auf und weist diese sofort aus, weil Schweden auch EU-Bürger, die sich selbst nicht oder nicht auf ehrliche Weise ernähren können, nicht länger im Land duldet.<sup>834</sup> Die Schweden sind, was dieses Thema betrifft, schon ein merkwürdiges Völkchen. Am 30. Juli 2010 forderte die schwedische Regierung die Brüsseler EU-Kommission zu Maßnahmen gegen die Diskriminierung der Roma in der EU auf. Die schwedische EU-Ministerin Brigitta Ohlsson und Integrationsministerin Nyamko Sabuni forderten damals in einem Brief an die EU-Justizkommissarin Viviane Reding und EU-Beschäftigungskommissar Laszlo Andor den uneingeschränkten Zugang von Roma zum EU-Arbeits- und Wohnungsmarkt.<sup>835</sup> Das klang gut. Das war politisch korrekt. Und das wurde überall zitiert. Doch nur drei Tage später rechtfertigte die gleiche schwedische Regierung die Deportation von Roma aus Schweden. Migrationsminister Tobias Billström erklärte, für Menschen, die ihr Geld »auf unehrliche Weise verdienen«, sei kein Platz in Schweden. Er verwies in Zusammenhang mit beginnenden Deportationen in Schweden auf die Roma.<sup>836</sup> Ergo: Nicht jeder, der in der Öffentlichkeit Partei für die Roma ergreift, will diese eben auch vor der eigenen Haustüre haben.

In Polen werden Roma (etwa 35 000 leben im Land) seit Januar 2011 in vielen Läden und Restaurants nicht mehr bedient. »Menüs nur für Polen« titelte die polnische Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* und berichtete beispielsweise über Restaurants in der Stadt Posen, die es grundsätzlich ablehnen, Roma zu bewirten.<sup>837</sup> In einem polnischen Fernsehbericht heißt es dazu: »>Roma kommen gruppenweise, machen einen Höllenkrach und hinterlassen ein absolutes Durcheinanders sagt die Besitzerin des Restaurants *Cuba Libre*, Klaudia Lopez.«<sup>838</sup> Das Verbot gegenüber der ethnischen Minderheit ist zwar verfassungswidrig, aber das stört in Polen kaum jemanden. Die Polizei hat eine diesbezügliche Strafanzeige der Roma-Verbände nicht einmal entgegengenommen. Auch in den Städten Breslau und Lublin werden Roma heute einfach aus Geschäften geworfen. In Beuthen wurden Roma von Polen sogar angegriffen.

Im Warschauer Innenministerium sähe man die Roma lieber heute als morgen wieder abziehen.

»Roma raus!« heißt die Parole auch in Dänemark. »Kopenhagen will die Roma loswerden«, berichtete die dänische Tageszeitung *Politiken* im Sommer 2010.<sup>839</sup> Sie ließ ihre Leser wissen, dass ausgerechnet Frank Jensen, der sozialdemokratische Bürgermeister der dänischen Hauptstadt, die Regierung aufgefordert hatte, die rund 400 in der Stadt lebenden Roma abzuschleppen, wenn nötig mit Gewalt. »Die Situation ist unerträglich«, versicherte er und verwies auf die hohe Zahl von Wohnungseinbrüchen in den Stadtteilen, in denen sich die Roma niedergelassen hatten.

In Belgien werden Roma seit 2010 deportiert, keine neuen Campingplätze für sie ausgewiesen und diese Migranten in geheimen Datenbanken der Polizei geführt.<sup>840</sup> Am 26. Mai 2011 titelte die belgische Tageszeitung *De Standaard* »Oost-Europese bendes ongrijpbaar« (»Osteuropäische Banden schwer zu ergreifen«).<sup>841</sup> Trotz der seit zehn Jahren geltenden verschärften Sicherheitsbestimmungen seien »osteuropäische Banden« — im Artikel werden vorwiegend rumänische Zigeunerbanden aufgeführt — schwer zu fassen. Die Zeitung *De Standaard* bezog sich bei ihren Ausführungen auf die belgische Bundespolizei. Bei den Banden handle es sich in erster Linie »um Roma, meistens aus Rumänien«. Die Beamten hätten wegen der Mobilität der Zigeuner Probleme, diese ausfindig zu machen und zu verhaften: »Sie kommen für ein paar Tage oder Monate ins Land und kehren dann nach Osteuropa zurück.« Gefängnisstrafen würden die Roma nicht abschrecken. Zudem würden sie auf Minderjährige zurückgreifen, die »dank ihrer geringen Körpergröße leicht in Häuser eindringen können«, und werden sie gefasst, »riskieren sie aufgrund ihres Alters keine schweren Strafen.«<sup>842</sup>

In Österreich beschloss man im Mai 2011 die Verschärfung des steirischen Landessicherheitsgesetzes und hat — etwa in Graz - das Betteln an öffentlichen Orten verboten. Die Folge: Die Roma verschwanden sofort.<sup>843</sup> Sie zogen von Graz nach Wien.<sup>844</sup> Zugleich waren ab Mai 2011 in der steirischen Landeshauptstadt Graz mit Inkrafttreten des Bettelverbots skurrile Szenen zu beobachten: Da demonstrierten beispielsweise Pfarrer, Abgeordnete und ein ehemaliger ORF-Intendant auf der Straße für das Menschenrecht der Roma, ihr Leben durch Betteln zu bestreiten. Skurril war das Ganze deshalb, weil mit dem 1. Mai 2011 die volle Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt in Österreich und Deutschland in Kraft getreten war — auch für bulgarische, rumänische und ungarische Zigeuner. Sie dürfen seither legal arbeiten, und es gibt viele Firmen, die ihnen Arbeit anbieten, um sie aus ihrer »schlimmen sozialen Lage« herauszuholen. Doch die Roma wollen gar nicht arbeiten. So berichtete die Wiener



Tageszeitung *Die Presse* Mitte 2011 über legale Arbeitsangebote an bettelnde Roma: »Eine Gruppe von Unternehmern hat beschlossen, in ihren Firmen Arbeitsplätze zu suchen, die für Roma geeignet wären, und bot sie ihnen als Alternative zum Betteln an. Die Nachfrage danach hielt sich bisher in Grenzen, denn eine Beschäftigung, für die Steuern und Sozialversicherungsabgaben zu entrichten sind, mag weniger attraktiv sein als ein steuerfreies Einkommen aus dem Betteln.«<sup>845</sup>

Als die Roma 2010/2011 aus Frankreich, Schweden und Österreich vertrieben wurden, traten sie daraufhin verstärkt in deutschen Polizeiberichten auf. Beispielsweise hieß es etwa im Mai 2011 bei der Polizei Itzehoe über zwei mutmaßliche Roma: »Sie boten dem Inhaber des Betriebes >Dienste für Reparaturen von Werkzeug« an. Obwohl die Männer keinen Auftrag erhalten hatten, hantierten sie dort mit dem ihnen fremden firmeneigenen Werkzeug und verlangten für angebliche >Kobalthärtung< und >Nachschmiedearbeiten< (binnen 30 Minuten) 350 Euro — eingefordert mit einer Rechnung einer Internationalen Mechanischen Werkstatt - Reisende Fabrik, die laut vorgelegtem Schriftstück ihren Sitz in einer großen französischen Stadt im Osten von Frankreich haben soll. Dabei sollen die Unbekannten >mit drohender Körpersprache« aufgetreten sein und ihr >Wiederkommen< angekündigt haben. Nach Angaben des Firmeninhabers war lediglich das Anschauen des firmeneigenen Werkzeuges (Bohrer, Zangen etc.) durch die angeblichen Handwerker abgesprochen. Nach der Begutachtung sollte entschieden werden, ob tatsächlich ein Reparaturauftrag erteilt wird. Nach Darstellung des Itzehoer Unternehmers wurden seine Werkzeugteile von den Fremden in der Zwischenzeit lediglich mit Öl eingeschmiert. Eine vergütbare Arbeitsleistung habe gar nicht stattgefunden — könnte innerhalb kürzester Zeit auch gar nicht erbracht werden. Ohne die geforderte Summe zu bekommen, verschwanden die beiden Männer mit einem dunklen Kombi, der mit einem französischen Kennzeichen ausgestattet ist, in unbekannte Richtung.«<sup>846</sup>

Bundesweit traten Roma in Deutschland in den polizeilichen Fahndungsmeldungen mit für sie typischen Delikten in Erscheinung — eine weitere Fahndungsmeldung vom Frühjahr 2011 aus Mülheim: »Zwei bisher unbekannte Frauen stahlen gestern Nachmittag (22. Februar) aus der Wohnung einer 68-Jährigen zwei Schmuckstücke. Die Täterinnen schellten gegen 13:15 Uhr bei der Mieterin des Mehrfamilienhauses auf der Oberstraße an. Man bat um Zettel und Stift, weil sie einem Nachbarn eine Nachricht hinterlassen wollten. Die Seniorin ließ die Unbekannten herein. In der Küche zeigten die Frauen ein großes Tuch vor und boten es zum Kauf an. Diesen Sichtschutz nutzte nun ihre Komplizin aus und durchsuchte unbemerkt die anderen Räume. Als die

Seniorin aber merkwürdige Geräusche hörte und Verdacht schöpfte, verließen die Frauen fluchtartig die Wohnung. Die Mieterin sah nun, dass ihr Gästezimmer komplett durchsucht wurde, sämtliche Schränke standen offen. Täterbeschreibung: vermutlich eine Person ca. 30 Jahre alt, blonde kurze Haare, beige Kleidung; zweite Frau: kurze Haare, etwa 45 Jahre alt, auffallend roter Lippenstift — beide Rumäninnen/Sinti beziehungsweise Roma.«<sup>847</sup>

Auch in Baumheide warnte die Polizei die Bürger vor dreisten Zigeunerbanden, die skrupellos alte Menschen betrügen: »Dreiste Betrüger suchten wiederholt einen 70-jährigen Rentner aus Baumheide auf und erleichterten ihn mit unterschiedlichen Maschen um Bargeld in insgesamt fünfstelliger Höhe. Bereits im August 2010 hatten ein Mann und eine Frau bei dem Rentner geklingelt und Teppiche zum Kauf angeboten. Der Rentner ließ sich überreden und kaufte einen Teppich für 600,— Euro. Zum Dank kam das Pärchen an diesem Tag noch zwei Mal mit kleinen Geschenken wieder. Als die Betrüger das Vertrauen des Rentners erschlichen hatten, baten sie darum, sich von ihm Bargeld in vierstelliger Höhe leihen zu können. Als Grund gaben sie an, dass sie einen Container mit weiteren Teppichen mit der geliehenen Summe beim Zoll auslösen müssten. Am selben Abend wollten sie wiederkommen und ihre Schulden bei dem Rentner begleichen. Bis zum 28.01.2011 wartete der Rentner vergeblich auf die Begleichung der Schulden. An diesem Tag, gegen 13.30 Uhr, klingelte es erneut bei dem Rentner. Es stellten sich zwei Männer als Zollbeamte vor, die angeblich eine Bande von Teppichverkäufern festgenommen hätten. Angeblich hätte man bei der Bande das geliehene Geld des Rentners aufgefunden. Bei dem aufgefundenen Geld sollte es sich um Falschgeld handeln und die Männer müssten nun die gesamte Barschaft des Rentners kontrollieren. Der Rentner wollte den >Beamten< keine weiteren Umstände bereiten und händigte Bargeld in fünfstelliger Höhe aus. Die >Beamten< verließen daraufhin ohne Ausstellung einer Quittung die Wohnung. Am Dienstag, 31.01.2011, fragte der Rentner beim Zollamt Bielefeld hinsichtlich des Ergebnisses der Geldüberprüfung nach. Er musste feststellen, dass das Zollamt keinen Hausbesuch bei ihm gemacht hat und er Betrügern zum Opfer gefallen war. Das Pärchen, das den Rentner bereits im August aufsuchte, konnte wie folgt beschrieben werden: die Frau war ca. 30-35 Jahre alt und Südländerin, augenscheinlich Sinti und Roma, der Mann auch ca. 30-35 Jahre alt, dunkle Hautfarbe, auch augenscheinlich Sinti und Roma. Die angeblichen Zollbeamten beschrieb der Rentner als 30-35 Jahre alte Männer mit dunkler Hautfarbe, augenscheinlich Sinti und Roma, beide ca. 180 cm groß, beide bekleidet mit schwarzen Lederjacken. Sie trugen einen Ausweis mit sich, der sie als Zollbeamte legitimieren sollte.«<sup>848</sup>

Überall in Europa will man die Rotationseuropäer wieder loswerden und schiebt sie in ihre Heimatländer ab. Ganz anders in Deutschland: Nordrhein-Westfalen etwa hat einen Abschiebestopp für Roma in ihre Heimatländer verfügt<sup>849</sup> - wegen der dortigen »schwierigen Lebensbedingungen«. So sammeln sich denn immer mehr Angehörige dieser ethnischen Minderheit im Ruhrgebiet. Nicht nur in Duisburg gehen viele Kinder solcher ethnischer Minderheiten aus Bulgarien und Rumänien nicht in die Schule.<sup>850</sup> Viele von ihnen werden irgendwann ganz sicher in der polizeilichen Kriminalstatistik auftauchen. Die aber verschleiert das tatsächliche Lagebild aus Gründen der politischen Korrektheit.

### Vom Zigeuner zum Rotationseuropäer

Es ist nicht leicht, sich einen Überblick über die kriminellen Aktivitäten dieser Bevölkerungsgruppe zu verschaffen, denn Polizei und Ordnungsbehörden dürfen »Zigeuner« ja nicht mehr »Zigeuner« nennen. Ständig erfinden wir neue Umschreibungen für eine Bevölkerungsgruppe, an deren Beliebtheit sich seit vielen Jahren nichts geändert hat.

In Bayern wurden im Jahre 2011 die Schilder an Campingplätzen ausgetauscht, die für Sinti und Roma reserviert waren. Seit Jahrzehnten standen dort Schilder mit der Aufschrift »Landfahrerplatz«. Als etwa in Dachau an der Würmmühle ein Schild mit einer solchen Aufschrift entfernt wurde, schrieb der *Münchner Merkur* dazu: »Die Bezeichnung >Landfahrerplatz< ist durch den Nationalsozialismus historisch vorbelastet und wird von den Roma- und Sintiverbänden als Synonym für die Fremdbezeichnung >Zigeuner< abgelehnt. Erich Schneeberger, der Landesvorsitzende deutscher Sinti in Bayern, bestätigte dies, fügte aber hinzu, dass es in Bayern noch genügend derart bezeichnete Plätze gibt. >Wir schlagen die Bezeichnung ‚Platz für reisende Bevölkerungsgruppen‘ vor<, so Schneeberger. >Den Begriff ‚Platz für ethnische Minderheiten‘ lehnen wir ebenfalls ab.«<sup>851</sup>

Beständig sind Europäer auf der Suche nach politisch korrekten Begriffen, die unsere Zuwanderer nicht »diskriminieren«. Wir überlegen in Europa seit Langem krampfhaft, wie wir künftig Menschen bezeichnen, die man früher »Zigeuner« oder »Sinti und Roma« nannte, denn auch der letztere Begriff ist inzwischen für bestimmte Landfahrer politisch nicht mehr korrekt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb dazu immerhin: »Für Polizei und Ordnungsamt sind diese Gruppen allerdings schwer zu greifen. Das fängt schon mit der Begrifflichkeit an. Die Bezeichnungen >Sinti und Roma< sowie >Zigeuner<

dürfen aufgrund ihrer Verwendung während des Nationalsozialismus von den Behörden nicht verwendet werden. So behelfen sich die Beamten bei ihren Ermittlungen oftmals mit Ausdrücken wie »Personen mit häufig wechselndem Aufenthaltsort« oder »Mobile ethnische Minderheiten«, kurz: »Mems«. Als jüngster Begriff hat sich nun die Formulierung »Rotationseuropäer« durchgesetzt. Aber die Beamten vermuten, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis auch diese Bezeichnung aus Gründen der »Political Correctness« nicht mehr genutzt werden darf.<sup>852</sup>

In Rumänien hat man vor zehn Jahren verboten, die Roma »Zigeuner« zu nennen. Im Dezember 2010 machte man das wieder rückgängig. Seither muss man Roma in Rumänien wieder als »Zigeuner« bezeichnen. Der Grund für die Kehrtwende: In ganz Europa wurden Rumänen wegen der phonetischen Ähnlichkeit mit den Roma verwechselt. Das wollte die Regierung nicht länger hinnehmen.<sup>853</sup>

Wie also verhält man sich? Wie nennen wir denn nun jene Landfahrer, die man früher »Zigeuner«, »Sinti und Roma« und dann zwischendurch »Rotationseuropäer«, »Personen mit häufig wechselndem Aufenthaltsort« oder »mobile ethnische Minderheit« nannte? Wahrscheinlich rotiert der Zigeunerbaron im Grabe, wenn er erfährt, dass wir ihn nun als »Rotationseuropäer« bezeichnen. Und wahrscheinlich werden jene Niederländer, die in Sommermonaten auf deutschen Autobahnen mit ihren Campingwagen in den verdienten Urlaub fahren, die Deutschen massenweise wegen Diskriminierung verklagen, wenn in deutschen Polizeiberichten künftig mit dem gewissen »Igitt-Faktor« nach einer »mobilen ethnischen Minderheit« gefahndet wird.

Der Chef des deutschen Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, wies seine Beamten 2011 an, die Rotationseuropäer in Zusammenhang mit Täterbeschreibungen nicht mehr »Roma oder Sinti« zu nennen, schließlich sei das »rassistisch«.<sup>854</sup>

Merkwürdigerweise haben die Sinti und Roma selbst noch gar nicht mitbekommen, dass sie die Bezeichnung »Sinti und Roma« beleidigt. Denn allen Ernstes lädt der »Zentralrat der Sinti und Roma« regelmäßig Journalisten unter genau diesem Namen als Verband der zugewanderten Bevölkerungsgruppe ein — und fordert deutsche Medien energisch auf, »Sinti und Roma« nicht länger zu diskriminieren.<sup>855</sup> Und während die Europäische Union im Jahre 2010 nicht wusste, woher sie das Geld für bankrotte EU-Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Spanien und Portugal nehmen sollte, hatte sie parallel dazu mit enormem Finanzaufwand zum »Sinti- und Roma-Gipfeltreffen« ins spanische Córdoba eingeladen.<sup>856</sup> 400 Vertreter von »Rotationseuropäern«, EU-Institutionen, nationalen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sprachen

über Projekte und Strategien zur finanziellen Förderung der Sinti und Roma in Europa. Die EU-Kommission machte dafür - wieder einmal - Mittel aus dem Strukturfonds locker. Parallel dazu forderten in Deutschland die Grünen und die CDU in seltener Einigkeit einen Abschiebestopp für Sinti und Roma. Die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, und der ehemalige Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling (CDU), beklagten in einer gemeinsamen Erklärung, Abschiebungen von Rotationseuropäern in ihre Heimatländer zerstörten »den Zusammenhalt und das Glück vieler Familien, sie zerstören die beruflichen Perspektiven besonders der jungen Leute, für die diese Abschiebung die erste Vertreibung ihres Lebens ist«<sup>857</sup>.

### Hilfe für Roma - rausgeworfenes Geld?

Ganze Generationen von Sozialarbeitern sind schon an der vagabundierenden Bevölkerungsgruppe gescheitert. Hinzu kommt: Überall dort, wo es früher in Ländern wie Ungarn, Bulgarien oder Rumänien Barackensiedlungen von Roma gab, entstehen heute neue Villenviertel. In diesem Zusammenhang berichtete die Tageszeitung *Die Welt* aus dem rumänischen Hunedoara: »Ausgerechnet wohlhabende Angehörige der Volksgruppe, die in dem Vielvölkerstaat in der Regel in den kärglichsten Baracken haust, haben der Stadt nun ein neues Luxusviertel beschert. Im Wettstreit um die schönste Villa scheuen neureiche Roma weder Mühen noch Mittel (...), ihr Vermögen haben sich die Besitzer der neuen Prunkbauten keineswegs mit ihrem Traditions Handwerk in der Heimat verdient. Bis vor wenigen Jahren habe es derartige Paläste in Hunedoara noch nicht gegeben, sagt ein in der Stahlstadt geborener Student. Roma hätten auch in seiner Stadt in auffälligen Siedlungen gehaust. Die meisten seien immer noch sehr arm: >Aber einige haben es offenbar im Ausland zu Wohlstand gebracht. Zum Beispiel die Besitzer der *Vila Ciaplin*. Vor der Baustelle parkt eine dunkel schimmernde *Jaguar*-Limousine. Ihre Eltern hätten in den USA und Großbritannien gearbeitet und damit die Basis für ihren heutigen Reichtum gelegt, erzählen zwei Schulkinder eine Ecke weiter vor der *Vila Duda* und fügen hinzu: >Wir wollen da auch mal arbeiten - und Geld machen.<<<sup>858</sup> Das ist eben kein Einzelfall, sondern der Normalfall. Die in Großfamilien organisierten und patriarchalisch strukturierten »Zigeuner« bauen mit den erwirtschafteten Geldern zunächst dem Familienoberhaupt die schönste Villa. Diese Familienoberhäupter sind aus Sicht der westlich-abendländischen Kultur allerdings nichts anderes als *Mafia*-Bosse. Ein typisches Beispiel dafür ist der

Roma-Aktivist Hamdi Bajram aus Tetova, der viertgrößten mazedonischen Stadt. Hamdi Bajram ist Vertreter der Roma von Tetova und gern gesehener Ansprechpartner deutscher, österreichischer und anderer europäischer Hilfsorganisationen, die die soziale Lage der Roma verbessern wollen. Der Mann wurde allerdings schon 2004 von der EU zur unerwünschten Person erklärt<sup>859</sup> und steht auch in den USA auf der Liste jener Personen, die nicht einreisen dürfen. Das stört die Gutmenschen nicht. Sie werden auch nicht wissen, dass der Clan von Hamdi Bajrami zur größten Schleuser-*Mafia* auf dem Balkan gehört. Der Bajrami-Clan betrieb dafür sogar ein eigenes Reisebüro mit der Bezeichnung *Sky Vim-AB*.<sup>m</sup>

Andere Roma-Clans haben sich darauf spezialisiert, Kinder zu verkaufen. Was in den Ohren eines Mitteleuropäers völlig abstrus und unglaublich klingen mag, ist für manche Roma-Sippenverbände ein bequemer Weg, ohne Arbeit Wohlstand anzuhäufen. Immer wieder fallen ganze Roma-Familien damit auf, dass deren schwangere Frauen (auch ohne Not) ihre Babys in Krankenhäusern verkaufen. Ein Beispiel: Im Januar 2011 wurde im bulgarisch-griechischen Grenzgebiet eine zwölköpfige Roma-Bande ausgehoben, die schwangere Roma-Frauen nach Griechenland brachte, wo sie ihre Kinder gebären, die anschließend verkauft wurden. Für einen Jungen bekamen sie 25 000 Euro, für ein neugeborenes Mädchen 15 000 Euro.<sup>861</sup> Je heller die Haut der verkauften Babys ist, umso teurer sind diese. Man kann an diesem Beispiel gut sehen, dass die kriminellen Roma-Banden keinesfalls nur aus den Ärmsten der Armen bestehen: In Griechenland sorgten Roma, die dort als Anwälte arbeiten, für die Geburtsurkunden und Ärzte aus den Roma-Clans für die medizinische Betreuung. Das kriminelle Verhalten hat somit offenkundig nichts mit der mangelnden Bildung zu tun, sondern zieht sich als Wert auch durch das Leben jener, die nicht den durchschnittlich eher niedrigen Roma-Intelligenzquotienten haben.

In Ungarn, neben Bulgarien und Rumänien eines der Heimatländer der Roma, hat die Europäische Union (also wir Steuerzahler) viel Geld in Bildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Roma investiert - 15 Jahre lang. Die Roma haben sich an diese Hilfe gewöhnt. Geändert hat sich allerdings nichts. Die Roma haben weder Bildungs- noch Arbeitsangebote in größeren Zahlen akzeptiert. Und deshalb gibt es nun - aus liberalen Kreisen der Ungarn - einen völlig neuen Vorschlag, wie man Roma integrieren und an Bildung heranführen könnte: Man nimmt ihnen die Kinder weg und steckt diese in »Boarding-Schulen«. <sup>862</sup> Gemeint sind Ganztagschulen mit angeschlossenem Internat. Die Intellektuelle Eszter Babarczy, die ganz gewiss keine Rechtsradikale ist, hat diesen Vorschlag unterbreitet - und stieß damit auf große Zustimmung.

Unklar ist allerdings die Frage, ob damit nicht gegen Menschenrechte verstoßen wird und wer die Kosten der Maßnahme übernehmen soll.

In Deutschland steht etwas völlig anderes im Vordergrund: die Schuld, die Schuld und wieder einmal die Schuld der Deutschen. Es ist unbestritten, dass in Hessen während der Zeit des Nationalsozialismus etwa 700 Sinti und Roma von Deutschen getötet wurden. Zu Recht fordern Vertreter der Sinti und Roma, dass darüber an deutschen Schulen gesprochen werden muss. Doch angesichts mancher Entwicklungen reibt man sich nur noch verwundert die Augen: In Hessen darf die Polizei inzwischen nicht einmal mehr gegen rumänische Banden vorgehen, die das Mitleid der Deutschen brutal ausnutzen und etwa in Frankfurt gefälschte Obdachlosenzeitungen verkaufen. Eine dort erscheinende Zeitung warnte vor den dreisten Bettelbanden und schrieb: »Frankfurts Stadtpolizei kann gegen den neuartigen Bettelbetrug nicht vorgehen, weil das Land Hessen das Gesetz gegen diese Abzockmaschine gestrichen hat — Bürokratieabbau! (...) In dem internen Schreiben der Stadtpolizei spricht man sogar von »rechtsfreiem Raum«.«<sup>863</sup> Die angebliche Obdachlosenzeitung erscheint vier bis sechs Mal im Jahr, allerdings ist jeweils nur das Titelblatt ein neues. Drinnen steht immer das Gleiche: zusammenkopierte Gutmenschtexte aus dem Internet, um Mitleid zu erregen. Natürlich sollen die Kunden noch etwas Geld zusätzlich spenden, angeblich für eine Obdachlosenküche. Doch das Geld wandert in die Taschen der Betrüger, die für ehrliche Arbeit zu faul sind. Die Frankfurter Stadtpolizei empfiehlt inzwischen öffentlich: »Kaufen Sie diesen Leuten nichts ab!«<sup>864</sup>

Trotz Wirtschaftskrise und leerer Kassen ist die Spendenbereitschaft innerhalb der EU groß. Viele nutzen das brutal aus, etwa die Roma. 2,25 Milliarden Euro sind auch für jene europäischen Politiker viel Geld, die es gewohnt sind, ständig große Summen auszugeben. 2,25 Milliarden Euro ist jene Summe, die die Europäische Union zur Verbesserung der sozialen Lage von Roma-Familien spendet. Das Geld stammt aus dem Europäischen Sozialfonds. Die politisch eher links angesiedelte niederländische Zeitung *Trouw* hat nun Ende 2010 enthüllt, wo dieses Geld tatsächlich gelandet ist: in den Taschen korrupter rumänischer Politiker und auf den Konten angeblicher Roma-Hilfsorganisationen (NGOs).<sup>865</sup> Der entsprechende, gut recherchierte Bericht von *Trouw* hat nicht nur in den Niederlanden für Unruhe gesorgt. Von den über 300 NGOs, die in Rumänien mit EU-Geldern angeblich den Roma helfen, existieren mehr als 280 nur auf dem Papier und kassieren EU-Fördergelder, mit denen sie das Leben ihrer eigenen Gründer beziehungsweise Mitglieder finanzieren, ohne auch nur die geringste Arbeit zu leisten. Dem Blatt wurde dies auch durch die rumänische Hilfsorganisation *Agentia Impreuna* bestätigt. Nach Angaben von

*Trouw* sind von den aus der EU zur Verfügung gestellten enormen Summen drei Viertel als Gehälter nicht aktiver Mitarbeiter rumänischer NGOs ausgegeben worden, der Rest wanderte in die Taschen rumänischer Politiker. Ein Mitglied der staatlichen rumänischen Agentur zur Förderung der Roma sagte der Zeitung, die EU-Fördergelder würden derzeit »wie eine Beute« unter Politikern und angeblichen Hilfsorganisationen verteilt. Auch das niederländische Magazin *Elsevier* berichtete inzwischen über den Milliardenpendenklaue unter der Überschrift »EU-miljarden voor Roma verdwijnen in het niets« (»EU-Milliarden für Roma verschwinden im Nichts«).<sup>866</sup>

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zeigte sich unterdessen entsetzt über den Missbrauch der EU-Spendengelder und hob nach Gesprächen mit dem rumänischen Präsidenten Traian Basescu hervor, die Eingliederung der Roma in die rumänische Gesellschaft werde künftig nicht mehr vorrangig als Aufgabe der EU, sondern als nationale rumänische Aufgabe angesehen. Demnach will die Europäische Union nach den schlechten Erfahrungen vorerst zusätzlich zu den weitgehend verschollenen 2,25 Milliarden keine weiteren Hilfsgelder für die rumänischen Roma überweisen. Doch die 2,25 Milliarden Euro sind bei näherer Betrachtung eben nur ein Bruchteil jener EU-Gelder, die derzeit in Zusammenhang mit Roma-Projekten in Osteuropa verschwinden.

In Europa leben zwischen zehn und zwölf Millionen Roma, davon zwei Millionen in Rumänien. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 hat die EU insgesamt 13 Milliarden Euro zur Förderung von Bildung und sozialer Lage der Roma in den östlichen EU-Staaten bereitgestellt.<sup>867</sup> Von den schon erwähnten 2,25 Milliarden Euro, die allein Rumänien bekommen hat, kamen nach Schätzungen der EU gerade einmal ein (!) Prozent tatsächlich bei den Roma an. Ein typisches Beispiel: Im Bukarester Stadtteil Ferentari, wo mehr als 70 Prozent der 90 000 Einwohner Roma sind, ist die »Schule Nr. 136« eine von 90 staatlichen Schulen, die eigentlich mit Geldern der EU die Ausbildung von Roma fördern sollte. Sie steht wie alle anderen nun vor der Schließung, weil das Geld auf dem Weg von Brüssel nach Bukarest in dunklen Kanälen verschwunden ist.

Die Betrüger, die sich skrupellos bereichern, sind häufig selbst Roma. In Deutschland berichten die Medien bislang nicht über die Veruntreuung von Euro-Hilfsgeldern, die vor allem auch von deutschen Steuerzahlern finanziert werden müssen. Dies würde schließlich ein schlechtes Licht auf Rumänien, die Roma und den Umgang mit Hilfsgeldern aus der EU werfen. Deshalb schaut man seitens der Medien lieber politisch korrekt weg. Kriminelle Roma-Organisationen, die Hilfsgelder veruntreuen, gibt es ganz sicher auch in Deutsch-



land. Man spricht nur nicht darüber, da es gilt, sich an die Regeln der Political Correctness zu halten.

### **Sozialdemokraten lassen Roma sterilisieren und deportieren**

Wie sieht die Zukunft für Europa und für die Roma aus? Wie wir gesehen haben, gehen viele Roma-Kinder nicht zur Schule. Was das bedeutet, muss hier nicht näher beschrieben werden. In der Tschechischen Republik besuchen Roma-Kinder zwar die Schule, doch 30 Prozent (!) von ihnen müssen auf Schulen für geistig Behinderte.<sup>868</sup> 85 Prozent der Tschechen wollen künftig nicht mehr gemeinsam in einem Land mit den Roma leben.<sup>869</sup> Egal, wohin man in Europa schaut - mit Ausnahme von Deutschland, wo die politische Korrektheit Staatsdoktrin ist -, das Bild ist überall identisch. Muss man da noch lange rätseln, welche »Bereicherung« auch die nächste Roma-Generation für uns Europäer darstellen wird und welche Folgen sich daraus ergeben werden?

Für uns Deutsche ist das alles immer noch ein großes Tabuthema. Statt vagabundierende kriminelle Roma zu kasernieren und zu deportieren, wälzen wir uns in Schuldgefühlen und behaupten, es gebe einfach zu viele »Vorurteile« gegen Roma. Beispielsweise berichtete die Zeitung *Wiesbadener Kurier* 2011: »Schüler und Lehrer in Hessen wissen zu wenig über die Vorurteile und die Verfolgung der Sinti und Roma, stellt der Landesverband Deutscher Sinti und Roma fest. Und er nahm es selbst in die Hand, etwas dagegen zu tun: nämlich, umfangreiches Unterrichtsmaterial erarbeiten zu lassen, das in verschiedenen Fächern von Politik über Geschichte und Deutsch bis Religion/Ethik eingesetzt werden kann und zu verschiedenen Lehrplaninhalten von der Grundschule bis zum Gymnasium passt.« Interessant: Wir klären Schüler nicht etwa über typische kriminelle Verhaltensweisen von Roma und deren Abwehr auf, sondern wir bringen unseren Schülern von klein auf bei, dass sie sich gegenüber Zigeunern schuldig fühlen müssen. In anderen Ländern gibt es diesen Schuld-kult nicht.

Bis in die 1990er-Jahre hinein hat man Roma-Frauen in der Schweiz, in Schweden und in der Tschechischen Republik gleich nach der Geburt ihres ersten Kindes häufig noch im Krankenhaus sterilisiert.<sup>870</sup> Es waren — das zur Beruhigung der Gutmenschen — Kommunisten, die das Programm in den 1950er-Jahren in der Tschechoslowakei entwickelten.<sup>871</sup> Erst im Jahre 2003 wurde es dort eingestellt<sup>872</sup> und Roma-Frauen zwischenzeitlich in Einzelfällen von Gerichten auch Schadensersatz zugesprochen.<sup>873</sup> In der Schweiz lehnte die

Regierung es 2004 ab, die Opfer der Zwangssterilisationen zu entschädigen.<sup>874</sup> Seit 1997 ist bekannt, dass es auch in Schweden ein Programm zur Zwangssterilisierung von Roma-Frauen gab.<sup>875</sup> Seit dem Januar 2011 arbeitet man die damit verbundene Geschichte auf.<sup>876</sup> Ganz anders in der Slowakei<sup>877</sup>: Dort ist man auch heute noch stolz darauf, Roma-Frauen »vorschriftsmäßig sterilisiert« zu haben. Alle diese in den vergangenen Jahren erfolgten Eingriffe bei Roma-Frauen in slowakischen Krankenhäusern seien »im Einklang mit den gültigen Vorschriften« durchgeführt worden, teilte das slowakische Gesundheitsministerium mit.<sup>878</sup> Roma-Frauen bekommen zudem bei einem Aufenthalt in einem slowakischen Krankenhaus auch weiterhin einen Stempel in ihre Papiere: »R« für Roma.<sup>879</sup> In der Slowakei wurden die von den Kommunisten eingeführten Roma-Zwangssterilisationen bis zum Jahre 2007 beibehalten. Seit 2011 befasst sich der Europäische Menschenrechtsgerichtshof damit.<sup>880</sup> Auch in Norwegen, Dänemark und Finnland wurden Zehntausende Zwangssterilisationen von Roma-Frauen aus »Gründen der Rassenhygiene« vorgenommen. Und zwar nicht im Zweiten Weltkrieg, sondern bis vor wenigen Jahrzehnten.<sup>881</sup> Zwangssterilisationen sollten demnach insbesondere an Angehörigen ethnischer Minderheiten ausgeführt werden, die den Sozialhaushalt des Wohlfahrtsstaates belasteten und die nach Ansicht der Behörden die Bevölkerungsqualität durch ihre »schlechten Erbanlagen« herabsetzten.

Während in Deutschland die menschenverachtenden Zwangssterilisationen der Nazis an ethnischen Minderheiten, also die angeblichen »Träger minderwertigen Erbgutes«, mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endeten, wurden sie in den »fortschrittlichen« Staaten Skandinaviens, der Schweiz und osteuropäischen Ländern erst nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen. In ganz Skandinavien war der Wohlfahrtsstaat die treibende Kraft hinter der ethnischen Säuberungspolitik. Eine Kombination von starker sozialer Konformität, rassenhygienischem Gedankengut, der Sorge um steigende Sozialausgaben und einem nahezu unbegrenzten Vertrauen in den Fortschritt durch Wissenschaft und Plansteuerung ließen die Zwangssterilisation an Roma und anderen ethnischen Minderheiten zu einem attraktiven bevölkerungspolitischen Werkzeug werden.

Rassenhygienische Säuberungsprogramme waren und sind demnach nicht auf das totalitäre Naziregime beschränkt, sondern wurden selbst in solchen Ländern durchgeführt, die für ihre liberalen Traditionen und für ihre Unterstützung der Schwächsten der Gesellschaft bekannt sind. Es existiert also eine direkte Parallele zwischen nationalsozialistischem rassenhygienischem Denken und sozialdemokratischer rassenhygienischer Wohlfahrtsstaatspolitik. Denn die Zwangssterilisationen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg ausschließlich

in kommunistisch oder sozialdemokratisch regierten Staaten durchgeführt. Im Übrigen waren es Kommunisten, die aus Roma-Nomaden in Europa als Erste Sesshafte machten: 1958 verbot die tschechische Regierung den Roma das Reisen.<sup>882</sup> Also blieb ihnen keine andere Wahl als die Sesshaftigkeit.

Vielleicht sollten wir an dieser Stelle der Vollständigkeit halber einmal darauf hinweisen, dass es ebenfalls Sozialdemokraten waren und sind, die in Europa wieder Arbeitslager für sozial Schwache und für Kriminelle fordern, so wie etwa die niederländische sozialdemokratische Partei, deren Chef schon 1998 öffentlich die Rückkehr der »Arbeitslager« für kriminelle Jugendliche verlangte.<sup>883</sup> Es war der sozialdemokratische Bürgermeister von Nieuwegein, Cor de Vos, der Ende 2010 anordnete, dass die Stadt und die zu ihr gehörenden Sicherheitsbehörden ethnische Register über die Roma führen sollten, um deren Kriminalität zu bekämpfen.<sup>884</sup> Es war der sozialdemokratische Bürgermeister von Kopenhagen, Frank Jensen, der im Juli 2010 öffentlich die »Säuberung« der dänischen Hauptstadt Kopenhagen von kriminellen Roma forderte.<sup>885</sup> Und in Dortmund erklärte die SPD-Ratsfrau Dr. Marita Hetmeier im Jahre 2011, man müsse in der Dortmunder Nordstadt endlich etwas unternehmen, »sonst haben wir hier in zwei Jahren 15 000 bis 20 000 bulgarische Kriminelle«.<sup>886</sup> Mit diesen Worten wurde sie 2011 auch von der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* zitiert.

Nun könnte man meinen, dass zumindest die Grünen an vorderster Stelle stehen, wenn es gilt, die Diskriminierung der Roma zu verhindern. Doch diese sind in der Realität Maulhelden, setzen sich zwar virtuell für Roma ein, aber wenn es darauf ankommt, stehen sie aufseiten jener, die die Roma vertreiben wollen. Dazu ein Beispiel: Im badischen Freiburg ist der Grünen-Politiker Dieter Salomon Oberbürgermeister. Er hielt Roma früher für eine Bereicherung. Doch dann kamen viele Roma, weil man sich in Freiburg für ein Bleiberecht dieser Bevölkerungsgruppe einsetzte. Im Jahre 2010 wurde es dem grünen Oberbürgermeister offenkundig dann doch zu viel: Im April des genannten Jahres registrierte das grüne Freiburg schon 850 Roma-Flüchtlinge. Und ein Ende dieses Zustroms war nicht abzusehen.<sup>887</sup> Statt sich über die angebliche Bereicherung der Stadt und die ungeheuren Potenziale der Zigeuner zu freuen, bat der Grünen-Politiker nun die Landesregierung um Hilfe. Er sprach von einem »massiven Zustrom« der Roma, weiterhin von einer »unhaltbaren Situation« und forderte abschließend eine Umverteilung der Rotationseuropäer auf andere Städte.<sup>888</sup> Eigentlich ist das Ganze ein Treppenwitz der deutschen Geschichte: Erst forderte Freiburg die Roma zum Kommen auf. Der Gemeinderat verabschiedete eine Resolution, in der die Stadt ihre Offenheit und Liberalität hervorhob und sich unter anderem für Roma-Flüchtlinge stark

machte.<sup>889</sup> Als sie dann in Scharen kamen, rief man laut um Hilfe und wollte die angeblich so wundervollen Mitbürger doch nicht mehr alle haben.

Ein weiteres bezeichnendes Beispiel für grüne (europäische) Roma-Politik: Ende 2006 hatte der konservative tschechische Politiker Jiri Cunek in Vsetin ein von Roma bewohntes Haus räumen und diese ins 200 Kilometer entfernte Alvertergebirge deportieren lassen. Dort wurden sie in baufälligen Häusern untergebracht. Der Christdemokrat Jiri Cunek war damals noch Bürgermeister von Vsetin. Er sagte zu der von ihm angeordneten Roma-Deportation: »Ich entferne doch nur ein Geschwür, das machen die Ärzte doch auch.«<sup>890</sup> Diese Aktion half ihm beim steilen politischen Aufstieg. Er avancierte danach erst zum Vorsitzenden seiner Partei und schließlich im Jahre 2007 sogar zum tschechischen Minister für Regionalentwicklung.<sup>891</sup> Die Partei der Grünen duldet ihn im Ministeramt.<sup>892</sup> Schlimmer noch: Die tschechische Regierung entschied 2007, es sei völlig in Ordnung, dass direkt neben dem früheren Roma-Konzentrationslager im südböhmischen Lety eine Schweinefarm errichtet wurde.<sup>893</sup> Auch diese (pietätlose) Entscheidung tolerierten die Grünen. Diese Haltung entspricht übrigens der Mehrheit der Tschechen, von denen drei Viertel bei einer Befragung angaben, dass sie keine Roma als Nachbarn haben wollten.<sup>894</sup>

Am Ende dieses Kapitels wollten wir es nicht unerwähnt lassen, dass es viele ehrenwerte Gutmenschen gibt, die in der Vergangenheit versucht haben, Zigeunern zu helfen. Karin Reemtsma, eine Nichte des Sozialwissenschaftlers und Kulturmäzens Jan Phillip Reemtsma, setzte sich engagiert für Zigeuner ein, kämpfte gegen deren Stigmatisierung. Die Völkerkundlerin war von 1981 bis 1987 Referentin für Sinti und Roma bei der Gesellschaft für bedrohte Völker. Sie arbeitete auch als Gutachterin in Zigeunerasylverfahren für Verwaltungsgerichte. Dann lernte sie den Roma Asmet S. kennen<sup>895</sup>, der mit seiner Frau und zwei Kindern als Flüchtling aus Jugoslawien gekommen war. Karin Reemtsma glaubte an die große Liebe, Asmet S. an das große Geld. Sie heiratete den Mann, dem sie laufend große Summen zukommen lassen musste. Doch eines Tages ermordete er sie.<sup>896</sup> So ergeht es jenen, die sich engagiert für Zigeuner einsetzen. Die bekannteste deutsche Roma-Expertin wurde ein Opfer.<sup>897</sup> Man spricht nur besser nicht darüber. Das wäre politisch nicht korrekt.

Es ist vor dem Hintergrund der oben geschilderten Aktionen interessant, dass all jene, die ein Durchgreifen gegen Roma fordern, heute generell nur als »Nazis« bezeichnet werden, wo doch gerade in der jüngsten Vergangenheit nun einmal sozialdemokratische und kommunistische europäische Parteien diejenigen waren, die die Roma verfolgen ließen. Nicht anders ist es in der Türkei. Ausgerechnet jene Türken, die heutzutage ethnischen Europäern (vor allem

Deutschen) vorwerfen, sie würden als ethnische Minderheit in europäischen Ländern diskriminiert, verhalten sich gegenüber ihren eigenen Minderheiten in der Türkei weitaus schlimmer. Man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass dort zwischen drei und 4,5 Millionen Roma leben.<sup>898</sup> Die sogenannten Xoraxane-Roma sind islamischen Glaubens, also Muslime wie die Mehrheit der Türken. Die Tageszeitung *Hürriyet*, die die Zahl der in der Türkei lebenden Roma auf etwa 3,5 Millionen schätzte, berichtete am 7. April 2011, was die Türken von den türkischen Roma halten: Danach gelten sie durchweg als kriminell.<sup>899</sup> Der Europarat kritisiert, dass Roma in der Türkei diskriminiert, verfolgt, sozial benachteiligt, gesellschaftlich marginalisiert und aus ihren Wohngebieten vertrieben werden.<sup>900</sup> Das ist die eine Seite. Die andere sieht so aus: Türken, die in Europa leben, fordern ein Ende ihrer »Diskriminierung«. Man muss wohl skrupellos und besonders dreist sein, um mit dieser Schizophrenie leben zu können.



## Teil V

# So werden wir belogen und betrogen

### Wachstumsmarkt Mitleidsindustrie : Geschäfte mit dem schlechten Gewissen

Wir wir schon feststellten: Europäer spenden gern. Egal, was auf der Welt an Katastrophen passiert — wir fühlen uns verantwortlich. Inzwischen lebt eine gigantische Industrie von unserem schlechten Gewissen. Rund 37000 Hilfsorganisationen konkurrieren um die Inhalte unserer Geldbörsen. Sie appellieren an die Urinstinkte von Menschen: Darf man Kinder einfach so verhungern lassen? Muss man Menschen, die in Not geraten sind, nicht überall auf der Welt helfen? Die internationale Hilfe ist eine gigantische Industrie, die häufig völlig unkontrolliert arbeitet. Mindestens 100 Milliarden Euro verschwinden pro Jahr dort, wo sie garantiert nicht hingehören: in den Taschen von Kriminellen. Eines der einträglichsten Geschäfte ist es, dummen Europäern das Geld für angebliche Waisenkinder aus der Tasche zu ziehen. So existieren denn heute weltweit immer mehr Waisenhäuser, in denen es keine Waisenkinder gibt.

Es ist unbestritten, dass es seriöse Kinderhilfswerke gibt. Doch die Zahl der Schwarzen Schafe scheint sie derzeit vor allem auf dem Gebiet der Waisenhäuser zu überrollen. Die Britin Jennifer Morgan hatte weltweit viele von europäischen Spendengeldern finanzierte Waisenhäuser aufgesucht.<sup>901</sup> Ihr aus diesen Besuchen resultierender Bericht ist so schockierend, dass ihn bislang nicht eine vom Spendensammeln lebende deutsche Organisation aufgegriffen hat. Ein Heer von Wohltätigkeitsorganisationen, Freiwilligen und Urlaubern, die helfen wollen, wird demnach systematisch betrogen. Von Asien über Afrika bis Lateinamerika fand die britische Kinderschutzexpertin Waisenhäuser, die nur einem Zwecke dienen: das schlechte Gewissen wohlhabender Europäer zu

befriedigen. In Haiti, wo es schon vor dem verheerenden Erdbeben mehr als 600 (!) Waisenhäuser gab, sollte sie aufgrund ihrer beruflichen Ambitionen für Eltern nach Kindern suchen, die in den Wirren des Erdbebens voneinander getrennt wurden. Der Direktor eines Waisenhauses verjagte sie mit den Worten: »Hören Sie endlich damit auf, Kinder wieder zu ihren Eltern zu bringen. Sie zerstören mein Geschäft!«

In Kambodscha verdoppelt sich die Zahl der in Waisenhäusern lebenden Kinder alle fünf Jahre, obwohl mindestens ein Elternteil lebt und auch für die Kinder aufkommen könnte. Wie inzwischen überall auf diesem Planeten werden die Kleinkinder auch dort von ihren Eltern an die Waisenhäuser vermietet. Das dient allen Seiten. Die Eltern müssen nicht arbeiten, und die Waisenhäuser leben von Geldern, die gutwillige Europäer überweisen. Letztere erleben ein inneres Glücksgefühl, einem sonst angeblich vom Hungertod bedrohten Kind helfen zu können. Allein die kambodschanische Stadt Siem Reap, von wo aus die Touristen zu den Ruinen von Angkor Wat aufbrechen, verfügt bei 100 000 Einwohnern inzwischen über 35 neue große Waisenhäuser. Jeder neue Tourist wird angebettelt, eine Patenschaft für ein weiteres Waisenkind zu übernehmen. Selbst die Vereinten Nationen vertreten inzwischen die Auffassung, dass viele der Kinder in den 35 Waisenhäusern von Siem Reap ihren Eltern entweder schlicht geraubt oder aber gegen Bezahlung ausgeliehen wurden. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (*Unicef*) berichtet darüber, dass es Waisenhäuser gibt, in denen man solche Kinder vorsätzlich hungern lässt. Der Grund: Sie müssen bedürftig und erbärmlich aussehen, wenn sie den Touristen mit dem schlechten Gewissen vorgeführt werden, um so den Weg zur Brieftasche abzukürzen.

Auf der indonesischen Touristeninsel Bali hat sich die Zahl der von Europäern finanzierten Waisenhäuser innerhalb von zehn Jahren verdoppelt. Zwei Drittel der angeblichen »Waisen« haben allerdings Eltern, die sie durchaus versorgen könnten. Auch auf Bali beherrscht man inzwischen den Trick, die wehrlosen Kinder hungern zu lassen, damit sie nach Essen schreien, wenn die von Scouts angelockten Touristen kommen. Die Aufzählung lässt sich fortsetzen: Im Feriendomizil Sri Lanka haben 92 Prozent aller »Waisenkinder« noch ihre Eltern, in Ghana sind es 90 Prozent. Alle Zahlen beziehen sich ausschließlich auf Waisenhäuser, die von ausländischen Spendengeldern leben. Übrigens: Je mehr Geld die Touristen heranschaffen, umso mehr dürfen diese sich auch mit »ihren« Waisenkindern zurückziehen. In Ghana wurde dabei ein acht Monate altes Baby vergewaltigt, und auch in vielen anderen solcher von Touristen finanzierten Waisenhäuser sind Missbrauchsfälle bei Kindern keineswegs unbekannt.



Die britische Zeitung *Daily Mail* hatte nach den ersten erschreckenden Berichten über solche Waisenhäuser einen Test gemacht und diese mit verdeckt arbeitenden Reportern besucht. In Haiti fragten diese dann den Leiter eines solchen Waisenhauses, ob man kein Geld habe, um die Kinder ordentlich zu ernähren. Der antwortete laut *Daily Mail*: »Wir haben genug Geld. Aber wir müssen ständig Fotos von dünnen hungrigen Kindern an die Spender verschicken, damit noch mehr Geld überwiesen wird.« So läuft das Geschäft mit dem schlechten Gewissen der Europäer. Eine florierende Industrie.

Als ich in den 1980er-Jahren zum ersten Mal ein afrikanisches Waisenhaus betrat, da staunte ich nicht schlecht. Der damalige Informationsminister von Gambia hatte in Bochum studiert und dort das schlechte Gewissen der Deutschen für sich entdeckt. Er sammelte alles, was er bekommen konnte — angeblich, um armen Kindern zu helfen. Bei näherem Hinsehen half er vor allem sich selbst. Mit den von der Stadt Bochum gespendeten Bussen machte er in Gambia ein privates Busunternehmen auf. Falls er ein Ersatzteil brauchte, reichte ein Fax nach Bochum - und das Gewünschte kam per Luftfracht. Selbstverständlich zahlte er keinen Cent dafür. Und wir Deutschen wiegten uns glücklich in dem Glauben, armen afrikanischen Familien geholfen zu haben. Die Stadt Bochum spendete dem Mann einen Krankenwagen, mit dem dann Kinder in ländlichen Regionen medizinisch versorgt werden sollten. Den Krankenwagen verkaufte der Gambier noch bei dessen Ankunft im Hafen von Banjul/Gambia an den Regierungschef des Nachbarlandes, der ihn anschließend als Privatambulanz nutzte.

Abzocke beim schlechten Gewissen in Bezug auf arme »Waisenkinder« — ein Einzelfall? Nein, keineswegs. Ich habe in den nachfolgenden Jahren Waisenhäuser von Ägypten bis Mosambik gefunden, die zwar von Deutschen, Österreichern und Schweizern mit Millionensummen finanziell unterstützt wurden, aber oft nur auf dem Papier existierten. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* habe ich früher über solche Fälle berichtet. Geändert hat sich seither offenkundig nichts — im Gegenteil. Es ist alles noch viel verheerender geworden.

### **Beutegreifer: Fördergelder für Kriminelle**

Erinnern Sie sich bitte an eine Aussage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die ich in einem früheren Kapitel schon einmal zitiert hatte: Einer Analyse der deutschen Pädagogen zufolge stammen viele junge Muslime aus Familien, in denen es oft ein problematisches Deutschenbild gebe. Unter anderem heißt es da: »Vielfach werden Deutsche verachtet und das

Land nur als Beutegesellschaft betrachtet, eine Integration abgelehnt.«<sup>902</sup> Dieses Beutebild wollen wir uns nun einmal genauer anschauen.

Es gibt ein Hobby orientalischer Mitbürger, über das man besser nicht in der Öffentlichkeit spricht. Es könnte zu Wut und Verärgerung unter deutschen Steuerzahlern führen: Mitbürger aus Marokko, Algerien, Afghanistan, dem Irak, Indien und Pakistan kommen nach Deutschland und klopfen an die Türen der Jugendämter und Notaufnahmeheime. Dort geben sie sich dann als angebliche »minderjährige Flüchtlinge« aus, obwohl sie längst volljährig sind. Sie werden dann nämlich besonders gut vom deutschen Staat betreut — pro Person mit etwa 3000 Euro im Monat. Das eigentliche Ziel der Aktionen lautet häufig: Die »Jugendlichen« arbeiten hier als Taschen- und Ladendiebe. Werden sie dabei erwischt, dann passiert nichts, denn sie sind ja schließlich »minderjährig«, traumatisiert und bedürfen unseres tiefsten Mitgefühls. Und der deutsche Staat sorgt dann noch besser für sie, um sie wieder auf den rechten Weg zu bringen. Das alles ist ein einträgliches Geschäft - für kriminelle Migranten.

Die deutschen Jugendämter sind nach Paragraph 42 des Sozialgesetzbuches VIII dazu verpflichtet, ein Kind aufzunehmen, wenn dieses darum bittet. Jeder, der noch nicht volljährig ist, hat Anspruch darauf, in Kinderhäusern der Jugendhilfe oder in betreuten Wohngemeinschaften mit hohem Personaleinsatz aufgenommen zu werden, wenn er keine Erziehungsberechtigten aufzuweisen hat. So weit das Gesetz. Hinzu kommt eine weitere deutsche Regelung: Minderjährige Verfolgte müssen besser behandelt werden als Erwachsene. Es gibt Personengruppen, die nutzen diese deutschen Gesetze schamlos aus: als Minderjährige auftretende volljährige Flüchtlinge, die illegal nach Deutschland einreisen, sich dann ohne Papiere bei den Jugendämtern und Notaufnahmeheimen melden, ihre Identität, ihr Alter und ihre Herkunft verschleiern und einzig eine Rundumversorgung vom deutschen Steuerzahler anstreben — um in ihrer Freizeit in aller Ruhe Straftaten verüben zu können.

In der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart existiert seit dem Jahre 2009 die Sonderkommission »Casablanca«. Dort ist das Problem bestens bekannt, und man sagt, dass die jungen und angeblich noch nicht volljährigen »Flüchtlinge« bestens über ihre Rechte informiert seien, wenn sie nach Deutschland kommen. Sie wissen ganz genau, dass hierzulande das Wohl eines Kindes stets Priorität vor allen anderen Belangen haben muss. Deshalb geben sie sich als »traumatisierte Flüchtlingskinder« aus, während sie in Wahrheit oftmals nur ein Ziel haben: als Kriminelle möglichst schnell möglichst viel Geld in Deutschland zu »erwirtschaften«. Die Stadt Stuttgart rechnet pro unbegleitetem »Flüchtlingskind« pro Monat mit rund 3000 Euro für »die Bearbeitung traumatischer Erfahrungen«, sprachliche und schulische Förde-

rung und Versorgung. Allein in einer Stadt wie Stuttgart werden pro Monat derzeit mehr als 300 000 Euro dafür ausgegeben, solche orientalischen »Kinder« mit hohem Kriminalitätsrisiko zu umsorgen.<sup>903</sup> Da die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart pleite ist, muss das Geld irgendwie wieder in die Kassen kommen. Die Stuttgarter Bürger dürfen sich freuen, denn sie werden künftig unangemeldeten behördlichen Besuch bekommen: Fahnder der Stadt werden an den Türen klingeln und sollen Wohnung für Wohnung nicht angemeldete Hunde aufspüren. 300 000 Euro will die Stadt Stuttgart mit dieser Schnüffelaktion einnehmen.<sup>904</sup>

Bund, Länder und Kommunen haben kein Konzept, wie sie auf die wachsende Zahl orientalischer Flüchtlinge reagieren sollen, die sich gezielt jünger machen, um von den Behörden besonders liebevoll betreut zu werden und in ihrer Freizeit Straftaten verüben. Die Behörden wissen, dass sich viele »Flüchtlinge« dieser Gruppen untereinander kennen. Es sind Netzwerke, die darauf spekulieren, von deutschen Steuerzahlern gutmütig gefördert zu werden. Sie brauchen auch die Abschiebung in ihre Heimat nicht zu fürchten - schließlich haben sie ihre Pässe vernichtet und können sich wegen der angeblichen traumatischen Fluchterlebnisse an nichts mehr erinnern. Sie beantragen auch kein Asyl. Sie bleiben einfach hier. Wir sorgen ja für sie.

Angeblich ist das alles ja nur ein »vorübergehendes Problem«, denn die Europäische Union will eine Arbeitsgruppe gründen, die darüber beraten soll, wie man den Mythos vom angeblich guten Leben in den Mitgliedsstaaten der EU unter solchen Personengruppen künftig entkräften kann. Schon 2012 soll diese Arbeitsgruppe gebildet werden. Ein paar Jahre noch, dann liegen bestimmt erste Arbeitsergebnisse vor. Das stimmt uns Steuerzahler doch optimistisch, oder?

Asylbetrüger haben es bis dahin besonders leicht. Das gilt ebenso für Nicht-EU-Länder wie die Schweiz. Auch dort kann ein Asylantrag in allen Instanzen abgelehnt sein, aus dem Land fliegt man deshalb noch lange nicht. Lesen Sie nachfolgend den Fall eines Tunesiers, der nach Angaben der Schweizer *Weltwoche* immer wieder wegen Rauschgifthandels verurteilt wurde und dann abgeschoben werden sollte<sup>905</sup>: Sabeah (Name geändert) kam erst im Februar 2011 in die Schweiz und wurde mehrfach straffällig als Dieb und Rauschgift-händler. Da er fließend italienisch sprach und auch in Italien ein Asylgesuch gestellt hatte, wurde er abgelehnt, da man annahm, er habe vorher schon lange in Italien gelebt. Dumm nur: Sabeah war offenkundig nicht gut zu Fuß: Kurz bevor er Mitte Mai ausreisen musste, wurde er in ein Züricher Krankenhaus eingeliefert. Er hatte einen »Fahrradunfall« erlitten und lag nun mit einer »leichten traumatischen Hirnverletzung« fünf Tage im Spital. Während dieses

Aufenthalts stürzte er nochmals («und zwar, als er unbeobachtet war«, wie es in der Akte heißt). Die Ärzte diagnostizieren darauf weitere »Beschwerden, insbesondere Schwindelanfälle und erhebliche Kopfschmerzen, aber auch Nackenschmerzen«. Zur Entlassung aus dem Krankenhaus ließ er sich nur überreden, nachdem man ihm eine mehrwöchige physiotherapeutische Behandlung angeboten hatte.

Ende Juni stand der zweite Ausreisetermin fest. Zwei Tage zuvor wurde Sabeh allerdings »von Passanten bewusstlos auf dem Boden liegend vorgefunden«, wie es in der Akte heißt. »Er gibt an, er sei von einem Bus der Stadt Zürich angefahren worden.« Wieder verbrachte Sabeh mehrere Tage im Krankenhaus, die Auslieferung musste deshalb erneut annulliert werden. Am 4. Juli stand der dritte Versuch auf dem Programm. Diesmal wurde Sabeh von Polizisten auf den Linienflug nach Rom begleitet. Kaum hatte er seinen Platz bezogen, packte er das Plastikbesteck aus, zerbrach die Gabel, steckte sich einen Teil davon in den Mund und drohte, ihn zu schlucken. Der Flugkapitän verweigerte den Transport, die Auslieferung wurde abermals verschoben.

Die nächsten zwei Nächte verbrachte Sabeh auf dem Flughafen in Kloten in Abschiebehaft. Am 6. Juli 2011 wollte man ihn wiederum in die Maschine nach Rom verfrachten. Doch auf der Gangway stürzte er. Wie es in der Akte heißt, sei ihm »schwarz geworden vor den Augen«. Ursache dafür sei ein »Nahrungsmangel; es ist aber auch möglich, dass ein Zusammenhang mit den Kopfverletzungen und den vorangehenden Sturzvorfällen besteht«. Auch der vierte Abschiebeversuch musste abgebrochen werden. Sabeh befindet sich seither auf freiem Fuß.

Der Tunesier wartet derzeit auf den Entscheid des Schweizer Bundesamtes für Migration für eine »vorläufige Aufnahme« in die Schweiz, bis »die medizinischen und juristischen Umstände der Unfälle sauber abgeklärt sind«, wie sein Anwalt schreibt. Die Chancen stehen gut, wie bei 40 000 vergleichbaren Fällen seit dem Jahre 2002. Dem Gesuch angehängt sind drei Krankenhausberichte, ein Medikamentenrezept sowie eine Terminkarte für eine Physiotherapie.<sup>906</sup>

### **Ran an die Geldtöpfe: So klappt's auch mit der EU-Staatsbürgerschaft**

Nun ist die Kunst dieses Ausnehmens von Menschen keinesfalls nur bei den vorgenannten nordafrikanischen Jugendlichen bekannt. Millionen Osteuropäer können jetzt EU-Bürger werden, wenn sie eine angebliche Abstammung aus Ungarn, Rumänien oder Bulgarien angeben. Mehr als fünf Millionen

Türken, Moldawier, Ukrainer, Serben und Mazedonier kommen so in diesen Monaten ganz legal neu in die EU. Die bankrotten neuen EU-Staaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien haben eine Art Wettbewerb begonnen, armen Menschen aus Drittländern zur EU-Staatsbürgerschaft zu verhelfen. Sie haben großzügige Regelungen geschaffen, damit die Bewohner ehemaliger Teile ihres Staatsgebietes einen Pass der Europäischen Union bekommen können. Auf dem Schleichweg erhält die EU so durch die Hintertür einen enormen Bevölkerungszuwachs, der sich ausschließlich aus extrem armen Schichten rekrutiert. Besonders attraktiv erscheint der Passerwerb für Moldawier, Mazedonier, Serben, Ukrainer und Türken. Nach einem Bericht der französischen Zeitung *Le Figaro* haben bis zu fünf Millionen Bürger dieser Länder jetzt Anspruch auf die EU-Staatsbürgerschaft - und auf Geld aus unseren Finanztöpfen.<sup>907</sup>

Während überall in Europa Nationalismus und Ressentiments gegen Zuwanderer wachsen, freuen sich also mehr als fünf Millionen arme Nicht-EU-Bürger an der Ostgrenze darauf, jetzt möglichst schnell EU-Bürger und mit staatlichen Transferleistungen unterstützt zu werden. Die Gründe für diese Ansprüche reichen weit in die Geschichte zurück, ein Beispiel: Das Königreich Ungarn hatte nach dem Zerfall der Donau-Monarchie im Ersten Weltkrieg durch den Vertrag von Trianon im Jahre 1920 zwei Drittel seines Territoriums und die Hälfte seiner Bevölkerung eingebüßt. In Ungarn sieht man diese im Ausland lebenden Bevölkerungsgruppen weiterhin als Ungarn an, die nun ein Recht darauf haben, EU-Bürger zu werden. In den Genuss der Rückführungsaktion sollen 300 000 Serben aus der ehemals ungarischen Provinz Vojvodina sowie 150 000 Ukrainer mit ungarischen Wurzeln kommen. Was Ungarn kann, kann Rumänien schon lange: 1,4 Millionen rumänischstämmige Moldawier verfügen jetzt auch auf ein Anrecht, sich in Rumänien einbürgern zu lassen. 10 000 von ihnen werden derzeit pro Monat in Rumänien eingebürgert. So kommt in der erweiterungsmüden EU ohne jedes Referendum, ohne die Zustimmung von Brüssel, Berlin oder Paris, eine schleichende Ost-Erweiterung in Gang. Die Moldawier stimmen mit den Füßen ab und marschieren durch den Hintereingang in die EU. Sie bleiben nicht etwa in Rumänien, sondern reisen sofort weiter nach Deutschland und in andere wohlhabende EU-Staaten, die ihnen als Wirtschaftsparadies gelten.

Auch Bulgarien hat 2,5 Millionen ethnischen Bulgaren, die seit Generationen in Mazedonien, der Ukraine, Griechenland, der Türkei, Albanien und Moldawien leben, nunmehr die bulgarische Staatsbürgerschaft angeboten. Im bulgarischen Nachbarland Mazedonien leben 2,1 Millionen Menschen. Der für die Auslandsbulgaren zuständige Minister, Boschidar Dimitrow, sagte, sie brauchten ihre bulgarischen Wurzeln nicht mit einer Urkunde zu belegen, um

einen EU-Pass zu bekommen. Denn anders als bei Bulgaren aus Moldawien oder der Ukraine gehe Sofia davon aus, dass »alle Mazedonier eine bulgarische Abstammung haben«. Auf diesem Wege wird die EU schnell viele Millionen Neubürger bekommen. Bulgarien will möglichst noch 2011 oder dann spätestens 2012 dem grenzkontrollfreien Schengen-Raum beitreten. Deshalb ist der Ansturm auf bulgarische Reisepässe in der Türkei derzeit besonders groß. Rund 300000 ethnische Türken wurden vor dem Ende des Kommunismus aus Bulgarien vertrieben. Sie alle haben heute ein Anrecht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft — und werden dieses auch nutzen. Ähnlich stellt sich die Lage in Nordzypern dar. Die dort lebenden Türken können sich noch immer einen Pass der Republik Zypern ausstellen lassen, mit dem sie anschließend ohne Visum in die EU einreisen dürfen. Über 40000 von ihnen verfügen mittlerweile über einen solchen EU-Pass, weitere 67 000 über einen EU-konformen Personalausweis.

Inzwischen ist man auch in Brüssel auf den Migrantenstrom nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien (der letztlich in Deutschland und Österreich endet) aufmerksam geworden und hat noch Unerfreulicheres herausgefunden: In Bulgaren prüft die EU-Kommission derzeit Berichte, denen zufolge staatliche Stellen gegen Zahlung von 2000 Euro EU-Reisepässe für illegale EU-Einwanderer ausstellen. Nach diesen Angaben konnten in den vergangenen Monaten Kurden und Afghanen bulgarische Reisepässe problemlos kaufen und damit in die Zielstaaten **Weiterreisen**. Für bis zu 5000 Euro kann man in Bulgarien als illegaler Einwanderer derzeit immer noch ein »komplettes Set« aus gültigem Reisepass, Führerschein und bulgarischem Personalausweis kaufen. Um die Folgen dieser Völkerwanderungsentwicklung aufzuhalten, ist es wohl zu spät. Denn niemand hat einen Überblick darüber, welcher Bulgare in Wahrheit keine bulgarischen Wurzeln hat. Die afghanischen oder kurdischen »Bulgaren« werden sich demnach wohl dauerhaft der EU-Staatsbürgerschaft erfreuen.

### **Geheimprogramm: Masseneinwanderung durch Menschenzucht**

Viele Europäer fragen sich, warum Politiker die Masseneinwanderung zugelassen und die Grenzen für alle Zuwanderer geöffnet haben. Die Briten haben zu dieser Frage im Jahre 2009 unter Druck einen Geheimplan aus dem Jahre 2000 veröffentlichen müssen. Diesem zufolge wollten europäische Sozialdemokraten einen neuen »multikulturellen Menschen« züchten. Als die Londoner Tageszeitung *Telegraph* unter der Überschrift »Labour wanted mass immigration

to make UK more multicultural« veröffentlichte<sup>908</sup>, da glaubten viele Briten zunächst an einen Scherz oder an eine Verschwörungstheorie. Unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz (»Freedom of Information rule«) bekamen die Journalisten Unterlagen, die endlich eine klare Antwort auf die Frage gaben, warum Europa seit einigen Jahren für die Masseneinwanderung die Grenzen weit geöffnet hat. Die Antwort: Nicht nur die britischen Sozialdemokraten wollten mit der Öffnung der Grenzen für Zuwanderer aus allen Kontinenten ihren Traum von einem neuen »multikulturellen Menschen« realisieren. Ihr Ziel war ein neuer Einheitsmensch, der sich so lange vermischte, bis weder Rasse noch Herkunft, Sprache oder Hautfarbe unterschieden werden konnten. Sie hatten Gutes im Sinn, wollten einen Europäer, der in keinem anderen Menschen einen Konkurrenten oder Gegner sah.

Andrew Nether, früherer Berater des ehemaligen sozialistischen Londoner Premierministers Tony Blair, hat diese Pläne der europäischen Sozialdemokraten inzwischen in der Londoner Zeitung *Evening Standard* in einem von ihm verfassten Bericht offiziell bestätigt. Er schreibt darin, Ziel sei es gewesen, aus Europa unter sozialdemokratischer Herrschaft »a truly multicultural country« (»ein absolut multikulturelles Land«) zu machen.<sup>909</sup> Vor dem Hintergrund dieser politischen Anweisungen habe allein Großbritannien Anfang des neuen Jahrtausends etwa 2,3 Millionen neue Einwanderer ins Land gelassen. Andrew Nether verteidigt diese sozialdemokratische Politik auch heute noch, behauptet, sie habe aus Großbritannien ein »kosmopolitisches Land« gemacht, das nun durch die vielen Zuwanderer »kulturell bereichert« worden sei. Sir Andrew Green, einer der bekanntesten britischen Migrationsforscher, spricht von »politischem Dynamit«, das durch die Veröffentlichung dieser geheimen Pläne verbreitet worden ist, fügt aber hinzu: »Endlich ist die Wahrheit heraus«, man kann nun nicht länger von einer angeblichen »Verschwörungstheorie« sprechen.

Nach dem Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus und des Sozialismus wollten britische Sozialdemokraten (als »*New Labour*«) und andere europäische Sozialdemokraten demnach fortsetzen, was hinter dem Eisernen Vorhang gescheitert war. Sie wollten in ihrer Tradition verhafteten Europäern bewusst die Wertesysteme zerschlagen und ihnen neue sozialistische Wertesysteme aufzwingen. Mit Parolen von »sozialer Gleichheit« und der angeblichen »Modernisierung Europas« sollte eine gleiche und gerechte sozialistische Zukunft für alle Menschen der Welt begründet werden.

Inzwischen sehen selbst die Repräsentanten der britischen Sozialdemokraten ein, dass sie eine Realität geschaffen haben, die selbst mit dem Wort »Katastrophe« nur noch beschönigend beschrieben werden kann. Während vor

dem Hintergrund der Wirtschaftskrise immer mehr ethnische Briten ihre Arbeitsplätze verlieren, wandert eine ständig wachsende Zahl von Menschen aus allen Kontinenten zu, die weder die englische Sprache spricht noch eine verwertbare Ausbildung hat. Der Kollaps der britischen Sozialsysteme ist deshalb programmiert. Anstelle »kultureller Bereicherung« bringt der lange geleugnete Geheimplan der Massenzuwanderung nun nichts als Verarmung.

In Deutschland ist es nicht anders: 2010 veröffentlichte das Bundesarbeitsministerium eine Studie, derzufolge Zuwanderer in Deutschland doppelt so häufig Hartz IV beziehen wie Einheimische, Tendenz stark steigend. In wenigen Monaten schon wird jeder dritte Hartz-IV-Empfänger hierzulande ein Zuwanderer sein, derzeit sind es mehr als 28 Prozent.<sup>910</sup> Jeder fünfte von ihnen lehnt es ab, die deutsche Sprache zu erlernen, 75 Prozent der zugewanderten Hartz-IV-Empfänger haben keine Berufsausbildung, und viele geben an, keinesfalls länger als drei Stunden am Tag arbeiten zu können. Der angesehene Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, Giovanni di Lorenzo, bemerkte jetzt dazu: «... drängt sich der Verdacht auf, dass unser in Deutschland so angefeindetes Sozialsystem immer noch attraktiv genug ist, dass es eine massenhafte Einwanderung in die sozialen Netze auslöst, was das Prinzip der Einwanderung, in einem fremden Land durch eigener Hände Arbeit sein Glück zu finden, auf den Kopf stellte.»<sup>911</sup> Giovanni di Lorenzo ist unverdächtig, ein Rechtsextremist zu sein. Er dürfte zudem wissen, dass europäische Sozialdemokraten diese Entwicklung bewusst gefördert haben. Die Bürger stehen nun vor dem Scherbenhaufen dieser Politik. Und nicht die Politiker, die das alles angerichtet haben, sondern die Bürger werden die Folgen bezahlen müssen.

Der Europäische Gerichtshof fördert das alles noch. Er hat im Jahre 2010 ein bahnbrechendes Urteil gefällt, mit dem Zuwanderer nun erheblich mehr Leistungen aus den Sozialsystemen bekommen. In Großbritannien sorgt es für helle Aufregung, in Deutschland hat man es noch nicht zur Kenntnis genommen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hebt die Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten offenkundig systematisch aus. In einem Urteil (C 310/08) vom 23. Februar 2010 entschieden die Richter, dass jeder, der kurzfristig in einem anderen EU-Mitgliedsstaat gearbeitet hat, dort sofort automatisch die kompletten Sozialhilfeansprüche für sich und seine Familie sowie das dauerhafte Niederlassungsrecht erhält. Wenn beispielsweise ein in Griechenland aufgenommener irakischer Flüchtling dort eingebürgert wurde und dann anlässlich einer Reise nach Deutschland oder Österreich in diesen Staaten einige Tage oder Wochen arbeitet, dann hat er laut EuGH-Urteil sofort dauerhaft ein Niederlassungsrecht und den Anspruch auf die kompletten Leistungen aus den jeweiligen Sozialsystemen - bis an sein Lebensende.



In Großbritannien ist man über das Urteil schockiert. Geklagt hatte die 34 Jahre alte illegal in Großbritannien lebende Somalierin Nimco Hassan Ibrahim, deren Ehemann äthiopischer Herkunft ist und in Dänemark eingebürgert wurde.<sup>912</sup> Der Ehemann hatte acht Monate in Großbritannien gearbeitet und nach Auslaufen der staatlichen Sozialleistungen das Land verlassen. Er trennte sich - so zumindest die Angaben von Frau Nimco Hassan Ibrahim vor Gericht - von seiner Gattin und ließ die illegal im Land lebende alleinerziehende Mutter von vier Kindern zurück. Nach britischem Recht hatte sie kein Aufenthaltsrecht und auch keinen Anspruch auf staatliche Sozialleistungen. Die vorübergehend von einer britischen Gemeinde zur Verfügung gestellte Unterkunft, so hatte die Somalierin geklagt, sei zu klein für ihren fünfköpfigen Haushalt. Und die ständige Ausweisungsdrohung habe sie psychisch krank gemacht. Nun könne sie nach dem EuGH-Urteil endlich »ihr Leben genießen«, zitierte die Londoner Zeitung *Daily Mail* die Frau.<sup>913</sup> Finanziert hat den Musterprozess, der für alle EU-Staaten einschneidende finanzielle Folgen haben wird, eine britische Wohlfahrtsorganisation. Die bisher illegal in Großbritannien lebende Somalierin bekommt nun bis an ihr Lebensende die finanzielle und soziale Rundumversorgung des britischen Sozialstaats. Britische Behörden weisen nun darauf hin, dass Hunderttausende arbeitslose EU-Ausländer, die kurzzeitig in Großbritannien gearbeitet haben, unter Berufung auf dieses EuGH-Urteil nun ebenfalls Sozialhilfe und kostenlose Unterkünfte verlangen könnten.

Sozialstaatlichkeit und Sozialrecht sind nach deutscher Rechtsauffassung innerhalb der EU nicht übertragbares nationales Recht. Der EuGH hat diese deutsche Rechtsauffassung mit dem oben beschriebenen »Ibrahim-Urteil« seit 2010 ausgehebelt. Großbritannien trifft das Urteil sofort mit voller Härte, weil es mit der letzten Beitrittsrunde neuer EU-Staaten die sofortige Freizügigkeit für EU-Arbeitnehmer aus neuen EU-Mitgliedsstaaten eingeführt hatte. Hunderttausende Polen und Osteuropäer, die im Land sind, aber wegen der Wirtschaftskrise ihre Arbeitsplätze verloren haben, dürfen sich seither sofort bei den britischen Sozialbehörden melden. Im Falle Deutschlands kamen die Folgen zeitversetzt: Seitdem am 1. Mai 2011 die Übergangsfristen bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den neuen EU-Staaten in Deutschland abgelaufen waren, treffen die Folgen des EuGH-Urteils auch die deutschen Sozialkassen mit voller Härte.

Es kommt allerdings noch weitaus schlimmer, denn die Europäische Union sieht inzwischen trotz der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise Urlaub und Ferienreisen als »Menschenrecht« an. Da sich aber nicht jeder Einwohner innerhalb der EU einen Urlaub leisten kann, will die EU die Steuerzahler dazu

verpflichten, für die Urlaubsreisen bestimmter Menschen mitzubezahlen. Ein Scherz? Nein, keineswegs. Während EU-Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien, die Niederlande und Großbritannien am finanziellen Abgrund stehen und Millionen Menschen wegen des Verlusts ihrer Arbeitsplätze in Massen streiken, machte sich die Europäische Union 2010 Gedanken über die Finanzierung von Urlaubsreisen für »sozial benachteiligte« Mitbürger: Senioren, Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, Behinderte und Familien mit »sozialen, finanziellen und persönlichen schlechten Umständen« sollen nach den Plänen der EU-Kommission künftig 30 Prozent ihrer Urlaubsreisen von den Steuerzahlern ihres jeweiligen EU-Landes ersetzt bekommen.<sup>914</sup> Bei Behinderten darf nach diesem Vorhaben dann zudem eine Begleitperson kostenlos mitreisen. Die Idee hierfür stammt vom EU-Industrieminister Antonio Tajani, der sie bei einer EU-Ministerkonferenz in Madrid vorstellte. Tajani hob hervor, alle EU-Staatsbürger hätten jetzt ein »Menschenrecht auf Urlaubsreisen«. Ferienreisen dürften heute »kein Luxus« bestimmter Menschengruppen mehr sein. Dieses Recht müsse nun auch in die Praxis umgesetzt werden. Es könne nicht sein, dass bestimmte Gruppen vor dem Hintergrund ihrer sozialen Lage oder persönlichen Lebensumstände von diesem Recht ausgeschlossen würden.

Bis 2013 sollen die Vorschläge nun in eine EU-Richtlinie umgesetzt werden, nach der alle EU-Bürger im Alter von mehr als 65 Jahren, Jugendliche, Behinderte und sozial Schwache den Anspruch erhalten, 30 Prozent der Kosten einer Urlaubsreise vom jeweiligen EU-Mitgliedsstaat wieder zurückerstattet zu bekommen. Nach dem Willen der Europäischen Union sollen Nordeuropäer so die Möglichkeit bekommen, Südeuropäer besser kennenzulernen - und umgekehrt. Der Industriekommissar schlug etwa vor, dass arme Schotten einen Teil des Winters — auf Kosten der EU-Steuerzahler — in Griechenland verbringen und bankrotte Griechen in dieser Zeit nach Schottland reisen.

Die Anregung zu dieser EU-Richtlinie entlehnte Industriekommissar Antonio Tajani offenkundig von den Spaniern, die im Winterhalbjahr Urlaubsreisen von Personen, die älter als 55 Jahre sind, innerhalb des Landes subventionieren. Dort hatte man die Erfahrung gemacht, dass für jeden Euro Subvention von den älteren Touristen dann tatsächlich 1,6 Euro ausgegeben wurden. Auch die EU selbst subventioniert Urlaubsreisen ihrer Angestellten und Mitarbeiter: So wurden beispielsweise im Februar 2010 allen Teilnehmern einer Skireise, die aus dem Brüsseler EU-Sitz stammten und in die norditalienischen Alpen führen, 52 Prozent der Reisekosten erstattet — aus den Finanztöpfen der EU-Steuerzahler.

Nun sollen selbstverständlich auch sozial schwache Migranten künftig in den Genuss von subventionierten Urlaubsreisen kommen. Aber die Kassen der

Europäischen Union sind gähnend leer. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man weiß, was Brüssel so alles mit unseren Steuergeldern finanziert. Einige Beispiele: Der westafrikanische Staat Burkina Faso hat 13,7 Millionen Einwohner, von denen viele ohne Zweifel arm und depressiv sind. Doch die EU hilft großzügig. Jeder Einwohner, der weniger als 79 Cent pro Tag verdient, darf an einem von Brüssel finanzierten afrikanischen Tanzkurs teilnehmen. Mit EU-Geldern werden belgische Tanzlehrer nach Burkina Faso eingeflogen, die den Afrikanern dort afrikanische Stammestänze beibringen sollen, damit die Einwohner dieses Landes ein »höheres Selbstwertgefühl« entwickeln.<sup>915</sup> Das Projekt trägt den Namen »Ich tanze, also bin ich«. Nein, das ist kein Scherz. Der EU-Rechnungshof hat gerade erst hervorgehoben, dass jeder zweite Einwohner von Burkina Faso so arm ist, dass er Anspruch auf Teilnahme an dem EU-Afrikaner-Tanzkurs hat.

Ein bedauerlicher Einzelfall von EU-Geldverschwendung? Keineswegs. Im schwarzafrikanischen Mali hat die EU ein Anwerbezentrum für arbeitslose Afrikaner erbaut. Projektkosten: rund zehn Millionen Euro. Während die EU-Staaten sich gegen die Aufnahme von afrikanischen Armutsflüchtlingen wehren, werden dort mit den Steuergeldern der EU-Bürger Afrikaner ganz gezielt dazu ermuntert, nach Europa zu kommen. Denn Europa braucht angeblich arbeitslose Afrikaner. Auch dieses Projekt stößt nicht eben auf Begeisterung beim EU-Rechnungshof. In Sierra Leone hat die EU ein Apothekenzentrum gebaut, in dem von ihr finanzierte Medikamente kostenlos an mittellose Patienten abgegeben werden sollten. Das Gebäude dient den Bürgern der Region heute allerdings als Toilette.<sup>916</sup> Im afrikanischen Malawi verstößt Diktator Bingu Mutharika ständig gegen die Menschenrechte. Im Frühjahr 2011 hatte er angekündigt, alle Homosexuellen für 14 Jahre ins Gefängnis werfen zu lassen. Die EU hat das nicht daran gehindert, ihm 510 Millionen Euro Hilfgelder zu überweisen. Kaum war das Geld auf den Konten seiner Regierung, da kaufte sich Mutharika erst einmal ein Präsidentenflugzeug. 462 Millionen Euro bekam auch die Regierung Ugandas von der EU. Davon beschaffte sich Präsident Yoweri Museveni ein Flugzeug des Typs *Gulfstream-G550* und baute sich für sagenhafte 113 Millionen Euro die teuerste Villa im Herzen Afrikas.

Die EU wirft das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus. So erhielt die belgische Werbeagentur *Tipik Communications Agency* mehr als eine halbe Million Euro, um Projekte für den Kampf gegen den Hunger in Afrika zu entwickeln. Mehr als 90 000 Euro gab diese Brüsseler Agentur dann aber erst einmal für einen Musikwettbewerb aus, bei dem Teilnehmer mit ihrer Stimme gegen den Hunger in der Dritten Welt ankämpfen konnten.<sup>917</sup>

Im Jahre 2010 bekam die Türkei von der EU 568 Millionen Euro. Mit dem Geld sollte die Türkei eigentlich an die Europäische Union herangeführt werden.<sup>918</sup> Doch in der Realität passiert genau das Gegenteil: Die Türkei entfernt sich immer weiter von Europa, immer weniger Türken wünschen den EU-Beitritt. Stattdessen nähert sich das Land der islamischen Welt an. Auch die palästinensischen Autonomiegebiete bekamen fast eine halbe Milliarde Euro aus Brüssel. Damit bezahlten sie beispielsweise Zehntausende Beamte, die im vergangenen Jahr nicht einen Tag zur Arbeit erschienen. Vor allem dort, wo Bürgerkrieg herrscht, öffnet die EU gern die Geldbörsen: Der Kongo erhielt fast 170 Millionen, Sierra Leone 55 Millionen und Liberia 32 Millionen Euro. Die EU hat keinen Überblick über das, was dort mit den Steuergeldern der EU-Bürger geschehen ist. Nur eines ist sicher: Das Geld ist weg.

### **Rückkehr der Tierquälerei: Drei von vier Schlachtetieren werden ohne Betäubung getötet**

Es ist ein einziger Skandal: Drei von vier Tieren werden in der Europäischen Union inzwischen unbetäubt geschlachtet. Diese schockierende Zahl hat die EU-Kommission im Mai 2011 offiziell mitgeteilt.<sup>919</sup> Wer die nachfolgenden Passagen aufmerksam liest, der wird feststellen, wie unser Wertesystem durch Migranten auf den Kopf gestellt wurde.

Da die Türkei, zumindest was ihre Führung anbetrifft, möglichst schnell Vollmitglied in der Europäischen Union werden will, wurde dort das betäubungslose Schlachten von Tieren vom Dezember 2011 an aus Tierschutzgründen verboten.<sup>920</sup> Damit erfüllt das Land nach Angaben der türkischen Zeitung *Hürriyet* eine Bedingung der EU-Beitrittsverhandlungen. Während die Türkei sich auf diesem Gebiet der EU anpasst, nähert sich die EU allerdings den türkischen Schlachtsitten an: Am 18. Mai 2011 veröffentlichte der staatliche schwedische Radiosender *Radio Sweden* einen Bericht, der seither nicht nur in Skandinavien die Tierschützer schockiert. Bislang ging man in der EU davon aus, dass höchstens fünf bis zehn Prozent aller Schlachttiere in der Europäischen Union ohne Betäubung getötet werden. Doch nun teilte die EU-Kommission offiziell mit, dass es in Wahrheit jetzt schon bis zu 75 Prozent seien. Der grüne schwedische EU-Politiker Carl Schlyter zeigte sich nach eigenen Angaben »schockiert« über die Veröffentlichung. Dabei war es seine eigene Partei, die in der EU für eine großzügige Handhabung des betäubungslosen Schlachtens vor allem aus »religiösen Gründen« geworben hatte. Das Fleisch von Tieren, das möglicherweise von Juden oder Muslimen gegessen wird, ist in

der EU in vielen Ländern bei der Schlachtung vom Betäubungszwang ausgenommen. Die Tiere verbluten dann nach einem Schnitt in die Hauptschlagader häufig qualvoll bei vollem Bewusstsein. Die EU-Kommission teilte nun nach Angaben von *Radio Sweden* mit, dass immer mehr Schlachtbetriebe die Betäubungen aus reinen Kostengründen einfach einsparen. Weil Schlachtvieh häufig immer noch quer durch Europa transportiert und dort getötet wird, wo es am billigsten ist, greifen viele nationale Regelungen zum Tierschutz nicht.

In der EU werden jährlich etwa fünf Milliarden Tiere geschlachtet. Die Europäische Union hatte im Jahre 2010 eine Verordnung erarbeitet, nach der das Schlachten auf dem heimischen Balkon oder in öffentlichen Parkanlagen, wie es vor allem von Einwanderern aus islamischen Ländern häufig praktiziert wird, in allen EU-Staaten generell verboten werden soll.<sup>921</sup> Damit glaubte man, die Problematik geregelt zu haben. Die Realität allerdings ist eine andere. Die Regelungen für das betäubungslose Schlachten in Schlachthöfen sind in der EU nicht einheitlich. Einige Beispiele: In Schweden ist ein solches ausnahmslos verboten (auch die in manchen EU-Staaten gestattete elektronische Betäubung ist dort untersagt). Nun gibt es aber in Schweden immer mehr Muslime, die rituell geschlachtetes Fleisch kaufen wollen. »Glücklicherweise« existieren Länder wie Lettland, in denen es kaum Muslime, aber viel Fleisch für den Export gibt. Deshalb hat Lettland im Mai 2010 mit einer Gesetzesänderung das betäubungslose Schlachten generell gestattet.<sup>922</sup> Und zwar aus rein finanziellen Gründen. Der Tierschutz spielt dabei keine Rolle. Der lettische Abgeordnete Vents Armands Krauklis von der konservativen Partei sagte im Parlament ganz offen, der Export von Rind- und Schaffleisch nach Schweden könne der von der Finanzkrise besonders hart getroffenen lettischen Landwirtschaft helfen. Krauklis war Initiator der Gesetzesänderung. Die Genehmigung für rituelle jüdische und islamische Schlachtungen ohne Betäubung wurde aber nicht an eine jüdische oder muslimische Gruppe vergeben, sondern an ein privates Fleischunternehmen, dessen Aufsichtsratsvorsitzender Mitglied der konservativen Partei und ein enger Freund von Krauklis ist. Lettland, das den Fleischexport nun ausdrücklich über den Tierschutz stellt, ist in Europa heute kein Einzelfall mehr. Auch in Frankreich und Großbritannien ist betäubungsloses Schlachten völlig legal (zudem in Dänemark, allerdings mit strengen Auflagen). Der Großschlächter *Vion Food Group* lässt in Großbritannien in riesigen Anlagen völlig ohne Betäubung schlachten und kommt damit vor allem den Wünschen der muslimischen Großkunden entgegen. Der deutsche Fleischfachmann Peter Z. Ziegler erklärte dazu, »das sei für die deutsche Fleischindustrie ein klarer Wettbewerbsnachteil«.

Gemäß Richtlinie 93/119/EC des EU-Rates sollen Tiere von vermeidbaren

Schmerzen und Leiden zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung verschont werden.<sup>923</sup> Deshalb müssen Einhufer, Wiederkäuer, Schweine, Kaninchen und Geflügel vor dem Schlachten betäubt werden. Da aber Juden und Muslime das betäubungslose Schlachten einfordern, erlaubt die EU-Richtlinie beschränkte Ausnahmen zur Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse für bestimmte rituelle Handlungen. Daraus ist nach Auffassung der EU-Kommission allerdings inzwischen eine Art Freibrief geworden. Die schwedische Regierung will eine Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Fleischprodukte einführen, bei der Verbraucher erkennen könnten, wie Tiere geschlachtet wurden. Doch die EU stemmt sich im Ministerrat dagegen.<sup>924</sup> Deshalb nochmals zur Erinnerung: In der Türkei wird das betäubungslose Schlachten vom Jahresende 2011 an verboten, in der EU ist es jetzt der Regelfall. Unser Wertesystem wird so auf den Kopf gestellt.

Wir verdrängen diese Tatsachen und nehmen sie nur wahr, wenn wir Bilder von der Realität (etwa im Fernsehen) präsentiert bekommen. Die Folgen hat man im Sommer 2011 in Australien sehen können: Die australische Regierung stoppte von einem auf den anderen Tag den Import von indonesischem Rindfleisch. Warum? Indonesien, das war bekannt, ist ein islamisches Land. Man wusste auch in Australien, dass die Tiere dort islamisch korrekt geschlachtet werden. Was das heißt, präsentierte den Australiern dann ein Fernsehbeitrag, der Bilder aus indonesischen Schlachthöfen zeigte, die für den Export nach Australien produzieren: Die Aufnahmen zeigten eine schreckliche Realität, bei der den Rindern von Muslimen langsam bei vollem Bewusstsein über Minuten hin die Kehlen zerhackt wurden.<sup>925</sup> In dem Bericht war auch zu sehen, wie Schlachthofmitarbeiter einen Bullen mit gebrochenem Bein immer wieder in die Augen und Nüstern stachen, um ihn zum Aufstehen zu bewegen. Aufnahmen aus einer Anlage in Medan in Nordsumatra zeigten gefesselte, zitternde Rinder, die dabei zusahen, wie Artgenossen geschlachtet und gehäutet wurden. Der australische Landwirtschaftsminister Ludwig beschrieb die Bilder als »extrem schockierend«. Der Präsident des Bauernverbandes von New South Wales, Charles Armstrong, sprach von »entsetzlich grausamen« Praktiken. Doch das indonesische Landwirtschaftsministerium verteidigte die Methoden als nach islamischem Recht absolut notwendig.

## **Wie der Islam unsere Werte verdrängt**

Trotz der von Menschen wie Thilo Sarrazin Ende 2010 in Europa angestoßenen Islam-Debatte verändert sich nichts. Alles geht weiter wie zuvor — sogar

noch absurder und schneller. Während in den Kassen vieler bankrotter EU-Staaten gähnende Leere herrscht, ist für die Hilfestellung bei der Ausbreitung des Islam in Europa offenkundig überall ausreichend Geld vorhanden. Eine der ersten Maßnahmen nach der Überweisung von Milliardenhilfen aus Brüssel für die griechische Regierung 2010 war die Ankündigung, in Athen für jeweils 15 Millionen Euro zwei große Moscheen zu bauen. Die erste wurde Mitte 2011 westlich von Athen in Elaionas auf dem Gelände eines alten Marinestützpunktes fertiggestellt.<sup>926</sup> Die zweite wird spätestens 2012 folgen. Sie haben richtig gelesen: Die bankrotte Athener Regierung hat mit dem auch von deutschen Steuerzahlern finanzierten Rettungspaket als eine der ersten Maßnahmen den Bau von Moscheen in Auftrag gegeben.<sup>92</sup> Die griechische Tageszeitung *Ta Nea* berichtete mit Unverständnis über den Athener Beschluss; pakistanische und saudische Zeitungen waren hingegen begeistert<sup>928</sup>. Die deutschen und österreichischen Steuerzahler haben bislang nichts darüber erfahren, was mit einem Teil des von ihnen zur Verfügung gestellten Geldes jetzt passiert. Zuvor hatte sich der Menschenrechtskommissar des Europarates zusammen mit der EU-Kommission besorgt darüber gezeigt, dass mehrere hunderttausend illegal im Großraum Athen lebende Migrant\*innen aus islamischen Staaten (vorwiegend Iraker, Ägypter, Pakistaner und Afghanen) in Athen immer noch keine eigene Moschee haben. Die Athener Regierung musste sich unter dem Druck aus Brüssel dazu verpflichten, den Muslimen ein 1,7 Hektar großes Gelände für den Moscheebau zu überschreiben, die Planungs- und Baukosten zu übernehmen und auch den künftigen Unterhalt der Moschee sowie das Salär des Vorbeters zu übernehmen. Überall in Griechenland wuchs der Protest gegen diese Großzügigkeit, denn zeitgleich zwangen die EU und der IWF die griechische Regierung zu strikten Sparmaßnahmen. Viele Griechen verstehen nicht, warum ihre Gehälter gekürzt und zugleich mit öffentlichen Geldern große Moscheen gebaut werden. Die Athener Rentnerin Maria Kontou wurde in der englischsprachigen Zeitung *Athens Plus* mit den Worten zitiert: »Was soll das alles? Haben wir Griechen jemals irgendwo im Ausland finanzielle Unterstützung bekommen, um dort griechisch-orthodoxe Kirchen bauen zu können?«<sup>929</sup> Am 10. Dezember 2010 erklärte der griechische Ministerpräsident George Papandreou im Parlament, er werde den Moscheebau nun gegen alle Widerstände durchsetzen. Zeitgleich entzog der türkische Ministerpräsident Erdogan den letzten in der Türkei lebenden christlichen griechisch-orthodoxen Metzgern die Lizenz, Schweine zu halten, zu schlachten oder ihr Fleisch zu verkaufen. Die noch in der Türkei verbliebenen ein Prozent Christen in der Bevölkerung dürfen dortzulande auch weiterhin weder Priester ausbilden noch Kirchen bauen. Sie sollen nun nach und nach durch den Entzug ihrer Existenz-

grundlage aus der Türkei gedrängt werden. Das alles stört offenkundig niemanden in Europa. Der Wertewandel vollzieht sich rasend schnell.

Nicht anders ergeht es den Tschechen: Obwohl sich im Dezember 2010 immerhin 75,2 Prozent von ihnen bei einer repräsentativen Umfrage gegen den Bau von Moscheen in ihrem Land ausgesprochen haben, droht die EU-Kommission dem Land mit Kürzungen der Finanzmittel für den Strukturfonds, wenn die Regierung nicht »die Religionsfreiheit verwirklicht« und flächendeckend Moscheebauten genehmigt. Die Tschechen - wahrscheinlich das atheistischste Volk in der EU — treten seit dem wachsenden Druck aus Brüssel nun auf einmal wieder für christliche Werte ein. Immerhin hat Präsident Vaclav Klaus erklärt, sich dem Druck der EU-Bürokraten nicht beugen zu wollen.

Viele andere haben hingegen einfach kein Rückgrat mehr: In Großbritannien durften die mehr als 430 Außenstellen des Roten Kreuzes zum Weihnachtsfest 2010 keinen Christbaum aufstellen.<sup>930</sup> Jeglicher Weihnachtsschmuck wurde verboten.<sup>931</sup> Die Mitarbeiter durften auch zum ersten Mal keine Weihnachtsgrüße mehr verschicken. Niemand hat dagegen protestiert. Begründet wurde die Anordnung offiziell damit, dass möglicherweise im Land lebende Muslime in ihren religiösen Gefühlen verletzt werden könnten. Im britischen Oldham hat die Stadtverwaltung eine britische Mutter aus dem Rathaus geworfen, weil diese dort beim Warten auf einen Termin ihrem Baby die Brust gegeben hatte. Das ist in Großbritannien völlig legal und von allen Gesetzen gedeckt. Doch die Begründung lautete: Das könne Muslime beleidigen.<sup>932</sup> Ein Einzelfall? Nein, keineswegs. Überall in Europa verändert der Islam unser Wertesystem.

In Deutschland fordert der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime jetzt »Feldimame« für die Bundeswehr.<sup>933</sup> Wie praktisch: Da können sich deutsche Soldaten gleich einmal an die Zukunft gewöhnen. In Afghanistan dürfen die deutschen Sanitätsfahrzeuge kein rotes Kreuz mehr tragen<sup>934</sup>, um die afghanischen Muslime nicht zu beleidigen. Und wenn die deutsche Marine bei ihrem Somalia-Einsatz muslimische somalische Piraten verhaftet, dann muss sie solchen Verbrechern jetzt als Erstes einen Gebetsteppich und einen *Koran* zur Verfügung stellen. Darüber berichteten 2011 nicht etwa deutsche, sondern dänische Zeitungen.<sup>935</sup> Solche Rücksichtnahme zeigt den Wertewandel in der Bundeswehr.

Im österreichischen Graz wurde im Dezember 2010 ein 63 Jahre alter einheimischer Rentner zu einer Geldstrafe in Höhe von 800 Euro verurteilt, weil er gejedelt hatte.<sup>936</sup> Der Rentner Helmut Griese hatte im Spätsommer an einem Freitagnachmittag auf seinem Grundstück in Graz den Rasen gemäht. Er sagte im Dezember 2010 vor dem Amtsrichter in Graz-West: »Und weil ich



halt so gut gelaunt war, hab ich dazu gejodelt und ein paar Lieder angestimmt.« Doch es war Freitag, und in einem Gebäude auf dem Nachbargrundstück beteten Muslime. Die zeigten ihn an, weil ein Rentner eben nicht jodeln dürfe, wenn in der Nähe Muslime beten.<sup>937</sup> Der Richter verurteilte den Rentner wegen Beleidigung einer Religionsgemeinschaft. Nicht nur in Österreich hat dieses Urteil für Aufsehen gesorgt. Denn wer fortan freitags in den Alpen jodelt, der sollte sich zuvor genau vergewissern, dass ja keine Muslime in der Nähe sind.

In Österreich wird ohnehin gerade über den Sachverhalt diskutiert, neben der österreichischen Rechtsordnung für die Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis eigene *Scharia*-Gerichte zuzulassen, wie es sie ja schon in vielen anderen EU-Staaten ganz offiziell gibt. Während in Großbritannien bereits zwölf *Scharia*-Gerichte offiziell darüber wachen, dass die islamischen Regeln eingehalten werden, übernehmen in Deutschland immer häufiger die staatlichen Gerichte die islam-konforme Rechtsprechung — auch wenn diese mit deutschem Recht nicht vereinbar ist.

Die Aufweichung unserer Werteordnung gilt auch für die Toten. Wie selbstverständlich öffnen wir kirchliche und städtische Friedhöfe überall in Europa auch für die Bestattung von Muslimen. Und ebenso selbstverständlich tauschen wir vor deren letzter Ruhe in den Grabreihen, die für Muslime bestimmt sind, die dort befindliche Erde gegen »saubere« Erde aus, weil Muslime keinesfalls in einer solchen bestattet werden dürfen, in der möglicherweise schon einmal Christen oder andere »Ungläubige« ihre letzte Ruhe gefunden haben. Wird so etwas bekannt — wie etwa in der Schweizer Gemeinde Liestal -, dann führt das zu Unverständnis in der örtlichen Bevölkerung, obwohl es aus Sicht von Muslimen doch eine Selbstverständlichkeit ist.<sup>938</sup> Umgekehrt dürfen Christen allerdings keinesfalls auf muslimischen Friedhöfen bestattet werden. Das »beleidigt« angeblich den Islam. Das mussten beispielsweise die Angehörigen des deutschstämmigen kanadischen Diplomaten Hans Himmelbach erfahren, der im Alter von 66 Jahren am 20. Oktober 2010 in Torba nahe Bodrum in der Türkei verstorben war. Nachdem der christliche Diplomat auf dem islamischen Friedhof von Torba in Anwesenheit eines Priesters beerdigt worden war, erzwangen die bekanntesten Familien der Region im Dezember 2010 bei den türkischen Behörden die Exhumierung und Umbettung, weil eine christliche Leiche die islamische Erde »verunreinige« und nicht in der Nähe von Muslimen beerdigt werden dürfe.<sup>939</sup> Der Diplomat war in Bodrum mit einer muslimischen Türkin liiert und auf Wunsch der Familie neben der verstorbenen Mutter seiner Lebensgefährtin zur (vor-)letzten Ruhe gebettet worden. Kein »Ungläubiger« käme auf die Idee, irgend-

wo in Europa dagegen zu demonstrieren. Wir nehmen das alles wie selbstverständlich hin.

In den Niederlanden dürfen Polizisten seit Juli 2011 kein Kreuz mehr tragen (etwa an einer Halskette), weil auch das Muslime beleidigen könnte.<sup>940</sup> Schon vorher trat eine ähnliche Regelung in Kraft: Seit dem 1. Dezember 2010 darf bei der Verpflegung für Polizisten, die sich im Großeinsatz befinden und zentral (etwa mit Butterbrot) versorgt werden, kein Schweinefleisch mehr gereicht werden, weil das eventuell die wenigen muslimischen Polizisten beleidigen könnte. Mehr noch: Alle Speisen (auch die für nicht muslimische Polizisten) werden nun »halal« zubereitet - islamisch korrekt also.

Gehen wir aus den Niederlanden nach Spanien: Die Spanier ärgern sich über den »Schinkenstreit« von Cadiz. Schinken wird in Spanien als Grundnahrungsmittel angesehen, weshalb die Schüler in allen spanischen Schulen über seine Herstellung unterrichtet werden. Ein Lehrer, der genau das nach Angaben der Zeitung *El Dario de Cadiz* versuchte, musste eine interessante Erfahrung machen. Er wurde im Unterricht von einem muslimischen Schüler aufgefordert, die Unterrichtseinheit sofort abzubrechen, weil das den Islam beleidige. Schließlich sind Schweine im Islam unreine Tiere. Der Lehrer sagte vor der Klasse, das alles gehöre in Spanien zum ganz normalen Unterricht. Daraufhin wurde der Lehrer von dem Schüler zusammen mit seinen Eltern wegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Beleidigung des Islam angezeigt. Vielleicht erreichen die islamischen Kläger, was sie ja auch schon in der niederländischen Stadt Amsterdam erreicht haben: Das Schwein wird mit Rücksicht auf die Muslime komplett als Thema aus dem Schulunterricht gestrichen.

Von Großbritannien bis Frankreich wird überall in Europa an immer mehr Schulen der Holocaust aus dem Unterricht genommen — ebenfalls mit Rücksicht auf Muslime. Denn die Mehrheit dieser Mitbürger leugnet diesen ganz offen. Antisemitismus ist unter ihnen weit verbreitet. Wir finden das alles offenbar inzwischen völlig normal. Niemand wird nachdenklich, wenn der frühere niederländische EU-Kommissar Frits Bolkestein mittlerweile alle in den Niederlanden lebenden Juden auffordert, das Land zu verlassen<sup>941</sup>, weil die in den Niederlanden lebenden Marokkaner immer offener ihren Antisemitismus ausleben und überall im Land Juden beleidigen und angreifen. Da es sich bei den Tätern nicht um Rechtsextremisten handelt, schauen die europäischen Qualitätsmedien hilflos weg.

Wie selbstverständlich achten wir auch darauf, dass zugewanderte Mörder und Totschläger aus dem islamischen Kulturkreis sich in Europa wohlfühlen und keine Angst mehr haben müssen, wieder in ihren heimatlichen Kulturkreis

zurückgeschickt zu werden. Ein Beispiel von vielen: Der irakische Kurde Mohammed Ibrahim hat das zwölf Jahre alte britische Schulmädchen Amy Houston grausam getötet. Doch der Asylbewerber, dessen kriminelle Karriere in den Computern der britischen Polizei viel Speicherplatz beansprucht, darf nicht ausgewiesen werden, weil das mit seinen »Menschenrechten« nicht vereinbar sei - so die obersten britischen Richter.<sup>942</sup> Die Menschenrechte der kleinen Amy Houston und das Leid ihrer Eltern interessieren in einem zunehmend islamisierten Europa offenkundig niemanden mehr.

In Australien kennt man solches Mitleid mit Vergewaltigern nicht: Der Brite Leslie Neil Cunliffe lebte seit 1967 in Australien. Er vergewaltigte dort eine junge Frau. 2011 wurde er deshalb nach 44 Jahren Aufenthalt wieder in sein ursprüngliches Heimatland deportiert.<sup>943</sup> So einfach kann sich ein anerkannter demokratischer Rechtsstaat eines Menschen, der man nicht im Land haben will, entledigen. Man muss es nur wollen. Leslie Neil Cunliffe ist in Australien kein Einzelfall. Das Land geht mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen Menschen wie ihn vor. Wir Europäer lassen unterdessen die ganze Milde der Gesetze walten: Allein in Großbritannien leben derzeit 3200 zugewanderte Schwerverbrecher, die mit Rücksicht auf ihre familiären Beziehungen nicht deportiert werden.<sup>944</sup>

Unser europäisches Wertegefüge wird unglaublich schnell verändert. Es ist heute politisch korrekt, die *Bibel* zu verbrennen — oder eine israelische Flagge. Aber wehe dem, der auch nur einen *Koran* verbrennt. Muslime hatten im Februar 2011 ganz offiziell - einmal wieder - öffentlich mehrere hundert christliche *Bibeln* verbrannt<sup>945</sup> — und waren noch stolz darauf. Das geschah beispielsweise in der Islamischen Republik Iran. Und was passierte? Wie üblich: nichts! Kein amerikanischer Präsident, kein europäischer Politiker, kein muslimischer oder christlicher Führer regte sich darüber auf. Wir empfinden das inzwischen als völlig »normal«.

Es ist auch genauso »normal«, dass an deutschen Grundschulen wegen des Lehrermangels Unterricht ausfällt und wir diesen - wie 2011 in Lüneburg geschehen - einfach durch Islam-Unterricht ersetzen.<sup>946</sup> Zugleich hängen wir natürlich die Kreuze in den Schulklassen ab. Zudem verbieten wir an immer mehr europäischen Schulen - also im ehemals christlichen Abendland - die christliche *Bibel*, denn diese könnte ja die zugewanderten muslimischen Mitschüler beleidigen.<sup>947</sup> Wer das nicht als »normal« empfindet, der entspricht heute nicht mehr der Norm.

Sofern junge Muslime im deutschsprachigen Raum in das Taufbecken einer Kirche urinieren und den Altar mit Fäkalien beschmieren (wie etwa in der Schweiz<sup>948</sup>), dann gilt das heutzutage angeblich als cool. Falls man das anders

sieht, so gilt man mittlerweile als ziemlich rückständig und eher spießig, so wie etwa ein Brüsseler Pfarrer, der seine Kirche von der belgischen Polizei räumen ließ, nachdem viele Afghanen sie wie selbstverständlich als Toilette missbrauchten.<sup>949</sup> Selbstverständlich wurden die islamischen Kirchenschänder nicht zu einer Haftstrafe verurteilt wie jener Deutsche, der einige *Koran-Verse* auf Toilettenpapier druckte<sup>950</sup>. In islamischen Staaten zünden Muslime wie selbstverständlich christliche Kirchen an, wenn sie sich von Christen beleidigt wähnen.<sup>951</sup> Dafür müssen wir heute vollstes Verständnis haben.

Als Christ darf man in Deutschland keinesfalls telefonisch eine minderjährige Muslima in Pakistan heiraten, die man zuvor noch nie gesehen hat. Für einen Pakistani in Deutschland allerdings ist so etwas inzwischen völlig legal und muss akzeptiert werden.<sup>952</sup> Die Aufweichung unserer Rechtsordnung muss man als Christ oder Atheist mitten in Europa also einfach verständnisvoll schlucken. Die islamische *Scharia* steht jetzt über unserem Recht. Man muss es in Europa heute auch hinnehmen, wenn immer mehr islamische Taxifahrer Blinde mit einem Blindenhund nicht transportieren wollen, weil Letzterer nach islamischem Rechtsverständnis nicht transportiert werden muss.<sup>953</sup> Wir müssen es hinnehmen, dass an unseren Schulen jetzt im Religionsunterricht gelehrt wird, der Gott der Christen und der Allah der Muslime seien doch eigentlich das Gleiche. Doch aufgepasst: Im islamischen Malaysia haben Christen vor diesem Hintergrund in ihren *Bibeln* das Wort »Gott« tatsächlich durch das Wort »Allah« ersetzt. Die islamische Regierung ließ daraufhin mehr als 35 000 *Bibeln* beschlagnahmen, die sie nun verbrennen oder einstampfen lassen will. Begründung: Christen dürfen das Wort »Allah« für Gott nicht verwenden.<sup>954</sup> Wer das alles in Europa heute nicht als völlig »normal« empfindet, der lebt außerhalb der neuen genormten Welt, in der alles, was die Anhänger des Islam tun, mit viel Verständnis begleitet werden muss, während Christen und Atheisten angeblich immer öfter spießige und rückständige Menschen zweiter Klasse sind.

Als 2011 fünf türkische Offiziere verhaftet wurden, die in der Türkei einen deutschen *Bibel-Übersetzer* und weitere Menschen christlichen Glaubens aus reinem Christenhass ermordet hatten<sup>955</sup>, da war das deutschsprachigen Medien nicht einmal einen Hinweis wert. Christenhetze ist in der Türkei an der Tagesordnung.<sup>956</sup> Christen zu ermorden ist eben irgendwie cool und liegt im Trend der Zeit. Und wenn Muslime im bevölkerungsreichsten afrikanischen Land — Nigeria — jetzt sogar ganz offiziell einen Völkermord an der christlichen Bevölkerungsgruppe ankündigen<sup>957</sup>, dann interessiert das in Europa heute niemanden mehr. Man muss das alles vielmehr einfach so hinnehmen, sonst ist man politisch nicht korrekt.

Als Muslime 2011 der norwegischen Pilotin Siri Skare (53) und dem 33 Jahre alten schwedischen Menschenrechtler Joakim Dungal auf einem afghanischen UN-Stützpunkt die Kehle durchschnitten und viele weitere Menschen töteten, mussten wir wiederum Verständnis aufbringen.<sup>958</sup> Schließlich hatte zuvor ja irgendwo in Florida ein amerikanischer Christ einen *Koran* verbrannt. Nochmals: Weil nur ein einziger *Koran* verbrannt wurde, müssen wir nun tief betroffen Verständnis für die folgenden weltweiten Gewaltorgien der Anhänger des Islam-Gründers Mohammed gegen Unbeteiligte haben. Denn diese gelten als völlig normal. Das muslimische Vorbild Mohammed hatte im Jahre 627 (nach unserer Zeitrechnung) ja auch allen bekannten islamischen Überlieferungen zufolge mehr als 500 Juden, die seiner Ideologie nicht folgen wollten, Gräben ausheben und ihnen dann den Kopf abschneiden lassen.<sup>959</sup>

Bei Migranten aus dem islamischen Kulturkreis, deren Länder andere Werte und einen niedrigen Länder-IQ aufweisen, sind wir ständig für alles offen. Bei Christen oder Atheisten aus Regionen mit hohem Länder-IQ gilt das in vergleichbaren Situationen nicht.



## Ausblick - Warum wir Egoisten werden müssen

In diesem Buch wurde belegt, dass die auf der Welt lebenden Menschen je nach Herkunftsregion sehr unterschiedliche Intelligenzquotienten, andere Einstellungen zu Bildung und auch verschiedene Wertesysteme besitzen. Nach dem Lesen dieses Buches ist klar, dass bestimmte Zuwanderergruppen gar nicht anders können, als sich der Integration zu verweigern und in Parallelgesellschaften zurückzuziehen. Wir haben gesehen, dass uns viele Minderintelligente mit ihren anderen Werten und Normen als Menschen zweiter Klasse betrachten, uns mit Kriminalität und Inländerfeindlichkeit begegnen und - wie im August 2011 in Großbritannien — irgendwann unsere Häuser und Geschäfte anzünden. Medien und Politik bilden einen Schutzschild um diese Gruppen. Gezielt täuschen sie uns und suggerieren, Migranten aus kulturfernen Regionen seien eine Bereicherung und würden in Europa Opfer von »Diskriminierungen«. Ein Beispiel: Da berichtet das ehemalige Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* nach den schockierenden Plünderungen und Brandschatzungen von London im August 2011 durch Migranten über die Kriminellen unter der Überschrift: »Aufstand der Frustrierten«. In dem Artikel heißt es, Bürger afrokaribischer Herkunft würden in London viermal häufiger von der Polizei durchsucht als Menschen mit heller Hautfarbe.<sup>960</sup> *Der Spiegel* verschweigt seinen Lesern allerdings, warum sich die britische Polizei so verhält: Schwarze sind nun einmal in London extrem in die Kriminalität verstrickt. Bei 80 Prozent aller Schießereien, die dort registriert werden, feuern Schwarze auf Schwarze. Bei den verbleibenden 20 Prozent ist in drei Vierteln aller Fälle zumindest einer der Beteiligten ein Schwarzer. Im Klartext: An 95 Prozent (!) aller Schießereien in London sind nach Polizeiangaben Schwarze beteiligt (die restlichen fünf Prozent entfallen größtenteils auf Osteuropäer).<sup>961</sup> *Der Spiegel* stellt die britische Polizei allerdings so hin, als ob diese die Schwarzen beständig schikaniere. Die mit den Afrokariben verbundene Kriminalität verschweigt *Der Spiegel* seinen Lesern allerdings. Das Magazin wirbt mit dem Motto »*Spiegel*-Leser wissen mehr«. Realität näher aber wäre die Werbung »*Spiegel*-Leser wissen weniger«.

Sie wissen nun am Ende dieses Buches, wie ein deutschsprachiges Medium eine zugewanderte Bevölkerungsgruppe in Schutz genommen hat, deren Werte mit unseren schlicht nicht kompatibel sind. Viele dieser Mitbürger sind und bleiben - bedingt durch mindere Intelligenz — leistungsschwach, weil sie bei den komplexen Anforderungen in unserer Gesellschaft und in einem modernen Berufsleben nicht mithalten können. Wir haben beispielsweise erfahren, dass die Chance, einen IQ von weniger als 70 zu haben, bei den Kindern aus »Verwandtenhochzeiten« um 400 Prozent steigt. Wollen wir bei dieser Entwicklung auf ewig weiter zuschauen?<sup>962</sup> Nicht ein deutschsprachiger Politiker der etablierten Parteien erhebt gegen diese Entwicklung seine Stimme, obwohl solche Heiraten bei Türkischstämmigen in Deutschland etwa 25 Prozent ausmachen. Nun ist es nicht so, dass Politiker die vielen gefährlichen Fehlentwicklungen auf diesen Gebieten nicht mitbekommen hätten. Sie haben die Probleme jedoch mit Mitteln zu lösen versucht, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren, oder sie haben diese bewusst verschwiegen.

Was uns fehlt, ist Egoismus. Manch ein Leser mag nun zurückschrecken, weil wir im deutschsprachigen Raum mit Egoismus inzwischen nur noch negative Eigenschaften verbinden. Egoismus ist jedoch ein Element des Selbsterhaltungstriebes. Ein Blick in die uns umgebende Welt belegt, dass Egoismus in anderen Ländern gesetzlich abgesichert ist. Niemals kämen wir in Österreich oder Deutschland zum Beispiel auf die Idee, einem türkischen Migranten eine Liste mit Berufen vorzulegen, die er bei uns nicht ausüben darf. Im umgekehrten Falle sollten sie aber einfach einmal die Auflistung jener Berufe zur Kenntnis nehmen, welche Berufe Sie als Deutscher oder Österreicher in der Türkei bis 2003 nicht ausüben durften. Nach den Bestimmungen des Gesetzes über »Gewerbe und Dienstleistungen, die in der Türkei türkischen Staatsangehörigen vorbehalten sind«, durften Ausländer die nachfolgend angegebenen Berufe nicht ausüben: Straßenhändler, Musiker, Fotograf, Schriftsteller, Makler, Hersteller von Bekleidungsartikeln, Hüten, Schuhen; Börsenmakler, Verkäufer der Produkte des Staatsmonopols, Fremdenführer und Dolmetscher, Arbeiter in der Bau-, Eisen- und Holzindustrie, ständiger oder zeitweiser Arbeiter im Transport- und Nachrichtenwesen und bei Wasser-, Beleuchtungs- und Heizungsinstallationen, Ein- und Ausladung bei Landtransporten, Fahrer und Beifahrer, jeglicher handwerklicher Arbeiter, Wächter, Pförtner, Diener und Bote in Handelsunternehmen, Wohnungen, Hotels und Firmen; Diener und Dienerinnen in Hotels, Kaffeehäusern, Tanzlokalen, Bars und ähnlichen Unterhaltungslokalen; Künstler und Künstlerinnen in Unterhaltungslokalen, Tierarzt und Chemiker. Demzufolge gab es also viele Berufe, Gewerbe und Dienstleistungen, »die in der Türkei türkischen Staatsangehörigen vorbehalten



sind« und von Ausländern dort nicht ausgeübt werden durften. Auch als Facharbeiter oder Bergleute dürfen in der Türkei nur ethnische Türken arbeiten. Diese gesetzlich vorgeschriebene Diskriminierung von Nicht-Türken und den dahinterstehenden Egoismus nahmen wir zwei Generationen lang wie selbstverständlich hin. Im Jahre 2003 öffnete die Türkei schließlich einige Berufe für Ausländer, aber deren Diskriminierung ging und geht in vielen Berufen immer noch weiter. Die Deutsche Botschaft Ankara teilt dazu mit: »Mit dem o. a. Arbeitserlaubnisrecht ist auch das Gesetz über die Gewerbe und Dienstleistungen vom 11. Juni 1932 außer Kraft getreten, wonach die Ausübung zahlreicher Berufe nur türkischen Staatsangehörigen vorbehalten war. Mit der neuen Regelung ist ausländischen Arbeitnehmern und Selbstständigen damit der tatsächliche Zugang zum Arbeitsmarkt für eine Vielzahl von Berufen außer zum Beispiel dem des Rechtsanwaltes, Notars, Apothekers, Richters, (Zahn-)Arztes, der Hebamme und der Krankenschwester eröffnet. Für Berufe im Ingenieurs-, Architekten- und Tourismuswesen sind ebenfalls Sonderbestimmungen vorgesehen. Für die Anstellung als Beamter ist die türkische Staatsangehörigkeit erforderlich.«<sup>963</sup> Deutsche dürfen also auch weiterhin in der Türkei beispielsweise weder als Krankenschwester noch als Ärzte arbeiten.

Wir wissen nun auch, dass Ausländer in der Türkei auch weiterhin nicht das Amt eines Richters erlangen können. Verkehrte Welt in Deutschland: In Niedersachsen machte man die türkischstämmige Muslima Aygül Özkan zur »Integrationsministerin«. Sie war noch nicht einmal im Amt, da forderte sie in ihren Interviews schon dreist für Deutschland: »Wir brauchen an unseren Gerichten dringend mehr Richter mit Migrationshintergrund. Damit die Betroffenen auch sehen, hier entscheidet nicht eine fremde Autorität, sondern wir gehören da auch zu.«<sup>964</sup> Die Frau, die als Ministerin immerhin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration zuständig ist, ist ein typisches Beispiel dafür, wie wir unseren eigenen Niedergang fördern. Gibt es in der Türkei etwa deutschstämmige Richter, damit deutsche Touristen, die dort straffällig werden, die dortige »fremde Autorität« bei der Urteilsfindung umgehen können? Die Antwort kennen Sie.

Da viele Türken unseren Leistungsanforderungen selbst in den einfachsten Berufen nicht genügen, haben wir Sonderregeln eingeführt, damit sie diese bei uns ausüben dürfen. Ein Beispiel: Deutsche, die sich als Friseur selbstständig machen wollen, müssen vor der Handwerkskammer eine Meisterprüfung ablegen oder aber einen Meister einstellen. Was viele nicht wissen: Das gilt nicht für Türken, die in Deutschland leben. Ihnen kann man die hohen Hürden für die deutsche Meisterprüfung offenkundig nicht zumuten. Die Handwerkskammern anerkennen jetzt still und leise auch Prüfungen, die in

der Türkei abgelegt wurden. Und so gibt es bei uns nun türkische Friseurmeister, die in Deutschland nie eine ordentliche Meisterprüfung abgelegt haben.<sup>965</sup> Umgekehrt anerkennt die Türkei aber nicht einmal deutsche Ärzte als solche in ihrem Land an.

Und wie verhalten wir uns, wenn solche zugewanderten Mitbürger arbeitslos werden? Zwei Drittel der Deutschen sind nach Angaben einer repräsentativen Umfrage dafür, arbeitslose Ausländer aufzufordern, das Land wieder zu verlassen.<sup>966</sup> Im europäischen Vergleich geben sich in dieser Frage lediglich die Franzosen mit 51 Prozent fremdenfreundlicher, während sich 78 Prozent der Briten, 79 Prozent der Italiener und 71 Prozent der Spanier gegen den Verbleib arbeitsloser Ausländer in ihrem Land aussprechen. In jedem Land existiert eine Mehrheit für die Deportation arbeitsloser Ausländer. Doch wir wollen nicht als egoistisch gelten und beachten den Mehrheitswillen der Bevölkerung nicht. Schauen wir einmal in egoistische Länder: Wer in den USA als Europäer seinen Arbeitsplatz verliert, der hat noch genau sechs Wochen Zeit, um sein (eventuell vorhandenes) Haus zu verkaufen und die Umzugskisten zu packen. Genau wie im arabischen Dubai werden in den USA arbeitslose Nicht-Amerikaner radikal deportiert.<sup>967</sup> Es gibt Tausende Deutsche, die nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes ein leer stehendes Haus in den Vereinigten Staaten haben, das sie wegen der Wirtschaftskrise nicht oder nur mit ruinösen Verlusten verkaufen können. Niemand käme auf die Idee zu behaupten, der amerikanische Präsident Obama verhalte sich nun »rassistisch« gegenüber den arbeitslosen Europäern, die er aus dem Land werfen lässt. Warum nur sind wir nicht endlich auch egoistisch?

Noch eine wichtige Frage: Wie verhalten wir uns, wenn Menschen aus fernen Ländern mit völlig anderen Werten illegal — also ohne Visum - zu uns kommen? Bevor wir eine Antwort darauf geben, schauen wir zunächst einmal in andere Länder: Wer etwa die türkische, irakische, afghanische, pakistanische oder syrische Grenze illegal überquert, der wird dort eingesperrt. Doch wenn Bewohner der vorgenannten Länder illegal unsere Grenzen überqueren, dann bekommen sie unsere Unterstützung. Sie haben zudem auch das Recht, unter ihrer Landesflagge zu protestieren, wenn sie das Gefühl haben, dass sie zu wenig Aufmerksamkeit und Respekt erhalten. Die Gefahr, dass wir sie wieder in ihre Heimatländer abschieben, ist minimal. Schließlich ist jeder Illegale angeblich ein »Härtefall«. Ganz zu schweigen von den Organisationen, die sich für das Bleiberecht von Illegalen einsetzen. Allein in Hamburg leben etwa 100 000 Illegale, in ganz Deutschland sind es bis zu 1,8 Millionen. Es handelt sich bei ihnen überwiegend um Menschen aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ und mit anderen Wertesystemen. Wie werden wir sie wieder los? Ganz einfach: So wie die Politik Abwrackprämien für illegale Waffen anbietet<sup>968</sup>, so

müssen wir im Eigeninteresse jene Landräte mit Prämien unterstützen, die konsequent Illegale in deren Heimatländer zurückführen. Landkreise, die das geltende Abschiebungsrecht immer wieder brechen, müssen mit dem Entzug der finanziellen Zuwendungen bestraft werden. Selbstverständlich dürfen Landräte oder Organisationen, die sich für das Bleiberecht von Illegalen einsetzen, Illegale bei sich dulden. Nur müssen sie dann Bürgschaften für jeden Einzelnen übernehmen und deren Aufenthalte und eventuell angerichtete Schäden, deren Unterkunft und Gesundheitsvorsorge, Kleidung, Nahrung und Bildung bezahlen. Wird einer dieser Illegalen kriminell, dann müssen die Bürgen mit ihrem ganzen privaten Vermögen für die Schäden, die Gerichts- und Anwaltskosten sowie eine eventuelle Haftzeit aufkommen. Denn es ist ganz sicher nicht Aufgabe der Steuerzahler, für Menschen, die das Gesetz brechen (Illegale sind Gesetzesbrecher, das besagt schon das Wort), aufzukommen.

Wir brauchen also wieder mehr Egoismus, weil wir sonst am Ende die Dummen sind. Die Isländer haben 2011 diesen Egoismus bewiesen. Auch in der zweiten Abstimmung lehnte das isländische Volk im April des genannten Jahres Entschädigungszahlungen an London und Den Haag ab, obwohl diese nach dem Zusammenbruch einer isländischen Bank vereinbart worden waren.<sup>969</sup> Dem war Folgendes vorausgegangen: Am 7. Oktober 2008 musste die isländische Online-Bank *Icesave* Insolvenz anmelden. Sie hatte Kunden in Großbritannien, den Niederlanden und in Island. Nach dem Zusammenbruch der Bank entschädigte Island nur die Kunden aus dem eigenen Land. Die rund 340000 Kunden aus England und den Niederlanden gingen völlig leer aus. Die Isländer entschieden per Volksabstimmung egoistisch, dass sie daran auch nichts ändern wollten. Es ging immerhin um 3,8 Milliarden Euro.

Es gibt also Staaten in Europa, die durchaus einen gesunden Egoismus walten lassen. Im deutschsprachigen Raum ist das bei Österreichern und Deutschen jedoch völlig anders. Österreich lieferte 2011 ein »schönes« Beispiel dafür: Dort unterstützt der Steuerzahler die Zerstörung des eigenen Wertgefüges etwa beim Wiener Werkstätten- und Kulturhaus (WUK) mit jährlich 1,3 Millionen Euro. Mit Steuergeldern finanziert das WUK Plakataktionen wie »Ich scheiß auf Österreich« oder »Ich piss auf Österreich«. Da heißt es dann allen Ernstes, auf die österreichische Flagge könne man nur »pissen«.<sup>970</sup> Finanziert und unterstützt wird dieser Wahnsinn nicht nur aus Steuergeldern, sondern auch vom Staatssender ORF, von der Zeitung *Der Standard*, von der *Bank Austria* und vom österreichischen Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Die Beteiligten sind dann auch noch stolz darauf, wenn Migranten in Österreich bekunden, sie wollten auf die österreichische Flagge »pissen«. Sie halten das in Deutschland für unmöglich? Lassen Sie sich bitte eines Besseren

belehren: Migranten, die tatsächlich auf unsere Landesflagge »pissen«, werden hierzulande ganz besonders hofiert. Ein Beispiel: Migrant Ario Ebrahimpour Mirzaie ist Nachwuchspolitiker der Grünen.<sup>971</sup> Er hat sich dabei fotografieren lassen, wie er auf die deutsche Flagge urinierte. Laut dem deutschen Strafgesetzbuch (Paragraf 90a) ist das Verunglimpfen staatlicher Symbole verboten und kann mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden. Doch der skrupellose zugewanderte Flaggenpissler Ario Ebrahimpour Mirzaie wurde nach Kenntnis des Autors nicht etwa bestraft - im Gegenteil: Er reichte an der Universität Berlin eine Diplomarbeit ein.<sup>972</sup> Die Arbeit — die voller Hass gegen Andersdenkende steckt — ist eine Schande für den Wissenschaftsstandort Deutschland. Doch der Migrant kam auch damit durch. Um den volkswirtschaftlichen Schaden, den dieser Mann wahrscheinlich noch in Deutschland anrichten könnte, auszugleichen, wird Thilo Sarrazin wohl noch viele Bestseller schreiben und Steuern zahlen müssen. Wir treten unsere Werte eben mit Füßen und fördern heute inkontinente Flaggenpissler in der Politik, wo die sofortige Rückführung ins Ursprungsland wohl eher die richtige Antwort wäre. Aber wir sind eben (noch) keine Egoisten.

Einer der renommiertesten Wissenschaftler prognostiziert nun den sich abzeichnenden dauerhaften wirtschaftlichen Kollaps Europas. Der Exodus der Leistungsträger und der Import von Hilfsarbeitern machten die Lage unabwehrbar, meint er. Zugleich verbreiten unsere europäischen Regierungen Jubelstimmung über eine angeblich schöne Zukunft. Wie passt das zusammen? Jacques Attali war einer der engsten Berater mehrerer französischer Staatspräsidenten. Als Wirtschaftswissenschaftler stand er etwa Francois Mitterand zur Seite. Und er war Präsident der Europäischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau. Der Mann ist unverdächtig, ein Nörgler oder politischer Extremist zu sein. Er sagte im Jahre 2010 nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland und Österreich für die nächsten zehn Jahre einen »unaufhaltsamen Niedergang« voraus. Neben der horrenden Staatsverschuldung habe der anhaltende Abfluss von »Humankapital« (gemeint ist die Auswanderung gut ausgebildeter Europäer) eine nicht mehr umkehrbare Lage geschaffen: »Das Humankapital an jungen, gut ausgebildeten und leistungsbereiten Menschen« kehre wie in einem Sog dem alten Europa den Rücken. Das sei nicht nur ein entscheidender »Wettbewerbsnachteil« für die europäischen Staaten, sondern deren Todesurteil. Ganz anders sei die Lage in ebenfalls schwer von der Wirtschaftskrise getroffenen Ländern wie den Vereinigten Staaten, Indien und China. Diese hätten zwar ebenfalls gewaltige finanzielle Verluste zu erleiden, verfügten aber im Gegensatz zu Europa über das »Humankapital«, um die entstandenen Schäden wieder abzarbeiten und die Zukunft zu meistern. Es

sei schon jetzt klar, dass die europäische Bevölkerung ihren gewohnten Lebensstandard nicht mehr lange werde halten können — und danach beginne der unaufhaltsame »Niedergang«.

In einer Generation wird die Türkei Deutschland wirtschaftlich überholt haben - das prognostiziert der Finanzriese *Goldman Sachs*.<sup>m</sup> Die Türkei schickt immer mehr Bürger nach Europa. Die klügeren Türken kehren dann — gut ausgebildet auf Kosten der Europäer — in ihr Land zurück und werden es etwa um das Jahr 2050 zur drittstärksten Volkswirtschaft in Europa gebracht haben - noch vor Deutschland, so *Goldman Sachs*. Zeitgleich zu dieser Erkenntnis äußerte der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), ohne die Türkei versinke die Europäische Union im Mittelmaß.<sup>974</sup> Politiker wie Schröder sagen also aus Gründen der politischen Korrektheit genau das Gegenteil von dem, was Fachleute prognostizieren.

In 20 Jahren wird auch Polen wirtschaftlich deutlich besser dastehen als Deutschland. Die Bundesrepublik wird spätestens dann zum »Land der Hilfsarbeiter« und Ungebildeten mutiert sein. Das prognostiziert nicht etwa ein umstrittener Zukunftsforscher. Nein, so sieht man jetzt in den Reihen der Europäischen Union ganz offiziell die Zukunft der Deutschen.<sup>975</sup> Sie werden bald ärmer sein als die Polen.<sup>976</sup> Deutschland ist auf dem besten Wege, ein Land der Hilfsarbeiter zu werden.<sup>977</sup> Die Zukunft unseres Landes wird türkisches Niveau haben. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb dazu 2010: »Nur 13 Prozent der Türkischstämmigen in Deutschland haben das Abitur, 30 Prozent hingegen keinen Schulabschluss.«<sup>978</sup> Schöne Zukunft? Zum Vergleich: Fast zwei Drittel der hier lebenden Polen und immerhin 60 Prozent der Griechen besitzen eine mittlere oder gar hohe Schulbildung. Türken sind eben die ewigen Sorgenkinder der Integration.<sup>979</sup> Sie sind die Schlusslichter unserer Entwicklung. Doch sie gelten angeblich als unsere Zukunft. Man muss dazu wissen, dass 17,5 Prozent dieser liebevollen Mitbürger tickende Zeitbomben sind. Nach einer 2010 veröffentlichten wissenschaftlichen Studie sind sie »aggressive Misserfolgs-Egozentriker und konfliktbelastete Negativisten« — also Mitbürger mit extrem hoher Gewaltbereitschaft.<sup>980</sup> Der Zusammenprall zweier völlig unterschiedlicher Kulturkreise produziert demnach eines ganz sicher: eine extrem schnell wachsende Zahl von bildungsresistenten und gewaltbereiten jungen Gewalttätern. Und mit einem solchen Heer von Mitbürgern wollen wir inmitten der schweren Krise unsere Zukunft gestalten? Was passieren wird, sagt uns der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Er prognostiziert uns bürgerkriegsähnliche Zustände, wie wir sie in London und anderen brennenden britischen Ballungsgebieten nach Tagen hasserfüllter Migrantengewalt im August 2011 gesehen haben.<sup>981</sup>

Was können wir tun? Die niederländische Kleinstadt Vaals verweigert seit September 2011 allen EU-Bürgern das Wohnrecht, wenn diese arbeitslos sind.<sup>982</sup> Die Regelung gilt ebenfalls für die EU-Bürger, die kein ausreichendes eigenes Vermögen vorweisen können und deshalb möglicherweise auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Vaals hat 10 000 Einwohner. Nach Angaben der Behörden beziehen dort 300 Personen Sozialleistungen. Von diesen stammen 40 Prozent aus anderen EU-Ländern. Vaals ist die erste Kommune in den Niederlanden, in der Arbeitslosen der Zuzug verboten wird. Diese Praxis gibt es im Übrigen auch schon in anderen EU-Staaten, etwa in der Stadt Plombières in Belgien.<sup>983</sup> Seit Februar 2011 bereiten die Niederlande zudem Pläne vor, arbeitslose Polen wieder in ihre Heimat zu deportieren. Entsprechende Ankündigungen sorgten für Entsetzen bei der EU.<sup>984</sup> Die Niederländer wissen ganz genau, dass sie mit ihren neuen Wegen den Europäischen Gerichtshof auf den Plan rufen. Doch das kann ihnen egal sein, denn bis dieser die Niederländer verurteilt, sind viele Jahre vergangen, oder die EU ist schon längst auseinandergebrochen. Die Niederländer handeln eben egoistisch. Man kann das nun gut oder schlecht finden, aber man kann auf Dauer vor dem Mehrheitswillen der Bevölkerung nicht die Augen verschließen. Würden wir bei Türken und Roma im deutschsprachigen Raum ebenso handeln, dann wären wir auf einen Schlag zahlreiche Probleme los.

Viele Leser werden nun fragen, was man als Einzelner tun sollte, um im deutschsprachigen Raum die in diesem Buch geschilderte Lage zu verändern. Die besonnene Antwort darauf mag auf den ersten Blick verwundern: Man sollte nichts oder zumindest sehr wenig tun. Und dennoch wird sich viel verändern. Dafür gibt es eine leicht nachvollziehbare, wissenschaftliche Begründung.

Die US-Armee hatte nach den überraschenden Revolutionen in Nordafrika im Frühjahr 2011 (Tunesien, Ägypten, Libyen) und den blutigen Volksaufständen in Syrien, Bahrain, Oman und dem Jemen eine Studie in Auftrag gegeben. Diese sollte erklären, warum kein Geheimdienst der Welt die Umstürze zu genau jenem Zeitpunkt vorhergesehen hatte. Das *Army Research Laboratory* (ARL) beauftragte die in New York ansässige Privatuniversität *Rensselaer Polytechnic Institute* mit der Studie. Das Ergebnis dürfte alle Leser dieses Buches, die sich möglicherweise Gedanken um die Zukunft machen, beruhigen. Aber es wird (glücklicherweise) Politiker schockieren. Die Kernaussage der Studie, mit der die wie aus dem Nichts gekommenen Revolutionen begründet werden, lautet: Wenn in einer Bevölkerungsgruppe etwa zehn Prozent der Menschen über soziale Netzwerke ein sie einigendes Ziel unterstützen, dann kann keine Regierung mehr verhindern, dass dieses Ziel verwirklicht

wird, sobald die Personen es geschlossen einfordern.<sup>985</sup> Immer mehr Menschen werden sich dann diesem Ziel beziehungsweise der damit verbundenen Meinung anschließen und deren Durchsetzung einfordern. Auch eine kleine Minderheit kann demnach, wenn sie konsequent und geschlossen agiert, einer Bevölkerungsmehrheit ihren Willen aufzwingen.

Im Klartext bedeutet das für Sie als Leser: Entspannen Sie sich! Denn alle Umfragen nach der Veröffentlichung des Sarrazin-Buches haben eine deutliche Mehrheit für die von Sarrazin vertretenen Auffassungen ergeben. Es ist völlig unwichtig, ob es nun 55 Prozent oder mehr als 70 Prozent waren oder sind. Es ist somit eine reine Frage der Zeit, bis aus der sich (noch) ängstlich duckenden und schweigenden Mehrheit auch in Deutschland eine Bewegung entstehen wird, die diese Probleme offen anspricht. Sie wird dann aus der Sicht der bisher existierenden Parteien sehr schnell überraschende Erfolge erzielen. Nach Angaben des *Rensselaer Polytechnic Institutes* explodieren Stimmungslagen in jeder Bevölkerung, in der eine Meinung unterdrückt wird, irgendwann »völlig überraschend«. Denn wenn etwa zehn Prozent der Menschen sie offen aussprechen und dafür auch auf die Straße gehen, dann gibt es kein Halten mehr.

Irgendwann wird es kein Tabu mehr sein, das offen auszusprechen, was in diesem Buch aufgezeigt wurde und bislang als politisch unkorrekt gilt. Was sollen wir mit 3,1 Millionen kulturfernen Analphabeten, selbst wenn ihre Kinder möglicherweise einmal in 20 Jahren nach gigantischen Förderungen eine annähernd durchschnittliche Leistung erbringen sollten? Wir brauchen *jetzt* und *sofort* Leistungsträger, die anpacken und dabei helfen, uns aus der katastrophalen Krise herauszubringen. Was bringen uns (stattdessen) Millionen Migranten mit niedrigem Länder-IQ? Sie bringen uns beispielsweise in Massen unheilbare Krankheiten wie chronische Hepatitis-B. Zwei Drittel der an Hepatitis Erkrankten sind hierzulande Migranten. Die Deutsche Leberhilfe e. V. plädiert seit Langem schon für Hepatitis-B-Tests bei ihnen.<sup>986</sup> Wir lehnen das (ebenso wie IQ-Tests für Migranten) als »diskriminierend« ab und haben stattdessen für Hunderttausende an Hepatitis erkrankte Einwanderer eine Willkommenskultur geschaffen. In Deutschland verbreiten vor allem Türken und Araber das gefährliche Virus in der Bevölkerung.<sup>987</sup> Als etwa in Bocholt eine Hepatitisepidemie ausbrach, da wurde als Infektionsherd nach offiziellen Angaben eine türkische Dönerbude ermittelt.<sup>988</sup> Professor Dr. Ali Canbay vom Universitätsklinikum Essen warnt ganz offen: »Mehr als ein Drittel der türkischstämmigen Migranten in Deutschland hatten Kontakt mit dem Hepatitis-B-Virus. (...) Die Infektion mit dem Hepatitis-B-Virus erfolgt hauptsächlich parenteral und sexuell, das heißt durch Kontakt mit Blut oder anderen Körperflüssigkeiten eines infizierten, HBsAg-positiven Patienten. (...)

Betroffen sind vor allem Migranten aus Ländern mit erhöhter HBsAg-Prävalenz, insbesondere Migranten aus der Türkei (hier oft angeborene Infektionen). Mit 22 Prozent der Patienten mit HBV-Infektion stellen Menschen türkischer Herkunft zahlenmäßig die stärkste Gruppe dar (...). Ein ähnliches Bild zeigt sich in Österreich. Daten aus Wien belegen, dass die Mehrheit der chronischen HBV-Patienten (58 Prozent) ebenfalls vom Balkan oder aus der Türkei stammt.«<sup>989</sup> Etwa jeder vierte in Deutschland lebende Türke überträgt das gefährliche Hepatitisvirus. Es ist ein absolutes Tabu, darüber zu sprechen. Dabei ist Hepatitis etwa 100 Mal ansteckender als Aids. Trotzdem begrüßen wir die infizierten Krankheitsüberträger mit einer herzlichen Willkommenskultur. Und wir infizieren uns. Und wir finanzieren sie. Wir sollten nun egoistisch sein und uns nicht länger mit durchschnittlich niedrigerem IQ, fremden Wertesystemen und Normen, geringer Leistungsbereitschaft und eingeschleppten Krankheiten infizieren lassen.

Wir haben in diesem Buch erfahren müssen, dass Migranten aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ bei uns die größte Gruppe zugewanderter Sozialhilfeempfänger stellen. Wollen wir diese auf ewig weiterfinanzieren? Schließlich können wir uns das jetzt nicht mehr leisten, auch weil die Zahl derjenigen, die glauben, Deutschland sei das Weltsozialamt, laufend steigt. Nehmen wir Afrika als besonders drastisches Beispiel: Der Schwarze Kontinent entwickelt sich unaufhaltsam zurück. Lag sein Anteil am Welthandel vor 50 Jahren noch bei fast zehn Prozent, so ist er inzwischen auf weniger als zwei Prozent gesunken.<sup>990</sup> Die Bevölkerung hingegen wächst. Nicht etwa die geistige Führungsschicht, sondern jene, die in bitterster Armut leben. Und das, obwohl die Ressourcen Afrikas gigantisch sind.

Im August 2011 konnten die Briten auf einen Schlag sehen, welche Zukunft ihnen bevorsteht, wenn sie den zugewanderten afrikanischen Mob, der ihre Städte in Brand setzte, weiter so gewähren lassen wie bisher. Besonders schockierend war für viele Briten, dass in jenen Tagen, als Londoner Stadtteile in Flammen aufgingen, die australische Regierung eine 96 Jahre alte Britin von Australien nach Großbritannien deportieren wollte. Auf der einen Seite sahen sie im Fernsehen, dass sie in Massen sozial schwache Menschen aus fernen Ländern aufgenommen, gepflegt, verköstigt, ausgebildet und gekleidet hatten, die ihnen nun die Häuser und Geschäfte anzündeten. Und in den gleichen Tagen lasen sie in den großen britischen Zeitungen, dass die 96 Jahre alte britische Urgroßmutter Gladys Jefferson, die bei ihren letzten Verwandten in Australien lebt, nun deportiert werden sollte, weil vier Jahre vor ihrem 100. Geburtstag den Australiern das Risiko zu groß wurde, dass sie möglicherweise krank werden und dann irgendwann dem australischen Sozialstaat zur Last



fallen könnte.<sup>991</sup> Das Visum der Frau war abgelaufen und wurde nicht mehr verlängert. Sie hatte nun in Australien keinen »Daseinsberechtigungsschein« mehr. Dabei verfügt Gladys Jefferson über eine britische Rente, die ihr in Australien ausgezahlt wird. Sie hat keine Verwandten mehr in Großbritannien, müsste dort in ein Altenheim, das sie von ihrer Rente (im Gegensatz zum Aufenthalt bei ihren Verwandten in Australien) nicht finanzieren könnte. Zudem fühlt sie sich bei ihren letzten lebenden Verwandten in Australien wohl. Dennoch waren die Australier egoistisch und stellten den Deportationsbescheid aus. Das nennt man Egoismus. Die Australier dulden eben nur Menschen, die ihnen nützlich erscheinen. Ein Einzelfall? Nein, keineswegs. Dem Briten Mark Littler drohte im August 2011 ebenfalls die Deportation aus Australien, weil er unwissentlich in der Stadt Brisbane 2,50 Euro zu wenig für eine Bahnfahrkarte bezahlt hatte. Er merkte den Fehler bei der Fahrt selbst, wandte sich an das Zugpersonal — und soll nun ausgewiesen werden.<sup>992</sup> Wo man im deutschsprachigen Raum viel Verständnis für einen Zuwanderer hätte und einem Migranten in einer ähnlichen Situation am liebsten noch rund um die Uhr einen vom Steuerzahler finanzierten Betreuer zur Seite stellen möchte, da kennen die Australier kein Pardon.

Zugegeben, dieses Buch polarisiert. Denn es nennt viele Fakten drastisch beim Namen. Unabhängig davon, welchen Standpunkt Sie als Leser am Ende dieses Buches vertreten, werden Sie sich selbst eine Frage beantworten müssen: Wollen Sie wirklich nicht endlich auch einmal egoistisch sein und an Ihre persönliche Zukunft und an die Ihrer Familie denken? Sind Sie wirklich bereit, für die in diesem Buch geschilderte Lage nicht nur weiter zu zahlen, sondern auch noch extreme Wohlstandsverluste hinzunehmen? Und als Gegenleistung bekommen Sie eine Entwicklung, die Sie im August 2011 bei den brennenden Städten in Großbritannien gesehen haben. Bedenken Sie bitte: Falls Sie Sozialhilfeempfänger sein sollten, dann werden Sie künftig starke Kürzungen Ihrer Leistungen hinnehmen müssen — sofern wir die Lage nicht sofort ändern. Und falls Sie Steuerzahler sind, dann werden Sie große Einkommensverluste erleiden. Wir haben seit vielen Jahren für viele Regionen der Welt Rettungsschirme aufgespannt. Wir haben dafür mit den Steuergeldern unserer noch nicht einmal gezeugten Kinder gebürgt. Wir haben überall auf der Welt geholfen und von unserem Wohlstand abgegeben. Wir haben bereitwillig gewaltige Umverteilungen der Früchte unserer Leistungen hingenommen. Wir haben Rettungspakete für Griechen, Iren, Spanier, Portugiesen und Italiener in Angriff genommen - wir bürgen inzwischen für Summen, die sich kein normaler Mensch mehr vorstellen kann.

Wir könnten halbwegs zuversichtlich in die Zukunft blicken, wenn nicht

unsere Leistungsträger in Massen abgewandert und Leistungsschwache mit anderen Wertesystemen in Mengen zugewandert wären, die uns immer häufiger feindlich gegenüberstehen. Was uns jetzt helfen würde, wäre Egoismus. Dieser Egoismus müsste ein Schlussstrich unter die Zahlungen in Rettungspakete sein. Und wir müssten einen Schlussstrich ziehen unter das gescheiterte Massenexperiment mit leistungsfeindlichen Migranten, die uns unvorstellbare Summen kosten. Möglicherweise werden wir beides nicht tun. Dann aber darf sich niemand beklagen, wenn die Sozialsysteme brutal zusammengestrichen, die Steuern und Abgaben beständig erhöht, die Leistungen des Staates überall zurückgefahren werden und wir uns dauerhaft mit einem sinkenden Lebensstandard, wachsender Kriminalität und brennenden Innenstädten abfinden müssen.

Am Ende dieses Buches lautet die zentrale Botschaft: Jeder durchschnittlich intelligente Mensch dürfte inzwischen festgestellt haben, dass die Länder dieser Welt je nach wirtschaftlich-finanzieller Leistungsfähigkeit unterschiedlich bewertet werden. Länder mit guten Wirtschaftsaussichten und hoher finanzieller Leistungsfähigkeit besitzen ein AAA-Rating, Länder mit extrem schlechten Prognosen für die finanzielle Leistungsfähigkeit werden auf Ramschstatus zurückgestuft. Einem Land mit Ramschstatus wird kein vernünftiger Mensch mehr Geld zu einem akzeptablen Zinssatz leihen, weil das Ausfallrisiko einfach zu hoch ist. In Hinblick auf die geistige Leistungsfähigkeit entspricht ein hoher Länder-IQ dem AAA-Rating und ein extrem niedriger Länder-IQ dem Ramschstatus. Die Intelligenz wandert dorthin, wo Länder-IQ und Rating am höchsten sind und es ein verlässliches Wertesystem mit Normen gibt, die für alle gelten. Je mehr Minderintelligente in ein Land mit hohem Länder-IQ einwandern, umso mehr Intelligente wandern von dort in Staaten mit höherem Länder-IQ ab. Genau das erleben wir nun seit Jahren in Bezug auf den deutschsprachigen Raum. Unsere gut ausgebildeten Eliten sind in Scharen abgewandert. Schon das Wort »Elite« empfinden wir heute als negativ. Es ist die Elite der Intelligenz, die gegangen ist. Mit der Intelligenz schwinden auch unser Länder-IQ und die künftige geistige Leistungsfähigkeit, die Voraussetzung für wirtschaftlich-finanzielle Leistungsfähigkeit ist. So wie es bei Ländern mit Ramschstatus irgendwann den Staatsbankrott geben muss, ist auch bei Ländern mit beständig sinkendem IQ die Katastrophe vorgezeichnet. Treffen unter diesen Bedingungen hohe Schulden (wie wir sie haben) und Bürgschaften für viele andere Länder, der sinkende IQ und eine Mischung völlig unterschiedlicher Wertesysteme zusammen, dann ist der GAU schlicht nicht mehr abzuwenden. So wie ein Land nach dem finanziellen Bankrott nur durch die zumindest teilweise Entledigung von Schulden (»Haircut«, auch Schulden-

schnitt genannt) wieder neu beginnen kann, so kann es den absehbaren geistigen Bankrott nur durch entsprechende ähnliche Maßnahmen abwenden. Die Wanderungsbewegungen aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ müssen rückgängig gemacht werden.

Warum? Jedes fünfte Migrantenkind schafft in Bundesländern wie Berlin, Niedersachsen und Bayern nach Angaben der Bundesregierung nicht einmal den einfachsten Abschluss und bricht die Schule ab.<sup>993</sup> Bei den türkischen Jugendlichen ist es sogar jeder Dritte. Und diese Zahlen steigen von Jahr zu Jahr.<sup>994</sup> Den Angaben einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien vom August 2011 zufolge bleiben Schulabbrecher mit großer Wahrscheinlichkeit ihr ganzes Leben lang Versager.<sup>995</sup> Und nach Angaben der EU-Kommission verursacht jede einzelne Person, die über keinen Schulabschluss verfügt, im Laufe ihres Lebens den Steuerzahlern Zusatzkosten von mehreren hunderttausend Euro. Es sind Ausgaben für spätere Betreuung und für soziale Begleitmaßnahmen.<sup>996</sup> Noch nicht eingerechnet in diese Summe sind die horrenden Kosten für Sozialhilfe, denn diese Menschen sind beinahe immer unfähig, sich und ihre Familien dauerhaft selbst zu ernähren. Im Klartext: Auf jeden minderintelligenten Migranten, der unfähig ist, einen Schulabschluss zu schaffen, kommen gleich mehrere deutsche Steuerzahler, die nur dafür arbeiten müssen, diesen und seine Familie zu finanzieren. Deutsche und Österreicher arbeiten jetzt immer mehr und häufiger nur noch für Trottel. Man sieht in jeder Schulklasse, wohin die Entwicklung geht. Dass dieses System keine »Bereicherung« ist und mit einem fürchterlichen Knall explodieren muss, versteht auch der Dümme. Vor allem: Es lässt uns nicht die geringste Chance, dass wir uns mit Leistung wieder aus der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise herausarbeiten. Unsere Leistungsfähigkeit wird nämlich umgehend wieder von leistungsschwachen Zuwanderern aufgezehrt und absorbiert. Wir können wie die Hamster im Tretrad arbeiten und strampeln, wir werden trotzdem keinen Schritt mehr vorwärtskommen. Irgendwann brechen wir erschöpft zusammen. Obwohl dieser Zusammenbruch bereits erkennbar ist, machen wir unseren Trotteln zuliebe weiter wie bisher: Damit wir uns noch einige wenige Jahre weiter durchmogeln und leistungsschwache Migrantenkinder als vermeintliche »Bereicherung« darstellen können, schaffen wir vom Schuljahr 2011/2012 an sogar das Sitzenbleiben ab. In Bremen wurde Sitzenbleiben ganz abgeschafft, in Berlin können nur noch Gymnasiasten daran gehindert werden, auch mit einem Zeugnis voller ungenügender Leistungen in die nächste Klasse versetzt zu werden. Heimlich, still und leise schieben wir jetzt auch die Dümme zum Abschluss. Warum tun wir das? Eine Zeitung berichtete im August 2011: »Die deutsche Tradition, leistungsschwache Schüler mit einer Zwangsverlängerung

ihrer Schulzeit zu bestrafen, belastet die Volkswirtschaft nämlich beträchtlich. Der Essener Bildungsökonom Klaus Klemm hat errechnet, dass die wiederholten Schuljahre dem Steuerzahler eine zusätzliche Last von knapp einer Milliarde Euro pro Jahr aufhalsen (...). In Berlin sind vor der Schulreform, die die Ehrenrunden erheblich eingeschränkt haben, noch 17 000 Schüler sitzen geblieben. Da kam eine Zahl von immer 85 Millionen Euro zusammen. Nach den Berechnungen des OECD-Bildungsexperten Andreas Schleicher belastet ein Wiederholungsjahr die Volkswirtschaft sogar mit etwa 15 000 bis 18 000 Euro, weil die betroffenen Schüler ein Jahr später ins Arbeitsleben treten und deshalb auch ein Jahr weniger Steuern zahlen.«<sup>997</sup> Im Klartext heißt das: Die Leistungsschwachen kommen uns so teuer zu stehen, dass wir unsere Werte und Normen ihnen und den Finanzen zuliebe einfach verändern. Wir behandeln jene mit großen Wissensdefiziten jetzt einfach wie ganz normale Leistungsträger. Das ist heute politisch korrekt. »Das Sitzenbleiben ist eine überholte pädagogische Maßnahme, die das Selbstwertgefühl der Schüler beschädigt«, sagt Hartmut Schurig, ehemaliger Gesamtschullehrer und stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin.<sup>998</sup> Die Folge: Es ist wohl absehbar, dass künftig ein ganzes Land geistig auf der Stelle treten wird. Dabei ist es keine Schande, wenn man ein Schuljahr wiederholen muss, denn es bietet die Chance, Lehrstoff aufzuholen. In Deutschland hatten im Jahre 2010 bei den 15 Jahre alten Schülern immerhin 20,1 Prozent ein Schuljahr wiederholt. Während des gleichen Jahres hatten in der Türkei bei den 15 Jahre alten Schülern nur 3,8 Prozent ein Schuljahr wiederholt.<sup>999</sup> Wir passen uns also jetzt dem Niveau der Türkei an. Wir nehmen unserer Jugend jetzt jede Chance, Lehrstoff aufzuholen. Als durchschnittlich intelligenter Deutscher oder Österreicher fühlt man sich schon heute in der Masse der zugewanderten Minderintelligenz fremd im eigenen Land. Doch das ist erst der Anfang im Sog des Niedergangs, der uns wie in einem Strudel nach unten ziehen wird. Machen wir diese Entwicklung daher rückgängig, bevor es endgültig zu spät ist.

Wir sorgen uns zwischenzeitlich um die falschen Dinge. In der angeblich bahnbrechenden Studie *Die Grenzen des Wachstums* aus dem Jahre 1972 erklärte der *Club of Rome*, dass uns bis 1993 Gold, Quecksilber, Blech, Zink, Erdöl, Kupfer, Blei und Gas ausgehen würden. Nichts davon trat ein. Genau genommen schwimmen wir in Ressourcen. Was uns wirklich ausgeht, das sind die intelligenten Menschen - die einzige wirklich unersetzliche Ressource. Deutschland gibt jedes Jahr für den Bildungssektor 155 Milliarden Euro aus. Allerdings garantiert dieser immense Aufwand in immer geringerem Maße die Qualifikationen, die dringend gebraucht werden, weil jene, die diese Bildung aufneh-

men sollen, dafür ungeeignet sind. Zeitgleich wird die Auswanderung von deutschen Fachkräften von der Arbeitsagentur finanziell unterstützt (Sprachkurse, Wissen über das Auswanderungsland etc.). Das ist der pure Wahnsinn. Wir fördern es finanziell, dass gut ausgebildete Deutsche abwandern. Und niemand kommt auf die Idee, sie zurückzurufen. Ungarn verhindert die Abwanderung von Akademikern und gut ausgebildeten Handwerkern seit Ende 2011 mit Zwangsgebühren: Wer in Ungarn an einer staatlich finanzierten Universität studiert oder staatliche Zuschüsse zu einer Fachausbildung bekommen hat und sich dann entschließt, im Ausland zu arbeiten, der muss nach dem Willen der ungarischen Regierung die Kosten seines Studiums oder der Fachausbildung vor der Auslandsreise an den Staat zurückzahlen. Die Budapester Regierung will damit die Abwanderung ungarischer Ärzte, Naturwissenschaftler und Fachkräfte nach Deutschland, in die Schweiz und Skandinavien aufhalten. Man nennt das Egoismus.

Und was tun wir? Wir gehen den umgekehrten Weg, quartieren leistungsschwache Migranten jetzt auf Kosten der Steuerzahler in Luxusvillen ein. Während es für unverschuldet in Not geratene ethnische Deutsche, die zu Hartz-IV-Empfängern werden, strenge Vorschriften in Hinblick auf Größe und Ausstattung von Sozialwohnungen gibt, ersticken wir Migranten in purem Luxus, um ihren Kindern angeblich bessere Bildungschancen zu geben. Die vom Balkan stammenden Filipovics sind eine solche Migrantenfamilie, bei der ethnische deutsche Hartz-IV-Empfänger nur noch staunen können: Im Münchner Millionärsviertel Bogenhausen baute die Stadt mit den Steuergeldern der arbeitenden Bevölkerung der alleinerziehenden Mutter von acht Kindern eine Villenwohnung von 125 Quadratmetern Größe, die keine Wünsche offenlässt. In einer acht Millionen Euro teuren Villa werden nun bevorzugt Großfamilien mit Migrationshintergrund einquartiert — finanziert vom deutschen Steuerzahler.<sup>1000</sup> Die zugewanderten arbeitslosen Villenbewohner werden — ebenfalls auf Kosten der deutschen Steuerzahler - von Sozialpädagogen betreut. Allein für Renovierungen und die Betreuung der Leistungsschwachen gibt die Stadt 1,7 Millionen Euro aus.<sup>1001</sup> Die damit verbundene Hoffnung: Die Migrantenkinder sollen in den Schulen ebenso gute Leistungen erzielen wie die ethnischen deutschen Kinder. Man glaubt doch tatsächlich, dass, wenn man Familien aus dem Münchner Migrantenghetto HasenbergI einfach ins Villengebiet Bogenhausen umsiedelt, es dann auch mit den Schulnoten klappen wird. Die Leser dieses Buches wissen, was davon zu halten ist. Die soziale Benachteiligung ethnischer Deutscher, die — zum Beispiel auch als Großfamilie — unverschuldet in Not geraten, immer öfter in Armut leben und vom Luxusleben von Familien wie den Filipovics in Bogenhausen nur träumen

können, ist unverkennbar. Während die Filipovics in einer Villa leben, wühlen arme deutsche Sozialhilfeempfänger in den Abfallbehältern der Busbahnhöfe nach Pfandflaschen. Deutsche sind eben inzwischen in ihrem eigenen Land zu Bürgern zweiter Klasse degradiert worden. So wird Deutschland garantiert zum Land der Hilfsarbeiter mutieren.

Migranten, ihre Ansprüche und ihre Werte stellen uns vor immer neue Herausforderungen, die wir uns jedoch einfach nicht mehr leisten können. Überall in Europa sind die Sozialbehörden aufgefordert, Rücksicht auf die kulturellen Besonderheiten von bedürftigen Zuwanderern zu nehmen. In vielen EU-Staaten werden deshalb bei zugewanderten Sozialhilfeempfängern im Einzelfall inzwischen auch die Kosten für landestypische Hochzeitsgeschenke übernommen. Da es in vielen Kulturkreisen üblich ist, ein Brautpaar mit Gold (Münzen oder Schmuck) zu beschenken, wollen jedoch immer mehr Sozialämter solche Kosten vor dem Hintergrund steigender Goldpreise nicht länger übernehmen. Pakistanische, indische und türkische Verbände haben nun überall in Europa Klagen gegen diese angebliche »soziale Kälte« angekündigt. Solche Unverschämtheiten dürfen wir uns nicht länger bieten lassen.

Es ist völlig egal, welche der großen politischen Parteien wir in Deutschland derzeit wählen: Keine von ihnen wird die auf uns zurollende geballte Entwicklung noch abwenden können. Mit diesen Parteien haben wir - bildlich gesprochen - nur die Wahl, ob wir gegrillt, gekocht, frittiert oder gedünstet werden. Was wir jetzt brauchen, ist die egoistische »Wir zahlen nicht!«-Revolte der Bevölkerung<sup>1002</sup>, den zivilen Ungehorsam, der unseren Volksvertretern den Schweiß auf die Stirn treibt. Zudem werden wir möglicherweise unsere Politiker eines Tages für das, was sie uns angetan haben, zur Rechenschaft zu ziehen haben. Weshalb wird der einfache Bürger, der das Staatsvermögen durch Steuerhinterziehung um ein paar tausend Euro schädigt, wie ein Schwerverbrecher behandelt, während Politiker, die Milliarden einfach mal so in alle Welt verschleudern und leistungsschwachen Migranten aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ die Grenzen öffnen, straflos ausgehen? Mancher Bürger mag schon oft gewünscht haben, Politiker müssten persönlich für die Schäden, die sie regelmäßig anrichten, zur Rechenschaft gezogen werden. Die ungarische Regierung erwog im August 2011, die rückwirkende Haftung von Politikern für von ihnen angerichtete Schäden einzuführen.<sup>1003</sup> Kein Wunder, dass derartige Bestrebungen bei den EU-Bonzen einen Großalarm auslösten - und nicht nur dort. Was wäre, wenn Menschen wie Gerhard Schröder, Angela Merkel und all die anderen Vermögens- und Wertevernichter auf einmal für das, was sie während ihrer Amtszeit angerichtet haben, haften müssten? Zuvor müssten wir aber erst einmal Tabus brechen.

Vielleicht wollen Sie zu jenen gehören, die künftig nicht feige sind und aktiv an Veränderungen mitarbeiten? Dann müssen sie Probleme nicht nur mit endlosem Palaver theoretisch »lösen«, sondern ganz konkret ein für allemal aus der Welt schaffen. Ein Beispiel: Haben Sie, Freunde oder Verwandte ein Kind, das in einer Schule zusammen mit Roma, Afrikanern oder Orientalen in eine Klasse geht? Und berichtet Ihr Kind ebenso wie andere, dass es sich deshalb in seiner schulischen Leistungsfähigkeit am Fortkommen behindert fühlt? Dann schauen Sie nicht länger feige weg. Drucken Sie die Quelleninformationen zu den in diesem Buch zitierten wissenschaftlichen Studien über die durchschnittlichen Intelligenzquotienten der jeweiligen Migrantengruppen aus und fordern Sie zusammen mit anderen betroffenen Eltern von Schulleitung, Schulrat und Kultusministerium der Landesregierung eine sofortige Auskunft darüber, ob die betreffenden Zuwandererkinder in der Klasse Ihrer Kinder nicht vielleicht wegen ihres geringen Intelligenzquotienten in Förder-, Hilfs- oder Sonderschulen gehören! Sie haben ein Recht darauf, dass Ihre Kinder so gut wie möglich gefördert und nicht etwa durch Minderintelligente am Weiterkommen gehindert werden. Schließlich bezahlen Sie Steuern für die Bildung Ihrer Kinder. Informieren Sie vor allem auch die Medien über solche Aktionen! Je mehr Bürger sich an solchen Maßnahmen beteiligen, umso größer wird der Druck auf Politik und Medien, der Wahrheit endlich ins Auge zu sehen. Fordern Sie Intelligenztests von jenen, bei denen Sie und andere Eltern den begründeten Eindruck haben, dass diese nur noch aus Gründen der politischen Korrektheit in der Klasse Ihrer Kinder sind. Das gilt natürlich nicht nur für Schulen, sondern für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, denn ansonsten befördern wir per Migrantquote demnächst nur noch zugewanderte Idioten in Spitzenämter. Wir brauchen flächendeckend IQ-Tests für Migranten aus Ländern mit einem niedrigem Länder-IQ.

Weshalb verteilen Sie nicht Auszüge aus diesem Buch in der Nachbarschaft jener Richter, die Kindesvergewaltiger und zugewanderte Verbrecher sofort wieder auf freien Fuß gesetzt haben? Zeigen Sie den Nachbarn ganz unaufgeregt, welche Menschen neben ihnen wohnen. Informieren Sie die örtliche Presse über solche Aktionen, schreiben Sie Leserbriefe und Beschwerden. Besuchen Sie in Ihrer Freizeit Gerichtsverhandlungen und organisieren Sie per Flashmob friedliche Schweigedemonstrationen vor den Wohnhäusern von Richtern, die zwar im Namen, aber ohne Rückendeckung des Volkes unsere Werte verraten. Aus der Sicht des Autors haben viele der in diesem Buch erwähnten Richter und Politiker es verdient, unehrenhaft und ohne Pensionsansprüche aus dem Dienst entlassen zu werden.

Schauen Sie nicht weg. Bilden Sie über das Internet Gruppen mit Gleichge-

sinnten, die diesem Land endlich wieder Hoffnung geben! Sprechen Sie aus, was bislang mit einem Tabu behaftet war. Falls Sie also ein Problem mit kriminellen Orientalen, Zigeunern oder minderintelligenten und leistungsschwachen afrikanischen Migranten haben, dann schaffen Sie diese Probleme aus dem Weg! So wie die US-Regierung unter dem schwarzen Präsidenten Barack Obama ihr Problem mit arbeitslosen Ausländern auch ganz einfach dadurch löst, dass man diese binnen sechs Wochen (ohne Entgrüßungsgeld) wieder vor die Tür setzt. Glauben Sie etwa, dass auch nur ein Amerikaner sich Sorgen darüber macht, wohin die so Ausgewiesenen verschwinden und wie es ihnen dort ergehen wird? Das ist zwar egoistisch, aber aus Sicht der amerikanischen Bevölkerungsmehrheit völlig in Ordnung. Vor allem aber sollten wir uns nicht anstellen wie die kleinen Kinder: Wer als Gastwirt keine Roma in seiner Gaststätte haben will, dem hilft zwar möglicherweise erst einmal ein deutlich sichtbar angebrachtes Schild mit der Aufschrift »Pferdewurst«, um Zigeuner abzuschrecken. Aber es löst die Roma-Problematik nicht endgültig. Die vom Balkan eingewanderten Roma sind nun einmal aus der Sicht der Mehrheit der Bevölkerung eine Landplage und sollten schon allein deshalb wieder auf den Balkan zurück. Handeln wir also entsprechend: Wir müssen ihnen Tag für Tag zeigen, wie unwillkommen sie hier sind. So einfach ist das. Warum? Sie haben in diesem Buch viele Seiten der Roma kennengelernt. Hoffen Sie immer noch darauf, dass diese Menschen in Massen ehrliche Arbeit leisten und in unsere Sozialsysteme einzahlen werden, solange ein Roma-Kind, das stiehlt - wie wir gesehen haben —, monatlich 12000 Euro »verdienen« kann? Dann schauen Sie einfach einmal an, was ungarische Zigeunerführer im Sommer 2011 taten, als die ungarische Regierung beschloss, dass Roma soziale Unterstützung künftig nur noch dann bekommen könnten, wenn sie auch gemeinnützige Arbeiten verrichteten: Die so unter Druck Geratenen drohten damit, Straßensperren zu errichten, und erklärten, sie würden durch Arbeit »entehrt«. Arbeit sei ein Schlag ins Gesicht der Roma, weshalb sie dann auch gegen diese Entscheidung demonstrierten. Dabei war die Forderung der ungarischen Regierung so gering, dass man eigentlich darüber lachen könnte, erwartete diese doch im Gegenzug für soziale Unterstützung von den Roma *nur vier Stunden gemeinnütziger Arbeit pro Woche*.<sup>1004</sup> Wir lernen daraus, wie einfach es ist, die Roma ganz unbürokratisch wieder loszuwerden: Sie erhalten soziale Leistungen bei uns nur noch dann, wenn sie gemeinnützige Arbeiten verrichten. Die Arbeitsscheuen unter ihnen werden dann das Weite suchen. Wir müssen einfach nur ehrlich zu Zigeunern sein und ihnen in jedem Ort deutlich zu verstehen geben, wie willkommen sie sind. Falls Politiker wie beispielsweise die Grüne Claudia Roth Roma-Landfahrer so sehr lieben, warum verteilen wir nicht flächen-



deckend ihre Adresse, damit sich die Roma vor deren Haustür niederlassen können? Dort sind sie schließlich willkommen. Sollen die Roma doch im Vorgarten von Claudia Roth und all den anderen Gutmenschen aus den Reihen der Grünen und der SPD campieren! Das würde garantiert eine heilende Wirkung haben.

Auch bei Moslems helfen kindische Aktionen erst einmal nur temporär: Im spanischen Sevilla hatten die Bürger mit einer interessanten Aktion die Muslime nur kurzfristig auf Distanz halten können. Sie wollten im Sommer 2011 einen islamischen Moscheebau verhindern und begruben auf dem geplanten Baugelände ein Schwein. Darüber hinaus sorgten sie dafür, dass das Ganze in den Medien bekannt wurde. Der Islam verbietet den Bau einer Moschee überall dort, wo Schweine gehalten oder begraben wurden.<sup>1005</sup> Auch wenn die Idee interessant erscheint, die Ausbreitung der Orientalen in Europa ist damit ganz sicher nicht zu verhindern. Schließlich kann man die Erde ausbaggern und durch neue ersetzen. Wir können die ganze nervtötende Moslem-Thematik ohne Gewalt und Hass mit klarem Verstand ganz einfach lösen. Schließlich leben wir in Demokratien. Und da entscheidet nun einmal die Bevölkerungsmehrheit. Alle Umfragen nach Sarrazin haben gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung offenkundig die Nase von Moslems gestrichen voll hat. Weil der *Koran* unzweifelhaft an mehr als 200 Stellen zur Gewalt gegen Ungläubige auffordert, muss er im deutschsprachigen Raum ebenso wie Hitlers *Mein Kampf* verboten werden. Wer dennoch das menschenverachtende verbrecherische Machwerk des Massenmörders Mohammed - den *Koran* — verbreitet, der muss wie ein Neonazi strengstens bestraft und als Ausländer sofort in seine Heimat zurückgeführt werden. So schaffen wir eine Atmosphäre, in die Anhänger Mohammeds von ganz allein wieder gehen werden. Wir brauchen keine realitätsfernen Massendeportationen von Moslems. Der niederländische Politiker Geert Wilders hat völlig zu Recht erkannt, dass es vollkommen ausreichend ist, den *Koran* zu verbieten. Wie schon weiter oben belegt wurde, war Mohammed ein Massenmörder.<sup>1006</sup> Er ermordete etwa zehn Mal mehr Menschen als der norwegische Massenmörder und Psychopath Anders Breivik, der im Juli 2011 die Welt mit seinem Blutbad schockierte. Für die Anhänger und Schriften solcher Irren sollte in unseren Demokratien kein Platz sein. An dieser Stelle noch ein wichtiger Hinweis: Der norwegische Massenmörder Anders Breivik wurde nicht — wie viele deutsche Medien immer wieder fälschlich behaupten — von Rechtsextremisten inspiriert, sondern von Linksextremisten. Die norwegische Zeitung *Dagbladet* veröffentlichte die brisanten Ergebnisse der Verhöre des Attentäters in ihrem Artikel »Breivik sier han var inspirert av Baader-Meinhof«. Diesem zufolge wurde der Massenmörder von der linksgerichteten

deutschen Rote Armee Fraktion (RAF) der 1970er-Jahre inspiriert. Die RAF hatte in palästinensischen Terrorcamps gelernt, wie man Bomben baut. Einzelheiten wurden in dem Film *Der Baader Meinhof Komplex* gezeigt, dessen Drehbuch Ex-Spiegel-Chefredakteur Stefan Aust geschrieben hatte. Anders Breivik sah den Film über die Baader-Meinhof-Bande und ließ sich davon beeinflussen.<sup>10061</sup>

Als ob es das Selbstverständlichste der Welt wäre, verbot die Türkei im Jahre 2008 die Einfuhr von Büchern des deutschen Schriftstellers Karl May, da es sich um »terroristische Literatur« handeln sollte.<sup>1007</sup> Mays Bücher wurden in 33 Sprachen übersetzt und mehr als 200 Millionen Mal verkauft — nur in der Türkei steht der deutsche Schriftsteller jetzt auf dem Index. Behandeln wir auch die Türken hier bei uns endlich so, wie sie uns behandeln - setzen wir ihre Autoren auf den Index. Das Türkenproblem in Deutschland wird sich ebenfalls einfach und völlig ohne Gewalt lösen lassen. Wir benötigen ganz sicher keine Massendeportationen, denn seit März 2011 wissen wir aus den Ergebnissen großer Umfragen unter in Deutschland lebenden Türken, dass jeder dritte von diesen sofort in die Türkei zurückgehen würde, wenn er in Deutschland im Falle von Arbeitslosigkeit keine Sozialleistungen mehr bekäme.<sup>1008</sup> Die Hälfte aller Türken ist ohnehin schon arbeitslos. Sie lebt von unseren Steuergeldern. Ändern wir also die Gesetze so, dass sie keine Sozialleistungen mehr bekommen — und schon gehen sie in ihre angeblich so wundervolle Heimat zurück. Eine Mehrheit der Bevölkerung, die entsprechende Gesetzesänderungen unterstützt, würde sich sofort finden, wenn klar ist, was uns leistungsschwache Türken Jahr für Jahr innerhalb der Sozialsysteme kosten. Seien wir endlich egoistisch, so wie unsere Migrantinnen es in ihren Heimatländern auch sind. Die Briten zeigen diesen Egoismus übrigens in Hinblick auf jene Plünderer und Diebe, die sich an Straftaten bei den London-Unruhen 2011 beteiligt haben. Sie wollen diesen lebenslang die Sozialhilfe und auch die Sozialwohnung entziehen (dazu mussten in Großbritannien erst Gesetze geändert werden<sup>1009</sup>). Die ganze britische Bevölkerung hat dazu gejubelt, die EU hat nicht einmal protestiert.<sup>1010</sup> Machen wir es doch den Briten nach. Setzen wir jeden Ausländer, der sich in Deutschland strafbar gemacht hat, aus einer Sozialwohnung auf die Straße, streichen ihm und seiner gesamten Familie lebenslang jegliche soziale Unterstützung. Ändern auch wir die Gesetze entsprechend! Wir haben kein Geld mehr dafür, uns um die sorgenfreie Zukunft solcher Mitbürger Gedanken zu machen. Seien wir endlich egoistisch!

Rein vorbeugend sollten wir zudem schon jetzt einmal darüber diskutieren, ob unsere Polizei bei Plünderungen und Brandstiftungen in deutschen oder österreichischen Ballungsgebieten sofort den Schießbefehl erhält. Der konser-

vative britische EU-Abgeordnete Roger Helmer löste jedenfalls mit einer entsprechenden Forderung während der London-Unruhen 2011 große Diskussionen aus.<sup>1011</sup> Wer diesbezügliche Vorschläge für menschenverachtend hält, der sollte wissen, dass junge sozialdemokratische Politiker inzwischen ganz offen zu einer Welle der Gewalt gegen wohlhabende Bürger und zum Mord an ihnen aufrufen. So nahm der Vorsitzende der österreichischen jungen Sozialisten im Kreis Mur, Sebastian Seidlitz, die London-Plünderungen zum Anlass, um zum Mord an und zur Enteignung von Wohlhabenden aufzurufen. Er veröffentlichte etwa die Forderung: »(...) auf die Straße zu gehen und ein jeder wird verstehen, dass die Reichen bald ihr Ende sehen ... Angesicht zu Angesicht werden sie geschlachtet und ihre Gründe an Obdachlose verpachtet, wir werden sie entmachten, diese Schweine, wie sie über uns lachten, doch ihren Reichtum werden wir uns stehlen, danach werden wir sie quälen ...«<sup>1012</sup> Ein führender Vertreter der Jugendorganisation der österreichischen Sozialdemokraten forderte also ganz offen das Abschachten und Quälen von Menschen. Er verhält sich mit solchen Äußerungen nicht anders als der norwegische Massenmörder Anders Breivik - nur stammt der Österreicher aus einem anderen politischen Lager. Besonders erschreckend: Eine Reihe seiner österreichischen sozialdemokratischen Parteifreunde stimmte ihm sofort zu. Es ist also keinesfalls absurd, sich schon jetzt mit der Diskussion über einen Schießbefehl auf das ganz offen angekündigte Abschachten von Menschen vor unseren Hautüren vorzubereiten. Der zugewanderte Mob hat eben inzwischen auch in der ethnischen europäischen Bevölkerung skrupellose Gesinnungsgenossen, die es im Auge zu halten gilt.

Nicht zu vergessen: Behandeln wir türkische Moslems in Deutschland endlich mit der gleichen »Toleranz«, mit der sie in ihrem eigenen Heimatland Christen behandeln, ein Beispiel: In der Türkei darf das dort noch verbliebene eine Prozent Christen der Bevölkerung seit dem Jahre 2008 kein Schweinefleisch mehr kaufen. Allen Schweinefarmen wurde die Lizenz entzogen, ebenso den Metzgern, die Schweinefleisch an Christen veräußerten. Damit wollte man ihnen die Existenzgrundlage entziehen und möglichst viele zwingen, die Türkei »freiwillig« zu verlassen. Lazari Kozmaoglu war der letzte Metzger in Istanbul, der noch Schweinefleisch verkaufte.<sup>1013</sup> Im Juli 2008 musste auch er seinen Laden schließen. Seit dem Jahre 2004 hatte die angeblich so »tolerante« islamistische türkische AKP-Regierung nach und nach alle Schweinefarmen des Landes zwangsweise schließen lassen. Von ursprünglich 25 Betrieben existiert jetzt nicht einer mehr. Auch den Schlachthäusern wurde die Lizenz entzogen, Schweine schlachten zu dürfen. Lazari Kozmaoglu hatte eine Ausnahme genehmigung - und die lief am 1. Juli 2008 ab. Sie wurde nicht

verlängert. Die Türkei sollte Schweine-frei werden. Das alles begründet man mit dem Islam, denn für Moslems gelten Schweine als unreine Tiere. Lazari Kozaoglu ist einer von 2000 ethnischen Griechen — Christen — in Istanbul. Die türkische Regierung entzieht Menschen wie ihm die Lebensgrundlage. Herr Kozmaoglu wanderte dann aus. Das freute die türkischen Moslems. Wieder ein Christ weniger. Im deutschsprachigen Raum hat der Tierschutz bei der ethnischen Bevölkerung inzwischen einen ähnlich hohen Stellenwert wie der Islam in der Türkei. Machen wir es also den Türken nach. Entziehen wir ihnen in Europa die Lizenz, Tiere nach islamischen Riten schlachten zu dürfen oder ihnen islamisch korrekt die Kehle durchzuschneiden. Stellen wir endlich wieder unsere Werte über ihre - statt umgekehrt. Nehmen wir keine Rücksicht mehr auf ihre kulturellen oder religiösen Bedürfnisse, sie tun es in ihren Ländern uns gegenüber auch nicht. Und falls Sie jetzt als Leser glauben sollten, dass andere muslimische Länder bei den kulturellen Bedürfnissen nicht muslimischer Einwohner toleranter seien und der eigenen christlichen Bevölkerungsminderheit den Verzehr von Schweinefleisch ermöglichen würden, dann sehen Sie einmal kurz nach Ägypten: Dort hat die Regierung die Schweinegrippe dazu benutzt, um allen koptischen Christen ihre Schweine wegzunehmen, diese zu schlachten und das Halten von Schweinen im ganzen Land zu verbieten. Es gab nicht einen Fall von Schweinegrippe in Ägypten. Der Grund für die Aktion auch dort: Das mehrheitlich islamische Land sollte Schweinefrei werden, Christen sollen verdrängt werden.<sup>1014</sup> Begegnen wir solchen kulturfernen Völkern endlich mit der gleichen Intoleranz, die sie uns gegenüber zeigen. Seien wir egoistisch und intolerant — und verbieten wir Türken endlich auch die Ausübung jener Berufe, die wir bei ihnen auch nicht wahrnehmen dürfen. Machen wir es einfach nur den Türken nach, dann sind wir sie schnell wieder los. Vergessen wir im Übrigen nicht, ihnen wirklich nur für den äußersten Notfall die Deportation anzudrohen — schließlich droht ihr Präsident Erdogan ja auch seit 2010 den in der Türkei lebenden christlichen Armeniern mit einer solchen.<sup>1015</sup> Unsere Politiker haben bei näherer Betrachtung in einem Punkt recht: Wir können viel von Türken lernen, vor allem in Bezug auf den Egoismus. Schließen wir also die türkischen Döner-Gammelfleisch-Buden und alle anderen türkischen Geschäfte.

Wo das eben Genannte nicht geht, können wir vieles über Steuern regeln. Der Tierschutz ist hierzulande in allen Bevölkerungsgruppen als schützenswertes Gut anerkannt. Dennoch dulden wir es, dass immer mehr Tiere islamisch korrekt geschlachtet werden und bei vollem Bewusstsein verbluten. Wer hindert uns eigentlich daran, dass wir solcherart erzeugte Speisen nicht mit hohen Steuern belegen, damit sich jeder dreimal überlegt, ob er zu islamisch

korrekter »halal«-Kost greift? Belegen wir doch jeden Döner mit einer saftigen »halal«-Steuer in Höhe von beispielsweise fünf Euro. Das tut dem Tierschutz ebenso gut wie unseren leeren Staatskassen. Wir besitzen doch Werte — wir müssen sie nur durchsetzen.

Wir dürfen auch zugewanderte Kindesvergewaltiger und Tierschänder nicht länger mit Rücksicht auf die in ihren Heimatländern praktizierten und allgemein akzeptierten Sitten straffrei ausgehen lassen. Man kann darüber streiten, ob wir (wie die Briten es nach den schweren Migrantenunruhen im August 2011 getan haben<sup>1016</sup>) auch wieder über die Einführung der Todesstrafe für bestimmte Verbrechen debattieren sollten. Was wir aber brauchen — und auch dabei gehen die Briten mit gutem Beispiel voran -, ist ein öffentlicher Pranger<sup>1017</sup>, auf dem die Bilder verurteilter Kindermörder, Inländerfeinde und Straßenräuber mitsamt Wohnadresse und weiteren persönlichen Daten für jeden einsehbar veröffentlicht werden. Selbst die Dümmeren unter minderbegabten Migranten sollten wissen, dass man ihnen mit solchen Veröffentlichungen für immer ihre Ehre nimmt. Es mag sein, dass sie vor keiner unserer verweichlichten Strafen in komfortabel ausgestatteten Haftanstalten wirklich Angst haben. Aber der öffentliche Pranger, der ihnen die Ehre nimmt, ist offenkundig eine Sanktion, die abschreckender wirkt als alles andere. Doch wie wir in diesem Buch gesehen haben, lassen wir im deutschsprachigen Raum zugewanderte Kindesvergewaltiger sofort wieder frei, weil wir Rücksicht auf ihr fremdländisches Wertegerüst nehmen. Das ist die Perversion eines Rechtsstaates. Die Briten machen uns im Mutterland der Demokratie mit dem schon erwähnten öffentlichen Pranger vor, wie man mit Gesindel umzugehen hat.

Der Autor dieses Buches ist ein erklärter Gegner der Todesstrafe — denn sie schreckt nicht ab. Wir brauchen stattdessen mehr Transparenz und Offenheit, beispielsweise den wirklich offenen Vollzug. Das bedeutet im Klartext: Wir installieren randale-resistente Kameras (Webcams) in den Gefängniszellen unserer Mitbürger oder bieten jeden Tag öffentliche Führungen an, sodass die Steuerzahler sehen können, wer da hinter den Gitterstäben sitzt und wen sie da durchfüttern. Der Autor dieses Buches hat in Freiburg beim Schweizer Strafrechtler Rüdiger Herren Kriminologie studiert. Er ist überzeugt davon, dass bei bestimmten Personengruppen keine Strafe so abschreckend wirkt wie die Prangerstrafe. Statt einen jugendlichen türkischen Ersttäter nach einer Körperverletzung oder einem Raubüberfall vor Gericht zu ermahnen und sofort wieder laufen zu lassen, kann man ihn für einen Tag in einen Big-Brother-ähnlichen Gefängniscontainer sperren, dessen Bilder live rund um die Uhr über jeden Fernseher und Computer weltweit zu empfangen sind. Darüber hinaus steht er am nächsten Tag mitsamt Foto als Ersttäter in der Zeitung.

Im Wiederholungsfall sperrt man ihn dann eine Woche in einen solchen Container ein. Sollte er dann immer noch nicht zu Sinnen gekommen sein und weitere Straftaten verübt haben, mindestens einen Monat. Ausschnitte der Aufnahmen werden in seiner Schulklasse gezeigt. Zudem wird der ganzen Familie lebenslang (wie die Briten es ja jetzt auch tun wollen) jeglicher Anspruch auf Sozialhilfe und das Leben in einer Sozialwohnung gestrichen. Glauben Sie mir, weder ein jugendlicher noch ein erwachsener Straftäter will wie in einem Zoo angestarrt und zum Ausgestoßenen degradiert werden. Das wirkt auf das Umfeld solcher Personen wie ein Bombeneinschlag. Wir brauchen anschließend keine Psychologen, Sozialarbeiter und Betreuer mehr für die Straftäter. Da trennt sich dann sehr schnell voneinander, wer klar bei Verstand ist und nach einem Fehltritt für den Rest seines Lebens Lehren zieht oder wer schlicht nicht resozialisierbar ist. Der Pranger ist in Kombination mit dem lebenslangen Entzug staatlicher Leistungen die billigste und effektivste Strafe. Gewiss: In Großbritannien rufen jene Eltern, deren Kinder als Kriminelle überführt worden sind und die nun mit ihnen gemeinsam aus Sozialwohnungen auf die Straße gesetzt werden, nach ihren »Menschenrechten«.<sup>1018</sup> Die menschliche Pflicht, auf ihre Kinder aufzupassen, vergessen sie dabei allerdings. Warum sollen Steuerzahler für Familien aufkommen, die am Gemeinwohl große Schäden anrichten? Freilich: Die Prangerstrafe ist bei uns verboten. Das war sie in Großbritannien allerdings vor den schweren Migrantenumruhen bis August 2011 auch.

Die Briten greifen momentan hart durch. Sie verbieten Personen, die an den Randalen und Brandschatzungen teilgenommen haben, numehr auch noch lebenslang das Betreten öffentlicher Räume — dort erhalten die Verbrecher automatisch ein Hausverbot. Vor allem bei Mitbürgern aus Kulturkreisen, innerhalb derer nichts wichtiger ist als die Ehre, wirkt der Pranger. Und weil unsere Gefängnisse nun einmal genau mit jenen Bürgern gefüllt sind und alle anderen Resozialisierungsbemühungen häufig versagen, sollten wir bei ihnen zum kostengünstigen und effektiven »offenen Vollzug« im Big-Brother-Knast greifen. Wir benötigen anschließend keine absurden Diskussionen über die Todesstrafe oder Massendeporationen mehr. Viele orientalische und afrikanische Migranten legen großen Wert auf Respekt ihnen gegenüber. Doch die Respektlosigkeit und Dreistigkeit, mit der sie uns gegenübertreten, scheint selbstverständlich zu sein. Versagen wir ihnen künftig jeglichen Respekt. Ächten wir zudem jene, die sie geholt und sich mit ihnen abgeben haben.

Wir müssen nunmehr ausschließlich an uns selbst denken und nicht etwa an die Zukunft zugewanderter Völker, deren Werte, Normen, Kulturen und Religionen uns fremd sind. Wir sind *nicht* das Weltsozialamt. Wir brauchen

unsere Kräfte jetzt selbst, um uns aus der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise herauszuarbeiten. Leistungsschwache und minderintelligente Migranten sind dabei nur hinderlich, schließlich haben sie schon mehr als eine Billion (!) Euro mehr aus unseren Sozialsystemen herausgenommen, als sie in diese eingezahlt haben.<sup>1019</sup> Sie haben damit wesentlich zu unserer Misere beigetragen. Wir haben sie lange genug versorgt und gefördert. Unsere Gastfreundschaft sollte jetzt beendet werden, denn für uns gibt es keinen Rettungsschirm. Unsere eigene Bevölkerung verdient absoluten Vorrang vor Migranten. Das ist Egoismus pur. Und genau das ist gut so.

Heute heißt es allerorten, dass sich alles in einer globalisierten Welt bewegen soll: das Kapital, die Güter, die Dienstleistungen. Warum eigentlich nicht auch jene minderintelligenten Migranten, die wir hier nicht brauchen? In einer globalisierten Welt müssen auch sie beweglich sein. Immerhin kommt das Wort Migrant aus dem Lateinischen, und zwar von *migro*. Das heißt »Ich wechsele den Ort«. Lassen wir also Migranten ruhig einmal wieder den Ort wechseln. Wir verfügen auch über keinerlei moralische Verpflichtung, Migranten mit niedrigstem Bildungsniveau aus humanitären Gründen dauerhaft bei uns durchzufüttern. Auch Toleranz muss ein Ende haben, denn sie produziert letztlich die gleichen Folgen wie die Aufzucht der Kuckucke in der Vogelwelt. Kuckuckseltern legen ihre Eier in fremde Nester. Der daraus schlüpfende Nachwuchs verdrängt die eigentlichen Nestinsassen, sodass sich letztlich die getäuschten Vogeleltern für fremde statt allein für eigene Nachkommen abmühen müssen. Wir füttern und züchten die späteren Unterdrücker unserer Nachkommen. Vielleicht können wir sie ja noch rechtzeitig aus dem Nest werfen? Wie und wo sie dann aufprallen, ist nicht unser Problem. Seien wir egoistisch und erkennen, wie wir getäuscht wurden.

Neben dem Egoismus benötigen wir jetzt vor allem eines: Härte. Nur damit können wir an die Instinkte jener minderintelligenten Mitbürger mit uns fremden Werten und Normen appellieren, die mit Intelligenz nichts anzufangen wissen. Wir müssen ihnen jeglichen Respekt verweigern und sollten stolz darauf sein. Es wird ein langer, harter, zäher Kampf. Aber wir werden befeuert von der Gewissheit, dass wir die schwere Bürde der zugewanderten Leistungsverweigerer irgendwann wieder loswerden. Ansonsten kommt unausweichlich der Untergang auf uns zu. Die Briten haben das im August 2011 schlagartig begriffen, als Städte wie London in Flammen aufgingen. David Starkey, einer der renommiertesten britischen Historiker, sagte in der BBC über die wahren Ursachen der Entwicklung, zu viele weiße Jugendliche verhielten sich in Europa heute wie Schwarze.<sup>1020</sup> Unsere Jugend übernimmt demnach die Werte und Normen von minderintelligenten Migranten, wodurch sich die ohnehin

schon bestehenden Probleme durch Migration noch vervielfältigen. Zuwanderer aus Regionen mit niedrigem Länder-IQ sind nicht nur eine schwere Bürde für uns, sie infizieren auch unsere Jugend mit ihren uns fremden Werten und Normen. Am Ende dieser Entwicklung steht dann die Anarchie - das totale Chaos. Man kann über viele Aussagen in diesem Buch streiten. Nur über eine Tatsache kann niemand hinwegsehen: Mit der Intelligenz schwindet auch unsere Demokratie. In Großbritannien wird künftig bei neuen Migrantenunruhen die Armee eingesetzt<sup>1021</sup>, Freiheitsrechte werden eingeschränkt. Man kann politisch gesehen einer linken, rechten oder gar keiner Weltanschauung angehören, doch eines sollte man in jedem Falle können: die Signale wahrnehmen. Falls wir so weitermachen wie bisher, dann wird nicht nur die Eurozone mit einem fürchterlichen Knall auseinanderbrechen, sondern die Gesellschaft.

Wir müssen künftig offen aussprechen, was falsch gemacht wurde, und dürfen die Wahrheit nicht länger mit einem Tabu belegen. Schließlich wuchert Verdrängtes, das nicht ans Licht des Tages gebracht wird, im Untergrund weiter und kommt irgendwann später auf gewaltsame Weise wieder zum Vorschein. Psychologen sagen dazu: Immer das eine denken und das andere sagen sei auf die Dauer ungesund. Im September 2011 wurde die größte jemals erfolgte wissenschaftliche Studie über den Geisteszustand von 514 Millionen Europäern veröffentlicht, die zu dieser Psychologenaussage passt. Ihr zufolge leiden schon 165 Millionen Europäer an einer geistigen Krankheit oder schweren psychischen Störung. In 30 europäischen Staaten werden derzeit pro Jahr insgesamt 386 Milliarden Euro (!) für die Behandlung solcher Geisteskrankheiten ausgegeben.<sup>1022</sup> Wie wir in diesem Buch gesehen haben, laufen da draußen vor unseren Haustüren jetzt Mengen von psychisch Gestörten und Massen von Minderintelligenten herum — und mit ihnen wollen wir die Folgen der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg bewältigen? Vielleicht wird wie in Nordafrika plötzlich aus dem Wutstau der noch halbwegs normal denkenden Bürger heraus eine neue Bewegung entstehen, die auf einen Neubeginn hoffen lässt. Vielleicht aber wird unser Niedergang auch einfach ein ganz normaler Teil der Geschichte werden. Dann könnten zumindest künftige Generationen daraus lernen, was wir im Wahn von Toleranz und dem Bemühen, für jeden Hilfsbedürftigen dieser Welt ständig mit einem Rettungsschirm bürgen zu wollen, falsch gemacht haben.

Alle in diesem Buch aufgelisteten weiterführenden Quellen und Fußnoten finden Sie im Internet auf der Website  
[www.Albtraum-Zuwanderung.de](http://www.Albtraum-Zuwanderung.de)





**Udo Ulfkotte** studierte Kriminologie, Islamkunde und Politik. Er unterrichtet heute als Hochschul-lehrer an der *Olivet University* in San Francisco Sicherheitsmanagement und abendländische Werte. Zuvor lehrte er viele Jahre lang im Fachbereich Betriebswirtschaft an der Universität Lüneburg. Von 1986 bis 2003 arbeitete er auch für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* – und analysierte Bürgerkriegsgebiete. Er ist Fellow des *Marshall Memorial Fund* der Vereinigten Staaten, war im Planungsstab der Konrad-Adenauer-Stiftung und Referent der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, ist Preisträger des Staatsbürgerlichen Preises der Annette-Barthelt-Stiftung und setzt sich offensiv für den Erhalt europäischer Werte ein. Ulfkotte, der über Jahre hin berufsbedingt Bundeskanzler, Außenminister und Bundespräsidenten begleitete, hatte bislang sechs Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts auf Verrat von Dienstgeheimnissen, weil er die Öffentlichkeit über Dinge unterrichtet, die nach Auffassung von Politik und Behörden eher geheim bleiben sollten. In zahlreichen Büchern, die Bestsellerauflagen erreichten, hat er über die von den Medien verschwiegene Entwicklung aufgeklärt. Viele Muslime haben öffentlich zur Ermordung Ulfkottes, der sich auch offen gegen die Islamisierung Europas ausspricht, aufgerufen.

Um die aktuelle Krise zu bewältigen und die Schulden abtragen zu können, benötigen wir in großer Zahl leistungsbereite und leistungsfähige Menschen. Doch viele von diesen infrage Kommenden wandern aus oder sind in Gebärstreik getreten, während sich die Vertreter zugewanderter bildungsferner Bevölkerungsgruppen stark vermehren. Es sind Menschen, die in Ländern mit einer intelligenten Einwanderungspolitik wie Kanada, Australien oder Neuseeland keine Chance hätten. Viele der Migranten sind nicht nur keine Hilfe, sondern sie müssen vom Steuerzahler teils lebenslang alimentiert werden.

Die Ereignisse in London vom August 2011, in deren Folge durch Chaotengewalt ganze Stadtteile in Flammen aufgingen, zeigen überdeutlich, was geschieht, wenn die dem Sozialstaat zur Verfügung stehenden Finanzmittel immer knapper werden und Zuwendungen gekürzt werden müssen: Migranten verhalten sich dann plötzlich so, wie wir es bisher nur aus Bürgerkriegsgebieten der Dritten Welt kannten. Diese Entwicklung wird sich auch im deutschsprachigen Raum fortsetzen. Wir müssen künftig offen aussprechen, was falsch gemacht wurde und dürfen die Wahrheit nicht länger mit einem Tabu belegen. Verdrängtes, das nicht ans Licht gebracht wird, kommt eines Tages auf gewaltsame Weise zum Vorschein.

Udo Ulfkotte redet in diesem Buch Klartext und belegt die geschilderten Fakten mit zahlreichen wissenschaftlichen Studien sowie mehr als 1.000 hochinteressanten Quellenverweisen.

# Zu wahr, um schön zu sein!

---

Dieses Buch öffnet all jenen die Augen, die für die Wahrheit offen sind, aber auch jenen, die immer noch ideologischen oder schwärmerischen Vorstellungen von einem friedvollen Zusammenleben unterschiedlicher, vor allem zugewanderter Kulturen in Europa das Wort reden.

Die »Bereicherung« durch Migranten ist mittlerweile in einen »Albtraum Zuwanderung« mutiert, der mit enormen Kosten, dem Verfall der europäischen Kultur und zahllosen Gewalttaten verbunden ist.

Wie sieht unsere Zukunft nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise und unter Berücksichtigung des millionenfachen Unterschichtenimports aus fremden Kulturkreisen tatsächlich aus? Wo belügen uns Politik und Medien? Bestsellerautor Udo Ulfkotte überwindet bei der Beantwortung dieser Fragen die Grenzen der politischen Korrektheit.

ISBN 978-3-86445-011-2



9 783864 450112